



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2016

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



Inhalt

| | | |
|-----|---|-----|
| 1 | Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex | 3 |
| 1.1 | Informationen aus erster Hand | 3 |
| 1.2 | Erweiterter Fragenkatalog | 3 |
| 1.3 | Betroffene Lebensbereiche | 4 |
| 1.4 | Schlussfolgerung | 5 |
| 2 | Der Weltverfolgungsindex in Kürze | 6 |
| 3 | Weltverfolgungsindex 2016 – Rangliste | 8 |
| 4 | Aktuelle Trends | 9 |
| 4.1 | 2015 – Ein Jahr der Gewalt gegen Christen | 9 |
| 4.2 | Globale Trends | 9 |
| 4.3 | Weitere Trends | 11 |
| 4.4 | Gute Nachrichten? | 13 |
| 5 | Informationen zu den einzelnen Ländern | 15 |
| 6 | Open Doors in Kürze | 292 |

1 Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Der Weltverfolgungsindex (WVI) wird nach einer langjährig bewährten Methodik erstellt. Dazu gehört unter anderem ein differenzierter Fragenkatalog, der von unabhängigen Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet wird: Analysten des WVI-Teams, Forschern und Fachleuten von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern) sowie externen Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes im Weltverfolgungsindex zu bestimmen. Zusätzlich wird der Entstehungsprozess durch externe Wissenschaftler geprüft.

1.1 Informationen aus erster Hand

Open Doors ist in mehr als 50 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Dies ist zumeist nur im Verborgenen möglich. Durch unsere Teams vor Ort sind wir direkt an der Seite der Christen und Untergrundgemeinden. Das hilft uns, die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen und religiösen Umfeld besser zu verstehen und die Projekte auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Für die Erhebungen zum Weltverfolgungsindex werden Experten, Pastoren und Kirchenleiter sowie Mitarbeiter vor Ort zur aktuellen Situation befragt. Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum, sondern spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider.

Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird..

1.2 Erweiterter Fragenkatalog

Der Weltverfolgungsindex 2016 erscheint zum vierten Mal in einer deutlich erweiterten Form. Die weiterentwickelte Methode stützt sich auf eine differenziertere Fragestellung mit nahezu doppelt so vielen Fragen wie zuvor. Diese werden von unabhängigen Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet: Experten des WVI-Teams, Forschern und Fachleuten von Open Doors (in enger Abstimmung mit lokalen Kirchenleitern) sowie externen Experten. Die Aussagen aus diesen drei Quellen werden zusammengeführt, um die Position eines Landes auf dem Weltverfolgungsindex zu bestimmen.

Mithilfe einer quantitativ und qualitativ größeren Datenmenge wurden die Ergebnisse bereits in den vergangenen drei Jahren verfeinert. Auch 2016 lassen sich die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung aufgrund der detaillierten Fragestellung wieder gut beschreiben. Der Fragebogen kann unter www.weltverfolgungsindex.de eingesehen werden.

Zudem sollen irrtümliche Annahmen vermieden werden, die die Ergebnisse verfälschen. Ein Beispiel: Je mehr Übergriffe auf Christen in einer Region geschehen, umso stärker ist die Verfolgung. Was wie eine logische Schlussfolgerung scheint, entspricht nicht unbedingt der Wirklichkeit. Zum Beispiel werden christliche Konvertiten auf den Malediven von Freunden, Nachbarn, Angehörigen und der Regierung so massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben weder ausüben noch überhaupt darüber sprechen können. Sie werden geistlich regelrecht erstickt, während Übergriffe wie Misshandlungen, Gefängnis oder Deportation sehr selten vorkommen. Der soziale Druck ist so übermächtig, dass dies, insbesondere auf längere Sicht, eine viel wirksamere Form der Verfolgung

sein kann als Gewalt. Die zweite falsche Annahme: Diejenigen, die am meisten Gewalt gegen die Kirche ausüben, sind gleichzeitig die Hauptverfolger. Mitglieder der Boko Haram in Nordnigeria zum Beispiel versuchen durch Bombenanschläge und die Ermordung von Pastoren die Kirche regelrecht zu zerschmettern. Doch für die meisten Christen droht die größte Gefahr von der seit den 1980er-Jahren langsam und stetig voranschreitenden Islamisierung, die alle Gesellschaftsbereiche durchdringt. Plötzlich sind Christen Bürger zweiter Klasse in einem Land, in dem sie einst zu Hause und willkommen waren und das ihnen nun mit Feindseligkeit begegnet.

1.3 Betroffene Lebensbereiche

Der Fragenkatalog folgt der Annahme, dass ein Christ sein Leben mit Gott in fünf sich überschneidenden Lebensbereichen lebt. Die Antworten zu den fünf Bereichen werden ausgewertet und in einer Ergebnisliste zusammengefasst. Durch die Analyse der Lebensbereiche versuchen wir, das Umfeld und die Lebenswirklichkeit verfolgter Christen in den verschiedenen Ländern besser zu verstehen.



1. **Privatleben:** Jeder Mensch hat das Recht auf ein geschütztes Privatleben. Im Bereich der Menschenrechte spricht man hier von der Gedanken- und Gewissensfreiheit, im Bereich der Religionsfreiheit vom «forum internum». Können Christen zu Hause ungestört beten oder in der Bibel lesen? Müssen sie unangemeldete Hausbesuche mit Konsequenzen fürchten?



2. **Familienleben:** Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Neben der individuellen Privatsphäre ist dieser Bereich der persönlichste von allen. Versuchen Staat oder Angehörige einen Christen innerhalb seiner Familie an der Ausübung oder Weitergabe seines Glaubens zu hindern? Besonders für Christen muslimischer Herkunft, aber auch für andere Konvertiten, kann diese Form der Verfolgung extrem belastend sein.



3. **Gesellschaftliches Leben:** Jeder Mensch lebt innerhalb eines sozialen Umfeldes mit bestimmten Eigenarten. Besonders in Ländern, wo die Zugehörigkeit zu einem Stamm oder einer ethnischen Gruppe große Bedeutung hat, kann dies für Christen zu Problemen führen. Können sich Christen im täglichen Leben ungehindert bewegen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, z.B. den Dorfbrunnen nutzen? Nehmen lokale Behörden oder einflussreiche Persönlichkeiten – etwa lokale religiöse Führer – den Glauben der Christen zum Anlass, sie zu diskriminieren, zu bedrohen oder gar die übrige Gemeinschaft gegen sie aufzuhetzen?



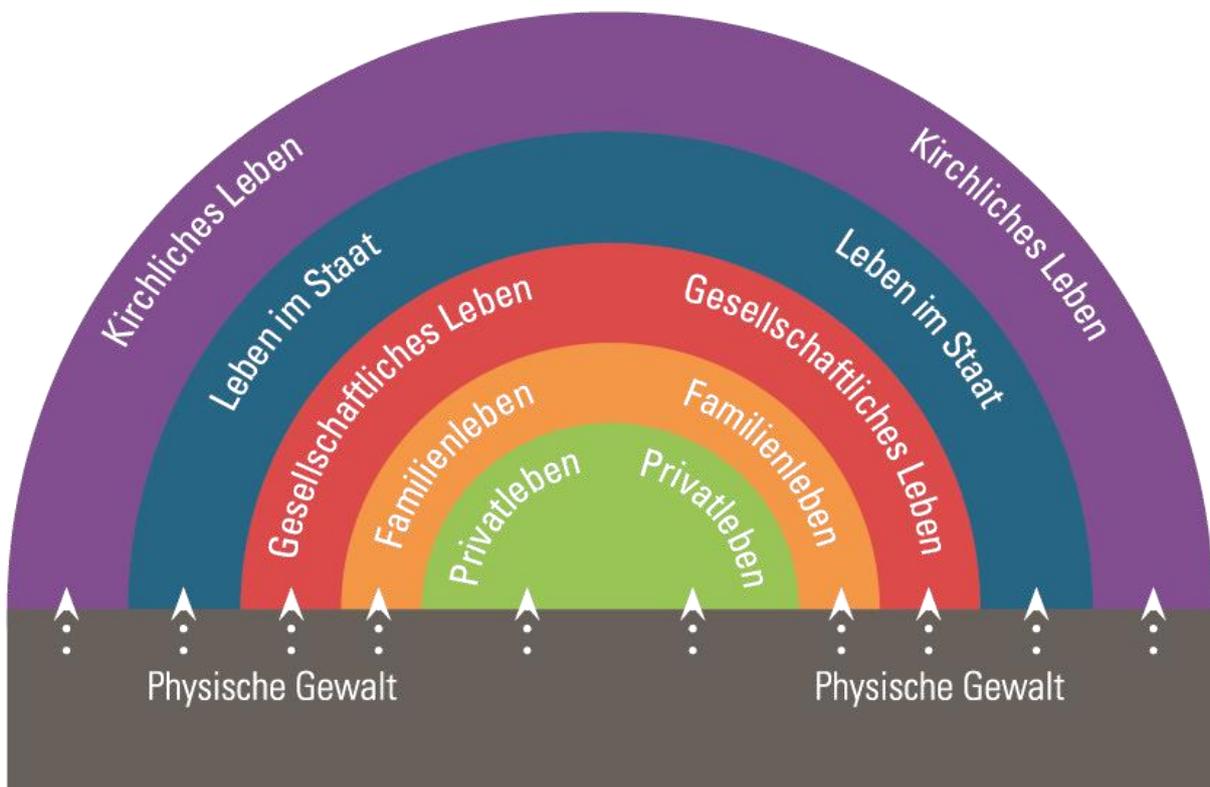
4. **Leben im Staat:** Jeder Mensch lebt in einem Staat. In diesem Bereich werden Fragen nach der Rolle der Zentralregierung und der Provinzregierungen untersucht: Kontrollieren sie das Leben ihrer Bürger? Sind Christen frei und können ungehindert an der Zivilgesellschaft und am öffentlichen Leben teilhaben? Werden Christen zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Kommt es im Bereich der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zu Einschränkungen der Glaubensfreiheit?



5. **Kirchliches Leben:** Ein Christ ist normalerweise Teil einer Kirche oder einer Untergrundgemeinde. Haben die Christen die Freiheit, ihren Glauben in einer Gemeinschaft zu praktizieren? In den Menschenrechtsdebatten hat gerade der gemeinschaftliche Aspekt einen hohen Stellenwert, wenn es um die Ausübung der Glaubensfreiheit geht.



Ein weiterer wichtiger Abschnitt des Fragenkatalogs betrifft das Thema **«physische Gewalt»**. Hier fließen Fragen aus allen der genannten fünf Lebensbereiche ein, bei denen es um tatsächliche Übergriffe gegen Menschen und Gebäude mit Bezug zum christlichen Glauben geht. Durch das gesonderte Betrachten dieses Bereiches wird vermieden, dass einzelne mitunter spektakuläre Gewaltakte das Gesamtbild verzerren und dadurch der tatsächliche Grad der Verfolgung nicht richtig wiedergegeben wird.



1.4 Schlussfolgerung

Der Open Doors Weltverfolgungsindex stellt keine Statistik dar, in der verfolgte Christen hinter nackten Zahlen verschwinden. Jeder Einzelne von ihnen soll in seinem Leid wahrgenommen werden und Trost und Ermutigung erfahren. Der WVI will Anstoß zum Gebet und zur weiteren Unterstützung für alle verfolgten Christen sein.

[zurück zum Inhalt](#)

2 Der Weltverfolgungsindex in Kürze

- Der Weltverfolgungsindex (WVI) von Open Doors ist die einzige jährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Lage der Religionsfreiheit von Christen weltweit. Er ermittelt das Maß an Freiheit bzw. deren Einschränkung, die Christen in ihrem alltäglichen Leben begegnet, und erfasst dabei die Bereiche Privatleben, Familie, Gesellschaft, Leben im Staat und kirchliches Leben. Die Methodik gewichtet jeden Bereich gleich und ist darauf ausgelegt, die tieferen Strukturen der Verfolgung zu ergründen und nicht nur gewalttätige Zwischenfälle zu bewerten.
- Das 14. Mal in Folge steht Nordkorea auf Platz 1 des WVI. Von den geschätzten 200.000 bis 400.000 Untergrundchristen befinden sich bis zu 70.000 als „Feinde des Regimes“ in den berüchtigten Arbeitslagern.
- Während der „Islamische Staat“ (IS) 2014 erstmals weltweit wahrgenommen wurde, hat das Ausmaß der Gewalt gegen Christen durch den IS und andere islamistische Organisationen 2015 eine neue Dimension erreicht. Sie ist bis in die westliche Welt hinein spürbar und äußert sich auch in gezielten Anstrengungen, ganze Regionen einer regelrechten ethnischen Säuberung von Christen zu unterziehen.
- Die massiven Angriffe gegen Christen haben zu großen Fluchtbewegungen geführt, u. a. in Nigeria und einigen Ländern des Nahen Ostens. Die Anzahl der Christen unter den Millionen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten ist zwar nicht genau bekannt, dürfte jedoch beträchtlich sein.
- Eine Radikalisierung ist nicht nur in vielen islamisch dominierten Ländern zu beobachten, sondern auch im Bereich des Hinduismus (Bsp. Indien) und des Buddhismus (Bsp. Myanmar).
- Brennpunkt Afrika: 16 der 50 Länder auf dem Index befinden sich in Afrika, sieben rangieren sogar unter den ersten 20. Weltweit sind derzeit zwei Zentren des islamischen Extremismus zu erkennen: eines im Nahen Osten, das andere in dem Teil Afrikas südlich der Sahara.
- Eritrea ist eines der Länder, in denen sich die Lage der Christen am deutlichsten verschlechtert hat. Das absolut autoritäre Regime duldet weder freie Meinungsäußerung noch jegliche Organisation, aus der sich Widerspruch regen könnte. Gleichzeitig unterstützt das Land seit Jahren die Verbreitung eines extremistischen Islam am Horn von Afrika.
- In Zentralasien fördern viele Regierungen aus Sorge vor extremistischen Tendenzen den Nationalismus und verschärfen gleichzeitig Gesetze, die jede Form von Religionsausübung erschweren. Das führt zu großem Druck auf die christlichen Gemeinschaften, bereitet aber besonders christlichen Konvertiten Probleme.

- Das Niveau der Verfolgung hat weltweit spürbar zugenommen, so dass die Schwelle zur Aufnahme von Verfolgerstaaten auf den Weltverfolgungsindex weiter gestiegen ist.
- Positiv zu bewerten ist, dass im Norden des Irak eine gewisse Stabilisierung stattgefunden hat, von der auch die tausenden dort lebenden christlichen Flüchtlinge profitieren. In Sri Lanka mussten extremistische Buddhisten bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2015 einen Dämpfer hinnehmen, als überraschend ein gemäßigter Kandidat siegte. In den Krisenregionen des Nahen Ostens gibt es weiterhin viele Berichte über eine bemerkenswerte Offenheit für den christlichen Glauben, was sich auch in einer Verbesserung des Zusammenlebens von Christen und Muslimen äußert.

[zurück zum Inhalt](#)

3 Weltverfolgungsindex 2016 – Rangliste

Berichtszeitraum 1. November 2014 bis 31. Oktober 2015

www.weltverfolgungsindex.de

| Platz | Land | 2016 | | | | | | | | 2015 | 2015 |
|-------|------------------------------|--------------|----------------|----------------|----------------|-------------------|------------------|--------------|-----------------|-------|--------|
| | | Privat-leben | Familien-leben | Soziales Leben | Leben im Staat | Kirchliches Leben | Physische Gewalt | SUMME PUNKTE | PUNKTE GERUNDET | Platz | Punkte |
| 1 | Nordkorea | 16,667 | 15,476 | 16,472 | 16,557 | 16,667 | 9,815 | 91,653 | 92 | 1 | 92 |
| 2 | Irak | 14,868 | 14,732 | 15,039 | 14,803 | 15,147 | 15,556 | 90,145 | 90 | 3 | 86 |
| 3 | Eritrea | 16,667 | 14,792 | 16,667 | 16,667 | 14,249 | 10,185 | 89,227 | 89 | 9 | 79 |
| 4 | Afghanistan | 16,477 | 16,295 | 15,300 | 13,432 | 15,885 | 10,741 | 88,130 | 88 | 5 | 81 |
| 5 | Syrien | 14,394 | 14,063 | 14,453 | 13,597 | 14,930 | 15,556 | 86,993 | 87 | 4 | 83 |
| 6 | Pakistan | 14,583 | 13,988 | 14,063 | 14,748 | 12,674 | 16,667 | 86,723 | 87 | 8 | 79 |
| 7 | Somalia | 16,667 | 16,667 | 16,667 | 16,667 | 16,667 | 3,333 | 86,668 | 87 | 2 | 90 |
| 8 | Sudan | 14,205 | 13,691 | 13,867 | 13,651 | 14,844 | 13,519 | 83,776 | 84 | 6 | 80 |
| 9 | Iran | 14,110 | 14,509 | 14,584 | 14,803 | 16,102 | 9,260 | 83,367 | 83 | 7 | 80 |
| 10 | Libyen | 14,489 | 13,393 | 13,086 | 13,542 | 14,627 | 9,630 | 78,766 | 79 | 13 | 76 |
| 11 | Jemen | 14,868 | 13,765 | 13,998 | 14,309 | 16,059 | 5,371 | 78,369 | 78 | 14 | 73 |
| 12 | Nigeria | 11,742 | 11,682 | 13,086 | 12,390 | 12,457 | 16,667 | 78,024 | 78 | 10 | 78 |
| 13 | Malediven | 15,152 | 14,955 | 13,867 | 15,241 | 15,885 | 1,111 | 76,212 | 76 | 11 | 78 |
| 14 | Saudi-Arabien | 14,773 | 13,691 | 13,998 | 14,364 | 16,276 | 2,593 | 75,694 | 76 | 12 | 77 |
| 15 | Usbekistan | 14,849 | 10,796 | 11,537 | 13,915 | 15,968 | 2,778 | 69,842 | 70 | 15 | 69 |
| 16 | Kenia | 12,614 | 13,817 | 12,695 | 10,707 | 11,332 | 7,222 | 68,388 | 68 | 19 | 63 |
| 17 | Indien | 11,331 | 10,611 | 11,050 | 11,105 | 10,181 | 13,334 | 67,612 | 68 | 21 | 62 |
| 18 | Äthiopien | 13,144 | 11,362 | 12,175 | 10,652 | 12,600 | 7,037 | 66,970 | 67 | 22 | 61 |
| 19 | Turkmenistan | 14,356 | 10,179 | 11,198 | 13,608 | 15,799 | 0,926 | 66,065 | 66 | 20 | 63 |
| 20 | Vietnam | 11,885 | 7,158 | 10,697 | 13,931 | 13,529 | 8,704 | 65,902 | 66 | 16 | 68 |
| 21 | Katar | 13,542 | 12,946 | 11,849 | 12,555 | 13,585 | 0,185 | 64,662 | 65 | 18 | 64 |
| 22 | Ägypten | 10,133 | 10,566 | 11,068 | 9,594 | 8,203 | 14,445 | 64,008 | 64 | 23 | 61 |
| 23 | Myanmar | 9,470 | 8,631 | 10,156 | 8,772 | 9,201 | 15,556 | 61,786 | 62 | 25 | 60 |
| 24 | Palästinensergebiete | 11,932 | 12,500 | 11,524 | 10,965 | 12,804 | 1,852 | 61,576 | 62 | 26 | 58 |
| 25 | Brunei | 14,110 | 12,574 | 11,003 | 8,772 | 13,238 | 1,111 | 60,808 | 61 | 27 | 58 |
| 26 | Zentralafrikanische Republik | 9,849 | 7,441 | 9,375 | 7,621 | 9,809 | 15,371 | 59,465 | 59 | 17 | 67 |
| 27 | Jordanien | 12,784 | 12,500 | 11,068 | 9,375 | 11,415 | 1,852 | 58,994 | 59 | 30 | 56 |
| 28 | Dschibuti | 12,671 | 12,723 | 10,742 | 9,995 | 11,450 | 0,741 | 58,321 | 58 | 24 | 60 |
| 29 | Laos | 11,515 | 5,603 | 11,667 | 11,968 | 13,759 | 3,519 | 58,030 | 58 | 28 | 58 |
| 30 | Malaysia | 12,500 | 12,426 | 9,766 | 10,691 | 10,243 | 2,037 | 57,662 | 58 | 37 | 55 |
| 31 | Tadschikistan | 12,481 | 8,586 | 10,521 | 11,787 | 13,307 | 0,926 | 57,609 | 58 | 45 | 50 |
| 32 | Tunesien | 11,742 | 12,649 | 10,547 | 8,553 | 10,937 | 3,148 | 57,577 | 58 | 36 | 55 |
| 33 | China | 10,909 | 7,627 | 7,487 | 9,644 | 13,450 | 8,333 | 57,450 | 57 | 29 | 57 |
| 34 | Aserbaidshan | 12,178 | 8,318 | 10,547 | 11,360 | 14,062 | 0,556 | 57,022 | 57 | 46 | 50 |
| 35 | Bangladesch | 11,638 | 9,055 | 10,996 | 9,397 | 7,752 | 7,963 | 56,801 | 57 | 43 | 51 |
| 36 | Tansania | 10,133 | 9,449 | 10,677 | 9,211 | 10,417 | 6,667 | 56,553 | 57 | 33 | 56 |
| 37 | Algerien | 12,974 | 13,765 | 8,854 | 10,526 | 9,549 | 0,370 | 56,038 | 56 | 34 | 55 |
| 38 | Bhutan | 10,511 | 10,863 | 10,807 | 11,184 | 11,675 | 0,926 | 55,968 | 56 | 31 | 56 |
| 39 | Komoren | 11,364 | 11,086 | 10,287 | 9,759 | 13,411 | 0 | 55,907 | 56 | 32 | 56 |
| 40 | Mexiko | 8,191 | 5,759 | 10,540 | 7,385 | 9,405 | 14,444 | 55,725 | 56 | 38 | 55 |
| 41 | Kuwait | 13,163 | 11,533 | 11,849 | 8,333 | 10,634 | 0 | 55,512 | 56 | 50 | 49 |
| 42 | Kasachstan | 11,989 | 8,170 | 9,570 | 11,415 | 13,021 | 1,296 | 55,460 | 55 | 42 | 51 |
| 43 | Indonesien | 9,754 | 9,003 | 11,068 | 8,553 | 9,158 | 7,778 | 55,313 | 55 | 47 | 50 |
| 44 | Mali | 10,322 | 11,458 | 9,115 | 6,853 | 9,375 | 8,148 | 55,272 | 55 | 40 | 52 |
| 45 | Türkei | 11,553 | 8,333 | 9,375 | 10,362 | 10,026 | 5,185 | 54,835 | 55 | 41 | 52 |
| 46 | Kolumbien | 7,576 | 7,329 | 9,304 | 8,427 | 9,167 | 12,963 | 54,764 | 55 | 35 | 55 |
| 47 | Vereinigte Arabische Emirate | 13,921 | 12,128 | 11,524 | 9,594 | 7,378 | 0 | 54,545 | 55 | 49 | 49 |
| 48 | Bahrain | 12,405 | 10,714 | 10,612 | 9,430 | 10,937 | 0 | 54,099 | 54 | (neu) | (neu) |
| 49 | Niger | 9,943 | 9,896 | 9,570 | 6,469 | 7,726 | 9,815 | 53,420 | 53 | (neu) | (neu) |
| 50 | Oman | 12,689 | 10,938 | 10,938 | 7,566 | 11,285 | 0 | 53,415 | 53 | 39 | 55 |

| | |
|---|---|
| ■ | Höhere Platzierung und höhere Punktzahl |
| ■ | Gleiche Platzierung aber höhere Punktzahl |
| ■ | Niedrigere Platzierung aber höhere Punktzahl |
| ■ | Niedrigere Platzierung aber gleiche Punktzahl |
| ■ | Niedrigere Platzierung und niedrigere Punktzahl |
| ■ | Gleiche Platzierung und gleiche Punktzahl |

Erläuterung zum Punktesystem

In jedem der sechs Bereiche werden zwischen 0 Punkte (= völlige Freiheit) und 16,667 Punkte (= massivste Verfolgung) vergeben, insgesamt also maximal 100 Punkte pro Land. Die tatsächlich erreichte Punktzahl eines Landes ist unter „SUMME PUNKTE“ aufgelistet und bestimmt die Platzierung.

[zurück zum Inhalt](#)

4 Aktuelle Trends

4.1 2015 – Ein Jahr der Gewalt gegen Christen

Das Jahr 2015 wird wegen der massiven religiösen Verfolgung fraglos als das Jahr beispielloser Gewalt und Vertreibung in Erinnerung bleiben. Der „Islamische Staat“ (IS) und seine Gesinnungsgenossen haben ihre Gewalttaten wie nie zuvor über Grenzen hinweg ausgebreitet und sind dabei nach Libyen, Kenia und Ägypten vorgedrungen. Am 13. November verübten sie sogar in Paris und am 2. Dezember im amerikanischen San Bernardino Massaker an ahnungslosen Menschen. Weltweit macht sich das Gefühl breit, dass sich niemand dem Zugriff dieser modernen Dschihadisten entziehen kann, die ihre Anhänger über das Internet rekrutieren, bekehren und ausbilden.

Regierungen sind mehr als je zuvor besorgt über die Auswirkungen des islamischen Extremismus, der im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2016 erneut und stärker denn je als vorherrschende Triebkraft für Christenverfolgung in Erscheinung trat. Dies trifft auf 35 der 50 Länder auf dem Index zu. Bis hinein nach Zentralasien haben Staaten ihre Kontrolle über jegliche Ausübung von Religion intensiviert.

Die unkontrollierten Flüchtlingsströme trugen auch nicht zur Beruhigung bei. Über eine Million Migranten haben im vergangenen Jahr die gefährliche Reise aus dem Nahen Osten oder vom Horn von Afrika nach Europa auf sich genommen. Allein aus Syrien gaben hunderttausende syrische Flüchtlinge die Hoffnung auf, jemals in ihr vom Krieg zerrissenes Heimatland zurückkehren zu können. Ihr Eintreffen hat bei vielen Europäern Ängste ausgelöst. Sie halten es für unmöglich, eine derartig hohe Zahl von Muslimen aufzunehmen, ohne dass die eigene Kultur dauerhaft verändert wird.

Eine wesentliche Feststellung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Weltverfolgungsindex 2016 ist die Tatsache, dass sich die Verfolgung von Christen auf allen Kontinenten verstärkt hat. So ist die Untergrenze für die Aufnahme eines Landes in den Weltverfolgungsindex von 48,5 Punkten (2015) auf 53,4 Punkte (2016) gestiegen.

4.2 Globale Trends

Vier besonders besorgniserregende Trends stechen aus dieser globalen Verschlechterung heraus:

- 1) **Islamisch-extremistische Kalifate haben ihren Aktionsradius über nationale Grenzen hinweg ausgeweitet.** Der IS hat dem Westen den Krieg erklärt, die Folgen in Paris waren bereits verheerend. Nun bereitet er sich auf die Einnahme der libyschen Stadt Sirte als eines möglichen neuen Hauptquartiers vor, für den Fall, dass Rakka (Syrien) aufgrund der westlichen Bombenangriffe unbewohnbar wird. Andere aufständische Extremisten wie Boko Haram in Nigeria haben sich dem IS angeschlossen. Die Boko-Haram-Miliz hat ihre

gewaltsamen Übergriffe mittlerweile auf die Nachbarländer Niger und Tschad ausgedehnt. In Somalia hat sich eine Splittergruppe von Al Shabaab ebenfalls dem IS angeschlossen. Die Gruppierung gilt jedoch weiterhin als Al-Kaida-Ableger am Horn von Afrika und mordet nicht nur in Somalia, sondern auch im benachbarten Kenia. Dort kam es am 2. April 2015 zu dem schlimmsten Gewaltakt gegen Christen in über 15 Jahren: Schwer bewaffnete Islamisten nahmen 700 Studenten als Geiseln und brachten 148 Christen um. Zuvor hatten sie sorgfältig Muslime und Christen voneinander getrennt. Die drei erwähnten extremistischen Gruppen sind hauptverantwortlich für die Christenverfolgung in vier der ersten zehn Länder auf dem WVI (Irak, Syrien, Somalia und Libyen) und üben in einem weiteren Land großen Einfluss aus: Afghanistan. Viele weitere islamistische Gruppierungen bis hinein in die Demokratische Republik Kongo streben die Errichtung eines eigenen Kalifats an. Ein Open Doors-Beobachter konstatiert: „Viele Islamisten glauben, Gott an ihrer Seite zu haben, da die IS-Kämpfer mit derartigem Erfolg Gebiete erobern und halten. Gleichzeitig ist ihre Propaganda so verführerisch, dass sie mittlerweile für viele Islamisten aus aller Welt zum Vorbild geworden sind.“

2) Regierungen sind zunehmend besorgt angesichts des islamischen Extremismus und reagieren darauf, indem sie entweder (a) den Nationalismus als Gegenkraft fördern oder (b) die Gesetze verschärfen und jegliche religiöse Versammlungen intensiver überwachen.

In den ehemals kommunistischen Ländern Zentralasiens, bei denen allen ein Anstieg der Punktzahl im Index zu verzeichnen ist, haben die Regierungen ihre Überwachung in allen Bereichen des kirchlichen Lebens ausgeweitet. Myanmar hat im Jahr 2015 nicht weniger als vier diskriminierende Gesetze erlassen; darunter auch ein „Konversionsgesetz“, das dem Staat ermöglicht, vom Buddhismus zum christlichen Glauben übergetretene Personen zu bestrafen. Selbst in China hat sich die Lage in einigen Regionen zugespitzt, da die Regierung den christlichen Glauben weiterhin als „gefährlichen ausländischen Einfluss“ bewertet und Kreuze von Kirchen entfernen lässt.

3) Muslime in aller Welt radikalieren sich aus Angst davor, dass Islamisten ihre Gebiete erobern oder Schläferzellen des IS aktiv werden. In anderen Fällen kann auch Opportunismus oder religiöse Überzeugung die Ursache sein. Vor allem überall im Nahen Osten werden Muslime zunehmend extremistisch. Durch den IS wird die Bevölkerung selbst in Ländern radikalisiert, in denen er nur mittelbar präsent ist. Zu den betroffenen Gebieten zählen auch die Kurdengebiete im Norden des Iraks, die eigentlich noch eine Bastion der Freiheit sind. Es gibt jedoch auch eine Gegenbewegung, da viele Muslime dem Extremismus auf der Suche nach einer neuen Identität voller Abscheu den Rücken gekehrt haben. Ein ägyptischer Journalist formulierte dies im vergangenen Jahr so: „Wir wachten auf, sahen in den Spiegel und entdeckten dort das Gesicht eines Taliban statt unseres eigenen.“ Viele vom Islam desillusionierte Muslime sind mittlerweile zum christlichen Glauben konvertiert.

4) Auch in der hinduistischen Welt findet eine religiöse Radikalisierung statt.

Indien ist erstmals unter die ersten 20 Länder des Weltverfolgungsindex aufgestiegen. Es war ein Jahr des verstörenden Schweigens vonseiten des extremistisch-hinduistischen Präsidenten Narendra Modi angesichts einer weiter angestiegenen Zahl von Übergriffen gegen Kirchen und Pastoren. Für die Täter bleibt die Strafverfolgung aus, was den hinduistischen Extremismus bewusst fördert. Reverend Dr. Richard Howell von der

Evangelical Fellowship of India (EFI) resümiert: „Der politische Hinduismus hat seinen Einstand gegeben und hat Verfolgung mehrheitsfähig gemacht ... Jede Woche gibt es drei oder vier Vorfälle, bei denen Christen von Mobs angegriffen werden.“

4.3 Weitere Trends

Der Weltverfolgungsindex 2016 zeigt jedoch noch andere wichtige Trends auf, die beachtet werden sollten, obwohl sie nicht so global sind wie die oben genannten.

Afrikanische Länder drängen kontinuierlich auf den Weltverfolgungsindex

16 der 50 Länder auf dem Index befinden sich in Afrika, sieben rangieren sogar unter den ersten 20. Eines der zwei neu aufgeführten Länder ist Niger (Platz 49) und fraglos werden künftig einige Länder mit etwas geringerer Punktzahl in den Index aufgenommen. Führt man die Liste über Position 50 hinaus fort, so finden sich bis Rang 65 neun weitere afrikanische Länder, zumeist aus der Region am Südrand der Sahara (auch „Subsahara-Afrika“). Weltweit sind derzeit zwei Zentren des islamischen Extremismus zu erkennen: eines im Nahen Osten, das andere in dem Teil Afrikas südlich der Sahara. Gemessen an der Zahl der betroffenen Christen übersteigt die Verfolgung in der letztgenannten Region die im Nahen Osten um ein Vielfaches.

Die Anzahl gesetzloser Staaten ist gewachsen, Minderheiten leiden unter gewalttätigen Gruppen

Libyen wurde 2015 von der Welt vergessen, doch es rangiert 2016 erstmals unter den ersten zehn Ländern auf dem Weltverfolgungsindex. Das Land wird von Gesetzlosigkeit beherrscht und ist in drei getrennte Regionen aufgeteilt, wobei Ableger des IS rasche Gebietsgewinne verzeichnen. Die kleine christliche Gemeinschaft ehemaliger Muslime muss in den Untergrund abtauchen, um zu überleben. Aber auch ausländische Christen, besonders aus dem Sudan und Eritrea, werden gezielt angegriffen. Dutzende sind im vergangenen Jahr getötet worden, einige davon im Rahmen schaurig inszenierter Enthauptungen, die aufgezeichnet und durch den IS über das Internet verbreitet wurden. Im kriegsgeplagten Jemen macht eine von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition den wenigen verbliebenen Christen das Überleben noch schwerer. Syrien geht in das fünfte Jahr seit Beginn des Bürgerkrieges und der Irak besteht weiterhin aus drei Gebieten: dem kurdischen Teil, dem IS-Gebiet und dem schiitisch kontrollierten Gebiet. In allen dreien verschlechtert sich ebenfalls die Lage der Christen.

Mehr Christen auf der Flucht als je zuvor

Es ist allgemein bekannt, dass die Zahl der Flüchtlinge im Nahen Osten in etwa der Zahl der dort lebenden Christen entspricht: 12,5 Millionen. Neben der genauen Zahl der Flüchtlinge ist vor allem unklar, wie groß der Anteil der Christen unter ihnen ist. Er dürfte jedoch beträchtlich sein. Vor dem Krieg wies Aleppo unter allen Städten Syriens die höchste Anzahl christlicher Einwohner auf. Doch im Frühjahr 2015 war ihre Zahl nach vier Jahren von 250.000 auf unter 40.000 gesunken. Weniger im Blickpunkt stehen die zehntausenden Christen, die aus den zwölf nördlichen „Scharia-Staaten“ Nigerias geflohen sind. Dort leben 27 Millionen Christen als Bürger zweiter Klasse. Zusätzlich befinden sich derzeit viele Tausende auf der Flucht vor den muslimischen Hausa-Fulani, die als Viehhirten in der Zentralregion Nigerias leben. All das hat zu einer gewaltigen Zahl von Binnenflüchtlingen im Norden des Landes geführt, von denen viele Christen sind. Offizielle Schätzungen scheinen nur die sprichwörtliche „Spitze des Eisberges“ abzubilden. In Kenia fliehen viele Christen aus mehrheitlich muslimischen Gebieten. Zehntausende trotzen weiterhin den Herausforderungen von Wüsten und Menschenhandel, um Eritrea den Rücken zu kehren. Viele von diesen Flüchtlingen kommen schließlich in Europa an. Im November 2014 stammten nach

Einschätzungen des UNHCR 22 Prozent aller Flüchtlinge, die Italiens Küsten erreichten, aus Eritrea. Selbst pakistanische Christen fliehen in andere Länder Südostasiens und beantragen dort Asyl aufgrund von Verfolgung.

Geächtete Staaten agieren skrupellos

Nordkorea führt auch im vierzehnten Jahr in Folge den Weltverfolgungsindex an. Das Land wird nur durch die chinesische Führung am Leben erhalten, die eine nicht zu bewältigende Flüchtlingskrise an Chinas Grenze befürchtet, sollte der kleine Nachbarstaat abrupt zusammenbrechen. In die Kategorie der „geächteten Staaten“ fallen auch der Sudan und Eritrea. Das Ausmaß an Gesetzlosigkeit und Gewalt in diesen Ländern ist erschreckend, wenn auch weitgehend unbekannt. Der Kampf der sudanesischen Regierung gegen das größtenteils aus Christen bestehende Nuba-Volk hat fast die Dimension eines Völkermordes erreicht. In Eritrea wird jeder, der öffentlich die Stimme gegen die grausame Behandlung der Christen im Land hebt, verhaftet oder direkt ins Gefängnis geworfen. Selbst der ehemalige Patriarch der anerkannten Eritreisch-Orthodoxen Kirche, Abune Antonius, steht seit 2007 unter Hausarrest, nachdem er sich kritisch zu Wort gemeldet hatte.

Extremisten verfügen über große Finanzmittel

Saudi-Arabien und Katar haben den sunnitischen IS nachweislich finanziert; vordergründig mit dem Ziel, den Iran als schiitische Vormacht zu schwächen und seine Expansionspläne zu vereiteln. Auch die Unterstützung von Teilen der afghanischen Taliban durch den pakistanischen Geheimdienst ist ein offenes Geheimnis, denn Pakistan hat strategische Interessen im Nachbarland. Der IS verkauft Öl an die Türkei, an die syrische Regierung und selbst an kurdische Vertreter, um seine Expansion zu finanzieren.

Extremistische Bewegungen sind geübt in der Beschaffung von Geldern mithilfe systematischer Korruption und des organisierten Verbrechens. Der IS entführt trotz seiner Öleinnahmen weiterhin Christen, um sie gegen Lösegeld wieder freizulassen. Allein in Syrien gelten derzeit über 300 Christen als vermisst.

In Teilen Lateinamerikas verwalten Drogenkartelle ganze Regionen und erlegen Kirchen sogar Steuern auf. Die somalische Al-Shabaab-Miliz musste zwar Gebietsverluste im Land hinnehmen, fand jedoch als Söldnertruppe schnell eine neue Einnahmequelle, indem sie bei der Beilegung lokaler Streitigkeiten gegen Bezahlung schnell klare Verhältnisse schafft. Christen gehören immer zu den Leidtragenden, solange die Kassen dieser gewalttätigen Milizen gut gefüllt sind.

Lokale Entwicklungen wiegen manchmal schwerer als globale

Trends können üblicherweise international, national oder lokal auftreten. Dabei wird der lokale Bereich am leichtesten übersehen, obwohl hier die unmittelbarsten Auswirkungen auftreten können. So steht in Zentralasien ein Großteil der Verfolgung im Zusammenhang mit Bestattungsriten. Friedhöfe stehen in aller Regel unter der Kontrolle von Imamen. Sie verweigern verstorbenen Christen häufig eine Beerdigung, wenn es sich bei ihnen um konvertierte Muslime handelt. Außerdem üben sie nicht selten Druck auf Familienangehörige solcher Christen aus, den oder die Betreffende wieder zum Islam zurückzubringen. Im ländlichen Ägypten liegt die Rechtsprechung oft in den Händen lokaler Gerichte, die mit Zustimmung der Regierung eine Paralleljustiz praktizieren, bei denen die Christen immer unterliegen.

Einige Verfolger verfeinern ihre Methoden

Die Länder Zentralasiens sind durchweg sehr geübt in Überwachungs- und Einschüchterungstechniken. Doch auch auf taktischem Gebiet beweisen sie bemerkenswertes Geschick. So kann es vorkommen, dass ein bekannter Pastor plötzlich und ohne jede Erklärung ein Haus oder ein Luxusauto geschenkt bekommt. Er selbst weiß nicht, woher das Geschenk stammt. Dabei ist es eine Gabe des Staates mit dem Ziel, Verdächtigungen und Misstrauen in seiner Gemeinde zu säen, der Pastor könne korrumpiert worden sein. Ein anderer Pastor wird verhaftet, in Haft aber nicht belangt, sondern einige Tage lang gut behandelt. Wenn er zu seiner Gemeinde zurückkehrt, ist niemand bereit zu glauben, dass er keines seiner Gemeindemitglieder verraten habe. Auf diese Weise wird erfolgreich Zwietracht gesät und die Gemeinde nachhaltig geschwächt.

Ethnische Säuberungen sind als antichristliche Taktik zurückgekehrt

Im Nahen Osten und in Afrika geschieht Verfolgung auch in Form von ethnischen Säuberungen und Völkermord. Zu beobachten ist dies im Norden, Nordosten und den zentralen Landesteilen Nigerias, in Syrien, dem Irak, dem Sudan (Nuba-Berge), Somalia und dem Nordosten Kenias. Die Verfolgung geschieht hier systematisch und basiert auf einer Agenda, die von der Regierung oder anderen Akteuren unterstützt wird. So sind beispielsweise in Zentralnigeria Christen durch Hausa-Fulani-Siedler aus ihren Häusern und von ihrem angestammten Grundbesitz vertrieben worden. In Kenia wurden Christen bei mehreren Vorfällen ausgesondert und getötet (im Stil von Exekutionen). Im Sudan werden Nuba-Christen unablässig angegriffen und getötet. Bei all diesen Beispielen ist das klare Ziel erkennbar, Christen zu vertreiben oder gar auszulöschen.

4.4 Gute Nachrichten?

Ungeachtet all dieser Entwicklungen gibt es auch gute Nachrichten.

Folgende positive Trends waren im vergangenen Jahr zu beobachten:

In Sri Lanka wurde ein buddhistischer Nationalist abgesetzt

Der diktatorische Präsident Mahina Rajapaksa erlitt bei den Wahlen im Januar 2015 eine unerwartete Niederlage, obwohl er siegessicher in die Abstimmung gegangen war. Er stand in enger Verbindung zu zwei extremistischen Buddhisten-Bewegungen, die sich seit den Wahlen ruhig verhalten haben. Auf lokaler Ebene kommt es weiterhin zu Angriffen auf Kirchen; auf nationaler Ebene hingegen ist ein Rückgang der Gewalt zu verzeichnen. Beschwerden von Christen nach Übergriffen bleiben jedoch weiterhin folgenlos.

Die irakischen Kurdengebiete bleiben eine Bastion der Freiheit

Die meisten der 120.000 Christen aus der Ninive-Ebene, die im Sommer 2014 vor den heranrückenden IS-Milizen geflohen sind, leben heute in den irakischen Kurdengebieten. Im Allgemeinen sind sie dort in Sicherheit, auch wenn besorgte Stimmen von einer wachsenden Islamisierung der Kultur sprechen. Für die Christen ist die Region weiterhin eine Bastion des Friedens, wo ihnen niemand nachstellt, wo sie Hilfsgüter erhalten und eine eventuell mögliche Rückkehr in ihre Heimat abwarten können.

Mit Gebet gegen Drogenbanden

Mit Mexiko (Platz 40) und Kolumbien (Platz 46) sind zwei lateinamerikanische Länder auf dem WVI vertreten. Darin spiegelt sich der wachsende Einfluss der Drogenbanden wieder, welche die christlichen Gemeinden als Hindernis für ihre Geschäfte ansehen oder sie erpressen. Im mexikanischen Monterrey kamen deshalb die lokalen Pastoren zusammen, um gegen die

Machenschaften der Drogenbarone zu beten. Mittlerweile herrscht in der Stadt wieder mehr Sicherheit, während der Einfluss dieser Gruppierungen stark zurückgegangen ist.

Ein Wachmann opfert sein Leben, um eine Gemeinde zu schützen

Pakistan rangiert höher als je zuvor auf dem WVI (Platz 6). Wie auch Nigeria weist das Land die maximale Punktzahl in der Kategorie Gewalt gegen Christen und deren Besitz auf. Doch oftmals kann eine einzelne Begebenheit einem Abwärtstrend entgegenstehen. In einer pakistanischen Stadt beobachtete ein ehrenamtlicher Wachmann zwei Selbstmordattentäter auf ihrem Weg zu seiner Kirche. Er hielt sie auf und verlor dabei sein Leben. In der Folgewoche war das Kirchengebäude völlig überfüllt. Derartig heldenhafte Opferbereitschaft kann einer ganzen christlichen Gemeinde neuen Glaubensmut verleihen.

Syrische Flüchtlinge konvertieren weiterhin zum christlichen Glauben

In den jordanischen und besonders den libanesischen Flüchtlingslagern konvertieren viele Muslime zum christlichen Glauben und wollen nach der Rückkehr in ihre Heimat neue Gemeinden gründen.

In Syrien selbst herrscht weiterhin eine nie dagewesene Offenheit und Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen vor Ort. Ein syrischer Pastor aus Aleppo formulierte es so: „Wir geben unsere Hilfsgüter an jeden Bedürftigen weiter; die Muslime sind hierfür sehr dankbar und respektieren uns. Das ist eine starke Veränderung gegenüber früher, als sie großes Misstrauen gegen uns hegten und sich von uns fernhielten.“

Eine historische ökumenische Konferenz für verfolgte Christen

Erstmals in der modernen Geschichte der Christenheit haben sich hochrangige Leiter und Vertreter verschiedener Kirchentraditionen versammelt, um auf verfolgte Christen zu hören, von ihnen zu lernen und sich an ihre Seite zu stellen. Die globale Versammlung mit 145 Teilnehmern fand vom 2. – 4. November 2015 in Tirana, Albanien, statt. Zu den Delegierten gehörten hochrangige Vertreter der Katholischen Kirche, des Weltpfingstbundes, der Weltweiten Evangelischen Allianz und des Weltkirchenrates. Papst Franziskus drückte in einer Grußbotschaft seine Hoffnung aus, das „Blutvergießen“ möge zu einer neuen Einheit unter den Kirchen der Welt führen. Leiter der größten christlichen Vereinigungen der Welt versprachen im Hinblick auf ihr Engagement für verfolgte Christen, „mehr zuzuhören, mehr zu beten, deutlicher die Stimme zu erheben und sich stärker einzusetzen“.

Bezeichnend für das vergangene Jahr war, dass sich Ereignisse in Syrien oder sogar Somalia unmittelbar auf die Christen in der westlichen Welt ausgewirkt haben. Wie jemand es treffend ausdrückte: „Es gibt eigentlich kein ‚Ausland‘ mehr.“ Angesichts einer globalisierten Welt vollziehen sich Ereignisse in weit entfernten Ländern zeitnah auch an anderen Orten. Das mussten die Einwohner von Paris im November 2015 schmerzlich erfahren.

Dennoch kommen von den Christen aus den Brennpunkten von Leid und Verfolgung positive Signale. Bischof Anastasias von Albanien formulierte es bei einem Treffen von Leitern aus der verfolgten Kirche so: „Die Kirche ist immer eine leidende Kirche, sonst ist sie keine Kirche.“

„Der Open Doors Weltverfolgungsindex bleibt weiterhin mehr als eine Liste. Er ist eine Erinnerung an diejenigen, die mitten in der Verfolgung unsere Gebete und Unterstützung brauchen“, sagt Markus Rode, Leiter von Open Doors Deutschland.

[zurück zum Inhalt](#)

5 Informationen zu den einzelnen Ländern



- | | |
|--|--|
| 1. Nordkorea | 26. Zentralafrikanische Republik |
| 2. Irak | 27. Jordanien |
| 3. Eritrea | 28. Dschibuti |
| 4. Afghanistan | 29. Laos |
| 5. Syrien | 30. Malaysia |
| 6. Pakistan | 31. Tadschikistan |
| 7. Somalia | 32. Tunesien |
| 8. Sudan | 33. China |
| 9. Iran | 34. Aserbaidshan |
| 10. Libyen | 35. Bangladesch |
| 11. Jemen | 36. Tansania |
| 12. Nigeria | 37. Algerien |
| 13. Malediven | 38. Bhutan |
| 14. Saudi-Arabien | 39. Komoren |
| 15. Usbekistan | 40. Mexiko |
| 16. Kenia | 41. Kuwait |
| 17. Indien | 42. Kasachstan |
| 18. Äthiopien | 43. Indonesien |
| 19. Turkmenistan | 44. Mali |
| 20. Vietnam | 45. Türkei |
| 21. Katar | 46. Kolumbien |
| 22. Ägypten | 47. Vereinigte Arabische Emirate |
| 23. Myanmar | 48. Bahrain |
| 24. Palästinensergebiete | 49. Niger |
| 25. Brunei | 50. Oman |

[zurück zum Inhalt](#)

Platz 1: Nordkorea

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 92 Punkten belegt Nordkorea auf Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016, bereits das vierzehnte Jahr in Folge. Der Druck auf Christen bleibt in allen Lebensbereichen außergewöhnlich hoch und ist zusätzlich noch mit gewaltsamem Vorgehen gegen die christliche Minderheit verbunden.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung in Nordkorea sind „Kommunistische Unterdrückung“ und „Diktatorische Paranoia“. Die Diktatorische Paranoia ist mit der Kommunistischen Unterdrückung vermischt.



- **Kommunistische Unterdrückung:** Während Nordkorea theoretisch immer noch ein kommunistisches Land ist, überwiegt in Wirklichkeit der Personenkult. Dennoch wird das Land weiterhin gemäß der kommunistischen Tradition und ihrer administrativen Gewohnheiten geführt, und deshalb wird dies auch als die Haupttriebkraft von Verfolgung bezeichnet. Ein weiteres Merkmal von Ländern, die sich weiterhin als kommunistisch bezeichnen, ist die schrittweise Einführung einer privaten Marktwirtschaft. Nach Nordkoreas ‚Mühsamem Marsch‘ in den 1990ern, in denen Hunderttausende Menschen verhungert sind, hat die Privatwirtschaft langsam Eingang in das Land gefunden. Heutzutage finden sich in geringem Maße lokale Märkte und trotz Maßregelungen und Bemühungen, den Markt zu kontrollieren, wird diese Art der Wirtschaft toleriert und wächst sogar.
- **Diktatorische Paranoia:** Nordkorea ist in vielerlei Hinsicht eine auffallende Ausnahme, auch was die Triebkraft der Verfolgung von Christen betrifft. Seit 1948 wird Nordkorea von einer einzigen Familie regiert, nun in der dritten Generation. Wie erwähnt ist die kommunistische Ideologie, der einst gefolgt wurde, in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten, obwohl der kommunistische Stil hinsichtlich Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens weiterlebt. Inzwischen ist die Diktatorische Paranoia maßgeblich für die Verfolgungssituation in Nordkorea verantwortlich. Jeder muss die Führer verehren und aufgrund dieses ausgeprägten Personenkultes ist Kim Jong Un unersetzlich – nicht zuletzt, da er auch über die Arbeiterpartei, die Armee, die Verwaltung und alle Bereiche der Gesellschaft herrscht, auch wenn seine Macht nicht als so absolut gilt wie die seines Vaters oder Großvaters. Dennoch darf es niemand wagen oder wäre auch nur fähig, diese Herrschaft in Frage zu stellen. Der Personenkult um die Kim-Familie ist unvorstellbar. Ihre gottgleiche Verehrung lässt keinerlei Spielraum für eine andere Religion. Jeder, der es wagt, jemand oder etwas neben der Kim-Dynastie zu verehren, wird als gefährlich und staatsgefährdend eingestuft. Kim Jong Un wurde als der „Große Nachfolger“ ausgerufen und als „Oberster Führer“ und „Oberster Befehlshaber der bewaffneten Streitkräfte“ eingeführt, als er die Nachfolge antrat. Darüber hinaus hält er als „Erster Staatssekretär der koreanischen Arbeiterpartei“ die zentrale Position auf allen wichtigen Führungsebenen: Partei, Staat und Armee. Das politische System

des Landes gründet sich auf zwei Ideologien. Die eine heißt „Juche“ und besagt im Wesentlichen, dass der Mensch eigenverantwortlich ist. Die andere ist der „Kimilsungismus“ (abgeleitet von dem Namen des Staatsgründers Kim Il Sung), also die Verehrung des jeweiligen Staatsoberhauptes. Diese Führer sind die allgewaltigen Instanzen, welche Nordkorea führen und leiten. Jeder Bürger muss an den wöchentlichen Sitzungen teilnehmen, bei denen alle Bürger jeder Altersklasse ideologisch geschult und indoktriniert werden. Es ist nahezu menschenunmöglich, geschweige denn erlaubt, von diesem Kult abweichende Ideen religiöser oder anderer Art zu entwickeln. Das strikte System sozialer Kontrolle führt zu einer starken Selbstzensur und Selbstkontrolle bezüglich dessen, was man und zu wem man es sagt, selbst in den privatesten und familiären Beziehungen.

Aktuelle Einflüsse

Als Kim Jong Un nach dem Tod seines Vaters im Dezember 2011 die Macht übernahm, bestand die Hoffnung, das Land würde sich öffnen und damit auf verbesserte wirtschaftliche, soziale und diplomatische Bedingungen. Unter der Führung von Kim Jong Un haben sich diese Hoffnungen jedoch nicht erfüllt. Auch wenn sich der Stil der Öffentlichkeitsarbeit verändert hat, der Führungsstil blieb gleich. Um mit einer positiveren Notiz zu beginnen: Der junge Machthaber versucht seinem Großvater Kim Il Sung in seinem öffentlichen Auftreten gleich zu sein, der dem Volk gegenüber offener war und für „die Goldenen Jahre“ Nordkoreas steht, als die Bevölkerung noch nicht unter Nahrungsmittelknappheit litt. Kim Jong Un erlaubt außerdem seiner Frau, in der Öffentlichkeit aufzutreten – ein Novum – und auch er tritt sehr viel öfter vor die Öffentlichkeit als sein Vater. Dies sollte dennoch nicht als eine Öffnung des Landes missverstanden werden. Kim Jong Un verfolgt weiterhin eine Politik unvorhersehbarer Säuberungsaktionen, um seine Macht zu untermauern. Die prominenteste dieser Säuberungsaktionen war die öffentliche Demütigung und Hinrichtung seines Onkels im Dezember 2013. Die jüngste Aktion geschah im August 2015 und betraf einen der sieben Vizepremiere des Landes. Dass dieser Bericht bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt (November 2015) unbestätigt ist, belegt die Schwierigkeit, zuverlässige Nachrichten aus Nordkorea zu erhalten.

Die meisten Nordkoreaner leiden nicht mehr so an Hunger wie in den 90er Jahren, dennoch bleibt es schwierig, die eigene Versorgung sicherzustellen, vor allem wenn die Witterungsbedingungen so ungünstig sind wie 2015. So berichten Christen aus dem Untergrund, dass 2015 in verschiedenen Regionen Wellen von Hungersnot durchs Land gingen. Hunger ist ein Feind, der Tag für Tag bekämpft werden muss. Ein Großteil der Bevölkerung ist unterernährt und der Anteil unterentwickelter Kinder ist sehr hoch. Die Situation verschlimmert sich zusehends, da sich das Regime weigert, mit internationalen Organisationen zu kooperieren und ihnen Zugang zu den betreffenden Gebieten zu gewähren. Auf der anderen Seite hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes leicht verbessert, da das Regime ein gewisses Maß an Privatwirtschaft zulässt. Natürlich ist dies noch lange keine freie Marktwirtschaft, aber es lässt den Menschen etwas mehr Handlungsspielraum. Die Regulierungen für die lokalen Märkte und kleinen Hausgärten nehmen ab.

Eine weitere ökonomische Herausforderung ist die Beschaffung von Devisen. Bislang war Nordkorea immer mit dem großen Nachbarn China verbunden. Neuere Berichte zeigen jedoch eine stärkere Ausrichtung auf den anderen großen Nachbarn, Russland. Dorthin haben sich im Berichtszeitraum die Beziehungen verstärkt, die Verbindungen nach China sind eher erkaltet, zumindest zeitweise. Kim Jong Un war noch nicht einmal zu seinem Antrittsbesuch dort. Sehr öffentlich und deutlich gezeigt wurde dies seitens Chinas, das im September 2015 das 70 jährige Ende des Zweiten Weltkriegs

feierte. Am „Siegestag“ gab es eine der größten Militärparaden der letzten Jahrzehnte und neben Präsident Xi Jinping stand jemand aus Korea. Es war jedoch nicht Kim Jong Un, sondern die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye; für die nordkoreanische Delegation war ein Platz in 30 Meter Entfernung reserviert. Dieses klare Zeichen der Missbilligung schmälert jedoch nicht die strategisch wichtige Rolle Nordkoreas für China. Und China ist gegenwärtig noch immer Nordkoreas größter Handelspartner, auch wenn die Zahlen rückläufig sind. Ein weiteres Mittel, harte Währung zu verdienen, ist die Aussendung von Gastarbeitern in andere Länder. Es ist anzunehmen, dass auch die Christen von einer verbesserten ökonomischen Situation profitieren würden, so wie jeder andere Staatsbürger. Viele von ihnen haben Mühe, ihre eigene Versorgung zu sichern, sie gehören vornehmlich zu den ärmeren Gesellschaftsschichten. Ein weiteres Problem stellt für sie der allgegenwärtige Einsatz von Bestechungsgeldern dar, da dies gegen ihre christlichen Überzeugungen verstößt.

Im August 2015 gab es Berichte darüber, dass die Regierung Treffen von mehr als drei Personen verboten hatte, um die Stabilität zu sichern und zu verhindern, dass sich Kritiker zusammentun. Auch wenn diese Regel kaum Auswirkungen auf die Christen im Land hat, da sie sich ohnehin nicht gemeinsam treffen, geschweige denn Gottesdienste feiern können, zeigt dies doch eine Zunahme der sozialen Kontrolle, die in den meisten anderen Ländern der Welt unvorstellbar wäre. Der jüngste Konflikt mit Südkorea im August 2015, ausgelöst durch die Explosion von Landminen in der entmilitarisierten Zone, bei der zwei südkoreanische Soldaten schwer verletzt wurden, machte zwei wichtige Fakten deutlich: Erstens hat der Süden sein Versprechen gehalten, auf jeden zukünftigen Angriff hart zu reagieren; dieses Versprechen wurde 2010 gegeben, nachdem der Norden die Fregatte „Cheonan“ versenkt hatte. Dementsprechend reagierte der Süden auf die Provokation mit Landminen im August 2015 mit dem Beschuss von nördlichem Territorium mit schwerer Artillerie.

Zweitens ist keine der beiden Seiten wirklich an einer Eskalation interessiert. Dies zeigt sich darin, dass Südkoreas militärische Antwort mehr als eine Stunde nach dem Vorfall erfolgte, was den nordkoreanischen Soldaten die Möglichkeit zum Rückzug ließ. Als der Norden ultimativ forderte, grenzüberschreitende Propaganda einzustellen, reagierte der Süden Berichten zufolge mit der Nachfrage, welcher Zeitzone gefolgt werden sollte. Gemünzt war dies auf die Entscheidung Nordkoreas, die eigene Uhrzeit um 30 Minuten zu verschieben, um keine gemeinsame Zeitzone mit Japan zu haben. Der stärkste Hinweis auf Deeskalation zeigt sich jedoch in den Gesprächs- und Verhandlungsrunden in Panmunjom, auch wenn dies die nordkoreanischen Staatsmedien nicht davon abhält, Südkoreas Präsidentin als ‚aggressive Irre‘ zu beschimpfen. Es kam relativ schnell zu einer Einigung, bei der sich der Norden gewissermaßen entschuldigte, ohne jedoch konkret die Verwundung der zwei Soldaten zu nennen, während der Süden seine Propaganda-Lautsprecher wieder ausschaltete. Auch wenn Nordkorea nach dieser Einigung nicht die ganze Armee mobilisierte und sogar den Kriegszustand wieder aussetzte, sind solche Zeiten der starken Spannungen mit dem Süden immer auch Zeiten von erhöhter Propaganda und stärkeren ideologischen Kontrollen. Dies führt immer auch zu erhöhtem Druck auf Christen.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt zwei Kategorien von Christen bzw. Kirchen in Nordkorea und beide erleben Verfolgung.

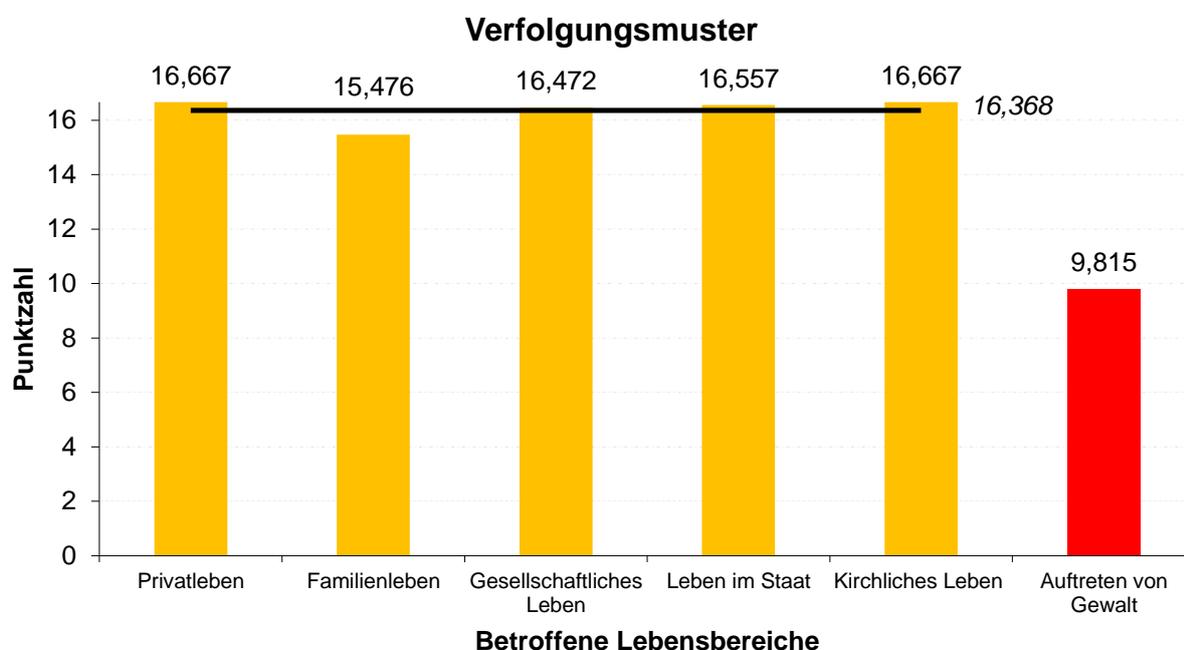
- **Mitglieder traditioneller Kirchen**, die es bereits vor dem Koreanischen Krieg von 1950 - 1953 gab. Während viele Christen im Krieg gestorben oder aber in den Süden geflohen waren, sind andere geblieben. Sie und ihre Nachkommen bilden diese Gemeinden. Jeder Bürger ist in ein

soziales bzw. Klassensystem namens Songbun eingeordnet. Christen gehören demnach zur feindlichen Klasse und selbst unter ihnen gibt es noch zwei Unterklassen, die 37 für protestantische Christen und die 39 für katholische Christen. Diesen Klassen gehören Christen an, deren Eltern oder Großeltern Christen waren. Sozusagen als Strafe für das falsche Songbun wurden sie in abgelegene Dörfer verbannt. Nur wenigen dieser historisch gewachsenen christlichen Gemeinden ist es gelungen, ihren Glauben geheim zu halten und Untergrundkirchen zu gründen.

- **Christen mit kommunistischem oder Kim Il Sung/Kim Jong Il Hintergrund:** Viele Menschen kamen in den 90er Jahren zum Glauben, als im Zuge der großen Hungernot unzählige Menschen die Grenze zu China überquerten und Hilfe in Kirchen fanden. Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neugefundenen Glauben treu.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt die Wertungen für Kommunistische Unterdrückung (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Der Durchschnittswert der ersten 5 Balken (16,368), der den Druck auf Christen widerspiegelt, ist mit dem Vorjahreswert vergleichbar (16,390) und einer der höchsten Werte auf dem Weltverfolgungsindex. Der Wert für den Block „Gewalt“ (9,815) ist ebenfalls mit dem Vorjahreswert vergleichbar (10,000). Er ist niedriger als man vielleicht annehmen würde, aber dies belegt die Schwierigkeit der Dokumentation von Gewalttaten gegen Christen in Gefängnissen und Arbeitslagern. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, erreicht Verfolgung in nahezu allen Lebensbereichen den Höchstwert. Der christliche Glaube wird als Widerstand gegen die Kim-Dynastie und deren Verehrung gewertet und wird deshalb unnachgiebig verfolgt.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Den vorherigen Erklärungen zur Situation in Nordkorea folgend, verwundert es nicht, dass die Verfolgung im Privatleben den Höchstwert erreicht. Es ist äußerst gefährlich, die Bibel zu lesen oder seinen christlichen Glauben auf welche Art auch immer zu zeigen. Bibeln und andere Materialien werden sorgfältig versteckt und nur dann hervorgeholt, wenn man sich absolut sicher sein kann, dass man alleine ist. Sich mit anderen Christen zu treffen ist höchst gefährlich, mit nicht-christlichen Familienmitgliedern oder anderen über den Glauben zu sprechen, ist nahezu unmöglich. Eltern wagen noch nicht einmal, ihren Kindern von ihrem Glauben zu erzählen, da manchmal Kinder sogar ihre Eltern verraten haben.
- **Familienleben:** Wenn Christen entdeckt werden, verlieren sie alles. Sie werden verhört, um ihre Netzwerke aufzuspüren. Sie und auch ihre gesamte Familie werden jahrelang Elend in den Arbeitslagern erleiden. Sich unter diesen Umständen mit anderen Christen zu treffen, ist nahezu unmöglich. Jeder, der in verborgene religiöse Aktivitäten verwickelt ist und entdeckt wird, erlebt Diskriminierung, Inhaftierung, Willkür, Verschleppung, Folter und/oder öffentliche Hinrichtung. Christlichen Eltern ist es schier unmöglich, ihre Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Nicht nur, dass sie kaum wagen, dies zu tun, sie müssten zudem gegen die wöchentliche Indoktrinierung ankämpfen, die bereits im Kleinkindalter beginnt. Christliche Hochzeiten, Beerdigungen oder Abendmahl öffentlich zu feiern, steht außer Frage, ebenso wie christliche Taufen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Jeder in Nordkorea ist unter strikter sozialer Kontrolle, da sich Nordkorea der alten kommunistischen Methode der Nachbarschaftswache, hier „Inminban“ genannt, bedient. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird von speziell ausgebildeten Nachbarn berichtet, sodass tatsächlich keine Aktivität, kein Besuch, keine Abweichung vom Normalen unbemerkt bleibt. Kindern von Christen ist der Glaube ihrer Eltern meist gar nicht bewusst, da die meisten Eltern ihre Kindern allenfalls einweihen, wenn sie älter sind. Wenn sie aber dann doch davon erfahren, müssen sie sehr vorsichtig sein, den Glauben nicht zu zeigen, da dies schnell zu einer Anzeige führt, nicht nur für sie selbst, sondern der ganzen Familie. Ähnliche Vorsicht ist am Arbeitsplatz, dem Zuhause und vor allem in allen Kursen der Selbstkritik geboten.
- **Leben im Staat:** Wie bereits erwähnt, folgt Nordkorea der Juche-Ideologie und dem Kimilsungismus/Kimjongilismus und alles steht in Zusammenhang mit diesen Ideologien. Medienberichte gegen Christen sind verzerrt und nicht repräsentativ, wenn es denn überhaupt Berichte gibt. Christen können niemals eine faire Gerichtsverhandlung erwarten. Dementsprechend ist die Punktzahl in diesem Lebensbereich ebenfalls nahezu am Maximum. Nordkoreanische Polizeibeamte machen regelrecht Jagd auf Grenzgänger, die sich während ihres Aufenthalts in China zum Christentum bekehrt haben oder christliche Literatur, vor allem Bibelteile, nach Nordkorea einführen wollen. Jeder ertappte und zurück nach Nordkorea gebrachte Flüchtling wird ausführlichen Verhören unterzogen. Allen vorliegenden Berichten zufolge gehören dazu auch die Fragen: „Hast du in China Christen getroffen?“ und: „Hast du in China eine Kirche besucht?“ Der unverändert hohe Druck zeigt sich auch daran, dass die Zahl der Deserteure nach Südkorea weiter abnimmt. Das Regime hat seine Grenzkontrollen enorm verstärkt, sodass Übertritte immer gefährlicher und teurer werden.

- **Kirchliches Leben:** In Nordkorea kann es schlichtweg keine Kirchen geben. Es gibt wohl vier von der Regierung kontrollierte Kirchen in Pjöngjang, die internationalen Gästen Religionsfreiheit vorspielen sollen. Sie können nicht als eigentliche Gemeindeversammlungen funktionieren, da sie keinen Spielraum haben und sich nur innerhalb der von der Regierung gesteckten Grenzen bewegen dürfen. Abgesehen davon ist es nicht möglich, auf legalem Weg christliche Materialien zu produzieren oder zu importieren oder christliche Organisationen ins Leben zu rufen. Eine legale Ausbildung von Leitern und Jugendleitern ist unmöglich.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung in Nordkorea bleibt sehr gewalttätig, auch wenn die Dokumentation von gewaltsamen Übergriffen nicht so umfangreich ist, wie man vermuten würde. Das liegt jedoch daran, dass nicht alle Gewalttaten berichtet werden und Berichte aus den Strafgefangenenlagern schwer zu beschaffen sind. Im Februar 2015 inhaftierte Nordkorea den koreanisch-kanadischen Pastor Hyeon Soo Lim, der im Land Nothilfe leistete, wie er das bereits über hundert Mal zuvor getan hatte. Da Nordkorea von Zeit zu Zeit ausländische Bürger – auch Christen – festnimmt, war dies allein noch nicht überraschend. Ungewöhnlich jedoch war, dass die Behörden ihn dazu gebracht hatten, öffentlich zu gestehen, das nordkoreanische Regime stürzen wollen. Dies kann darauf verweisen, dass einheimische Christen mit zunehmender Härte behandelt werden; vor allem aber zeigt es die Wahrnehmung der Christen seitens des Regimes.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Am bedeutsamsten für das Regime ist die Beziehung zu China, von dem es wirtschaftlich stark abhängig ist. Es kann sich nicht leisten, von China aufgegeben zu werden. Auch wenn es im Berichtszeitraum Anzeichen dafür gab, dass China mit dem Verhalten Nordkoreas zunehmend unzufrieden ist, gibt es doch Gründe dafür, die Beziehung zu Nordkorea zu pflegen. Kim Jong Un hat noch keine Auslandsreisen unternommen, obwohl er das Land bereits seit drei Jahren regiert. Will er der Tradition folgen und ein Zeichen der Höflichkeit setzen, sollte er China als erstes besuchen. Tut er dies, so ließe das auf eine sich verbessernde Beziehung zu China schließen, was für die Christen sehr nachteilig wäre. Dies deshalb, weil China jeden aus Nordkorea Flüchtenden zurückschickt, obwohl China das Flüchtlingsabkommen der Vereinten Nationen unterzeichnet hat und obwohl China ohne Kosten und Mühen die Überläufer weiter nach Südkorea schicken könnte.

Im Jahr 2016 muss besonders der 7. Kongress der Arbeiterpartei beobachtet werden. Dieser wurde am 30. Oktober 2015 bekanntgegeben und wird Anfang Mai 2016 stattfinden. Dieser Kongress findet zum ersten Mal wieder seit 35 Jahren statt und kann Hinweise darauf geben, in welche Richtung das Land steuert. Auf früheren Kongressen wurden beispielsweise Änderungen in der Führung bekanntgegeben, sowie neue Richtlinien oder deren Änderungen. Für Christen wird sich aller Voraussicht nach jedoch nichts ändern, da sie weiterhin als Gegner des Regimes gesehen werden.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 2: Irak

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 90 Punkten belegt der Irak Platz 2 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. 2015 nahm das Land mit 86 Punkten Rang 3 ein. Unter dem gegenwärtigen Einfluss islamischer Extremisten, insbesondere des Islamischen Staates (IS), radikalisiert sich die Gesellschaft weiter; dadurch wächst auch der Druck auf die Christen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung sind im Irak: der „Islamische Extremismus“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Exklusives Stammesdenken“ (in Verbindung mit Islamischem Extremismus) sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ und „Konfessioneller Protektionismus“.



- Islamischer Extremismus:** Islamisch extremistische Gruppen betreiben eine regelrechte religiöse Säuberung; sie streben an, den Irak zu einem rein islamischen Land zu machen. Seit der US-geführten Invasion des Irak im Jahr 2003 verschlechtert sich die Situation kontinuierlich. Eine anti-westliche (und damit gegen Christen gerichtete) Stimmung seitens islamistischer Militanter und Aufständischer baut sich immer weiter auf und führt zu beträchtlicher Gewalt. Die Situation wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass die Regierung Straftaten ungeahndet lässt und so ein Klima der Gesetzlosigkeit begünstigt. Darüber hinaus wächst die Anzahl islamischer Terrorgruppen im Norden und Westen, angefeuert durch den Bürgerkrieg in Syrien. Im Juni 2014 hat der IS in dieser Region und Teilen Syriens ein Kalifat ausgerufen. Der IS fordert die Einhaltung streng islamischer Regeln und ist für die meiste Gewalt gegen Christen verantwortlich.

Im Zuge regionaler Entwicklungen räumen sowohl die irakische als auch die kurdische Regierung dem Islam eine immer größere Rolle ein. Einige schiitische Parteien pflegen gute Beziehungen zur Islamischen Republik Iran, deren Einfluss im Irak zunimmt. Christen, besonders Konvertiten aus dem Islam, berichten, dass sie in Regionen nahe der iranischen Grenze vom iranischen Geheimdienst beobachtet werden. Ganz allgemein ist im Irak eine Islamisierung der Gesellschaft (im Sinne einer stärkeren Hinwendung zu extremen Formen des Islam) festzustellen. Frauen werden stärker beobachtet und aufgefordert, ein Kopftuch zu tragen; auch die Einhaltung des Ramadan wird verlangt. Sogar christliche Frauen in Bagdad und Basra sehen sich zur Verschleierung außerhalb der eigenen Wohnung genötigt; aus Sorge um die eigene Sicherheit geben sie dem Druck häufig nach. In vom IS kontrollierten Gebieten ist die Vollverschleierung, inklusive des Gesichts, Pflicht für Frauen.

- Exklusives Stammesdenken:** Die Gesellschaft im Irak ist noch immer sehr vom Stammesdenken geprägt, wozu die Einhaltung uralter Normen und Werte gehört. Im Zusammenspiel mit dem Islam geraten dadurch besonders Christen muslimischer Herkunft häufig in unangenehme oder auch gefährliche Situationen.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Korruption spielt bei der Verfolgung von Christen eine große Rolle. Das kommt bei Lösegeldforderungen für entführte Christen zum Tragen, aber auch bei der illegalen Vereinnahmung von deren Häusern und Grundbesitz. Angaben der Organisation „Bagdad Beituna“ (Unsere Heimat Bagdad) zufolge, gab es seit 2003 mehr als 7.000 Verstöße gegen Eigentumsrechte irakischer Christen in Bagdad. Ein Beamter aus Bagdad bestätigte, dass etwa 70 Prozent der Häuser von Christen illegal den Besitzer gewechselt haben. Besonders gefährdete Minderheiten wie Christen werden ausgebeutet. Korruption ist in der irakischen Gesellschaft tief verwurzelt, bis in die höchsten Kreise. Oft sind es Personen aus dem politischen Umfeld, die ihren Einfluss dazu missbrauchen, sich Häuser von Christen, aber auch Kirchen und ganze Klöster anzueignen.
- **Konfessioneller Protektionismus:** Im Süden und im Zentrum des Irak werden Christen, die von traditionellen Kirchen zu protestantischen Freikirchen wechseln, zuweilen durch die Familie aber auch durch Stammesführer und das gesellschaftliche Umfeld eingeschüchtert. Ihnen wird der Verlust des Arbeitsplatzes, ihres Erbes oder auch der Ersparnisse für die Heirat angedroht. Mitgliedern traditioneller Kirchen, die Gottesdienste von Freikirchen besucht haben, wurde die Eheschließung seitens des Bischofs verweigert. Gesellschaftliche Ächtung seitens der eigenen Familie und Gemeinschaft sind üblich.

Aktuelle Einflüsse

Christen haben im Irak eine lange Tradition. Die durch den IS eroberte Stadt Mossul, die zweitgrößte im Land, wurde zur Zeit des Propheten Jona Ninive genannt. Christen sind dort und in Bagdad schon lange zu Hause. Vor der Invasion durch die USA im Jahr 2003 gehörte die christliche Gemeinde im Irak zu den größten im Nahen Osten. Der fast 2.000 Jahre alten Kirche droht nun die Auslöschung.

Der Irak leidet seit Jahren sowohl unter strukturellen Unruhen und Konflikten. Hinzu kommt eine Regierung, die nicht in der Lage ist, Recht und Ordnung zu gewährleisten und für ein Mindestmaß an Sicherheit zu sorgen. Die Korruption blüht und religiös motivierte Gewalt scheint kein Ende zu finden.

Der Irak ist zweigeteilt in das semi-autonome Kurdengebiet unter der Kurdischen Regionalen Regierung (KRG) mit Sitz in Erbil und den großen arabischen Teil unter der irakischen Regierung mit Sitz in Bagdad. Jeder Teil hat seine eigene Sprache und Kultur. Die größten Erdölreserven befinden sich nahe Kirkuk und Mossul, beide liegen in der Grenzregion der Landesteile und gehören zu den am meisten von Gewalt betroffenen Regionen des Landes. Die Christen sind hier zwischen die Fronten zweier unterschiedlicher Kriege geraten: der eine um ein unabhängiges Kurdistan und der andere in Form einer religiösen Säuberung durch islamistische Gruppierungen, die ein rein islamisches Land anstreben. Andererseits gibt es auch Hoffnungszeichen. Im Norden wächst mancherorts die Zusammenarbeit zwischen Pastoren von Gemeinden aus ehemaligen Muslimen. Außerdem sind eher traditionelle Kirchengemeinden und Organisationen unter Flüchtlingen tätig, die aus IS-Gebieten und aus Syrien kommen. Sie verteilen beispielsweise Decken und Spielsachen, Gemeinden in Erbil und Dohuk leisten sogar umfangreiche humanitäre Hilfe für etwa 15.000 Familien.

Betroffene Kategorien von Christen

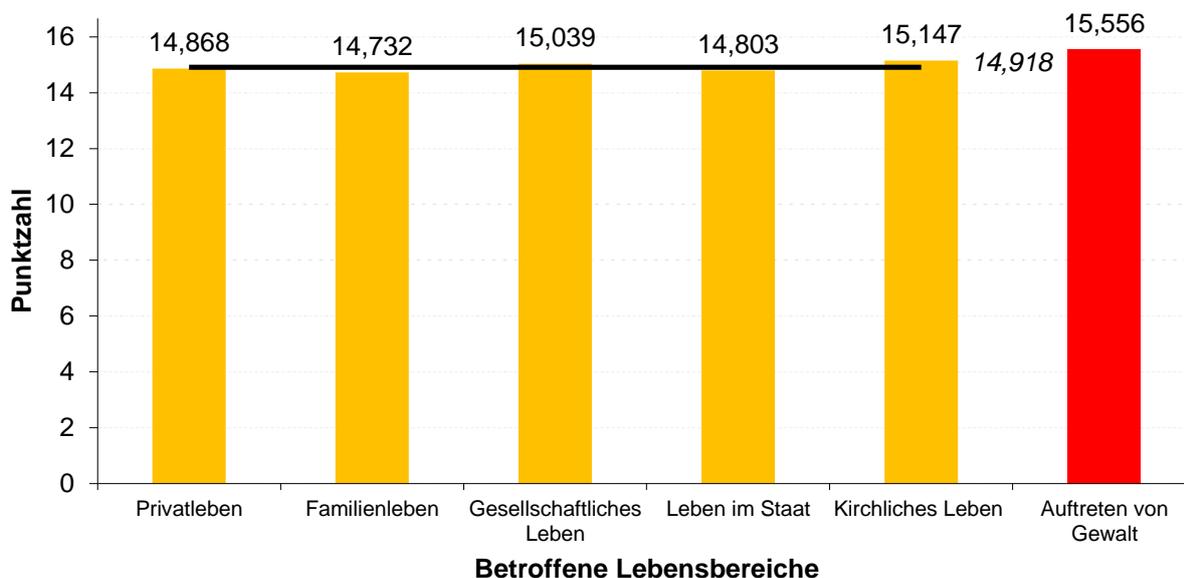
Alle drei Kategorien von Christen im Irak erleiden Verfolgung.

- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Die Assyrisch-Orthodoxe, die Chaldäisch-Katholische oder auch Syrisch-Katholische und die Armenische Kirche sind gleichermaßen stark von Verfolgung betroffen.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Christliche Konvertiten erleben ebenfalls sehr starke Verfolgung. Den härtesten Druck erfahren sie durch ihre (erweiterten) Familien.
- **Protestantische Freikirchen:** Beispielsweise evangelikale Gemeinden in Bagdad und Basra sind schwerer Verfolgung ausgesetzt. In der Ninive-Ebene gibt es wegen der Aktivitäten des IS keine derartigen Gemeinden mehr. Christen vor Ort werden überwiegend durch islamisch-extremistische Gruppierungen, aber auch durch Behörden und nicht-christliche religiöse Leiter bedroht und bedrängt. In geringerem Umfang erleben evangelikale Christen Widerstand auch durch die eigene (erweiterte) Familie.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das untenstehende Diagramm zeigt die Wertung für Islamischen Extremismus (im Zusammenspiel mit Exklusivem Stammesdenken). Der Durchschnittswert der ersten 5 Balken (14,918), der den Druck auf Christen widerspiegelt, hat gegenüber dem Vorjahreswert (14,067) deutlich zugelegt. Der Wert für den Block „Gewalt“ hat mit 15,556 gegenüber dem Vorjahreswert (16,112) abgenommen. Die höhere Punktzahl für den Druck in allen Lebensbereichen ist auf die Reduzierung von vier Kategorien für Christen auf nur drei durch das WVI-Team zurückzuführen (ausländische Christen werden nicht länger als eigene Kategorie betrachtet, da sie sich mit den anderen Christen im Land mischen, also keine eigenen Gemeinden mehr bilden). Die bereits hohe Punktzahl für Druck in allen Lebensbereichen hat sich durch die Präsenz des IS im Land weiter erhöht. Der Bereich Gewalt weist eine sehr hohe Punktzahl auf, wenn auch etwas niedriger als im vergangenen Jahr, da für den aktuellen Berichtszeitraum keine Meldungen zu Haftstrafen für Christen ohne Gerichtsverhandlung vorliegen. Die Daten spiegeln eine sehr bedrohliche und unberechenbare Verfolgungssituation. Wie das Diagramm zeigt, sind die Werte für alle Lebensbereiche auf ähnlich hohem Niveau und zeigen den hohen Druck auf Christen allerorts. Dies gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft. In IS-Gebieten, wo das Recht der Christen auf Religionsfreiheit schwer verletzt wird, ist die Lage sehr angespannt.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Der Druck hat sich besonders in IS-Gebieten stark erhöht. Alle Christen sind davon in ihrem persönlichen Glaubensleben betroffen: Singen oder Beten ist unmöglich. Für Christen muslimischer Herkunft gilt dies im gesamten Land; ihren Glauben zu zeigen ist gefährlich.
- Familienleben:** Meist müssen Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben vor dem Rest ihrer (islamischen) Familie verbergen, denn Abfall vom Islam gilt als schändlich. Sie werden schnell bedroht und ausgestoßen. Alle christlichen Familien erleben in IS-Gebieten drastische Einschränkungen, doch auch im restlichen Irak sind christliche Eltern vorsichtig, was sie ihren Kindern hinsichtlich ihres Glaubens weitergeben. Sollten die Kinder in der Schule über ihren Glauben sprechen – besonders im Islamunterricht – droht der Familie eine Anklage wegen Blasphemie.
- Gesellschaftliches Leben:** Auch in ihrem gesellschaftlichen Umfeld ist es für Christen muslimischer Herkunft zu riskant, über ihren Glauben zu sprechen. Wird ihr Glaube dennoch bekannt, erfahren sie zumindest Diskriminierung durch ihr gesellschaftliches Umfeld. In IS-kontrollierten Gebieten ist die Lage noch ernster. Kein Christ sollte dort über seinen Glauben sprechen. Wenn sich in solchen Gebieten ein Muslim dem christlichen Glauben zuwendet, droht ihm die Hinrichtung. Alle Frauen sind verpflichtet, sich völlig zu verschleiern. Selbst im Norden des Landes (Dohuk, Zakho und teilweise Erbil) wächst der gesellschaftliche Druck auf Frauen, das Kopftuch zu tragen.
- Leben im Staat:** Die Scharia ist Grundlage der Rechtsprechung im Land. Abfall vom Islam ist verboten. Christen muslimischer Herkunft erleben im gesamten Land Diskriminierung auf allen Ebenen, sobald ihr Glaube bekannt wird. Die Religionszugehörigkeit im Personalausweis

kann nicht verändert werden, Kinder solcher Christen werden deshalb automatisch als Muslime registriert. Im Oktober 2015 hat das irakische Parlament das nationale Ausweisgesetz verabschiedet, welches fordert, dass nicht-muslimische Kinder als Muslime registriert werden, falls der männliche Ehepartner zum Islam konvertiert oder die Mutter einen muslimischen Mann heiratet. Das Gesetz wurde trotz Protesten religiöser Minderheiten verabschiedet. Selbst Säuglinge von Christen aus historischen sowie nicht-traditionellen Kirchen können als Muslime registriert werden, ohne dass die Eltern davon Kenntnis erhalten. Fordern Eltern anschließend eine Korrektur der Geburtsurkunde, wird diese in einer Weise vorgenommen, dass der Eindruck entsteht, die Person wäre zum Christentum konvertiert – mit den beschriebenen Folgen. Im nordirakischen Kurdengebiet ordnet die KRG-Regierung, den Verkauf von Bauland in einigen vorwiegend von Christen bewohnten Gebieten und Städten an Muslime oder Jesiden an. Dieser „demographische Umkehrprozess“ geschieht dort bereits seit einigen Jahren. Sollte der Prozess nicht gestoppt werden, wird er eine schrittweise Islamisierung der betroffenen Gebiete zur Folge haben.

- **Kirchliches Leben:** In IS-kontrollierten Gebieten werden Kirchen oder Klöster entweder zerstört oder zweckentfremdet (als Gefängnis, Islamzentrum, Stall). Kirchliches Leben findet in diesen Gebieten praktisch nicht statt. Versammlungen, die nicht vom IS organisiert sind, sind verboten. Eine sehr beunruhigende Entwicklung ist im Süden und Zentrum des Irak zu beobachten: Wegen des Mangels an Priestern oder an Gottesdienstbesuchern – aufgrund von Auswanderung – müssen manche Kirchengebäude verkauft werden.
- **Auftreten von Gewalt:** Seit der IS sein Kalifat ausgerufen hat, mussten Scharen von Christen, Jesiden, Schiiten, Schabak, Kakai und andere Minderheiten aus ihren Häusern fliehen. Viele Christen sind Flüchtlinge im eigenen Land, zumeist mit dem Ziel Kurdengebiet. Zahlreiche Christen wurden ermordet, entführt oder attackiert, außerdem kam es zu zahlreichen Vergewaltigungen und Fällen von Zwangsheirat. Viele Kirchen, Klöster oder Eigentum von Christen wurden beschädigt, zerstört oder konfisziert – besonders in Mossul und der Ninive-Ebene. Mindestens 18 solcher Vorfälle wurden im Berichtszeitraum dokumentiert. Im November 2014 wurde eine „Preisliste“ für vom IS entführte christliche und jesidische Frauen und Kinder gefunden. Kinder im Alter von 1 bis 9 Jahren erzielen demnach Höchstpreise. Einer Meldung von MEC (Middle East Concern) zufolge hat der IS im Januar 2015 eine Broschüre verteilt, wie mit gefangenen Frauen umzugehen ist: IS-Kämpfern ist deren Vergewaltigung erlaubt.

Es ist unmöglich, alle Übergriffe gegen Christen im Irak vollständig aufzulisten. Die oben genannten sind nur einige der größeren Vorfälle im Berichtszeitraum.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Trotz einiger Vorstöße der irakischen und kurdischen Armee im Norden des Landes, unterstützt durch den Iran und die US-geführten Koalition, bleiben große Teile des bewohnten Gebietes im Irak unter der Kontrolle islamischer Extremisten. Die KRG nutzen die instabile Situation, um ihre Forderungen nach Unabhängigkeit – idealerweise einem eigenen Staat – voranzutreiben. Der EIU (Economic Intelligence Unit) der Zeitschrift „The Economist“ zufolge ist „die Macht der schiitischen

Milizen beängstigend und es gibt wenig Fortschritt, das Vertrauen der aufgebrachtten Sunniten wiederzugewinnen“. Für die Zukunft sind einige Szenarien denkbar.

- 1) Der IS gewinnt weiter an Macht mit weitreichenden regionalen Folgen. Der Iran würde dies verhindern und seinen Einfluss im Irak verstärken, wodurch die regionale Machtbalance in Schieflage geriete. Der Iran ist im Irak bereits stark aufgestellt; dennoch ist es wahrscheinlich, dass der Irak ihn um Hilfe bei der Eindämmung des IS bitten wird. Zusätzlich zur Bedrohung für Christen durch ein weiteres Erstarren des IS käme dann auch der wachsende Einfluss des Iran hinzu, was besonders für Christen muslimischer Herkunft gefährlich wäre. Des Weiteren wird der sich vertiefende Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Kombination mit zunehmender Gewalt und der Unfähigkeit der Regierung, für Recht und Ordnung zu sorgen, dazu führen, dass sich jeder noch mehr in seine jeweilige religiöse Gruppierung zurückzieht. Wachsendes Misstrauen wäre die Folge. Die ohnehin niedrige Toleranzschwelle im Allgemeinen in Verbindung mit der Präsenz des IS wird sich für religiöse Minderheiten – auch für Christen – nachteilig auswirken. Eine lokale Quelle erwartet eine weitere Auswanderungswelle – auch von Christen, sollte die Ninive-Ebene nicht bald vom IS befreit werden.
- 2) Al Kaida erstarnt weiter und verstärkt sein Bemühen, alle „Abtrünnigen“ zu bekämpfen. Gleichzeitig arbeitet die Organisation an ihrem Image, dem „reinen Islam“ genauer als andere Gruppierungen zu folgen. Der IS ging aus einer Abspaltung von Al Kaida hervor, das als zu moderat galt. Die Folgen für die Christen wären erhöhte Gefahr und Bedrohung. Weitere Christen würden den Irak verlassen, voraussichtlich in oder durch das relativ sichere Kurdengebiet.
- 3) Verschiedene religiöse und ethnische Gruppierungen vereinigen sich im Kampf gegen den gemeinsamen dschihadistischen Gegner. Mehr Stabilität im Land wäre die Folge. Auf der persönlichen Ebene könnten sich mehr und eher moderate Muslime wegen der Grausamkeiten des IS von ihrer Religion abwenden. Andere Religionen – auch die Christen – würden bei ihnen offene Türen und vielleicht auch offene Herzen finden.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 3: Eritrea

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 89 Punkten belegt Eritrea Platz 3 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um zehn Punkte gegenüber dem Jahr 2015, als Eritrea Platz 9 einnahm. Im Berichtszeitraum hat die Verfolgung von Christen in Eritrea stark zugenommen. Dafür verantwortlich sind neben Präsident Isaias Afewerki und seiner Regierung auch Mitglieder der Einheitspartei „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PFDJ). Der Anstieg um zehn Punkte zeigt an, dass die Christenverfolgung



in Eritrea eine Schwelle überschritten hat. Der Anstieg ist vor allem zwei Faktoren zuzuschreiben (zusätzlich zur generellen Verschlechterung der Situation der Christen seit letztem Jahr): dem Anstieg der Gewalt um sechs Punkte und dem spezifischen Druck der Regierung Afewerkis auf Protestanten. Dies geschieht aus dem Glauben heraus, dass diese sich mit der internationalen Gemeinschaft zusammenschließen, um die eritreische Regierung zu diskreditieren. In diesem Zusammenhang vermutet die Regierung, dass der detaillierte Bericht des UN-Untersuchungsausschusses von Juni 2015 nicht ohne Kooperation mit Leuten im Land möglich gewesen wäre. Ein Beobachter gibt an: „Eritreische Christen zögern nicht, das Land zu verlassen, auch wenn die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass sie bei dem Versuch Menschenhändlern oder skrupellosen extremistischen Gruppen wie dem Islamischen Staat (IS) in die Hände fallen.“ Einem Bericht des Büros des UN-Flüchtlingshochkommissars in Italien vom November 2014 zufolge sind „22 Prozent der mit dem Boot kommenden Menschen Eritreer.“ Als „Nordkorea Afrikas“ bezeichnet, reiht sich Eritrea unter die schlimmsten Länder in Bezug auf Achtung der Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und anderer Menschenrechte ein. Dies verstärkt sich durch die Rolle der zwei Triebkräfte Islamischer Extremismus und Konfessioneller Protektionismus. In Eritrea gibt es keinen sicheren Lebensraum, was die Zahlen der Flüchtlinge nach Europa, wie auch die Zahlen der durch Terroristen oder Menschenhändler ermordeten Christen belegen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte für die Verfolgung von Christen in Eritrea sind „Diktatorische Paranoia“, „Islamischer Extremismus“ und „Konfessioneller Protektionismus“.

- **Diktatorische Paranoia:** Die eritreische Regierung ist ein Synonym für absoluten Autoritarismus geworden. Seit 1993 übt die PFDJ unter der Führung von Präsident Afewerki die Macht aus. Eritrea leidet unter diesem autoritären Regime, das umfassenden Einfluss auf das Leben seiner Bürger ausübt. Gegenwärtig setzt das Regime alles daran, um an der Macht zu bleiben. Dabei verhaftet, bedrängt und tötet es Christen, die als Bedrohung für den Staat und die Regierung angesehen werden.
- **Islamischer Extremismus:** Etwa die Hälfte der eritreischen Bevölkerung ist muslimisch. Die meisten von ihnen leben in der Tiefebene entlang der Küste des Roten Meeres sowie an der Grenze zum Sudan und zeigen eine Tendenz zum Extremismus, wie Vorfälle in dieser Region belegen. Dort lebende Christen sind in großer Gefahr, vor allem Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Eritreische Muslime verstehen sich in erster Linie als Muslime und an zweiter Stelle als Eritreer. Zudem zeigen Berichte, dass die eritreische Regierung Sympathien für den Islam und islamisch-militante Gruppen wie Rashaida und Al Shabaab hegt. Ein Bericht der UN-Beobachtergruppe für Somalia und Eritrea vom 13. Oktober 2014 weist darauf hin, dass Eritrea bei verschiedenen Gelegenheiten die islamistische Al Shabaab mit Waffen und Munition ausgestattet hat. Darüber hinaus ist Eritrea dem Bericht zufolge bestrebt, „eine Anzahl hochrangiger Kontakte in die somalische Regierung zu unterhalten, um strategischen Einfluss auf die neue Regierung zu haben.“ Außerdem stellen die Beobachter fest, dass „Eritrea weiterhin Beziehungen zu Warlords (Kriegerische Stammesführer) und Plünderern mit Verbindungen zur somalischen Regierung unterhält, die wiederum zum Teil Beziehungen zu Al Shabaab pflegt.“

- **Konfessioneller Protektionismus:** Der eritreische Staat erkennt offiziell drei verschiedene Kirchen an: die Eritreisch-Orthodoxe, die Römisch-Katholische und die Evangelisch-Lutherische. Christen außerhalb der Eritreisch-Orthodoxen Kirche müssen zudem mit Druck aus den Reihen dieser größten Kirche des Landes rechnen. Dahinter stehen zum einen theologische Unterschiede zwischen den Konfessionen, zum anderen aber auch ganz pragmatische Überlegungen. Die gut organisierte Eritreisch-Orthodoxe Kirche mit ihrer langen Tradition und historischen Anerkennung betrachtet andere christliche Denominationen als „Neuankömmlinge“. Orthodoxen Kirchenführern gilt Eritrea als Heimat der Orthodoxie, in der Eritreas christliche Tradition begründet ist und neben der andere Denominationen – insbesondere Pfingstkirchen – keinen legitimen Platz haben.

Aktuelle Einflüsse

Im Jahr 2002 erschien Eritrea erstmals unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex, 2004 war das Land schon unter den ersten 20. Auch wenn es in Eritrea bereits in früheren Jahren Verfolgung gegeben hat, so erlebten die Christen im aktuellen Berichtszeitraum jedoch das höchste Maß an Verfolgung – bis über die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Das eritreische Regime ist absolut autoritär und duldet keine freie Meinungsäußerung oder irgendeine Art von Organisation, aus der sich Widerspruch regen könnte. Berichten von ‚Reporter Ohne Grenzen‘ zufolge missachtet „Eritrea systematisch die freie Meinungsäußerung und das Recht auf Information. Es ist Afrikas größtes Gefängnis für Journalisten.“ Der Präsident des Landes steht auf der Liste der „Feinde der Pressefreiheit“ von ‚Reporter Ohne Grenzen‘. Auf der Rangliste für Pressefreiheit liegt Eritrea seit sieben Jahren auf dem letzten Platz – noch hinter Somalia, dem Sudan, China und dem Iran. Der US-Bürgerrechtsorganisation Freedom House zufolge ist Eritrea eines der zehn schlimmsten Länder in Bezug auf Freiheit. Die Unterdrückung von Christen, vor allem aus Pfingstkirchen, ist in keinem anderen Land mit einer namhaften Zahl von Christen vergleichbar. Die Feindseligkeit der Regierung gegenüber dem christlichen Glauben und Sekten begann, als mit dem Volksentscheid 1993 die Zeugen Jehovas zur Zielscheibe wurden, was zur Verfolgung aller Kategorien von Christen im Land führte. Die Einführung eines Registrierungssystems drängte eine große Zahl von christlichen Gemeinden in die Illegalität. Die Versuche der Regierung, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, gipfelten in der Amtsenthebung des Patriarchen der Eritreisch-Orthodoxen Kirche, der seit 2007 unter Hausarrest steht. Der Machtmissbrauch seitens der Regierung und die daraus resultierenden Härten führten zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung, was letztlich 2013 zu einem Staatsstreich und dem Versuch der Amtsenthebung von Präsident Isaias Afewerki führte. Dieser Versuch schlug jedoch fehl, und Afewerki gab dem Westen und Äthiopien die Schuld für den Putschversuch. Dadurch nahm auch die Verfolgung der Christen stark zu, die von der Regierung als „Agenten des Westens“ bezeichnet werden. Dieser Vorfall ermöglichte den Muslimen, sich stärker mit der Regierung zu verbünden, frei nach dem Motto „deine Feinde sind auch meine Feinde“.

Eritrea hat beständig den Aufstieg und die Verbreitung eines extremistischen Islam am Horn von Afrika unterstützt. Die Sanktionen der UN gegen Eritrea wegen der Unterstützung islamistischer Kämpfer in der Region – besonders der Al-Shabaab – zeigen, dass die eritreische Regierung auch ein Komplize der Christenverfolger außerhalb Eritreas ist, indem sie Mittel und Methoden der Verfolgung an extremistische Muslime weitergeben. Zudem pflegt Eritrea starke Verbindungen zu der islamischen Regierung des Sudan, was zu einer negativen Einstellung gegenüber Christen in und außerhalb Eritreas führt. Neben dem Sudan gibt es auch Beziehungen zu Staaten wie Katar, dem Iran oder Saudi-Arabien, in denen Christen verfolgt werden. Viele verlassen Eritrea über die

Nachbarländer Sudan, Äthiopien und Ägypten und werden zu einer leichten Beute für Menschenhändler, vor allem in der Wüste Sinai. Einige von ihnen wurden gefangen genommen und in Libyen von Anhängern des IS enthauptet. Anderen gelang die gefährliche Reise per Boot über das Mittelmeer nach Europa. Die Situation in Eritrea trägt folglich zur globalen Flüchtlingskrise bei. Auf internationaler Ebene ist Eritrea eines der beiden afrikanischen Länder, die vom Außenministerium der Vereinigten Staaten von Amerika wegen starken Verstoßes gegen die Religionsfreiheit als „Country of Particular Concern“ (Land besonderer Besorgnis) eingestuft wurden. Ein Flüchtling erklärte: „Im Land gibt es fast keine jungen Leute mehr – manche von ihnen sind im SAWA, dem Zentrum der militärischen Grundausbildung, andere versuchen, dem Regime auf allen möglichen Wegen zu entfliehen. Das Land ist unbewohnbar geworden.“ Deshalb stellen Robert P. George und Thomas J. Reese von der USCIRF (US-Kommission für internationale Religionsfreiheit) die Frage: „Könnte Eritreas ‚Erfolgsgeschichte‘ in puncto Verbrechen gegen die Menschenrechte und Religionsfreiheit einen Verweis an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag rechtfertigen?“

Betroffene Kategorien von Christen

Ungefähr 50 Prozent der eritreischen Bevölkerung haben einen christlichen Hintergrund. Es gibt vier Kategorien von Christen in Eritrea:

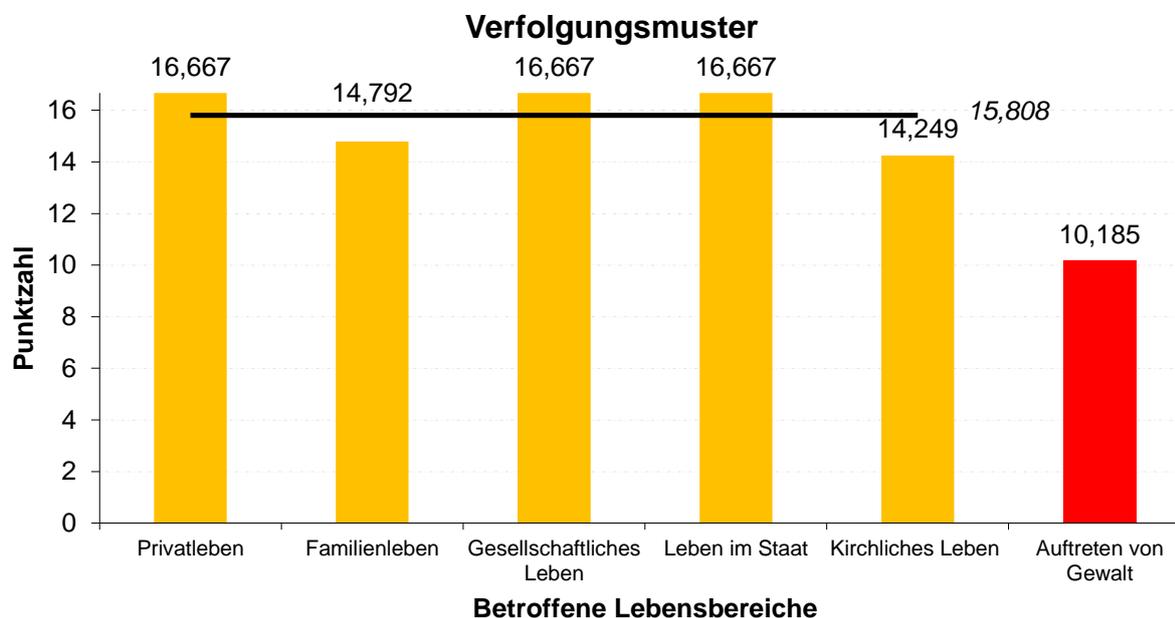
- **Ausländische Christen:** Die hauptsächliche Bedrohung dieser Christen geht von der Regierung aus. Aufgrund des Drucks der Regierung nimmt die Anzahl der Ausländer massiv ab.
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Zu dieser Gruppe gehören die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, die Anglikaner, die Evangelisch-Lutherische sowie die Römisch-Katholische Kirche. Ihre Anhänger leben hauptsächlich in den überwiegend von Christen bewohnten Gebieten in Zentral- und Süd-Eritrea. Sie erleiden Verfolgung durch die Regierung und durch islamische Extremisten.
- **Konvertiten:** Dies sind Christen, die traditionelle Kirchen verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, sowie Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben. Der ersten Kategorie widerfährt Verfolgung durch die Eritreisch-Orthodoxe Kirche, der zweiten Kategorie durch ihre muslimischen Familien und der muslimischen Gesellschaft.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen:** Diese Gruppe – speziell die Pfingstkirche – erfährt massive Verfolgung, insbesondere durch Regierungsbeamte und durch die Eritreisch-Orthodoxe Kirche.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Eritreische Christen erleiden massiven Druck und sind verschiedentlich Gewalt verursacht von drei Triebkräften und vielen Akteuren ausgesetzt.

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Eritrea zeigt die Werte für Diktatorische Paranoia, Islamischen Extremismus und Konfessionellen Protektionismus. Der Durchschnittswert der ersten fünf Balken (15,808), die den Druck auf Christen zeigen, ist höher als im vergangenen Jahr (15,100). Der Balken für Gewalt ist deutlich höher: Auf dem WVI 2015 mit 3,889 Punkten angegeben, zeigt er nun 10,185 Punkte. Diese Ergebnisse legen nahe, dass sich die Lage für

Christen in Eritrea innerhalb des Berichtszeitraums verschlechtert hat. Die Verfolgung ist in allen Lebensbereichen schwer, aber am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Leben im Staat“. Die Maximalwerte in diesen Bereichen werden durch die Überlappung der drei einflussreichen Triebkräfte von Verfolgung in diesem Land verursacht.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Die Regierung hat es besonders auf den Einzelnen in seinem Privatleben abgesehen und macht den Alltag für jeden sehr schwierig und kompliziert. Open Doors Feldforscher haben beispielsweise festgestellt: „Materialien zu besitzen, die nicht der registrierten Kirche zuzuordnen sind, ist sehr riskant. Viele wurden verhaftet, weil sie solche Materialien besaßen oder benutzten. Selbst die registrierten Kirchen dürfen Verteilmaterialien weder drucken noch importieren, ohne genaue Prüfung seitens der Regierung.“ Konfessioneller Protektionismus und Islamischer Extremismus stellen in vielerlei Hinsicht Ursachen für die Schikanie von Christen dar. Besonderen Druck erfahren Christen mit muslimischem Hintergrund. Beispielsweise werden diese aus ihrem Zuhause geworfen und ihnen wird der Zugang zu lebenswichtigen Gütern seitens der Nachbarschaft verwehrt.
- Familienleben:** Christliche Familien lösen sich langsam auf, weil Familienmitglieder durch die Regierung verhaftet und verschleppt werden. Der Konfessionelle Protektionismus führt außerdem zu der Verweigerung von Erbschaften und familienbezogenen Rechten für Christen. Der Islamische Extremismus führt dazu, dass Christen in Regionen, die hauptsächlich von Muslimen dominiert werden, vielfältige Schwierigkeiten erleben. Beispielsweise können Christen muslimischer Herkunft keine öffentliche christliche Heirat durchführen und im Todesfall werden sie nach muslimischem Ritus begraben.
- Gesellschaftliches Leben:** Nach Aussagen eines Open Doors Feldforschers wirbt die Regierung Helfer in der Nachbarschaft an, um alle christlichen Aktivitäten im Ort

auszuspionieren. Daraus ergeben sich zunehmend so seltsame Allianzen, dass beispielsweise Muslime die Aktivitäten protestantischer freikirchlicher Christen in ihrer Region im Auftrag der Regierung überwachen, vor allem jedoch die Missionstätigkeit unter Muslimen.

- **Leben im Staat:** Das Leben im Staat scheint sich für Christen mit jedem Tag zu verschlechtern. Die hohe Punktzahl dieser Kategorie weist auf die Einstellung und das Verhalten der eritreischen Regierung gegenüber Christen hin. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass im Vergleich zu Christen anderer Kirchen die Mitglieder der Eritreisch-Orthodoxen Kirche relative Freiheit genießen. Diese werden von der Regierung als weniger westlich und damit als patriotischer und kontrollierbarer eingestuft. Das Land ist dafür bekannt, dass es Christen zwingt, gegen ihr Gewissen zu handeln. Gemäß Artikel 6 der Bekanntmachung zum Wehrdienst Nr. 82/1995 vom Jahr 1995 ist jeder eritreische Staatsbürger zwischen 18 und 50 Jahren verpflichtet, am Wehrdienst teilzunehmen. Die Bekanntmachung lässt keine Ausnahme für Bürger zu, die sich aus religiösen Gründen nicht einschreiben wollen. Religiöse Gruppen erleben demnach große Schwierigkeiten, wenn sie den Dienst verweigern oder den Dienst abbrechen.
- **Kirchliches Leben:** Die eritreische Regierung setzt die Kirche massiv unter Druck. Religiöse Gruppen müssen sich in Eritrea entweder registrieren lassen oder ihre Tätigkeit einstellen. Eine offizielle Registrierung zu erlangen, ist jedoch äußerst kompliziert. Die Regierung mischt sich zudem in die Wahl religiöser Leiter ein. Beispielsweise steht der Eritreisch-Orthodoxe Patriarch, Abune Antonios, seit Mai 2007 unter Hausarrest. Darüber hinaus können religiöse Gruppen keine Dokumente/Materialien drucken oder verteilen, ohne vorher die Erlaubnis der Religionsbehörde erhalten zu haben.
- **Auftreten von Gewalt:** Als Resultat staatlich verhängter Gewalt ziehen viele eritreische Christen die Auswanderung auf lebensgefährlichen Routen durch den Sudan und Libyen einem Bleiben in ihrem Land vor. Häuser von Christen wurden geplündert, attackiert und beschädigt. Zudem wurde bekannt, dass Mitarbeiter des eritreischen Sicherheitsdienstes in die systematische Folter und Prügel von Christen involviert waren. Es wurden über 30 Christen getötet, unter ihnen drei Schwestern, die versuchten, das Land zu verlassen. (Feldberichten zufolge wurden über 30 – um die 38 – Christen bei dem Versuch, aus Eritrea zu fliehen, getötet. Einige starben während des Berichtszeitraums im Gefängnis. Allerdings wurden nur 11 Fälle bestätigt. Für die Wertung macht es aber keinen Unterschied, ob 11 oder 30 Christen getötet wurden.) Andere Christen werden von der Regierung unter miserablen Bedingungen gefangen gehalten, beispielsweise in Schiffscontainern, die sengender Hitze ausgesetzt sind. Über die Jahre hinweg wurden Tausende Christen inhaftiert, einige von ihnen sind seit über 11 Jahren im Gefängnis. Ebenso wurden zwei Ärzte aufgrund ihres Glaubens inhaftiert. Einige dieser Gefängnisse sind den Polizeistationen in Asmara zugeordnet, Mai Sirwa, Adi Abieto (hier werden neuerdings auch Christen inhaftiert), Keren (neu), Assab, Hashferai, Barentu, Mai Idaga oder Alla (neu). Viele Gefangene werden gezwungen, viele Stunden in gewerblich betriebenen Blumenfeldern zu arbeiten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Der bereits erwähnte Bericht des UN-Untersuchungsausschusses sagt: „Das Land wird von der Angst regiert, nicht vom Gesetz.“ Es steht unter der starken Kontrolle eines absoluten Diktators, die Folge ist eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem eritreischen Regime. Den Aufzeichnungen des Weltverfolgungsindex zufolge hat sich die Situation für Christen in Eritrea seit 2003 verschlechtert und Berichte lassen vermuten, dass Furcht weiterhin die Atmosphäre in der eritreischen Gesellschaft prägen wird. Dies zeigt sich unter anderem an der steigenden Zahl von eritreischen Flüchtlingen, die das Land durch den Sudan, Ägypten und dann Israel verlassen. Während die Regierung alles unternimmt, um an der Macht zu bleiben, ist die Zunahme des Islamischen Extremismus ein besorgniserregender Trend, da ein Bevölkerungsanteil von etwa 50 Prozent muslimisch ist, und dieser gefährdet ist, radikalisiert zu werden. Zudem setzt die Eritreisch-Orthodoxe Kirche Christen in protestantischen Freikirchen massiv unter Druck, vergleichbar der Situation in Äthiopien.

Bei Betrachtung dessen, was in den vergangenen Jahren geschehen ist und der gegenwärtigen Situation, könnte die Zukunft wie folgt aussehen: Die Not der eritreischen Christen wird andauern, genauso wie ihr Leiden in den Händen von Menschenhändlern in benachbarten Länder. Die eritreische Regierung wird weiterhin Christen dazu zwingen, der nationalen Armee beizutreten, ohne deren Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu achten. Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche und die extremistisch ausgerichteten Muslime werden weiterhin Christen, die sich protestantischen Freikirchen anschließen sowie Christen muslimischer Herkunft verfolgen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 4: Afghanistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 88 Punkten belegt Afghanistan Platz 4 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. 2015 nahm das Land mit 81 Punkten Rang 5 ein. Ursache für diesen Anstieg ist zum einen die zunehmende Gewalt und zum anderen, dass ausländische Christen, die sich in einem Hochsicherheitsbereich treffen, nicht in die Statistik aufgenommen wurden. Ihre Anzahl ist sehr gering und nimmt aufgrund zunehmender Spannungen weiter ab.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung sind in Afghanistan der „Islamische Extremismus“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Exklusives Stammesdenken“ (vermischt mit Islamischem Extremismus) sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- **Islamischer Extremismus:** Die Islamische Republik Afghanistan erlaubt keine Hinwendung zum christlichen Glauben und erkennt Christen nicht an. Abfall vom Islam bringt Unehre auf die Familie und Gemeinschaft. Christen muslimischer Herkunft verbergen deshalb ihren neuen Glauben, so gut es geht. Mit beachtlichem Einfluss beherrschen die Taliban noch immer Teile des Landes. Ein Beobachter berichtet: „Nach 20 Jahren Krieg wäre die einfachste Definition für die Taliban ‚bewaffnete Religionsgelehrte‘ (Mullahs) oder ‚kriegerische Geistliche‘. Beide Elemente, das kriegerische und das religiöse, sind bezeichnend. Die Taliban werden angeführt von geistlichen Leitern, die in Koranschulen unterwiesen wurden. Sie loben und vergeistlichen ausdrücklich den zum Märtyrertod verkärten Selbstmord. Sie gehen sogar so weit, den Müttern gegenüber ihr Bedauern auszudrücken, deren Söhne als Soldaten der Afghanischen Nationalstreitkräfte (ANA) getötet wurden, und sie zu fragen, wie sie es zulassen konnten, dass ihre Kinder nicht als ‚Shahid‘, d.h. als Märtyrer, sondern für eine rein weltliche Sache ihr Leben ließen. Alle Christen afghanischer Abstammung sind auch muslimischer Herkunft. Werden sie entdeckt, erleben sie Diskriminierung und Feindseligkeiten bis hin zu Gewalt vonseiten der Familie, Freunden und der Gesellschaft. Geistliche muslimische Leiter sind dabei oft die Anstifter, lokale Behörden nicht selten involviert. Solche Christen werden massiv unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Wer den Islam verlässt und entsprechend als Abtrünniger angesehen wird, befindet sich in einer äußerst schwierigen Situation.
- **Exklusives Stammesdenken:** Das Konzept eines Staates ist der afghanischen Denkweise fremd. Zuerst kommt die Familie, dann der Clan, der Stamm und dann die Volksgruppe – sie alle zusammen sind wesentlich wichtiger als das Land. Sich um die Familie, das Dorf, den Stamm oder das eigene Volk zu kümmern, ist tief verwurzelt. Sollte jemand wagen, den Stamm und damit uralte Traditionen zu verlassen, um sich etwas Neuem und gar noch Ausländischem zu öffnen, so wird ungeheurer Druck auf ihn ausgeübt, zu den Traditionen zurückzukehren. Tut er das nicht, so gilt er als Verräter und wird aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Dies gilt für alle Arten von Abweichung, ganz besonders aber für den christlichen Glauben. Der ist erklärtermaßen eine westliche Religion und wird als feindlich gegenüber der afghanischen Kultur, Gesellschaft und dem Islam angesehen.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Der Mangel von Ausfuhrsgütern führt zu einer großen Schieflage in der Handelsbilanz und damit zu ständiger Geldnot. Erschreckende 80% des Bruttoinlandsproduktes kommen aus dem inoffiziellen Sektor. Korruption und das organisierte Verbrechen sind überall. Deutlich wurde dies 2010 beim Vorfall in der „Kabul Bank“, als Angestellte – unter ihnen der Bruder des damaligen Präsidenten Karzai – mehr als 850 Millionen USD veruntreut hatten und damit einen Sturm auf das bereits angeschlagene Bankwesen auslösten. Nach Präsident Ghani's Amtsantritt wurden die Untersuchungen dazu im Oktober 2014 wieder aufgenommen. Wer die Hilfe von Behörden benötigt, weiß, dass Bestechungsgelder alle Türen öffnen. Davon sind auch Christen betroffen, die zum großen Teil der ärmeren Bevölkerung gehören. Eines der großen wirtschaftlichen Probleme Afghanistans ist der lukrative Anbau und Handel mit Drogen wie Opium, keine andere Ernte bringt einem Bauern ähnlich viel Geld in die Kassen, beispielsweise elfmal so viel wie Getreideanbau. Der Drogenhandel macht etwa 15% des offiziellen BIP aus. Die Taliban sind intensiv an diesem Geschäft beteiligt, geschätzte 70-80% der Einnahmen landen in ihren Taschen. Das Zentrum des Mohnanbaus ist die im Süden gelegene Provinz Helmand, etwa

50% des für Mohnanbau geeigneten Bodens befinden sich dort – und auch eine Hochburg der Taliban. Wer sich den Drogenbossen in den Weg stellt, wird aus dem Weg geräumt. Das betrifft zumeist nicht speziell Christen, denn die sind praktisch nicht erkennbar, doch sie sind von dieser Situation ebenfalls betroffen und wissen oft nicht, wo sie Hilfe finden können.

Aktuelle Einflüsse

Afghanistan liegt in einer Region, die unberechenbar ist – und das schon seit Jahrhunderten. Bevor es 1709 die Unabhängigkeit erreichte, wurde es von den Persern regiert. Der Nordwesten des Landes ist auch als „Khorasan“ bekannt; ein Name, der wieder Bedeutung erlangte, als militante Muslime dem „Islamischen Staat“ (IS) Treue schworen und die Einführung des „Kalifats von Khorasan“ ankündigten. Das alte Khorasan umschloss auch Landesteile des Iran und von Pakistan. Das westliche Verständnis eines Staates ist der afghanischen Denkweise fremd, denn Loyalität gilt zuerst dem Stamm, der Sprache und dem Volk, nicht aber einem Staat. Jede Entscheidung im Land muss also im Licht dieser Einteilung betrachtet werden. Auch wenn jemand in Kabul das Sagen hat, so bedeutet das für die Provinzen eventuell nicht viel.

Dies erklärt zumindest teilweise die komplizierte Politik des Landes. Seit den 70er-Jahren wurde Afghanistan mit Kriegen überzogen und diente als Arena für das „Große Spiel“ von Nachbarstaaten und Supermächten, allen voran Pakistan, Indien, Russland, China und den USA. Alle Bemühungen, zu einer Einigung mit den Taliban zu gelangen, werden durch diese Faktoren behindert. Die kürzlich erfolgte Aufsplitterung der Taliban kompliziert die Friedensgespräche noch, die die Regierung nur zu gerne mit den Aufständischen führen würde. Es gab diesbezüglich bereits zahlreiche Anläufe (der letzte im März 2015), doch da die Leiterschaft der Aufständischen derzeit umkämpft ist und abzuwarten bleibt, welche Fraktionen sich bilden und wo sie sich dann niederlassen, sind alle Gespräche gegenwärtig zum Stillstand gekommen.

Das Sicherheitsproblem stellt noch immer eine große Herausforderung dar. Die Sicherheitskräfte Afghanistans sind weniger Teil der Lösung als vielmehr des Problems. Die Afghanische Lokale Polizei (ALP) beispielsweise sollte andere Streitkräfte unterstützen und stellt den Versuch dar, einige der aufständischen ethnischen Gruppen und Stämme einzubinden. Die 29.000 Polizisten sind jedoch dürftig organisiert und schlecht ausgebildet, allerdings in 29 der 34 Provinzen tätig. Ihre Loyalität ist umstritten, wie einem Bericht und dem Zitat eines Religionsgelehrten von Parwan zu entnehmen ist: „Wir mögen die ALP – und sollten wir sie nicht mögen, beschweren wir uns beim Distriktchef der Polizei, der sie dann entwaffnet.“ Ein weiteres Problem sind die Milizen, die zum Kampf gegen die Taliban bewaffnet und herangezogen werden, jedoch auch die Bevölkerung misshandeln. So kommt es, dass regierungstreue Milizen größeren Schaden anrichten als die Taliban, wie ein Dorfbewohner in einem Bericht vom September 2015 erklärte.

Betroffene Kategorien von Christen

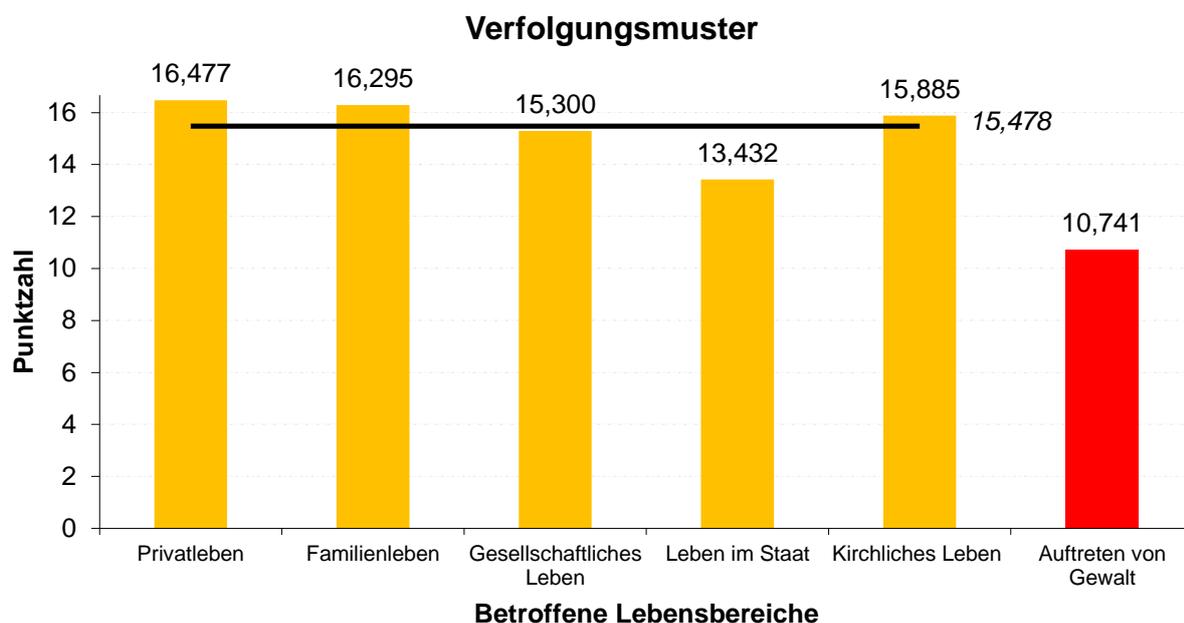
Alle Christen Afghanistans sind muslimischer Herkunft und erleben Verfolgung.

- **Christen muslimischer Herkunft:** Afghanistan ist eines der wenigen Länder, wo nur eine Kategorie von Christen anzutreffen ist. Ausländische Christen wurden im aktuellen Berichtszeitraum nicht einbezogen, ihre Anzahl ist gering und nimmt wegen der Sicherheitslage weiter ab. Außerdem sind sie derart isoliert, dass sie praktisch keinen Einfluss auf die Lage im Land haben. Zumeist leben sie auf einem abgegrenzten Gelände mit allen

westlichen Freiheiten. Christen muslimischer Herkunft dagegen tun alles, um nicht von Familien, Freunden, Nachbarn und der Gesellschaft entdeckt zu werden. Je nach Haltung der Familie, droht ihnen sonst sogar der Tod. Als Christ den Glauben offen zu zeigen, ist schlicht unmöglich; selbst bei dem Verdacht, jemand könnte sich dem christlichen Glauben geöffnet haben, wurden Berichten zufolge bereits Geschäfte und Läden zerstört.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt die Wertung für Islamischen Extremismus (in Verbindung mit Exklusivem Stammesdenken). Der Durchschnittswert der ersten 5 Balken (15,478), der den Druck auf Christen widerspiegelt, liegt etwas über dem Vorjahreswert (15,262). Der Wert für den Block „Gewalt“ ist mit 10,741 wesentlich höher als der Vorjahreswert (5,185). Die Verfolgungssituation ist demnach unberechenbar, dazu kommt noch der sehr hohe Druck auf Christen. Der Verlauf unten weist auf eine extreme Verfolgung hin mit den höchsten Wertungen in den Bereichen „Privat- und Familienleben“, der niedrigste Wert fällt auf den Bereich „Leben im Staat“. Konvertiten erleben gerade auch deshalb so viel Druck, weil sie sich nicht nur von dem gebräuchlichen Glauben abwenden, sondern sich selbst außerhalb der Familie, des Clans, des Stammes und sogar des Volkes stellen. Deshalb müssen Christen mit größter Vorsicht agieren. Viele haben das Land verlassen, entweder weil sie entdeckt wurden oder diesbezüglich in Gefahr standen oder weil der Druck für sie nicht mehr erträglich war.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privat-, Familien- und Gesellschaftliches Leben:** Christen muslimischer Herkunft müssen immer auf der Hut sein, denn sogar nur der Verdacht, sie könnten konvertiert sein, kann beträchtliche Konsequenzen nach sich ziehen, wie Verhaftung oder Zerstörung von Geschäftsräumen. Die soziale Kontrolle ist hoch, es ist kaum möglich, den neu gewonnenen Glauben über lange Zeit geheim zu halten, besonders wenn ein solcher Christ Kinder hat.

Zum einen möchte er/sie die Kinder nicht in eine Medresse (Koranschule) schicken, zum anderen ist es sehr gefährlich, die Kinder über den neuen Glauben zu informieren.

- **Leben im Staat:** Da Artikel 3 der Verfassung festlegt, dass kein Gesetz den Lehren und Grundlagen der „heiligen Religion“ des Islam entgegenstehen darf, sind Einschränkungen in vielen Lebensbereichen vorgegeben. Und da die Wortwahl viel Spielraum zulässt, bleibt oft unklar, was als unpassend oder gegen den Islam gerichtet verstanden werden kann. In der Islamischen Republik Afghanistan ist es niemandem erlaubt, den Islam zu verlassen. Wird jemand der Konversion beschuldigt, so kommt diese einer Blasphemie des Islam und des Propheten gleich. Weder Christen noch Angehörige anderer religiöser – selbst muslimischer – Minderheiten genießen Religionsfreiheit.
- **Kirchliches Leben:** In Afghanistan gibt es keine öffentliche Kirche. Die einzige genutzte Kapelle befindet sich im Keller der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für die kleine Zahl von ausländischen Christen in Kabul zugänglich, überwiegend diplomatisches und militärisches Personal. Ausländische Christen sind Ziel extremistischer Muslime, selbst wenn sie ihren Glauben nicht öffentlich bekennen, sondern ihre christliche Motivation nur in Form von Wohltätigkeit zeigen.
- **Auftreten von Gewalt:** Zu Beginn des Berichtszeitraums wurden am 29. November 2014 drei Christen aus Südafrika, die für eine Hilfsorganisation tätig waren, bei einem Angriff auf das Gästehaus in Kabul, wo sie untergebracht waren, ermordet. Jedes Gebäude, das mit der Kirche im Untergrund in Verbindung stehen könnte, wird attackiert, geschlossen oder sogar zerstört, ganz gleich, ob der Verdacht zutrifft oder nicht. Acht Monate nach seiner Entführung wurde ein Priester aus Indien, der das Flüchtlingsprogramm der Jesuiten in Afghanistan beaufsichtigt, am 22. Februar 2015 freigelassen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Afghanistan sieht weiterhin einer unsicheren und gewaltbeladenen Zukunft entgegen, ein einfacher Ausweg zeichnet sich nicht ab. Deshalb befinden sich unter den Flüchtlingen nach Europa relativ viele Menschen aus Afghanistan. Christen im Land geht es keineswegs besser. Beobachter sehen kaum Anzeichen für einen fest vereinbarten und respektierten Frieden mit den Taliban, anderen Aufständischen und Bandenchefs. Vier Gründe sprechen dagegen:

- 1) Politik: Präsident Ghani's Basis, auf die er seine Regierung bauen könnte, ist wacklig und seine Beziehung zum „Geschäftsführer“ des Landes, Abdullah Abdullah, ist angespannt.
- 2) Wirtschaft: Die staatlichen Einnahmen decken gerade 29% des Budgets ab. Die Regierung ist damit kaum in der Lage, die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.
- 3) Militär: Wenigstens ein Drittel von Afghanistan ist von Aufständischen bedroht und ihre Angriffe nehmen noch zu, wobei sie weiter Land gewinnen.

- 4) Geostrategie: Gegenwärtig hält Pakistan die Schlüssel einer umfassenden Lösung für Afghanistan in der Hand.

Aber vielleicht gibt es doch einen Silberstreifen am Horizont. Eines der großen Probleme des Landes ist die Abhängigkeit von Kräften von außerhalb, inklusive von Pakistan, um seine Lage in der – geografisch betrachtet – eingeschlossenen Situation zu überwinden. Von der Aufhebung oder zumindest Lockerung der internationalen Wirtschaftssanktionen gegen den Iran könnte dessen Nachbar Afghanistan profitieren. Die beiden Länder verbindet eine 936 Kilometer lange gemeinsame Grenze. Eine Öffnung für internationale Handelsströme würde Afghanistans Abhängigkeit von Pakistan schmälern, hätte es doch dann einen Zugang zum Meer. Durch die Öffnung des Hafens Chabbar im Iran, vielleicht mit Unterstützung der Chinesen, in deren Bemühen, die alte Seidenstraße wiederzubeleben, wäre das möglich. Die Frage nach der Stabilität im Land bleibt dabei unbeantwortet, doch zumindest eine so dringend notwendige Perspektive tut sich auf. Allerdings werden diese möglichen Änderungen die Christen kaum betreffen und ihre Situation wird sich kaum verbessern. Ein Ende der Verfolgung ist nicht in Sicht.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 5: Syrien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Syrien verbleibt weiterhin in der ersten Hälfte der zehn Staaten mit der stärksten Christenverfolgung auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Trotz einer erneut gestiegenen Wertung von 87 Punkten gegenüber 83 Punkten (WVI 2015) wird Syrien von Platz 4 auf Platz 5 des WVI 2016 verdrängt, da andere Länder noch höhere Wertungen aufweisen. Die Hauptgründe für den Punktzuwachs sind der gestiegene Einfluss und die Gebietsgewinne islamistischer Gruppierungen, die durch die Ausrufung eines islamischen Kalifats durch den IS ihren vorläufigen Höhepunkt erlebten. Daraus resultierte eine Zunahme religiöser Spannungen im Land (einschließlich in den von der Regierung kontrollierten Gebieten). Zum Vergleich: Vor dem Beginn des Bürgerkrieges rangierte Syrien auf Platz 38 des WVI.



Triebkräfte der Verfolgung

In Syrien lassen sich vier Triebkräfte von Verfolgung beobachten: „Islamischer Extremismus“ (Haupttriebkraft), in geringerem Maß auch „Exklusives Stammesdenken“, „Diktatorische Paranoia“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“. Erst im Verlauf des Bürgerkrieges entwickelte sich Islamischer Extremismus zur Haupttriebkraft und löste Diktatorische Paranoia ab.

- **Islamischer Extremismus:** Die Kämpfer des „Islamischen Staates“ (IS) und in geringerem Maß auch die Anhänger von Jabhat al-Nusra sind gegenwärtig die brutalsten Verfolger der Christen in Syrien. Vor dem Bürgerkrieg genossen Christen in Syrien ein vergleichsweise hohes Maß an Freiheiten. Das änderte sich mit dem Auftreten der islamisch-extremistischen

Gruppierungen. Ende Juni 2014 rief der IS sein Kalifat in weiten Teilen Syriens und des Irak aus und führte dort eine strikte Form der Scharia ein. Bereits im Februar 2014 waren Christen im syrischen Rakka gezwungen worden, einen „Dhimmi-Vertrag“ (Dhimmi = „Schutzbefohlener“ des Islam mit eingeschränkten Rechten; der Status verpflichtet zur Zahlung einer – oftmals extrem hohen – Kopfsteuer) zu unterzeichnen, eine deutliche Verletzung ihrer Glaubensfreiheit. Inzwischen sind die meisten Christen aus den vom IS kontrollierten Gebieten geflohen. Der gestiegene Einfluss islamisch-extremistischer Gruppierungen hat dazu geführt, dass sich die Gesellschaft besonders in den von ihnen beherrschten Gebieten zunehmend radikalisiert.

- **Exklusives Stammesdenken:** Die in Syrien herrschende Stammeskultur strebt die Aufrechterhaltung traditioneller Werte und Normen an und ist dabei stark vom Islam beeinflusst. Davon sind besonders Christen muslimischer Herkunft betroffen.
- **Diktatorische Paranoia:** Vor dem Bürgerkrieg waren die von Diktatorischer Paranoia motivierten Verfolger durchweg Regierungsbeamte. Der Staat überwachte damals Kirchen beispielsweise, um die Verkündigung auf politische Aussagen zu prüfen. Inzwischen findet diese Beobachtung kaum noch statt, da die Regierung sich ganz dem Kampf gegen die verschiedenen Oppositionsgruppen widmet. Aufgrund der Umstände des Krieges sind jegliche Anstrengungen, die Glaubensfreiheit der Christen zu schützen, zum Erliegen gekommen. Im heutigen Syrien ist diese Triebkraft hauptsächlich bei bewaffneten Gruppierungen zu beobachten, die Teile von Syrien unter ihre Kontrolle gebracht haben und nun entschlossen sind, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** In Syrien gehören Organisiertes Verbrechen und Korruption zum Alltag des Bürgerkrieges, der keine behördliche Strafverfolgung kennt. Menschen nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu bereichern, beispielsweise durch Entführungen und Lösegeldforderungen. Als Geiseln werden Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften genommen. Da Christen in dem Ruf stehen, wohlhabend und regimetreu zu sein, werden sie aus finanziellen, politischen und ideologischen Motiven zum Ziel von Entführungen. Hinzu kommt, dass sie Teil einer besonders verwundbaren religiösen Minderheit sind.

Aktuelle Einflüsse

Der syrische Bürgerkrieg begann im Jahr 2011 als ein Volksaufstand, bei dem es um stärkere politische Freiheiten und wirtschaftliche Reformen ging – ähnlich wie in anderen arabischen Ländern zur selben Zeit. Die Wurzeln dieses Konflikts liegen jedoch tiefer und sind komplexer. Dazu gehören Kämpfe verschiedener sozialer Klassen, Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung und Unterdrückungen der politischen Freiheit. Darin liegt ein Teil der Erklärung, warum der Konflikt sich so schnell zu einem extrem gewalttätigen Konflikt religiöser Prägung entwickeln konnte, der mittlerweile fünf Jahre andauert. Der religiöse Aspekt besteht hauptsächlich in der Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten (einschließlich der Alewiten).

Die syrische Opposition unterliegt einer stetigen „Islamisierung“ und der Bürgerkrieg gerät mehr und mehr zum „Dschihad“ gegen die syrische Regierung. Durch diesen Konflikt leiden alle Teile der

syrischen Bevölkerung, allerdings sind einige verwundbarer als andere. Ein wesentliches Merkmal der syrischen Christenheit ist, dass ethnische und religiöse Identität eng miteinander verknüpft sind.

Um die Situation der Christen im Zusammenhang des gegenwärtigen Bürgerkrieges zu verstehen, muss man die geografische Konzentration der Christen auf einige strategische Gebiete des Landes berücksichtigen, die zwischen Regierungstruppen und der Opposition stark umkämpft sind. Dazu gehören etwa die Städte Aleppo und Damaskus mitsamt ihrer Umgebung sowie die südlichen Bereiche der Provinz Homs in der Nähe der libanesischen Grenze. Dieser Aspekt trägt maßgeblich zur erhöhten Verwundbarkeit der Christen bei; ihre angebliche Nähe zur Regierung ist ein weiterer Faktor.

Betroffene Kategorien von Christen

Von der Verfolgung im Rahmen des Bürgerkrieges sind alle Kategorien von Christen in Syrien betroffen. Aus Sicht der islamistischen Gruppierungen ist unerheblich, welcher Konfession ein Christ angehört. Doch es gibt einige Faktoren, durch die besondere Gruppen von Christen noch stärker als andere gefährdet sind. Die folgenden drei Kategorien von Christen sind in Syrien von Verfolgung betroffen.

- **Christen aus traditionellen Kirchen** (zumeist syrisch-orthodoxe und römisch-katholische Kirchen): Als größte christliche Gruppe im Land werden Angehörige der historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land verbreitet und damit auch in den Kampfgebieten. Aus dieser Gruppe stehen aufgrund ihrer öffentlichen Präsenz besonders die Leiter im Fadenkreuz der Islamisten. Geistliche der traditionellen Kirchen sind leicht an ihrer Kleidung erkennbar, was sie zu einem einfachen Angriffsziel machen kann. Angehörige dieser Konfessionen sind auch wegen der markanten Kirchengebäude oft leichter zu identifizieren als Christen anderer Kategorien; hinzukommt, dass viele von ihnen engere wirtschaftliche oder soziale Kontakte zu staatlichen Stellen pflegen. Die Intensität der Verfolgung oder Unterdrückung durch Regimegegner hängt zudem maßgeblich von der politischen Reputation einzelner Denominationen, Gemeinden oder Kirchenleiter ab. Entscheidend dafür ist, wie sich eine Gemeinde oder ein Christ in der Vergangenheit in politischer Hinsicht positioniert hat: wurde Präsident Assad offen unterstützt, war man um Neutralität bemüht, hat man sich distanziert oder gar gegen ihn opponiert?
- **Christen muslimischer Herkunft:** Christliche Konvertiten aus dem Islam werden besonders durch ihre Familien unter Druck gesetzt, für die es eine große Schande bedeutet, wenn ein Familienmitglied den Islam verlässt. Das trifft besonders in mehrheitlich sunnitischen Gebieten zu, wo Christen muslimischer Herkunft die Verbannung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Als Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam ist die Intensität der Verfolgung von Konvertiten durch die eigene Familie und die Gesellschaft in Rebellengebieten spürbar gestiegen. In den Kurdengebieten war der Druck im Rahmen der Familie weniger intensiv, da die kurdischen Sunniten in der Regel weniger fundamentalistisch eingestellt sind. Da die Behörden gegenwärtig andere Prioritäten haben, wird von ihnen anders als in früheren Jahren kaum noch Druck auf Christen muslimischer Herkunft ausgeübt.

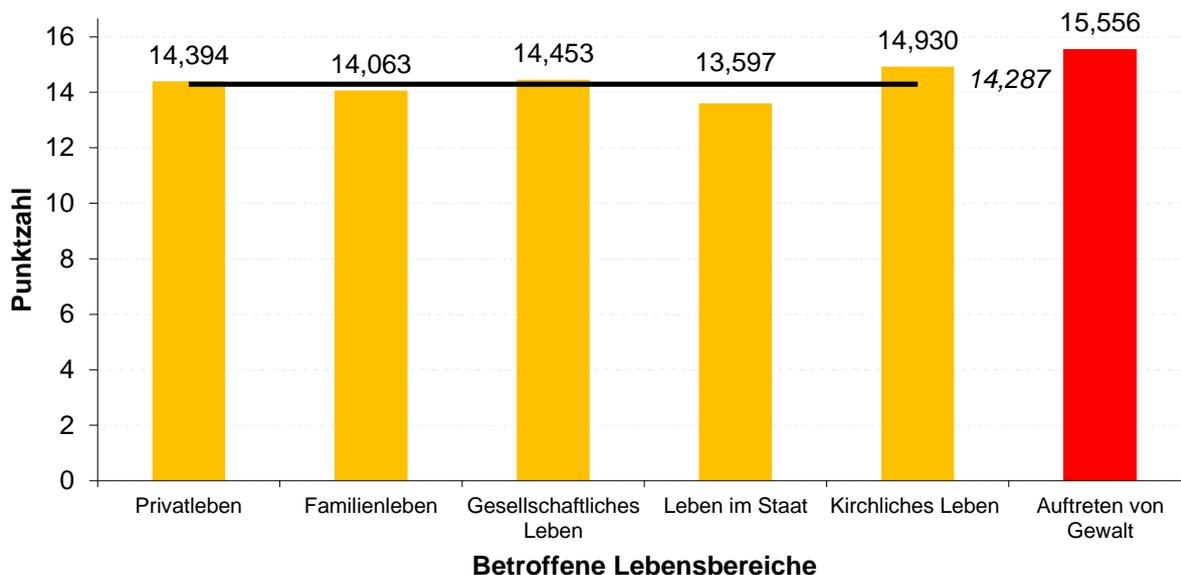
- **Christen aus protestantischen Freikirchen** sind meist in evangelikalen und pfingstlichen Gemeinschaften. Diese Gemeinden sind stark gefährdet, da sie für ihre Nähe zum Westen bekannt sind, oft nur über eine lose Organisation und keine starke Leiterschaft verfügen; ihnen fehlt ein prominenter Fürsprecher im Ausland (wie etwa einen Papst oder Bischof), der ihr Anliegen öffentlich vorbringen kann

Die Gesamtzahl der Christen in Syrien liegt derzeit schätzungsweise zwischen 600.000 und 900.000, verglichen mit 1,8 Millionen vor dem Bürgerkrieg. Open Doors schließt sich der Einschätzung der „World Christian Database“ an, die von 772.000 Christen ausgeht. Das bedeutet, dass über eine Million Christen seit Beginn des Bürgerkrieges aus dem Land geflohen sind.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Syrien basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus (in Kombination mit Exklusivem Stammesdenken). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche (14,287) verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zugenommen hat (13,326). Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist das Niveau unverändert hoch (15,556), auch wenn es gegenüber dem WVI 2015 (16,112) leicht gesunken ist. Der Grund hierfür liegt darin, dass es – anders als im Vorjahr – keine Berichte über Haftstrafen für Christen ohne Gerichtsverhandlung gab. Aufgrund des Bürgerkrieges ist das Land derartig weit von jeder Form staatlicher Ordnung entfernt, dass alle Einwohner Syriens unter massivem Druck stehen. Der Krieg ist nur ein Grund für die besondere Verwundbarkeit der Christen; erschwerend kommt hinzu, dass der IS weite Teile des Landes kontrolliert und islamische Extremisten auch innerhalb der Oppositionsgruppen wachsenden Einfluss nehmen. Aufgrund ihres Glaubens erleben die Christen in allen Lebensbereichen immer größere Bedrängnis: im Privat- wie im Familienleben, im gesellschaftlichen Leben, als Gemeinden und auf staatlicher Ebene. Besonders betroffen sind Christen, die in den IS-kontrollierten Gebieten leben sowie Christen muslimischer Herkunft im ganzen Land. Diese erleben geringfügig weniger Verfolgung in den Kurdengebieten. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster veranschaulicht, ist die Verfolgung in allen Lebensbereichen etwa gleich intensiv, wobei der Bereich „kirchliches Leben“ den höchsten und der Bereich „Leben im Staat“ den niedrigsten Wert aufweist.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Der gestiegene Druck ist in erster Linie auf die Kontrolle des IS über weite Teile des Landes zurückzuführen. Dies führt für Christen aller Kategorien zu Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeiten, ihren Glauben zu praktizieren. So dürfen sie in einigen von Islamisten kontrollierten Gebieten nicht mehr laut singen. Unter dem Einfluss eines radikalisierten Islam erleben Christen muslimischer Herkunft ein gestiegenes Maß an Druck im Bereich ihrer persönlichen Glaubenspraxis. Das gilt besonders in den islamistisch kontrollierten Gebieten und in geringerem Maß in den kurdisch kontrollierten Gebieten.
- Familienleben:** Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben intensive Verfolgung in diesem Lebensbereich, sobald ihr neuer Glauben bekannt wird. Dies ist in den Kurdengebieten etwas weniger ausgeprägt. Solche ehemaligen Muslime haben keine Möglichkeit, ihre Religionszugehörigkeit in ihren Ausweispapieren ändern zu lassen, so dass sie sich auch weder taufen noch christlich trauen lassen können. In IS-kontrollierten Gebieten sind solche Themen für alle Kategorien von Christen problematisch.
- Gesellschaftliches Leben:** In islamisch dominierten Gebieten ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Christen mit größten Schwierigkeiten verbunden. Dort gelten die islamischen Kleidervorschriften auch für Christen. Schutzgeldzahlungen, die Beachtung besonderer Vorschriften für das Handeltreiben, Ernährungsvorschriften und ein striktes Alkoholverbot sind weitere Bedingungen, denen Christen sich fügen müssen.
- Leben im Staat:** Aufgrund der aktuellen Zersplitterung des Landes haben die herrschende Ungerechtigkeit und der Mangel an Strafverfolgung weiter zugenommen. In von der Regierung kontrollierten Gebieten erleben Christen im öffentlichen Leben generell keine unmittelbare Diskriminierung durch die Behörden. Sie müssen jedoch jederzeit damit

rechnen, auf unsichtbare Grenzen zu stoßen. Besonders Christen muslimischer Herkunft werden häufig benachteiligt, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Die Weitergabe des Evangeliums und die Abkehr vom Islam sind verboten. In islamistisch kontrollierten Gebieten, gelten alle Nicht-Muslime einschließlich der Christen als Bürger zweiter Klasse.

- **Kirchliches Leben:** In islamistisch kontrollierten Gebieten sind die meisten Kirchen entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert worden. Öffentliche Ausdrucksformen des christlichen Glaubens sind verboten und weder Kirchengebäude noch Klöster dürfen repariert werden. Letzteres gilt unabhängig davon, ob die Beschädigung dem Gebäude absichtlich oder aus Versehen zugefügt wurde. In von der Regierung kontrollierten Gebieten werden Christen wegen des Krieges weniger als früher überwacht. Eheschließungen von Christen muslimischer Herkunft sind jedoch nicht vorgesehen und deshalb illegal.
- **Auftreten von Gewalt:** Die gezielte Gewalt gegen Christen hielt während des Berichtszeitraums weiter an. Die religiöse Dimension des Konfliktes hat Christen als religiöse und ethnische Minderheit in besonderem Maße verwundbar gemacht. Extremistische Muslime spielen in der gegen Christen gerichteten Gewalt eine herausgehobene Rolle. In einer kürzlich veröffentlichten Zeitschrift wurde erklärt, IS-Kämpfer seien berechtigt, versklavte Nicht-Muslimas zu vergewaltigen. Open Doors liegen zahlreiche Bericht von Christen vor, die entführt, körperlich misshandelt und getötet wurden. Durch Kriegshandlungen wurden zahlreiche Kirchengebäude beschädigt oder zerstört, was in einigen Fällen sehr gezielt geschah. Es ist unmöglich, eine vollständige Auflistung aller gewaltsamen Übergriffe gegen Christen in Syrien zu erstellen. Deshalb sind an dieser Stelle nur einige schwerwiegende Vorfälle aus dem Berichtszeitraum des aktuellen WVI aufgelistet:

Am 23. Februar 2015 griff der IS 35 assyrische Dörfer entlang des Flusses Khabur in der Provinz Hassaka im Nordosten Syriens an. Nach Angaben des Internationalen Assyrischen Nachrichtendienstes (AINA) nahmen sie über 250 Menschen als Geiseln und „vertrieben 3.000 Assyrer aus ihren Dörfern“. Bislang konnte nur eine kleine Zahl von ihnen zurückkehren. Alle Kirchengebäude in diesen Dörfern wurden entweder konfisziert oder zerstört. Drei Geiseln wurden am 23. September hingerichtet. Andere wurden zwischenzeitlich freigelassen, doch über 300 assyrische Christen befanden sich im Dezember 2015 noch in der Gewalt des IS.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Im Jahr 2015 kam es mit dem Eingreifen Russlands in den Bürgerkrieg zu einer neuen Entwicklung. Nach Einschätzung der Economist Intelligence Unit (EIU) der Zeitschrift „The Economist“ wird das Ausmaß des russischen Engagements „kaum ausreichen, um das erschöpfte syrische Regime an der Macht zu halten. Allerdings ist aufgrund des wachsenden Interesses von Drittstaaten an der Eindämmung des IS mit zusätzlicher Unterstützung zu rechnen, besonders nach den Attentaten von Paris.“ Ähnlich wie im Vorjahr äußert die EIU die Erwartung, dass „während der Krieg sich zu einem Konflikt ‚jeder gegen jeden‘ entwickelt, sich die humanitäre Krise weiter verschärfen wird. Deshalb ist mit einer fortgesetzten Flucht der Syrer aus ihrem Land zu rechnen, was das Land noch stärker in die Abhängigkeit von fremder Hilfe drängen wird.“

Die Folgen des Bürgerkrieges und besonders der gezielten Angriffe gegen Christen sind für sie extrem traumatisch und zwingen auch aus ihren Reihen immer mehr zur Flucht aus dem Land. Die Präsenz von Christen als neutralem Element in Gesellschaften mit vielen verschiedenen Facetten des Islam ist von großer Wichtigkeit. Mit dem Rückgang der christlichen Bevölkerungsanteile werden die Instabilität und die Schärfe der Konflikte mutmaßlich weiter zunehmen. Inmitten der Gewalt und Verfolgung gibt es dennoch kleine Hoffnungszeichen. Obwohl viele Christen das Land verlassen haben oder als Flüchtlinge im Land leben und diese Bewegung anhält, gibt es weiterhin viele, die sich bewusst für ein Verbleiben in Syrien entschlossen haben. Sie wollen gerade in dieser unerträglichen Zeit ihrem Land dienen. Außerdem wächst die Anzahl derer, die sich ungeachtet der Schrecken des Bürgerkrieges zum christlichen Glauben hingewendet haben.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 6: Pakistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 87 Punkten belegt Pakistan Platz 6 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. 2015 nahm das Land mit 79 Punkten Rang 8 ein. Ursache für die Verschlechterung ist in erster Linie die zunehmende Gewalt, zum ersten Mal überhaupt mit der Höchstpunktzahl. Dazu kommt der zunehmende Druck in allen Lebensbereichen, besonders im kirchlichen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung sind in Pakistan der „Islamische Extremismus“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- Islamischer Extremismus:** Die Gesellschaft Pakistans wird zunehmend islamisiert, das Land von islamistischen Gruppen förmlich überschwemmt. Trotz Razzien durch das Militär blühen die islamistischen Gruppen regelrecht auf. Politische Gruppen benutzen sie gerne für ihre eigenen Zwecke, da es ihnen gelingt, hunderttausende, meist junge Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen – ein starkes politisches Werkzeug, mit dem sich politische Ziele kraftvoll durchsetzen lassen. Diese Macht zur Mobilisierung von Mobs haben Christen bereits mehrfach schmerzhaft erlebt. Verbotene extremistische Gruppierungen lösen sich nicht in Luft auf. Meistens benennen sie sich einfach um, oft als Wohltätigkeitsorganisation getarnt, leisten für die Bevölkerung soziale Dienste und versprechen den Jugendlichen eine Perspektive, die sie so dringend brauchen. Der Großteil der Bevölkerung ist 24 Jahre oder jünger; da ein Drittel unter 14 Jahren alt ist, wird sich dieser Trend nicht so bald abschwächen und schafft riesige Herausforderungen. Mit 67,39 Jahren ist die Lebenserwartung nicht sehr hoch, wohl aber die Fruchtbarkeitsrate mit 2,75. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird Pakistan innerhalb der nächsten 15 Jahre das größte muslimische Land der Welt sein und damit Indonesien ablösen. Diese Strukturen



führen dazu, dass große Mengen junger Menschen jedes Jahr die Schule verlassen, voll mit Träumen für ihre Zukunft. Das Land bietet jedoch nicht einmal allen Gebildeten und Akademikern der jungen Generation Perspektiven, soziale Unruhen sind also absehbar. Dies spielt wiederum den extremistischen islamischen Gruppen in die Hände, die den Jugendlichen ein Gefühl von Wertschätzung vermitteln, das sie so noch nie hatten.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Die Korruption zieht sich in Pakistan durch alle Ebenen der Behörden und der Armee. Die Armee ist so eng mit der Wirtschaft des Landes verflochten, dass sie vielfach als starker Wettbewerber auftritt. Sie genießt dabei unlautere Vorteile, wie ein populärer Scherz verdeutlicht: „Jedes Land hat eine Armee, aber hier hat eine Armee ein Land.“ Es ist schwer, an detaillierte Daten zu gelangen, doch Schätzungen zufolge verfügt das Militär über ein Vermögen von 10 Milliarden Dollar, dazu gehören 5 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche. Vom organisierten Verbrechen sind Christen auch deshalb betroffen, weil viele von ihnen arm und ohne Verteidigung sind. Der Mord an dem christlichen Ehepaar am 4. November 2014 wegen angeblicher Blasphemie machte dies deutlich. Sie arbeiteten in der dritten Generation in Schuldknechtschaft für den Ziegeleibesitzer. Arbeiter in dieser Lage sind völlig der Gnade des Arbeitgebers ausgeliefert. Da sie wegen horrender Zinsen ihre Schulden nie zurückzahlen können, gibt es auch keinen Ausweg. Sie können nicht gerichtlich dagegen vorgehen und bleiben so ohne Schutz und Perspektive.

Aktuelle Einflüsse

Pakistan wurde im Berichtszeitraum von zahlreichen Vorfällen überschattet. Am 16. Dezember 2014 griffen Taliban eine vom Militär betriebene Schule in Peschawar an, 144 Menschen starben, darunter 132 Schulkinder. Obwohl das Militär daraufhin islamischen Extremisten den Kampf ansagte und eine Kampagne startete, bleibt es doch bei seiner Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Dschihadisten. Es bekämpft die Letztgenannten, buhlt aber mit den „Guten“ (z.B. Lashkar-e-Toiba, jetzt Jamaat-du-Dawah und das Haqqani Netzwerk), um sie zur Durchsetzung eigener Ziele gegen die Nachbarländer Afghanistan und Indien stellvertretend ins Feld zu schicken. Offensichtlich plant das Militär nicht, diese Vorgehensweise der letzten Jahrzehnte aufzugeben oder anzupassen. Die jüngsten Angriffe im Dezember 2014 führten zu einer hastigen Verfassungsänderung mit Wiedereinführung der Todesstrafe und der Errichtung spezieller Militärgerichte für Straftaten mit terroristischem Hintergrund, so wurden zwei schon lange erhobene Forderungen des Militärs erfüllt. Beobachter meinen jedoch, dass die stärkste Auswirkung der Gesetze darin besteht, dass die gewählte Regierung weitere Macht verliert; auch sei es zweifelhaft, ob die Gesetze zum gewünschten Ziel führen. Nach Medienangaben wurden zwar 49.000 Personen verhaftet, doch lediglich 129 von ihnen waren islamische Extremisten. Das Verhältnis der Zahlen bei Verhören ist noch schockierender: 292.000 Personen wurden ergriffen, nur 140 von ihnen waren muslimische Extremisten. Die Anspannung in Pakistan hat derart zugenommen, dass es schon als verdächtig gilt, wenn Leute sich nur treffen.

Ein endloser Strom von Jugendlichen, die ihre Bildung in Koranschulen erhielten, strömt in die Gesellschaft. Wird jedoch die Lehre in den Medressen nicht kontrolliert, können extremistische Ideen in die Köpfe der Jugendlichen gepflanzt werden. Eines der wichtigsten Themen in Pakistan ist daher die zukünftige Kontrolle der Medressen, von denen es schätzungsweise 35.000 im Land gibt und von denen 11.000 dem konservativen Deobandi-Islam folgen. Kinder und Jugendliche sind

extremistischen Lehren ausgesetzt, die Hass gegen Minderheiten schüren. Viele Medressen erhalten Gelder aus dem Mittleren Osten, etwa aus Katar, Kuwait oder Saudi-Arabien. Allein schon der Versuch, die Medressen im Land auf einer Karte und einer Liste zu verzeichnen, wird als Angriff auf den Islam gewertet, von Überwachung und Steuerung gar nicht zu sprechen. Die Behörden wissen meist nicht, was hinter den Mauern der Koranschulen geschieht, Hassreden werden unbemerkt verbreitet. Religiöse Minderheiten wie Hindus erleiden wegen dieser Radikalisierung ebenfalls Verfolgung. Außerdem betroffen sind muslimische Minderheiten wie die Ahmadi oder Schiiten, die – weil sie nicht als wahre Muslime gelten – auch gewaltsame Verfolgung erleben. Sie werden als abtrünnige Sekten angesehen, was zur Rechtfertigung jeder Gewalt gegen sie genutzt wird.

Die Zersplitterung der Gesellschaft, aber auch der Verwaltung des Landes, trägt außerdem zur schlechten Lage bei. So werden beispielsweise die Provinz Baluchistan und die Region Sindh traditionell als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Im Stil eines Fürsten herrschende Landbesitzer befehligen in den ländlichen Regionen von Sindh und Punjab eigene Milizen, Gerichtshöfe und Gefängnisse. Korruption ist allorts zu finden. All das hat auch Auswirkungen auf die schutzlose christliche Minderheit. Die Rechtsprechung in den national verwalteten Stammesgebieten (FATA) ist eingeschränkt und ungerecht. Diese an Afghanistan grenzende Spannungsregion wird noch immer nach dem aus der Kolonialzeit stammenden „Gesetz zu Verbrechen in Grenzgebieten“ von 1901 regiert, welches Polizei und Gerichte aushebelt und die Entfremdung der dort ansässigen Menschen verstärkt. Pakistans Verfassung scheint dort nicht zu gelten.

Betroffene Kategorien von Christen

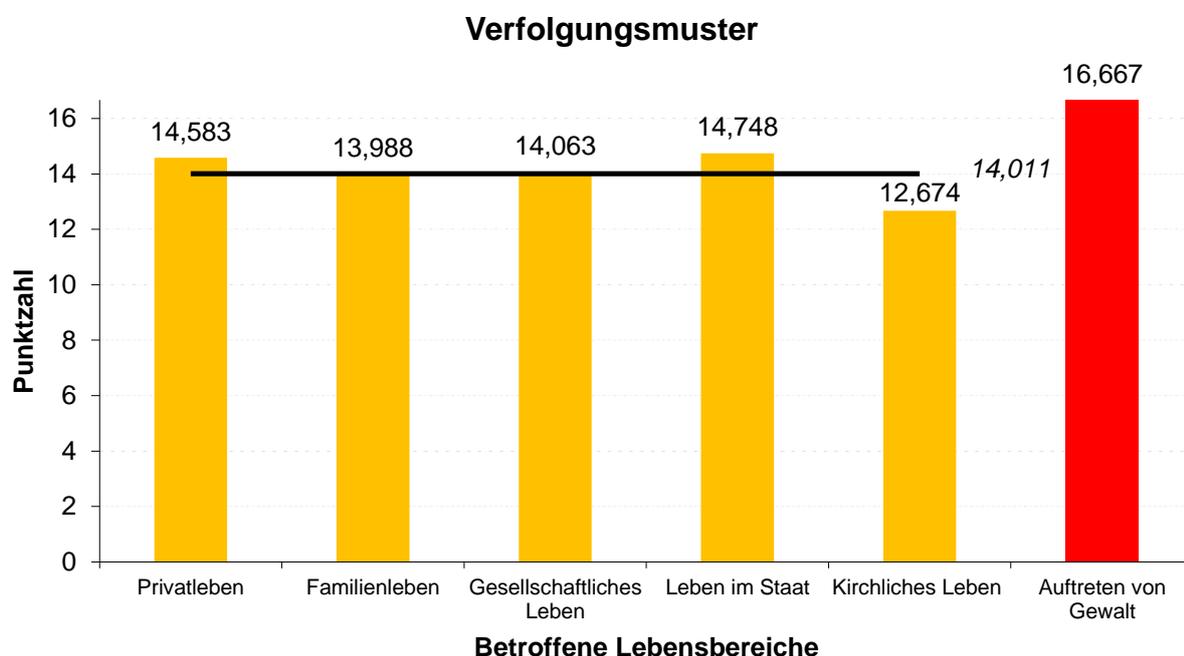
Alle drei Kategorien von Christen in Pakistan erleiden Verfolgung. Die vormals separat geführten ausländischen Christen und christlichen Einwanderer bilden keine eigenen Gemeinschaften und sind daher in andere Kategorien integriert.

- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Die römisch-katholische und die anglikanische Kirche sind hier zu nennen. Sie erleben zunehmend Anfeindungen und es wird schwieriger, Genehmigungen für Versammlungen zu erhalten. Das Gemeindeleben funktioniert noch, Kontrolle und Überwachung haben jedoch zugenommen.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Christen muslimischer Herkunft spüren die ganze Wucht der Verfolgung. Einmal durch islamistische Gruppen, in deren Augen sie Verräter sind, und dann durch Familien, Freunde und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam mit Verlassen der Traditionen von Familie und Gesellschaft gleichsetzen.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen:** Evangelikale und Pfingstgemeinden werden nun stärker überwacht und oft drangsaliert und attackiert, besonders wenn sie ihren Glauben öffentlich bekunden.

Die noch immer bedeutende Größe der christlichen Minderheit hat sich im Berichtszeitraum kaum geändert. Allerdings haben bessergestellte Christen das Land bereits verlassen oder planen, dies zu tun. Kleine Ansammlungen von gestrandeten Christen in Sri Lanka, Thailand und Malaysia und im gesamten südostasiatischen Raum belegen dies.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus. Der Durchschnittswert der ersten 5 Balken (14,011), der den Druck auf Christen widerspiegelt, hat gegenüber dem Vorjahreswert (12,714) deutlich zugenommen. Der Wert für den Block „Gewalt“ hat mit 16,667 sogar den Höchstwert erreicht, der Vorjahreswert betrug 15,186. Der Druck hat in allen Lebensbereichen zugenommen, am deutlichsten im Bereich „Kirchliches Leben“. Die Gewalt ist ebenfalls gestiegen. Das weist auf eine zunehmende Verfolgung der Christen und Kirchen hin. Die Bemühungen der Regierung, zumindest einige islamistische Gruppen zu stoppen, haben außerdem zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Christen geführt. Das Diagramm zeigt, dass die Verfolgung in den Bereichen des Privatlebens und des Lebens im Staat am stärksten ist, ähnlich stark auch im Familienleben und im Leben in der Gesellschaft, dicht darauf folgt „Kirchliches Leben“.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen muslimischer Herkunft müssen hinsichtlich ihres Glaubenslebens immer sehr auf der Hut sein, besonders wenn sie die Einzigen in der Familie sind, die Jesus nachfolgen. Ihre Bibel oder andere Materialien können ihnen leicht von der Familie, den Freunden oder Nachbarn weggenommen werden. Jedes Jahr werden hunderte christliche Studenten, die auf Universitätsgeländen leben, für das Abhalten christlicher Treffen bestraft. So wurde einer jungen Frau ihre Bibel entrissen, während andere Frauen sie an den Haaren festhielten und sie unter Androhung von Gewalt aufforderten, zum Islam zurückzukehren. Dies geschah mehrere Male, sie hatte zwischenzeitlich immer wieder eine neue Bibel gefunden. Einmal wurde ihr Vergewaltigung angedroht, sollte sie weiter in der Bibel lesen, was ihr nicht einmal in ihrem eigenen Zimmer gestattet wurde. Sie musste der anhaltenden Verfolgung weichen, sich ein neues Zimmer und eine neue Stelle suchen. Vergleichbare Fälle werden von mehreren Quellen in ganz Pakistan berichtet. Eine verschärfte Form der

Bestrafung für die private Pflege des Glaubenslebens stellt Hausarrest dar, weniger schwer ist Überwachung. Sich mit anderen Christen zu treffen ist unter diesen Umständen besonders schwierig und auch gefährlich, denn so könnten Konvertiten entdeckt werden, oder eben Treffen von Christen.

- **Familienleben:** Es ist unmöglich, einen Wechsel zum christlichen Glauben behördlich eintragen zu lassen. Ein Kind wird automatisch als Muslim registriert, wenn dessen Vater ursprünglich als Muslim eingetragen ist, auch wenn der Vater den Glauben wechselt. Werden Christen muslimischen Hintergrunds entdeckt, drohen ihnen die (erzwungene) Scheidung und der Verlust aller Erbensprüche. Das Organisieren einer Taufe, christlichen Hochzeit oder Beerdigung ist schwierig, wenn auch nicht unmöglich. Sobald ein Konvertit seine Entscheidung zur Taufe bekannt gibt, erhöht sich der Druck, denn die Taufe wird als die äußerste Form der Abwendung vom Islam gesehen. Christen muslimischen Hintergrunds werden entweder körperlich attackiert oder die islamische Gesellschaft und die eigene Familie versuchen sie aufzuhalten, u. a. durch Tränke oder okkulte Praktiken. Pastoren, die bereit sind, Konvertiten zu taufen, wurden in vielen Fällen bedrängt und bedroht. In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleiche Wasserleitung wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen würden; Mobbing ist an der Tagesordnung. Um nur ein Beispiel zu nennen, der Bericht einer Mutter aus Punjab: „Mein Sohn Ruben kam jeden Tag mit zerrissenem Hemd von der Schule nach Hause. Ich kann nicht ständig neue Hemden kaufen. Er sei der Sohn von Straßenkehrern, hieß es, und er sollte die Schule putzen, nicht dort studieren. Dann haben sie ihn gnadenlos verprügelt.“
- **Gesellschaftliches Leben:** Schätzungsweise 700 christliche Mädchen und Frauen werden jedes Jahr entführt, oft auch vergewaltigt und dann mit Muslimen zwangsverheiratet. Dazu gehört immer auch die Zwangsbekehrung zum Islam. Sollte eine christliche Familie so mutig sein, gegen die Entführung und Heirat anzugehen, hagelt es Anklagen gegen sie, sie würden das Mädchen, das sich „freiwillig dem Islam zugewendet hat“, und auch die Familie des Mannes belästigen. Jedes Jahr erhalten der Nationale Kirchenrat und weitere christliche Organisationen in Pakistan tausende Beschwerden darüber, dass Christen hinsichtlich der Gesundheitsfürsorge diskriminiert werden. Diese erhalten nur Personen, die islamische Steuern entrichten; Christen sind also ausgeschlossen. Sie stehen in der Regel am Ende der Schlange. Christliche Kinder werden in der Schule zur Teilnahme an religiösen islamischen Handlungen und Festen gezwungen. Sie werden beständig aufgefordert, Muslime zu werden, und Eltern werden oft besucht und dazu angehalten, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen. Dies wäre für ihre Noten besser. Das verunsichert und gefährdet die Kinder erheblich.
- **Leben im Staat:** Pakistan ist eine Islamische Republik. Die jüngere Entwicklung der Islamisierung der Gesellschaft begann bereits in den 80er-Jahren, als General Zia 1986 die berüchtigten Blasphemiegesetze einführte. Bald wurde das zur schlimmsten Bedrohung für die christliche Minderheit. Einem Pressebericht von 2010 zufolge waren 801 der 1.031 wegen Blasphemie inhaftierten Personen Muslime (der Großteil dürfte zu muslimischen Minderheiten gehören). Von den weiteren 230 Inhaftierten waren 162 Christen, 15 Sikh, 28 Buddhisten und 25 gehörten anderen Religionen an. In Prozentzahlen sind das anteilmäßig 70,4% Christen, 6,5% Sikh und 12,5% Buddhisten. Die Blasphemiegesetze werden – wie

allgemein bekannt – gerne missbraucht, um persönliche Streitigkeiten auszutragen, sich zu bereichern oder dem Nachbarn etwas heimzuzahlen. Der internationalen Gemeinschaft wurden die Gesetze schmerzlich durch das Todesurteil gegen die Christin Asia Bibi im Jahr 2010 in Erinnerung gerufen. Zum ersten Mal traf das Urteil zum Tod durch den Strang eine Frau. Die Blasphemiegesetze finden zunehmend Unterstützer; für die Gerichte und die Regierung wird es immer schwieriger, die richtige Handhabung zu finden, denn die Gesetze werden politisch instrumentalisiert und haben große symbolische Bedeutung für extremistische islamische Gruppierungen im Land. Besonders deutlich wird dies, wenn Politiker oder Bürger gegen die Blasphemiegesetze aufstehen (oder nach einer Reform rufen) und dann bedroht oder sogar ermordet werden. Der Blasphemie Angeklagte, die freigesprochen werden, müssen mit Gewalt durch Mobs rechnen oder sogar mit ihrem Tod. In den meisten Fällen ist die Polizei entweder hilflos oder Zuschauer, oft weigert sie sich schon, überhaupt eine Anzeige (FIR = First Information Report) aufzunehmen, die jedoch Grundlage für alle weiteren Schritte ist, wenn religiöse Minderheiten betroffen sind. Im Berichtszeitraum wurde der Mörder von Gouverneur Salman Taseer zum Tode verurteilt. Taseer war 2011 ermordet worden, weil er die Blasphemiegesetze „schändlich“ genannt und sich für Asia Bibi eingesetzt hatte. Sollte das Urteil tatsächlich vollstreckt werden, so wird die Reaktion der islamistischen Gruppen ein Indikator dafür sein, wie mächtig diese wirklich sind.

- **Kirchliches Leben:** Die Punktwertung hat sich in diesem Lebensbereich aus folgenden Gründen am stärksten erhöht: Als Folge des Vorgehens der Regierung gegen islamische Extremisten unterliegen alle Versammlungen – also auch die der Christen – stärkeren Einschränkungen. Die Christen dürfen wohl am Sonntag Gottesdienst feiern, doch Treffen darüber hinaus sollten sie laut Regierung unterlassen, um „terroristische Akte“ zu vermeiden. Diese Formulierung wird inzwischen dankbar von lokalen Behörden aufgegriffen, um christliche Aktivitäten insgesamt zu verhindern. Kirchengebäude ähneln mit ihren hohen Mauern und schmalen Türen schon seit einigen Jahren immer mehr Festungen. Gleichwohl die Regierung den Schutz der Kirchen durch Wachpersonal versprochen hatte, gab es etliche Angriffe mit Dutzenden von Toten. Die meisten Kirchen haben ihr eigenes Wachpersonal, oft sind das die Gemeinde-Jugend oder Freiwillige. Für die Registrierung einer Kirche muss diese einen langen Prozess durchlaufen. Bestechungsgelder werden erwartet und alles verzögert sich, wenn sie ausbleiben. Nicht-registrierte Gemeinden erhalten oft „Besuch“ von Regierungsangestellten, werden von extremistischen Muslimen belästigt und von den lokalen Behörden mit Schließung bedroht. Im Berichtszeitraum wurde ein neuer Registrierungsprozess vorgestellt, wonach sich Kirchen als Nichtregierungsorganisationen eintragen lassen sollen, nicht als religiöse Gemeinschaft. Für die Kirchen ist das riskant, denn laut Gesetz können NGOs de-registriert und sogar des Landes verwiesen werden. Das gefährdet die gesamte Gemeinde. Abgesehen von der pakistanischen Bibelgesellschaft ist es anderen christlichen Organisationen nicht gestattet, eine Druckerpresse zu besitzen. Die der Bibelgesellschaft wird streng überwacht: Jede Bibel hat eine Seriennummer, die nachverfolgt werden kann.
- **Auftreten von Gewalt:** Gewalt gegen Christen ist allgegenwärtig und hat im Berichtszeitraum zugenommen. Gleich zu Beginn wurde am 4. November 2014 das christliche Ehepaar Shahzad und Shama Masih, das in einer Ziegelbrennerei in Kot Radha Kishan arbeitete, von einem aufgebracht Mob ermordet. Der schlimmste Vorfall war jedoch ein

Bombenanschlag am 15. März 2015 auf je eine katholische und eine protestantische Kirche in Lahore, im Stadtteil Youhanabad, der 25 Menschen in den Tod riss und Dutzende verwundete. Darüber hinaus wurden elf weitere Morde gemeldet. Es gab mindestens 17 Angriffe auf und Zerstörungen von Kirchen sowie christlichen Schulen. Drei Angriffe auf christliche Siedlungen sind bekannt, wobei im Dezember 2014 in Samundri 13 Häuser, im Januar 2015 in Rao Khan Wala/Kasur 7 Häuser zerstört und im Mai 2015 in der Siedlung Dhoop Sari in Lahore ein Großteil der dort lebenden 200 Familien aus ihren Häusern vertrieben wurden. Diese offensichtlichen Ausbrüche von Gewalt überschatten die tägliche Gewalt gegen christliche Mädchen und Frauen, die über das ganze Jahr hinweg entführt, vergewaltigt und zur Heirat mit Muslimen und der Konversion zum Islam gezwungen werden. Damit erreicht nach Nigeria nun auch Pakistan als zweites Land auf dem Weltverfolgungsindex die maximale Punktzahl im Bereich Gewalt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Eines der hartnäckigsten Probleme in Pakistan ist der Umgang mit und die Bekämpfung von islamistischen Gruppierungen. Die anfängliche Hoffnung, dass nach dem Angriff auf die Armee-Schule von Peschawar der Schutz seitens der Armee für einige dieser Gruppierungen schwinden würde, hat sich nicht erfüllt. Noch immer wird unterschieden zwischen „guten“ und „bösen“ Dschihadisten, und religiöse Minderheiten – so auch die Christen – zahlen dafür weiter einen hohen Preis.

Ein weiteres Problem, mit dem das Land schon lange ringt, ist die Eindämmung der unrühmlichen Blasphemiegesetze. Dies wird kaum geschehen können, ohne die Aggression von islamistischen Gruppen zu provozieren.

Und schließlich wird der Machtkampf zwischen den Taliban und dem „Islamischen Staat“ (IS) den Druck auf beide Gruppen erhöhen, mehr Anhänger zu generieren. Dies bedeutet ihrer Rekrutierungsstrategie gemäß, sie müssen sich als „islamischer“ erweisen als die andere Gruppe und einen noch „echteren“ Islam vertreten. Dazu gehören Attacken auf „Dhimmis“ (islamisch: Schutzbefohlene, die als Ungläubige Kopfsteuer zahlen), die als die Schwächsten in der „rein islamischen“ Lehre gelten. Noch radikaler aufzutreten heißt auch, die Christen stärker zu verfolgen und ihre Rechte und ihren Bewegungsspielraum noch weiter einzuschränken. Dies schürt den Hass und Argwohn weiter Teile der Gesellschaft gegen die Kirche – vorhanden sind beide schon lange.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 7: Somalia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 87 Punkten belegt Somalia Platz 7 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das Land wird von einem lange währenden Bürgerkrieg erschüttert, dazu kommen die gesellschaftliche Zersplitterung, Stammeskonflikte und Extremismus, was dazu führt, dass das Land unter den ersten zehn Ländern im Weltverfolgungsindex bleibt. 2015 belegte Somalia mit 90 Punkten Platz 2 des Weltverfolgungsindex. Die Wertung für Somalia bleibt aus zwei Gründen sehr hoch: 1. hat die nationale Regierung im ländlichen Somalia keinerlei Einfluss und Christen sind leichte Opfer für Übergriffe islamischer Extremisten und Stammesautoritäten, die ungestraft bleiben; 2. schließen sich in Gebieten, in denen die Regierung mehr Einfluss hat, vor allem in den Städten, staatliche Akteure in der Verfolgung von Christen mit den islamistischen Terroristen und den Stammesautoritäten zusammen. Der Rückgang der Wertung im Vergleich zum Vorjahr liegt darin begründet, dass die Gewalt durch den Einsatz der Truppen der Afrikanischen Union in den Städten und Gemeinden abgenommen hat, was auch die Zahl von durch die Al Shabaab getöteten Christen reduzierte, da die meisten Christen in größeren Städten und Gemeinden leben.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte der Verfolgung in Somalia sind „Islamischer Extremismus“ und „Exklusives Stammesdenken“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- Islamischer Extremismus:** Die Mehrzahl der Menschen in Somalia sind Muslime; es gilt generell als undenkbar, dass ein Somalier Christ ist. Zudem bekräftigen islamische Geistliche und Leiter der Al Shabaab öffentlich, dass in Somalia kein Platz für den christlichen Glauben, Christen oder Kirchen sei. Diese Sichtweise ist in der Verfassung und Gesetzgebung von Somalia festgeschrieben, wonach der Islam den Status einer „Staatsreligion“ und der christliche Glaube keinerlei Platz im öffentlichen Leben hat. Hinzu kommt als gewalttätiger, nicht-staatlicher Akteur die militant-islamistische Gruppe Al Shabaab, die einen wahhabitischen Islam propagiert. Sie steht für die Einführung der Scharia als Richtlinie für alle Lebensbereiche in Somalia. Ausländische Kämpfer im Land haben die Situation für die Christen noch zusätzlich verschlimmert. Der islamische Extremismus ist jedoch nicht allein auf die Milizen beschränkt. Christen muslimischer Herkunft erleiden starke Verfolgung ebenfalls durch ihre engere und erweiterte Familie sowie durch die gesamte Gesellschaft.
- Exklusives Stammesdenken:** Die somalische Gesellschaft wird vom Stammesdenken beherrscht. Diese Prägung bestimmt auch die Art, in der das Land regiert wird. Das Stammessystem übt weiterhin einen massiven Einfluss auf das neue Regierungssystem in Somalia aus. Milizen wie Al Shabaab nutzen die Stammesstrukturen, um ihre Position in der

somalischen Gesellschaft zu stärken und zu festigen, obwohl es ihnen nicht auf die Politik der Stämme und Clans ankommt.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Dieser Punkt ist stark mit der Gesetzlosigkeit des Landes verbunden. Die noch immer schwache Zentralregierung kann nicht verhindern, dass Korruption Teil des täglichen Lebens ist. Das verschärft die bereits bestehende schwierige Lage der Christen. 2014 wurde Somalia auf dem Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 174 (von 175 erfassten Ländern) als das zweitschlechteste Land aufgeführt. Extremisten nutzen außerdem illegalen Handel, um ihre Operationen zu finanzieren.

Aktuelle Einflüsse

Somalia wird seit 1993 auf dem Weltverfolgungsindex geführt und lag fast immer unter den ersten 10 Ländern. Die Triebkräfte der Verfolgung in Somalia können anhand von wenigstens vier Faktoren beschrieben werden.

Die ersten beiden Faktoren sind historisch bedingt. Erstens war der Islam in Somalia bereits vor der Verbreitung des christlichen Glaubens fest etabliert. Die kolonialen Eingriffe Italiens und Großbritanniens haben schweren Widerstand gegen das westliche christliche Glaubens zur Folge gehabt. Der zweite historische Faktor betrifft die Art und Weise, mit der das Land gegenwärtig regiert wird. Somalias Stammessystem – welches das Land tatsächlich und informell regiert – steht modernen staatlichen Regierungsmodellen entgegen und ist zudem dauerhafter als diese. Bei ihren Anstrengungen, die allgemeine Sicherheit und Staatsführung in größtmöglicher Harmonie mit den Clans zu gestalten, hat die offizielle Regierung das Thema bürgerliche Freiheiten zurückgestellt. Dabei werden innerhalb des Stammessystems auch christenfeindliche Einstellungen toleriert. Die Verfassungen von Somalia spiegeln dies deutlich wider.

Der dritte Faktor, der extremistische Islam, ist relativ neu. Seit dem Sturz von Siad Barre 1991 wurde Somalia zu einem sicheren Hafen für den Islamischen Extremismus. Gegenüber den Christen im Land wurde er immer aggressiver und intoleranter. Durch das Zusammenspiel dieser drei Triebkräfte der Verfolgung ist das Leben für Christen muslimischer Herkunft wesentlich härter als in anderen Ländern, die für Christenverfolgung bekannt sind. Christen in Somalia haben keine Chance auf eine Gerichtsverhandlung, noch nicht einmal darauf, „nur“ in ein Arbeitslager zu kommen. Der bloße Verdacht einer Abkehr vom Islam würde zu ihrer öffentlichen Enthauptung führen. Auch die Angriffe, die Al Shabaab gegen Christen in Kenia durchführte, gingen von somalischem Staatsboden aus.

Der vierte Faktor ist das gegenwärtige Regime. Die somalische Regierung wurde im August 2012 eingesetzt, nachdem das Mandat der Übergangsregierung endete. Gestärkt durch militärische Gewinne der Truppen der Afrikanischen Union gegen die Al Shabaab begann die Regierung, sich zu festigen. Dennoch gab es, was die Freiheit von Christen angeht, keine Verbesserung. Die provisorische Verfassung schränkt die Religionsfreiheit ein und zeigt einmal mehr, wie rückschrittlich die Situation in Somalia ist. Beispielsweise war unter der vorherigen Übergangscharta Apostasie (= Abfall vom islamischen Glauben) keine Straftat, wohingegen die jetzige Übergangsverfassung Apostasie explizit verbietet.

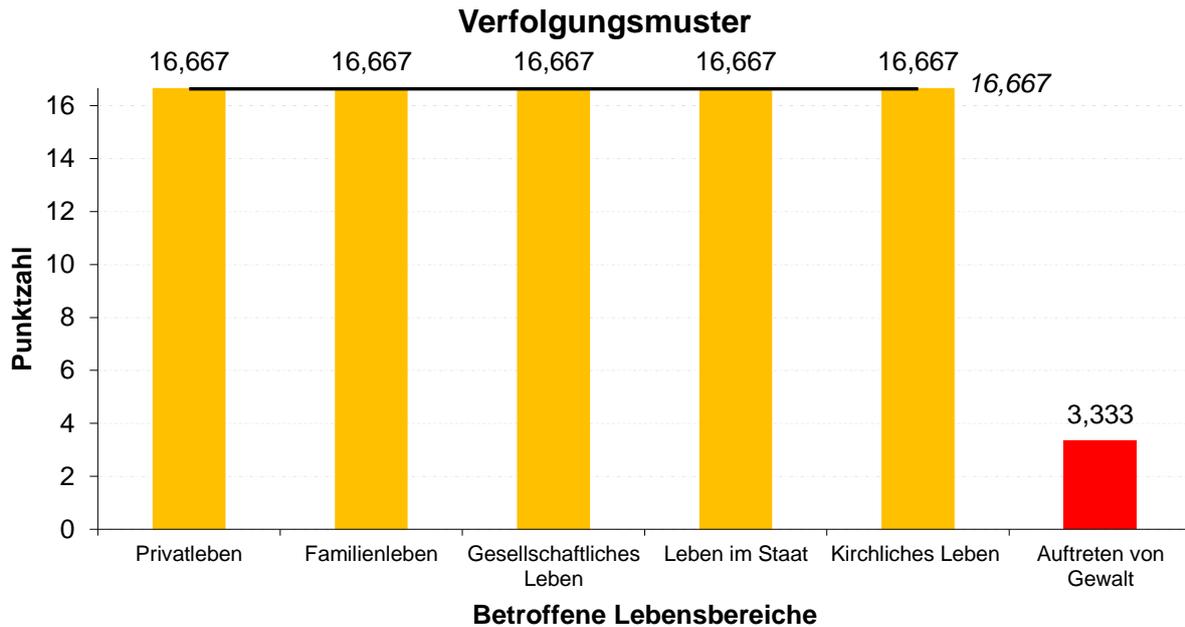
Betroffene Kategorien von Christen

Zurzeit gibt es zwei Kategorien von Christen in Somalia, wobei lediglich die Hauptkategorie – die Christen muslimischen Hintergrunds – bei der Analyse der Verfolgung berücksichtigt wird.

- **Ausländische Christen:** Der Druck und die Gewalt im Land haben zu einem fast gänzlichen Rückzug ausländischer Christen geführt. Es gibt eine christliche Gemeinschaft von Offizieren der African Union Mission (AMISOM) in ihrer Kaserne in Mogadischu. Dort wird den Soldaten und ausländischen Gastarbeitern auch geistlicher Beistand angeboten. Diese Kategorie wird jedoch bei der Untersuchung der Verfolgungssituation nicht berücksichtigt, da sie mit der tatsächlichen Lage im Land nichts zu tun hat.
- **Christen muslimischen Hintergrundes:** In Somalia leben fast ausschließlich Christen muslimischer Herkunft. In jüngster Zeit sind Christen muslimischer Herkunft bei ihrer Entdeckung oft auf der Stelle getötet worden – mitunter genügte auch der bloße Verdacht, sich vom Islam abgewendet zu haben. Im Berichtszeitraum hat sich die Lage sogar verschlechtert. Islamistische Kämpfer haben ihre Jagd auf Christen und dabei besonders auf christliche Leiter intensiviert. Entsprechend müssen Christen alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihren Glauben absolut geheim zu halten. Sie treffen sich in kleinen Gruppen und sind oft isoliert. Im südlichen Zentralsomalia haben die Milizen der Al Shabaab die Kontrolle über einige der wichtigsten Städte an die AMISOM-Truppen verloren. In einem taktischen Rückzug haben sie sich unter die einheimische Bevölkerung gemischt und angepasst, von wo aus sie Personen ausspionieren und verschleppen. Al Shabaab hat in vielen ländlichen Regionen noch immer die Kontrolle und dort haben auch Mobilfunkgesellschaften ihre Übertragungsmaste stehen, was strategisch wichtig ist.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster zeigt die Werte für Islamischen Extremismus und Exklusives Stammesdenken. Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (16,667) zeigt den Druck auf Christen, liegt sogar noch höher als im vergangenen Jahr (16,497) und ist der absolute Maximalwert für diese Blöcke. Der Wert für Gewalt ist deutlich niedriger: 3,333 zu vorher 7,037 (WVI 2015). Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich die Sicherheitslage des Landes verbessert hätte. Zunächst einmal ist es äußerst schwierig, zuverlässige Daten über gewalttätige Zwischenfälle in Somalia zu bekommen. Zweitens, und dies klingt fast zynisch, sind kaum Christen übrig geblieben, gegen die Gewalttaten verübt werden könnten. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, erleben Christen in Somalia starken Druck in allen Lebensbereichen. Das Diagramm zeigt, dass es eine starke Dynamik gibt, das Christentum aus Somalia auszulöschen, was einer ethnischen Säuberung oder gar einem Genozid gleich kommt. Somalia – in den letzten zwei Jahrzehnten im politischen Sprachgebrauch ein klassisches Beispiel für einen „gescheiterten Staat“ – bleibt weiter ein Land, wo Christen überaus hart verfolgt werden.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Selbst in ihrem Privatleben können Konvertiten mit muslimischem Hintergrund ihren Glauben nicht frei leben. Sie müssen ihren Wechsel zum christlichen Glauben nicht nur vor ihrer erweiterten Familie und ihren Stammesmitgliedern geheim halten, sondern auch vor ihren engsten Familienmitgliedern. Die engere und weitere Familie steht dem christlichen Glauben nicht nur ablehnend gegenüber, sie fürchtet sich zudem, selbst auch als Konvertiten verdächtigt zu werden. Christen dürfen keine eigenen christlichen Materialien besitzen – eine eigene Bibel könnte sie in äußerste Gefahr bringen.
- Familienleben:** Dieser Lebensbereich ist vor allem von der Triebkraft des Exklusiven Stammesdenkens (16,667 Punkte) betroffen. Christen versuchen, in diesem Lebensbereich unter allen Umständen unentdeckt zu bleiben. Christliche Hochzeiten oder christliche Feiertage in der Familie zu begehen ist unmöglich. Somalische Kinder müssen an obligatorischen Klassen der Koranschulen (Medressen) teilnehmen und christliche Eltern haben es sehr schwer, ihren Kindern ihren Glauben an Jesus Christus zu vermitteln.
- Gesellschaftliches Leben:** In diesem Lebensbereich wird ebenfalls der Maximalwert erreicht und somalische Christen sind mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Beispielsweise müssen somalische Christen ihren Glauben an Jesus verstecken, um ihre Grundbedürfnisse wie den Zugang zu sozialen Diensten und Bildung erfüllt zu bekommen. Es gibt außerdem Berichte, dass Mitglieder und Sympathisanten der Al Shabaab mutmaßliche Christen ganz genau beobachten. Außerdem gilt eine islamische Kleiderordnung, die auch Christen einhalten müssen.
- Leben im Staat:** Auf staatlicher Ebene ist das Leben für Christen ebenfalls herausfordernd. Die momentan geltende Verfassung hat den Islam zur Staatsreligion erklärt. Beamte auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene setzen Gesetze durch, die die Freiheit von Christen

massiv einschränken, was den Christen keine andere Wahl lässt, als sich zu verstecken. Diejenigen, die Christen verfolgen, bleiben ungestraft.

- **Kirchliches Leben:** Das kirchliche Leben ist stark eingeschränkt und muss im Untergrund geschehen. Über das ganze Land hinweg können sich Christen nur in kleinen Gruppen im Geheimen treffen. Es wird berichtet, dass die Regierung verstärkt Maßnahmen ergreift, um zu untersuchen, wo sich Christen treffen und wer in die Unterstützung und Schulung von Christen involviert ist, die Muslime erreichen wollen.
- **Auftreten von Gewalt:** Somalische Christen erleben wegen ihres Glaubens gezielte Gewalt vonseiten ihrer Familie, des Clans, der Behörden oder der Milizen. Im Berichtszeitraum wurde es zunehmend schwierig, Informationen über die Zahl ermordeter Christen zu erhalten. Andere Berichte hingegen waren verworren, so wurde beispielsweise der Bericht der Ermordung 6 junger Männer auf dem Meer im März 2015 nicht berücksichtigt, da sich die Berichte widersprachen, ob die Männer Christen waren oder nicht. Es liegen jedoch andere Berichte von Fällen gezielter Gewalt gegen Christen aufgrund ihres Glaubens vor. Demnach waren auch einfache Bürger in Zusammenarbeit mit Al Shabaab an der Ermordung von Christen beteiligt. Im Februar 2015 wurde ein christlicher Mann auf dem Weg zu einem geheimen Treffen in Bosaso erschossen. Lokalen Berichten zufolge „befürchtete der Scheich, dass der Mann den christlichen Glauben verbreitete, und engagierte jemanden, den Mann zu erschießen, als dieser die Stadt verließ“. Zudem wurden zwei Sicherheitskräfte des christlichen Leiters in Mogadishu erschossen, als der Verdacht aufkam, dass sie ebenfalls Christen seien. Zusätzlich werden Christen gegen ihren Willen mit Muslimen zwangsverheiratet. Die Al Shabaab hat bereits öffentlich bekannt gegeben, dass sie Somalia „von allen Christen befreien will“. Aufgrund dieser Gewalt fliehen einige somalische Christen aus dem Land. Beispielsweise waren allein im Berichtszeitraum über 10 Christen gezwungen, das Land zu verlassen. Zusätzlich mussten mehr als 10 Christen ihr Zuhause verlassen und im Land untertauchen.

Ausblick

Somalia ist seit 1993 auf dem Weltverfolgungsindex gelistet und wird ohne Zweifel weiterhin hoch eingestuft werden. Im Juli 2015 beschloss der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2232 (2015) die Verlängerung des Mandates der Streitkräfte der Afrikanischen Union bis Mai 2016. Die Angriffe durch die US-Luftwaffe haben die Leiterschaft der Al Shabaab dezimiert. Der Aufstieg des Islamischen Staates im Irak und in Syrien hat zudem zur Zersplitterung der Al Shabaab geführt, da ein Teil dem „Islamischen Staat“ (IS) Treue geschworen hat, wohingegen die etablierte Al Shabaab Al Kaida treu bleibt. Die Verfassung schreibt weiterhin den Islam als Religion des Landes sowie den Koran und die Sunna als Hauptquellen der Rechtsprechung im Land vor. Die strikte Umsetzung dieser Gesetze könnte das Leben für die Christen noch schlimmer machen. An der politischen Front haben sowohl die liberale Demokratie als auch der Sozialismus gegen den Strom um politische Macht konkurrierender Stämme versagt und es gibt keine Garantie, dass die Demokratie in naher Zukunft triumphieren wird.

Im Allgemeinen bestimmen der Islamische Extremismus, Exklusives Stammesdenken und Organisiertes Verbrechen und Korruption die Verfolgung von Christen in Somalia und ein Gemeindeleben wird auch in Zukunft kaum sichtbar sein. Al-Shabaab-Kämpfer werden vor allem in

den ländlichen Gebieten vorherrschend bleiben, was bedeutet, dass sie weiterhin Jagd auf Christen machen werden. In den städtischen Gebieten wird die Regierung zunehmend an die Stelle der Al Shabaab treten, um das Leben der Christen einzuschränken.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 8: Sudan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 84 Punkten belegt der Sudan Platz 8 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. 2015 war der Sudan mit 80 Punkten auf Platz 6. Der Anstieg der Punktzahl kann hauptsächlich durch zwei Faktoren erklärt werden: Die Anzahl der Salafisten ist gestiegen und die islamistische Regierung von Präsident al-Bashir hat die Verfolgung von Christen, besonders in der Region Nuba, ausgeweitet. Die Gerichtsverhandlung gegen zwei Pastoren hat den Sudan im Berichtszeitraum wieder in die Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit gerückt. Umgeben von Ägypten, Libyen, dem Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, Äthiopien, Eritrea und dem Roten Meer ist das Land aufgrund von Kriegen und Konflikten niemals zur Ruhe gekommen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte von Christenverfolgung im Sudan sind „Islamischer Extremismus“ und „Diktatorische Paranoia“ (im Zusammenhang mit Islamischem Extremismus).

- **Islamischer Extremismus:** Der extremistische Islam ist nicht neu im Sudan. Historisch ist er in der sudanesischen Gesellschaft tief verwurzelt. Ein Beispiel dafür ist die Mahdi-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist muslimisch, der Großteil sunnitisch. Die Scharia ist Grundlage des geltenden Rechtssystems. Die Elite des Sudan will offensichtlich ein islamisches Regime im Land etablieren. Apostasie (der Abfall vom Islam) wurde zum Verbrechen erklärt und mit der Todesstrafe belegt, jedoch wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Einige Quellen berichten: „Es hat einen üblen Beigeschmack, wenn harte Strafmaßnahmen überwiegend an nicht-arabischen Sudanesen und an Personen aus armen Verhältnissen durchgeführt werden.“ Die Anzahl und der Einfluss von Salafisten nehmen weiterhin zu. Die Blasphemie-Gesetze werden landesweit genutzt, um Christen auch strafrechtlich zu verfolgen.
- **Diktatorische Paranoia:** Die Regierung des Sudan gehört zu einem der diktatorischsten Regime Afrikas. Einerseits hat sie einen starken Einfluss auf das private und öffentliche Leben, andererseits ist sie existenziell bedroht. Die Darfur-Krise dauert weiter an, ebenso der Konflikt mit der aufständischen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung des Nordens (SPLM-N). Die Regierung kann sich die Subventionierung einzelner Dienste und Güter nicht länger leisten und es herrscht politischer Unmut über die Regierung von al-Bashir. Sobald

jedoch größere sozio-ökonomische und politische Probleme auftreten, gelingt es al-Bashir durch Brandreden gegen den Westen bisher, die Unterstützung der Bevölkerung zurückzugewinnen. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Christen im Land, da diese generell als „Spione des Westens“ angesehen werden. Es scheint eine Symbiose zwischen Diktatorischer Paranoia und Islamischem Extremismus zu geben. Die führenden Köpfe des Regimes gelten durchweg als extremistische Muslime, die in der regierenden National Congress Party (NCP) ein Mittel sehen, ihre islamische Agenda voranzubringen. Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung bei der Verfolgung von Christen nicht vornehmlich von totalitären Tendenzen, sondern primär von extremistisch-islamischen Sympathien angetrieben wird.

Aktuelle Einflüsse

Die systematische Verfolgung von Christen im Sudan erinnert an eine Politik der ethnischen Säuberung. Der Islam ist historisch tief in der Gesellschaft des Sudan verwurzelt und obwohl das Christentum dort schon Hunderte Jahre vor dem Islam Einzug gehalten hatte, ist es der sudanesischen Kultur fremd. Der Sudan ist eines der wenigen afrikanischen Länder, die seit der Einführung des Weltverfolgungsindex für interne Forschungszwecke im Jahr 1993 konstant auf dem Index vertreten sind. Meistens lag der Sudan zwischen den ersten 10 und den ersten 20 Ländern, was mit Bewertungen durch andere Regierungs- und Nichtregierungs-Organisationen im Bereich der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit, übereinstimmt. So wird der Sudan z. B. vom US-Außenministerium seit 1999 als „besonders Besorgnis erregendes Land“ geführt. Zudem gibt es seit Jahrzehnten keine Rechtsstaatlichkeit im Sudan; Presse- und Mediengesetze wurden verschärft und Meinungs- und Religionsfreiheit stark beschnitten. Und doch bewies Präsident al-Bashir bei den Wahlen im April 2015 mit seiner Partei seine Macht, indem er angeblich über 90 Prozent der Wähler bei einem erdrutschartigen Sieg für sich gewinnen konnte. Und das, obwohl Teile der Bevölkerung mit der schwachen Wirtschaftslage unzufrieden sind, die darauf zurückzuführen ist, dass der Südsudan das Ölgeschäft nunmehr weitgehend beherrscht. Der wachsende Krieg zwischen dem Sudan, der SPLM-N und dem Südsudan eröffnet eine weitere Dimension von Problemen, mit denen die Minderheiten des Landes konfrontiert sind.

Die ethnisch-kulturelle Landschaft ist sehr vielschichtig und kompliziert: Araber gegen Afrikaner, Muslime gegen Christen. Die Abspaltung des Südsudan hat diese Probleme nicht gelöst. Dies betrifft besonders die schwarzen Afrikaner, von denen eine beachtliche Zahl Christen sind und noch immer im Land leben. Die Regierung verfolgt streng die Politik *einer* Religion, *einer* Sprache und *einer* Kultur. Diese Politik wird bereits seit Jahren praktiziert und von Präsident al-Bashir 2010 wiederbelebt, als er sagte: „Die Scharia (islamische Gesetzgebung) und der Islam sind die Hauptquelle der Verfassung, der Islam wird Staatsreligion und Arabisch die offizielle Sprache des Sudans werden.“ Al-Bashir unterdrückt die im Sudan verbliebenen Christen weiterhin außerordentlich hart, besonders in den Bundesstaaten Süd-Kordofan und Blauer Nil. Hier scheint die Regierung die Strategie aus den 1980er- und 90er-Jahren zu wiederholen: Damals entschied die Regierung, „die in den Nuba-Bergen lebenden Völker zu dezimieren, indem sie ihnen den Zugang zu Nahrung, medizinischer Versorgung und Wohnraum verwehrte.“ Die Situation verschlimmert sich noch durch den Konflikt mit der SPLM-N und den Bürgerkrieg im Südsudan, die sich in der Grenzregion beider Länder zu einem großen Konflikt zusammengebraut haben. Man könnte sagen, dass die Behandlung der Christen einer ethnischen Säuberung entspricht. Der Sudan hat vergeblich alles versucht, die Abspaltung des Südsudan zu verhindern. Und so macht sich al-Bashir nun den Konflikt zwischen den beiden größten

Stämmen des Südsudan, den Nuer und den Dinka, zunutze und versorgt beide Seiten mit Waffen in der Hoffnung, dass sich das Land so selbst schwächen wird. Genauso bedeutend ist al-Bashirs Taktik, die Angriffe gegen Christen als Ablenkung eines auf ihn ausgestellten Haftbefehls vom Internationalen Strafgerichtshof zu benutzen. Der Sudan wurde vom US-Außenministerium in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit zum 15. Mal in Folge als „besonders Besorgnis erregendes Land“ (CPC) aufgeführt, weil es schwere Verletzungen der Religionsfreiheit, wie sie im amerikanischen Gesetz zum Schutz der Religionsfreiheit (IRFA) beschrieben werden, toleriert hat oder sogar selbst daran beteiligt war. Zusammengefasst macht die zerstörerische Verbindung zwischen Islamischem Extremismus und Diktatorischer Paranoia den Christen das Leben unerträglich.

Betroffene Kategorien von Christen

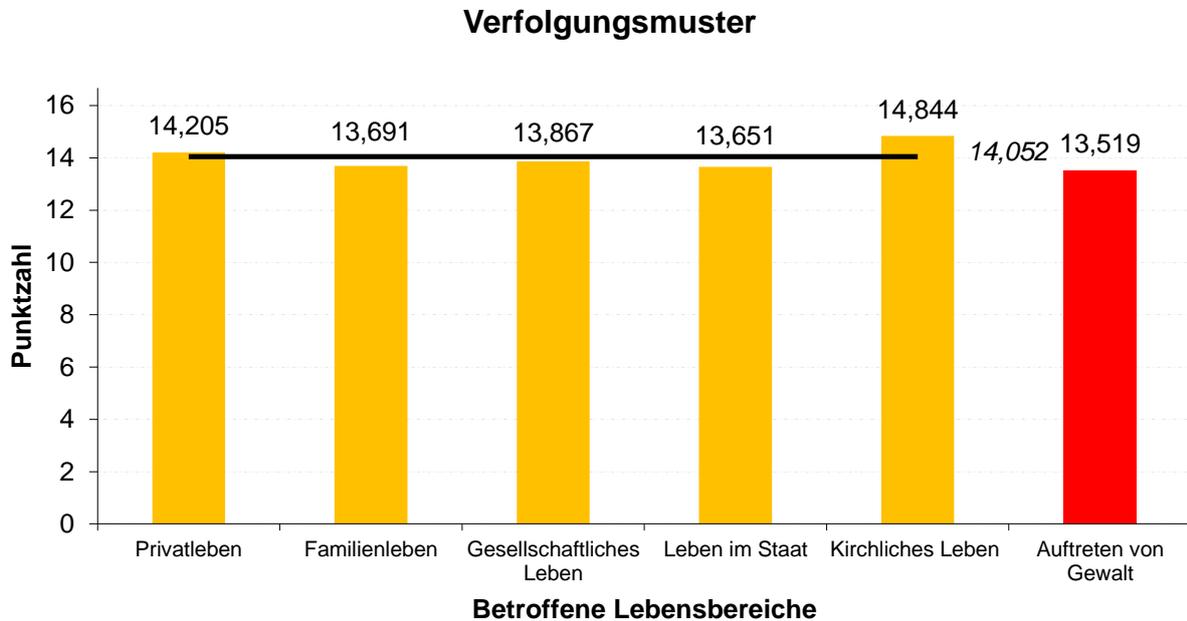
Im Sudan leben vier Kategorien von Christen. Das islamistische Regime von Präsident al-Bashir hat unmissverständlich erklärt, dass der Sudan ein muslimisches Land ist und eine auf der Scharia basierende Gesetzgebung benötigt. Dies wurde von der Regierung bei unterschiedlichen Veranstaltungen überall im Land immer wieder betont, um ihre Unabhängigkeit vom Westen zu zeigen. Unterstrichen wird diese Haltung durch heftigste Verfolgung von Christen aller Kategorien, aber besonders von Christen muslimischen Hintergrunds. Alle Kategorien von Christen werden verfolgt, wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität.

- **Ausländische Christen:** Anfang 2013 wurden viele ausländische Christen angewiesen, den Sudan zu verlassen. Die wenigen, die im Land blieben, stehen unter immensem Druck. Sie sind der Verfolgung schutzlos ausgesetzt, ihre Kirchen werden zerstört und Registrierungen verweigert.
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Christen aus der Koptisch-Orthodoxen und der Römisch-Katholischen Kirche erleben Verfolgung aufgrund des Islamischen Extremismus und auch Diktatorischer Paranoia.
- **Konvertiten:** Diese Gruppe von Christen besteht vor allem aus ehemaligen Muslimen und erlebt die stärkste Verfolgung, da sie nicht nur in den Bereichen des kirchlichen Lebens und des Lebens im Staat verfolgt wird, sondern auch in den Bereichen Gesellschaft, Familie und Privatleben.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen:** Einheimische Christen dieser Kategorie erleben Verfolgung durch den Islamischen Extremismus und das autoritäre Regime.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für den Sudan basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus und Diktatorische Paranoia (im Zusammenhang mit Islamischem Extremismus). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 14,052 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (13,042) beträchtlich zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist die Wertung niedriger, von 15,186 Punkten (WVI 2015) gefallen auf 13,519 Punkte. Es ist nicht leicht, Daten zu Tötungen, Kirchenangriffen und anderen Formen von Gewalt gegen Christen zu sammeln, besonders in der Region Nuba. Der gestiegene Druck auf Christen betrifft vier der fünf Lebensbereiche, am höchsten ist er jedoch beim

„Leben im Staat“ und im „kirchlichen Leben“. Die Daten lassen auf eine verschlechterte Verfolgungssituation schließen, die zudem sehr von Gewalt geprägt ist. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist die Verfolgung im „kirchlichen Leben“ am stärksten, gefolgt vom „Privatleben“, die Wertung der anderen Lebensbereiche fällt leicht geringer aus. Christen muslimischen Hintergrunds sind in allen Aspekten am stärksten von Verfolgung betroffen.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen sind in ihrem Privatleben beständig Verfolgung ausgesetzt, die besonders heftig für ehemalige Muslime ausfällt. Das Gesetz bestraft die Abkehr vom Islam zu einer anderen Religion mit dem Tod; Christen muslimischen Hintergrunds können daher ihren Glauben in keiner Form ausleben. Christliche Symbole zu zeigen, ist höchst gefährlich und daher faktisch unmöglich. Sowohl die nahe als auch die entfernte Verwandtschaft ist an der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft beteiligt.
- Familienleben:** Auch in diesem Bereich haben Christen muslimischen Hintergrunds am stärksten zu leiden. Die Anmeldung oder Feier einer christlichen Hochzeit ist generell nahezu unmöglich, doch ist ein ehemaliger Muslim daran beteiligt, wird es lebensgefährlich. Nach der Auslegung des islamischen Rechts durch die Regierung darf ein muslimischer Mann eine christliche oder jüdische Frau heiraten, eine muslimische Frau darf jedoch keinen nicht-muslimischen Mann heiraten, es sei denn, er konvertiert zum Islam. Für Christen muslimischer Herkunft hören die Probleme auch mit dem Tod nicht auf. Konvertiten werden oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen beerdigt, obwohl christliche und muslimische Friedhöfe getrennt sind.
- Gesellschaftliches Leben:** Die Gesetze zur öffentlichen Ordnung beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung. Sie gelten beispielsweise im Bundesstaat Khartoum und verbieten das Tragen „unpassender“ Kleidung sowie „Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Moral“. Außerdem

werden Christen, besonders ehemalige Muslime, durch Behörden und muslimische Leiter überwacht. Christen sind kaum in der Lage, ein normales Leben zu führen.

- **Leben im Staat:** Christen werden als Bürger zweiter Klasse angesehen. Die Gesetze und Richtlinien von der Regierung und der herrschenden National Congress Party (NCP) bevorzugen den Islam. Präsident al-Bashir und andere wichtige Politiker treten für eine islamische Verfassung ein, welche die Scharia (islamisches Recht) stärkt. Andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit durch sogenannte Rückabwicklungsbestimmungen („clawback clauses“) zusätzlich ein. Das Regime wurde durch die gewonnenen Wahlen im Jahr 2015 in seiner Macht bestätigt, als es mehr als 93 Prozent der Stimmen holte.
- **Kirchliches Leben:** Die hohe Punktzahl in diesem Lebensbereich rührt daher, dass die Gesetzgebung zu Religionsthemen durch eine antichristliche Haltung der Regierung bestimmt wird. Das kirchliche Leben ist stark eingeschränkt. Laut Bericht eines einheimischen Experten mischt sich die Regierung zunehmend in die internen Abläufe religiöser Institutionen ein. Aufgrund von Regierungsvorschriften sahen sich Pastoren zur Selbstzensur und Einschränkung ihrer Aktivitäten genötigt. Weiter berichtet der Experte, dass die Regierung Ausländern, die evangelistisch tätig sein wollen, die Einreise erschwert. Außerdem können Sicherheitskräfte jede christliche Versammlung auflösen und Bibeln, Dokumente sowie Computer konfiszieren.
- **Auftreten von Gewalt:** Gewalt gegen Christen tritt meist in zwei Formen auf. Entweder werden einzelne Personen angegriffen oder ganze Gruppen. Die Gruppenvariante sieht so aus, dass christliche Gruppen in unterschiedlichen Teilen des Landes wahllos angegriffen werden. Kirchen, Schulen und Krankenhäuser, insbesondere in Süd-Kordofan und der Provinz Blauer Nil, werden beständig angegriffen, Todesopfer sind die Folge. Seit 2012 wurden über 4.000 Bomben auf zivile Ziele in Nuba abgeworfen. 2015 erfolgte eine Regierungsoffensive namens „Entscheidender Sommer II“, um effektiver gegen die SPLM-N vorzugehen.

Zur Form der Angriffe gegen Individuen: Die Regierung richtet sich auf der Grundlage der Gesetze zu Blasphemie und Abfall vom muslimischen Glauben gezielt gegen Christen. Sie überwacht Christen allein deswegen, weil sie eben Christen sind. Zwei Pastoren, Pastor Michael und Pastor Peter Reith, wurden wegen sieben verschiedener Verbrechen (u.a. Verschwörung und Spionage) verhaftet und angeklagt. Sie wurden später jedoch auf Druck der internationalen Gemeinschaft hin freigesprochen. Die Kleidungsordnung wird sehr gezielt umgesetzt. So verhaftete und verklagte die Moral-Polizei im Juni und Juli 2015 zwölf junge christliche Studentinnen, die ursprünglich aus der Region Nuba stammen, um die Kleidungsordnung der Scharia einzufordern. Die Regierung verwüstet auch Kirchen im Land. So wurden z. B. im Oktober 2015 zwei Kirchen mit fadenscheinigen Begründungen zerstört. Die Behörden zerstörten eine Kirche, die zur Evangelisch-Lutherischen Kirche des Sudan (LCS) gehörte, unter Berufung auf Umbau-Vorschriften, die den Leitern zuvor mit einer Frist von nur 72 Stunden ausgehändigt worden waren.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Die islamistische Regierung unter Präsident al-Bashir ist für ihren schlechten Umgang mit Menschenrechten bekannt und verletzt weiterhin die Rechte der Christen im Sudan. Wie bereits erwähnt, befindet sich das Land schon seit 23 Jahren in den oberen 20 Rängen des Weltverfolgungsindex. Es ist außerdem seit 1999 in der Liste der „besonders Besorgnis erregende Länder“ des US-Außenministeriums verzeichnet. Der Aufschrei der internationalen Gemeinschaft konnte das islamistische Regime zwar dazu bewegen, einige Christen vor Verurteilungen aufgrund ihres christlichen Glaubens zu verschonen, doch lag darin keine veränderte Grundhaltung des Regimes gegenüber Christen. Die Plünderung und Zerstörung von Kirchen, Krankenhäusern und Schulen, besonders in der Bergregion von Nuba, ist trauriger Alltag geworden. Obwohl gegen Präsident al-Bashir zwei internationale Haftbefehle ausgestellt sind, wurde die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den Problemen des neu gegründeten Staates Südsudan und dem Ausbruch des Bürgerkrieges zwischen den beiden größten rivalisierenden Stämmen des Landes abgelenkt. Dabei gerät aus dem Blick, dass der Islamische Extremismus, der sich teilweise durch Diktatorische Paranoia ausdrückt, unter der Regierung al-Bashirs mit der Belagerungsmentalität „wir oder sie“ weiter fortschreitet.

Die Zukunft der Christen im Sudan wird durch viele Faktoren bestimmt. Präsident al-Bashir und seine Regierung kontrollieren noch immer den Sudan, trotz der Unzufriedenheit bei Teilen der Bevölkerung. Diese resultiert unter anderem aus der wirtschaftlichen Schwächung des Landes durch den Rückgang der Öleinkünfte infolge der Abspaltung des Südsudan. Die Lage der Kirche im Sudan verschlechtert sich. Unter Christen wächst die Angst. Die Misshandlung von Christen, besonders der aus dem Südsudan stammenden, hält an.

Nach den Entwicklungen in der Vergangenheit und der aktuellen Situation wird wahrscheinlich Folgendes passieren:

- 1) Die Regierung des Sudan wird weiterhin Christen verhaften, unterdrücken und ausweisen.
- 2) Der Bau oder die Renovierung von Kirchen und die Genehmigung für Gottesdienste werden weiterhin sehr schwierig sein.
- 3) Die Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin alle Nuba-Christen angreifen.
- 4) Der extremistische Islam wird weiter zunehmen und die Christen werden unter den Folgen weiterhin zu leiden haben.
- 5) Die auch strafrechtliche Verfolgung von Christen muslimischen Hintergrunds wird weiter andauern.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 9: Iran

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 83 Punkten belegt der Iran Platz 9 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um 3 Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (80), als der Iran Rang 7 einnahm. Der Iran ist in der Platzierung trotz einer höheren Punktezahl um zwei Plätze nach unten gerutscht, weil sich die Lage in anderen Ländern der ersten Zehn noch stärker verschlechtert hat. Der Trend hat sich fortgesetzt, dass fast alle Kirchengemeinden, die ihre Gottesdienste in Farsi abhalten, geschlossen werden. Infolgedessen gehen immer mehr Gemeinden in den Untergrund. Mindestens 108 Christen wurden verhaftet und/oder kamen ins Gefängnis, ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Augenscheinlich gibt es eine Verbindung zwischen christlichen Gemeinden, die in den Untergrund gehen, und der vermehrten Anzahl an inhaftierten Christen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung im Iran sind „Islamischer Extremismus“ (Haupttriebkraft) und in geringerem Ausmaß „Diktatorische Paranoia“ und „Organisiertes Verbrechen und Korruption“. Diktatorische Paranoia geht mit Islamischem Extremismus einher.

- **Islamischer Extremismus:** Der schiitische Islam ist Staatsreligion, alle Gesetze müssen mit der offiziellen Auslegung der Scharia übereinstimmen. Die Hauptakteure der Christenverfolgung sind Regierungsbeamte, nicht-christliche religiöse Leiter, fanatische Bewegungen und revolutionäre sowie paramilitärische Gruppierungen. Laut staatlicher Anordnung dürfen nur Armenier und Assyrer Christen sein. Geborene Perser müssen laut Definition Muslime sein, dieser Logik folgend sind persisch-stämmige Christen also „Abtrünnige“ (Apostaten). Somit stellt fast jede christliche Aktivität in Farsi eine Übertretung des Gesetzes dar – von der Evangelisation über biblischen Unterricht, vom Predigen bis zur Publikation von Bibeln und christlicher Literatur.
- **Diktatorische Paranoia:** Der unbedingte Wille des Machterhalts geht mit Islamischem Extremismus einher. Vor allem anderen geht es darum, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu beschützen.
- **Organisiertes Verbrechen und Gewalt:** Inhaftierte Christen – besonders Konvertiten – können gegen eine Kautions aus dem Gefängnis entlassen werden. Dabei geht es oft um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 200.000 US-Dollar angesiedelt sind. Die betroffenen Christen oder deren Familien müssen deshalb oft ihre Häuser mit Hypotheken belasten. Aus dem Gefängnis entlassen, werden sie häufig unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen, was sie auch oft tun.

Aktuelle Einflüsse

Durch die Islamische Revolution 1979 wurde der Schah entmachtet und der Iran in eine islamische Republik umgewandelt. Schiitische Geistliche unter dem obersten Führer Ayatollah Ruhollah Khomeini übernahmen die politische Kontrolle. Während seiner Regierungszeit hatte der Schah das Land modernisiert und für Einflüsse aus dem Westen geöffnet. Regimekritiker ließ er jedoch massiv unterdrücken. Daraufhin verlor er die Unterstützung der mächtigen religiösen, politischen und angesehenen Kräfte im Land, der Umsturz war die Folge.

Die heutige iranische Führung sieht in der Ausweitung des schiitischen Islam im Mittleren Osten eine Fortführung der Revolution. Besonders im Irak hat der schiitische Islam seit dem Fall Saddam Husseins und der starken Ausbreitung des „Islamischen Staats“ (IS) an Einfluss zugenommen, denn schiitisch-islamische Milizen bekämpfen den IS am Boden. Diese Entwicklungen haben die Stellung des Irans als Regionalmacht gefestigt und die Pläne der USA für den Nahen Osten durchkreuzt. Der christliche Glaube gilt als verwerflicher westlicher Einfluss, eine anhaltende Bedrohung für die islamische Identität der Republik. Vor allem, da die Anzahl der Christen stetig wächst und angeblich auch Kinder von politischen und geistlichen Machthabern zum Glauben an Jesus Christus kommen und den Islam verlassen. Nicht nur die Rechte der Christen werden verletzt, sondern auch die religiöser Minderheiten wie die der Juden, Bahais, Zoroastrier, Derwisch und Sunniten. Besonders Religionen, die in der Verfassung nicht anerkannt sind, wie die Bahai, sind davon betroffen.

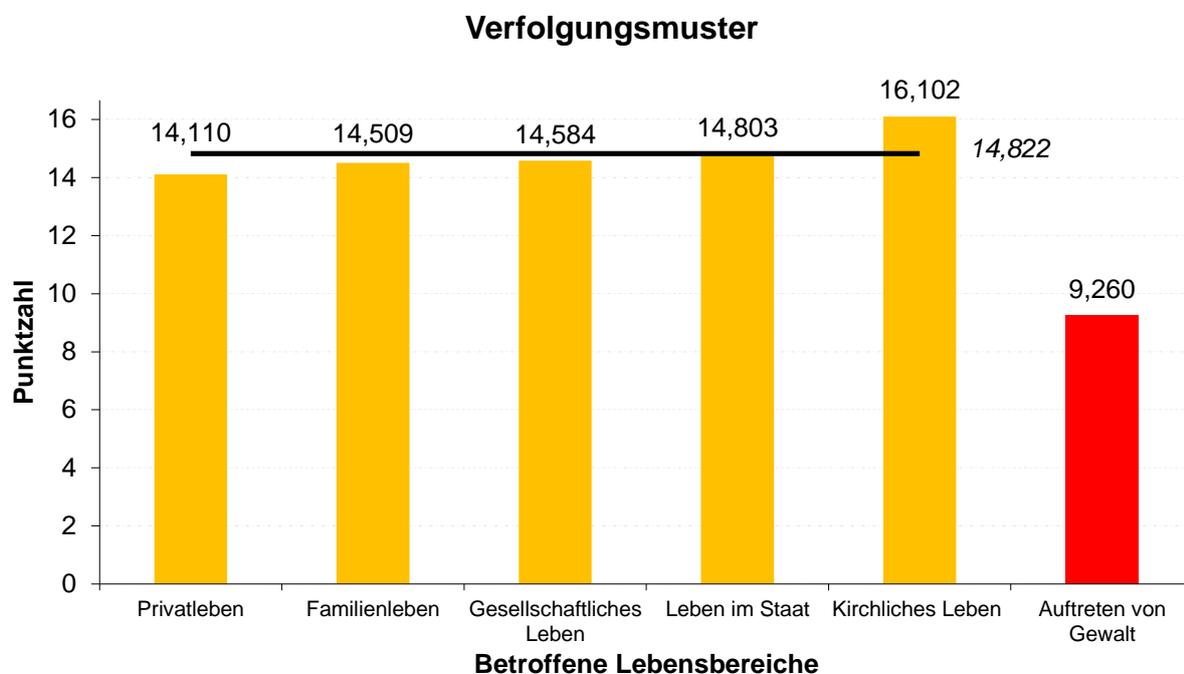
Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt drei Kategorien von Christen im Iran, die verfolgt werden:

- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Alteingesessene christliche Volksgruppen wie die Armenier oder Assyrer dürfen ihren eigenen Volksangehörigen in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen, es ist jedoch verboten, Menschen muslimischer Herkunft (Farsi-Sprachige) mit einzubeziehen. Sie sind zwar formell vom Staat anerkannt und vom Gesetz geschützt, doch sie werden als Bürger zweiter Klasse behandelt. So gibt es Berichte über Freiheitsentzug, körperliche Misshandlungen, Schikanen und Diskriminierung, für den Fall, dass sie Muslime mit dem Evangelium erreicht haben.
- **Ehemalige Muslime,** die sich zu Jesus Christus bekehrt haben, werden zur größten Gruppe von Christen im Iran gerechnet. Sie erleiden die stärkste Verfolgung. Menschen, die sich vom Islam zum christlichen Glauben bekehren, hält man für Abtrünnige. Eine Abwendung vom Islam bedeutet für Männer die Todesstrafe und für Frauen lebenslanges Gefängnis.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen:** Die zweite Hauptgruppe, die unter Verfolgung zu leiden hat, sind Christen aus protestantischen oder charismatischen Gemeinschaften, vor allem solche, die den Muslimen aktiv das Evangelium bringen oder Menschen, die noch als Muslime angesehen werden (Konvertiten der 2. Generation). Nicht-traditionelle Christen sind oft armenischer, assyrischer (oder sonstiger traditioneller) Herkunft. Zudem sind davon ehemalige Muslime der dritten Generation betroffen (ihre Eltern oder Großeltern waren Muslime und haben sich zu Jesus Christus bekehrt).

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für den Iran setzt sich aus den Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia) zusammen. Die durchschnittliche Wertung für die ersten fünf Säulen (14,822) steht für den Druck auf die Christen, der im Vergleich zum letzten Jahr (13,917) angestiegen ist. Die Werte für Gewalt sind im Vergleich zu letztem Jahr schwächer ausgeprägt, aber noch immer hoch: 9,260 zu 10,000 (WVI 2015). Die höhere Wertung für den Druck erklärt sich teilweise durch die Entscheidung des WVI-Teams, nur noch drei Kategorien von Christen in die Bewertung einzubeziehen (Arbeitsmigranten sind von den Christen des Landes so vollständig abgeschirmt, dass sie mit der Lage im Land faktisch nichts zu tun haben), und zum Teil durch die Tatsache, dass sich der Druck auf die Christen im Land verstärkt hat. Wie das untenstehende Verfolgungsmuster verdeutlicht, ist die Verfolgung im kirchlichen Leben am stärksten, wobei alle 5 Lebensbereiche hohe Werte erreichen. Ehemalige Muslime und Christen, die Muslimen das Evangelium bringen wollen, werden am schärfsten verfolgt und auch körperlich angegriffen.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Konvertiten aus dem Islam können ihren christlichen Glauben nicht öffentlich leben. Jeder Hinweis für ihr Umfeld, dass sie Christen sein könnten, hätte ernsthafte Folgen. Wenn außer ihnen niemand anderes aus der Familie an Jesus Christus glaubt, müssen sie sehr darauf bedacht sein, wie sie ihren Glauben ausleben. Für alle Kategorien von Christen kann es gefährlich sein, christliche Literatur in Farsi zu besitzen. Vor allem, wenn es davon beachtliche Mengen gibt, denn das ein Hinweis darauf, dass die Literatur zur Verteilung an iranisch-stämmige (ehemalige) Muslime gedacht ist. Alteingesessene christliche Gemeinschaften dürfen ohne Furcht christliche Literatur in ihrer Muttersprache (Armenisch oder Assyrisch) besitzen.

- **Familienleben:** Es ist für eine muslimische Familie eine große Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Im Falle einer Erbschaft oder eines Sorgerechtsstreits bei Scheidung wird häufig zum Nachteil christlicher Betroffener entschieden, wenn der Rest der Familie muslimisch ist. In der Schule werden Kinder christlicher Eltern muslimischer Herkunft zu den Muslimen gezählt und sind verpflichtet, am islamischen Unterricht teilzunehmen. In den weiterführenden Schulen sind alle Kategorien von Christen dazu gezwungen, islamische Kurse zu belegen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Die Diskriminierung setzt alle Christen im Iran mehr oder weniger unter Druck, ihren Glauben aufzugeben. Christen muslimischer Herkunft werden in ländlichen Regionen, in Dörfern und in konservativ geprägten Städten des Nordens als unrein angesehen. Muslime sollten Christen nicht die Hand geben, sie gar berühren oder von ihnen zubereitetes Essen zu sich nehmen. Wird ihr Glauben bekannt, müssen ehemalige Muslime mit Schikane und Diskriminierung am Arbeitsplatz rechnen.
- **Leben im Staat:** Einem Muslim, der den Islam verlässt, droht die Todesstrafe. Dabei liegt das Augenmerk der Regierung auf denen, die sich um Konvertiten kümmern. Auch gut etablierte Kirchen sind in diesem Fall nicht sicher vor Schikane: Ihre Mitglieder werden verhört, verhaftet, ins Gefängnis gesteckt und geschlagen. Viele Gottesdienste werden geheimdienstlich überwacht.
- **Kirchliches Leben:** Die Regierung hat ihre Anstrengungen verstärkt, Farsi-sprachige Christen aus dem Land zu vertreiben. In den letzten fünf Jahren wurden mindestens acht Kirchengemeinden geschlossen oder dazu gezwungen, Gottesdienste nicht mehr in Farsi zu halten. Auch wurden die Kirchenleiter oft verhaftet. Kirchen dürfen keine neuen Mitglieder muslimischer Herkunft mehr aufnehmen, was zur Überalterung der Gemeinden führt. Die strenge Überwachung von Hauskirchen löst bei den Besuchern zunehmend Furcht aus. Jede Form von Evangelisation, biblischer Unterricht sowie die Veröffentlichung oder der Import von Bibeln in Farsi ist illegal.
- **Auftreten von Gewalt:** Bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden mindestens 108 Christen wegen ihres Glaubens verhaftet oder ins Gefängnis geworfen. Das ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Es scheint einen Zusammenhang zwischen Gemeinden, die in den Untergrund abwandern, und der Anzahl von Verhaftungen zu geben. Die Verhörmethoden im Gefängnis sind brutal und es kann dabei auch zu sexuellen Übergriffen kommen, so wurden Christen in zahlreichen Fällen körperlich und mental schwer misshandelt. Es kam zu Razzien bei mehr als 10 Hauskirchen und mehrere Besucher wurden verhaftet. Aufgrund der Verfolgung halten sich viele Christen im Land verborgen oder sie fliehen ins Ausland.

Ausblick

Für den Iran ist das Atomabkommen mit den sechs Weltmächten wohl eine der bedeutendsten Entwicklungen des vergangenen Jahres. Laut dem Wirtschaftsmagazin „The Economist“ ist das Abkommen ein „starker Wendepunkt für die Wirtschaft und für die Zusammenarbeit des Iran mit dem internationalen System.“ Der Iran könnte sich zum Handelspartner der westlichen Länder entwickeln und auf diese Weise seine Isolation überwinden, was zu einem reicheren und stärkeren

Iran führen würde, dessen Einfluss auf die Region wachsen könnte. Dies hätte auch positive Auswirkungen auf den Kampf gegen den IS, gegen den er bereits im Irak kämpft. Andererseits würde ein stärkerer Iran auch dazu beitragen, Religionskonflikte zu verstärken, was zu größerer Eskalation von Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten führen würde. Der Iran und Saudi-Arabien führen bereits Stellvertreterkriege im Jemen und in Syrien und es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die Kriegshandlungen noch verstärken werden. Der Einfluss des Iran reicht bis in den Libanon und wohl auch Bahrain. Das Risiko einer wachsenden Destabilisierung der gesamten Region liegt auf der Hand.

Wird aber eine verbesserte Wirtschaftssituation und eine geringere Isolation auch die Lage der Christen im Iran verbessern? Wenn die Aufhebung der Sanktionen zu einer stabileren finanziellen Lage der gesamten Bevölkerung führt, werden wohl auch die Christen davon profitieren. Doch laut dem persischen BBC-Wirtschaftsjournalisten Amir Paivar befürchten Hardliner des Iran, dass verbesserte Beziehungen zur USA die Werte der Islamischen Revolution von 1979 gefährden würden, die „sich 36 Jahre um den Kampf gegen ‚den großen Satan‘ drehte und die den Menschen konsequent strenge religiöse Verhaltensregeln im Alltag auferlegt hat.“ Sehr wahrscheinlich wird das Ansehen Präsident Rouhanis und seines Kabinetts durch das Atomabkommen weiter steigen und Hardliner werden versuchen, „dem innenpolitisch entgegenzuwirken, indem sie jeden Versuch aktiv blockieren werden, soziale und politische Reformen anzukurbeln.“ Zudem würde „ein hartes Vorgehen gegen Medien, Menschenrechts- und politische Aktivisten allen Iranern die klare Botschaft senden, dass ein Atomabkommen nicht das Ende der revolutionären Werte bedeutet.“

Unter dem Reformpräsidenten Mohammad Khatami, der von 1997 bis 2005 an der Macht war, gab es eine vergleichbare Entwicklung, als er versprach, sich den westlichen Ländern weiter zu öffnen und mehr mit ihnen zusammenzuarbeiten. Tatsächlich kam es zu einem verschärften Vorgehen gegen Journalisten und Bürgerrechtler. Außerdem kann eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu einer größeren Überwachung durch den Geheimdienst führen. Religiöse Minderheiten wie die Bahai und Christen würden noch mehr unter Beobachtung stehen, besonders alle Kontakte zu westlichen Mitgläubigen. Kurz gesagt scheint das Atomabkommen eine gute Nachricht für die Christen zu sein, aber es ist unwahrscheinlich, dass es wirklich zu einer Verbesserung der Situation führen wird – sondern es wird eher das Gegenteil eintreten.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 10: Libyen

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 79 Punkten belegt Libyen Platz 10 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. 2015 nahm das Land mit 76 Punkten Rang 13 ein. Die bereits zuvor äußerst schwierige Lage für Christen hat sich weiter verschlechtert und befördert Libyen zum ersten Mal unter die ersten zehn Länder des WVI. Im bestehenden Umfeld von Anarchie und fehlender Rechtsstaatlichkeit, werden die Christen – einheimische wie auch ausländische – zwischen fanatischen religiösen Gruppen und kriminellen Banden aufgerieben. Die Furcht unter Christen war bereits im Vorjahr hoch, nun ist auch die Gewalt abermals angewachsen. Die Folgen aus dem Niedergang von Gaddafis diktatorischem Regime und der Fall des Staates in die Hände einer sektiererischen und machtlosen Regierung haben alles verschlimmert.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung, die sich auf die Christen in Libyen auswirken, sind der „Islamische Extremismus“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ (in Verbindung mit Islamischem Extremismus).

- **Islamischer Extremismus:** Diese Triebkraft äußert sich vielfältig. Der Islam ist tief verwurzelt in Libyens Kultur, deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, großen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Nach dem Sturz Gaddafis haben islamistische Gruppen inklusive Salafisten und andere Dschihadisten praktisch freie Hand im Land und sammeln kontinuierlich weitere Unterstützer.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Da Korruption so weit verbreitet ist, trägt sie wesentlich zum weiteren Verfall der anhaltenden Rechtsstaatlichkeit und zur Straflosigkeit bei. Diese Triebkraft ist eng verknüpft mit Islamischem Extremismus.

Aktuelle Einflüsse

Libyen ist noch immer dabei, sich vom Volksaufstand und heftigem Bürgerkrieg von Februar bis Oktober 2011 gegen Muammar Gaddafi zu erholen, der sein Land 40 Jahre regiert hat. Nach dem Bürgerkrieg übernahm der Nationale Übergangsrat (NTC) die Führung; dieser Verband aus Milizen sowie ethnischen und politischen Bewegungen hatte sich gegen Gaddafi gestemmt.

Zurzeit wird Libyen von dem 200 Personen starken General National Congress (GNC) verwaltet, einer Übergangsregierung, die seit Oktober 2012 im Amt ist. Gegenwärtig gibt es keine Partei oder Miliz mit alleiniger Vormachtstellung, weshalb Politik nur durch Konsens im gesamten Land gemacht werden kann. Der GNC kontrolliert zudem nur Teile des Landes, weitere Gruppierungen andere Teile. Zwischen diesen Gruppierungen gibt es laufende Friedensgespräche.

Der Einfluss des Islamischen Staates (IS) nimmt jedoch immer weiter zu. Die Allgegenwart bewaffneter Milizen ist ein Beleg für das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Politik(er); verstärkt wird dies noch durch die Erinnerung an die brutale Unterdrückung unter dem Regime von Muammar Gaddafi. Die Abhängigkeit der Gesellschaft von Milizen und deren Scheineingliederung als paramilitärische Einheiten in die „nationale“ libysche Verteidigungsarmee (die Regierung bezahlt die Gehälter) hat den Schutz von Bürgerrechten wie beispielsweise Religionsfreiheit in einigen Regionen des Landes sehr schwierig gemacht.

Seit dem Sturz von Gaddafi sind die Christen, die zuvor die größte nicht-muslimische religiöse Gruppe im Land stellten, Ziel von Einschüchterungskampagnen, Verhaftungen und Ermordungen seitens militanter sunnitischer Organisationen geworden. Der Einfluss der mit dem IS vernetzten Gruppierungen, die sich durch Enthauptungen und andere Barbareien hervortaten, nimmt zu. In den letzten Jahren wurden Berichten zufolge Hunderte von Christen von paramilitärischen Gruppen entführt und eingekerkert. Auch die Koptische Kirche wurde angegriffen.

Die Sicherheitsprobleme Libyens aufgrund der Entlassung und Entwaffnung von Soldaten und wegen der Eingliederung lokaler Milizen in die Armee dauern an und werden durch Menschenhandel sowie Schmuggel von Waffen ins und aus dem Land sogar noch größer. Ein Bericht von Amnesty International vom 10. Mai 2015 beschreibt die fortschreitende Gesetzlosigkeit, in der Libyen gefangen ist und listet zahlreiche Beispiele von Entführungen, Folter, sexueller Gewalt und Diskriminierung durch Menschenhändler, Schmuggler und organisierte kriminelle Banden auf. Der Bericht verweist besonders auf die prekäre Situation religiöser Minderheiten: „Insbesondere christliche Gastarbeiter und Flüchtlinge werden verfolgt und stehen am meisten in Gefahr von Missbrauch durch bewaffnete Gruppen, die ihr Verständnis des islamischen Gesetzes erzwingen wollen.“

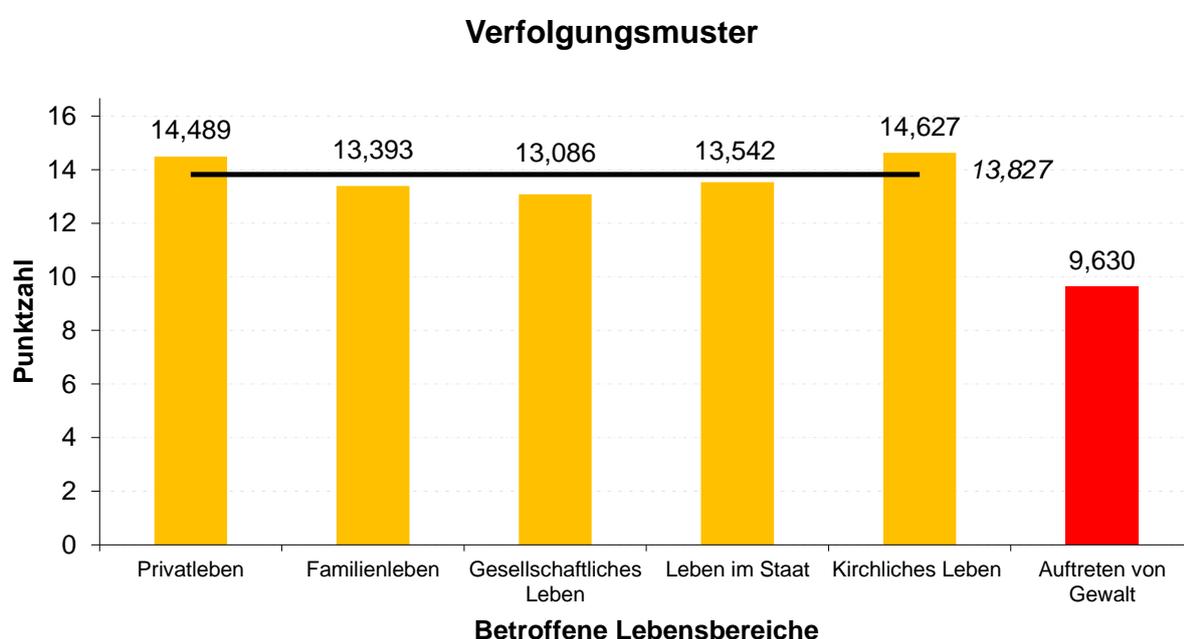
Betroffene Kategorien von Christen

Zwei Kategorien von Christen sind in Libyen anzutreffen: Christliche Gastarbeiter, die zumeist aus Subsahara-Afrika und weniger aus Ägypten kommen sowie eine kleine Schar libyscher einheimischer Christen; sie sind alle ehemalige Muslime.

- **Kirchen ausländischer Christen bzw. von Arbeitsmigranten:** Christliche Gastarbeiter dürfen ihre eigenen Kirchen haben, libysche Christen dürfen diese Gottesdienste jedoch nicht besuchen. Bereits unter der despotischen Herrschaft Gaddafis war die Lage der Christen sehr hart. Ausländische Christen bzw. christliche Gastarbeiter zumeist aus Nachbarstaaten hatten etwas mehr Freiheit. Schwarze und nicht-arabische Afrikaner erleiden doppelte Verfolgung: aus rassistischen und auch aus religiösen Gründen.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Libysche Christen halten ihren Glauben geheim. Gottesdienstbesuch ist ihnen nicht gestattet. Ihre Anzahl ist sehr gering, doch mit dem Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote in Arabisch wächst das Interesse am christlichen Glauben. Wie in den meisten muslimischen Ländern ist die Abkehr vom Islam mit starkem Druck verbunden. Der geht am stärksten von der Familie aus, Christen wurden Berichten zufolge durch ihre Familien verprügelt. Die meisten libyschen Christen wagen nicht, sich mit anderen Christen zu treffen, denn alle religiösen Versammlungen – ausgenommen muslimische – sind verboten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Libyen basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus in Verbindung mit Organisiertem Verbrechen und Korruption. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 13,827 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (13,356) zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ stehen den 8,889 Punkten vom Vorjahr nun 9,630 Punkte gegenüber. Die Verfolgungssituation hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verschlechtert, der Verfolgungsdruck in den Bereichen „Leben in der Gesellschaft“ und „Leben im Staat“ sowie „Kirchliches Leben“ hat jedoch zugenommen; das gilt auch für den Bereich „Auftreten von Gewalt“. Die ermittelten Daten weisen auf eine unberechenbare Lage hin. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung in allen Lebensbereichen etwa gleich, mit kleinen Spitzen in den Bereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Christen muslimischer Herkunft werden in dieser sehr konservativen Gesellschaft von ihren Familien abgewiesen. Wegen der kontinuierlichen Unterdrückung und Intoleranz seitens Familie und Gesellschaft wagen sie selten, über ihren Glauben zu sprechen. Viele von ihnen verlassen das Land bzw. erwägen dies.
- **Familienleben:** Eine der großen Herausforderungen für Christen muslimischer Herkunft ist, einen Ehepartner zu finden. Nach überliefertem islamischem Recht muss ein nicht-muslimischer Mann zum Islam konvertieren, um eine Muslima heiraten zu können. Die Islamisten in Libyen sind derart extremistisch ausgerichtet, dass sie sogar Sufis (Sufi = Anhänger einer mystischen Strömung des Islam) verfolgen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Wegen der schwachen Zentralregierung treibt eine große Anzahl von Milizen mit religiöser sowie nicht-religiöser Agenda straffrei ihr Unwesen im Land. Sie

gehen am stärksten gegen die besonders gefährdeten Gruppen im Land vor, dazu gehören die Christen. Sie verbreiten eine Kultur der Furcht, wodurch die Freiheiten der Christen stark eingeschränkt sind.

- **Leben im Staat:** Unter der Herrschaft von Gaddafi ging Verfolgung am stärksten von Regime und Geheimdienst aus. Gegenwärtig sind hauptsächlich islamistische Bewegungen wie der IS und Salafisten für Druck und Gewalt gegen Christen verantwortlich in einem Land, dessen Zentralregierung kraftlos und Rechtsstaatlichkeit abwesend ist. Auch kriminelle Banden üben Druck auf Christen aus.
- **Kirchliches Leben:** Ein normales kirchliches Leben gibt es für Christen libyscher Herkunft nicht. Gastarbeiter dürfen Gottesdienste halten, jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken. Die Einfuhr christlicher Literatur inklusive Bibeln in Arabisch ist streng verboten. Auch das erschwert das Wachstum der einheimischen Gemeinden. Die Missionierung von Muslimen ist offiziell verboten.
- **Auftreten von Gewalt:** Im Berichtszeitraum gab es drei große gewaltsame Übergriffe gegen Christen, die alle Teil eines strukturellen Musters von Entführungen und Ermordungen von christlichen Gastarbeitern sind. Im Juni 2015 wurden 86 (andere nennen 88) eritreische Gastarbeiter, die der Unterdrückung in ihrem Heimatland zu entkommen suchten, von Anhängern des IS in Libyen entführt. Im April 2015 wurden 79 äthiopische und eritreische Flüchtlinge entführt und mehr als 30 von ihnen grausam ermordet. Im Februar 2015 wurden 21 meist koptische Gastarbeiter aus Ägypten von Anhängern des IS ermordet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

- 1) Das starke Aufkommen lokaler, auch militanter salafistischer Milizen, gepaart mit einer schwachen Zentralregierung, machen eine Verbesserung der Lage für die Christen unwahrscheinlich, die weitverbreiteten und straflosen Übergriffe gegen Christen werden wohl weiter anhalten. Für die absehbare Zukunft wird die Regierung in Libyen
 - a. gegen die Macht der verschiedenen bewaffneten Milizen vorgehen müssen
 - b. mithilfe der Gewinne aus der Ölförderung eine vielschichtige Wirtschaft aufbauen und Arbeit für die junge Generation schaffen müssen
 - c. den Übergang zur Demokratie vorantreiben müssen, der dem Staat Autorität verleiht
 - d. sich mit Nachbarstaaten und interessierten globalen Akteuren zusammenschließen müssen, um die Sicherheit in der Trans-Sahara zu verbessern.

Keine dieser Aufgaben ist einfach und wird ohne die Mithilfe der internationalen Gemeinschaft nur schwerlich umzusetzen sein.

- 2) Leiter der Staatssicherheit in der Region Bengasi haben Aussagen gemacht, die als aufwieglend gegen Christen verstanden werden können. Hussein bin Hmeid, ein Kommandeur des präventiven Sicherheitsapparates in Bengasi stellte klar, dass Libyen ein „zu 100 Prozent muslimisches Land“ sei. Abdul Salam Bargathi, vormals Mitglied von

Ansar al-Shariah und Kommandeur der gleichen Einrichtung in Bengasi, sprach eine ähnlich zu interpretierende Drohung aus. Zwar werde er weiterhin seinen Sicherheitskräften Anordnung geben, die Kirchen in der Region Bengasi zu beschützen, Christen in Libyen könnten jedoch leicht als Gefahr für die nationale Sicherheit gesehen werden. Deshalb sollten sie zerstörte Kirchen nicht wieder aufbauen, noch irgendetwas tun, was als Versuch der Missionierung missverstanden werden könnte.

- 3) Gewaltsame Übergriffe mit Entführungen und Ermordungen christlicher Gastarbeiter zeigen deutlich die Macht und Sichtbarkeit islamistischer Gruppen, inklusive des IS, in einem Land, das immer mehr in die Gesetzlosigkeit abdriftet. Mit diesen Vorfällen verbreiten die extremistischen Muslime und besonders die Anhänger des IS eine klare Botschaft: „Libyen ist ein muslimisches Land. Christen haben nicht einmal das Recht, durch Libyen zu reisen.“ Es spielt dabei keine Rolle, ob die Christen Gemeindemitarbeiter oder Gastarbeiter sind; alle Christen sind gemeint. Da die dschihadistischen Gruppierungen straffrei ausgehen, wird sich die Situation in naher Zukunft kaum ändern.
- 4) Gastarbeiter aus dem Subsahara-Afrika stellen die Mehrheit der christlichen Bevölkerung in Libyen. Sie stehen weiterhin in Gefahr, Ziel von Angriffen lokaler religiös motivierter Milizen zu werden und auch von Einheimischen, die (weil oft arbeitslos) einen Sündenbock zum Abregieren ihrer Enttäuschungen suchen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 11: Jemen

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016 nimmt Jemen mit einer Wertung von 78 Punkten – das sind 5 Punkte mehr als im letzten Jahr – Platz 11 ein. Der Druck, den Christen im Jemen erleben, ist vergleichbar mit dem in Saudi-Arabien und ist besonders durch den Bürgerkrieg im Land und den wachsenden Einfluss extremistischer Muslime weiter angestiegen. In den Gebieten, in denen vom saudischen Bündnis geführte Truppen dominieren, werden die Christen vor Ort oft von extremistischen Sunniten angegriffen.



Triebkräfte der Verfolgung

Im Jemen sind mehrere Triebkräfte der Verfolgung wirksam: „Islamischer Extremismus“ und „Exklusives Stammesdenken“ (vermischt mit Islamischem Extremismus) sind die Haupttriebkräfte, in geringerem Maß kommt noch „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ dazu.

- **Islamischer Extremismus:** Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und bestimmt die Scharia als Rechtsgrundlage. Für Ausländer herrscht ein gewisses Maß an Religionsfreiheit, die Weitergabe des Evangeliums ist jedoch verboten. Mehrere

Gastarbeiter wurden wegen christlicher Aktivitäten des Landes verwiesen. Muslimen ist es verboten, zu einem anderen Glauben überzutreten; Jemeniten, die den Islam verlassen, droht die Todesstrafe. Alle wichtigen religiösen Autoritäten im Land befürworten den Erhalt der islamischen Identität des Landes und sprechen sich gegen jeden Versuch aus, dies zu ändern. Die extremistischeren unter den Leitern regen sogar Gewalt gegen Christen an.

- **Exklusives Stammesdenken:** Das Stammesdenken hat im Jemen weiterhin hohe Bedeutung; die Regierung spielt neben dem traditionellen System nur eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend gibt es im Jemen viele Gebiete, in denen Stammesälteste auf der Grundlage ihrer islamischen Traditionen Gesetze erlassen und Recht sprechen – ungeachtet dessen, was die Verfassung des Landes oder die Regierung sagen. Die Regierung mischt sich nicht einmal dann in Konflikte zwischen den Stämmen ein, wenn Menschen dabei verletzt oder gefangen genommen werden. Stammesgesetze und -bräuche verbieten Stammesmitgliedern, den Stamm zu verlassen. Frauen dürfen nicht außerhalb des Stammes heiraten. Verstöße gegen diese Regeln können mit Tod oder Verbannung bestraft werden. Ein politischer Beobachter fasst die Situation folgendermaßen zusammen: „Der Islam ist die übergreifende Identität aller Stämme im Jemen und es ist der Stamm, der oft die ‚ausgleichende‘ Gerechtigkeit für diejenigen durchführt, die den Islam verlassen wollen.“
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Diese Triebkraft versucht, ein Klima der Straflosigkeit, der Anarchie und Korruption als Mittel zur Selbstbereicherung zu schaffen. Ausländische Christen im Jemen sind durch diese kriminellen Machenschaften gefährdet. Bei Entführungen mit Lösegeldforderungen spielt neben dem Glauben die vermutete Vermögenslage der betroffenen Christen eine Rolle. In dem derzeitigen Chaos und der Gesetzlosigkeit des Bürgerkrieges hat diese Triebkraft nun mehr Raum zur Entfaltung.

Aktuelle Einflüsse

Der Jemen ist ein relativ junges Land: Der traditionelle Nord-Jemen und der kommunistische Süd-Jemen wurden 1990 nach Jahren der Kämpfe vereinigt. Jedoch ist die Unabhängigkeitsbewegung im Süden weiterhin stark. Seit der Absetzung des früheren Präsidenten Ali Abdullah Saleh im Jahr 2012 gab es im Jemen politische Unruhen und vereinzelt Gewalt. In dem Machtvakuum kämpfen mehrere Gruppen – darunter Al Kaida nahestehende Gruppen – um die Herrschaft über einzelne Gebiete. Im September 2014 arteten Proteste der schiitischen Rebellengruppe der Huthis in Kämpfe mit rivalisierenden Kräften aus, unter anderem mit der bedeutendsten sunnitisch-islamistischen Partei Jemens. Letzten Endes besetzten die Huthis den Flughafen der jemenitischen Hauptstadt Sanaa sowie bedeutende Ministerien und erreichten die Vorherrschaft über den Norden des Landes. Im März 2015 zwangen sie Präsident Abd Rabbuh Mansour Hadi und seine Regierung ins Exil nach Saudi-Arabien. Im Juli 2015 gewannen regierungstreue Truppen und Milizen aus dem Süden die Kontrolle über Aden zurück, unterstützt von Truppen und Luftangriffen der saudisch-geführten Koalition, die bereits im März aktiv wurde. Inzwischen scheint der Einfluss von Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) weiter zu wachsen; erst kürzlich hat sie ihre Herrschaft über Gebiete im südlichen Jemen ausgebaut. Dem „Islamischen Staat“ (IS) nahestehende Gruppen sind ebenfalls in dem vom

Krieg zerrissenen Land vertreten und haben im März damit begonnen, sowohl schiitische als auch mit der Regierung in Verbindung stehende Ziele anzugreifen. Laut Al Monitor wird der IS „inmitten des sich ausbreitenden Extremismus infolge des Konflikts zwischen den Huthis und der Zentralregierung der Hauptgegner sowohl der Huthis als auch von AQAP werden“. Unterdessen kämpft der Jemen mit einer schlimmen humanitären Krise. Ungefähr 80 Prozent der Bevölkerung in diesem ärmsten Land auf der Arabischen Halbinsel sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Fast die Hälfte der Bevölkerung – ca. 13 Millionen Menschen – hat keine gesicherte Lebensmittelversorgung und 54 Prozent leben unter der offiziellen Armutsgrenze. Nach Zahlen von UNICEF leiden 1,2 Millionen Kinder im Jemen „unter akuter Mangelernährung und 500.000 sind ernstlich unterernährt, wodurch die Hungerkrise im Jemen eine der schlimmsten auf der ganzen Welt ist“.

Betroffene Kategorien von Christen

In Jemen gibt es zwei Kategorien von Christen, die beide von der Verfolgung betroffen sind:

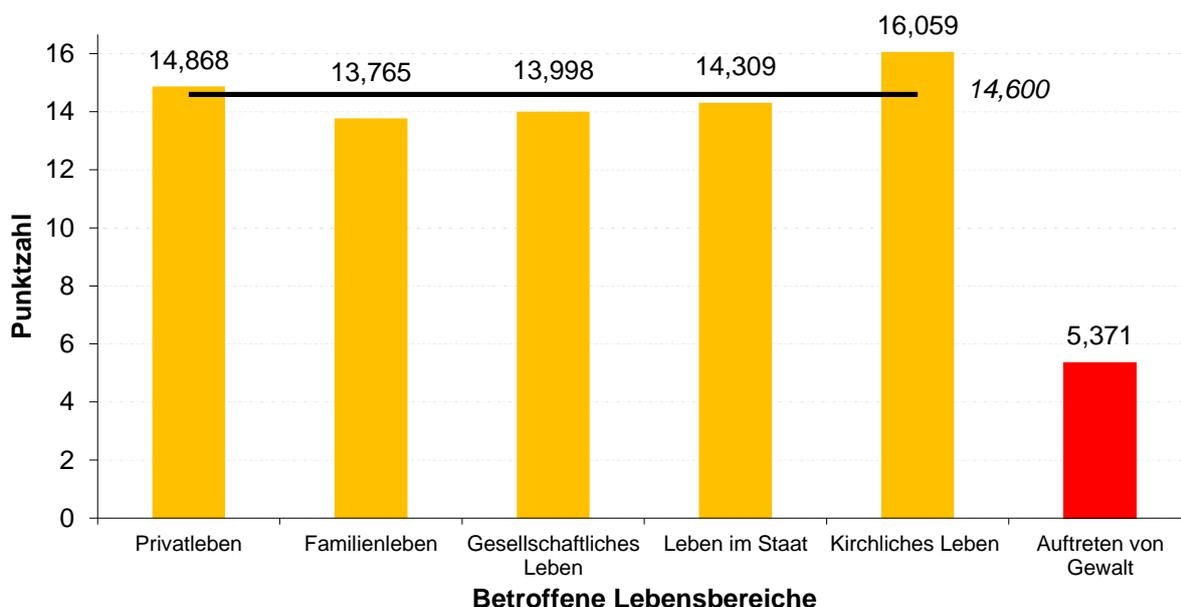
- **Ausländische oder eingewanderte Christen:** Die meisten Christen im Jemen sind ausländische Gastarbeiter (aus Nordafrika, dem Westen, Süd- und Ostasien und arabischen Ländern) oder Flüchtlinge (hauptsächlich Äthiopier). Fast alle Christen sind römisch-katholisch oder Anglikaner (einige der äthiopischen Flüchtlinge gehören zur orthodoxen Kirche). Eine große Anzahl vor allem westlicher Ausländer hat das Land aus Sicherheitsgründen verlassen – ein Ergebnis des Bürgerkrieges.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** Christen muslimischen Hintergrunds erleiden schwere Verfolgung und müssen ihren Glauben im Grunde im Verborgenen leben. Die Verfolgung geht von Behörden (bis hin zur Inhaftierung), der Familie und extremistischen islamischen Gruppen aus, die „Abtrünnige“ mit dem Tod bedrohen, wenn sie nicht zum Islam zurückkehren. Die Zahl der einheimischen Christen muslimischen Hintergrunds wird auf nur einige Hundert geschätzt.

Alle Christen im Land erleben sehr starke Verfolgung durch den Islam. Da die meisten Christen Ausländer sind, sind sie der Verfolgung besonders ausgesetzt, weil sie nicht nur keine Muslime sind, sondern dazu oft noch als Eindringlinge in die Identität des Landes und der Stämme angesehen werden. AQAP ist im Jemen sehr aktiv und stellt eine existenzielle Bedrohung für jeden Christen dar, der im Land lebt. Vielfach hat die Gruppe Christen angegriffen, entführt und getötet.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Jemen zeigt die Bewertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Exklusivem Stammesdenken). Die durchschnittliche Punktzahl der ersten fünf Bereiche (14,600), die den Druck auf die Christen aufzeigt, ist höher als im letzten Jahr (14,095). Die Wertung für das Auftreten von Gewalt ist erheblich höher, sie ist von 2,037 (WVI 2015) auf 5,371 gestiegen. Dieser Anstieg verweist auf eine unberechenbare Verfolgungssituation, entsprechend den aktuell chaotischen und anarchistischen Zuständen durch den Bürgerkrieg im Jemen. Wie das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt, sind besonders die Punktzahlen für den Druck im „Privatleben“ und „kirchlichen Leben“ sehr hoch. Christen muslimischen Hintergrunds sind am stärksten betroffen, doch das Leben ist für alle Christen schwierig.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen muslimischen Hintergrunds können ihren Glauben nicht offen leben. Wenn sie in ihrer Umgebung auch nur den kleinsten Verdacht erregen, Christen zu sein, kann dies ernsthafte Konsequenzen nach sich ziehen. Ausländische Christen haben – relativ gesehen – mehr Freiheit, ihren Glauben im Privaten zu leben; allerdings ist es mittlerweile auch im privaten Bereich riskant geworden, Gottesdienst zu feiern, wenn man in einem Gebiet lebt, das von extremistischen Muslimen kontrolliert wird. Große Teile des Landes werden von Al Kaida kontrolliert.
- Familienleben:** Alle Jemeniten gelten als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn eines der Familienmitglieder den Islam verlässt. Christen muslimischen Hintergrunds laufen Gefahr, einem sogenannten „Ehrenmord“ zum Opfer zu fallen und körperlich misshandelt zu werden, wenn ihre Familien oder Gemeinschaften ihren Glauben entdecken. Im Jemen können öffentlich keine christlichen Hochzeiten gefeiert werden und Christen muslimischen Hintergrunds müssen nach islamischen Bräuchen heiraten. Sie können ihre Kinder nicht als Christen registrieren lassen. In der Schule sind Kinder von diesen Christen dazu verpflichtet, am Islamunterricht teilzunehmen. Im Falle einer Scheidung wird Christen mit großer Wahrscheinlichkeit das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen, wenn andere Familienmitglieder Muslime sind.
- Gesellschaftliches Leben:** Uneingeschränkt alle Christen sind von der islamischen Gesellschaft des Jemen bedroht, besonders durch AQAP. Dies hält die Christen natürlich davon ab, ihren Glauben in irgendeiner Weise öffentlich bekannt zu machen. Da Konversion offiziell als illegal angesehen wird, werden Christen muslimischen Hintergrunds von der lokalen islamischen Gemeinschaft dazu gezwungen, ihren

Glaubenswechsel bei den Behörden zu melden. Christinnen muslimischer Herkunft werden weiterhin als Muslimas angesehen und von ihnen wird erwartet, dass sie den Schleier tragen. Sie stehen außerdem in Gefahr, zwangsverheiratet oder unter Hausarrest gestellt zu werden, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Auch für ausländische Frauen kann es negative Konsequenzen haben, wenn sie nicht verschleiert sind; besonders in kleineren Städten kann dies zu Belästigungen führen.

- **Leben im Staat:** Der Islam und die staatliche Gesetzgebung verbieten den Übertritt vom muslimischen zum christlichen Glauben. Christen muslimischer Herkunft droht sogar die Todesstrafe (auch wenn sie im Allgemeinen nicht vollstreckt wird), wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges hatten ausländische und eingewanderte Christen Problemen im staatlichen Bereich, wenn sie aktiv daran beteiligt waren, Muslimen das Evangelium weiterzugeben. Dies konnte zu Verhaftung und Ausweisung führen. Da die Behörden ihre Aufmerksamkeit während des vergangenen Jahres jedoch vor allem den politischen Ereignissen gewidmet haben, ging die Unterdrückung vor allem von islamischen Extremisten aus, die in größerer Freiheit agieren konnten. Diese islamistischen Bewegungen haben die Lage im Land unsicher und instabil gemacht. Es wird angenommen, dass Christen (auch ausländische) unter Überwachung durch extremistische Muslime stehen und zu einem besonderen Ziel für die islamistischen Gruppierungen werden können. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Gegenwärtig leiden Christen vor allem unter der Gesetzlosigkeit im Land und unter schiitischen Kämpfern oder Al Kaida angehörenden Gruppen, die große Teile des Landes beherrschen.
- **Kirchliches Leben:** In der Stadt Aden gab es vier offizielle Kirchen für ausländische Christen und äthiopische Flüchtlinge, doch diese wurden zu großen Teilen im Bürgerkrieg zerstört. Es gibt dort keine funktionsfähige Kirche mehr und ansonsten sind Kirchen im Jemen grundsätzlich verboten. Daher treffen sich eingewanderte Christen meist in Privatwohnungen zum Gottesdienst. Christen muslimischen Hintergrunds ist es nicht erlaubt, ihre eigenen Versammlungen abzuhalten, weshalb sie an geheimen Orten zusammenkommen. Muslime zu evangelisieren, ist illegal; biblische Schulungen, die Publikation und der Import von Bibeln und anderer christlicher Literatur in arabischer Sprache sind nahezu unmöglich.
- **Auftreten von Gewalt:** Gezielte Gewalt gegen christliche Konvertiten ging von der Familie und sunnitischen sowie – zu einem geringen Anteil – schiitischen Extremisten aus. Zwei einheimische Christen wurden aus Glaubensgründen getötet. Einige Christen muslimischen Hintergrunds mussten sich verstecken oder sogar aus dem Land fliehen. Mindestens drei Kirchen wurden durch Bomben oder anderweitig im Bürgerkrieg beschädigt. Es ist schwer zu unterscheiden, in welchem Ausmaß die Zerstörungen Kollateralschäden des Bürgerkrieges oder tatsächlich religiös motiviert sind. Jedenfalls ist bekannt, dass Kirchen auf der Arabischen Halbinsel, der Wiege des Islam, von vielen Menschen nicht gern gesehen sind. Verschiedene islamische Geistliche vor Ort haben zur Zerstörung der Kirchen in der Region aufgerufen. Im September legten maskierte Kämpfer in der römisch-katholischen St.-Joseph-Kirche in Aden Feuer, woraufhin die Kirche vollständig ausbrannte. Einem Sicherheitsbeamten zufolge könnten die Täter Al-

Kaida-Dschihadisten sein. Die Kirche war trotz des Bürgerkrieges offen geblieben. Im Dezember 2015 (außerhalb des Berichtszeitraums) wurde eine katholische Kirche in Aden schwer beschädigt, nachdem Kämpfer im Innenraum Sprengstoff gezündet hatten, was vermutlich vorsätzlich geschah. Die Kirche war bereits beschädigt gewesen und nicht mehr in Betrieb, nachdem sie bei einem Luftangriff von der saudisch-geführten Koalition im Mai 2015 getroffen worden war.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Der Bürgerkrieg im Jemen hat zu einem erhöhten Maß an Gewalt und Gesetzlosigkeit geführt, wodurch wiederum die Unterdrückung von Minderheiten, zu denen die Christen gehören, zugenommen hat. Nach Aussage des Leiters einer Nichtregierungsorganisation, die im Land tätig ist, werden in den Gebieten, in denen saudisch-geführte Bündnistruppen dominieren, die Christen vor Ort oft von extremistischen Sunniten angegriffen. Ebenso werden bekannte christliche Gebäude zur Zielscheibe, unter ihnen Einrichtungen, in denen Christen oder Ausländer aus christlich geprägten Staaten arbeiten – d. h. Gebäude, die von Christen erbaut oder unterhalten werden. Dies weist in die gleiche Richtung wie der Hinweis, den Beobachter in einem Artikel der Economist Intelligence Unit (EIU) der Zeitschrift „The Independent“ gegeben haben: „dass Saudi-Arabien zugunsten von AQAP zumindest ein Auge zudrückt, was den Handel vom Golf nach Mukalla betrifft“. AQAP, die von den Vereinigten Staaten als gefährlichster Ableger von Al Kaida bezeichnet wird, unterminiert die nationale Sicherheit und die Wirtschaft. Unlängst hat sie ihre Gebietsherrschaft im südlichen Jemen ausgeweitet. Dem IS nahestehende Gruppen sind ebenfalls in dem vom Krieg zerrissenen Land vertreten und haben im März damit begonnen, sowohl schiitische als auch mit der Regierung in Verbindung stehende Ziele anzugreifen. Laut Al Monitor „stärkt die wachsende Gewalt den IS und bringt ihn auf einen direkten Kollisionskurs, um AQAP als Fahnenträger des ‚Heiligen Krieges‘ zu verdrängen. Beide Gruppen wollen die politische und religiöse Instabilität für ihre Zwecke nutzen.“

Da sich der IS noch in einer Vorbereitungs- und Mobilisierungsphase befindet, sind bewaffnete Zusammenstöße zwischen den beiden islamistischen Gruppen zurzeit noch nicht wahrscheinlich. Dennoch schmälert ihr wachsender Einfluss die Friedenschancen und lässt ein Andauern der Instabilität vermuten – sogar wenn der Streit mit den Huthis gelöst würde. Die EIU gibt folgende Einschätzung: „Je länger sich dieser zentrale Konflikt hinzieht und dem Konflikt mit AQAP und anderen Dschihadisten keine Priorität eingeräumt wird, desto größer wird das Risiko, dass der Jemen in eine längerfristige Phase der Zersplitterung eintritt, ähnlich wie in Syrien oder Libyen.“

Dass Islamisten die Verfolgung im Jemen stark vorantreiben, verheißt nichts Gutes für die Situation der einheimischen und ausländischen Christen und die Religionsfreiheit im Jemen. Die Situation ist besonders heikel für die kleine einheimische Gemeinde, die hauptsächlich aus Christen muslimischen Hintergrunds besteht und durch den Weggang ausländischer Christen noch geschwächt wird. Andererseits wird berichtet, dass sich mehr Muslime als je zuvor Jesus Christus zuwenden.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 12: Nigeria

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 78 Punkten belegt Nigeria Platz 12 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2015, als Nigeria Rang 10 belegte. Die Trends, die sich bereits im letzten Jahr abzeichneten, haben sich im Berichtszeitraum fortgesetzt. So ist die Situation der Christen in den nördlichen Provinzen weiterhin sehr schwierig, denn das Ausmaß an Gewalt und Druck gegen Christen ist nach wie vor sehr hoch. Unter dem seit Juli 2015 amtierenden Präsidenten Buhari konnte die Armee etwas von dem Gebiet zurückgewinnen, das Boko Haram (eine islamisch-extremistische Gruppe, die der Global Terrorism Index als „tödlichste Terrorgruppe der Welt“ bezeichnet) eingenommen hatte. Dennoch führte die Gruppe ihre extrem gewalttätigen Angriffe unvermindert und in großem Umfang fort.



Doch nicht allein die Gewalt von Boko Haram gegen Christen ist für die hohe Wertung Nigerias verantwortlich, sondern auch die Gewalt, die von muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten ausgeht, sowie der steigende Druck aufgrund der Wahlen 2015. Zudem wird das Leben vieler Christen durch die islamische Gesetzgebung, die in den zwölf nördlichen Scharia-Staaten gilt, beeinträchtigt. Das ganze Ausmaß an Gewalt führte dazu, dass einer sehr große Anzahl von Christen zu Flüchtlingen im eigenen Land wurde.

Triebkräfte der Verfolgung

„Islamischer Extremismus“ ist in Nigeria die wesentliche Triebkraft für Verfolgung, allerdings tragen auch „Exklusives Stammesdenken“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ zur Verfolgung bei.

- **Islamischer Extremismus:** Die Verfolgung von Christen in Nordnigeria wird meistens mit Boko Haram in Verbindung gebracht. Das Verfolgungsmuster insgesamt ist jedoch viel komplexer und darf nicht auf gewaltsame Übergriffe und Ermordungen von Christen (und gemäßigten Muslimen) seitens militanter islamistischer Gruppen reduziert werden. Das trifft besonders auf die 12 nördlichen Scharia-Staaten zu, in denen lokale Behörden und die Gesellschaft den Christen kaum Raum zum Leben lassen.

Die 1980 während der gewaltsamen Unruhen in Maitatsine begonnene Entwicklung hat sich 2001 mit der Einführung der Scharia fortgesetzt. Die Christen wurden mehr und mehr Ziel gewalttätiger Übergriffe von Dschihadisten. Davon angetrieben hat Boko Haram in den letzten Jahren einen systematischen Kampf gegen den nigerianischen Staat geführt, Ideologie, Rhetorik und Handlungen waren dabei spezifisch gegen Christen gerichtet. Ihr Ziel war und ist, einen islamischen Staat zu errichten. Mit der für den extremistischen Islam typischen Rhetorik und unter brutaler Gewaltanwendung hat Boko Haram im August 2014 in

Gwoza (Bundesstaat Borno) ein Kalifat ausgerufen. Die Ausweitung des Kalifats wurde zwar von Regierungstruppen gestoppt, doch haben noch immer Tausende (besonders Christen) unter der Gewalt von Boko Haram zu leiden. Dadurch wächst in der ganzen Region, wenn nicht sogar im ganzen Land, das gegenseitige Misstrauen zwischen Christen und Muslimen.

Andere islamische Angreifer, die übereinstimmend als Hausa-Fulani Viehhirten identifiziert wurden, verüben grausame Überfälle auf Dörfer, bei denen ebenfalls viele Unschuldige – auch Frauen und Kinder – misshandelt und getötet werden. Ein nigerianischer Feldforscher berichtet von Bestrebungen der Regierungen in Benue, Kaduna, Nasarawa und Taraba, Weideplätze für die Hausa-Fulani auszuweisen. Damit würden den einheimischen Christen beträchtliche Ländereien genommen, viele christliche Kommunen würden ihrer Häuser und Felder beraubt werden.

- **Exklusives Stammesdenken:** Berichten zufolge erleiden Christen mit animistischem Hintergrund im Osten des Landes Verfolgung und damit auch die Gemeinden, denen sie angehören. Weitere Untersuchungen hierzu sind notwendig und für 2016 geplant.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Es gibt Belege, dass hinter Drohungen gegen die Kirchen Netzwerke des organisierten Verbrechens stehen, die Berichten zufolge überall im Land stark vertreten sind. Dieses Thema muss 2016 weiter erforscht werden.

Aktuelle Einflüsse

Während der Präsidentschaft des Christen Goodluck Jonathan kam es zu schweren Unruhen in Nigeria. Als Jonathan, Kandidat der damals bereits regierenden Demokratischen Partei, im April 2011 die Präsidentschaftswahlen gewann, löste dies angesichts seiner christlichen Konfession und seiner Abstammung aus dem Süden eine intensive Debatte aus. Aufgrund einer – wenn auch ungeschriebenen – Übereinkunft zwischen Muslimen und Christen, hätte nach Meinung der Muslime der neue Präsident ein Muslim sein müssen. Islamische Anführer und Aufständische schworen, dem christlichen Präsidenten das Regieren unmöglich zu machen, wobei Boko Haram als Jonathans offensichtlicher Gegner auftrat.

Im April 2012 gab Jonathan öffentlich bekannt, er werde Boko Haram in sechs Monaten „erledigen“, worauf die Erwiderung folgte, man werde ihn in drei Monaten vernichten und die Kontrolle übernehmen. Viele Christen befürchteten für das Jahr 2015 und die anstehenden Wahlen einen „Kampf der Titanen“ und die Lage war tatsächlich sehr angespannt.

Am 29. Mai 2015 wurde Muhammadu Buhari als Präsident vereidigt. In seiner Rede zum Amtsantritt versprach er, dem Land zu wachsendem Wohlstand zu verhelfen, sowie gegen Korruption und die Aufstandsbewegung Boko Haram vorzugehen, die er als „gottlose Gruppe ohne Verstand“ beschrieb, „die so weit weg vom Islam ist, wie man sich nur vorstellen kann“.

Trotz Buharis Vorhaben, die in den vergangenen Jahren für den Großteil der Gewalt gegen Christen verantwortliche Boko Haram zu bekämpfen, bereitet die wachsende Gewalt gegen Christen im zentralen Gürtel Nigerias weiterhin sehr große Sorge. Wie von Forschern des Weltverfolgungsindex berichtet, hat sich im zentralen Gürtel Nigerias im Schatten von Boko Haram eine Gewaltspirale entwickelt: Angriffe der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und Siedler haben mutmaßlich zum Tod tausender Christen und zur Zerstörung hunderter Kirchen und Gemeindegebäude geführt.

Nicht überall in Nigeria erleben Christen Verfolgung durch Islamischen Extremismus. Aus dem Blickpunkt „Gewalt gegen Christen“ kann Nigeria in verschiedene Gebiete eingeteilt werden:

- Der Norden (19 Staaten und das erweiterte Gebiet der Hauptstadt Abuja) ist überwiegend muslimisch, wobei die Christen in den Staaten im zentralen Gürtel des Landes in der Mehrheit sind. Große Teile des zentralen Gürtels wurden mittlerweile Teil der sogenannten „Scharia-Staaten“ des Nordens. In Nord-Kaduna beispielsweise ist die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch, in Süd-Kaduna christlich. Die Verwaltung von Kaduna ist allerdings überwiegend muslimisch.
- Der Süden (17 Staaten) ist überwiegend christlich, doch der Südwesten (Yoruba) hat eine große muslimische Bevölkerung.

Nigeria ist eines der komplexesten Länder des Kontinents. Die Verfolgung der Christen geht in einigen Staaten mit Kämpfen um Rohstoffe einher. Laut Berichten von Menschenrechtsaktivisten untersucht die Regierung nur selten Morde und Misshandlungen von Christen durch islamische Extremisten-Organisationen oder durch Einzeltäter. Damit vernachlässigt die Regierung ihre unter der UNHDR und ICCPR festgelegten internationalen Verpflichtungen. Hinzu kommt, dass Boko Haram vielen Berichten zufolge alles daran setzt, einen offenen Krieg zwischen Muslimen und Christen auszulösen.

Betroffene Kategorien von Christen

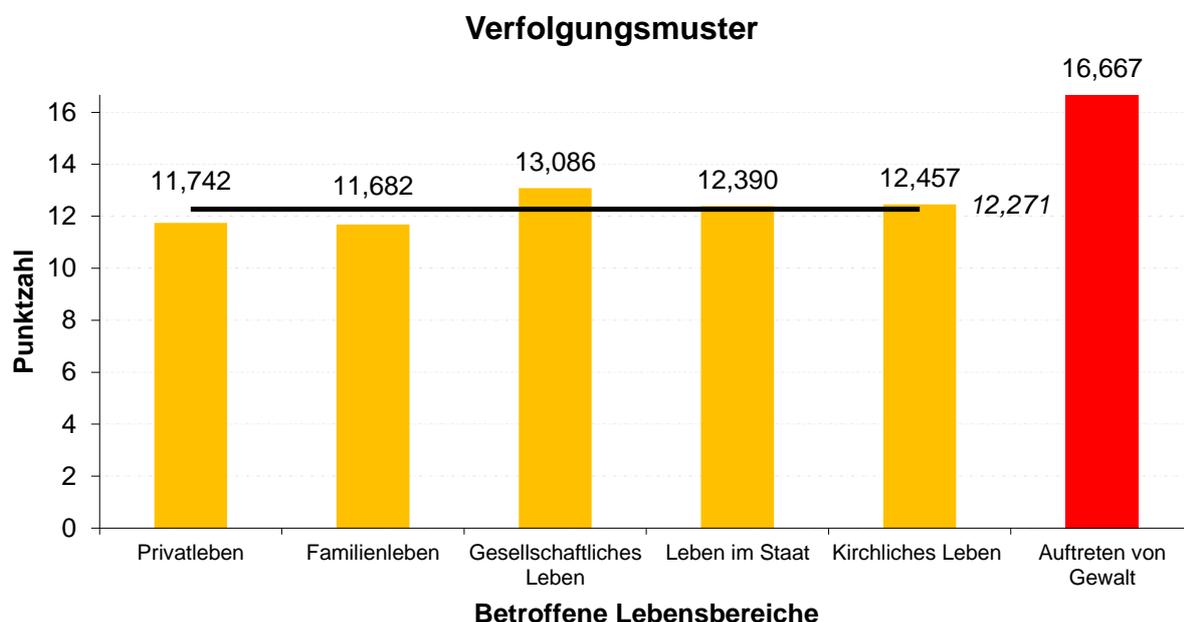
In Nigeria sind drei Kategorien von einheimischen Christen anzutreffen. (Ausländische oder zugewanderte Christen bleiben meist unter sich.) Die Verfolgung findet vor allem in vielen der nördlichen Staaten statt.

- **Christen aus historisch gewachsenen Kirchen:** Dazu gehören die Römisch-Katholische und die Protestantischen Kirchenmitglieder wie Anglikaner, Methodisten und Lutheraner. Aufgrund der Angriffe von Boko Haram war erwartet worden, dass die Anzahl der Christen abnimmt. Obwohl es zutrifft, dass die meisten der Getöteten, Vertriebenen und Geflohenen Christen sind, gibt es Anzeichen dafür, dass die christliche Bevölkerung dennoch gewachsen ist. So hat die Römisch-Katholische Kirche neue Diözesen gegründet und die Anzahl protestantischer Christen wächst nach Einschätzung eines externen Experten schneller als erwartet.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Besonders in den Scharia-Staaten ist eine Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben gefährlich und kann viele Nöte nach sich ziehen.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen:** Die Anzahl evangelikaler und protestantischer Gemeinschaften wächst. Sie machen mittlerweile gut 20 % der nigerianischen Gemeinde aus, Tendenz steigend. In vielen der nördlichen Staaten erleben sie die gleichen Härten wie andere Christen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Nigeria illustriert die Auswirkung des Islamischen Extremismus auf die einzelnen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der

fünf Bereiche liegt bei 12,271 Punkten und liegt damit ähnlich hoch wie im Vorjahr (12,249 Punkte). Im Bereich Gewalt weist Nigeria unverändert wie bereits im letzten die höchste Punktzahl auf (16,667), ein deutlicher Hinweis auf die Intensität der Verfolgungssituation. Der Grund, warum die Wertung für den generell herrschenden Druck in Verbindung mit der extrem hohen Wertung für Gewalt nicht noch höher ist, liegt an der speziellen Situation Nigerias: Ein Teil des Landes ist sehr stark von Verfolgung betroffen (der Teil, der überwiegend von Muslimen bewohnt wird), wohingegen der andere, überwiegend von Christen bewohnte, Landesteil überhaupt nicht beeinträchtigt ist. Wie im Verfolgungsmuster ersichtlich, wirkt sich der Druck auf alle Lebensbereiche gleichermaßen stark aus. Die Wertung im „Gesellschaftlichen Leben“ ist höher als in den anderen Lebensbereichen, da Christen von der sozialen Grundversorgung ausgeschlossen und auch in anderer Weise diskriminiert werden.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Besonders in den Staaten Bauchi, Gombe, Yobe und Borno werden immer mehr Christen unter Druck gesetzt, äußerliche Symbole ihres Glaubens oder auch die Bibel nicht offen zu zeigen. Im Gebiet Ganye und Jada sowie weiten Teilen von Borno und Yobe kleiden sich Christen mittlerweile sogar wie Muslime und verbergen christliche Gegenstände oder Schriften, um nicht gelyncht zu werden.
- **Familienleben:** Die Unterdrückung aus Glaubensgründen ist in den Scharia-Staaten besonders stark ausgeprägt, findet sich jedoch auch in den benachbarten Staaten. Sie beeinträchtigt das Familienleben und das gesellschaftliche Leben der Christen sehr stark. So dürfen sie ihre Verstorbenen nicht auf dem öffentlichen Friedhof beisetzen. Christliche Mädchen stehen ständig in Gefahr, entführt und zwangsverheiratet zu werden. Laut Open Doors Feldexperten haben einige der Scharia-Staaten sogar Organisationen gegründet, deren Auftrag in der Entführung und Zwangsbekehrung christlicher Mädchen besteht.

- **Gesellschaftliches Leben:** In staatlichen Schulen, besonders den Grund- und Mittelschulen, werden Kinder von Christen gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen. Christlichen Jugendlichen wird der Zugang zu weiterführenden Schulen oder Hochschuleinrichtungen verweigert, besonders wenn diese Einrichtungen einen hohen akademischen Standard haben, gut ausgestattet sind und über ausreichend Geldmittel verfügen. Christen werden in den Ausbildungseinrichtungen oft als Bürger zweiter Klasse betrachtet und dementsprechend behandelt. Christliche Kommunen werden von der Regierung meist links liegen gelassen. Häufig gibt es dort keinen Zugang zu Trinkwasser, keine guten Straßen und keine medizinische Versorgung. Christliche Dörfer in ländlichen Gebieten werden nur sehr selten für Modernisierungsprojekte in Betracht gezogen.
- **Leben im Staat:** Auf dem Arbeitsmarkt wird Christen trotz nachgewiesener Qualifikationen die Einstellung verweigert; anderen werden Arbeitsstellen unter der Bedingung angeboten, dass sie ihren christlichen Glauben verleugnen. In den zwölf Scharia-Staaten leben die Christen in ständiger Angst angesichts eines unberechenbaren Umfelds: Vertreter der örtlichen Behörden setzen sie immer wieder unter Druck, manchmal mit Hilfe der „Hisba“ (Scharia-Polizei) und Da’awa (islamische Missionare). In den sieben weiteren Nordstaaten ist der Druck etwas weniger ausgeprägt, doch in manchen herrscht eine stärkere Aktivität islamistischer Terrorgruppen. Führende Islamisten haben im Rahmen ihrer (politisch islamischen) Agenda für Nigeria das Ziel ausgegeben, das ganz Land im „Haus des Islam“ zusammenzuführen.
- **Kirchliches Leben:** Gemeinden haben erhebliche Schwierigkeiten, Christen muslimischer Herkunft offen zu integrieren. Es besteht immer die Gefahr, dadurch die Aufmerksamkeit der islamischen Kommune zu erregen, was zu Gewaltausbrüchen gegen alle Kirchen im gesamten Umkreis führen könnte. Open Doors Feldexperten berichten von vermehrten Übergriffen islamischer Extremisten auf Pastoren, um das Wachstum der Kirchen zu stoppen.
- **Auftreten von Gewalt:** Das Maß an Gewalt ist in Nigeria weiter sehr hoch. Zwei Beispiele: Am 2. Juli 2015 wurden 150 Zivilisten im nordöstlich gelegenen Staat Borno getötet. Zudem häufen sich die Berichte, dass einige der im April 2014 entführten christlichen Mädchen aus der Stadt Chibok jetzt von Boko Haram zu Gräueltaten gezwungen werden. So wurden am 24. Juni 2015 etwa 40 Menschen in Maiduguri durch zwei weibliche Selbstmordattentäterinnen getötet, von denen eine gerade 12 Jahre alt war.

Der von der Open Doors Forschergruppe des Weltverfolgungsindex im April 2015 veröffentlichte Bericht „Abwanderung und gewaltsame Konflikte in geteilten Gesellschaften: Gewalt gegen Christen im zentralen Gürtel Nigerias abseits von Boko Haram“, weist u.a. auf Erkenntnisse hin, dass die akribisch geplanten und systematischen Angriffe auf Christen im zentralen Gürtel ein Muster der ethnischen Säuberung vermuten lassen. Die Gewalt hat viele tausend Zivilisten vertrieben, vor allem einheimische christliche Bauern, tausende Menschen mussten dabei ihr Leben lassen. Hunderte christliche Gemeinden wurden angegriffen und zerstört. Ein weiterer Bericht der Forschergruppe vom November 2015 mit dem Titel

„Fallstudie der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Staat Taraba (2013 – 2015)“, beschäftigt sich speziell mit dem Konflikt im Staat Taraba. Darin wird ein massiver Feldzug zur Vertreibung indigener christlicher Farmer beschrieben (sie gehören Volkgruppen wie den Tiv, Juku, Kuteb, Chamba, Panso, Kaambu und Bandawa an), die in Städten und Dörfern des zentralen, nördlichen und südlichen Teils von Taraba leben. Der Bericht erwähnt auch, dass dieser gewaltsame Konflikt zeitgleich mit der Gewalt von Boko Haram stattfindet und deshalb weder lokal noch international Beachtung erhalten hat.

Als wichtig bleibt zu erwähnen, dass die zahlreichen Binnenvertreibungen häufig als Teil „ethnischer Säuberungen“ anzusehen sind (siehe auch Open Doors Bericht „Ethnische Säuberungen im zentralen Gürtel Nigerias“, veröffentlicht 2015), die definiert werden als „Vertreibung einer ‚unerwünschten‘ Bevölkerung eines unbestimmten Gebietes aufgrund religiöser oder ethnischer Diskriminierung, politischer, strategischer oder ideologischer Erwägungen oder als Kombination von beiden.“ Diese ethnischen Säuberungen kommen bisweilen einem Genozid bedenklich nahe.

Der Open Doors Bericht „Boko Haram und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Kinder im Nordosten Nigerias seit 1999“, der 2015 neu aufgelegt wurde, untersucht diese Form der Gewalt in Bezug auf das Aufkommen von Boko Haram seit 1999. Der Bericht beschreibt das Ausmaß der Gewalt, die Boko Haram gegen Frauen und Mädchen ausübt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

- 1) Die gegenwärtige Situation in Nigeria wirft dunkle Schatten auf die Zukunft des Landes. Der Namenswechsel von „Boko Haram“ zu „Islamischer Staat Westafrika“ (ISWA) wird deren Einfluss in der Region noch verstärken, womit die Kirche voraussichtlich unter noch gewaltsamerer Verfolgung zu leiden haben wird – in Nigeria und darüber hinaus. Präsident Buhari konnte im Kampf gegen Boko Haram bereits Teilerfolge erzielen, allerdings hat die Gruppe ihre Angriffe intensiviert und überfällt nun häufiger Nachbarländer wie Niger, den Tschad und Kamerun.
- 2) Im Norden Nigerias lebt eine hohe Anzahl von Binnenflüchtlingen, unter ihnen viele Christen, die entweder durch die Schreckensherrschaft von Boko Haram oder durch die brutalen Attacken der Hausa-Fulani Viehhirten (die von örtlichen Behörden gedeckt werden) vertrieben wurden. Viele erhalten keinerlei Unterstützung durch nationale oder internationale Hilfsorganisationen. Ihre Lage ist Ausdruck der Übermacht der Verfolger sowie der Schutzlosigkeit der Verfolgten in dieser Region und lädt wegen ausbleibender Strafverfolgung zu weiteren Übergriffen ein. Die Furcht der verfolgten Christen nimmt beständig zu. Diese Spirale der Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn die internationale Weltgemeinschaft mit Nothilfe und anderen Maßnahmen eingreift.
- 3) Während Präsident Buhari offensichtlich bemüht ist, die Bedrohung durch Boko Haram einzudämmen, dauert die Gewalt der muslimischen Hausa-Fulani Viehhirten und Siedler, die um die Kontrolle der zentralen Landesteile kämpfen, unverändert an. Es ist nicht zu erwarten, dass Buhari dieser Entwicklung etwas entgegensetzt, stammt er doch selbst von

den Hausa-Fulani aus dem nördlichen Nigeria ab. So trägt beispielsweise die Aufnahme islamischer Literatur in den Lehrplan der nigerianischen Schulen unter der Führung Buharis sehr effektiv zur Islamisierung des Landes bei. Diese Entwicklung verringert die Hoffnung, dass Buhari etwas hinsichtlich der Gewalt gegen Christen im zentralen Gürtel unternehmen wird.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 13: Malediven

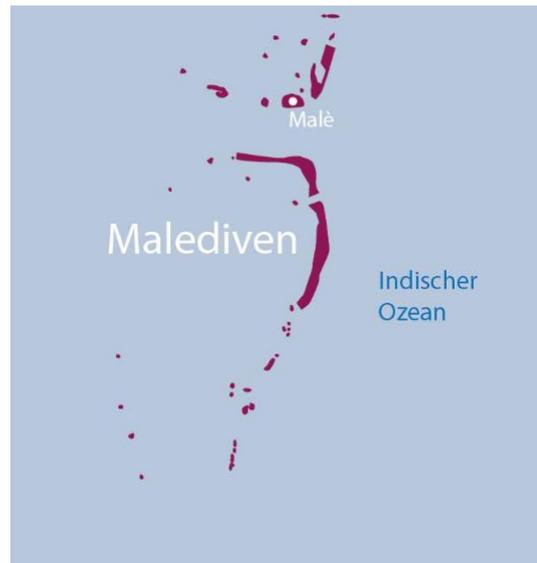
Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit 76 Punkten stehen die Malediven auf Platz 13 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im Jahr 2015 nahmen die Malediven mit 78 Punkten Rang 11 ein. Die niedrigere Punktzahl bedeutet jedoch keine Verbesserung der Situation der Christen. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich der Druck auf einem hohen Level einpegelt. Dieser Druck herrscht gleichermaßen in allen Lebensbereichen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die wesentliche Triebkraft der Christenverfolgung auf den Malediven ist „Islamischer Extremismus“, vermischt mit „Diktatorischer Paranoia“.

- **Islamischer Extremismus:** Die islamische Regierung betrachtet sich selbst weiterhin als Beschützerin des Islam und hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es einem Malediver grundsätzlich verbieten, sich vom Islam abzuwenden und zu einer anderen Religion überzutreten. Ein Malediver zu sein ist gleichbedeutend damit, ein Muslim zu sein – es gibt keinen Spielraum für irgendeine Abweichung. Ein Konvertit muss mit harten Konsequenzen bis hin zum Verlust der Staatsbürgerschaft rechnen. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen, nur im Land wohnende ausländische Christen. Die wachsende Islamisierung zeigte sich im Berichtszeitraum in den Bestrebungen des Parlaments im März 2015, die auf der Scharia basierenden Strafgesetze zu verschärfen, und eine islamische Nichtregierungsorganisation sogar den Umstand verurteilte, dass der Abfall vom Islam (Apostasie) nicht mit Steinigung bestraft würde. Ein Bericht von Amnesty International, der am 23. April 2015 veröffentlicht wurde, beschreibt die zunehmende Einschränkung der Bürgerrechte und vermerkt gleichzeitig eine erhöhte Anzahl „religiöser Vigilanten“. Dieser Befund unterstreicht auch, weshalb Christen sich so sorgfältig verbergen müssen. Diese Ergebnisse sind nicht wirklich überraschend, noch ist es die Reaktion der maledivischen Regierung. Sie beschuldigte Amnesty International sogleich einer Verschwörung mit der stärksten Oppositionspartei MDP mit dem Ziel, das Ansehen der Malediven zu schädigen. Am 16. Juni 2015 veröffentlichte das oberste Gericht der Malediven Richtlinien für die Menschenrechtskommission des Landes. Nach diesen Richtlinien verliert die Kommission ihre Unabhängigkeit und wird nach dem



Wahlausschuss bereits die zweite Kommission sein, die ihre Bedeutung verliert. Der Präsident und der Vizepräsident des Wahlausschusses verloren ihre Arbeit, als sie eine weitere Richtlinie des obersten Gerichts zu den Präsidentschaftswahlen kritisierten. Das zeigt nicht nur, dass alles, was als „un-islamisch“ angesehen wird, verboten wird, sondern auch, wie diese Triebkraft der Verfolgung mit **Diktatorischer Paranoia** vermenget ist. Die Menschenrechtskommission wurde einzig und allein dafür bestraft, dass sie ihre Arbeit tat, indem sie einen Bericht bei den Menschenrechtsschutzgremien der Vereinten Nationen einreichte. Gerade die für einen solchen Bericht erforderliche Unabhängigkeit wurde vom obersten Gericht des Landes bekämpft und brachte die Kommission unter die Kontrolle des Außenministeriums und des Präsidentschaftsamt. In einem Bericht vom 18. Mai 2015 veröffentlichten die maledivische Nichtregierungsorganisation „Maledivische Demokratie-Netzwerk (MDN)“ eine Studie über maledivische Schulbücher, Predigten und andere veröffentlichte islamische Materialien. Diese würden „Hass und islamischen Extremismus verbreiten“. Der Bericht, welcher der erste seiner Art ist, untersuchte maledivische Lehrbücher für die Grundschule und die Sekundarstufe auf die Häufigkeit extremistischer Erzählungen im regulären akademischen Diskurs. Es wurde festgestellt, dass die Schulbücher Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit förderten und den Dschihad bzw. den Krieg gegen die Feinde des Islam verherrlichten. Alle maledivischen Schüler müssen von der ersten bis zur zwölften Klasse den Islamunterricht als eines der vier Pflichtfächer neben der Landessprache Dhivehi, Englisch und Mathematik besuchen. Lehrbücher für Islamwissenschaft werden von Spezialisten im Bildungsministerium erstellt und müssen vom Ministerium für islamische Angelegenheiten genehmigt werden. Die Regierung möchte verhindern, dass viele Malediver in den Nahen Osten gehen, um dort im Bürgerkrieg zu kämpfen. Im Januar 2015 berichtete die Polizei, dass über 50 Personen das Land verlassen hätten, während die Opposition von rund 200 Menschen sprach – in jedem Fall eine erstaunliche Anzahl, gemessen an der Größe des Landes.

Aktuelle Einflüsse

Die Malediven sind immer noch ein Land, das in zwei Welten lebt. Einerseits gelten sie weltweit als paradiesisches Urlaubsziel, andererseits folgt das Land einer strengen Form des Islam und hat mit Unruhen und vielfältigen politischen Herausforderungen zu kämpfen. Letzteres wurde durch mehrere Vorfälle im vorliegenden Berichtszeitraum ersichtlich. Am 22. Februar 2015 wurde der ehemalige Präsident und Oppositionsführer Mohammed Nasheed verhaftet und terroristischer Umtriebe angeklagt. Darin zeigte sich, dass sich die derzeitige, konservativ islamistische Regierung nicht zu sehr um ihr internationales Ansehen sorgt, sondern vielmehr darum, ihrer Auffassung vom Islam treu zu bleiben. Dementsprechend wurde Nasheed überraschenderweise nicht einmal einen Monat später, am 13. März 2015, zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, ohne dass er eine faire Gerichtsverhandlung bekommen hätte. Als Antwort darauf fand am 1. Mai 2015 einer der größten Proteste gegen die Regierung statt, die es je im Land gegeben hatte, mit schätzungsweise 20.000 Teilnehmern. Es wollten noch viel mehr kommen, aber sie wurden von staatlicher Seite daran gehindert, mit Booten in die Hauptstadt Malé zu reisen. Andere Teilnehmer wurden später von ihren Arbeitgebern entlassen, zudem wurden namhafte Persönlichkeiten aus den drei Oppositionsparteien festgenommen. Gegen Ende des Berichtszeitraums, am 28. September 2015, gab es eine Explosion auf dem Boot des Präsidenten, als er von der Hadsch (Pilgerreise nach Mekka) zurückkam. Seine

Ehefrau und mehrere Berater erlitten Verletzungen. Während zuerst von einem Unfall oder einem technischen Fehler die Rede war, vermuten die Behörden nun einen geplanten Anschlag. Gemäß einer Meldung der BBC vom 24. Oktober 2015 wurde nach der Entlassung des Verteidigungsministers ein paar Tage zuvor der Vizepräsident, Abdullah Ahdeeb, ebenfalls verhaftet.

Gemäß amtlichen Zahlen der Einwanderungsbehörde vom Juni 2015 leben auf den Malediven 124.000 Gastarbeiter, die meisten von ihnen im Tourismussektor. Im Vergleich zur Anzahl der maledivischen Einwohner, die aktuell auf 370.000 geschätzt wird, ist die Zahl der Gastarbeiter überraschend hoch. Noch erstaunlicher ist die Schätzung der lokalen Nichtregierungsorganisation Transparency Maldives, die sogar von einer Zahl um die 200.000 Gastarbeiter ausgeht. Angesichts dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass Menschenhandel (die illegale Einschleusung von Gastarbeitern) nach dem Tourismusgeschäft den zweitlukrativsten wirtschaftlichen Sektor darstellt, laut amtlichen Zahlen der Regierung von 2011. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass der Mangel an Religionsfreiheit im Land nicht nur die sehr geringe Zahl einheimischer Christen betrifft, sondern auch für andere Christen gilt, und zwar für die Christen unter den Gastarbeitern. Des Weiteren verweisen die Zahlen auf gesellschaftliche Probleme, denen die Malediven gegenüberstehen (siehe 6. Ausblick).

Betroffene Kategorien von Christen

Auf den Malediven gibt es zwei Kategorien von Christen, die beide Verfolgung erleben:

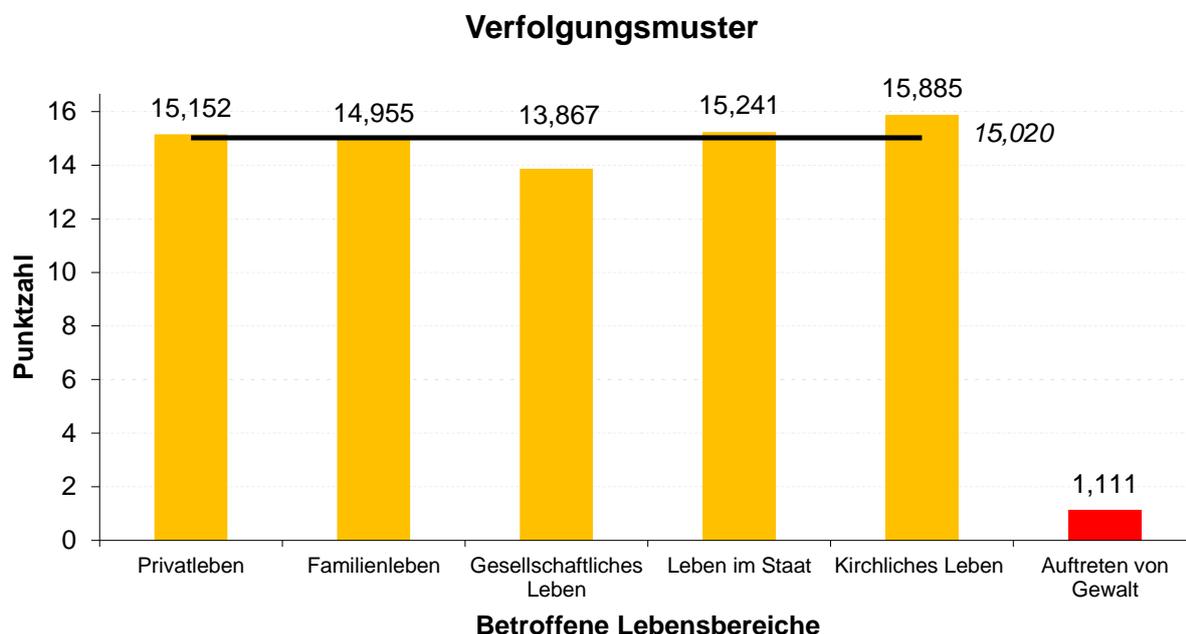
- **Dauerhaft im Land lebende ausländische Christen oder christliche Gastarbeiter**, oft aus Indien oder Sri Lanka. Den meisten von ihnen ist es erlaubt, Gottesdienste zu feiern; vorausgesetzt, sie bleiben nur unter sich. Diese Gemeinschaften werden genau beobachtet.
- **Konvertiten mit muslimischem Hintergrund** erfahren bei Weitem die stärkste Verfolgung, während sie offiziell im Land gar nicht existieren: Jeder Malediver muss ein Muslim sein – und jeder, der davon abweicht, verliert seine Staatsbürgerschaft.

Die christliche Gemeinde der Malediven ist strikt getrennt, ausländische Christen und einheimische Konvertiten haben keine Berührungspunkte miteinander.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für die Malediven zeigt die Bewertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Die durchschnittliche Punktzahl der fünf Lebensbereiche (15,020), die den Druck auf die Christen zeigt, ist mit der Wertung im letzten Jahr vergleichbar (15,249). Die Wertung für den Bereich der „Gewalt“ ist geringfügig niedriger als zuvor: 1,111 zu 1,482 (WVI 2015). Dies weist darauf hin, dass sich der starke Druck auf Christen nicht durch vermehrte Gewalt äußert. Konvertiten sorgen sich am meisten darum und verwenden allergrößte Anstrengungen darauf, ihren Glauben geheim zu halten. Wie das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt, ist die Verfolgung in den Bereichen des „Privat- und Familienlebens“, des „Lebens im Staat“ und des „Kirchlichen Lebens“ am stärksten. Auf Christen muslimischer Herkunft wird besonders im „privaten und familiären Bereich“ heftiger Druck vonseiten des sozialen Umfelds ausgeübt. Der Druck auf Christen in allen Lebensbereichen wird sowohl von der

besonderen maledivischen Vorstellung, dass jeder Bürger ein Muslim sein muss, sowie von der wachsenden Paranoia der Regierung befeuert.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen muslimischen Hintergrunds müssen stets äußerste Vorsicht walten lassen, um ihren Glauben so gut es geht zu verbergen. Bibeln und andere christliche Materialien müssen sorgfältig versteckt werden und können von den Konvertiten nur heimlich gelesen werden, weil ihre Familien dies niemals akzeptieren würden und der Besitz christlicher Materialien mit Gefängnis bestraft werden kann. Selbst für eingewanderte Christen ist es gefährlich, christliches Material in ihrem Besitz zu haben – das ist besonders dann verdächtig, wenn das Material in der einheimischen Dhivehi-Sprache verfasst ist oder in großen Mengen vorliegt. Die Behörden könnten dann vermuten, die Schriften würden zur Evangelisation von Einheimischen verwendet. Tatsächlich werden Immigranten und Einreisende dazu verpflichtet, beim Betreten des Landes alle nicht-muslimischen Materialien anzugeben. Für die Malediver selbst ist es noch riskanter. Unter diesen Umständen ist es eine besondere Herausforderung, sich mit anderen Christen zu treffen – sowohl die Christen selbst als auch die geheimen Zusammenkünfte werden dadurch gefährdet. Es gibt sogar Berichte, nach denen zwei Freunde beide an Jesus glaubten, aber aus Angst ihren Glauben voreinander geheim hielten.
- Familienleben:** Artikel 9(d) der Verfassung legt fest, dass ein Nicht-Muslim kein maledivischer Staatsbürger werden kann. Dementsprechend können Malediver, deren Konversion zum christlichen Glauben bekannt wird, ihre Staatsbürgerschaft verlieren sowie nach den Gesetzen der Scharia bestraft werden. Da jeder Malediver Muslim sein muss, ist die Registrierung für Konvertiten gänzlich ausgeschlossen. Ausländischen Christen ist es verboten, religiöse Handlungen (wie christliche Hochzeiten, Beerdigungen und Taufen) in der Öffentlichkeit abzuhalten. Kinder von Konvertiten sind gezwungen,

nicht-christliche Lehren zu lernen, während Kinder ausländischer Christen von der Teilnahme am Islamunterricht befreit sind. Wenn Konvertiten entdeckt werden, werden sie gegebenenfalls unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen, und verlieren sowohl das Sorgerecht für ihre Kinder als auch ihre Erbrechte. Darüber hinaus werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit von ihren Familien isoliert.

- **Gesellschaftliches Leben:** Die gesellschaftliche Kontrolle ist auf den Malediven extrem stark ausgeprägt, da die Bevölkerungsdichte eine der höchsten in der Welt ist, speziell in der Hauptstadt Malé. Christen muslimischer Herkunft haben praktisch kein Privatleben und in ihrem Bemühen, ihren Glauben zu verstecken, versuchen sie, sich von den vielen Menschen um sie herum möglichst nicht abzuheben. Dies schließt sowohl ihre Kleidung ein als auch Besuche in der örtlichen Moschee. Jeder Einheimische, der die Moschee nicht besucht, wird ausgefragt. Ausländische Christen haben mehr Freiheit, aber es gibt Zeiten, in denen sie sich ebenfalls der breiten Masse anpassen müssen, zum Beispiel während des Ramadan, in welchem sie in der Öffentlichkeit nichts trinken und essen dürfen.
- **Leben im Staat:** Die Verfassung und andere Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein. Die Verfassung bestimmt den sunnitischen Islam als die offizielle Staatsreligion – unter dem Verweis darauf, dass das Land zu „100 Prozent“ muslimisch sei. Die Regierungsbestimmungen basieren auf dem islamischen Recht. Eine der Vorschriften lautet: „Es ist illegal, irgendeine andere Religion außer dem Islam zu verbreiten.“ Strafen für Verstöße dagegen bewegen sich zwischen zwei und fünf Jahren Gefängnis oder Hausarrest, abhängig davon, wie schwerwiegend das Vergehen angesehen wird. Ist der Schuldige ein Ausländer, wird ihm seine Aufenthaltsgenehmigung entzogen oder er wird abgeschoben. Angesichts der Kontrolle, welche die Regierung seit April 2015 über die Medien im Land ausübt, ist es kein Wunder, dass die Berichterstattung über Christen verzerrt und immer negativ ist. Die Verzerrung in Schulbüchern wurde bereits unter den Triebkräften von Verfolgung im obenstehenden Abschnitt erwähnt.
- **Kirchliches Leben:** Für Malediver ist es bereits illegal, Christ zu werden, ganz zu schweigen davon, sich als Gemeinde zu versammeln. Ausländische Christen haben eine etwas größere Freiheit, solange sie ihren Glauben nur im Privaten leben. Es ist schon vorgekommen, dass öffentliche Versammlungen von Christen rigoros aufgelöst wurden. Ausländische Gemeinden werden überwacht aus Angst davor, dass sie die Einheimischen evangelisieren könnten. Nicht-islamische Materialien werden als Schmuggelware betrachtet und müssen laut Gesetz bei der Einreise ins Land am Zoll angegeben werden. Angesichts dessen ist es kein Wunder, dass christliches Material nicht importiert oder im Land selbst hergestellt werden kann. Die Schulung von Leitern ist ausgeschlossen und christliche Gemeinden dürfen keine Unterstützung von Christen aus dem Ausland erhalten.
- **Auftreten von Gewalt:** Auf den Malediven ging die Verfolgung noch nie mit sehr viel Gewalt einher. Manchmal wurden Christen zu Gefängnisstrafen verurteilt, wenn sich herausstellte, dass sie die Gesetze zum Schutz des Islam verletzt hätten. Abgesehen

davon haben einige Christen muslimischen Hintergrunds das Land verlassen, um der Verfolgung zu entgehen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Maledivische Jugendliche fühlen sich zunehmend „entrechtet und ausgeschlossen“ und „abgekoppelt vom gesellschaftlichen Gefüge“. Darauf weist ein Bericht der Weltbank hin, der im Februar 2015 herausgegeben wurde. Die zunehmende Globalisierung, Internetnutzung und wirtschaftliche Expansion haben „jungen Frauen und Männern die Welt draußen eröffnet und ihnen neue Ideen und Werte gegeben, wodurch ihnen stark bewusst geworden ist, wonach sie streben können“, heißt es in dem Bericht. „Bisher sehen sich beide, junge Frauen und Männer, den Fesseln einer begrenzten Insel-Wirtschaft sowie fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten und gemeinschaftlichem Engagement gegenüber und ringen mit starren Verhaltensnormen und zunehmend konservativen Werten sowie einem unzureichenden Bildungs- und Berufsbildungssystem, das sie nur schlecht auf die Situation am Arbeitsmarkt vorbereitet.“

Der Bericht folgert aus diesen Ergebnissen, dass vielen jungen Maledivern „der Eintritt ins Erwachsenenleben verweigert“ würde. Unter dem Titel „Jugendliche auf den Malediven: Durch Engagement und Mitwirkung eine neue Zukunft für junge Frauen und Männer gestalten“ wurde der Bericht mithilfe von Gesprächsgruppen und Umfragen erstellt, um dem „Mangel an Daten“ über junge Leute im Land zu begegnen. Physische Isolation, durchkreuzte Erwartungen, familiäre Zerrüttung und Bandenmitgliedschaft wurden als die hauptsächlichen Herausforderungen der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren aufgezeigt, und damit auch neue Einblicke auf das Problem der großen Jugendarbeitslosigkeit im Land gegeben. Ein anderes großes Problem unter maledivischen Jugendlichen ist Drogenabhängigkeit, welcher viele durch die Perspektivlosigkeit und den hohen gesellschaftlichen Druck, den auch die Jugendlichen erleben, zum Opfer fallen. Unglücklicherweise sind davon ebenfalls einige Christen betroffen. Verbindet man dies mit der erstaunlich hohen Zahl an Gastarbeitern, resultiert dies in einer gefährlichen Mischung, die zunehmende soziale Probleme verursacht. Dies könnte zu sozialen Unruhen führen, die zusammen mit der Paranoia der Regierung wiederum einen negativen Einfluss auf die Christen haben könnten.

Eine zweite Tendenz, die sich abzeichnet, hat mit den Auslandsbeziehungen zu tun. Traditionell hat das Land enge Verbindungen zum benachbarten Indien, doch infolge jüngster politischer Entwicklungen ist die Beziehung rasch abgekühlt. Auf der Suche nach neuen Verbündeten machte das Land am 28. Juli 2015 einen überraschenden Schritt. Als winzige Nation im Indischen Ozean, die sich dessen rühmt, als einzige in der südasiatischen Nachbarschaft nicht unter der Kolonialherrschaft europäischer Mächte gestanden zu haben, haben die Malediven nun in einem Schnellverfahren eine Verfassungsänderung zur Übertragung von Landeigentum an große ausländische Investoren durchgeführt. Diese Verfassungsänderung zielt auf chinesische Investoren ab und unterstreicht die Abhängigkeit des Landes vom internationalen Tourismus. Für die kleine christliche Minderheit wird es keinen großen Unterschied machen, ob Indien oder China der große Nachbar ist. Obwohl indische Gastarbeiter – langfristig gesehen – möglicherweise zusätzliche Herausforderungen zu meistern haben werden, wenn sie auf den Malediven arbeiten, was auch Christen betreffen würde. Da China die Religionsfreiheit im eigenen Land ebenfalls stark unterdrückt, können Christen keinerlei Hilfe oder auch nur Aufmerksamkeit von dieser Seite erwarten.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 14: Saudi-Arabien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Saudi Arabien hat mit 76 Punkten nur einen Punkt weniger als im Vorjahr und belegt Rang 14 auf dem Weltverfolgungsindex, zwei Ränge niedriger als die Position des vergangenen Jahres.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung in Saudi Arabien sind „Islamischer Extremismus“ (Haupttriebkraft) und in geringerem Ausmaß „Exklusives Stammesdenken“ (in Verbindung mit Islamischem Extremismus).



- **Islamischer Extremismus:** Das Wüstenkönigreich wird durch die Lehre des Wahhabismus definiert, einer puristischen und strengen Auslegung des Islam. Demnach dürfen andere Religionen ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Saudi-Arabien wacht über die heiligen islamischen Städte Mekka und Medina, welche die Geburts- und Begräbnisstätten von Mohammed, dem Propheten des Islam, sind. Im eigenen Land bekämpft die saudische Regierung den islamischen Terrorismus, denn dieser kann zur Bedrohung für die Herrschaft der königlichen Familie werden. Saudi-Arabien gilt als Hauptsponsor des militanten sunnitischen Extremismus, beispielsweise im Irak und in Syrien, hauptsächlich durch private Spenden. Das Rechtssystem des Königreichs gründet auf der islamischen Rechtsprechung, der Scharia. Apostasie – der Abfall vom Islam und die Hinwendung zu einer anderen Religion – kann mit dem Tod bestraft werden, sollte der Konvertit seine Bekehrung nicht widerrufen.
- **Exklusives Stammesdenken:** Typisch für diese Triebkraft ist der Versuch, den Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte aus Stammestraktionen durchzusetzen. Exklusives Stammesdenken ist im Falle Saudi Arabiens deutlich mit dem Islam vermischt. Dies betrifft vor allem die Christen muslimischen Hintergrunds.

Aktuelle Einflüsse

Zwischen der jüngeren Generation und den alternden Monarchen besteht eine wachsende Kluft. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre, und die Jugendkultur hat sich unter dem Einfluss von Satellitenfernsehen, Internet und sozialen Medien radikal verändert. Die Jugend sehnt sich nach mehr Freiheit, besonders für Frauen, und will nicht mehr von der Religionspolizei eingeschränkt sein. Die Entscheidung des verstorbenen Königs Abdullah bin Abdul-Aziz Al Saud, Frauen auch ein Wahlrecht zu geben, ist ein erster Schritt der Öffnung.

Es gibt es ein erhebliches Ausmaß an Jugendarbeitslosigkeit, was zu weitverbreiteter gesellschaftlicher Unzufriedenheit führt. Diese Faktoren könnten die Jugend dazu führen, sich dem islamischen Extremismus zuzuwenden. Die Lage wird zusätzlich destabilisiert durch den Gegensatz zwischen einer reichen, sehr kleinen Elite und einer armen Mehrheit.

Andererseits ist diese gesellschaftliche Unzufriedenheit einschließlich zivilen Ungehorsams, der sich etwa durch illegal Auto fahrende Frauen zeigt, nichts Neues. In den letzten 20 Jahren wurde diese Unzufriedenheit stets finanziell durch hohe Zuwendungen an die Bevölkerung abgekauft. Darüber hinaus hat die Internetrevolution auch die Islamischen Führungskräfte erreicht: mehrere Imame haben eigene Twitter-Profile und viele Follower. Die Zahl der Christen muslimischer und anderer religiöser Herkunft wächst, zusammen mit ihrem Mut, ihren neuen Glauben mit anderen zu teilen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Saudi-Arabien gibt es zwei Kategorien von Christen, die von Verfolgung betroffen sind:

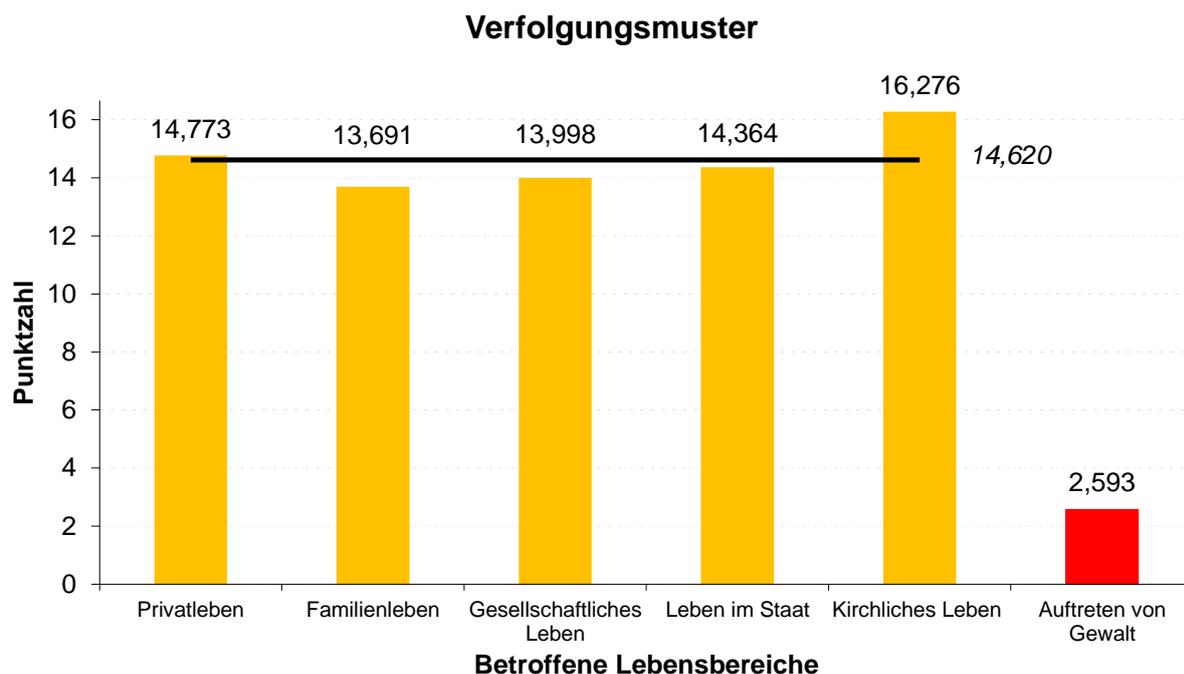
- **Gemeinschaften von Gastarbeitern oder ausländischen Christen:** Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind Ausländer oder Gastarbeiter, die für eine bestimmte Zeit im Land leben und arbeiten. Viele kommen aus westlichen Ländern, aber die christlichen Gastarbeiter stammen zumeist aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, wie z.B. Indien, den Philippinen oder Afrika. Die asiatischen und afrikanischen Gastarbeiter werden nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen Ansehens sind sie regelmäßig körperlicher und verbaler Gewalt ausgesetzt - ihr christlicher Glaube spielt dabei allerdings auch eine Rolle. Ausländische Christen sind in ihren Möglichkeiten, sich zum Gottesdienst zu versammeln und ihren Glauben zu teilen, extrem eingeschränkt. Ihnen droht dabei Verhaftung und Ausweisung. Christen muslimischer Herkunft stehen unter noch stärkerem Druck.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Nur wenige saudische Christen muslimischer Herkunft leben im Land, und meist müssen sie ihren Glauben streng geheimhalten. Viele von ihnen sind durch christliches Satellitenfernsehen zum Glauben gekommen oder nachdem Gott sich ihnen in Träumen und Visionen offenbart hat. Einige von ihnen berichteten, dass sie in dem aufrichtigen Wunsch Gott zu gehorchen, die Hadsch (islamische Pilgerreise) nach Mekka unternahmen und dabei eine göttliche Offenbarung erhielten, die sie auf Jesus verwies. Das Internet, obwohl dessen Nutzung in Saudi-Arabien streng kontrolliert ist, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, denn dadurch erhalten Einheimische Zugang zu christlichen Materialien.

Die kleine Anzahl der Christen in Saudi-Arabien, die zuvor Muslime waren, wächst und sie werden immer mutiger, ihren Glauben weiterzugeben, auch im Internet und in christlichen Fernsehprogrammen. Das öffentliche Zeugnis der Christen hat zu ernststen Konsequenzen seitens ihrer Familien oder der Behörden geführt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Saudi-Arabien illustriert die Auswirkung des Islamischen Extremismus (in Verbindung mit Exklusivem Stammesdenken) auf die verschiedenen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 14,620 Punkten und damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (14,523). Im Bereich der Gewalt hat sich die Punktzahl von 4,074 (WVI 2015) auf 2,593 verringert. Die Gründe dafür sind eine geringere Anzahl von Berichten über Festnahmen sowie weniger Meldungen über physische oder psychische

Gewalt gegen Christen und Ausweisungen von Christen aus Glaubensgründen. Diese Kombination deutet an, dass die Lage der Christen auf hohem Verfolgungsniveau relativ stabil ist. Wie das Verfolgungsmuster verdeutlicht, ist der Druck im Bereich „Kirchliches Leben“ am stärksten. Der Wert für den Bereich „Privatleben“ liegt ebenfalls über dem Durchschnitt, allerdings sind die Werte in allen Lebensbereichen relativ hoch. Christen muslimischer Herkunft sind vor allem in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ mit Problemen konfrontiert. Das trifft besonders auf Christen zu, in ihrer Familie oder ihrem sozialem Umfeld mit ihrem Glauben allein stehen. Diskriminierung durch Behörden, im Berufsleben und im gesellschaftlichen Umfeld betrifft alle Christen.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Christen, die früher Muslime waren, können ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren. Jede Andeutung ihres neu gewonnenen Glaubens kann ernsthafte Konsequenzen haben. Ausländische Christen haben etwas mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie ihn nicht an Muslime weitergeben. Christliche Arbeitsmigranten müssen vorsichtig sein; das Praktizieren ihres Glaubens hängt von der Haltung und der Religion anderer Arbeitsmigranten ab, die mit ihnen in der gleichen Unterkunft leben.
- **Familienleben:** Alle Saudis werden als Muslime betrachtet. Es ist eine große Schande für eine Familie, wenn sich eines ihrer Familienmitglieder vom Islam abwendet. Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten) stehen in großer Gefahr, einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen oder körperlich misshandelt zu werden, wenn ihre Familien oder ihr gesellschaftliches Umfeld von ihrem Christsein erfahren. Etliche haben deshalb das Land verlassen. Christliche Hochzeiten können in Saudi-Arabien nicht öffentlich gefeiert werden, Konvertiten müssen deshalb nach islamischem Brauch heiraten. Sie dürfen ihre Kinder amtlich nicht als Christen registrieren oder ihnen christliche Namen geben. In der

Schule sind die Kinder von Christen muslimischer Herkunft gezwungen, den Islamunterricht zu besuchen. Auch in Fragen des Sorgerechts für ihre Kinder nach einer Scheidung oder bei Erbschaftsfragen erfahren Christen oft Benachteiligung.

- **Gesellschaftliches Leben:** Alle Christen werden mit vielerlei Diskriminierungen mehr oder weniger stark unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Muslime, die den christlichen Glauben annehmen, erleben Belästigung und Diskriminierung an ihrem Arbeitsplatz, sobald ihr neuer Glaube bekannt wird. Die gesamte saudische Gesellschaft hat starke Vorbehalte gegenüber anderen Religionen. Gastarbeiter, einschließlich Christen, werden durch ihre Arbeitgeber, verbal, körperlich und manchmal auch sexuell missbraucht.
- **Leben im Staat:** Religionsfreiheit ist weder in der Verfassung des Königreiches noch in wesentlichen Gesetzen erwähnt. Das Rechtssystem basiert auf der Scharia, die Abkehr vom Islam zu einer anderen Religion kann mit dem Tod bestraft werden. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben schweren Druck seitens der Behörden, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird. Ausländische Christen und Arbeitsmigranten bekommen große Probleme, wenn sie unter Muslimen missionieren; Verhaftung und Ausweisung können die Folge sein.
- **Kirchliches Leben:** In Saudi-Arabien gibt es keine Kirchengebäude, christliche Gottesdienste können nur im Verborgenen gehalten werden. Die Regierung erkennt das Recht von Nicht-Muslimen auf ein privates Glaubensleben zwar an, doch die „Muttawa“ (Religionspolizei) kümmert dieses Recht oft nicht. Die Versammlungsfreiheit ist durch die strikte Trennung der Geschlechter stark eingeschränkt; sie verbietet Männern und Frauen aus verschiedenen Familien, gemeinsam im selben Raum Gottesdienste zu feiern. Tun sie es doch, riskieren sie ihre Verhaftung, werden in erniedrigender Weise körperlich durchsucht, ins Gefängnis gesteckt, ausgepeitscht, deportiert und manchmal auch gefoltert. Da das Gesetz nicht formell festschreibt, wie Religion im Privaten ausgeübt werden darf, ist die gesetzliche Situation vage und orientiert sich eher an offiziellen Aussagen in den Medien. Die Weitergabe des Evangeliums an Muslime, biblische Unterweisung sowie der Druck und Import von Bibeln und anderen christlichen Materialien in arabischer Sprache sind illegal.
- **Auftreten von Gewalt:** Hinsichtlich der Gewalt gegen Christen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert, der Wert ist um einen Punkt gesunken. Es gibt weniger Meldungen von Festnahmen oder physischen und psychischen Angriffen gegen Christen. Ebenfalls zurückgegangen ist die Zahl der Vorfälle, bei denen Christen aus Glaubensgründen gezwungen wurden, das Land zu verlassen. Die Polizei führt durchschnittlich ein bis zweimal im Jahr Razzien bei Gemeinschaften ausländischer Christen durch. Meistens geschieht dies in Hauskirchen afrikanischer oder asiatischer Gastarbeiter. Von entscheidender Bedeutung für den Umgang mit Christen ist die Einstellung der örtlichen Behörden. Es gibt kein festgeschriebenes Recht, die jeweilige Anwendung der Gesetze hängt von der lokalen Interpretation der Scharia ab.

Vergewaltigung und sexueller Missbrauch sind in Saudi-Arabien ein sehr großes Problem. Gastarbeiter, besonders Frauen, die in saudischen Haushalten arbeiten, sind in dieser Hinsicht sehr gefährdet.

Aus jüngster Zeit liegen keine Berichte vor, dass saudische Bürger wegen Apostasie angeklagt und zum Tode verurteilt wurden. Dennoch besteht für sie das Risiko, außerhalb der Gerichtsbarkeit ermordet zu werden – häufig ein Versuch der Familie, ihre Ehre wiederherzustellen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Auch wenn verschiedene Faktoren in der saudischen Gesellschaft zu einer instabilen Lage führen können, sind große Veränderungen für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Nach dem Tod von König Abdullah bin Abdul al-Saud im Januar 2015 wurde sein 79-jähriger Halbbruder Salman bin Abdulaziz al-Saud als neuer König eingesetzt. König Salmans erste Priorität galt der Sicherung der Stabilität, ein wesentlicher Grund für die Luftangriffe auf den Jemen. Gruppen islamischer Extremisten nähern sich der saudischen Grenze: Im Süden beherrscht Al Kaida große Gebiete des Jemen, im Norden bewegt sich der Islamische Staat (IS) im Irak rasch vorwärts. Einigen Berichten zufolge haben beide Gruppen auch in Saudi-Arabien Unterstützer. Um die Stabilität im Land zu wahren, wird Salman die Unterstützung der islamischen religiösen Institutionen benötigen und Reformen vermeiden, die diese verärgern könnten. Im April hat König Salman Mohammed bin Nayef zum Kronprinzen ernannt, seinen Sohn Mohammed bin Salman zum stellvertretenden Kronprinzen und somit die Machtübergabe an die nächste Generation vorbereitet.

Bedeutende Veränderungen sind in nächster Zeit nicht zu erwarten. Dies gilt auch in Bezug auf Religionsfreiheit für Christen. Es kann allerdings zu einem Anstieg von Gewalt gegen sie kommen, da einheimische Christen in der Bekundung ihres Glaubens mutiger werden. Einschränkungen der Religion seitens König Salman sind darauf ausgerichtet, den bereits bestehenden Druck auf religiöse Minderheiten, einschließlich Christen, weiter zu erhöhen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 15: Usbekistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 70 Punkten belegt Usbekistan Platz 15 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um einen Punkt gegenüber dem Jahr 2015 als Usbekistan mit 69 Punkten auf Rang 15 lag. Die Erhöhung um einen Punkt ist auf das erhöhte Maß an Kontrolle durch ein paranoides Regime zurückzuführen – besonders im staatlichen und kirchlichen Leben. Im Vergleich zum letzten Jahr gab es weniger Berichte über Gewalttaten.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Usbekistan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße auch „Islamischer Extremismus“. Anzumerken ist hierbei, dass die Diktatorische Paranoia in Usbekistan ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit ist und daher aus der kommunistischen Unterdrückung entstand, auch wenn die Ideologie des Kommunismus seit Jahren in Usbekistan keine Rolle mehr spielt.

- **Diktatorische Paranoia:** Neben den vom Staat geführten und staatlich kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Sowohl Mitglieder traditioneller protestantischer Kirchen als auch Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ gebrandmarkt, weil sie ihre Religion außerhalb staatlich legitimer Strukturen ausüben. Der Druck vonseiten der Behörden wird kaum nachlassen, da sich die politische Führung des Landes aufgrund des Alters und des Gesundheitszustandes des Präsidenten auf einen Wechsel vorbereitet. Häufig werden Mitglieder protestantischer Kirchen als Anhänger fremder Sekten betrachtet, die spionieren und das derzeitige politische System zerstören wollen. Daher müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, falls nötig, auch ausgerottet werden. Sicherheitskräfte hören vermehrt Gruppierungen ab, um „Extremisten“ zu entdecken. Dies beeinträchtigt auch die Christen und Kirchen. Auch gegen den Religionsunterricht wird härter vorgegangen, gleichgültig, um welche Religion es sich handelt.
- **Kommunistische Unterdrückung:** Das historische Fundament, auf dem das derzeitige Regime aufbaut, ist der Kommunismus. Heute leistet er jedoch keinen ideologischen Beitrag mehr, die Positionen des Regimes zu stützen. Trotzdem sind in Usbekistan immer noch viele Kontrollsysteme und –mechanismen aus dem kommunistischen System vorhanden.
- **Islamischer Extremismus:** Druck auf Christen vonseiten islamischer Gruppen zielt vor allem auf Christen muslimischer Herkunft ab. Wenn sich Einheimische dem Christentum zuwenden, erfahren sie Druck und in manchen Fällen auch physische Gewalt von ihren Familien, Freunden und ihrem sozialen Umfeld. Damit sollen sie zur Reue und zur Rückkehr zu ihrem alten Glauben gezwungen werden. Einige werden über lange Zeit eingesperrt und auch geschlagen. Örtliche Mullahs predigen gegen sie, wodurch noch mehr Druck auf die Konvertiten ausgeübt wird. Christen muslimischer Herkunft werden letztlich meist aus ihrem sozialen Umfeld ausgeschlossen. Daher sind sie sehr bemüht, ihren Glauben geheim zu halten – und werden sogenannte „geheime Gläubige“.

Aktuelle Einflüsse

Usbekistan ist eine der strengsten Diktaturen in Zentralasien. Das Regime unternimmt alles Erforderliche, um an der Macht zu bleiben – jegliche Form der Opposition und Abweichung von der Norm wird erbarmungslos attackiert. Den christlichen Glauben betrachtet man als fremd und als destabilisierenden Faktor. Außerdem erfahren Christen muslimischer Herkunft zusätzlichen Druck aus ihrem sozialen und kulturellen Umfeld.

Hunderte sind in Usbekistan freiwillig islamistischen Gruppen beigetreten wie z.B. Hizb-ut-Tahrir, Islamic Movement of Uzbekistan (Islamische Bewegung Usbekistans) oder dem Islamischen Staat (IS). Die usbekische Regierung hat es geschafft, diese Gruppen im Laufe der letzten Jahrzehnte aus dem Land zu vertreiben. Die Unruhen im Mai 2005 in Andijan haben beispielhaft gezeigt, wie das Regime gegen muslimische Kämpfer vorgeht.

Das Regime nutzt die Existenz extremer Muslime, um seine totale Kontrolle über die Gesellschaft zu rechtfertigen, indem es sie als ständige Bedrohung des Landes darstellt – was stark übertrieben ist. Bisher sind nur sehr wenige Dschihadisten von den Kämpfen in Syrien, Irak oder Afghanistan nach Usbekistan zurückgekehrt.

Der staatlich anerkannte Islam (nachfolgend als ‚offizieller Islam‘ bezeichnet) wurde angepasst und offizielle muslimische Geistliche sind faktisch Staatsangestellte. Muslime, die in Usbekistan ihren Glauben noch tiefgründiger ausleben wollen, haben nur wenige Möglichkeiten: Im offiziellen Islam ist kein Platz für sie, also müssen sie ihre Religion alleine ausleben (mit dem ständigen Risiko, gefangen genommen zu werden), oder sie treten einer illegalen islamischen Gruppe bei (mit dem gleichen Risiko), oder sie verlassen das Land (was bedeutet, dass sie ihre Familie verlassen müssen und trotzdem noch in der Gefahr stehen, eingesperrt zu werden) oder sie konvertieren zum Christentum (was bedeutet, dass sie Druck vonseiten der Familie und des Staates erfahren).

Die Geheimpolizei überwacht sehr genau alle religiösen Aktivitäten im Land – Spione unterwandern alle religiösen Gruppen. Die Russisch-Orthodoxe Kirche wird nicht als Bedrohung gesehen, da ihre Mitglieder ethnische Russen sind und sie nicht evangelistisch aktiv ist. Darüber hinaus ist sich das usbekische Regime bewusst, dass es extrem vorsichtig sein muss, wenn es sich auf irgendeine Art anti-russisch verhalten.

Alle anderen Kirchen stellen eine potentielle Bedrohung für die Stabilität des Landes und des Regimes dar, da sie – wovon ausgegangen wird – unter der ethnischen Mehrheit des Landes evangelisieren; somit werden sie erbarmungslos verfolgt. Treffen von Hausgemeinden sind das Ziel von Razzien, wobei die Anwesenden schikaniert, interniert und verhört werden und Geldstrafen bekommen, während alles aufgefundene religiöse Material konfisziert und zerstört wird. Die Christen bekommen gelegentlich kurze Haftstrafen von bis zu 15 Tagen Gefängnis. Nur selten bekommen sie längere Haftstrafen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Usbekistan gibt es alle Kategorien von Christen und alle erleben auf die eine oder andere Art Verfolgung.

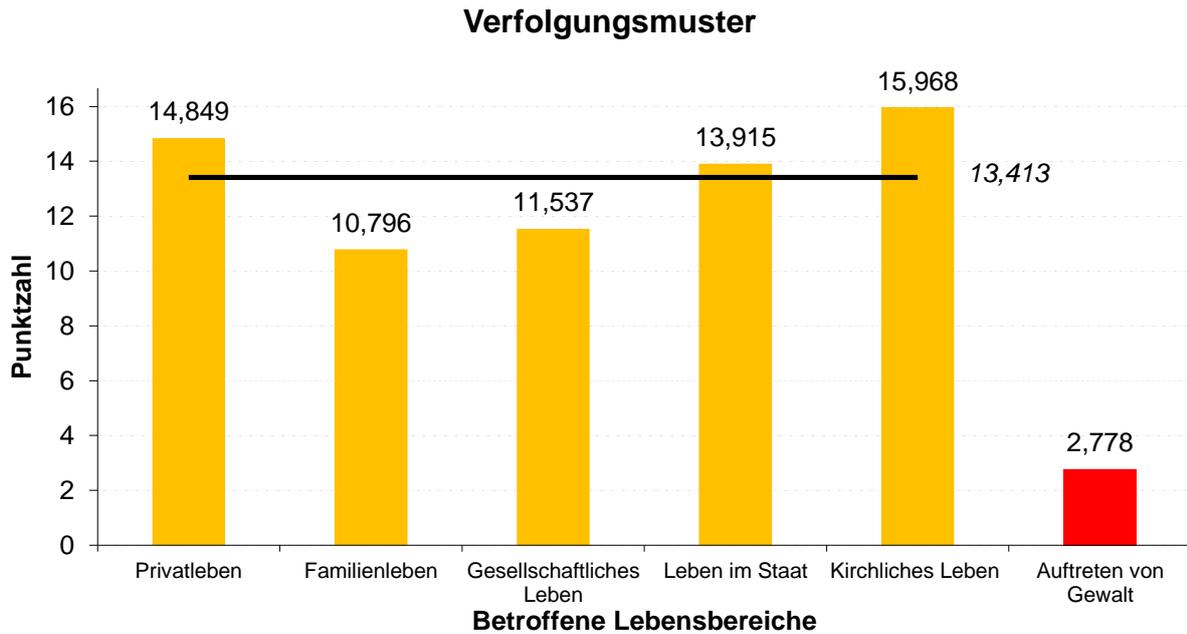
- **Ausländische Christen oder christliche Gastarbeiter:** Die meisten dieser Gruppen bleiben nur unter sich und wirken kaum evangelistisch.
- **Mitglieder von historisch gewachsenen Kirchen:** Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat sich mit den ihr von der Regierung auferlegten Einschränkungen arrangiert und kann deshalb weitgehend unbehelligt ihren Aktivitäten in russischer Sprache nachgehen. Gottesdienste werden möglicherweise überwacht, aber nicht gestört, und diese Christen genießen zumindest Versammlungsfreiheit. Der Druck und die Einfuhr christlicher Literatur hingegen sind ebenso eingeschränkt wie die Einbindung ausländischer Mitarbeiter.

- **Christliche Konvertiten** muslimischer Herkunft sind in Usbekistan hauptsächlich der Verfolgung ausgesetzt. Neben dem Leid, das sie durch die harte Hand des Staates erfahren, sind sie auch dem starken Druck der Familie, von Freunden und des sozialen Umfeldes ausgesetzt. Wobei für sie letzterer der schmerzlichste ist.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen** zu denen Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden gehören sind die zweite Gruppe, die verfolgt wird, darunter vor allem die nichtregistrierten Gemeinden. Sie erleben viele Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Usbekistan basiert auf der Summe der Wertungen für Diktatorischen Paranoia und Islamischen Extremismus. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 13.413 Punkten, was einen leichten Anstieg des auf Christen ausgeübten Drucks gegenüber dem Vorjahr (12.995) zeigt. Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist rückläufig: von 4.074 (WVI 2015) auf 2.778. Das lässt darauf schließen, dass entweder die Zahl der Gewalttaten zurückgegangen ist (was eher unwahrscheinlich ist), oder dass die Gläubigen mehr Angst haben, von Vorfällen zu berichten. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“, „Staatliches Leben“ und „Kirchliches Leben“ am stärksten. Dies ist charakteristisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die vorherrschende Triebkraft von Verfolgung darstellt. Der Islamische Extremismus wirkt sich besonders in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus und wird von dem sozialen Umfeld ausgeübt. Diktatorische Paranoia – der Druck vonseiten des Regimes – wird hingegen besonders in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ spürbar.

Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft ist besonders im „Privatleben“ sehr hoch und betrifft auch den Bereich „Gesellschaftliches Leben“, während alle Christen vonseiten des Staates und im „Kirchlichen Leben“ mit Problemen konfrontiert werden. Dieser Druck wird angeheizt durch ein paranoides Regime, das immer mehr Kontrolle ausübt.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Bekehrung ist der Punkt, der die heftigsten Reaktionen im sozialen und kulturellen Umfeld auslöst. Sie wird als Schande und Affront gegenüber der Familienehre betrachtet. Da sie soziale Unruhe erzeugt, ist sie auch unter genauester Beobachtung durch den Staat und seine Vertreter. Daher sind nicht nur Konvertiten in diesem Punkt unter Druck, sondern auch all jene Christen, die sich in der Evangelisation engagieren. Nachbarn gehen zur Polizei, wenn sie mitbekommen, dass jemand zu Hause christliche Treffen abhält. In manchen Gegenden ist es sogar illegal, eine Bibel zu besitzen, in anderen darf man nur eine einzige Bibel haben. Es gibt Christen, die wegen des Besitzes einer Bibel ins Gefängnis kamen. Nicht-anerkannte christliche Gruppen werden als illegal betrachtet. Mitglieder dieser Gruppen, die christliches Material besitzen, gehen ein enormes Risiko ein. Den christlichen Glauben zu zeigen (z.B. durch christliche Symbole) ist ebenso gefährlich. Zwei Facetten machen dies deutlich: Christen muslimischer Herkunft, die ihren neuen Glauben zeigen, ziehen sofort die Wut ihrer Familie, ihrer Freunde und ihres Umfeldes auf sich; andere Christen werden dadurch verdächtigt zu evangelisieren. Alle staatlichen Medien sind unter staatlicher Kontrolle – zu diesen haben Christen keinerlei Zugang. Der Zugang zum Internet ist nur über staatliche Internet-Anbieter (ISP) möglich und wird überwacht. Fernsehen via Satellit ist nicht verboten, Christen können z.B. CNL (einen russischen christlichen Sender) schauen. Es ist nicht nur für Konvertiten gefährlich, über ihren neuen Glauben mit Familienmitgliedern zu sprechen, sondern auch für Mitglieder traditioneller Kirchen, wenn sie sich unabhängigen protestantischen Gemeinden zuwenden, auch wenn dies weit weniger problematisch ist. In diesem Fall ist der Druck stärker, wenn man es mit Gästen außerhalb der Familie zu tun hat. Nicht-orthodoxe Christen sind immer dem Risiko der Bedrohung und Störung durch den Staat ausgesetzt, wenn sie sich mit anderen Christen treffen, da dies als illegale Aktivität gilt, die von der Regierung nicht genehmigt ist. Es ist bekannt, dass die Regierung bei Christen Razzien durchführt,

Eigentum beschlagnahmt und auch Menschen schlägt, die sich „illegal“ versammeln. Faktisch alle Pastoren und auch Laien-Gemeindeführer stehen unter Beobachtung. Das gleiche gilt für Konvertiten. Immer wieder stehen Christen muslimischer Herkunft unter Hausarrest – was die Familie dann nutzt, um Druck auszuüben und die Abtrünnigen zur Reue zu bringen.

- **Familienleben:** Manchmal bekommen Christen muslimischer Herkunft Probleme, wenn sie bei der Ortsbehörde eine Geburt, einen Todesfall oder eine Heirat registrieren lassen wollen, da in diesen Büros oft Muslime aus ihrem Wohnort arbeiten. Offiziell sind Taufen nicht verboten. Aber lokale Behörden stören jegliche Versammlungen nicht-registrierter Gruppen. Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft nach einer Taufe ist immens, da sie als endgültiges Zeichen, dass jemand den Islam verlassen hat, gilt. Es gibt Berichte, dass christliche Beerdigungen von lokalen Beamten verboten wurden. In usbekischen Familien können Verwandte (z.B. Großvater oder Großmutter) einen solchen Christen zwingen, in die Moschee zu gehen, auch wenn die Eltern Christen sind. Wie auch schon in der Sowjetunion müssen Schüler aller Altersstufen Unterricht besuchen, in dem sie über die „Gefahren religiöser Sekten“ aufgeklärt werden, also über die Gefahren von evangelikalen Christen und anderen religiösen Minderheiten. Solche Stunden gibt es etwa alle zwei Monate in den Schulen. Durch die ständige Propaganda gegen „Sekten“ in den Medien, in Schulen und Universitäten sind junge Menschen gegenüber den Kindern von evangelikalen Christen oft feindlich eingestellt. Es ist nicht selten, dass sie aufgrund religiösen Hasses beleidigt oder geschlagen werden. In manchen Fällen mussten Ehepartner in einem anderen Land Zuflucht suchen, was eine lange Trennungszeit für betroffene Familien bedeutet. Häufig werden Christen muslimischer Herkunft unter Hausarrest gestellt und von anderen isoliert. Damit sollen sie unter Druck gesetzt werden, ihren neuen Glauben zu widerrufen und zum Islam zurückzukehren. Es kommt auch vor, dass Ehefrauen oder -männer unter Druck gesetzt wurden, sich scheiden zu lassen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Im Leben von Christen kommen Bedrohungen und Hindernisse aus mehr als einer Quelle. Allen voran stehen Konvertiten unter dem Druck ihrer Verwandten und der Gesellschaft; aber auch andere Christen (besonders, wenn sie evangelisieren) erfahren Bedrohungen vonseiten ihres sozialen Umfeldes und von Behörden und ihnen drohen Gefängnisstrafen. Zwei Gruppen sind für die Überwachung von Christen verantwortlich: die Verwandtschaft/das soziale Umfeld als eine Form gesellschaftlicher Kontrolle, aber auch die Behörden in unterschiedlichen Bereichen. Im Allgemeinen ist es in der usbekischen Kultur nicht gebräuchlich, eine Braut nach ihrem Willen zur Heirat zu fragen. Daher ist es nicht ungewöhnlich, dass Christen in eine Ehe gezwungen werden. Offizielle Feierlichkeiten und Versammlungen in Schulen, Einrichtungen und an Arbeitsplätzen sind für alle Arbeiter/Schüler/Studenten verpflichtend, auch für Christen. Es gibt Berichte, dass Christen, besonders Christen muslimischer Herkunft, gezwungen wurden, an islamischen Ritualen teilzunehmen. Eine Bekehrung gilt sowohl als religiöser als auch ethnischer Verrat und wird daher hart verfolgt. Kinder von Christen werden verlacht und manchmal von höherer Schulbildung ausgeschlossen. Wenn ein Arbeitgeber herausfindet, dass sein Angestellter ein aktiver Christ ist, kann er ihn auf der Stelle entlassen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten für

nicht-orthodoxe Christen sind eingeschränkt. Besonders Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren gravierende wirtschaftliche Konsequenzen. Der NSS (der usbekische Geheimdienst) erpresst bekanntermaßen christliche Ladenbesitzer. Aus diesem Grund verschweigen Ladenbesitzer ihr Christsein. Christen werden häufig für eine endlose Liste von Vergehen bestraft: illegale Versammlungen, Besitz religiöser Literatur, christliche Musik auf ihren Smartphones etc. Auch generell legale Gruppen wie die Baptisten erleben diese Art von Verfolgung. Wenn Razzien bei Versammlungen in Häusern stattfinden, werden alle Anwesenden verhört – oft sehr brutal. Wer als Christ bekannt ist, muss sich von Zeit zu Zeit bei der Polizei melden, damit sollen Christen eingeschüchtert werden. Wenn sich herausstellt, dass jemand zum christlichen Glauben gekommen ist, wird auf ihn/sie großer Druck ausgeübt. Der neue Gläubige wird geschlagen, unter Hausarrest gestellt und manchmal auch verbannt.

- **Leben im Staat:** Offiziell ist der Staat säkular und geht gegen die Kirchen vor, die den sozialen Frieden bedrohen. Die Verfassung und einige Gesetze garantieren Religionsfreiheit, aber nicht ohne strikte Einschränkungen. Der Militärdienst ist verpflichtend: Alle Bürger im Alter von 18 Jahren (männlich und weiblich) müssen ihren Wehrdienst beim Militär leisten – für zwölf Monate – ohne Alternative. Der Staat überwacht praktizierende Pastoren. Da es überall im Land Kontrollstellen gibt, werden manche Pastoren angehalten und am Reisen gehindert. Alle Bürger, die das Land verlassen wollen, brauchen eine Ausreiseerlaubnis, und immer wieder bekommen Christen solche Visa nicht. Menschen, die bekanntermaßen Christen sind, können niemals Beamte werden. Ihnen kann sogar gekündigt werden, wenn herauskommt, dass sie Christen sind. Da dies unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich zieht, passen Geschäftsleute gut auf, dass ihr Christ sein nicht herauskommt. In der Öffentlichkeit eine christliche Meinung zu vertreten, ist für nicht-orthodoxe Christen sehr gefährlich, weil sie Repressalien sowohl von der Regierung als auch von der usbekischen Gesellschaft befürchten müssen. Die Verfolgung ist so intensiv, dass Konvertiten und nicht-orthodoxe Christen ihren Glauben geheim halten müssen, weil jegliche Ausdrucksform ihres Glaubenslebens vor der Regierung als Missionierung gilt. Es ist in Usbekistan absolut unmöglich, christliche Zivilgesellschaftsorganisationen oder Parteien zu gründen – das Regime wird dies keineswegs tolerieren. Die staatlich kontrollierten und staatlich beeinflussten Medien schüren Vorurteile gegen bestimmte religiöse Minderheiten, bisweilen werden Missionare beschuldigt, eine Gefahr für die Gesellschaft darzustellen und zivilen Unfrieden zu säen. Die staatlich kontrollierten Medien produzieren regelmäßig Berichte, die davon handeln, wie evangelikale Christen beschimpft und attackiert werden. Im Norden des Landes erschienen Plakatwände, Broschüren und andere öffentliche Informationen über die Gefahren von Sekten und Missionaren. Manche Kirchen vermeiden es, christliche Symbole zu verwenden, um Konflikte zu vermeiden. Da Christen die direkte Zielscheibe der Behörden sind (so wie es Christen muslimischer Herkunft für die usbekische Bevölkerung sind), ist es äußerst gefährlich, den Glauben öffentlich zu zeigen. Für die vielen Kirchen, die als illegal/nicht-registriert gelten ist es gleichermaßen äußerst gefährlich, religiöse Symbole zu verwenden. In Usbekistan gibt es keine fairen Gerichtsprozesse. Die Richter sind nicht unabhängig und die internationale Überwachung von Gerichtsverhandlungen, in die Christen involviert sind, steht vor hohen politischen Hürden.

- **Kirchliches Leben:** Versammlungen von Gläubigen werden häufig gestört oder es werden Razzien durchgeführt. Es ist fast unmöglich, sich als Kirche registrieren zu lassen – in den letzten 15 Jahren wurde keine einzige Kirche registriert. Alle religiösen Aktivitäten werden genauestens überwacht und Spione haben fast alle Gruppierungen infiltriert. Es ist fast unmöglich, die Erlaubnis für den Neubau einer Kirche zu bekommen, und Renovierungsarbeiten an bestehenden Gebäuden sind sehr schwierig (nur nicht für die Russisch-Orthodoxe Kirche). Nur die wenigen registrierten Kirchen können innerhalb ihres eigenen Gebäudes Aktivitäten organisieren; Aktivitäten außerhalb des Gebäudes sind verboten. Artikel 240 im Gesetz über Ordnungswidrigkeiten mit dem Titel „Verstoß gegen das Religionsgesetz“ aus dem Jahr 1998 verbietet in seinem Absatz 1: „das Ausführen von unerlaubten religiösen Aktivitäten, das Umgehen durch Leiter religiöser Organisationen von der Registrierung nach dem Gesetz über Organisationen, die unerlaubte Organisation und Durchführung von Gottesdiensten durch Geistliche und die Organisation und Durchführung von besonderen Kinder- und Jugendtreffen, sowie die Ausbildung, Literatur und sonstige Studiengruppen, die nicht direkt im Zusammenhang mit dem Gottesdienst stehen“. Eine Verordnung aus dem Jahr 2003 schränkt die Aktivitäten von christlichen Nicht-Regierungs-Organisationen ein, und das Gesetz verbietet „Aktionen, die zum Ziel haben, dass Angehörige einer Religion sich zu einer anderen Religion hinwenden (Bekehrung), sowie jegliche missionarische Aktivitäten.“ Nach dem Religionsgesetz muss alles religiöse Material der Regierung zur Erlaubnis vorgelegt werden. Religiöse Ausbildung ist in Usbekistan verboten. Es gab bestätigte Fälle, in denen Pastoren wegen Leitung illegaler/nicht registrierter Kirchen ins Visier genommen wurden. Pastoren und Laien-Gemeindeleiter wurden an ihrem Arbeits- oder Studienplatz beleidigt, geschlagen und gedemütigt. Alles christliche Material muss von dem Komitee für Religionsangelegenheiten freigegeben werden. In der Praxis heißt dies die Blockade des Imports, des Drucks und des Verteilens. Auch ist es in Usbekistan verboten, ohne staatliche Erlaubnis öffentlich religiöses Material zu verkaufen. Alle Medien sind staatlich kontrolliert und unzugänglich für christliche Gruppen. Es ist unmöglich, christliche Organisationen, Einrichtungen und Schulen zu gründen und zu führen. Wohltätigkeitsarbeit ist sehr eingeschränkt, nur die Russisch-Orthodoxe Kirche darf dies organisieren. Aktivitäten durch ausländische Missionen sind verboten. Christen können ihre Meinung gegen ihre Verfolger nicht kundtun, wenn diese Staatsvertreter sind.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung in Usbekistan erscheint als nicht sehr gewalttätig, was aber hauptsächlich daran liegt, dass Christen Angst vor den Folgen haben, wenn sie von Vorfällen berichten. Mindestens eine Hausgemeinde wurde zerstört, als die Polizei eine Razzia vornahm. Mindestens fünf Christen wurden festgenommen, während drei andere eine Gefängnisstrafe absaßen. Wir wissen von mindestens zwölf Christen, die entweder von der Polizei oder von ihren muslimischen Familien körperlich angegriffen wurden. Mindestens zwei Grundstücke von Christen wurden zerstört. Mindestens zwei Christen muslimischer Herkunft mussten ihr Zuhause verlassen und sich verstecken aufgrund des Drucks, den ihre Familie auf sie ausübten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Die Frage, wer dem betagten Präsidenten Islam Karimov nachfolgen wird, wird bald beantwortet werden müssen, aber im Moment wird dieses Thema als Tabu behandelt. Experten gehen davon aus, dass der Nachfolger Karimovs wieder ein kommunistischer Veteran sein wird. Das heißt, dass sich für die Christen nur wenig oder nichts ändern wird.

Die staatlichen Behörden (Polizei, Geheimdienste, Mahalla etc.) werden weiterhin religiöse Aktivitäten auf verschiedene Arten überwachen (Privathäuser verwandeln, Telefonate abhören, Gruppen infiltrieren etc.) und Gottesdienste aufsuchen. Razzien von Hausgemeinden, das Konfiszieren religiösen Materials, Verhöre und Inhaftierungen von Christen wird es auch weiterhin geben.

Druck auf und Gewalt gegen Christen muslimischer Herkunft vonseiten der Familie, von Freunden und der Gesellschaft werden andauern, wenn nicht sogar sich häufen. Die Gefahr, dass islamistische Gruppen, wie die Islamische Bewegung Usbekistans und die Islamische Dschihad Union in Usbekistan aktiv werden, ist ständig vorhanden. Im Ferghanatal besteht die Möglichkeit, dass extreme Muslime erneut gewalttätig werden. Viele in Usbekistan glauben, dass dies direkt nach dem Abtreten Karimovs geschehen wird.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 16: Kenia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 68 Punkten belegt Kenia Platz 16 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im vergangenen Jahr rückte Kenia aufgrund eines Zuwachses von 15 Punkten stärker als jedes andere Land auf dem WVI vor und rangierte auf Platz 19. Der weitere Anstieg in diesem Jahr ist hauptsächlich auf die hohe Zahl religiös motivierter Morde zurückzuführen, die zu einer deutlichen Zunahme des Drucks auf Christen in weiten Teilen des Landes geführt hat. Die Ermordung von 148 Studenten der Universität von Garissa war einer der Vorfälle, die das Land und die Welt erschüttert haben.



Triebkräfte der Verfolgung

Die für Christen in Kenia maßgeblichen Triebkräfte von Verfolgung sind „Islamischer Extremismus“ (Haupttriebkraft), in geringerem Maß auch „Exklusives Stammesdenken“, „Säkulare Intoleranz“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- **Islamischer Extremismus:** Obwohl Kenia eine deutlich christliche Bevölkerungsmehrheit aufweist (82% der Einwohner sind Christen), ist Islamischer Extremismus die wesentliche Triebkraft von Verfolgung. Etwa 10-15% der kenianischen Bevölkerung sind Muslime, die meisten davon Sunniten. Der Großteil von ihnen lebt in der Küstenregion und dem Nordosten des Landes. Doch auch in den anderen Landesteilen leben Muslime und haben begonnen, sich gegen die von ihnen empfundene Entrechtung in der kenianischen Gesellschaft zur Wehr zu setzen. Inspiriert durch extremistische Einflüsse aus dem benachbarten Somalia verfolgen islamische Politiker als Vertreter mehrheitlich muslimischer Wahlkreise das Ziel, alle christlichen Gemeinden aus diesen Gebieten zu vertreiben. Fanatische Muslime aus Kenia betreiben gemeinsam mit militanten Grenzgängern aus Somalia eine massive Christenverfolgung und sind verantwortlich für den Tod Hunderter Christen, die allein wegen ihres Glaubens ermordet wurden.
- **Exklusives Stammesdenken:** Kenia ist die Heimat von über 40 Stämmen. Im Nordosten des Landes gehen Islamischer Extremismus und Exklusives Stammesdenken Hand in Hand. In diesem Umfeld kommt es hauptsächlich dann zu Verfolgung, wenn Stammesangehörige zum christlichen Glauben kommen. Ähnliches ist jedoch auf nationaler Ebene zu beobachten, wenn Politiker traditionelle Werte und Überzeugungen hervorheben. Ein Beispiel dafür lieferte das kenianische Gesetz zur Legitimierung von Polygamie. Dieses Gesetz räumt der ersten Ehefrau nicht einmal ein Mitspracherecht ein, sollte ihr Mann die Verhehlung einer oder mehrerer zusätzlicher Frauen anstreben. Da keine christliche Denomination Polygamie gestattet, könnte dies zu vielen Scheidungsfällen führen. Auf diese Art schwächt das Gesetz die Werte und Prinzipien

des christlichen Glaubens und unterminiert dadurch den Zusammenhalt christlicher Familien.

- **Säkulare Intoleranz:** Dieses Phänomen spielt in der kenianischen Gesellschaft erst seit kurzem eine Rolle. Anlässlich der kürzlich erfolgten Verfassungsreform überarbeitet die Regierung ihre Leitlinien für öffentliche Institutionen und die Zivilgesellschaft. Einige dieser Leitlinien, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Familienplanung, nehmen keine Rücksicht auf religiöse Prägungen.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** In Kenia grassiert die Korruption. Auf dem Korruptionsindex der Organisation ‚Transparency International‘ rangiert Kenia auf Platz 145 von 175 aufgeführten Ländern. So gibt es Berichte von kenianischen Soldaten, die zum Kampfeinsatz in Somalia stationiert sind und Millionen US-Dollar mit dem Schmuggeln von Zucker und Holzkohle verdienen. Vor Ort kursieren außerdem Anschuldigungen, nach denen Al Shabaab vor ihrem tödlichen Anschlag an der Universität von Garissa Sicherheitsbeamte bestochen hat, die ihnen dafür Waffen und Munition geliefert haben sollen. Andere Berichte sprechen davon, dass Al Shabaab und ihre Unterstützer durch den Import von Zucker und anderen Gütern über den Seehafen von Kismayo (Somalia) ein Vermögen verdienen, wofür sie Regierungsbeamten hohe Geldsummen zahlen. Dieser Aspekt ist ein wichtiger Bestandteil, um die herrschende Verfolgung zu verstehen. In solchen Fällen hinzugezogene Beamte ergreifen keinerlei Maßnahmen gegen die Verfolger von Christen, was diese wiederum zu weiteren Verfolgungshandlungen ermutigt.

Aktuelle Einflüsse

Es muss betont werden, dass die Verfolgung aufgrund von Islamischem Extremismus Elemente ethnischer Säuberungen aufweist. Darüber hinaus sind eine Reihe anderer Faktoren zu berücksichtigen, um die Dynamik der Verfolgung in Kenia zu verstehen, die in der kenianischen Gesellschaft oftmals im Verborgenen stattfindet. Zunächst einmal besteht die kenianische Bevölkerung aus einem komplexen ethnischen Gemisch, das in der Tagespolitik des Landes eine große Rolle spielt. Des Weiteren ist Kenia ein Land mit einer christlichen Mehrheit und einer deutlich kleineren muslimischen Minderheit. Annähernd 82 Prozent der Kenianer betrachten sich selbst als Christen, während sich etwa 10-15 Prozent zum islamischen Glauben bekennen. Dennoch verfügt diese muslimische Minderheit über starken Einfluss in der Politik und anderen Bereichen. Ein führender kenianischer Politiker, Vizepräsident William Ruto, ist derzeit vor dem Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Den Haag angeklagt, bei den gewaltsamen Ausschreitungen nach der Wahl im Jahr 2007/08 eine federführende Rolle gespielt zu haben. Kenia leidet auch unter immer wieder aufflammenden ethnischen Konflikten und Stammeskämpfen. Diese haben oft eine politische Dimension; die gewaltsamen Ausschreitungen im Nachgang zu den weithin als manipuliert geltenden Wahlen 2007/08 sind ein Beispiel hierfür. Ein weiterer Faktor, um die derzeitige Dynamik der Verfolgung zu verstehen, ist die Rolle von Glauben und Religion im Land. Bis vor kurzem gab es in Kenia praktisch keine interreligiösen Konflikte. Christen und Muslime schienen in friedlicher Koexistenz zusammen zu leben. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren vollständig gewandelt. Besonders der Nordosten und die Küstenregion sind zu Brennpunkten islamisch-extremistischer Aktivitäten geworden – die Hauptursache für die zahlreichen religiös motivierten Gewaltakte. Die

lange gemeinsame Grenze mit Somalia und der dort herrschende Mangel an dauerhaftem Frieden und Stabilität färben auf Kenia ab. Hinzu kommt das Engagement der kenianischen Armee in Somalia. Eine große Zahl von Flüchtlingen aus mehreren Nachbarländern, unter anderem Somalia, hat in Kenia Zuflucht gesucht. Auf der politischen Ebene hat Kenia 2010 ein Referendum durchgeführt, durch das eine neue Verfassung und eine neue Regierungsstruktur etabliert wurden. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Regierung außerdem das Ziel einer Säkularisierung vorangetrieben, ohne den Christen dabei angemessene Freiräume zu gewähren. Auf diese Weise entwirft und implementiert die Regierung neue Leitlinien ohne jede Rücksichtnahme auf fundamentale christliche Werte. Ein klassisches Beispiel hierfür sind der Bildungsplan sowie gender-basierte und andere Richtlinien, die von der Kirche die Abkehr elementarer Positionen einfordern. Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Ausmaß der Korruption. Sie grassiert in weiten Bereichen der öffentlichen Institutionen und beeinträchtigt nachhaltig deren Fähigkeit, die Bürger zu schützen.

Zu erwähnen bleibt schließlich der „Republikanische Rat von Mombasa“ (MRC), eine Interessengruppe mit dem Ziel, die Küstenregion und den Nordosten Kenias vom Land abzuspalten. Er agiert verstärkt mit Gewalt und steht in Verbindung mit islamisch-extremistischen Gruppen wie Al Shabaab. Viele Kirchen in der Küstenregion wurden bereits zerstört und viele Christen aus dem Gebiet vertrieben.

Die deutliche gestiegene Punktzahl Kenias auf dem WVI 2016 ist auf das Zusammenwirken der einzelnen Faktoren in dieser komplexen Lage zurückzuführen

Betroffene Kategorien von Christen

In Kenia gibt es drei Kategorien von Christen, die von Verfolgung betroffen sind:

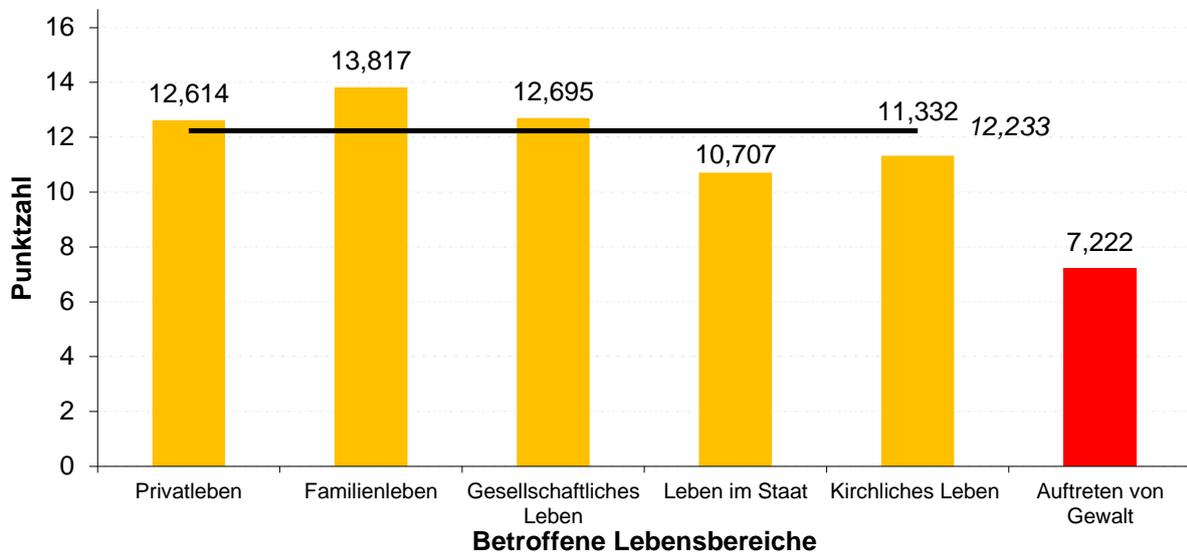
- **Christen aus historisch gewachsenen Kirchen:** Diese christlichen Gemeinschaften sind in vielen Landesteilen anzutreffen. Die Art und Intensität von Verfolgung, der sie ausgesetzt sind, hängen davon ab, wo sie angesiedelt sind. In muslimisch dominierten Gebieten ist die Verfolgung intensiv und wird verursacht durch Islamischen Extremismus.
- **Konvertiten (besonders Christen muslimischer Herkunft):** Diese Christen leben hauptsächlich in muslimisch dominierten Gebieten wie dem Nordosten Kenias und in den Küstengebieten (einschließlich Mombasa). Die Dynamik der Verfolgung von Konvertiten unterscheidet sich von der, die Christen der anderen beiden Kategorien erleben.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen (z.B. pfingstliche und charismatische Gemeinden):** Protestantische Freikirchen gibt es überall in Kenia. Die Christen dieser Kategorie zählen zu den aktivsten und sind daher besonders schweren Formen der Verfolgung ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Kenia basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus, Exklusives Stammesdenken, Säkulare Intoleranz sowie Organisiertes Verbrechen und Korruption. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche

liegt bei 12,233 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ steht der auf 7,222 Punkte gesunkenen Punktzahl eine hohe Zahl getöteter Christen gegenüber (Dies erklärt sich wie folgt: Die hohe Opferzahl schlägt sich nur indirekt in dieser Wertung nieder, da das Auftreten von Gewalt anhand von zwölf Fragen ermittelt wird. Die Anzahl getöteter Christen fließt hierbei nur zu einem Drittel ein, wobei die maximale Punktzahl bereits bei „zehn oder mehr Ermordungen“ vergeben wird.) Die Zunahme des Verfolgungsdrucks wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus, am stärksten jedoch in den Bereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“. Die ermittelten Daten weisen darauf hin, dass sich die feindselige Atmosphäre im Land (verursacht durch die islamischen Extremisten in der Küstenregion und dem Nordosten Kenias) nachhaltig auf die christlichen Gemeinschaften im Land auswirken. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung am intensivsten im Bereich der „Familie“, gefolgt von den Bereichen „gesellschaftliches Leben“ und „Privatleben“. Dieses Muster ist charakteristisch für mehrheitlich christliche Länder, in denen der Islamische Extremismus als starke Triebkraft für Verfolgung auftritt.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Vor dem Hintergrund des verbreiteten Islamischen Extremismus stehen Christen muslimischer Herkunft in erster Linie in ihrem Privatleben unter massivem Druck. Diejenigen von ihnen, die in den islamisch dominierten Regionen an der Küste oder im Nordosten des Landes leben und ihre Bekehrung zum christlichen Glauben öffentlich machen, begeben sich dadurch in Lebensgefahr.
- **Familienleben:** Auch im Bereich der Familien lastet auf Christen muslimischer Herkunft immenser Verfolgungsdruck, obwohl auch andere Kategorien von Christen ein gewisses Maß an Verfolgung erleben. Weit verbreitet sind Zwangsehen, die Verweigerung von Begräbnisplätzen und gezielte Schikanie von Kindern von Christen.

- **Gesellschaftliches Leben:** In islamisch dominierten Gebieten gestaltet sich die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Christen sehr viel schwieriger als in anderen Gebieten. Die aktivsten Verfolger sind zunächst direkte Angehörige der erweiterten Familie (bei Christen muslimischer Herkunft), andere sind nicht-christliche religiöse Anführer und ethnische Leiter.
- **Leben im Staat:** Auf staatlicher Ebene erleben Christen aller Kategorien Verfolgung. Dafür verantwortlich sind islamisch geprägte Regierungsbeamte oder politische Parteien sowie das Zusammenspiel religiöser Anführer und ihrer Gefolgschaft (oft ziehen fanatische Bewegungen auch gewöhnliche Bürger in ihren Bann). Ebenfalls spürbar ist der Einfluss von Organisiertem Verbrechen und Korruption.
- **Kirchliches Leben:** Das Gemeindeleben in Kenia wird stark beeinflusst von der wachsenden Verfolgung, besonders in Gebieten mit Islamischem Extremismus. Eine Auswirkung davon ist, dass der Bau einer Kirche oder die Durchführung von Treffen mit Gefahren verbunden sind. Das Zusammenwirken von Islamischem Extremismus, Exklusivem Stammesdenken sowie Organisiertem Verbrechen und Korruption machen es den staatlichen Behörden schwer, Christen zu schützen.
- **Auftreten von Gewalt:** Das Ausmaß von Gewalt, insbesondere in Form von Ermordungen aufgrund des Glaubens, war im Berichtszeitraum sehr groß. Islamisten brachten Hunderte von Christen um. So erging es 28 Passagieren eines Busses, der am 22. November 2014 in Mandera abfuhr. 36 christliche Arbeiter in einem Steinbruch bei Mandera wurden am 2. Dezember 2014 getötet; am 2. April 2015 fielen 148 Studenten der Universität von Garissa einem Überfall zum Opfer, und am 7. Juli wurden erneut 14 christliche Arbeiter in einem Steinbruch bei Mandera umgebracht. Bei den meisten dieser Morde handelte es sich um gezielte Hinrichtungen von Christen, die zuvor von Muslimen abgesondert worden waren

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Während des Berichtszeitraums hat die Zahl der religiös motivierten Morde drastisch zugenommen. Es besteht kaum Hoffnung, dass die kenianische Regierung künftig in der Lage sein wird, die Christen im Land zu schützen. Das liegt wesentlich an der systematischen Korruption, die das Land plagt. Bei den meisten Vorfällen ist es nie zu einer ordentlichen Untersuchung durch die Polizei gekommen. Die christlichen Teile der kenianischen Gesellschaft sind zunehmend frustriert darüber, dass aus den Reihen der Muslime keine klare Verurteilung der Gewalt gegen Christen kommt. Sollte in den kommenden Jahren keine Lösung zur Beendigung der brutalen Gewalt gefunden werden, die das Leben so vieler Christen gefordert hat, könnten einige Christen der Versuchung erliegen, sich gewaltsam zur Wehr zu setzen. Die Zukunftsperspektive kann wie folgt zusammengefasst werden: 1) Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Islamisten ihre Angriffe auf die christliche Gemeinschaft fortsetzen. 2) Die Beziehung zwischen Christen und Muslimen wird sich weiter verschlechtern. 3) Exklusives Stammesdenken, Säkulare Intoleranz sowie Organisiertes Verbrechen und Korruption werden vermutlich noch stärker zutage treten.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 17: Indien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 68 Punkten belegt Indien Platz 17 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um sechs Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (62 Punkte), als Indien Rang 21 einnahm. Diese Zunahme erklärt sich durch das gewachsene Ausmaß von Verfolgung in allen Lebensbereichen, besonders jedoch im Bereich der Gewalt. Die stärkste Verfolgung geht mit Abstand von extremistischen Hindus aus, doch auch Maoisten und Muslime erhöhen den Druck auf die Christen.



Triebkräfte der Verfolgung

Christen in Indien haben vor allem unter „Religiösem Nationalismus“ und in einem geringeren Maß unter „Islamischem Extremismus“ sowie unter „Kommunistischer Unterdrückung“ zu leiden. Außerdem sind Christen Tag für Tag mit „Organisiertem Verbrechen und Korruption“ konfrontiert, die sich allerdings nicht speziell gegen sie richtet.

- **Religiöser Nationalismus:** Die Durchsetzungskraft der unterschiedlichen Hindu-Organisationen hat in den letzten Jahren zugenommen. Sie behaupten, Indien gehöre dem Hinduismus, und andere Religionen müssen aus dem Land vertrieben werden. Extremer Hinduismus ist mit Abstand die größte Triebkraft der Verfolgung in Indien. Er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig. Aber auch von diversen anderen extremistischen Gruppen geht Verfolgung aus:
 - Extremistische Buddhisten in Ladakh, Neo-Buddhisten in Maharashtra und Uttar Pradesh
 - Extremistische Sikhs in Punjab.
- **Islamischer Extremismus:** In Jammu und Kashmir sowie in Assam sind mehrere islamische Extremistengruppen aktiv, auch Al Kaida hat sich vor kurzem zu Aktivitäten in Assam, Gujarat und anderen Orten bekannt. In mehrheitlich von Muslimen bewohnten Regionen (z.B. Jammu und Kashmir, Westbengalen) werden Christen von Muslimen verfolgt.
- **Kommunistische Unterdrückung:** Die 1967 entstandene maoistische Bewegung, auch als Naxaliten bekannt, wurde erst vor kurzem als ernsthaftes Problem für die indische Regierung eingestuft. Begünstigt wurde die Entstehung durch das starre Gesellschaftssystem, welches als Kasten-System bekannt ist. Die Naxaliten kontrollieren große Teile der ärmeren Bundesstaaten (Chhattisgarh, Jharkhand, Bihar etc., bekannt als der „Rote Korridor“) und verüben unter anderem militärische Aktionen sowie Anschläge auf Regierungsgebäude und Eisenbahnstrecken. In den letzten Jahren wurden in dieser Region mehrere Tausend Christen aus ihren Dörfern vertrieben. Die Anzahl von Angriffen, die von dieser Gruppe gegen Christen ausging, ist noch relativ gering. Werden

Christen jedoch von ihnen für Polizeispitzel gehalten, schrecken sie nicht vor Angriffen zurück.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** In Indien gehört Korruption zur Tagesordnung. Wer etwas erreichen möchte, muss Bestechungsgelder zahlen. Dies betrifft jeden, nicht nur die Christen.

Aktuelle Einflüsse

Indien ist eine Mischung aus Kulturen, Ethnien und Sprachen und es ist dicht besiedelt: Laut Vereinten Nationen leben in Indien im Jahr 2016 1.326.802.000 Menschen, die zweithöchste Bevölkerungszahl nach China.

Das jahrhundertealte Kastensystem ist so tief in der indischen Seele verwurzelt, dass seine Änderung nahezu unmöglich ist. Selbst Religionen, die das Kastensystem nicht anerkennen und eine Lehre der Gleichheit aller Menschen vertreten, sind von dem System geprägt, das sie eigentlich bekämpfen. Der Islam, die Sikh-Religion und auch das Christentum sind dafür Beispiele. Obwohl die Regierung das Kastensystem verboten hat, kommt die indische Nation nicht davon los; Übergriffe auf Menschen niederer Kasten und Unberühmbare (Dalits und Tribals) finden weiter statt. Zahlreiche Beobachter sprechen sogar von einem „rassistischen“ System.

Seit Mai 2014 wird Indien von der Bharatiya Janata Partei (BJP) regiert, angeführt von Ministerpräsident Narendra Modi. Im Ergebnis hat dies zu einem stetigen Anwachsen des extremistischen Hinduismus, der bereits unter der Vorgängerregierung vorhanden war, geführt. Obwohl Intoleranz immer mehr zunahm und Minderheiten ständig angegriffen wurden, sprach sich die Zentralregierung nicht gegen diese Übergriffe aus.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 starteten die Hindus die „Zurück-zu-den-Wurzeln-Kampagne“ („Ghar Vapsi“). Mit ihr sollen Muslime und Christen zurück zum Hinduismus gelockt werden. Es wurden bereits einige große Kampagnen veranstaltet, bei denen Hunderte zum Hinduismus zurückgekehrt sind.

Gleichzeitig gibt es Bemühungen von Seiten der BJP-Abgeordneten, ein landesweit geltendes Gesetz zu verabschieden, welches das Konvertieren zu einem anderen Glauben verbietet. (Bisher gibt es ein solches Gesetz nur in fünf Bundesstaaten). Dieses Gesetz verbietet einzig die Konversion weg vom Hinduismus – ein Anschluss an den Hinduismus wird als „zurück zu den Wurzeln“ eingestuft.

Betroffene Kategorien von Christen

In Indien sind alle Kategorien von Christen vertreten und sie alle sind von Verfolgung betroffen:

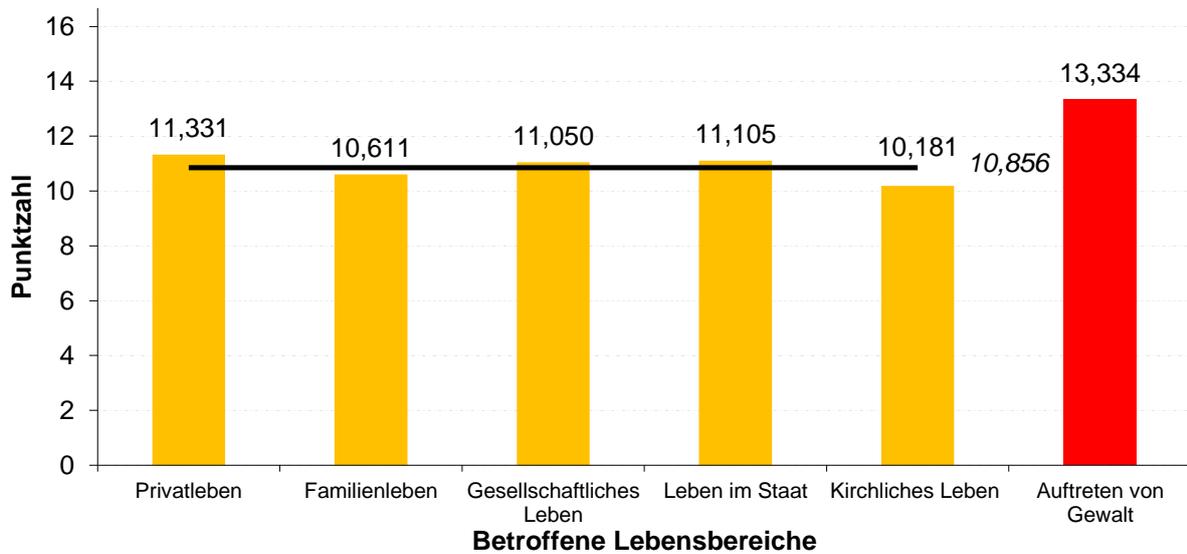
- **Ausländischer Christen und Arbeitsmigranten:** Es gibt mehrere dieser Gemeinschaften im Land. Sie bestehen nicht nur aus Christen aus der westlichen Welt, die in Indien leben und ihre eigenen Kirchengemeinden haben, sondern auch Flüchtlinge zählen dazu. Ein Beispiel ist eine afghanische Gemeinschaft, die sich in Neu-Delhi versammelt. Diese Art von Gemeinschaften zieht nur selten den Zorn der extremistischen Hindus auf sich. Einerseits, weil ihre Mitglieder nur aus den eigenen Landsleuten bestehen, andererseits geschieht eine Missionierung unter den Indern durch sie nur äußerst selten.

- **Angehörige von historisch gewachsenen Kirchen:** Die Mitglieder dieser Kirchen sind schon seit vielen Jahrhunderten in Indien vertreten. Die ersten von ihnen kamen im dritten Jahrhundert ins Land. Zu diesem Zeitpunkt wurde die „Kerala Mar Thoma Kirche“ gegründet. Diese Kirchen wachsen nur sehr langsam, weil sie kaum Außenstehende ansprechen, sondern vor allem innerhalb ihrer Gemeinschaft dienen. Trotzdem wird diese Gruppe von extremistischen Hindus angegriffen, indem sie Kirchen und Grabstätten verwüsten sowie Jesus-Statuen und Kreuze zerstören.
- **Konvertiten mit hinduistischer Herkunft:** Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung in Indien zu leiden. Diese Christen werden täglich drangsaliert und stehen konstant unter Druck, zum Hinduismus zurückzukehren. Sie werden oft krankenhaureif geschlagen und manchmal sogar getötet. Sie leben meist in ländlichen Gebieten, wo sie dem Druck von Familie und Freunden, ihres Umfelds und von lokalen Hindu-Geistlichen sowie Hindu-Extremisten ausgesetzt sind.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen:** (z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) gelten als zweitwichtigstes Ziel der Hindu-Extremisten, da sie aktiv an der Ausbreitung des Evangeliums beteiligt sind. Nach den Konvertiten haben es die extremistischen Hindus besonders auf sie abgesehen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster gibt Auskunft über die Wertung für Religiösen Nationalismus, Islamischen Extremismus und Kommunistische Unterdrückung. Die ersten fünf Säulen stehen für den Druck auf Christen. Die durchschnittliche Wertung (10,856) ist mit der des Vorjahres vergleichbar (10,129). Jedoch hat sich die Punktzahl für Gewalt von 10,926 (WVI 2015) auf 13,334 gesteigert. Dieser Anstieg verdeutlicht die Tatsache, dass die radikalen Hindus ihre Übergriffe auf Christen in diesem Jahr noch verstärkt haben. Weil die Zentralregierung unter Ministerpräsident Narendra Modi nicht gegen diese Gewalttaten einschreitet, erhöht sich auch die Zahl derer, die ungestraft davonkommen. Die extremistischen Hindus fühlen sich dadurch bestätigt und berechtigt, ihre Übergriffe fortzuführen. Das unten aufgeführte Verfolgungsmuster zeigt, dass alle Lebensbereiche gleichmäßig von Verfolgung betroffen sind. Christen können sich in Indien nirgendwo sicher fühlen.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Ein Glaubenswechsel wird nicht nur sozial geächtet, sondern er ist auch in fünf Bundesstaaten ungesetzlich, in denen es ein Anti-Konversions-Gesetz gibt: Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh und Gujarat. In Arunachal Pradesh und in Rajasthan wurde das Gesetz verabschiedet, aber noch nicht umgesetzt. In Tamil Nadu wurde es beschlossen, später jedoch wieder aufgehoben. Die BJP macht kein Geheimnis aus ihrem Plan, ein landesweites Anti-Konversions-Gesetz zu verabschieden. Interessanterweise hat man selbst in Staaten ohne dieses Gesetz, wie z.B. Maharashtra, Jharkhand etc. den Eindruck, als würde es im täglichen Leben längst angewandt werden. Auch in Madhya Pradesh und Chhattisgarh, in denen es Bestrebungen gibt, das existierende Gesetz zu verschärfen, hat es den Anschein, als werde dies von der Bevölkerung vorweggenommen. Christen, die ihren Glauben aktiv weitergeben (Mitglieder protestantischer Freikirchen und Konvertiten) werden häufig überwacht. Sie werden oft während des Gottesdienstes grundlos angegriffen. Viele versammeln sich deshalb ausschließlich in ihren Wohnungen, doch wenn die falschen Menschen von diesen Treffen erfahren, können sie von nicht-staatlichen Akteuren überfallen werden. Wenn diese Christen unter den Verdacht geraten zu missionieren, werden ihre Häuser sowohl von nicht-staatlichen Akteuren als auch von der Polizei durchsucht. Die dabei entdeckte Literatur wird vernichtet oder beschlagnahmt. Für Dalits kann es gefährlich sein, wenn sie sich als Christen zu erkennen geben, Drohungen in sozialen Medien gehören zur Tagesordnung. Auf dem Land werden sichtbare Zeichen für einen anderen Glauben als den Hinduismus (oder den Islam) zu Aggressionen führen, da die Menschen dahinter automatisch eine Bekehrung oder Missionierung vermuten. Die Regierung zensiert keine christlichen Schriften, die im Internet verfügbar sind. Für Christen hinduistischer Herkunft ist es in ländlichen Gebieten jedoch nicht einfach, im Beisein anderer Menschen auf christliche Medien zuzugreifen, denn die Verfolgung geschieht meist schon durch die nächste Verwandtschaft. Aufgrund der Propaganda gegen

Christen (z.B. sollen sie angeblich andere Menschen mittels Geld oder Zwang zur Umkehr bewegen) ist das Thema Glauben immer ein heikles. In den meisten Fällen wird dies zwar nicht automatisch zu Gewalt führen, doch in Gebieten, in denen der Einfluss extremistischer Hindus groß ist, ist die Gefahr entsprechend größer. Dies kann auch zum Kappen der Bindungen von Großfamilien führen. Private Versammlungen zum Gottesdienst sind nicht sicher und christliche Aktivitäten werden überall im Land überwacht. Obwohl nicht gesetzlich vorgeschrieben, müssen Versammlungen, die aller Wahrscheinlichkeit nach mehr Besucher verzeichnen werden als erlaubt, der Polizei gemeldet werden. Es gibt auch Belege für die digitale Überwachung christlicher Leiter. In manchen Fällen werden ehemalige Hindus unter Hausarrest gestellt. Das passiert zwar meistens in ländlichen Gebieten, es gibt jedoch auch Berichte aus Metropolen wie Delhi oder Mumbai.

- **Familienleben:** Nicht nur die neugeborenen Kinder ehemaliger Hindus, sondern auch Konvertiten selbst werden bei der Volkszählung als Hindu registriert. Werden sie darauf hingewiesen, dass es sich um Christen handelt, verlangen die Behörden Taufurkunden, obwohl es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Ehemalige Hindus und Mitglieder unabhängiger protestantischer Gemeinden haben es schwer, eine christliche Hochzeit abzuhalten, wenn dort extremistische Hindu-Gruppierungen aktiv sind. Zeremonien dieser Art werden als christliche Äußerungen verstanden und manchmal sogar als Missionierungsversuch interpretiert. Dies gilt besonders in Gebieten, in denen es nur Hauskirchen oder unabhängige protestantische Gemeinden gibt. In Dörfern und Kleinstädten und manchmal sogar in größeren Städten sind wiederholt Taufzeremonien verhindert worden, besonders bei religiösen Massenveranstaltungen und bei evangelistischen sowie Heilungsgottesdiensten. Es gibt Berichte von christlichen Beerdigungen, die in Nord- und Zentralindien von extremistischen Hindus gestört wurden. In manchen Fällen wurde trotz Vorlage einer Taufurkunde eine Einäscherung des Leichnams nach hinduistischer Sitte erzwungen. Es ist Christen gesetzlich verboten, Kinder zu adoptieren. Adoptionswillige Christen berufen sich auf das Gesetz zum Schutz von Jugendlichen, auch wenn dies mehr ein Schlupfloch und weniger Recht ist. Christliche Kinder müssen an den meisten großen Schulen Yoga und Surya Namaskar (Anbetung der Sonne) praktizieren. Es herrscht Anwesenheitspflicht und gilt für ganz Indien. Verfolgung durch Familienmitglieder ist weit verbreitet, besonders in Form von Hausarrest für Mädchen. Dies wird von den Massenmedien niemals berichtet. Es kam vor, dass ehemalige Hindus von ihren eigenen Eltern angegriffen und manche sogar getötet wurden. Im hinduistischen Personenstandsrecht ist die Hinwendung zu einem anderen Glauben ein anerkannter Scheidungsgrund. Das Erbschaftsgesetz von 1956 besagt, dass ein vom Hinduismus Abgefallener trotzdem erben darf. Direkte Nachkommen dieses Erben dürfen jedoch nur dann die Erbschaft eines Hindus antreten, wenn sie sich noch vor dem Tod des Verwandten zurück zum Hinduismus gewandt haben.
- **Gesellschaftliches Leben:** Drohungen und Behinderungen, die mit der Glaubenszugehörigkeit zu tun haben, sind durch zahlreiche landesweite Kampagnen und Wieder-Bekehrungs-Bewegungen intensiver geworden. Dies gehört für alle Kategorien von Christen mittlerweile zum Alltag. Wenn ehemalige Hindus sich von allgemein

verbreiteten religiösen Praktiken fernhalten, ziehen sie den Zorn der Hindus auf sich. Die Sangh Parivar (eine extremistische Hindu-Organisation) ist für ihre Überwachung von Christen in allen Bereichen des Lebens bekannt. Zahlreiche Hindu-Gruppen nutzen ihre Ortsverbände zur Überwachung. In vielen Staaten ist es Christen aus den unberührbaren Kasten verwehrt, Gemeinschaftseinrichtungen wie z.B. Wasserquellen zu benutzen. Christen, die in einem hinduistischen Umfeld leben, können sich gewissen Verpflichtungen und allgemeinen Riten nicht entziehen, denn sie stehen unter dem dauernden Druck, daran teilzunehmen. Der Druck, ihrem christlichen Glauben zu entsagen, kommt von allen Seiten und ist systematisch aufgebaut: Extremistische Hindus drohen Christen physische Gewalt an, Hindupriester wollen die Christen mit lautem Singen und Beten indoktrinieren, das in den Dorfgemeinschaften abgehalten wird. Die Regierung kürzt Christen die Sozialleistungen, was sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten eine allgemein verbreitete Praxis geworden ist. Im vergangenen Jahr wurde eine konsequente Re-Konvertierungs-Kampagne ins Leben gerufen, durch die Hunderte mittelloser Christen überall im Land zum Anschluss an den Hinduismus gezwungen werden. Teils organisierte soziale Diskriminierung ist unter christlichen Angestellten in Behörden und in der Privatwirtschaft weit verbreitet. So wird ihnen z.B. aufgrund von Nichtigkeiten eine Beförderung verwehrt. Auch wenn Diskriminierung von Christen nicht gesetzlich verankert ist, erfahren sie in der Praxis u.a. bei Darlehenszuschüssen und Regierungsprogrammen Nachteile. In ländlichen Gebieten kann das Christsein dazu führen, von allen Hilfsprogrammen der Regierung ausgeschlossen zu werden. In Rajasthan und Madhya Pradesh erhalten Christen Namenszusätze mit der Endung „Isai“, um damit sicherzustellen, dass sie keine Hilfsmittel erhalten. Die systematische Korruption verschlimmert diesen Zustand noch. So wurden Christen vom Dorfrat (Panchayat) Geldstrafen auferlegt, die, wenn sie nicht bezahlt werden konnten, Vergewaltigungen zur Folge hatten. Das geschieht vor allem in ländlichen Gebieten und wird nur selten angezeigt. Pastoren und Missionare, die eine christliche Gemeinde besuchen, werden von der Polizei routinemäßig verhört (zusammen mit dem Gastgeber und den Teilnehmern). Dies passiert besonders in Dörfern und Gebieten, die von indigenen Volksgruppen und Ureinwohnern bewohnt sind.

- **Leben im Staat:** In fünf Staaten gibt es ein Anti-Konversions-Gesetz: In Odisha, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh und Gujarat. In Arunachal Pradesh und in Rajasthan wurde das Gesetz verabschiedet, aber noch nicht umgesetzt. In Tamil Nadu wurde es beschlossen, später jedoch wieder aufgehoben. Diese Gesetze schränken die Religionsfreiheit ein. Derzeit wird über die Verabschiedung eines landesweiten Anti-Konversions-Gesetzes diskutiert. Vor allem in ländlichen Gebieten, wie in Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Jharkhand, Rajasthan und Arunachal Pradesh, ist es nur erschwert oder gar nicht möglich, eine Konversion zum christlichen Glauben registrieren zu lassen. Die Behörden in manchen Gebieten von Chhattisgarh, Jharkhand und Madhya Pradesh haben christlichen Predigern den Zutritt verboten. Das verstößt zwar gegen die indische Verfassung, es passiert aber trotzdem. Bei Behördengängen werden Christen oft diskriminiert; ein Zustand, der auf ganz Indien zutrifft. Auch Polizeibehörden, die untere Gerichtsbarkeit und Regierungsbehörden verhalten sich Christen gegenüber unterschwellig diskriminierend. Vereinzelt gibt es Christen, die öffentliche Ämter

bekleiden, doch wenn diese Christen einen Vorgesetzten haben, der Hindu-Nationalist ist, werden sie bei Beförderungen vermutlich übergangen werden. Menschen, die für die Behörden arbeiten und sich dann zum christlichen Glauben bekehren, geht es weitaus schlechter, denn es ist gut möglich, dass sie ihre Arbeitsstelle verlieren. Solange Christen sich nicht öffentlich äußern und dadurch das Evangelium verkünden, können sie recht offen ihre Meinung sagen. Nachdem die BJP im Mai 2014 an die Macht kam, mussten alle Gruppen und Organisationen detailliert Fragen zu ihren Aktivitäten beantworten und ein Verzeichnis ihrer ehemaligen sowie gegenwärtigen Angestellten vorlegen. Einige Minderheitenschulen mussten alle Namen ihrer christlichen Schüler nennen. Die Medienwelt setzt sich zu über 90 Prozent aus Hindus der höheren Kaste zusammen und ist Christen gegenüber schon immer voreingenommen gewesen. Dies gilt besonders für lokale Medien, die in ihrer jeweils eigenen Sprache berichten. Sie verbreiten nicht nur Hassliteratur gegen Christen, sondern säen Hass durch die falsche Darstellung von Fakten und durch reißerische Berichterstattung. Nicht nur Christen, auch Muslime werden regelmäßig Opfer von Hassverbrechen und Hetzkampagnen. Die Situation ist deshalb so schlimm, weil die Taten durchweg ungesühnt bleiben, obwohl sie gegen das Gesetz verstoßen. Recht häufig kommt es zu Vandalismus und zur Entweihung und Zerstörung von christlichen Symbolen, vor allem in ländlichen und halbstädtischen Gebieten. In Haryana, Delhi, Zentralindien und Karnataka wurden Kirchen und Kruzifixe geschändet. Es ist für politisch-religiöse Hindu-Gruppen normal, unabhängige Pastoren und Kirchenaktivisten auf Grundlage des berüchtigten Blasphemie-Gesetzes im Visier zu haben. Die indische und pakistanische Blasphemie-Gesetzgebung stammt aus dem „Indischen Strafgesetzbuch“, das von der britischen Kolonialregierung im 19. Jahrhundert verabschiedet wurde. Die Polizei registriert diese Fälle und inhaftiert Pastoren, doch nur wenige wurden zu Haftstrafen verurteilt. Man setzt diese Methoden vor allem als Druckmittel ein. Fast nie wird jemand für Verbrechen gegen die christliche Gemeinschaft bestraft – Straffreiheit ist zur Norm geworden. Die Untätigkeit des Justiz- und Polizeisystems gibt Anlass zu großer Sorge.

- **Kirchliches Leben:** Christen werden regelmäßig behindert, sei es bei kirchlichen Gottesdiensten, privaten Versammlungen oder großen Veranstaltungen. Eine Kirche benötigt keine Registrierung. Schwieriger ist dies jedoch für christliche Verbände und Stiftungen, unter denen die Kirchen betrieben werden, denn die verantwortlichen Behörden sind mit Sympathisanten der Hindu-Extremisten besetzt. Hindu-Gruppen überwachen die Kirchen und stören Versammlungen fast täglich, es gibt zahlreiche Angriffe auf christliche Gemeinden. Der Bau neuer Kirchengebäude in ländlichen und sogar in städtischen Gebieten ist oft mit großem Widerstand verbunden, häufig kommt es zu gewaltsamen Reaktionen. Ein anderes Problem ist die Tatsache, dass ältere Kirchengebäude durch Korruption und Bürokratie nicht renoviert werden können. Aktivitäten, die außerhalb der kirchlichen Räumlichkeiten stattfinden, versteht man sofort als Missionierungsversuch, und selbst wenn die Behörden eine Genehmigung erteilen, stellen sich Kommunen und Hindu-Extremisten dagegen. Eine Aufnahme ehemaliger Hindus sieht man als Bestätigung dafür, dass die Gemeinde missioniert. Oft kontrollieren Hindu-Extremisten und Behörden christliche Schriften auf den Hinweis nach Evangelisation und Bekehrungsaufrufen. Theologische Fachschulen und Bibelschulen wurden in der Vergangenheit oft angegriffen, allerdings nicht, um den

Lehrinhalt zu kontrollieren, sondern den Angreifern geht es dabei darum, durch die schwere Misshandlung von Pastoren und Leitern ein Exempel zu statuieren. Das Verteilen von Schriften und Bibeln wird auf dem Land und sogar in der Stadt behindert, denn es wird direkt mit christlicher Missionierung verbunden. Wenn Kirchengottesdienste oder private Gebetstreffen von Hindu-Extremisten angegriffen werden, verfolgt und verhaftet die Polizei sehr häufig die Christen und nicht die Angreifer und konfisziert Bibeln und andere christliche Literatur als „Beweis für Missionierung“. In vielen Fällen werden Kabelfernsehsender von Hindu-Extremisten bedrängt, christliche Programme zu entfernen, auch wenn sich hinduistische Fernsehkanäle und deren Inhalte vermehren. Indien hat seit den späten 1960er Jahren keine Missionars-Visa mehr ausgestellt. Nicht nur Christen aus dem Ausland wird die Einreise ins Land verwehrt, selbst für NGO-Mitarbeiter und Journalisten wird es zunehmend schwieriger, Visa zu erhalten. Menschenrechtsverteidiger im Allgemeinen, nicht nur christliche Leiter, riskieren viel, wenn sie sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen. John Dayal, ein führender christlicher Aktivist, hat bereits viele Todesdrohungen erhalten und verlor aufgrund seiner Fürsprache seine Arbeit.

- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung gestaltet sich extrem brutal – und diese Brutalität wächst seit einigen Jahren. Die Zahl angezeigter Übergriffe ist extrem hoch, es sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist, denn viele Übergriffe erscheinen nicht in den Medien oder werden von den Open Doors Feldforschern nicht registriert. Innerhalb dieses Berichtszeitraums wurden mindestens neun Christen wegen ihres Glaubens getötet und mindestens 23 (Haus-) Kirchen wurden angegriffen und beschädigt. Über 400 Christen wurden inhaftiert. Mindestens drei Christen wurden verschleppt und mindestens drei Christinnen wurden vergewaltigt. Mehr als 350 Christen wurden körperlich angegriffen. Mindestens 25 Häuser oder Grundstücke von Christen wurden angegriffen und beschädigt. Mindestens drei Christen mussten aus ihren Häusern fliehen. In allen Fällen ist die tatsächliche Anzahl viel höher.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Extremistische Hindus kommen vermehrt ungestraft davon, wenn sie Muslime oder Christen angreifen. Aus diesem Grund breitet sich unter den meisten Christen Angst und Unsicherheit immer weiter aus. Dieser gefährliche Trend der Untätigkeit der Regierung bei Übergriffen gegen Minderheiten wird die Zunahme von Gewalt in den kommenden Jahren weiter begünstigen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 18: Äthiopien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 67 Punkten belegt Äthiopien Platz 18 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im



Jahr 2015 nahm Äthiopien mit 61 Punkten Rang 22 ein. Dies reflektiert den zunehmenden Druck auf Christen in allen Lebensbereichen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die fünf Triebkräfte der Christenverfolgung in Äthiopien sind derzeit „Islamischer Extremismus“ und „Konfessioneller Protektionismus“ als Haupttriebkkräfte. In einem geringeren Maß findet sich „Exklusives Stammesdenken“, „Diktatorische Paranoia“ und „Säkulare Intoleranz“. Diese fünf Triebkräfte der Christenverfolgung schaffen eine komplexe Verfolgungssituation im Land.

- **Islamischer Extremismus:** Die Bevölkerung des Landes besteht zu ungefähr 63 Prozent aus Christen und zu 34 Prozent aus Muslimen. Letztere Gruppe dominiert die Regionen Afar und Somali und Teile des Oromo-Gebiets. Vor dem Hintergrund eines auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zunehmend extremistischen (oder politischen) Islam, hat die Gefährdung aller Kategorien von Christen in sämtlichen Lebensbereichen zugenommen. Dies gilt besonders für die östlichen und südlich-zentralen Landesteile, welche von Muslimen dominiert werden. Die dort lebenden Christen werden von Muslimen drangsaliert und aus der Gemeinschaft ausgegrenzt; der Zugang zu kommunalen Versorgungseinrichtungen wird ihnen verwehrt. Hinzu kommen gewaltsame Übergriffe gegen Christen. Wichtig zu beachten ist der Einfluss der Situation in Somalia und dem Sudan, zwei Länder in denen der extremistische Islam heranwächst, auf Äthiopien.
- **Konfessioneller Protektionismus:** Dies ist die zweite Haupttriebkraft der Christenverfolgung. Viele Jahre lang hat die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) Christen verfolgt, die sich von ihr abgewendet haben, um sich entweder den protestantischen Freikirchen oder einer der Erneuerungsbewegungen innerhalb der EOC anzuschließen. Diese Verfolgung zeigt sich in vielerlei Hinsicht. Beispielsweise greifen Mitglieder der EOC die reformierten Gruppierungen innerhalb der EOC oftmals an. Die Mitglieder der EOC nutzen zudem ihre Verbindungen zur Regierung, um die Entwicklung von nicht-orthodoxen Kirchen einzudämmen. Sie unterstützen beispielsweise auch die Regierung in der Verabschiedung von Gesetzen, die die Ausdehnung des protestantischen Glaubens einschränken soll. So befreit zum Beispiel das Registrierungsgesetz einzig die Orthodoxe Kirche von einer Registrierung.
- **Exklusives Stammesdenken:** Seit 1991 ist „Identität“ ein großes politisches Thema, das alle Lebensbereiche im Land betrifft. Dabei geht es um einen politischen Diskurs, der sich mit Kultur, Sprache und der Geschichte der Stämme auseinandersetzt. Die Suche nach „Wurzeln und Identität“ führte zu einer feindseligen Haltung Einzelner und ganzer Gruppierungen gegenüber Christen. Bis 1974 bestimmte die EOC die Staatsreligion. Von 1974 bis 1991 kam das Land unter kommunistische Herrschaft. Nach 17-jährigem Kampf mehrerer ethnischer Gruppen gegen die Regierung wurden die Kommunisten entmachtet. Den ethnischen Gruppen wurden 1991 im Rahmen der äthiopischen Übergangsverfassung – Statuten, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes eingesetzt wurden – Anerkennung und Schutz ihrer eigenen Kultur und Identität zugesichert. Was anfangs politisch sinnvoll und richtig erschien, mündete schließlich in eine Ablehnung der Christen durch einige dieser ethnischen Gruppierungen. Der Stamm der Oromo beispielsweise will seinen traditionellen Glauben „Wakefeta“ erhalten. Wakefeta ist gleichzeitig Kultur und Religion. Manche Stämme fordern von den Christen, sich an Kämpfen gegen andere Stämme zu beteiligen und bestrafen Verweigerung. In anderen

Regionen wie Afar oder der Somali-Region sind Religion und Stammeszugehörigkeit so eng miteinander verflochten, dass das Verlassen des Islam gleichbedeutend mit dem Verlassen des Stammes ist.

- **Diktatorische Paranoia:** Diese Triebkraft von Verfolgung gewinnt stetig an Bedeutung. Obwohl hochrangige Regierungsmitglieder wie der Sprecher des Repräsentantenhauses und der Premierminister Protestanten sind, ist die Regierung gegenüber Religion im Allgemeinen und Christen im Besonderen argwöhnisch. Zum einen ist die Regierung davon überzeugt, dass jede Religion die Menschen wirksamer organisieren und miteinander verbinden kann, als jeder Demagoge. Würden derart organisierte Gruppen gegen die Regierung aufgewiegelt, wäre die Gefahr eines Umsturzes sehr groß. Zum anderen hält die Regierung die Protestanten für gefährlich, insbesondere die Mitglieder protestantischer Freikirchen. Sie hegt den Verdacht, hinter den Gemeinden stünden vom Ausland gesteuerte Kräfte, die einen Regimewechsel anstreben. Zudem vermutet die Regierung in den Reihen der EOC eine ansehnliche Anzahl von Leitern, die Unterstützer der Oppositionsgruppen sind. Die Regierung hat Gesetze verabschiedet, die den Handlungsspielraum von religiösen Institutionen limitieren. Auf dem Pressefreiheitsindex liegt Äthiopien auf Platz 142 von 180 und im Bericht von Freedom House 2015 wird das Land als „nicht frei“ eingestuft. Im Allgemeinen hängt die Verfolgung von Christen durch die Regierung untrennbar mit der Frage zusammen, wer die Macht hat.
- **Säkulare Intoleranz:** Bis 1974 war die EOC Staatsreligion in Äthiopien. Als 1974 die kommunistische Militärjunta an die Macht kam, vertrieben sie die Religion aus dem öffentlichen Leben. Nach 17 Jahren Bürgerkrieg wurde das Regime 1991 von Rebellen verdrängt. Die Rebellengruppen formten anschließend eine Übergangsregierung. 1995 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. In Artikel 11 der Verfassung steht ausdrücklich: „Staat und Religion sind getrennt; es soll keine Staatsreligion geben; der Staat soll sich nicht in religiöse Angelegenheiten einmischen und die Religion soll sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen.“ Dennoch traten einige Probleme auf. Verfassungsrechtler glauben, dass „es eine Spannung zwischen der Implementierung des Säkularismus in Äthiopien und dem Ausmaß der Durchsetzung dieser säkularen Prinzipien, welche die Religionsfreiheit untergraben, gibt. Das Verbot der Etablierung von Rundfunkprogrammen für religiöse Zwecke, wie auch das Verbot religiöser Aktivitäten in Bildungsinstitutionen schränken die Religionsfreiheit und die Freiheit, Religion zu lehren und zu predigen, ein.“

Aktuelle Einflüsse

Äthiopien ist ein Land, in dem verschiedene Triebkräfte von Verfolgung in allen Lebensbereichen Druck auf Christen ausüben. Verfolgung geschieht hier nicht lautstark, sondern Christen leiden im Stillen. Die folgenden Punkte sollen helfen, die Verfolgungssituation in Äthiopien besser zu verstehen.

Erstens ist Äthiopiens Geschichte seit langer Zeit vom Christentum und dem Islam geprägt. Im Lauf der Zeit haben beide Religionen versucht, ihren Einfluss auszuweiten und dabei manch blutige Schlacht geschlagen, in welche auch ausländische Akteure wie die Türkei, Portugal und Ägypten involviert waren. Zweitens leben in Äthiopien viele Stämme. Sie sind dem christlichen Glauben gegenüber im Allgemeinen nicht wohlgesonnen und in manchen Regionen wie Afar und Somali sind sie mit dem Islam verbunden. Drittens hat die herrschende Partei die Plattformen für Meinungs- und

Versammlungsfreiheit geschlossen und versucht, alle religiösen Institutionen zu kontrollieren, auch um Meinungsverschiedenheiten keinen Raum zu geben. 2009 erließ die Regierung ein Gesetz, das die Religions-, Vereinigungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit einschränkt. Christlichen Wohltätigkeitsverbänden ist es nun verboten, Gelder aus dem Ausland für Menschenrechtsangelegenheiten, Konfliktlösungen und demokratiebezogene Themen zu erhalten. Die regierende Partei festigte ihren Zugriff auf die Macht durch die Behauptung, bei den Wahlen im Mai 2015 100 Prozent der Sitze im Parlament gewonnen zu haben. Es scheint, als habe Premierminister Hailemariam Desalegn alle Aufrufe der internationalen Gemeinschaft nach Reformen, wie etwa der Zivilgesellschaft, der Pressefreiheit, etc. mehr Raum zu gewähren, ignoriert. Ungeachtet dessen bleibt Äthiopien ein Hauptempfänger der internationalen Hilfsprogramme.

Als vierter Punkt taucht erneut die EOC auf, welche gezielt gegen Protestanten und reformorientierte Gruppen innerhalb der EOC selbst vorgeht. Dies geschieht vor allem durch fanatische Untergruppen der EOC. In ihren Magazinen und Zeitungen sowie auf ihren Webseiten verwenden sie hetzerisches Vokabular gegen Protestanten und Evangelikale. Mit Begriffen wie „Neulinge“, „Falsche Propheten“ oder „Menafikan“ (Leugner der Jungfrau Maria und der Heiligen) stellen sie Protestanten als Ungläubige bzw. Abweichler dar. Man nimmt an, dass die protestantische Gemeinschaft im Land jährlich um 6,7 Prozent wächst. Um einen Bezug herzustellen: Laut der Volkszählung von 1994 machten Christen ca. 61,6% der Bevölkerung aus, Muslime 32,8%, Animisten 4,6% und Katholiken 0,9%. In dieser Zeit machten die äthiopisch-orthodoxen Christen die Hälfte der Bevölkerung aus, Protestanten lediglich 10%. Bei einer Zählung 2007 ergab sich, dass orthodoxe Kirchengänger nun lediglich 43,5% der Bevölkerung ausmachten, Protestanten 18,6% und Muslime 33,9%. Dieser rasche demografische Wandel hat Feindseligkeiten gegenüber den Protestanten vonseiten der EOC und der Muslime hervorgerufen. Die meisten Protestanten kommen jedoch aus der EOC.

Betroffene Kategorien von Christen

In Äthiopien gibt es drei Kategorien von Christen:

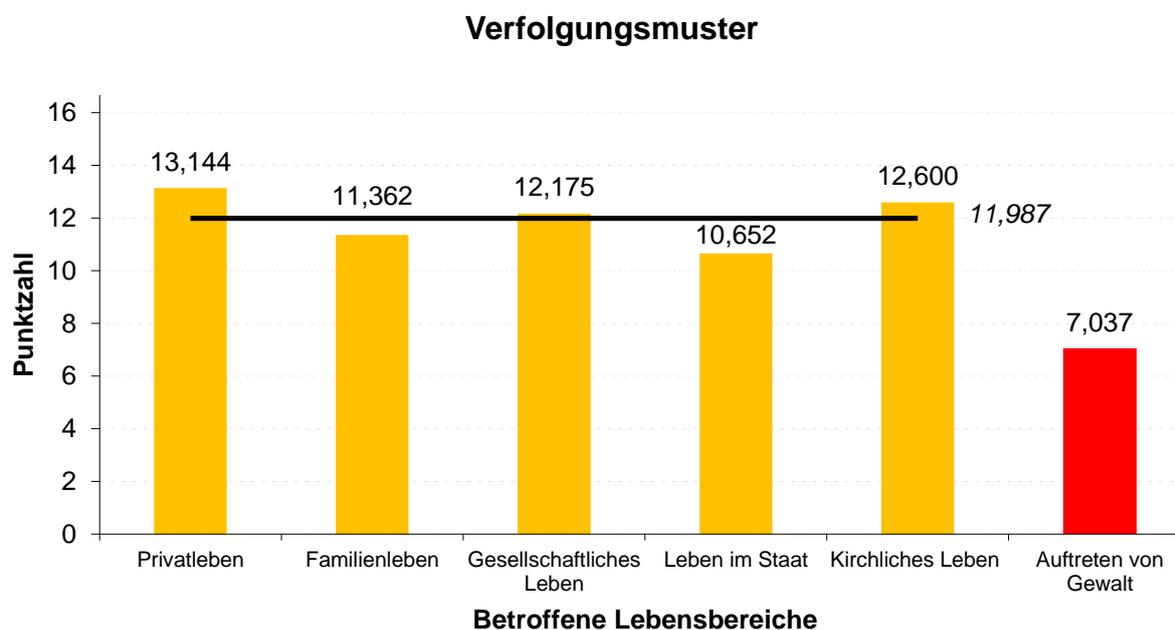
- **Angehörige historisch gewachsener Kirchen:** Die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) ist dafür ein typisches Beispiel. Sie ist im Land stark vertreten. An ihr lässt sich die Komplexität der Verfolgungsdynamik gut aufzeigen, denn sie ist selbst von Verfolgung betroffen und spielt gleichzeitig eine maßgebliche Rolle als Verfolger. Christen dieser Kategorie erfahren Verfolgung durch die Regierung und islamische Extremisten. Auch in Stammesgebieten ist der Druck auf EOC-Mitglieder hoch.
- **Christliche Konvertiten:** Gemeint sind Christen muslimischer Herkunft sowie Christen, die aus traditionellen Kirchen wie der EOC stammen und sich anderen Glaubensrichtungen zugewandt haben; auch ehemalige Anhänger von Naturreligionen fallen unter diesen Begriff. Konvertiten erleben in Äthiopien Verfolgung durch verschiedene Triebkräfte. In vorrangig muslimischen Landesteilen werden Christen muslimischer Herkunft von Mitgliedern ihrer Familie oder Großfamilie bedrängt, außerdem durch Dorfälteste und andere Leiter, wie etwa Leiter nicht-christlicher Religionsgemeinschaften. In von der EOC geprägten Regionen geht die Verfolgung von der EOC aus. In allen Landesteilen ist aber auch die Verfolgung durch die Regierung spürbar. In Gebieten, in denen Exklusives Stammesdenken dominiert, können Konvertiten Verfolgung von Seiten der Anhänger der traditionellen Glaubenssysteme

erfahren und von Muslimen, die versuchen, sie zur Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten zu zwingen.

- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen (z.B. Evangelikale und Pfingstgemeinden):** Diese Kategorie von Christen ist im Land stark vertreten. Sie erleiden vielfältige Verfolgung durch die Regierung, die EOC und den Islam. Diese Gruppe der Protestanten wächst im Vergleich zu anderen Kirchen zahlenmäßig sehr schnell.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Äthiopien zeigt die Werte für Islamischen Extremismus, Konfessionellen Protektionismus, Exklusives Stammesdenken und Diktatorische Paranoia. Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (11,987) zeigt, dass der Druck auf Christen signifikant höher ist als im vergangenen Jahr (10,539). Der höchste Anstieg ist im „Leben im Staat“ und im „Gesellschaftlichen Leben“ zu vermerken. Gefolgt vom „Kirchlichen, Privat- und Familienleben“. Der Wert für „Gewalt“ ist zwar niedriger, bleibt aber weiter relativ hoch: von 8,704 (WVI 2015) auf 7,037. Dies lässt vermuten, dass der kombinierte Effekt der vier Triebkräfte zu einer allmählichen Zunahme von Verfolgung geführt hat. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, ist der Verfolgungsdruck im Bereich „Privatleben“ am stärksten. Die Wertungen für „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“ liegen ebenfalls über dem Durchschnitt.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Äthiopische Christen erleben die meiste Verfolgung in ihrem Privatleben. Widerstand zu erleben, ist für Konvertiten völlig normal. Open Doors Mitarbeiter berichten, dass „Christen muslimischer Herkunft es besonders schwer haben. Eine problemlose Eingliederung von Konvertiten ist in Äthiopien kaum denkbar. Eltern, Familienmitglieder, Verwandte und Bekannte stellen sich ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben für gewöhnlich entgegen.“ Der Besitz christlicher Materialien,

Zugang zu christlichen Medien und selbst das Zusammentreffen mit anderen Christen erweisen sich als problematisch. Wenn ein Christ orthodoxen Hintergrunds die EOC verlässt und sich einer protestantischen Gruppe anschließt (vor Ort werden diese Pentay genannt), werden Familienmitglieder, Priester und andere fanatische Gruppierungen der EOC diese Person verfolgen.

- **Familienleben:** Verfolgung in ihrem Familienleben ist für Christen in Äthiopien relativ üblich. Im Todesfall wird nicht-äthiopisch-orthodoxen Christen ein Platz auf dem Friedhof sowohl in muslimisch dominierten Regionen als auch in EOC dominierten Regionen verweigert. In den muslimischen Regionen müssen christliche Kinder islamische Schulen besuchen. In vielen Teilen des Landes werden Kinder christlicher Eltern zudem wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert.
- **Gesellschaftliches Leben:** In von der EOC geprägten Regionen üben Familie, die Kommune und Kirchenleiter erheblichen Druck auf Anhänger protestantischer Freikirchen und auf Christen, die die EOC verlassen haben, aus. Konvertiten mit muslimischem Hintergrund wird von Seiten der Imame, Madrassa-Lehrern und öffentlichen Leitungsverantwortlichen das Leben schwer gemacht. Mancherorts wird Christen die Nutzung kommunaler Versorgungseinrichtungen verwehrt. In anderen Gegenden werden Christen bewusst überwacht und an ihrem Arbeitsplatz diskriminiert.
- **Leben im Staat:** Die Regierung will unter allen Umständen jeden Bereich der Gesellschaft kontrollieren. Religionsfreiheit wird konsequent durch entsprechende Gesetzgebung sowie durch Einschränkung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterdrückt. Sicherheits- und Verwaltungsaufgaben werden als Grund genutzt, um missionarische Aktivitäten im Land zu verhindern. Berichten zufolge sind Regierungsbehörden auch nachlässig in der Strafverfolgung von Gewalttaten gegen Christen. Auch andere Triebkräfte nutzen ihren Einfluss in der Regierung gegen Christen. Beispielsweise sind in manchen Regionen das Schul- und auch das Gerichtssystem so konzipiert, dass sie Christen negativ betreffen.
- **Kirchliches Leben:** Die Registrierung von Religionsgemeinschaften ist ein Problem. Muslimische Gemeinschaften und die EOC unterliegen dieser Anforderung nicht, für andere christliche Gemeinschaften ist eine Registrierung die Voraussetzung, um legal tätig zu werden. Beamte mit Beziehungen zur EOC beobachten Berichten zufolge andere christliche Gemeinschaften. In muslimischen Regionen kann es riskant sein, sich öffentlich gegen Verfolger zu stellen. Gemeindeleiter wagen sich hier meist nicht aus der Deckung. Aus Angst vor Übergriffen verstecken zudem viele Konvertiten ihren Glauben in Regionen in denen der Islam weit verbreitet ist.
- **Auftreten von Gewalt:** Wenn man das Verfolgungsmuster betrachtet, ist der Wert für Gewalt im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Dennoch gab es einige gewalttätige Übergriffe. Laut Berichten eines Open Doors Feldforschers gab es im Berichtszeitraum 135 Vorfälle. Die Vorfälle waren vor allem auf die Triebkräfte der Verfolgung Islamischer Extremismus und Konfessioneller Protektionismus zurückzuführen. Der Islamische Extremismus war für ca. 50 Prozent der Vorfälle

verantwortlich, Konfessioneller Protektionismus für ca. 25 Prozent. Drei Christen wurden ermordet. Viele Kirchen wurden zerstört und es gab gewalttätige Übergriffe auf das Eigentum von Christen. So waren einige Christen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen und/oder abzutauchen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Die Zukunft der Kirche Äthiopiens hängt von folgenden Faktoren ab: Erstens spielen die seit vielen Jahren bestehende strukturelle Vetternwirtschaft und offene Diskriminierung eine große Rolle (Begünstigung der EOC). Zweitens wurde in der Vergangenheit die Verfolgung dadurch verstärkt, dass die Regierung geschickt eine Gruppe gegen die andere ausgespielt hat, um ihre politische Macht zu erhalten. So wird Gewalt gegen Kirchengebäude und Christen von der Regierung häufig nicht geahndet (Politik der Beschwichtigung). Drittens schwächt der Konflikt zwischen den unterschiedlichen christlichen Kirchen die Gemeinschaft der Christen und verhindert ein gemeinsames Aufstehen gegen Verfolgung. Heftigste diesbezügliche Vorwürfe seitens der EOC gegenüber den Protestanten zeigen dies deutlich.

Nicht zuletzt spielen auch regionale Dynamiken eine Rolle. Äthiopien liegt am Horn von Afrika – einer der unberechenbarsten Regionen des Kontinents. Der Zustrom von Somaliern hat starke Auswirkungen auf die Christen in Äthiopien, denn mit mehr als fünf Millionen Somaliern ist Äthiopien das Land mit der größten somalischen Gemeinschaft außerhalb Somalias. Die beiden Länder teilen eine lange gemeinsame, sehr durchlässige Grenze. Somalias militante Islamisten stellen gerne heraus, dass Äthiopien ein christliches Land sei und daher historisch betrachtet als Feind gilt. Diese Einschätzung unterstrich einer ihrer Anführer, als er Somalia aufgrund Äthiopiens militärischen Vorgehens gegen Al Shabaab Milizen in Somalia als „ein muslimisches, arabisches Land, das von dem christlichen Land Äthiopien überfallen wurde“ bezeichnete. Dabei ist zu beachten, dass Al Shabaab Äthiopien mehrfach mit Angriffen gedroht hat. Ohne eine entscheidende Schwächung von Al Shabaab Milizen stehen Äthiopien in den nächsten Jahren ähnliche Angriffe wie die in Kenia bevor.

Die Zukunft wird vermutlich wie folgt aussehen: Die Verfolgung der Christen (insbesondere Protestanten) wird von extremistischen Muslimen und aus den Reihen fanatischer Gruppierungen innerhalb der EOC vorangetrieben. Islamischer Extremismus wird weiter zunehmen und zukünftig eine Gefahr für den Staat und die Christen darstellen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 19: Turkmenistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 66 Punkten belegt Turkmenistan Platz 19 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um 3 Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (63), als das Land Rang 20 einnahm. Der leichte Punktanstieg erklärt sich aus



verstärkter „Diktatorischer Paranoia“ – besonders in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Es liegen weniger Berichte über Auftreten von Gewalt vor als im Vorjahr.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung in Turkmenistan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße „Islamischer Extremismus“. Die Diktatorische Paranoia in Turkmenistan ist allerdings ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit und aus „Kommunistischer Unterdrückung“ entstanden, obwohl die kommunistische Ideologie in Turkmenistan seit vielen Jahren keine Rolle mehr spielt.

- **Diktatorische Paranoia:** Außerhalb der staatlich betriebenen und kontrollierten Einrichtungen sind keine religiösen Aktivitäten, gleich welcher Art, erlaubt. Protestanten und Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ bezeichnet, weil sie ihre Religion außerhalb der genehmigten staatlichen Strukturen ausüben. Mitglieder protestantischer Kirchen gelten als Anhänger einer fremden Sekte, die Spionage und die Vernichtung des gegenwärtigen politischen Systems zum Ziel hat. Daher müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern, wenn nötig, sogar beseitigt werden. Sicherheitskräfte haben Abhörmaßnahmen verstärkt, um „Extremisten“ aufzuspüren. Dies betraf auch Christen und Kirchen. Weitere Maßregelungen beziehen sich auf die religiöse Bildung, unabhängig von der Religionszugehörigkeit.
- **Kommunistische Unterdrückung:** Auf diesem historischem Fundament ist das gegenwärtige Regime gegründet, doch die kommunistische Ideologie trägt zur heutigen Positionierung des Regimes nichts mehr bei. Allerdings sind viele der gegenwärtigen Kontrollsysteme und Mechanismen Überbleibsel des kommunistischen Systems.
- **Islamischer Extremismus:** Der Druck vonseiten der muslimischen Bevölkerung auf Christen gilt besonders Christen muslimischer Herkunft. Wenden sich Einheimische dem christlichen Glauben zu, erleben sie Druck und gelegentlich sogar körperliche Gewalt von ihren Familien, Freunden und der Gesellschaft, um sie zur Umkehr und Rückkehr zu ihrem alten Glauben zu zwingen. Einige von ihnen werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Zusätzlichen Druck erzeugen lokale Mullahs, die gegen die Konvertiten predigen. Letztendlich kann es zu einer Verstoßung aus der Gemeinschaft kommen. Infolgedessen versuchen diese Christen, ihren Glauben zu verheimlichen und werden zu sogenannten „Christen im Untergrund“. Ein speziell turkmenisches Phänomen ist, dass der lokale Religionsrat von einem einheimischen Imam geleitet wird, der Druck auf alle Christen ausübt, besonders mit muslimischer Herkunft.

Aktuelle Einflüsse

Die Entwicklung Turkmenistans wird besonders nach der Entdeckung enormer Öl- und Gasvorkommen rasch vorangetrieben. Dieser Vorstoß hat allerdings zwei Seiten: Einerseits stehen plötzlich große Geldsummen für Investitionen zur Verfügung. Beispielhaft dafür sind Berichte von Planungen, die Hauptstadt Aschgabat zu einer „Marmorstadt“ auszubauen. Die Kehrseite dieser neuen Perspektive besteht jedoch darin, dass sich das Land in eine wachsende Abhängigkeit von den

Exportgütern Öl und Gas begibt. Hinzu kommt, dass angesichts des hohen Maßes an Heimlichtuerei und Korruption mutmaßlich nur eine kleine Gruppe von Menschen davon profitieren wird.

Turkmenen leben in vielen verschiedenen Ländern, angefangen von Turkmenistan, Afghanistan, Iran, dem Norden Pakistans, Syrien und Irak bis in den Nordkaukasus („Stavropol Krai“). Zwischen den einzelnen Gruppen gibt es Verbindungen. Zudem sind Turkmenen in die Kämpfe islamistischer Dschihadisten im Nahen Osten (Islamischer Staat) und auf dem indischen Subkontinent (Al Kaida) verstrickt. Das Regime in Aschgabat fürchtet den Einfluss heimkehrender Dschihadisten und überwacht daher alle Religionen genauestens.

Turkmenistan gilt als eines der am wenigsten freien Länder der Welt. Es besteht keinerlei Informations- oder Pressefreiheit. Der Zugang zum Land wird Ausländern extrem erschwert. Um Präsident Berdimuhamedow gibt es einen Personenkult. Hinzu kommen ein hohes Maß an Überwachung aller gesellschaftlichen Gruppen (einschließlich Christen) sowie starke Zugangsbeschränkungen zu ausländischen Medien und anderen Informationsquellen. Folglich ist es auch schwierig, Informationen außer Landes zu bringen.

Betroffene Kategorien von Christen

Aufgrund des von staatlicher Seite für Ausländer sehr erschwerten Aufenthaltes im Land gibt es keine christlichen Gemeinschaften von Ausländern. Jedoch existieren alle anderen Kategorien von Christen im Land und erleben Verfolgung.

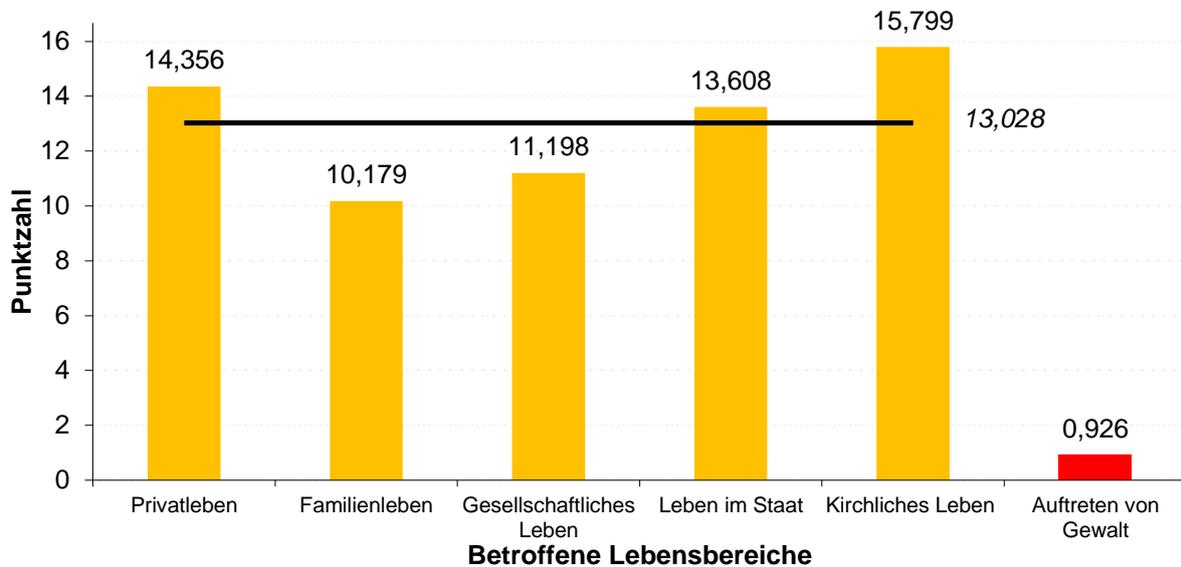
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Die russisch-orthodoxe Kirche hat sich an die Restriktionen seitens der Regierung gewöhnt und wird in der Ausübung ihres Glaubens daher kaum gestört. Gottesdienste mögen überwacht, können jedoch ungehindert durchgeführt werden und die Gemeindemitglieder dürfen sich treffen. Das Drucken und Importieren christlicher Materialien sowie ausländische Mitarbeiter sind verboten.
- **Christen muslimischer Herkunft:** In Turkmenistan bekommen Konvertiten die volle Wucht der Verfolgung zu spüren. Neben dem Staat werden sie zusätzlich noch von der eigenen Familie, Freunden und der Gesellschaft unter Druck gesetzt. Letzteres ist hierbei das Wirkungsvollste, da dies ihr alltägliches Leben dominiert.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen** (wie Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden): Sie sind die zweite unter Verfolgung leidende Gruppe in Turkmenistan, vor allem, wenn sie nicht registriert sind. Sie sind Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Turkmenistan zeigt die Wertungen für „Diktatorische Paranoia“ und „Islamischen Extremismus“. Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (13,028), die den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen zeigen, ist leicht höher als im Vorjahr (12,599). Die Punktzahl für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ (0,926) ist ebenfalls höher als im Vorjahr (0,185). Zusätzliche Berichte von Razzien und ein leicht erhöhter Druck auf Christen seitens des Regimes sind hierfür verantwortlich. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ am

stärksten. Das ist typisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die führende Triebkraft der Verfolgung ist. Druck durch Islamischen Extremismus schlägt sich am meisten in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ nieder und wird durch das soziale Umfeld ausgeübt, während Diktatorische Paranoia – der Druck vonseiten des Regimes – vor allem im „Privatleben“, im „Leben im Staat“ und im „Kirchlichen Leben“ spürbar wird.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Ein Glaubenswechsel löst die heftigsten Reaktionen innerhalb des sozialen und kulturellen Umfeldes aus. Er wird als Beleidigung der Familienehre betrachtet. Der Staat und seine Agenten beobachten dies sehr streng, da Glaubenswechsel soziale Unruhen erzeugen. Infolgedessen erleiden nicht nur Neubekehrte Druck, sondern auch Christen, die in der Evangelisation aktiv sind. Nachbarn verraten christliche Hausgottesdienste an die Polizei und werden von der Regierung für diese Information bezahlt. Alle Christen wissen, dass der Besitz christlichen Materials eine Strafe nach sich zieht (es muss eine Genehmigung vorliegen, welche aber fast nie erteilt wird). Für Konvertiten besteht zusätzlich die Gefahr der Entdeckung durch ihre Verwandten. Aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen werden Christen ständig beobachtet, unterdrückt und bedroht. Für Christen muslimischer Herkunft ist es sehr riskant, christliche Symbole zu zeigen, da dies als Verrat gilt und Christen daraufhin gezwungen wurden, ihren Glauben öffentlich zu widerrufen. Alle staatlichen Medien sind unter staatlicher Kontrolle – und daher für die Christen unzugänglich. Der Internet-Zugang wird streng überwacht und der Internetanbieter gehört dem Staat. Manche Internetseiten sind gesperrt und in ländlichen Gebieten ist es schwierig, überhaupt Zugang zu bekommen. Christen muslimischer Herkunft können kaum mit Mitgliedern der Familie über ihren neuen Glauben sprechen. Dies wird sofort mit Scham und Fragen der Ehre in Verbindung gebracht und die Familie wird alles daran setzen, den Konvertiten zur Umkehr zum alten Glauben zu zwingen. Für Christen besteht auch ein hohes Risiko, mit nicht-christlichen Personen über ihren Glauben zu sprechen. Berichten

zufolge werden Protestanten und andere christliche Gruppen, auch die Zeugen Jehovas, ständig vom staatlichen Geheimdienst überwacht. Die Intensität der Überwachung ist in Turkmenistan sehr hoch, sogar private Treffen zwischen Christen werden überwacht.

- **Familienleben:** Religiöse Aktivitäten (einschließlich christliche Feiern wie Hochzeiten) werden streng kontrolliert. Nur angemeldete Organisationen können solche Aktivitäten durchführen und selbst registrierte Gruppen ziehen es vor, die Behörden im Voraus über ihre Aktivitäten zu informieren, um die Belästigung durch die Geheimpolizei und andere zu vermeiden. Nichtregistrierte Gruppen dürfen keine religiösen Aktivitäten wie etwa Taufen durchführen. Nur die russisch-orthodoxe Kirche erfährt keine engen Einschränkungen. Das Begräbnis von Konvertiten hat bereits zu Problemen geführt. Mullahs in Turkmenabat und Mary erklärten, dass Christen muslimischer Herkunft nicht auf islamischen Friedhöfen begraben werden dürfen. Weder an öffentlichen noch an privaten Schulen gibt es eine offizielle religiöse Bildung, da dies von der Regierung untersagt ist. Vielmehr gibt es in Schulen gegen Christen gerichtete Unterrichtsstunden, die mit Imamen arrangiert werden, und alle Schüler sind gezwungen, die islamischen Feiertage einzuhalten. Kinder aus christlichen Familien werden oft aus der Gemeinschaft mit nicht-christlichen Kindern ausgeschlossen. Sie werden häufig in der Schule vor allen Kindern gedemütigt und erleben üble Nachrede. Christen muslimischer Herkunft können von ihren eigenen Familienmitgliedern unter Hausarrest gestellt werden. Wird ein Familienmitglied Christ, üben Familie, Freunde und Gemeinschaft Druck auf den Ehepartner aus, sich scheiden zu lassen. Besonders Christen muslimischer Herkunft riskieren den Verlust ihres Erbes.
- **Gesellschaftliches Leben:** Berichten zufolge werden Christen Opfer von Bedrohung, Belästigung, sexuellen Übergriffen, Gefängnis, geheimen Polizeirazzien und willkürlicher Verhaftung. Turkmenistan ist eines der am meist verschlossenen Regimes der ehemaligen Sowjetunion und stützt sich auf repressive Kontrolle und unterdrückende Gesetze. Christen werden von unterschiedlichen Organisationen des Staates einschließlich der Geheimpolizei dauerhaft beobachtet. Weibliche Konvertiten, die in konservativ geprägten Regionen leben, laufen Gefahr, entführt und mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden. Konvertiten werden unter hohem Druck gesetzt, an nicht-christlichen religiösen Veranstaltungen teilzunehmen. Es gab auch Vorfälle, dass Christen gezwungen wurden, in Moscheen ihren Glauben zu widerrufen. Christen ist es nicht erlaubt, an kommunalen Foren oder Veranstaltungen teilzunehmen. Veranstaltungen, die von christlichen Gruppen organisiert werden, werden so stark vom Staat überwacht, dass sich einige Gruppen entscheiden, den Behörden all ihre Aktivitäten und Versammlungen im Voraus zu melden, um unnötige Schikanen und Untersuchungen zu vermeiden. Im Berichtszeitraum wurden viele von Christen bewohnte Häuser Ziel von Razzien. Christen mussten eine Geldstrafe wegen einer angeblich religiösen Versammlung zahlen, obwohl dies gar nicht der Fall war. Nicht-orthodoxen Christen werden Bildungschancen verweigert. Christen werden lächerlich gemacht und manchmal von der Hochschulbildung ausgeschlossen. Aktive Christen gehen das hohe Risiko ein, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Christliche Geschäftsbesitzer verschweigen oftmals ihren Glauben, da dies negative Folgen für ihre Firma bedeuten kann. Nicht russisch-orthodoxe Christen bekommen regelmäßig hohe Geldstrafen

aufgelegt. Werden Versammlungen in Turkmenistan gestürmt, was auch bei angemeldeten Gruppen vorkommt, werden alle Anwesenden befragt, viele werden festgehalten, vielen werden Bußgelder erteilt und alle gefundenen Materialien werden beschlagnahmt. Wenn festgestellt wird, dass eine Person sich dem christlichen Glauben zugewandt hat, erfährt diese Person sehr viel Druck. Christen werden verprügelt, unter Hausarrest gestellt oder ausgegrenzt.

- **Leben im Staat:** Um Präsident Berdimuhamedow entwickelt sich ein Personenkult. Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, ist dies in der Praxis nicht der Fall. Turkmenistan ist einer der weltweit größten Verletzer von Religionsfreiheit und wird vom Außenministerium der USA als „besonders besorgniserregendes Land“ eingestuft. Die Landesgesetze verstoßen gegen die international garantierten Menschenrechte und die Christen des Landes berichten von Festnahmen, Gefängnis, Drohungen und verbalen Beleidigungen, Schlägen, Beschlagnahmungen und sexuellen Übergriffen. Es besteht Wehrpflicht in Turkmenistan, das turkmenische Gesetz ermöglicht jedoch keine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Wer den Militärdienst verweigert, kann bis zu zwei Jahren ins Gefängnis gesperrt werden. Die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen ist in Turkmenistan ein wichtiges Thema, welches auch die Kritik der internationalen Gemeinschaft hervorgerufen hat. Der Staat überwacht aktive Pastoren. Sie werden an im Land verteilten Kontrollpunkten angehalten. In der Vergangenheit wurde bekannten Christen eine Ausreise am Flughafen verweigert. Es ist unmöglich für Christen, einen staatlichen Arbeitsplatz zu erhalten. Christen werden aktiv daran gehindert, ihre Ansichten und Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern. Turkmenistan ist das am stärksten verschlossene Land der ehemaligen Sowjetunion und alle Aktivitäten religiöser Gruppen stehen unter strenger Kontrolle. Viele Gruppen und Einzelpersonen wurden schon wegen religiöser Aktivitäten bestraft. Nach Regierungsangaben gibt es 13 russisch-orthodoxe Organisationen und 11 Organisationen, die weitere christliche Gruppen sowie auch Bahai und Hare Krishna vertreten. Viele christliche Gruppen können sich wegen des beschwerlichen Prozesses nicht registrieren lassen und selbst registrierte Gruppen stehen unter andauerndem Druck und ihre Mitglieder riskieren Strafverfolgung. Die staatlich kontrollierten Medien bezeichnen die christlichen Kirchen als „Sekten“ und verzerren die Fakten. Informationen, dass Christen Kinder stehlen und opfern, werden immer noch im ganzen Land verbreitet. Es gab einige öffentliche christenfeindliche Versammlungen unter direkter Beteiligung verschiedener Imame, in denen Drohungen gegen turkmenische Christen gerichtet wurden. Nur registrierte Kirchen dürfen christliche Symbole zeigen, aufgrund des hohen Drucks werden Symbole aber meist nur innerhalb der Kirche gezeigt. Agenten des Staates und Mitglieder der lokalen Kommunen können Christen ungestraft angreifen. Vor Gericht werden Christen unfair behandelt. Das repressive Regime Turkmenistans lässt die internationale Beobachtung von Gerichtsverhandlungen generell nicht zu und ganz sicher nicht bei Christen.
- **Kirchliches Leben:** Die Gesetze des Landes erlauben religiöse Aktivitäten nur an dafür genehmigten Plätzen. Das 2003 erlassene Religionsgesetz untersagt jegliche Hausgottesdienste und verbietet religiöse Aktivitäten von nichtregistrierten Organisationen. Strafmaßnahmen beinhalten Festnahme und Inhaftierung. Eine

Registrierung zu erlangen, ist schwierig. Doch ist diese notwendig, um als Kirche tätig zu sein. Es werden kaum Registrierungen erteilt, obwohl sich einzelne Gemeinden schon länger als ein Jahrzehnt darum bemühen. Alle religiösen Aktivitäten werden aufmerksam vom Staat überwacht. Es ist nahezu unmöglich, die Baugenehmigung für eine neue Kirche zu erhalten, und die Instandhaltung bestehender Kirchen wird sehr erschwert. In der Vergangenheit wurden Gottesdienste unterbrochen und Razzien durchgeführt, dies geschieht auch heute noch. Es ist unmöglich, christliche Aktivitäten außerhalb des Kirchengeländes zu organisieren. Die Arbeit unter bzw. mit Jugendlichen ist verboten und Jugendlager wurden durchsucht. Religionsunterricht jeglicher Art ist an staatlichen Schulen nicht gestattet. Nicht-orthodoxe Christen sind Ziel diskriminierender Benachteiligungen. Die Veröffentlichung christlich-religiöser Materialien in Turkmenistan ist strengstens verboten. Das Importieren solcher Materialien ist nur für einige angemeldete Gruppen gestattet, steht aber unter strengster staatlicher Beobachtung. Der Verkauf von christlichen Materialien in der Öffentlichkeit ist verboten. Materialien werden bei Razzien in Kirchen und Wohnhäusern routinemäßig beschlagnahmt. Es gibt keine christlichen Seminare oder Schulungszentren im Land. Kirchenleiter und Pastoren gelten als Hauptverantwortliche für Evangelisation und Mission und werden deshalb besonders angegriffen. Der Staat gestattet keine christlichen Organisationen, Institutionen oder Schulen noch erlaubt er christliche gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Vereinigungen. Christliche Mitarbeiter aus dem Ausland dürfen nur in Turkmenistan aktiv sein, wenn eine registrierte Kirche eine Erlaubnis von den Behörden erhalten hat, was fast unmöglich ist. Da die Behörden die größten Verfolger im Lande sind, ist es sehr gefährlich (und nutzlos), sich gegen sie zu äußern, dies verschlimmert nur die Bestrafung.

- **Auftreten von Gewalt:** Oberflächlich betrachtet scheint Verfolgung in Turkmenistan nicht sehr gewaltsam zu sein, aber dies kommt daher, dass Christen aus Furcht vor drohenden Konsequenzen solche Vorfälle nicht melden. Mindestens 10 Christen wurden festgenommen, während der inhaftierte Christ Umid Gajayev im Februar 2015 freigelassen wurde. Mindestens ein Auto eines Christen wurde beschlagnahmt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Nach Usbekistan ist Turkmenistan der für religiöse Minderheiten repressivste Staat in Zentralasien. Angesichts des wachsenden Nationalismus und der „geistlichen Führung“, die der neue Präsident dem Land geben soll, wird sich die Situation der Christen in Turkmenistan kaum verändern.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 20: Vietnam

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 66 Punkten belegt Vietnam Platz 20 auf dem Weltverfolgungsindex(WVI) 2016. 2015 belegte Vietnam mit 68 Punkten Platz 16. Die geringere Wertung liegt jedoch nicht an einer verbesserten Verfolgungssituation, was auch durch eine höhere Wertung im Bereich Gewalt verdeutlicht wird.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Vietnam sind: „Kommunistische Unterdrückung“ und „Exklusives Stammesdenken“.



- Kommunistische Unterdrückung:** Vietnam – oder offiziell: die „Sozialistische Republik Vietnam“ – ist eines von fünf verbliebenen Ländern, das von einer kommunistischen Partei regiert wird. Die Frage, wie viel Kommunismus es in diesem Land noch gibt, kann man endlos diskutieren. Hier reicht die Feststellung, dass Verwaltung und Kontrolle nach wie vor hauptsächlich kommunistisch geprägt sind und man es daher nicht wirklich als demokratisch bezeichnen kann. Das Volk wählt zwar die Mitglieder der Nationalversammlung, die wahre Macht hat aber nach wie vor die Partei und ihr Zentralkomitee inne. Vietnam überwacht alle Christen und übt auf sie ein hohes Maß an Druck aus. Die Regierung nimmt sogar das Risiko internationaler Schelte in Kauf, wie zuletzt, als der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit zwar offiziell eingeladen, doch bei seinem Besuch im Juli 2014 daran gehindert wurde, alle erwünschten Regionen zu bereisen und sich mit Vertretern religiöser Minderheiten zu treffen. Die Katholische Kirche ist in Vietnam die mit Abstand größte Gemeinschaft von Christen, doch steht ihre Beziehung zu den Behörden auf wackeligen Beinen. Da sie einer ausländischen Autorität folgt, wird sie oft als koloniales Erbe angesehen. Man hört besonders in ländlichen Gebieten noch Stereotype wie „Katholiken sind Franzosen und Protestanten sind Amerikaner“. Besonders argwöhnisch geht die Regierung mit ethnischen Minderheiten, den „Montagnards“ um, die in der zentralen und nördlichen Bergregion angesiedelt sind. Viele von ihnen sind protestantische Christen und Berichten zufolge ist der Protestantismus im ersten Jahrzehnt des Jahrtausends um beachtliche 600 Prozent angestiegen. Daher ist es kein Wunder, dass die Behörden nervös geworden sind.
- Exklusives Stammesdenken:** Es gibt keine sicheren Zahlen, doch schätzungsweise zwei Drittel aller Christen, darunter 80 Prozent der Protestanten, haben einen Stammeshintergrund, viele von ihnen gehören dem Stamm der Hmong an. Der Druck, zu ihrem traditionellen Glauben zurückzukehren und an den Ritualen wie Tieropfern teilzunehmen, ist besonders in ländlichen Gebieten sehr groß.

Aktuelle Einflüsse

Vietnam folgt weiterhin der „Doi Moi“ Politik (wörtlich übersetzt: Renovierung), eingeführt im Jahr 1986. Sie soll den Wirtschaftssektor reformieren und verbessern. Dadurch wurden gute Ergebnisse erzielt, das Bruttoinlandsprodukt hat sich binnen zehn Jahren verdoppelt, außerdem hat sich die Armut verringert und der Arbeitsmarkt verbessert. Jedoch kostet diese Politik einen Preis. Viele der kommunistischen Führer aus Politik und Militär erwarben dadurch großen Reichtum, was die Ideologie des Landes in eine Krise stürzte. Gerade in den Städten ist der Kommunismus im Vergleich zum realen Leben zu einer Phrase geworden und viele junge Leute beginnen vermehrt, Fragen zu stellen. Die Hauptstadt Hanoi und der gesamte nördliche Teil des Landes sehen sich einer wachsenden Drogenproblematik gegenüber, da Jugendliche vermehrt versuchen, ihre innere Leere zu füllen.

Zudem sind die wachsenden Spannungen mit Vietnams großem Nachbarn China ein weiteres Problem, das auch kommunistisch regiert wird. Die Mehrheit der Bevölkerung (Kinh) ist im Grunde chinesisch-stämmig (Viet Nam bedeutet wörtlich „Land im Süden“, von China aus gesehen), jedoch haben sich die Beziehungen in letzter Zeit verhärtet. Der Stein des Anstoßes ist Chinas Aktivität im südchinesischen Meer. China beansprucht das Gebiet für sich allein und ignoriert alle eventuellen Ansprüche anderer Staaten, obwohl manche von ihnen durch internationales Recht berechtigt sein könnten. So hat China nicht nur vietnamesische Schiffe in Seegebieten angegriffen, die es für sich beansprucht, sondern fing auch mit dem Bau von Konstruktionen auf Riffen und Felsen an, um diesen Anspruch zu unterstreichen. Dies führte zu gewaltsamen Angriffen auf chinesische Firmen in Vietnam. Berichten zufolge erwägt Vietnam sogar, es den Philippinen gleichzutun und den Konflikt vor internationale Tribunale zu bringen. Derzeit hat sich das Land jedoch dagegen entschieden und hofft auf Hilfe von den USA. Und so bewirkt der Konflikt mit China eine Annäherung zweier ehemaliger Erzfeinde.

Auch wenn die ethnischen Konflikte zwischen den Kinh und der Minderheit der (überwiegend christlichen) „Montagnards“ in den vergangenen Jahren etwas abgeebbt sind, bleibt der Konflikt für das Land eine Herausforderung. Erst kürzlich rückte dieser Konflikt wieder in den internationalen Fokus, als Dutzende „Montagnards“ über die Grenze nach Kambodscha flohen. Sogar die UN schaltete sich ein. Kambodscha schickte die Menschen zurück und behauptete, es habe sich um Wirtschaftsflüchtlinge gehandelt, obwohl diese wie folgt zitiert wurden: „Es ist besser, im Dschungel von Kambodscha zu sterben, als in Vietnam unter Verfolgung zu leiden.“

Betroffene Kategorien von Christen

In Vietnam sind alle Kategorien von Christen vertreten. Sie alle sind von Verfolgung betroffen:

- **Ausländische und zugewanderte Christen** werden überwacht.
- **Christen aus traditionellen Kirchen**, wie aus der Römisch-Katholischen Kirche sind Feindseligkeiten ausgesetzt und es gibt Bestrebungen, weitere Kirchengebäude, Schulen und Krankenhäuser zu enteignen. Katholische Aktivisten (z.B. Blogger) werden weiterhin festgenommen und bestraft. Andererseits gibt es vermehrt Meldungen von verbesserten Beziehungen zur Führung der Katholischen Kirche.

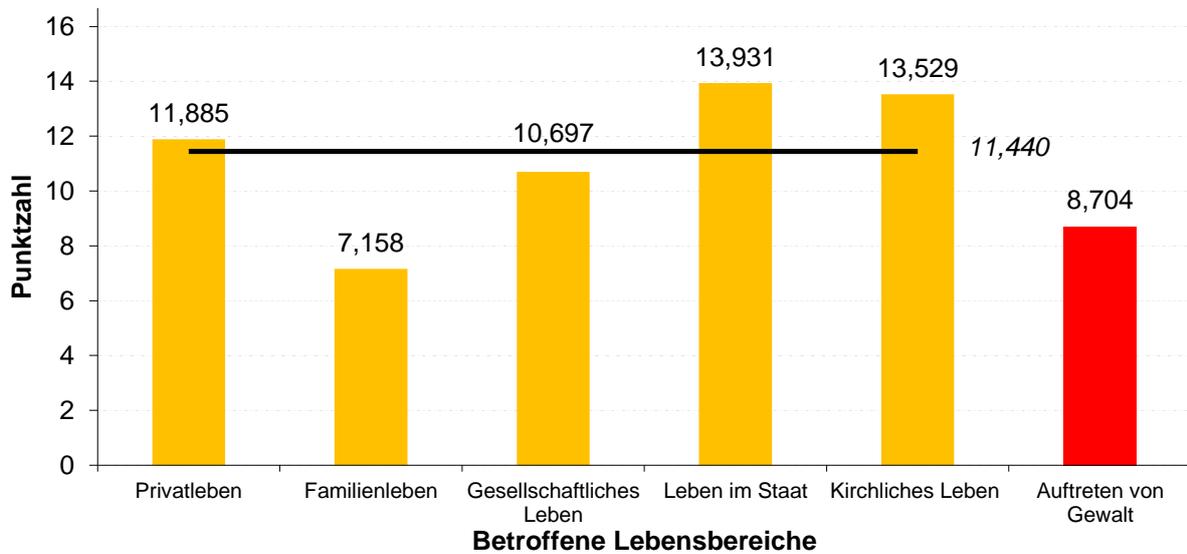
- **Konvertiten** mit Wurzeln im Buddhismus oder anderen Stammesreligionen müssen weit mehr leiden.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen** wie evangelikale oder charismatische Gemeinschaften hält man für Spione des Westens.

Die christliche Minderheit wächst beständig und die Regierung versucht, mit der Überwachung der Kirchen und ihrer Versammlungen Schritt zu halten sowie deren wachsenden Einfluss zu drosseln. Trotzdem hat die Regierung einige sorgsam ausgewählte Religionsvertreter, darunter auch Christen, dazu eingeladen, am Entwurf eines neuen Religionsgesetzes mitzuarbeiten, das 2016 in Kraft treten soll. Trotz etlicher Beratungen kam es noch zu keiner Übereinkunft. Das derzeitige Religionsgesetz verpflichtet alle Kirchen und sonstige religiöse Vereinigungen, den Behörden ihre Kirchenprogramme des nächsten Jahres bis spätestens Oktober vorzulegen. Darin müssen nicht nur Termine verzeichnet sein, sondern auch Orte, Namen von Leitern und die erwartete Anzahl von Besuchern. Und so wird aus dem Gesetz ein Damoklesschwert, das über allen religiösen Gruppen schwebt. Noch ein Punkt ohne sichtbare Verbesserung ist die Frage der Registrierung von Kirchen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Vietnam basiert auf der Summe der Wertungen für Kommunistische Unterdrückung und Exklusives Stammesdenken. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 11,440 Punkten und zeigt, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat (11,954 Punkte). Die Wertung für „Gewalt“ ist mit 8,704 Punkten höher (7,963 Punkte im WVI 2015). Der scheinbar zurückgegangenen Verfolgung steht also eine Zunahme an Gewalt gegenüber, die den Druck wiederum erhöhen kann. Wie im Verfolgungsmuster zu sehen, ist die Verfolgung im „Leben im Staat“ und im „kirchlichen Leben“ am stärksten ausgeprägt. Diese Lebensbereiche sind in kommunistischen oder ehemals kommunistischen Ländern typischerweise am stärksten betroffen, was auf das Ausmaß von Kontrolle und Überwachung hinweist. Auch im „Privatleben“ schlägt sich das Ergebnis nieder und verdeutlicht die Effektivität in der Ausübung des behördlichen Drucks. Für Christen gehört die Diskriminierung am Arbeitsplatz, in Schulen und in der Nachbarschaft zum Alltag.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Wie bereits erwähnt sind zum christlichen Glauben Gekommene im Privatleben heftigem Druck ausgesetzt, vor allem durch Familie, Freunde und Nachbarn. Christen, die in stark kommunistischen Familien leben, müssen ebenfalls mit Einschränkungen im Privatleben rechnen. Etliche Berichte zeigen, dass dieser Druck sogar in Hausarrest ausarten kann, den die Familie oder manchmal auch örtliche Behörden auferlegen. Alle Christen sind sich vollkommen darüber im Klaren, dass sie immer und überall überwacht werden (das trifft besonders auf die Leiter zu) und sind deshalb entsprechend vorsichtig. Eigentlich ist es illegal, außerhalb der Kirchenmauern anderen von seinem Glauben zu erzählen, doch die Christen tun es trotzdem, wenn auch wohlüberlegt, mit wem sie auf welche Art und Weise das Gespräch suchen.
- Familienleben:** Sobald der christliche Glaube von Konvertiten bekannt geworden ist, besteht die Gefahr der Scheidung und des Verlusts des Sorgerechts für die Kinder. Die Durchführung einer Taufe oder Hochzeit kann schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein. Kinder aus christlichen Familien (nicht nur von Konvertiten) müssen nicht-christliche Ideologien lernen und werden von anderen Kindern gehänselt. Konvertiten können von ihren Familien isoliert oder sogar verjagt werden.
- Gesellschaftliches Leben:** Konvertiten werden von Familie, Freunden und Nachbarn erheblich unter Druck gesetzt, ihrem christlichen Glauben zu entsagen. Die Überwachung durch die Behörden ist gründlich und die Sozialfürsorge wie z.B. Gesundheitsleistungen wird den Christen oft verwehrt, besonders in Dörfern. Christliche Kinder bekommen aufgrund ihres Glaubens schlechtere Noten, auch dann, wenn sie Klassenbeste sind. Stipendien, die der Staat ausgibt, um den Bildungsstand ethnischer Minderheiten zu verbessern, werden den Kindern aus christlichen Familien von den lokalen Behörden oft verwehrt. Christen werden sowohl im Privat- als auch im

Geschäftsleben diskriminiert. Es gibt Berichte von Christen, denen man keine Bankkredite gewährt hat und es gab Fälle von christlichen Arbeitnehmern, die auf Druck der Behörden ihre Arbeitsstellen verloren haben.

- **Leben im Staat:** Vietnam hält an seiner kommunistischen Ideologie fest und ehrt den Staatsgründer Ho Chi Minh, auch liebevoll „Onkel Ho“ genannt. Das Dekret 92 beschränkt die Ausübung von Religion. Man erwartet keine Verbesserung durch das überarbeitete Gesetz, welches 2016 eingeführt werden soll. Die Personalausweise und auch die Familien-Stammbücher enthalten eine Sektion für Religionszugehörigkeit. Wer sich zum christlichen Glauben bekehrt, scheitert oft schon bei dem Versuch, diesen Status ändern zu lassen. Wer doch Gehör gefunden hat, endet regelmäßig mit dem Eintrag „ohne Religion“. Medienberichte über Christen sind voreingenommen und regelmäßig verunglimpfend. So werden Pastoren zum Beispiel dargestellt, als würden sie für Ausländer arbeiten, was angeblich erklärt, warum sie so komfortabel leben können. Angreifer auf Christen werden fast nie zur Rechenschaft gezogen und Christen können für den Fall einer Gerichtsverhandlung kein gerechtes Verfahren erwarten. Ein Beispiel ist die Vielzahl an katholischen Bloggern, die zu Haftstrafen verurteilt werden.
- **Kirchliches Leben:** Gemeinden werden stark überwacht und Versammlungen von Zeit zu Zeit gestört oder aufgelöst. Die Publikation und Verteilung christlicher Materialien ist schwierig und stark begrenzt. So wurden im Berichtszeitraum sogar staatlich genehmigte Schriften aus dem Verkehr gezogen. Besonders die Katholische Kirche hat Schwierigkeiten mit geplanten Enteignungen ihres Besitzes. So gehört ihr besonders in großen Städten eine Anzahl an Immobilien, wie Kirchen, Krankenhäuser und Schulen. Es hat mehr als einen Kampf zwischen Behörden und der Kirche gegeben, die bestrebt waren, den Besitz unter dem Vorwand der Stadtentwicklung zu enteignen. Die Genehmigung für christliche Schulungen ist nur sehr schwer zu bekommen. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist nicht offiziell verboten, jedoch werden Freizeiten und Schulungen für Jugendliche genauestens überwacht und mitunter von der Polizei gestört. Außerdem muss im Oktober jedes Jahres eine Liste aller Predigten für das folgende Jahr vorgelegt werden. Die Regierung hat zwar angekündigt, das berüchtigte Religionsgesetz „Dekret 92“ zu überarbeiten und 2016 neu zu veröffentlichen und für die Überarbeitung sogar ausgewählte Christen eingeladen, doch da das höchste Ziel der Regierung nach wie vor die Kontrolle ist, ist zu erwarten, dass mit der Neuerung keine Erleichterung z.B. für die Registrierung oder den Bau von Kirchengebäuden kommen wird.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung bleibt gewalttätig: Im November 2014 wurde in der Provinz Binh Dhuong eine Mennonitenkirche sowie etliche kleine Hauskirchen zerstört, in der Provinz Kon Tum betraf es die Wohnhäuser von Christen. Es gibt auch Meldungen von einigen Körperverletzungen. So wurden im Juni 2015 z.B. in Nordvietnam christliche Arbeiter auf dem Nachhauseweg von einer Beerdigung von Maskierten zusammengeschlagen, die aller Wahrscheinlichkeit nach von den örtlichen Behörden angeheuert wurden. Mindestens 200 Montagnard-Christen sind aus ihren Häusern in Zentralvietnam über die Grenze nach Kambodscha geflohen, weil sie von den Behörden sehr stark unter Druck gesetzt wurden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Bislang hat die Doi Moi Politik noch keine Auswirkungen auf das gesellschaftliche und politische Leben gehabt und dies ist auch nicht zu erwarten. Trotz allem haben sich die Lebensbedingungen beachtlich verbessert, besonders in ländlichen Gebieten. Eine offene politische Gesellschaft, in der politische, wirtschaftliche, soziale und religiöse Themen diskutiert werden können (so wie in einer demokratischen Gesellschaft üblich), bleibt jedoch ein Wunschtraum. Und doch bleibt bis auf weiteres offen, wie sich die Signale der Freundschaft, die Vietnam seinem früheren Erzfeind USA sendet, und die größer werdende Kluft zum Nachbar China sich auf das Land und die Christen auswirken werden. Vielleicht führt dies zu einer wachsenden Offenheit, aber genauso gut kann es zu einer defensiven Abkapselung Vietnams führen. 2016 kann es einen deutlicheren Hinweis darauf geben, in welche Richtung das Land unterwegs ist. Ministerpräsident Dung, der eine öffentliche Rücktrittsforderung durch die Nationalversammlung überstanden hat, könnte der nächste Generalsekretär der Kommunistischen Partei werden und hätte somit die mächtigste Stellung im Land. Das wird sich im Jahr 2016 entscheiden, wenn die Kommunistische Partei ihren 12. Nationalkongress abhalten wird. Ob er die immer größer werdende Kluft zwischen Ideologie und der ernüchternden Realität überbrücken können, bleibt abzuwarten.

Zudem bleibt auch abzuwarten, wie das neue Religionsgesetz, welches zur Zeit dieser Veröffentlichung entworfen wird, aussieht und wie genau es umgesetzt wird. Wenn man die Phase des Entwurfs und frühere Gesetzgebungen betrachtet, können christliche und andere Religionen keine Erleichterungen von dieser Seite erwarten. Die Organisation und Registrierung von christlichen Kirchen wird weiterhin schwierig bleiben. Anderen von seinem Glauben weiterzuerzählen wird auch in Zukunft gefährlich sein.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 21: Katar

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 65 Punkten belegt Katar Platz 21 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Rückgang um einen Punkt gegenüber dem Jahr 2015, als Katar Rang 18 einnahm. Die Situation der Christen muslimischer Herkunft und christlicher Arbeitsmigranten hat sich kaum verändert und ist daher weiter schwierig.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Katar ist „Islamischer Extremismus“. Hinzu kommt in geringerem Ausmaß „Exklusives Stammesdenken“(vermischt mit Islamischem Extremismus).



- **Islamischer Extremismus:** Die Staatsreligion Katars ist ein strenger wahhabitischer Islam. Während Muslime die Freiheit haben, ihren Glauben öffentlich auszuleben, müssen andere nichtmuslimische Gruppen wie Christen ihren Glauben in ihren Häusern oder dafür ausgewiesenen Örtlichkeiten ausüben. Missionierung ist gesetzlich verboten und wird mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet. Kritik am Islam wird bestraft. Die Hinwendung vom Islam zu einer anderen Religion wird als Abfall vom Islam verstanden, was als ein todeswürdiges Vergehen gilt. Das Familienrecht wird durch die Scharia, die islamische Gesetzgebung, kontrolliert. Nahezu alle Staatsbürger Katars sind entweder sunnitische oder schiitische Muslime.
- **Exklusives Stammesdenken:** Charakteristisch für diese Triebkraft sind Bemühungen, die prägende Kraft traditioneller Werte und Normen zu erhalten, die in einer Stammeskultur entstanden sind. In Katar ist Exklusives Stammesdenken sehr stark mit dem Islam verflochten. Dies betrifft besonders Christen muslimischen Hintergrunds.

Aktuelle Einflüsse

Die Bevölkerung Katars besteht zum Großteil aus Arbeitsmigranten: Sie machen 90 Prozent der über zwei Millionen Einwohner aus. Das ist die weltweit höchste Rate von Zuwanderern im Verhältnis zu Einheimischen und stellt gleichzeitig eine der weltweit höchsten Zuwachsraten an Einwohnern dar. Die übrigen zehn Prozent der Bevölkerung Katars haben das weltweit höchste Einkommen pro Kopf. Im Land lebende Ausländer (auch diejenigen aus dem Westen) und Arbeitsmigranten (meistens aus Asien und Afrika) werden von den Katarern generell wie Sklaven betrachtet und auch dementsprechend behandelt. Zwangsarbeit und Menschenhandel sind die größten Probleme. Die Arbeitsbedingungen für die Arbeitsmigranten sind mitunter unmenschlich und gefährlich; viele von ihnen werden unterbezahlt, leben in unzureichenden Behausungen (u.a. in unhygienischen und überfüllten Arbeitslagern) und sind häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass einige am Arbeitsplatz ums Leben kommen.

Ermittlungen von Amnesty International haben gezeigt, dass aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen etwa ein Arbeitsmigrant pro Tag stirbt. Laut Human Rights Watch herrschen in Katar die schlimmsten Arbeitsbedingungen für Ausländer weltweit. Momentan ist dies ein großes Thema, da eine große Anzahl von Arbeitern benötigt wird, um den Bau der Sportstätten für die geplante Fußballweltmeisterschaft 2022 voranzutreiben.

Katar gehört zu den größten Geldgebern für den islamischen Terrorismus: Das Land unterstützt Rebellen im Irak, Syrien und Mali. Zudem finanziert Katar den Bau von Moscheen, u.a. in Europa und Afrika, sowie Krankenhäuser und Schulen. Letztere werden als gute Möglichkeit betrachtet, den Islam zu verbreiten. Neben Saudi-Arabien ist Katar das einzige wahhabitische islamische Land der Welt.

Betroffene Kategorien von Christen

Folgende Kategorien von Christen sind in Katar von Verfolgung betroffen:

- **Ausländische Christen oder Arbeitsmigranten:** Die Intensität der Verfolgung variiert unter den einzelnen Gruppen von Christen. So haben ungebildete Arbeitsmigranten aus Entwicklungsländern (z.B. Bauarbeiter) einen niedrigeren sozialen Status und werden meist schlechter behandelt als Ausländer aus dem Westen, die als Facharbeiter beschäftigt sind. Daher werden Migranten aus Asien und Afrika ungeachtet ihrer Religion generell schlecht behandelt. Ist ein Arbeitsmigrant obendrein noch Christ, muss er mitunter zusätzliche Diskriminierungen erdulden. Dazu gehört ein massiver Druck, zum Islam zu konvertieren.

Nicht-islamische Migranten dürfen ihren Glauben nicht öffentlich ausüben. Viele von ihnen haben keine Möglichkeit, einen Gottesdienst zu besuchen, der in einem speziellen Komplex in der Wüste außerhalb der Hauptstadt Doha stattfindet. Die christliche Gemeinschaft der Arbeitsmigranten wächst. Viele der Arbeiter, ob zuvor nur Christen aus familiärer Tradition oder Muslime, finden während ihres Aufenthalts zu einem persönlichen christlichen Glauben. Am Kirchenstandort herrschen bereits Verkehrsstaus und Parkplatznot. Viele Christen gehen davon aus, dass der Komplex bald zu klein sein wird, um alle Christen in Katar aufnehmen zu können, die sich zu den Gottesdiensten versammeln.

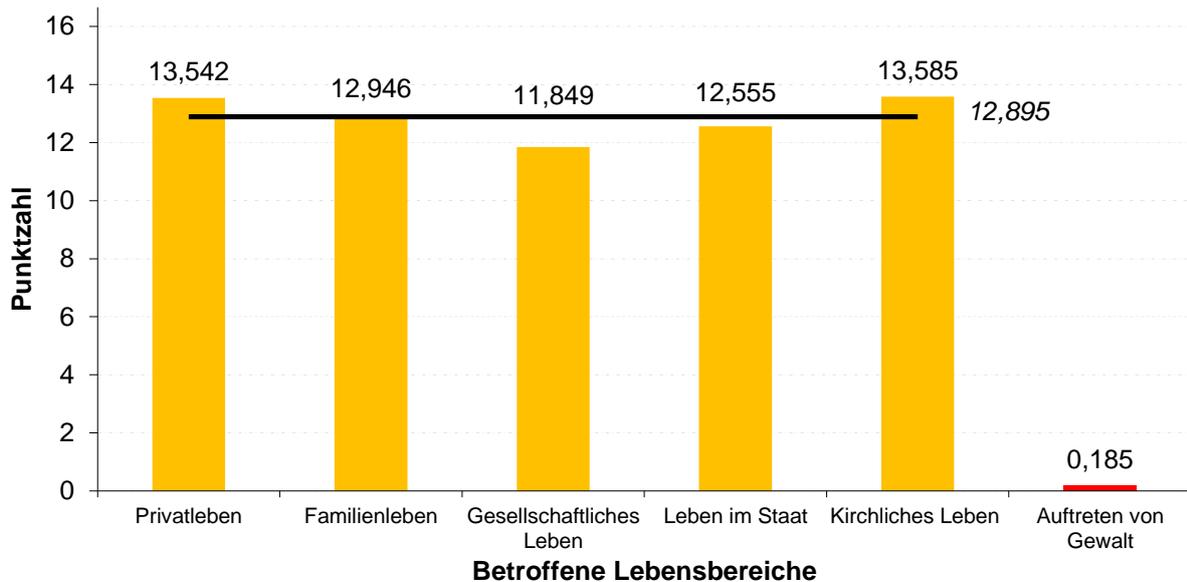
- **Christen muslimischer Herkunft:** Am stärksten werden Christen muslimischer Herkunft verfolgt. Sie gelten als „Abtrünnige“ und müssen mit der Todesstrafe rechnen. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 wurden allerdings keine Exekutionen oder andere offizielle Strafen für die Abkehr vom (islamischen) Glauben registriert. Fast alle katarischen Christen, die sich vom Islam abgewendet haben, sind im Ausland zum christlichen Glauben gekommen. Die meisten kehren aus Furcht nicht in ihr Land zurück.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Katar zeigt die Auswirkung des Islamischen Extremismus (vermischt mit dem Exklusivem Stammesdenken) auf die einzelnen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 12,895 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (12,715) leicht zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist keine Veränderung festzustellen (0,185). Dies deutet

daraufhin, dass die Verfolgung in Katar sich stabilisiert hat. Darüber hinaus zeigt das Verfolgungsmuster, dass der Druck in den Lebensbereichen „Privatleben“ und „Kirchliches Leben“ am intensivsten ist. Die Gemeinschaften der einheimischen und auch ausländischen Christen muslimischer Herkunft haben am stärksten mit Verfolgung zu kämpfen, besonders wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie oder ihrem privaten Umfeld sind. Die Benachteiligung bei Behörden, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft betrifft alle Christen im Land.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen muslimischer Herkunft können ihren Glauben nicht öffentlich ausleben. Jeder Hinweis auf ihre Hinwendung zum christlichen Glauben kann schwerwiegende Konsequenzen für sie haben. Ausländische Christen haben mehr Freiheiten, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie das Evangelium nicht an Muslime weitergeben. Arbeitsmigranten müssen ihren Glauben mit größter Vorsicht ausleben, denn ihre Sicherheit hängt von der Einstellung und Religion ihrer Arbeitskollegen ab, mit denen sie zusammen in den gleichen Unterkünften leben.
- Familienleben:** Alle einheimischen Katarer gelten per Definition als Muslime. Für eine muslimische Familie ist es eine große Schande, wenn eines ihrer Mitglieder den Islam verlässt. Christen muslimischer Herkunft stehen in erheblicher Gefahr, zur Wiederherstellung der Familienehre ermordet zu werden. Wenn ihre Familien oder ihr gesellschaftliches Umfeld ihren Glauben entdecken, drohen ihnen körperliche Gewalt oder die Verbannung. Daher bleiben viele Christen muslimischer Herkunft aus Angst vor Verrat oder Gerüchten anonym.
- Gesellschaftliches Leben:** Alle Christen stehen mehr oder minder unter Druck, ihrem Glauben abzuschwören. Konvertiten zum christlichen Glauben werden an ihrem Arbeitsplatz schikaniert und diskriminiert, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird.

- **Leben im Staat:** Das Rechtssystem basiert auf der Scharia, und die Hinwendung zu einer anderen Religion als dem Islam kann mit dem Tode bestraft werden. Muslime haben mehr Rechte als Anhänger anderer Religionen. Besonders Christen muslimischer Herkunft erleben starken Druck von Seiten der Behörden, wenn ihr christlicher Glaube bekannt wird. Ertappen die Behörden Arbeitsmigranten und ausländische Christen dabei, wie sie das Evangelium mit Muslimen teilen, kann dies zu ihrer Verhaftung und Deportation führen.
- **Kirchliches Leben:** Ausländische Christen können sich nur privat oder an ausgewiesenen Orten versammeln. Äußere Zeichen des Glaubens, wie Kreuze an Kirchengebäuden, sind verboten. Es gibt in Katar einige Gemeinden, welche die große Gruppe der Arbeitsmigranten betreuen. Christen muslimischen Hintergrunds dürfen Gottesdienste nicht besuchen. Die offizielle Registrierung einer Kirche scheitert häufig an der dafür vorgeschriebenen Mindestzahl von 1.500 registrierten Mitgliedern. Die meisten Kirchen befinden sich in den Außenbezirken der Hauptstadt Doha. Unter dem Vorwand, ihre Sicherheit gewährleisten zu wollen, werden sie streng überwacht. Das führt dazu, dass sie zumeist in Ghettos leben müssen. Die Veröffentlichung, der Import und die Verteilung von religiösem Material werden reguliert. Die Kirchen dürfen selbst kein Material importieren, sondern sind auf eine säkulare Buchhandlung angewiesen. Ein positives Signal für die Christen vonseiten der katarischen Behörden war die Erteilung von Baugenehmigungen für Kirchen der libanesischen maronitischen Gemeinde und der philippinischen evangelikalischen Gemeinschaft.
- **Auftreten von Gewalt:** Von Zeit zu Zeit erhält Open Doors Berichte von Christen muslimischer Herkunft, die aufgrund ihres Glaubens Verfolgung durch Familienmitglieder oder Freunde erleiden. Doch meistens bleiben solche Vorfälle unbekannt. Für den Berichtszeitraum des WVI 2016 liegen Open Doors keine Berichte über gewalttätige Angriffe auf Christen aufgrund ihres Glaubens vor.

Ausblick

Die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Katars scheint relativ stabil zu sein. Der neue Scheich Tamim bin Hamad al-Thani hat das Kabinett nach seinem Amtsantritt 2013 erneuert, Analysten erwarten von dem neuen Machthaber jedoch generell keine großen Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik. Eine Prognose der „Economist Intelligence Unit“ für die kommenden Jahre geht von einer politisch stabilen Situation während der Amtszeit von Scheich Tamim bin Hamad al-Thani aus. Darin wird außerdem eine weitere Verbesserung der Beziehungen zu den Ländern in der Golfregion aufgrund von al-Thanis diplomatischen Bemühungen erwartet. Für die Christen und die Lage der Religionsfreiheit sind keine tiefgreifenden Veränderungen zu erwarten.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 22: Ägypten

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 64 Punkten belegt Ägypten Platz 22 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das sind drei Punkte mehr als 2015, als das Land mit 61 Punkten Rang 23 belegte. Das Land ist im Juli 2013 in eine tiefgreifende politische Übergangsphase eingetreten, nachdem 33 Millionen Ägypter am 30. Juni 2013 mit landesweiten Protesten in den Straßen die Muslimbruderschaft aus dem Regierungamt getrieben hatten. Die Christen im Land – nicht nur die ehemaligen Muslime, sondern auch die historische Koptische Kirche – stehen jedoch weiterhin stark unter Druck. Die Mehrheit der Bevölkerung ist muslimisch, und islamisch-extremistische Strömungen mit verschiedenen militanten Gruppierungen machen sich überall bemerkbar. Die Bedrohung durch einen islamistischen Aufstand ist keineswegs beseitigt, deshalb auch der Zuwachs an Punkten im WVI. Folglich ist auch das Verhältnis des extremistischen Islam zur großen koptischen Minderheit, die etwa zehn Prozent der Bevölkerung stellt, stets von Spannungen gekennzeichnet.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung, die sich auf die Christen in Ägypten auswirken, sind zuerst der „Islamische Extremismus“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Diktatorische Paranoia“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ (beide in Verbindung mit Islamischem Extremismus).

- **Islamischer Extremismus:** Der Islamische Extremismus hat viele Gesichter. Auf politischer Ebene sind unterschiedliche Formen von Diskriminierung festzustellen, im Familienleben sind besonders stark ehemalige Muslime betroffen, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben. Es gibt gewaltsame Übergriffe durch Islamisten, die eng mit dem Organisierten Verbrechen in Verbindung stehen. Zu beachten ist, dass die Islamisten 2013 zwar aus der Regierung, nicht aber aus dem Land vertrieben wurden. Sie sind eine ständige Bedrohung für die Stabilität im Land und eine besondere Gefahr für die christliche Bevölkerung. Ihre Gewaltbereitschaft nimmt ständig zu, wobei enttäuschte und verzweifelte Jugendliche sehr anfällig für eine Radikalisierung sind. Im Sinai agieren islamisch-extremistische Gruppierungen weitgehend straffrei.
- **Diktatorische Paranoia:** Der traditionell autoritäre Führungsstil in Ägyptens politischem System ist vielleicht die einzige Konstante bei drei Regierungswechseln in nur drei Jahren. Die jeweiligen Machthaber gleichen sich in ihrem autoritären Regierungsstil. 2011 wurde eine jahrzehntelange Periode aufeinanderfolgender Diktatoren durch massive Proteste aus der Bevölkerung beendet, was schließlich zur umstrittenen Wahl der Muslimbruderschaft führte. Die von Mohammed Mursi geführte und alles andere als sich demokratisch verhaltende Regierung wurde 2013 nach massiven Protesten der Bevölkerung mit Unterstützung des Militärs gestürzt. Gegenwärtig wird das Land durch eine Zivilregierung unter dem früheren General Abd al-Fattah al-Sisi geführt, der nach

der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 an die Macht kam. Seine Regierung betrachtet offenbar die Einhaltung der Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie als nachrangig gegenüber den ungelösten Problemen in der Wirtschaft, der Politik, der Gesellschaft und im Bereich Sicherheit. In diesem Kontext ist daher Religionsfreiheit für die Christen nicht garantiert.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Die weit verbreitete Korruption sowie Kriminalität und Mangel an Sicherheit, besonders im Sinai, haben eine strukturell bedingte Situation der Straflosigkeit geschaffen. So werden feindselige Handlungen gegen besonders gefährdete Gruppen (solche, die keinen Fürsprecher in der politischen Arena haben) nicht bestraft. Davon sind auch die Christen betroffen. Darüber hinaus hat die Belästigung und Gewalt gegen Frauen zugenommen. Darunter leiden in einem islamisch-extremistischen Umfeld Frauen jeder Religionsgemeinschaft, besonders jedoch die von Randgruppen wie den Christen.

Aktuelle Einflüsse

Das Versagen von Ex-Präsident Mursi bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme des Landes zusammen mit einer fortschreitenden Auflösung der demokratischen Institutionen und beschleunigten Islamisierung der ägyptischen Politik waren die Hauptauslöser für die massiven Proteste im Juli 2013. Die schnelle Aufeinanderfolge von Revolutionen spiegelt die tiefsitzende Frustration der Bevölkerung über die schwierige wirtschaftliche Situation wider. Gleichzeitig verdeutlichen sie das mühsame Ringen um ein demokratisches System sowie die enorme Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft. Für viele Menschen kam das Einschreiten des Militärs 2013 eher überraschend, und doch betrachteten vielleicht sogar die meisten Ägypter al-Sisi und das Militär als Retter aus dem stählernen Griff des extremistischen Mursi-Regimes.

Mit einem autoritären Regierungsstil hat Präsident al-Sisi die Rechtsstaatlichkeit in Ägypten in gewissem Maß wiederhergestellt. Dabei fordert er jedoch eine strengere Einhaltung der relativ restriktiven Religionsgesetze, was sich auch zum Nachteil der ägyptischen Christen auswirkt. Dies gilt umso mehr, da ein Gesetz vom November 2013 zur Regulierung öffentlicher Proteste die freie Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit einschränkt.

Am 16. Juni 2015 bestätigte ein Gericht die Todesstrafe für den ehemaligen Präsidenten Mohammed Mursi und mehrere Mitglieder der Muslimbruderschaft. Mursi wurde außerdem wegen Spionage für die palästinensische Hamas, Libanons schiitische Hisbollah und den Iran zu lebenslanger Haft verurteilt. Er kann gegen dieses Urteil zwar noch Einspruch erheben, hat dies aber bislang mit der Begründung abgelehnt, dass dies einer Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Gerichtshofes gleichkäme. Besorgniserregend ist, dass Mursi im Fall seiner Hinrichtung von seinen Anhängern als Märtyrer gefeiert würde. Diese sind sehr wahrscheinlich auch verantwortlich für einen massiven Autobombenanschlag Ende Juni 2015 in Kairo, bei dem Ägyptens Generalstaatsanwalt und weitere neun Personen getötet wurden.

Betroffene Kategorien von Christen

Beide Kategorien von Ägyptens Christen sind von Verfolgung betroffen.

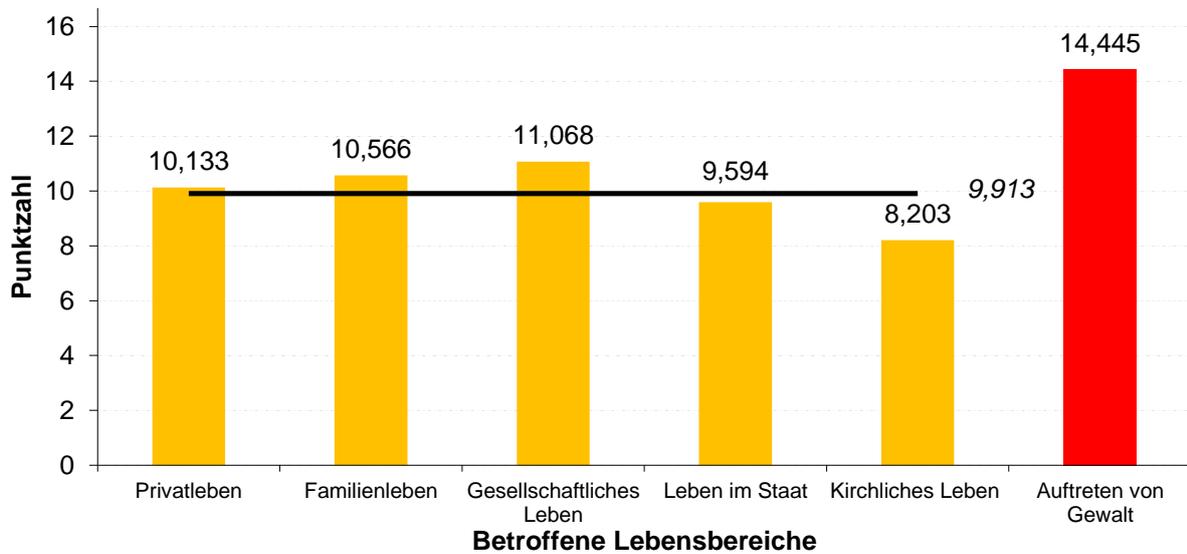
- **Mitglieder von historisch gewachsenen Kirchen:** Die größte dieser Gemeinschaften ist die der Kopten, die zumeist der Koptisch-Orthodoxen Kirche angehören. Es gibt auch gut etablierte protestantische Gemeinschaften im gesamten Land. Die zahlenmäßig starke Minderheit der Kopten erlebt trotz erheblicher Schwierigkeiten (einschließlich Diskriminierung in Ausbildung, Gesundheitsversorgung und bei Behörden sowie in der Rechtsprechung, die das Gemeindeleben erheblich einschränkt) ein gewisses Maß an Toleranz aufgrund ihrer historischen Präsenz und Größe (über neun Millionen Mitglieder). In den letzten Jahren hat sich die Lage jedoch verschlechtert, da auch historisch gewachsene christliche Gemeinschaften Ziel von Angriffen wurden.
- **Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten):** Es gibt eine kleine aber wachsende Gemeinschaft von Christen muslimischer Herkunft, die der vollen Wucht von Verfolgung ausgesetzt sind, zumeist durch die eigene (muslimische) Familie. Diese bestraft die vom Islam „Abgefallenen“ zumeist durch Prügelattacken oder durch Verstoß aus der Familie.

Christen muslimischer Herkunft wie auch koptische Christen sind im gesamten Land anzutreffen, allerdings gibt es Schwerpunkte koptischer Christen in Oberägypten, Kairo und Alexandria. Das Maß an Verfolgung ist im gesamten Land etwa gleich stark.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Ägypten basiert auf der Summe der Wertungen für die Triebkraft Islamischer Extremismus (in Verbindung mit Diktatorischer Paranoia sowie Organisiertes Verbrechen und Korruption). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche, die den Druck auf Christen widerspiegelt, liegt bei 9,913 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (9,126) zugenommen hat. Die Wertung für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ mit 14,445 Punkten hat gegenüber dem Vorjahr mit 15,186 Punkten leicht abgenommen. Der Verfolgungsdruck durch die Triebkraft Islamischer Extremismus hat sich verstärkt und schränkt die religiösen Ausdrucksmöglichkeiten in allen Lebensbereichen immer weiter ein. In Verbindung mit einem relativ hohen Niveau an Gewalt ergibt sich eine insgesamt unberechenbare Situation. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster veranschaulicht, weist der Bereich „Leben in der Gesellschaft“ die höchste Punktzahl auf, was sich aus den vielen Einschränkungen für Christen in ländlichen Regionen erklärt. Die relativ hohe Punktzahl in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ ist zurückzuführen auf die Schwierigkeiten von Christen muslimischer Herkunft, die sie nach Bekanntwerden ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben erleben, aber auch von Familien, die Taufen, Hochzeiten und Todesfälle registrieren lassen wollen. Die Punktzahl in den Bereichen „Leben im Staat“ sowie „Kirchliches Leben“ ist vergleichsweise niedrig, denn noch immer gibt es eine große einheimische Kirche in Ägypten. Sie ist zwar bedrängt, aber sie existiert.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privat- und Familienleben:** Innerhalb der großen Gemeinschaft der Kopten ist der Druck im Privat- und Familienleben eher niedrig. Im Gegensatz dazu stehen die starken Einschränkungen der Christen muslimischer Herkunft, die sie in ihren (erweiterten) Familien erfahren.
- **Gesellschaftliches Leben:** Kopten werden oft aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Feldforschern zufolge erleben Christen andauernde Diskriminierung in den Bereichen Justiz, Ausbildung und kommunalen Versorgungsleistungen, was die Gefahr ihrer Verarmung bzw. die bereits herrschende Armut verstärkt.

Darüber hinaus müssen sich koptische Christen vermehrt mit „Gerichtsverhandlungen nach Gewohnheitsrecht“ auseinandersetzen, in denen meist Zwistigkeiten zwischen Muslimen und Christen verhandelt werden. Mutmaßlich stehen Salafisten hinter der Ausbreitung dieser inoffiziellen Anhörungen. Feldexperten führen dieses Phänomen zurück auf das frühere Stammesleben und Stammesdenken, welche den gelebten Islam in der Region noch heute prägen. Ein ägyptischer Menschenrechtsaktivist berichtete beispielsweise am 4. Juni 2015 von einem Vorfall, wonach mehrere koptische Familien aus einem Dorf vertrieben wurden, nachdem ein Kopte wegen der Veröffentlichung von angeblich islamfeindlichen Bildern schuldig gesprochen worden war. Die Entscheidung zur Vertreibung der koptischen Familien – also eine Kollektivstrafe – wurde in einer solchen „traditionellen Gerichtsverhandlung“ getroffen. Diese Verhandlungen gefährden die Christen erheblich, da sie die Stelle offizieller Gerichtsverhandlungen einnehmen, allerdings ohne Angehörigen von Minderheiten ihre Rechte zuzugestehen. Wie auch andere Formen der Bedrohung haben die „traditionellen Gerichtsverhandlungen“ nach der Revolution im Januar 2011 weiter fortbestanden und sich unter dem Schutz islamistischer Gruppierungen sogar ausgebreitet. Diese Entwicklung hält auch unter dem am 8. Juni 2014 vereidigten Präsidenten al-Sisi an. Die alternative

Rechtsprechung in derartigen Verhandlungen führt fast immer zu sehr unfairen Urteilen gegen die Kopten. Besonders deutlich wird dies bei der Verhängung von Kollektivstrafen gegen eine ganze Gemeinschaft wegen der angeblichen Straftat eines Einzelnen.

- **Leben im Staat:** Religionsfreiheit ist nicht gewährleistet und das Justizwesen ist gegenüber Nicht-Muslimen voreingenommen. So wurden beispielsweise im Juni 2015 ein junger Christ und zwei seiner Freunde in Alexandria verhaftet, weil ihre evangelistische Tätigkeit als Missachtung des Islam gewertet wurde. Einer der beiden hatte während des Ramadan kostenlos Tüten verteilt, die neben Datteln auch christliche Schriften enthielten. Die jungen Männer kamen auf Kautionsfrei und müssen weitere Untersuchungen abwarten.
- **Kirchliches Leben:** Die Autonomie der Kirchen wird in weiten Teilen respektiert, allerdings erleben die Kopten Hindernisse im Verwaltungsbereich, so etwa bei Genehmigungen zur Renovierung von Kirchengebäuden.
- **Auftreten von Gewalt:** Für den Berichtszeitraum liegen Berichte über Gewalt gegen Christen aus verschiedenen Quellen vor. Demnach wurden mindestens zwölf Christen von islamistischen Gruppen ermordet, zumeist nachdem sie entführt, schwer geschlagen und gefoltert worden waren. Der Menschenhandel speziell in der Provinz Sinai hat ebenfalls zur hohen Punktzahl in diesem Bereich beigetragen. Open Doors liegen Berichte von jungen christlichen Frauen vor, die ihren christlichen Namen in muslimische Namen ändern, um Vergewaltigungen und Entführungen vorzubeugen. Vom Menschenhandel sind offenbar speziell christliche Frauen betroffen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

- 1) Die für Ägyptens Zukunft bestimmenden Elemente sind im Wesentlichen im politischen Sektor zu finden. So lange die politische Instabilität bleibt und wirtschaftliche Probleme nicht gelöst werden, werden auch die Proteste aus der Gesellschaft nicht aufhören. Das Land ist durch eine schier unüberbrückbar scheinende religiös-ideologische Spaltung geteilt. Dabei stehen verschiedenen extremistischen Prägungen des Islam (von Salafisten bis hin zur Muslimbruderschaft) auf der einen Seite politisch liberale Kräfte (Säkularisten) auf der anderen Seite gegenüber.
- 2) Die gegenwärtigen politischen Entwicklungen machen ein Szenario wahrscheinlich, in dem die Kirche bzw. die Christen als „Dhimmis“ („Schutzbefohlene“ des Islam mit eingeschränkten Rechten) einen Sonderstatus einnehmen. Ursache dafür ist die zunehmende Opposition seitens der muslimischen Gesellschaft, die unzureichend über das Wesen des christlichen Glaubens informiert ist.
- 3) Die Bedrohung durch islamisch-extremistische Bewegungen in Ägypten ist keineswegs abgewendet. Deutlich wird dies auch in einem Bericht der Zeitschrift „Foreign Policy“ vom 2. Juli 2015. Die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen der ägyptischen Regierung und militanten Dschihadisten mit Verbindung zum Islamischen Staat (IS) in der Provinz Sinai sind

eskaliert. Viele koptische Christen sind ins Visier dieser Gruppierungen geraten und mussten deshalb ihre Heimatregion verlassen. Es ist anzunehmen, dass die Gewalt im Sinai andauern wird.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 23: Myanmar

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegt Myanmar Platz 23 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im Jahr 2015 nahm Myanmar mit 60 Punkten Rang 25 ein. Der Anstieg der Punkte lässt sich vor allem durch den wachsenden Verfolgungsdruck im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ sowie einem weiteren Anstieg des bereits hohen Gewaltniveaus erklären.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Myanmar sind „Religiös motivierter Nationalismus“ und in geringerem Maße „Diktatorische Paranoia“ und „Islamischer Extremismus“.



- **Religiös motivierter Nationalismus:** Der religiös motivierte Nationalismus wird im Allgemeinen von extremistischen Buddhisten aufrechterhalten und von der Regierung toleriert – und in gewissem Ausmaß sogar unterstützt. Die Bevölkerungsmehrheit in Myanmar (ca. 60%) ist ethnisch gesehen birmanisch, auch „bama“ genannt. Bama sein heißt buddhistisch sein. Jeder, der von diesem Erbe abweicht, wird als potentiell gefährlich eingestuft. Druck kommt von zwei Seiten: Zum einen von der Gesellschaft, einschließlich der vormals als „969“, jetzt als „Ma Ba Tha“ bezeichneten Bewegung extremistischer buddhistischer Mönche; zum anderen von der Regierung, die sich die Unterstützung solcher Bewegungen sichern will. Ein deutliches Zeichen dafür ist das im August 2015 vom scheidenden Parlament eingeführte Gesetz zum „Schutz von Rasse und Religion“. Die Bewegung „Ma Ba Tha“ feierte die von ihr erfolgreich eingeforderte Einführung des Gesetzes mit landesweiten Versammlungen und Prozessionen. Weitere Einzelheiten über diese Gesetze werden unter dem Abschnitt „Betroffene Lebensbereiche“ erläutert.
- **Diktatorische Paranoia:** Myanmar blickt auf eine lange Geschichte von Militärregierungen zurück. Auch die erst kürzlich demokratisch abgewählte Regierung hatte einen militärischen Hintergrund, einschließlich des scheidenden Präsidenten Thein Sein. Deshalb ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen nicht notwendigerweise die Regierung von Diktatorischer Paranoia betroffen ist, sondern das Militär. Gemäß der Verfassung des Landes, die von der „Tatmadaw“, der myanmarischen Armee, geschrieben wurde, erhält das Militär ein Viertel der Sitze im Parlament; diese werden

nicht gewählt. Das Militär besetzt die wichtigsten Regierungsstellen, dazu gehören das Verteidigungsministerium, aber auch das Innenministerium und das Ministerium für Grenzangelegenheiten. Die Tatsache, dass die Armee trotz aller Hoffnungen hinsichtlich Demokratie und Teilnahme von Minderheiten an den Wahlen ihren Kampf gegen die ethnischen Minderheiten, einschließlich der Christen, fortgesetzt und sogar intensiviert hat, verdeutlicht, wo die wahre Macht liegt. Das Militär wird alles tun, um die Macht zu behalten, dazu gehört – falls notwendig – auch die Erfüllung von Forderungen im Hinblick auf buddhistischen Nationalismus oder exklusives Stammesdenken. Die Regierung schloss am 15. Oktober 2015 ein weiteres Waffenstillstandsabkommen ab, allerdings schlossen sich einerseits nicht alle militärischen Gruppen der ethnischen Minderheiten dieser Vereinbarung an, andererseits wurden manche Gruppen auch absichtlich ausgeschlossen. Zwei militärische Gruppen, die Unabhängigkeitsarmee von Kachin (KIA) und die Armee des Shan-Staates (SSA), die in Gebieten mit einem bedeutenden Bevölkerungsanteil von Christen aktiv sind, schlossen sich dem Abkommen ebenfalls nicht an. Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte Na-Ta-La-Schulen (Schulen in Grenzgebieten zur Entwicklung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen), die für Minderheiten der Bevölkerung attraktiv sind, da sie keine Gebühren erheben. In diesen Schulen werden den jungen Menschen intensiv die Lehren Buddhas vermittelt. Im vergangenen Jahr gab es Berichte darüber, dass das Militär versucht hätte, ethnische Aufstände zu schwächen, indem Jugendliche aus ethnischen Minderheiten drogenabhängig gemacht wurden. Diese Praxis betrifft auch die Christen in Kachin. Weite Teile der Region Kachin gehören zu einem der zwei größten Anbaugelände für Opium in Asien (zusammen mit Vietnam, Laos und Thailand). Dieses Gebiet ist weithin bekannt als das „goldene Dreieck“. Auch dies trägt zu dem schweren Druck bei, den Christen ertragen müssen. Weite Teile des Landes sind in der Hand der Tatmadaw, also des Militärs. Da viele Rohstoffe, wie Erz, Jade und Edelhölzer, hauptsächlich in den von Christen bewohnten Territorien wie im Shan-Staat oder bei den Chin und Kachin vorkommen, erleben die Christen dort einen großen Verfolgungsdruck vonseiten des Militärs. Das liegt nicht nur daran, dass die Regierung versucht, das Land zusammenzuhalten, sondern auch am wirtschaftlichen Interesse an den Rohstoffen. Unternehmen werden oftmals vom Militär oder von hochrangigen Politikern geleitet; die Vetternwirtschaft boomt. Es gibt kein Interesse daran, die Reichtümer des Landes mit der Bevölkerung zu teilen.

- **Islamischer Extremismus:** Erstaunlicherweise spielt diese Triebkraft der Verfolgung weiterhin eine Rolle in diesem buddhistischen Staat. Muslime erleben selbst Verfolgung durch einen starken buddhistischen Widerstand, mit teils äußerst gewaltsamen Zusammenstößen. Weniger bekannt ist, dass es unter ihnen eine kleine Gruppe von Christen gibt, die zuerst wegen ihrer ethnischen Herkunft Verfolgung erleiden und dann noch zusätzlich vonseiten ihrer muslimischen Familien und Gemeinschaften, weil sie Christen geworden sind.

Aktuelle Einflüsse

Der gesamte Berichtszeitraum wurde eingenommen von Vorbereitungen der ersten freien und gerechten Wahlen seit 25 Jahren. Diese Zeit war überfrachtet mit Hoffnungen auf Demokratie und

ein inklusives Verständnis der Gesellschaft, wodurch ethnischen Minderheiten ein Mitspracherecht in der Entwicklung des Landes gegeben werden sollte. Viele der ethnischen Minderheiten, wie die Kachin, Chin und Karen, sind überwiegend Christen. Die Wahlen fanden am 8. November 2015 statt, also einige Tage außerhalb des Berichtszeitraums. Die Oppositionspartei „Nationalliga für Demokratie“ (NLD) mit Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi an der Spitze konnte einen überwältigenden Sieg verzeichnen. Ihre Partei hat die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament gewonnen. Dagegen haben nicht nur die Regierungspartei USDP, sondern auch die meisten ethnischen Parteien bei den Wahlen schlecht abgeschnitten und konnten kaum Sitze im Parlament für sich gewinnen. Somit wird das neue Parlament vermutlich weniger vereidigte christliche Parlamentsmitglieder haben als das alte. Während des Wahlkampfes und der Wahlen setzte die myanmarische Armee ihre Angriffe gegen ethnische Minderheiten in den Staaten Kachin und Shan fort und verstärkte sie sogar, obwohl am 15. Oktober 2015 ein Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen worden war. Christen sind von solchen Angriffen stark betroffen; es gibt sehr viel Gewalt. Außerdem hat die Gruppierung „Ma Ba Tha“ ihre Kampagnen gegen religiöse Minderheiten ausgeweitet, insbesondere gegen die Rohingya-Muslime. Ihre Kampagne gipfelte erfolgreich darin, dass die von ihnen geforderten vier Gesetze zum „Schutz von Rasse und Religion“ im August 2015 eingeführt wurden. Durch diese Gesetze werden für einen Glaubenswechsel unüberwindliche Hürden aufgestellt und es entstehen große Komplikationen für Mischehen, bei denen die Ehepartner unterschiedlichen Glaubensrichtungen angehören. Davon sind auch Christen betroffen. Da sich Suu Kyi zu diesen Entwicklungen bisher nicht geäußert hat, hegen die ethnischen Minderheiten vorsichtige Hoffnungen. Allerdings sind ihre Erwartungen auch nicht allzu hoch, da Suu Kyi weithin als Vertreterin des myanmarischen Adels wahrgenommen wird.

Ein weiterer Ausdruck der Gewalt extremistischer Buddhisten gegen Rohingya-Muslime war zu beobachten, als tausende Rohingya in auf dem Andamanischen Meer treibenden Booten gefunden wurden, nachdem Schlepper sie auf ihrer Flucht im Stich gelassen hatten. Die internationale Gemeinschaft wurde durch dieses hohe Maß an Diskriminierung alarmiert und auf die Situation der Rohingya-Muslime aufmerksam. Da den Rohingya nicht erlaubt wird, ihre Dörfer im Bundesstaat Rakhine zu verlassen, können zum christlichen Glauben konvertierte Muslime, insbesondere Leiter, nicht an Schulungen oder theologischen Seminaren teilnehmen. Zusätzlich zur Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen und muslimischen Herkunft werden die Möglichkeiten der Gemeinschaft mit anderen Christen von ihrem muslimischen sozialen Umfeld stark eingeschränkt. Die Rohingya wurden vom Wahlprozess weitestgehend ausgeschlossen, ebenso wie mehrere zehntausend andere Menschen, die in Gebieten leben, die durch den seit sechzig Jahren wütenden Bürgerkrieg zerstört sind, unter ihnen auch viele Christen.

Betroffene Kategorien von Christen

Außer ausländischen Christen sind in Myanmar alle Kategorien von Christen von Verfolgung betroffen.

- **Ausländische Christen:** Die meisten Christen dieser Kategorie leben in Yangon. Einige Christen aus dem Ausland sind in registrierte oder traditionelle Kirchen in der Stadt integriert. Diese Christen leiden – wenn überhaupt – am wenigsten unter Verfolgung.
- **Mitglieder traditioneller Kirchen:** Zu dieser Kategorie gehören hauptsächlich Baptisten und Katholiken.

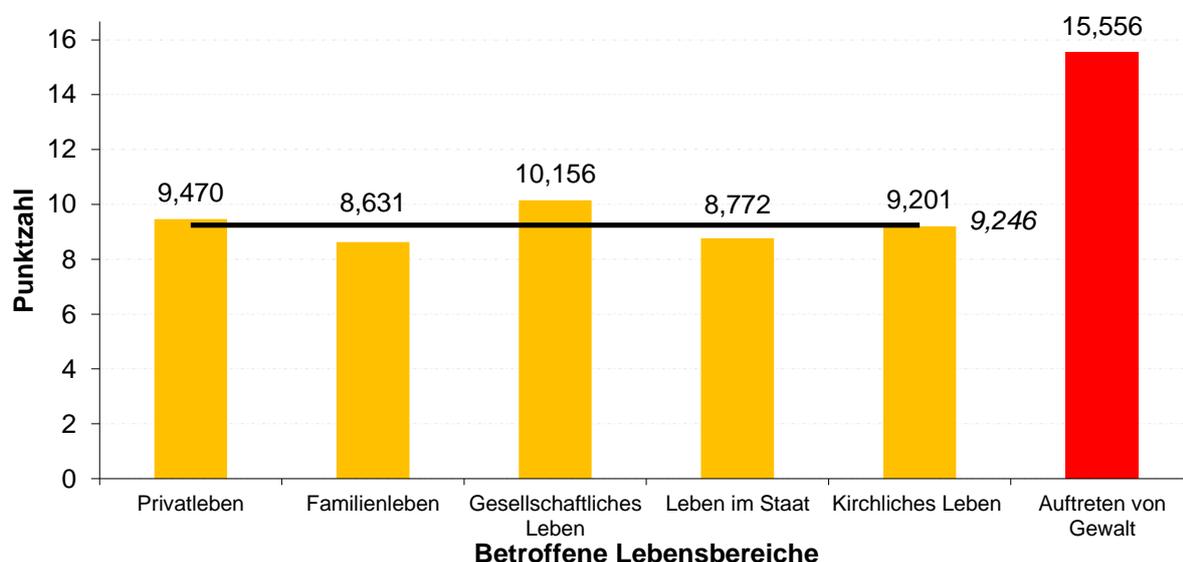
- **Christliche Konvertiten:** Dies sind Christen mit buddhistischem oder muslimischem Hintergrund, die meistens zu den Rohingya gehören.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen:** Pfingstgemeinden, wie z.B. Assemblies of God (AOG)

Die meisten Christen sind Angehörige einer ethnischen Minderheit und schon allein deswegen Zielscheibe von Angriffen. Zunehmend kommen die Angriffe von der Armee, die jegliche Unabhängigkeits- oder Autonomiebewegung bekämpft. Doch selbst Christen birmanischer Herkunft („bama“) werden beobachtet, unter Druck gesetzt und als Verräter abgestempelt. Die wenigen Christen muslimischen Hintergrunds erleiden Anfeindungen von allen Seiten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Myanmar zeigt die Summe der Wertungen für Religiös motivierten Nationalismus. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 9,246 Punkten und zeigt eine Zunahme des Drucks auf Christen im Vergleich zum vergangenen Jahr (8,885 Punkte). Die Punktzahl im Bereich „Auftreten von Gewalt“ hatte mit 15,185 Punkten im vergangenen Jahr bereits einen außerordentlich hohen Wert und ist noch weiter auf 15,556 Punkte angestiegen. Besonders in den Regionen, in denen ethnische Minderheiten leben, ist der Druck auf die Christen stark. Sie leiden zudem unter sehr viel Gewalt, besonders vonseiten des Militärs. Das Verfolgungsmuster verdeutlicht, dass die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ am größten ist. Außer in diesen Bereichen ist die Verfolgung in allen anderen Lebensbereichen relativ gleichmäßig verteilt. Obwohl die bereits erwähnten Gesetze, die vor kurzem verabschiedet wurden, noch nicht umgesetzt werden, zeigen die begeisterten Feiern der extremistischen buddhistischen Gruppen, dass sie eine strikte Auslegung fordern werden. Die Verfolgung der Christen wird angetrieben vom Religiös motivierten Nationalismus der Buddhisten und dem starken Drang des Militärs, an der Macht zu bleiben und nicht bei seinen Geschäften gestört zu werden.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Christen buddhistischer Herkunft müssen immer sehr vorsichtig bei der Ausübung ihres Glaubens sein, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrem familiären Umfeld sind und daher als „Schandfleck“ für die Familie angesehen werden. Versammlungen mit anderen Christen sind in der Regel nicht gefährlich, doch für Konvertiten können sie eine besondere Herausforderung darstellen. Wessen Übertritt zum christlichen Glauben bekannt geworden ist, lebt unter ständiger Beobachtung und kann unter Hausarrest gestellt werden, um ihn daran zu hindern, sich mit anderen Christen zu treffen. Auch Christen muslimischen Hintergrunds erleben alle diese Probleme, allerdings in stärkerem Maße, denn sie weichen nicht nur vom Glauben ihrer Vorfahren ab, sondern gehören zusätzlich noch zu einer verachteten Minderheit.
- **Familienleben:** Es ist nicht zwangsläufig so, dass Konvertiten die Scheidung, der Verlust des Sorgerechts oder Erbrechts droht, obwohl all dies gelegentlich vorkommt. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu organisieren ist oft nur schwer möglich, vor allem in buddhistisch dominierten Dörfern oder für Christen muslimischen Hintergrunds. Der muslimischen Minderheit wird außerdem die Staatsbürgerschaft verweigert. Muslimische Rohingya und Christen muslimischer Herkunft werden als Bengalen angesehen und nicht registriert. Christliche Eltern erleben es als Herausforderung, ihren Kindern christliche Werte beizubringen, denn sie sehen sich nicht nur dem Druck des buddhistischen Umfeldes in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt, sondern häufig auch dem Zwang, ihre Kinder in den buddhistischen Unterricht zu schicken.
- **Gesellschaftliches Leben:** Sobald Christen aufhören, Mönchen Almosen zu geben, sich weigern, zur Renovierung oder zum Bau von Tempeln beizutragen, und nicht mehr an buddhistischen Festen teilnehmen, werden sie schikaniert, zu Spenden gezwungen oder ihnen wird mit dem Ausschluss aus der Dorfgemeinschaft gedroht. Besonders Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden beobachtet und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu verleugnen; sie werden von gesellschaftlichen Beschlüssen oder Ressourcen ausgeschlossen und dürfen z. B. Brunnen nicht nutzen. Gebiete, in denen viele Christen leben, werden absichtlich in den Bereichen Infrastruktur und Gesundheitsfürsorge benachteiligt. Sowohl im Privatleben als auch im Beruf werden Christen diskriminiert. Kinder von konvertierten Christen werden von Lehrern und Mitschülern in der Schule diskriminiert. Kinder aller Christen müssen nicht-christlichen Unterricht besuchen und können gezwungen werden, an buddhistischen Gebeten oder Zeremonien teilzunehmen. Besonders, wenn die Familien arm sind und einer ethnischen Minderheit angehören, werden die Kinder auf die bereits erwähnten Na-Ta-La-Schulen geschickt. Hier ist das Diskriminieren bei der Benotung, das Schikanieren und Verspotten christlicher Kinder an der Tagesordnung.
- **Leben im Staat:** Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt, dass „die Union anerkennt, dass der Buddhismus als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird, eine spezielle Stellung einnimmt“, während in

Abschnitt 362 die Existenz des christlichen Glaubens, des Islam, des Hinduismus und Animismus anerkannt wird. Diese „spezielle Stellung des Buddhismus“ wurde von den extremistischen Buddhisten missbraucht und von der Regierung dazu genutzt, um daraus Vorteile zur Verwirklichung politischer Interessen zu ziehen. Um zusätzliche Unterstützung von diesen Gruppen und der Mehrheit der Bamar zu erlangen, hat die Regierung im August 2015 vier Gesetzesentwürfe gegen Konversionen verabschiedet. Diese Gesetze zielen darauf ab, den Buddhismus durch Einschränkung interreligiöser Ehen und Bekehrungen, Verbot der Polygamie und die Einführung einer Geburtenkontrolle zu schützen. Laut ihnen müssen buddhistische Frauen eine Erlaubnis von ihren Eltern und von der Behörde vorweisen, wenn sie einen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten wollen; möchte umgekehrt ein nicht-buddhistischer Mann eine buddhistische Frau heiraten, muss dieser zum Buddhismus konvertieren. Das Gesetz besagt auch, dass jeder, der die Religion wechseln will, von der „Konversions-Registrierungs-Behörde“ die Erlaubnis dazu einholen muss. Diese Behörde besteht aus örtlichen Religions- und Einwanderungsbeamten, einem örtlichen Verwaltungsbeamten, dem Vorsitzenden für Frauenangelegenheiten und einem örtlichen Verantwortlichen für Ausbildung. Auch wenn abzuwarten bleibt, wie dieses Gesetz praktisch umgesetzt wird, ist allein schon die Verabschiedung des Gesetzes besorgniserregend und trägt mit dazu bei, dass Myanmar auf dem Weltverfolgungsindex einen höheren Rang einnimmt.

- **Kirchliches Leben:** Während man in verschiedenen Teilen Myanmars viele christliche Kirchen finden kann, bleibt es schwer, eine Genehmigung zum Bau einer neuen Kirche zu erhalten, da es viele Einschränkungen gibt. Deshalb nutzen viele Christen Firmengebäude oder treffen sich in Hauskirchen, um an Sonntagen einen Ort für den gemeinsamen Gottesdienst zu haben. Besonders in Gegenden, wo der Buddhismus stark ist, stehen die Kirchen unter Beobachtung. Kirchenleiter und Pastoren werden von extremistischen Buddhisten ins Visier genommen, denn dies ist eine Methode, die Kirchen zu lähmen. Einige Kirchen haben angefangen, eigene Materialien zu drucken, aber der Besitz von Druckmaschinen oder Veröffentlichungen in Sprachen der ethnischen Minderheiten kommen nicht infrage. Kirchen dürfen keine Ausländer für religiöse Zwecke einladen. In Gegenden, wo vorrangig ethnische Minderheiten leben, haben die Kirchen noch größere Schwierigkeiten. Ihre Kirchen werden häufig als Versammlungsort für gegen die Regierung gerichtete Treffen oder als Kommunikationsorte für ethnische Minderheiten angesehen. In Gebieten, die vom Bürgerkrieg betroffen sind, wie z. B. Kachin und Shan, werden Kirchen oft angegriffen, da die Menschen dort Zuflucht vor den Kämpfen suchen.
- **Auftreten der Gewalt:** Die Verfolgung in Myanmar ist nach wie vor äußerst gewalttätig und hat sich innerhalb des Berichtszeitraums sogar leicht verstärkt. Wieder gab es viele Berichte von Christen, die aufgrund ihres Glaubens getötet wurden. Ein sehr klares Beispiel ist ein Vorfall, der sich am 20. Januar 2015 ereignete. An diesem Tag wurden die schwer misshandelten Körper zweier junger Frauen in der Gemeinde Kutkai nahe der Grenzstadt Muse im nördlichen Shan-Staat gefunden. Beide Frauen hatten als ehrenamtliche Lehrer für die „Kachin Baptist Convention“ gearbeitet. Sie wurden brutal vergewaltigt und anschließend getötet. Schnell verbreiteten sich Gerüchte darüber, dass

Soldaten der Tatmadaw, die in der Nähe stationiert waren, dieses Verbrechen begangen hätten. Indizienbeweise wiesen in die gleiche Richtung, jedoch lag zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichts noch kein konkretes Ergebnis für diesen Fall vor. Das Militär verübt weiterhin Angriffe auf die Gebiete der ethnischen Minderheiten, in denen auch Christen leben, und hat diese sogar noch verstärkt. Auch die Luftangriffe haben zugenommen und so wurden mehrere Kirchen durch Bombenangriffe zerstört. Am 21. August 2015 führte der oberste buddhistische Mönch des Dorfes Marsihta im Staat Karen eine Gruppe buddhistischer Dorfbewohner beim Bau einer Pagode auf dem Gelände der Baptistenkirche an. Sie planten auch, eine Buddha-Statue auf das Gelände zu bauen, was die Christen effektiv davon abgehalten hätte, ihre Kirche nutzen zu können.

Ausblick

Sichtbare Tendenzen und ihre Bedeutung für die Kirche:

Im Berichtszeitraum sorgte Myanmar hauptsächlich mit positiven Nachrichten für weltweite Schlagzeilen. Dass die Wahlen größtenteils frei gewesen sind, ist ein ermutigendes Zeichen und weckt Hoffnungen, dass sich das Land nun auf dem richtigen Weg befindet. Andererseits führten die Nachrichten über die Rohingya-Flüchtlingskrise im südöstlichen Asien zu negativen Schlagzeilen. Die Situation dieser Flüchtlinge hebt die Herausforderungen hervor: Wie werden sich die extremistischen buddhistischen Gruppierungen nun verhalten, da das von ihnen unterstützte Regime abgewählt wurde? In einem ersten Interview gab einer der leitenden Mönche der Ma Ba Tha bekannt, dass sie die NLD ebenso unterstützen würden, vorausgesetzt, die Gesetze zum „Schutz von Rasse und Religion“ würden beibehalten und umgesetzt. Religiös motivierter Nationalismus wird auch in der kommenden Zeit die christlichen ethnischen Minderheiten betreffen und zu Problemen führen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Militär. So lange es ein solch starker politischer Faktor bleibt und so tief in legalen und illegalen Handel in hauptsächlich von Christen bewohnten Gebieten wie dem Staat Kachin verstrickt ist, sind keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten. Trotz aller Fortschritte bei der Demokratisierung und den Waffenstillstandsabkommen geht das hohe Maß an Gewalt offenbar nicht zurück.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 24: Palästinensergebiete

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 62 Punkten belegen die Palästinensergebiete Platz 24 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um 4 Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (58), als die Palästinensergebiete Rang 26 einnahmen. Die Ursache für die Verschlechterung ist die leicht gestiegene Zahl an gewaltsamen Übergriffen und die



Aufteilung der im Land lebenden Christen in drei statt in bislang vier Kategorien, da ausländische Christen in die anderen Kategorien integriert werden, weil sie keine eigenen Gemeinden bilden.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung in den Palästinensergebieten sind „Islamischer Extremismus“ und weniger stark „Exklusives Stammesdenken“ in Verbindung mit Islamischem Extremismus.

- **Islamischer Extremismus:** Christen werden überall in den Palästinensergebieten verfolgt, obwohl in Gaza aufgrund der aktiven islamistischen Bewegungen eine deutlich stärkere Unterdrückung herrscht als im Westjordanland. In Gaza und zunehmend auch im Westjordanland sind militante Islamisten aktiv geworden, die noch extremistischer sind als die Hamas. Zudem finden sich auch Zellen des „Islamischen Staates“ (IS), seien sie aktiv oder „schlafend“. Trotz der Tatsache, dass salafistische Gruppen noch keine größere Macht haben, darf ihr Einfluss nicht unterschätzt werden. Sie sind verantwortlich für den größten Teil der Raketenangriffe von Gaza auf Israel, womit sie beweisen, dass sie imstande und gewillt sind, eine Eskalation herbeizuführen. Die gelegentlichen Maßnahmen zur Islamisierung vonseiten der Hamas sind zum Teil auf diesen Einfluss salafistischer Gruppen zurückzuführen; so zum Beispiel eine Tugendkampagne, die Frauenkleidung kontrollierte, in den Schulen den Hijab (spezielle Form der Kopfbedeckung für Frauen) zur Pflicht machte und männlichen Friseuren verbot, Frauen zu frisieren. Nach dem Widerstand der einheimischen Bevölkerung, des Westens und verschiedener Menschenrechtsaktivisten wurden die letzten beiden Punkte fallengelassen.
- **Exklusives Stammesdenken:** Mit dem Festhalten am Stammesdenken sollen die traditionellen Normen und Werte gestärkt werden. In den Palästinensergebieten ist dies eng verknüpft mit dem lokalen Islamverständnis und hat negative Auswirkungen für Christen muslimischer Herkunft.

Aktuelle Einflüsse

Die Gründe für die Verfolgung von Christen in den Palästinensergebieten sind komplex. Christen geraten zwischen die Fronten des israelisch-palästinensischen Konflikts: Ihre ethnische (arabische) Zugehörigkeit verursacht viele Einschränkungen von israelischer Seite und ihr Glaube macht sie zu einer Minderheit in der palästinensischen Gesellschaft. Christen erfahren die gleichen täglichen Einschränkungen wie alle andere Palästinenser, was viele zur Auswanderung bewegt.

Faktisch stehen die Territorien momentan unter verschiedenen Regierungen. Die im Westjordanland regierende Fatah-Partei gründet formell auf säkularen Prinzipien und Christen genießen einige Rechte. Allerdings muss beachtet werden, dass „säkular“ in einem nahöstlichen Verständnis nicht „frei von jedem religiösen Hintergrund“ bedeutet, es meint nur „nicht islamistisch“ (oder „nicht politisch islamisch“). Sechs Christen sitzen im Parlament und der Bürgermeister von Bethlehem ist traditionellerweise ein Christ. Mindestens sechzig Prozent des Westjordanlandes befinden sich unter israelischer Kontrolle. Im Gazastreifen dagegen werden die Rechte der Christen weder aufrechterhalten noch geschützt, obwohl die islamistische Hamas die Christen in der Regel toleriert. Außerdem werden Christen von islamistischen Bürgerwehren bedroht.

Die Anzahl der Christen hat durch Auswanderung und sinkende Geburtenraten mit der Zeit abgenommen. Ein Hoffnungsschimmer ist die kleine, aber wachsende Zahl von Christen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertieren.

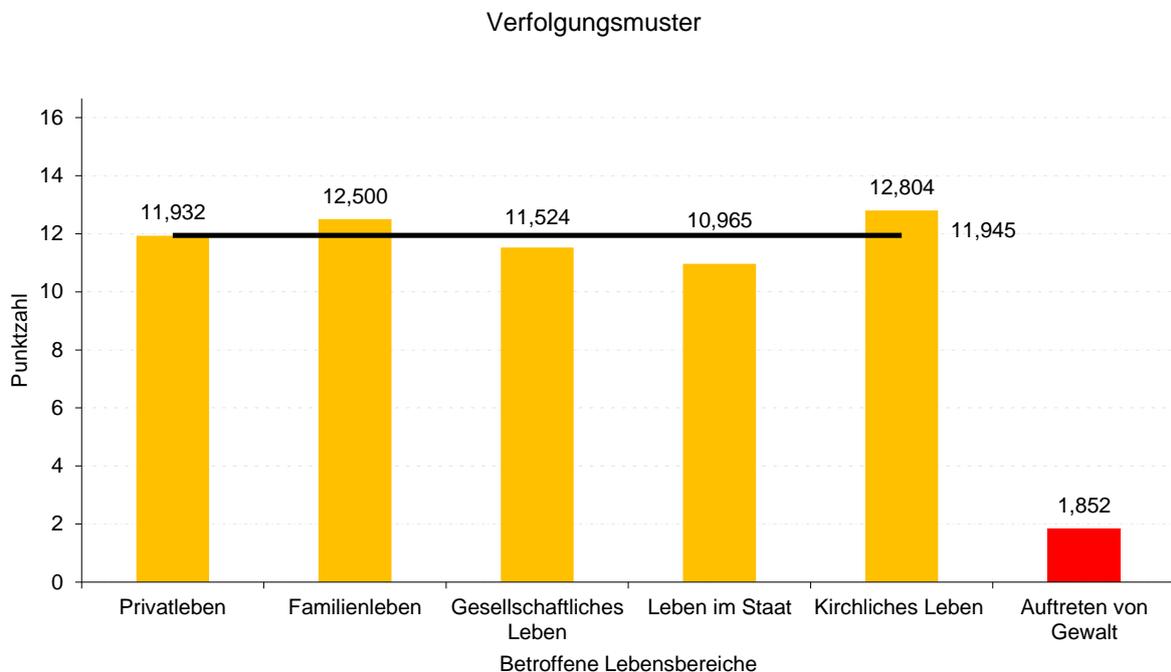
Betroffene Kategorien von Christen

In den Palästinensergebieten gibt es vier Kategorien von Christen, wobei ausländische Christen in die drei anderen Kategorien integriert sind, hier aber dennoch genannt werden. Drei der Kategorien sind von Verfolgung betroffen. Christen muslimischer Herkunft werden am stärksten verfolgt.

- **Ausländische bzw. eingewanderte Christen:** Sie erleben Einschränkungen, jedoch keine Verfolgung. Sie bilden keine eigenen Gemeinden, sondern sind Teil einheimischer Kirchen und Gemeinden. Sie dürfen Gottesdienste feiern, jedoch ist ihnen die Missionierung von Muslimen verboten – das gilt für Christen aller Kategorien und für andere Nicht-Muslime. Fälle von Belästigung sind nicht bekannt.
- **Mitglieder traditioneller Kirchen:** Diese traditionellen Christen werden beispielsweise durch die römisch-katholische, die altorientalische oder die orthodoxe Kirche des Ostens repräsentiert. All diese Kirchengemeinden sind registriert. Im Westjordanland gibt es mehrere, in Gaza lediglich zwei, eine orthodoxe und eine römisch-katholische Gemeinde. Manche Mitglieder der orthodoxen und der katholischen Kirche in Gaza stehen in der Gefahr, zum Islam zu konvertieren. Sie sind Christen aufgrund ihrer Geburt und nicht, weil sie sich dafür entschieden haben. Sie konvertieren, da sie sich entweder gefangen fühlen oder den Drohungen nicht standhalten können oder auch, weil ihnen Häuser, Ehefrauen, Arbeitsstellen oder Studienabschlüsse versprochen werden, wenn sie zum Islam konvertieren. Viele bereuen diese Entscheidung später. Die Verbundenheit mit ihrer christlichen Identität erweist sich meist als stärker, als sie angenommen hatten. Jedoch ist es im Islam äußerst schwierig für einen Konvertiten, zu seiner/ihrer ursprünglichen Religion zurückzukehren.
- **Christen muslimischer Herkunft und Christen, die zu einer anderen Kirche wechseln:** Von allen einheimischen Kategorien von Christen erleben ehemalige Muslime die stärkste Verfolgung. Im Westjordanland werden sie bedroht und unter Druck gesetzt, in Gaza ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren Glauben unter höchster Geheimhaltung leben müssen. Trotzdem wächst die Zahl der Christen muslimischer Herkunft langsam. Wenn Christen aus einer traditionellen Kirche in eine protestantische Freikirche wechseln, führt dies oft zu Problemen mit ihren Familien.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen:** Es gibt einige Baptistengemeinden im Westjordanland und eine in Gaza. Leiter der traditionellen Kirchen empfinden die evangelikalen Kirchen oft als Bedrohung für ihre Gemeinden. Protestantische Gemeinden sind dafür bekannt, dass sie einen Schwerpunkt auf Evangelisation legen, was ihnen oft Druck vonseiten der Gesellschaft einbringt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für die Palästiniensgebiete basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus (in Verbindung mit Exklusivem Stammesdenken). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 11,945 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (11,530) zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist die Punktezahl auf 1,852 gestiegen, gegenüber 0,741 Punkten im Vorjahr. Die höhere Wertung für den Druck in den Lebensbereichen ist zurückzuführen auf die bereits erklärte neue Einstufung in drei Kategorien von Christen anstelle von vier. Außerdem gab es im vergangenen Berichtszeitraum eine etwas höhere Anzahl von gewaltsamen Übergriffen gegen Christen. Die ermittelten Daten weisen darauf hin, dass die Verfolgungssituation in etwa gleich geblieben ist. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung am intensivsten in den Bereichen „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“, jedoch nicht wesentlich stärker als in den anderen Bereichen.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Konvertiten aus dem Islam erfahren in ihrem Privatleben enormen Druck, besonders gefährlich ist ihre Lage in Gaza. Der kleinste Hinweis an ihr Umfeld, dass sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, kann ernste Konsequenzen für sie haben. Alle anderen Kategorien von Christen haben mehr Freiheit, ihren Glauben privat auszuleben, solange sie keine Muslime evangelisieren.
- **Familienleben:** Wird die Hinwendung zum christlichen Glauben bekannt, erleben Konvertiten seitens ihrer Familien starken Druck, besonders in Gaza, etwas schwächer auch im Westjordanland. Ihre Kinder werden ebenfalls schikaniert und belästigt. Alle anderen Kategorien von Christen erleben in ihrem familiären Umfeld relative Freiheit, ihre christlichen Überzeugungen auszuleben. Christen jedoch, die mit einem Muslim

verheiratet waren und geschieden wurden, wird grundsätzlich das Sorgerecht für die Kinder entzogen.

- **Gesellschaftliches Leben:** In Gaza und in den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebieten des Westjordanlands hat der Druck auf die gesamte christliche Gemeinde zugenommen. Die Zahl der Christen nimmt ab, während der Einfluss eines extremistischen Islam zunimmt. Besonders Christinnen verspüren zunehmend den Druck, sich mehr zu bedecken oder sogar zu verschleiern. Wenn sie dies nicht tun, werden sie schnell zum Ziel von Belästigungen. Christen berichten, dass sie sich zunehmend sozial und wirtschaftlich unter Druck gesetzt fühlen, zum Islam zu konvertieren. Auch im Westjordanland nimmt die Angst zu, wenn auch geringer als in Gaza. Das allgemeine Gefühl der politischen Unruhe und der wachsende Einfluss des extremistischen Islam im Nahen Osten tragen stark dazu bei. Die Moscheen drehen die Lautsprecher vermehrt und stärker auf, immer mehr Frauen verschleiern sich. Auch hier müssen die meisten Konvertiten ihren Glauben verstecken.
- **Leben im Staat:** Im Allgemeinen ist die Religionsfreiheit im Westjordanland durch das Gesetz geschützt, Gesetze in Gaza schränken diese ein. Das palästinensische Grundgesetz – das zurzeit als vorläufige Verfassung fungiert – erklärt den Islam zur offiziellen Religion und die Scharia (die islamische Gesetzgebung) zur Hauptquelle der Rechtsprechung. Die Behörden versagen darin, die Rechte der Christen zu gewährleisten und zu schützen, und in einigen Fällen sind Christen, vor allem Christen muslimischer Herkunft, gezwungen zu fliehen, um anderswo in Sicherheit leben zu können.
- **Kirchliches Leben:** Christen muslimischer Herkunft können sich nicht offiziell als Gemeinde versammeln oder sich einer bestehenden Kirche anschließen. Für nicht-registrierte protestantische Gemeinschaften ist es im Westjordanland schwierig, eine Baugenehmigung für ein Kirchengebäude zu erhalten, in Gaza ist es praktisch unmöglich – für alle Kategorien von Christen. Christliche Literatur oder Bibeln in das Westjordanland zu importieren, kann problematisch sein; in Gaza ist es gesetzlich verboten. Im Westjordanland ist die Sicherheit von Christen, die sich öffentlich versammeln, bedroht. Die Organisation Middle East Concern berichtet von einem Vorfall in Bethlehem, bei dem der zuständige Gouverneur im Mai 2015 eine Versammlung unter freiem Himmel kurzfristig aufgrund von „erheblichem politischen und religiösen Druck“ absagen ließ.
- **Auftreten von Gewalt:** Zumeist sind es Christen muslimischer Herkunft, gegen die mit Gewalt vorgegangen wird. Die Täter kommen aus dem familiären oder gesellschaftlichen, gelegentlich auch aus dem behördlichen Umfeld. In Gaza ist der psychische Druck auf Christen, sich zum Islam zu bekehren, beständig hoch, vor allem während des Ramadan. Ihnen werden Arbeitsplätze, Häuser, Frauen und Studienabschlüsse versprochen, falls sie konvertieren. Mehrere Christen muslimischer Herkunft und andere Christen mussten deshalb aus Gaza fliehen und in das Westjordanland umsiedeln, aber auch innerhalb des Westjordanlandes mussten Christen umziehen. Es liegen einige Berichte über physische religiös motivierte Gewalt gegen Christen vor. Im September 2015 gab es einen Brandanschlag auf das

maronitische Kloster St. Charbel in Bethlehem, mit beträchtlichem Schaden. Dem Kanzler des maronitischen Patriarchats in Jerusalem zufolge wurde die Kirche gezielt durch eine Gruppe von Tätern mit islamistischer Prägung angegriffen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Die Spannungen in Israel und den Palästinensergebieten nehmen beständig zu. In Jerusalem und im Westjordanland haben gewaltbereite Palästinenser jüdische Bürger und Sicherheitskräfte in mehreren Fällen niedergestochen. Mehrere Faktoren tragen zu dieser Situation bei. Da ist zum einen die unter muslimischen Palästinensern weitverbreitete Vorstellung, dass die Al-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg in Jerusalem in Gefahr sei. Außerdem gibt es in den palästinensischen Medien und sozialen Medien beständig Aufrufe zur Gewalt gegen Juden. Und letztendlich tragen die bislang fehlenden Fortschritte in der Lösung des Israel-Palästinenser-Konflikts sowie der sozial-ökonomische Verfall im Westjordanland zur Spannung bei.

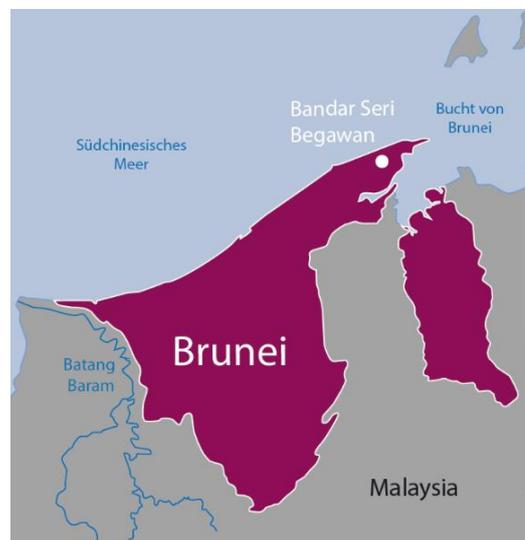
Die Behörden in Gaza geraten immer stärker unter den Einfluss von islamistischen Kräften, die sich durch die Tumulte im Nahen Osten gestärkt fühlen. Die Arabische Revolution, der Krieg in Syrien und ebenso der Krieg in Gaza im Sommer 2014 haben dazu beigetragen, dass der islamische Extremismus in Gaza zunimmt. Salafisten aus Gaza kämpfen in Syrien und werden immer extremistischer. Wenn sie zurückkehren, könnte dies zu einer verstärkten Radikalisierung der Bevölkerung führen. Im Allgemeinen lässt sich in der palästinensischen Gesellschaft, sowohl im Westjordanland als auch in Gaza, eine Radikalisierung feststellen. Dies ist eine schlechte Entwicklung für die Situation der Christen in beiden Regionen. Je mehr die Fatah-Regierung im Westjordanland ihre Glaubwürdigkeit unter der einheimischen Bevölkerung verliert, umso mehr Macht gewinnen die extremistischen Kräfte. Die Situation der Christen könnte sich verbessern, wenn die Fatah-Regierung ihre Macht festigen könnte. Sie würde sich jedoch erheblich verschlechtern, wenn andere militante islamistische Gruppierungen die Macht übernehmen würden. Die Aussichten für die Christen in Gaza sind eher düster.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 25: Brunei

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 61 Punkten belegt Brunei Platz 25 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um drei Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (58) als Brunei Rang 27 einnahm. Der Anstieg ist auf erhöhten Druck im Privat- und Familienleben sowie im kirchlichen Leben zurückzuführen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Christen in Brunei leiden vor allem unter dem „Islamischen Extremismus“, gemischt mit „Diktatorischer Paranoia“.

- **Islamischer Extremismus:** Brunei ist eine islamische Nation, die auf einer "Malaiisch Islamische Monarchie" genannten Ideologie begründet ist. Der Sultan sprach sich vor einiger Zeit für eine Demokratisierung der Regierung aus und ernannte sich selbst zum Premierminister und Präsidenten. Im Zivilrecht gilt schon seit vielen Jahren für alle Muslime die Scharia und das Land verfolgt mit der Unterstützung der sogenannten „Dawah“ Bewegung (islamische Mission) das Ziel, alle Stammesvölker zu islamisieren. Die Einfuhr von Bibeln und das öffentliche Feiern von Weihnachten sind gesetzlich verboten. Christliche Pastoren und Mitarbeiter gelten als Feinde und sowohl Einheimische als auch Ausländer sind Ziel aggressiver Islamisierung geworden. Die Regierung hat zum Ziel, jährlich 2000 Menschen zum Islam bekehren und lockt mit einer Zahlung von 2000 Brunei Dollar (BND) (ca. 1300 Euro) und anderen Sozialleistungen (z.B. Wohnungen, Häuser und gute Arbeitsstellen) für jede Person, die zum Islam konvertiert. Laut einer Statistik des islamischen Dawah Centers haben sich im Jahr 2013 im Sultanat 538 Menschen dem Islam angeschlossen. Von Januar bis November 2014 sind 540 Menschen von anderen Religionen oder aus einem ethnischen Hintergrund zum Islam übergetreten.
- **Diktatorische Paranoia:** Seit über 600 Jahren haben die Sultane die uneingeschränkte Macht. Alle wichtigen Positionen hat der Sultan persönlich eingenommen; seien es die des Ministerpräsidenten, Finanzministers, Innenministers oder Verteidigungsministers und auch die des Religionsführers. Er wird vom Volk hoch geachtet und respektiert, jegliche Kritik ist undenkbar. Seine Herrschaft ist nicht ernsthaft in Gefahr, aufgrund internationalen Drucks verzögert sich allerdings die Einführung weiterer Stufen der Scharia. Der Islam scheint als vereinernde Staatsideologie zu dienen. Christen sind deshalb verunsichert, was ihre Zukunft betrifft und kommen sich bestenfalls als Bürger zweiter Klasse vor.

Aktuelle Einflüsse

Am 1. Mai 2014 führte Sultan Hassanal die erste von drei Stufen zur Anpassung der Strafgesetzgebung an die islamische Scharia ein. In der ersten Stufe wurden Bußgelder und Haftstrafen für „Vergehen“ eingeführt wie z.B. uneheliche Schwangerschaften, das Verkünden anderer Religionen als den Islam und dem Fernbleiben der verpflichtenden Freitagsgebete. Die zweite Stufe, die härtere Strafen beinhaltet, wie Auspeitschen oder Amputationen für Eigentumsdelikte, sollte eigentlich im Mai 2015 eingeführt werden, wurde aber aufgrund von internationalem Druck verschoben.

Im Jahr 1929 entdeckte Brunei enorme Vorräte an Erdöl und Erdgas. Sultan Hassanal nutzte den enormen Profit, um sein winziges Sultanat zu einem der wirtschaftsstärksten und sozial sichersten Gesellschaften der Welt auszubauen. Die Bewohner von Brunei genießen ein kostenloses Gesundheitssystem und kostenlose Bildung, sie müssen keine Einkommensteuer zahlen, erhalten Wohnzuschüsse und günstige Immobilienkredite. Der Export von Brunei besteht zu fast 96 Prozent

aus Öl, Gas und verwandte Produkte. Hält die Geschwindigkeit der Gewinnung ihrer Bodenschätze an, steht ihnen laut dem Weltenergieausblick von BP für gerade einmal 22 Jahre weiteres Öl zur Verfügung.

Im Jahr 2008 gab der Sultan die „Vision Brunei 2035“ bekannt. Dieser Plan sieht vor, die Abhängigkeit von Öl und Gas zu vermindern und die Beschäftigungsrate in der Privatwirtschaft zu erhöhen, indem die Wirtschaft mithilfe einer Reihe von internationalen Handelsabkommen ab 2015 vielschichtiger gestaltet wird. Brunei verfügt wohl auch über ein gut gefülltes finanzielles Polster, denn dank wohlüberlegter politischer Entscheidungen gibt es ein deutliches Haushaltsplus. „Vision Brunei 2035“ beinhaltet auch Pläne, aus dem Sultanat ein „islamisches Singapur“ zu machen, wofür die Fähigkeiten der hochgebildeten und äußerst fähigen Bürger Bruneis genutzt würden. Da jedoch auch nicht-muslimische Menschen von der Scharia betroffen sein werden (ca. 33 Prozent der Bevölkerung), wird befürchtet, dass viele der gebildeten Bruneier lieber auswandern werden. Die Möglichkeit besteht, dass die Einführung der Scharia die Vision des Sultans für sein Land zum Entgleisen bringen könnte.

Betroffene Kategorien von Christen

In Brunei gibt es alle Kategorien von Christen, die von Verfolgung betroffen sind:

- **Gemeinschaften von christlichen Einwanderern und Arbeitsmigranten** machen den Großteil der christlichen Kirche in Brunei aus. Sie erleben durch die Scharia Einschränkungen.
- **Mitglieder von historisch gewachsenen Kirchen**, wie von der Römisch Katholischen Kirche, sind vermehrt mit Feindseligkeiten konfrontiert, obwohl es sie noch weniger betrifft als die protestantischen Kirchen und die Gemeinschaften von Konvertiten.
- **Ehemalige Muslime**, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, werden sehr stark durch Freunde und Familie unter Druck gesetzt.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen**, zu denen evangelikale und charismatische Gemeinschaften zählen, müssen sowohl im Privatleben, als auch im Gemeindeleben vorsichtig sein.

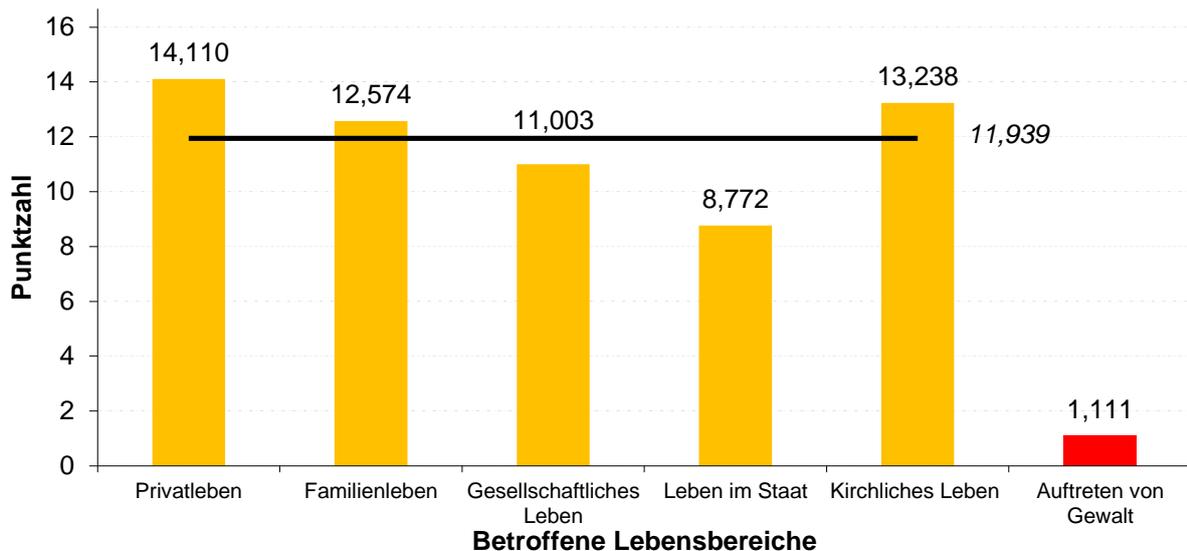
Der anfängliche Schock der Kirchen über die Einführung der Scharia hat sich gelegt, da der Sultan derzeit zögert, die Scharia in ganzer Schärfe einzuführen. Da noch niemand weiß, wie sich eine völlige Einführung auswirken wird, behalten die Christen die Situation gut im Blick. Es gibt viele Anzeichen für einen wachsenden islamischen Konservatismus innerhalb der Gesellschaft, sodass die jüngere Generation von Christen entweder bereit ist, das Land zu verlassen oder anfängt, es in Erwägung zu ziehen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Brunei setzt sich aus der Wertung für Islamischen Extremismus, gemischt mit Diktatorischer Paranoia zusammen. Die durchschnittliche Wertung für die ersten fünf Säulen (11,939) steht für den Druck auf die Christen, der im Vergleich zum letzten Jahr (11,528) leicht angestiegen ist. Während im letzten Berichtszeitraum keine gewalttätigen Vorfälle verzeichnet wurden und daher der Wert Null verzeichnet wurde, stieg er nun

auf 1,111 angestiegen. Dies lässt vermuten, dass der stets gegenwärtige Druck auf die christliche Gemeinde stärker einschränkt als reine Gewalt. Wie im Verfolgungsmuster erkennbar, ist die Verfolgung im „Privat-, Familien und Kirchenleben“ am stärksten. Der Druck auf ehemalige Muslime ist besonders im „Privat- und Familienleben“ stark ausgeprägt und wird auch im sozialen Umfeld ausgeübt. Im Kirchenleben kommt es bei allen Kategorien von Christen zu Einschränkungen. Dieser Druck wird noch angeheizt durch die Einführung der Scharia, die einen Schritt auf dem Weg zur Islamisierung des ganzen Landes darstellt.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** In Brunei ist es gegen das Gesetz, dass ein malaischer Muslim den Islam verlässt. Wer es doch tut, muss mit harten Strafen rechnen. Absatz 112(1) des kürzlich in Brunei eingeführten Scharia-Strafrechts bestimmt, dass ein Muslim, der sich zum Nicht-Muslim erklärt, mit dem Tod oder mit Gefängnis nicht über 30 Jahren und körperlicher Züchtigung bestraft werden kann, je nach Beweislage. Ist das Scharia-Gericht überzeugt, dass der Beschuldigte glaubhaft umgekehrt ist, muss es ihn freisprechen. Jede private Bemerkung über das Christsein kann als Verbreitung des christlichen Glaubens geahndet werden, sodass Christen heute weitaus vorsichtiger abwägt, ob man ein Kreuz um den Hals trägt, als noch vor einigen Jahren. Besonders für ehemalige Muslime ist in diesem Zusammenhang das Versammeln mit anderen Christen eine besondere Herausforderung. Doch auch für die Christen ist diese Situation schwierig, da ein solches Treffen aufgedeckt und somit gefährdet werden kann, vor allem, wenn Genehmigungen nicht erteilt wurden oder in der Schwebe sind. Das Verteilen von „Propaganda“ an Andersgläubige oder an Stammesangehörige ist verboten. Christen, besonders ihre Leiter, stehen unter ständiger Beobachtung der Behörden.
- Familienleben:** Sind Konvertiten einmal entdeckt worden, besteht für sie die Gefahr, von ihren Ehepartnern geschieden zu werden, sie verlieren ihr Erbrecht und das Organisieren einer Taufe, einer christlichen Eheschließung oder Beerdigung ist ihnen

unmöglich. Alle Kinder, auch die aus christlichen Familien, müssen am Islam-Unterricht teilnehmen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine öffentliche oder eine christliche Schule handelt. Ehemalige Muslime können von ihren Familien ausgeschlossen oder sogar gewaltsam vertrieben werden.

- **Gesellschaftliches Leben:** Ehemalige Muslime werden von Familie, Freunden und Nachbarn konstant unter Druck gesetzt, ihrem christlichen Glauben zu entsagen. Christen stehen unter ständiger Beobachtung. Besonders malaiisch-sprachige Kirchengemeinden sind ernsthaft bedroht und ihre ständige Überwachung führt dazu, dass Christen bei Gemeindeveranstaltungen ein hohes Maß an Angst verspüren. Die Behörden holen sich außerdem Informationen von Anwohnern über Aktivitäten der Kirchen ein. Christen werden im Privat- und Berufsleben diskriminiert. Es gibt Berichte über philippinische Christen, denen eine Arbeitserlaubnis nur unter der Bedingung erteilt wurde, dass sie zum Islam konvertieren.
- **Leben im Staat:** Wie bereits erwähnt, hat Brunei im Mai 2014 die Scharia eingeführt, die nicht nur Vergehen wie Mord und Diebstahl bestraft, sondern auch die öffentliche Zurschaustellung von christlichen Symbolen. Untergrundgemeinden zeigen natürlich niemals christliche Symbole, doch selbst Mitglieder von anerkannten christlichen Kirchen stellen sicher, nichts dergleichen zur Schau zu stellen, das den Anschein erwecken könnte, sie wollten den christlichen Glauben bekannt machen und Muslime missionieren. Aus diesem Grund haben Christen Angst davor, etwas zu tragen, das in der Öffentlichkeit als Glaubensbekundung zu deuten wäre, wie z.B. eine Halskette mit einem Kreuz.
- **Kirchliches Leben:** Gemeinschaften von Konvertiten und protestantischer Freikirchen haben es von jeher nicht einfach, ihre Versammlungen registrieren zu lassen. Manchmal wurden Gottesdienste von der Polizei gestört. Doch innerhalb des Berichtszeitraums haben selbst historische Kirchengemeinden Schwierigkeiten gehabt, eine Verlängerung ihrer Genehmigungen zu erhalten. Es gibt in Brunei eine Fatwa, welche die Renovierung nicht-muslimischer Gottesdienstgebäude untersagt. Christliche Veranstaltungen dürfen nicht öffentlich abgehalten werden, so wurde im Dezember 2014 eine Warnung an alle christlichen Gemeinschaften herausgegeben, das Weihnachtsfest nicht in der Öffentlichkeit zu feiern. Sonntagsgottesdienste werden von Regierungsbeamten scharf überwacht und Pastoren (besonders malaiisch sprechende Pastoren) müssen sich ihre Formulierungen gut überlegen, um die Regierung oder die königliche Familie nicht zu verletzen. Gedruckte Schriften unterliegen einer Prüfung. Besondere Überwachung gilt den Bewegungen und Aktivitäten von Kirchenleitern, wodurch ihnen die Ausbildung von Kirchenmitgliedern und das Halten theologischer Unterrichtseinheiten erschwert sind.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung gestaltet sich in Brunei nicht sonderlich gewalttätig. Aber die Wertung zeigt eine Zunahme im Vergleich zu den 0 Punkten aus dem letzten Jahr. Es gibt Fälle von Christen, die wegen Gesetzesübertretungen eine Haftstrafe verbüßen mussten und einige Konvertiten mussten aus ihrer Heimatstadt fliehen. Besonders die jüngere Generation von Christen entflieht der Verfolgung, indem sie auswandert.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die christliche Kirche:

Brunei steht vor einigen schwierigen Entscheidungen. Die sorglosen Zeiten, in denen der Sultan für alle sorgt, werden bald vorüber sein. Bis jetzt bietet die Regierung ein kostenloses Gesundheitssystem und bezuschusst Güter wie Reis und Wohnraum. Es gibt keine Gebühren für öffentliche Schulen und die Bürger Bruneis müssen keine Einkommensteuer bezahlen. Die Öl- und Gasvorkommen sind jedoch begrenzt und reichen vielleicht noch eine Generation lang. Das kann zu wachsender Unsicherheit und sogar Unruhen führen, was den Sultan dazu veranlassen könnte, sich noch mehr dem konservativen Islam zu verschreiben. Für Christen wird dies mehr Schwierigkeiten bringen, denn die Situation der Kirchen ändert sich schon jetzt durch das massive Auswandern vieler junger Christen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 26: Zentralafrikanische Republik

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 59 Punkten belegt die Zentralafrikanische Republik (ZAR) Platz 26 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das sind erheblich weniger Punkte als 2015, als das Land mit 67 Punkten Rang 17 belegte. Die Abnahme der Punktzahl erklärt sich primär daraus, dass die 2012 – 2014 für die übermäßig große Gewalt gegen die christliche Bevölkerung verantwortliche Rebellenbewegung der Séléka in vielen Landesteilen nicht mehr aktiv ist. Obwohl die Séléka Anfang 2014 aus dem Süden des Landes vertrieben wurde, sind deren Anhänger noch immer in einigen Stadtteilen von Bangui aktiv, ebenso auch in den nordöstlichen Provinzen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte von Verfolgung, die sich auf die Christen der ZAR auswirken, sind der „Islamische Extremismus“ (Haupttriebkraft) und weniger stark „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- **Islamischer Extremismus:** Die früheren Anhänger der Séléka-Rebellenbewegung haben keine formal islamistische (bzw. dem politischen Islam zuzuordnende) Agenda, sondern setzen sich überwiegend aus ausländischen Muslimen zusammen. Bei der Verwüstung des Landes haben sie speziell Christen und deren Besitz (Häuser, Kirchen) attackiert, wie auch Gebäude der Regierung.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Inmitten des durch den Konflikt entstandenen Chaos versuchen viele, aus der verbreiteten Gesetzlosigkeit Profit zu

schlagen. Aus diesem Grund sind Organisiertes Verbrechen und Korruption als zweite Triebkraft zu nennen. Genauere Untersuchungen dazu erfolgen im Jahr 2016.

Aktuelle Einflüsse

Laut Verfassung ist die ZAR ein säkularer Staat, in der Vergangenheit haben jedoch autokratische Führer auf die Unterstützung durch religiöse Gruppen – überwiegend Kirchen – zurückgegriffen. Wie der Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit zeigt, hat die Regierung der ZAR in den letzten 10 Jahren keine religiöse Gruppierung bevorzugt. Die ZAR gilt als christliches Land, allerdings ist der Islam – mit Unterstützung von Gruppen aus dem Tschad und dem Sudan – im vergangenen Jahrzehnt deutlich von 5 auf 13% der Bevölkerung gewachsen. Meinungsverschiedenheiten unter den Muslimen im Norden gehörten zu den Hauptursachen für den Putsch im März 2013. Lokale Christen zeigen sich besorgt über das Vordringen des Islam im Land und verweisen darauf, dass die Rebellion, die zum Staatsstreich geführt hatte, einer traditionellen dschihadistischen Agenda entnommen ist.

Seit ihrer Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 hat die ZAR viele Konflikte und fünf Staatsstrieche erlebt. Die unbeständige Natur des postkolonialen politischen Systems der ZAR hat dazu geführt, dass grundlegende Bürger- und politische Rechte unterentwickelt sind. Die für die globale Beobachtung zur Einhaltung politischer Freiheit bekannte Organisation Freedom House stuft die ZAR als „nicht frei“ ein und erteilt ihr im Index 2015 mit der Bewertung 7 die schlechtmöglichste Punktzahl für Bürger- und politische Rechte. Zusätzlich zu wiederholten Machtübernahmen durch das Militär ist das Land auch deshalb von chronischer Instabilität geplagt, weil immer wieder Rebellengruppen ihre Waffen gegen die Zentralregierung erhoben haben. Die meisten dieser Gruppen zetteln wegen angeblicher religiöser Ausgrenzung Aufstände an.

Die Instabilität der ZAR und die Schwäche der nachfolgenden Regierungen sowie deren fehlende Legitimation führen dazu, dass der frühere Kolonialherr Frankreich noch immer die entscheidende Rolle im Land spielt. So gab es mehrmals direktes militärisches Eingreifen vonseiten der Franzosen, um die jeweilige Regierung zu unterstützen und nicht zuletzt auch die in der ZAR lebenden Franzosen zu schützen. Während die für die Aufstände verantwortlichen Rebellen und Militärs meist vorgeben, sie wollten die Korruption oder aber die ethnische und religiöse Diskriminierung im Land beseitigen, scheinen sie überwiegend durch die zu erwartenden Belohnungen in Form von politischer Macht sowie Möglichkeiten für Klientelwirtschaft und Korruption motiviert zu werden.

Der jüngste Konflikt in der ZAR hat den Tod tausender und die Vertreibung hunderttausender Menschen sowie erhebliche Zerstörungen von Eigentum verursacht. Was den Konflikt jedoch noch gefährlicher machte, war die zusätzliche religiöse Dimension. Im September 2014 hat die Chefanklägerin am Internationalen Gerichtshof (ICC) deshalb eine zweite Untersuchung zur ZAR eröffnet. Nach Expertenmeinung kam es – neben weiteren Gründen – deshalb zur Gründung der (überwiegend muslimischen) Séléka, weil die Regierung die sozialen Probleme nicht ausreichend angeht sowie wegen mangelhafter Staatsführung.

Die Art und Weise jedoch, wie die Séléka ihre angeblichen Klagen zum Ausdruck brachten, lässt Zweifel an ihren wahren Motiven aufkommen. Um ein Beispiel aus dem Jahr 2013 anzuführen, hat Human Rights Watch bestätigt, dass „bei Angriffen auf 34 Dörfer und Städte, die vom 11. Februar bis 2. Juni überwiegend von Séléka-Anhängern geführt wurden, mehr als 1.000 Häuser niedergebrannt und mindestens 40 Zivilpersonen getötet wurden. Die Séléka-Truppen haben einige Kommunen nur

attackiert, um deren (möglichen) Widerstand niederzuschlagen und um zu plündern.“ Diese Kommunen waren überwiegend christlich, eine Tatsache, die von den meisten Organisationen nicht beachtet wurde. Es gibt keinerlei Rechtfertigung dafür, wahllos Christen zu ermorden, nur um auf angebliche lang existierende Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen. Letztendlich haben Muslime wie Christen durch mangelhafte Staatsführung und fehlende Rechtsstaatlichkeit im Land sowie langjährige Inkompetenz der jeweiligen Zentralregierung viel Leid erfahren. Auch die Ermordung von Muslimen durch die Streitkräfte der Anti-Balaka – nur aufgrund ihrer Religion – kann keinesfalls gebilligt werden.

In einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2013 heißt es dazu: „Die als Ex-Séléka bekannten, aber definitiv der Regierung angehörenden Streitkräfte haben als Folge des Angriffs (der Anti-Balaka) in großem Ausmaß Vergeltung an Christen geübt, indem sie in nur zwei Tagen etwa 1.000 von ihnen ermordeten und systematisch Häuser niederbrannten.“

Eine der Gefahren in diesem Konflikt besteht darin, dass in dem Bemühen, die Krise beizulegen, wichtige Sachverhalte des Konfliktes vernachlässigt werden. Die Ermittlungen von UN-Experten und Amnesty International behaupten, dass christliche Milizen (Anti-Balaka) eine ethnische Säuberung gegen die muslimische Minderheit betreiben. Die zuvor von den Séléka begangenen Verbrechen werden nicht erwähnt, obgleich umfangreich darüber berichtet worden war, dass sie gezielt Christen angriffen. Der „Telegraph“ berichtet dazu: „Die mehrheitlich muslimische Séléka-Miliz hat den Versuch eines Gegenputsches durch die christliche Bevölkerungsmehrheit im Kampf abgewehrt, in der Hauptstadt Bangui ebenso wie in dem nördlichen Bossangoa. Da sie keinen Lohn beziehen, verschaffen sie sich selbst ihre ‚Entlohnung‘ durch das Ausplündern der Bevölkerung, die sie vorgeben zu beschützen; wohlgerne der christlichen Bevölkerung.“

Obwohl die Séléka aus vielen Landesteilen vertrieben wurden, bleiben noch viele Probleme zu lösen. Aus dem (muslimisch geprägten) Stadtteil PK5 der Hauptstadt Bangui hat eine wachsende Gruppe extremistischer Muslime ihre Hochburg gemacht und verbreitet Terror. Im zumeist von Muslimen besiedelten Nordosten des Landes müssen Christen aus ihren Dörfern fliehen; der Zugang zu ihren Feldern wird ihnen verwehrt. Große Gruppen von Christen leben unter äußerst ärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern.

Auf der nationalen Ebene erlebt die ZAR gerade politischen Stillstand. Die Übergangsregierung scheint keine Gerechtigkeit zu bringen, auch deshalb, weil die Armee des Landes noch nicht wieder eingesetzt werden darf. Den UN-Truppen gelingt es nicht, in den ländlichen Regionen Sicherheit herzustellen. Wegen der fehlenden Gerechtigkeit fühlen sich die Anti-Balaka in und um Bangui und die früheren Séléka im Nordosten benachteiligt. Die wirtschaftlichen Probleme bleiben ebenfalls ungelöst.

Betroffene Kategorien von Christen

In der ZAR sind alle Kategorien von Christen in ähnlichem Ausmaß von Verfolgung betroffen.

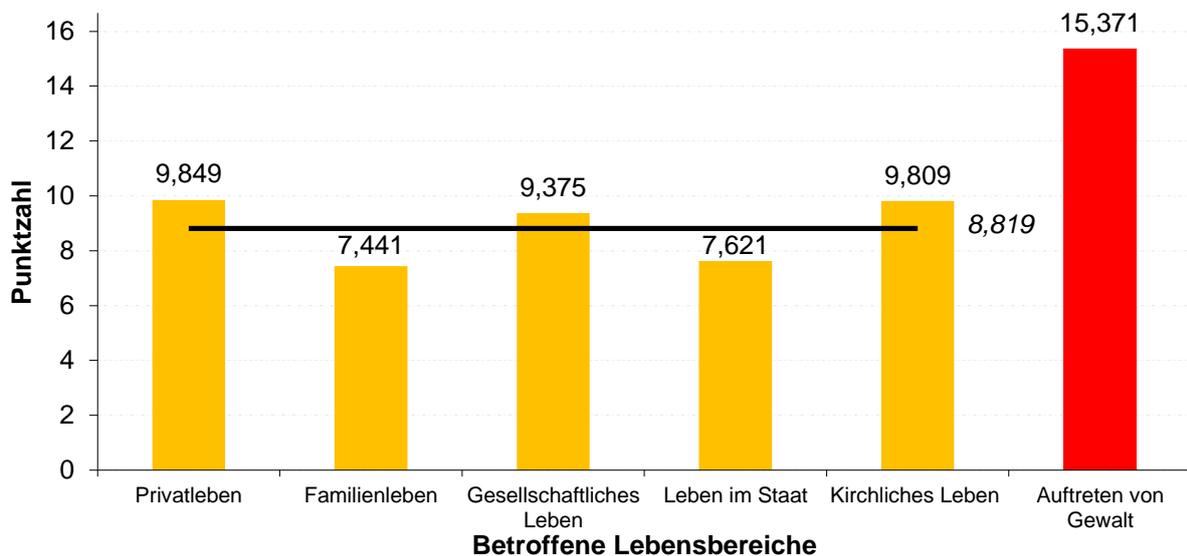
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Dazu gehören die römisch-katholische und die evangelische Kirche. Die Katholiken sind zahlenmäßig am stärksten vertreten, mit dem ausgedehntesten Netzwerk von Kirchen, Kliniken und Schulen. Berichten zufolge wurden viele Kirchen und dazugehörige Gebäude bzw. Einrichtungen (katholische wie evangelische) samt Fahrzeugen, Computern und sonstiger Wertsachen beraubt.

- **Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten):** Wird die Hinwendung eines Muslims zum christlichen Glauben bekannt, muss er mit der Einmischung von Familienmitgliedern rechnen.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen:** Dazu gehören evangelikale und Pfingstkirchen. Alle Gemeinden und sämtliches Eigentum der Mitglieder waren Ziel von Plünderungen durch die Séléka.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für die ZAR illustriert die Auswirkung des Islamischen Extremismus auf die verschiedenen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 8,819 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (10,339) spürbar abgenommen hat. Die Wertung für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ mit 15,371 Punkten ist jedoch ähnlich hoch wie im Vorjahr (15,556 Punkte). Der allgemeine Verfolgungsdruck hat sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich abgeschwächt, hauptsächlich deshalb, weil die Verfolgung nicht mehr im ganzen Land, sondern nur noch in den Regionen auftritt, in denen die früheren Séléka-Anhänger weiterhin aktiv sind. Das Niveau der Gewalt blieb allerdings hoch, wofür hauptsächlich Séléka-Anhänger in den nordöstlichen Provinzen sowie in und um Bangui verantwortlich waren. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung in den Bereichen „Familienleben“ und „Leben im Staat“ am geringsten, was angesichts der Tatsache, dass die ZAR ein mehrheitlich christliches Land ist, logisch ist. Sowohl familiären Bereich als auch nach von staatlicher Seite herrscht Religionsfreiheit.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Da die ZAR ein mehrheitlich christliches Land ist, genießen Katholiken und alle protestantischen Kirchen eine relative Freiheit. Christen muslimischer Herkunft müssen jedoch mit Widerstand vonseiten ihrer Familien rechnen, sobald ihre

Hinwendung zum christlichen Glauben bekannt wird. Das größte Problem in der ZAR ist die imaginäre Trennlinie zwischen Muslimen und Christen, die quer durch die gesamte Bevölkerung verläuft. Ein Gespräch über den Glauben zwischen einem Christen als Gastgeber und einem Muslim als Gast ist ein heikles Unterfangen. Im Norden des Landes, der von Muslimen dominiert wird und wo ehemalige Séléka-Anhänger aktiv sind, ist selbst der Besitz christlicher Literatur gefährlich.

- **Familienleben:** Da es nach wie vor noch keine Sicherheit im Land gibt, ist es für Christen in den nordöstlichen Provinzen sehr schwierig, Geburten, Hochzeiten oder Todesfälle amtlich zu melden, da dies unerwünschte Aufmerksamkeit auf sie lenken würde. In einem Land, wo Gruppen sich anhand ihrer Glaubenszugehörigkeit definieren, sind auch Taufen schwierig. Konvertiten (aus dem Islam) verlieren nahezu automatisch ihr Erbrecht.
- **Gesellschaftliches Leben:** Kommen beispielsweise frühere Séléka-Anhänger in ein Haus und finden dort jemanden, der in der Bibel liest, wird er oft sofort getötet. Bei Angriffen der Ex-Séléka auf Dörfer werden häufig junge Mädchen entführt. Viele Christen, die aus ihren Dörfern vertrieben wurden, haben Zuflucht in den Städten Kaga Bandoro, Bambari und Bria gesucht. Oft werden die Christen von Fulani-Hirten verjagt, die das Land der christlichen Bauern nehmen, um ihr Vieh dort weiden zu lassen.
- **Leben im Staat:** Christen wurden aus staatlichen Ämtern entlassen und durch Muslime ersetzt. Dies bereitet den Christen insbesondere in den nordöstlichen Provinzen Sorge, wo die Lokalregierungen von Séléka-Anhängern besetzt sind.
- **Kirchliches Leben:** Ein normales kirchliches Leben gestaltet sich äußerst schwierig, da christliche Versammlungen immer der Gefahr von Angriffen ausgesetzt sind. Dies gilt besonders für den Stadtteil PK5 in Bangui und den Nordosten des Landes, wo Christen in großen Städten schikaniert und zur Flucht gezwungen werden.
- **Auftreten von Gewalt:** Für ein mehrheitlich christliches Land wie die ZAR ist der Druck auf Christen erstaunlich hoch. Die Krise im Land hat eine völlig neue Dynamik entfacht, besonders im Bereich Religion. Im Berichtszeitraum wurden viele Christen in mehreren Landesteilen ermordet. So wurden beispielsweise am 20. Februar 2015 in Bangui 16 Christen von einem muslimischen Mob gelyncht, einige wurden enthauptet. Dies geschah nur fünf Tage, nachdem am 15. Februar ein Pastor und ein Gemeindeglied von Muslimen ermordet worden waren. Im Dezember 2014 töteten muslimische Extremisten einen Christen durch eine Granate. Im selben Monat wurden 12 Christen in einem Dorf von jungen Muslimen aus ihren Häusern gezerrt und erstochen oder erschossen, 13 weitere Christen wurden dabei verletzt. Aus dem ganzen Land wurden Brandanschläge auf Kirchen, Missionszentren und andere christliche Einrichtungen gemeldet. Des Weiteren wurden im Februar 2015 im Nordosten des Landes 14 Wohnhäuser und Kirchen zerstört sowie Missionszentren durch extremistisch-muslimische Fulani-Hirten geplündert und verwüstet. Zahlreiche Christen und Pastoren sind daraufhin aus der Region geflohen.

Ausblick

- 1) Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit müssen dringend wiederhergestellt werden. Sollte dies über längere Zeit ausbleiben, wird sich die Bevölkerung zum Schutz vor anhaltenden Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden seitens der Ex-Séléka bewaffnen. Durch derart bewaffnete Gruppen von Zivilisten könnte es leicht zu Vergeltungsmorden von Nachbarschaftswachen gegen lokale und unorganisierte Überbleibsel der Séléka oder auch lokale Muslime kommen.
- 2) Die Kirche, der Staat und die Gesellschaft der ZAR durchleben gerade eine traumatische Zeit. Obwohl Kirchenleiter der Großkirchen geschlossen die Gewalt der Anti-Balaka verurteilt haben, ist die Situation keinesfalls gelöst. Selbst wenn die Anti-Balaka-Kämpfer ihre Waffen niederlegen, ist die Gefahr für eine Fortdauer der Gewalt sehr hoch. Verschiedene islamistische Gruppen stehen angeblich vor den Toren Banguis bereit, um sich an den „Ungläubigen“ zu rächen.
- 3) Der jüngste Konflikt in der ZAR hat die Beziehung zwischen Christen und Muslimen im Land grundlegend verändert. Der Konflikt hat auf beiden Seiten zu Tausenden von Toten geführt. Den beiden Gruppen, die mehr als 100 Jahre zusammengelebt hatten, ist das Vertrauen zueinander verloren gegangen. Der von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Versöhnungsprozess hat begonnen, um dieses Problem anzugehen. Eines muss jedoch betont werden: Der Versöhnungsprozess und die Bemühungen, das rechtliche Vakuum ausbleibender Strafverfolgung zu beenden, bergen hohe Risiken. Im Fall ihres Scheiterns könnten die Polarisierung und die Gewalt zwischen Muslimen und Christen in der ZAR andauern und der religiöse Konflikt sich wieder verschärfen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 27: Jordanien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 59 Punkten belegt Jordanien Platz 27 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Im Jahr 2015 nahm es mit 56 Punkten Rang 30 ein. Christen muslimischen Hintergrunds sind aufgrund ihres Glaubens hohem Druck, Unterdrückung und Gewalt ausgesetzt. Diese Entwicklung wurde bereits im WVI 2015 angesprochen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Jordanien sind „Islamischer Extremismus“ und „Exklusives Stammesdenken“ (vermischt mit Islamischem Extremismus).



- **Islamischer Extremismus:** Spannungen zwischen moderaten und extremistisch-islamischen Elementen in der jordanischen Gesellschaft nehmen zu. Die Muslimbruderschaft und die Salafisten haben – ermutigt durch ihren wachsenden Einfluss in der Region – die allgemeinen Forderungen nach Reformen für ihre eigenen Absichten umgemünzt: Jordanien in einen islamischen Staat umzugestalten. Dschihadisten auf dem Weg nach Syrien durchqueren Jordanien, außerdem reisten Berichten zufolge mehr als 2.000 jordanische Dschihadisten in den Irak und nach Syrien, um zusammen mit anderen extremistischen Muslimen aus aller Welt zu kämpfen.
- **Exklusives Stammesdenken:** Typisch für diese Triebkraft ist der Versuch, den Einfluss jahrhundertealter Normen und Werte aus den Stammestraktionen durchzusetzen. Exklusives Stammesdenken tritt oft im Zusammenhang mit der traditionellen Religion auf, im Falle Jordaniens gibt es eine deutliche Vermischung mit dem Islam.

Aktuelle Einflüsse

Jordaniens Gesellschaft besteht aus verschiedenen Volksstämmen, was sich auch im Königshaus abbildet: der verstorbene König Hussein stammte aus Saudi-Arabien, seine zweite Frau und Mutter des derzeitigen Königs Abdullah II. ist Britin. König Abdullah selbst ist mit einer Palästinenserin verheiratet. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus Palästinensern, von denen die meisten nach den Arabisch-Israelischen Kriegen von 1948 und 1967 ins Land kamen. In den frühen 1950er-Jahren erhielt ein Großteil von ihnen die Staatsbürgerschaft. Palästinensische Jordanier („Westbankler“) werden allerdings benachteiligt im Vergleich zum Großteil der sonstigen Bevölkerung, der von Beduinen („Ostbankler“) abstammt und seit Jahrhunderten in diesem Gebiet lebt. Generell halten Letztere dem König die Treue.

Jordanien beherbergt große Flüchtlingsgruppen, insbesondere aus dem Irak und Syrien: Im Dezember 2015 schätzte das UN-Flüchtlingshilfswerk die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien auf 937.830 und die aus dem Irak auf 57.140. Da so viele verschiedene Nationalitäten in dem Königreich vertreten sind, besteht Unsicherheit über die nationale Identität der jordanischen Bürger. Außerdem führt die hohe Anzahl von Flüchtlingen zu wirtschaftlichem, politischem und religiösem Druck, ein potenziell destabilisierender Faktor.

Die Zahl der Christen verringert sich seit der Unabhängigkeit des Landes 1946. Dieser Rückgang liegt in einer niedrigeren Geburtenrate und hohen Auswanderungszahlen begründet. Außerdem kam eine große Zahl muslimischer Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien nach Jordanien. Zusammen mit dem Aufstieg des extremistischen Islam setzt dies die Christen, besonders Evangelikale und Christen muslimischer Herkunft, zunehmend unter Druck. Für lange Zeit galt Jordanien in Bezug auf Religionsfreiheit als eines der liberalsten Länder der Region. Für Christen scheint sich das nun aber zu ändern. Christen aus traditionellen Kirchen genießen noch immer einen relativ hohen Grad an Religionsfreiheit; Christen muslimischer Herkunft hingegen erleben die Auswirkungen des zunehmenden islamistischen Einflusses in der Gesellschaft.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt drei Kategorien von Christen, die in Jordanien von Verfolgung betroffen sind:

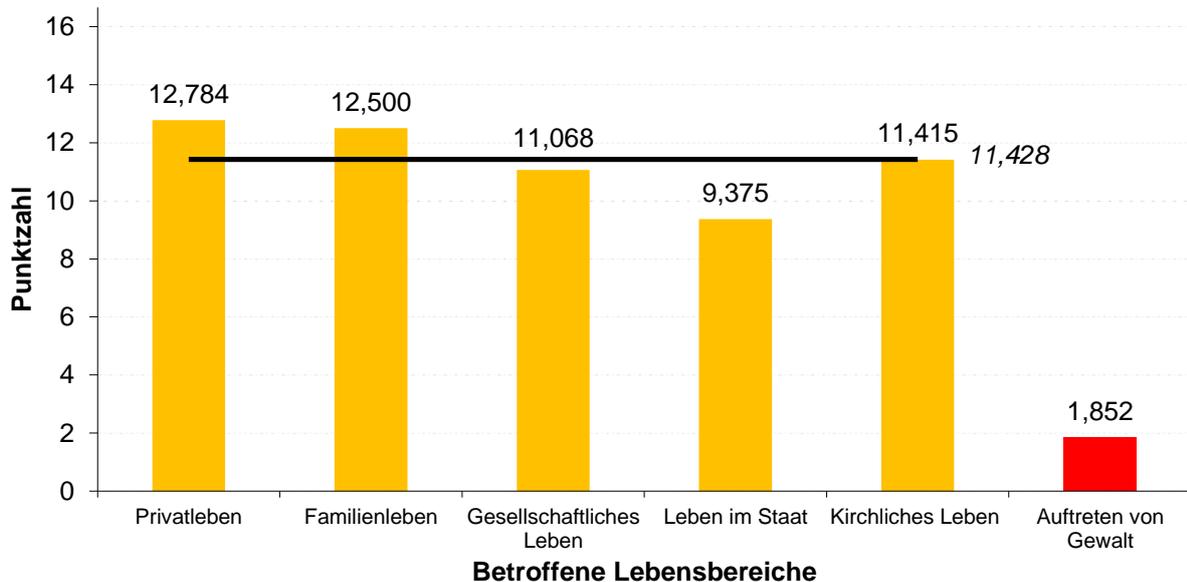
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Diese größte Gruppe von Christen gehört mehrheitlich zur orthodoxen und römisch-katholischen Kirche. Grundsätzlich genießen sie Religionsfreiheit, allerdings können Einzelne ihrer Mitglieder im Alltag Benachteiligungen erfahren, z. B. am Arbeitsplatz.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** Von allen Christen erleben Konvertiten aus dem Islam die stärkste Verfolgung. Wird ihr neuer Glaube bekannt, müssen sie mit Druck von allen Seiten rechnen: von Regierungsbeamten, Stammesführern, nicht-christlichen religiösen Führern, fanatischen Bewegungen, von normalen Bürgern und der (erweiterten) Familie. Die Situation der Christen muslimischen Hintergrunds – deren kleine Zahl stetig wächst – hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, verursacht durch Druck vonseiten ihrer Familien und durch die wachsende Aktivität islamistischer Gruppen.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen:** Diese Gruppe besteht größtenteils aus Evangelikalen, wie Baptisten- und Pfingstgemeinden. Wie die Gemeinden der Konvertiten erleben die protestantischen Freikirchen den stärksten Widerstand, besonders vonseiten der Regierungsbeamten. Evangelikale Gemeinden werden von der jordanischen Regierung nicht anerkannt. In einigen Fällen wird die Regierung selbst zum Verfolger, indem sie z. B. Übergriffe auf Christen ungestraft lässt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Jordanien zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Exklusivem Stammesdenken). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche (11,428) ist höher als im vergangenen Jahr (10,572). Der Wert im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist gesunken, von 3,519 (WVI 2015) auf 1,852. Der erhöhte Wert für den Druck in den Lebensbereichen liegt zum Teil darin begründet, dass das WVI-Team die Kategorien der Christen in Jordanien von vier auf drei eingeschränkt hat (da ausländische Christen beinahe komplett isoliert von den restlichen Christen im Land leben); zum Teil liegt es auch daran, dass mehr Informationen aufgrund einer gestiegenen Anzahl einheimischer Quellen verfügbar waren. Der Anstieg des Drucks ist auf alle Lebensbereiche verteilt; das Privat- und das Familienleben sind jedoch am meisten betroffen. Das liegt vor allem an dem enormen Druck, dem Christen muslimischen Hintergrunds in diesen Bereichen ausgesetzt sind. Sobald ihr Glaube bekannt wird, sind sie auf gesellschaftlicher und nationaler Ebene ebenfalls Widerstand ausgesetzt. Andere Kategorien von Christen erleben Druck in den Bereichen „Kirchliches Leben“ und „Leben im Staat“ und in geringerem Ausmaß im Bereich „Gesellschaftliches Leben“.

Die Wertung für das „Auftreten von Gewalt“ ist gesunken. Grund dafür ist, dass im letzten Berichtszeitraum einige schwerwiegende Fälle von Gewalt gegen Christen gemeldet wurden, im aktuellen Berichtszeitraum jedoch nicht. Allerdings dauern der Druck auf und die Gewalt gegen Christen muslimischer Herkunft weiter an: Open Doors erhielt Berichte über Christen, die von der Polizei zum Verhör festgehalten wurden, außerdem über physische Gewalt und Entführungen (oft durch die Familie). Viele waren wegen ihres Glaubens dazu gezwungen, sich innerhalb des Landes zu verstecken oder ins Ausland zu flüchten.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Dies betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Sie können ihren Glauben nicht offen leben. Jedes kleinste Signal an ihre Umgebung, dass sie Christen sein könnten, kann schwerwiegende Konsequenzen haben. Alle anderen Christen haben mehr Freiheiten, ihren Glauben im Privaten zu leben, solange sie nicht versuchen, das Evangelium an Muslime weiterzugeben.
- Familienleben:** Besonders Christen muslimischen Hintergrunds erleben Druck durch die eigene Familie, teilweise sogar in Form von Gewalt bis hin zu Mord. Um Druck auf die Konvertiten auszuüben, informieren einige Familien sogar die Behörden, was dann zu einer Verhaftung führt. Open Doors erhielt Berichte von Christen muslimischen Hintergrunds, denen aufgrund ihres Wechsels zum christlichen Glauben mit dem Entzug des Sorgerechts für ihre Kinder gedroht wurde. Der Staat spielt dabei allerdings keine aktive Rolle.
- Gesellschaftliches Leben:** Auch hier stehen Christen muslimischen Hintergrunds ganz besonders unter Druck, wenn ihr Glaube bekannt wird. Aber auch andere Christen erleben Diskriminierung, zum Beispiel in Bezug auf Arbeitsplätze in Unternehmen oder im öffentlichen Dienst, wo sie an „gläserne Decken“ stoßen und bei Beförderungen übergangen werden. Besonders Christen, die Konvertiten aus dem Islam unterstützen – durch Beratung, Seelsorge und biblische Ausbildung – müssen mit Bedrohungen und Einschränkungen im Alltag sowie mit Überwachung durch ihr Umfeld rechnen.
- Leben im Staat:** Hier erleben alle Christen Druck, besonders betrifft dies allerdings wieder Christen muslimischer Herkunft. Der Islam ist Staatsreligion. Beim Erbrecht gilt ausschließlich die islamische Gesetzgebung, ungeachtet des Glaubens der Betroffenen. Das Familienrecht basiert auf der Scharia und gilt für alle, die der Staat als muslimisch

definiert, also auch für Kinder von Vätern, die zum christlichen Glauben übergetreten sind. Glaubenswechsel aus dem Islam heraus werden vom Staat nicht anerkannt. Das öffentliche Missionieren von Muslimen verstößt gegen die Regierungspolitik. Ehemalige Muslime, die Christen geworden sind, fallen noch immer unter die Gerichtsbarkeit der Scharia, ihre Ehen können annulliert werden und es ist auch möglich, dass sie das Sorgerecht für ihre Kinder oder andere Bürgerrechte verlieren.

Berichten zufolge wurden Christen muslimischen Hintergrunds vom Geheimdienst bezüglich ihres Glaubens verhört und mit Anklagen vor Gericht und anderen möglichen Konsequenzen bedroht. Zudem wurden ihnen Belohnungen, wie zum Beispiel ein Arbeitsplatz, versprochen, wenn sie zum Islam zurückkehren. Weiter wurde berichtet, dass Behörden Zeugnisse für gute Führung verweigerten, die für Bewerbungen und Firmengründungen notwendig waren. Arbeitgebern wurde aufgetragen, Christen muslimischer Herkunft zu entlassen. Diejenigen, die Konvertiten Leid zufügen, können mit Straffreiheit rechnen.

- **Kirchliches Leben:** Christen muslimischen Hintergrunds erfahren auch hier den größten Druck, aber auch andere Christen, besonders aus protestantischen Freikirchen, müssen mit gewissen Einschränkungen leben. Jede Form des öffentlichen und legalen kirchlichen Lebens ist für Christen muslimischen Hintergrunds unmöglich. Allerdings ist im Vergleich zu anderen Ländern der Region das Kirchenleben generell weniger eingeschränkt – besonders für Christen aus traditionellen Kirchen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass es eine Reihe von anerkannten, schon lange bestehenden Kirchen im Land gibt.

Evangelikale Gemeinden haben Schwierigkeiten, sich registrieren zu lassen. Baugenehmigungen für Kirchen sind schwer zu erhalten und es gibt alle Arten subtiler Diskriminierung. Wie berichtet wurde, werden Aktivitäten evangelikaler Gemeinden und von Untergemeinden (von Christen muslimischen Hintergrunds) von der Geheimpolizei überwacht. Öffentliche Verteilung von christlicher Literatur ist nicht erlaubt, der Verkauf wiederum ist ausschließlich an offiziell genehmigten Orten möglich.

- **Auftreten von Gewalt:** Der Druck auf und die Gewalt gegen Christen muslimischen Hintergrunds dauern an: Open Doors erhielt Berichte über Christen, die von der Polizei zum Verhör festgehalten wurden, außerdem über körperlichen Missbrauch und Entführungen (oft durch die Familie). Selbst ausländische Christen können verhaftet werden, wenn sie Kontakt zu Christen muslimischer Herkunft haben. Berichten zufolge mussten Christen auch aus dem Land fliehen. Meldungen über Christen, die sich im Land verstecken mussten, sind, im Vergleich zum Vorjahr, zahlenmäßig etwa gleich geblieben.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Die meisten Beobachter erwarten, dass König Abdullah II. trotz regionaler und nationaler Unruhen für die nächsten Jahre im Amt bleiben wird. Die beherrschenden Entwicklungen derzeit sind der regionale Bevölkerungszufluss aus Syrien und innere Unruhen. Der Bevölkerungszufluss entsteht

hauptsächlich durch die große Zahl an syrischen Flüchtlingen, die in das Land kommen, und das Risiko von Gewalt durch Dschihadisten. Auch wenn Jordanier mit ihren wirtschaftlichen Aussichten oder dem politischen System vielleicht nicht zufrieden sind, ist ihnen bewusst, dass rasante Veränderungen nicht wünschenswert wären, wenn sie die Lage in Syrien berücksichtigen.

Indessen ist die Bedrohung durch den extremistischen Islam ein ernstzunehmender Faktor. Laut den Zahlen der internationalen Beratungsfirma Soufan sind mehr als 2.000 jordanische Dschihadisten nach Syrien und in den Irak gereist, um dort mit den extremistisch-islamischen Gruppen zu kämpfen. Wenn sie zurückkehren, stellen sie eine große Gefahr für die Sicherheit und Stabilität des Landes dar. Darüber hinaus gibt es laut Einschätzung jordanischer Beamter ungefähr 10.000 Dschihadisten im Königreich, und der „Islamische Staat“ (IS) rückt auf die jordanische Grenze vor. Die Entwicklung des Bürgerkriegs in Syrien wird einen großen Einfluss auf die Situation in Jordanien haben, auch auf die der Christen. Momentan ist die Lage stabil; für die Situation der Christen ist keine große Veränderung voraussehbar.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 28: Dschibuti

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt Dschibuti Platz 28 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im Jahr 2015 nahm Dschibuti mit 60 Punkten Rang 24 ein. Die geringfügig niedrigere Punktzahl ergibt sich daraus, dass es im Berichtszeitraum weniger Gewalt gab.

Triebkräfte der Verfolgung

„Islamischer Extremismus“ und „Diktatorische Paranoia“ sind die hauptsächlichsten Triebkräfte von Verfolgung in Dschibuti. Im Land existiert auch „Exklusives Stammesdenken, aber dies ist oft mit Islamischem Extremismus vermischt.



- **Islamischer Extremismus:** Die geographische Lage von Dschibuti ist sehr günstig sowohl für den internationalen Handel als auch für den Transit von Dschihadisten, welche vom Horn von Afrika in den Mittleren Osten und umgekehrt reisen. Geschätzte 95 Prozent der Bevölkerung von Dschibuti sind sunnitischer Abstammung. Der extremistische Islam wächst vergleichbar der Situation in anderen ostafrikanischen Ländern. Der zunehmende Extremismus des Islam besorgt auch die Regierung selbst in zunehmendem Maße. In vielen Fällen werden die muslimischen Freitagspredigten kontrolliert, auch die Prediger für die Moscheen werden häufig von der Regierung bestimmt. Wichtig ist auch die Tatsache, dass rund 60 Prozent der Staatsangehörigen Dschibutis ethnische Somalier sind, und der wachsende extremistische Islam in Somalia daher auch die Gesellschaft in Dschibuti beeinflusst.

- **Diktatorische Paranoia:** Seit 1999 befindet sich Präsident Ismail Omar Guelleh an der Macht, ohne Zeichen von Amtsmüdigkeit erkennen zu lassen. 2015 wurde Dschibuti im jährlichen Bericht der Organisation „Freedom House“ als ein ‚nicht freies‘ Land eingestuft. In ihrer Jahresbilanz der Pressefreiheit 2015 stuft ‚Reporter ohne Grenzen‘ Dschibuti in die Rangliste der zehn schlimmsten Länder in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Information ein. Laut dem Bericht setzt die führende Partei Belästigungen und Einschüchterungen gegen diejenigen, die sich zu den Geschehnissen im Land äußern, fort. Theoretisch garantiert die Regierung den verfassungsmäßigen Schutz der Religionsfreiheit. Aber praktisch versucht sie, alle religiösen Einrichtungen zu kontrollieren. Die Regierung ist allen Christen und anderen nicht-muslimischen Minderheiten gegenüber negativ eingestellt. Die hauptsächliche von Verfolgung geht von Regierungsbeamten aus. Diese negative Einstellung der Regierung den Christen gegenüber kann sich in den nächsten Jahren verstärken, da durch zunehmende Auslandsinvestitionen aus den benachbarten Golfstaaten in eine Reihe von Wirtschaftsbereichen auch deren Haltungen Christen gegenüber importiert werden. (ein großer Wirtschaftsbereich wird das Islamische Bankwesen sein).
- **Exklusives Stammesdenken:** In Dschibuti leben die ethnischen Gruppen der Afar und der Issa, wobei letztere zu einem größeren, somalischen Stamm gehören. Das Stammesdenken ist so tief im Land verwurzelt, dass jeder Versuch, einen Stamm zu verlassen und Christ zu werden, als Verrat am Stamm angesehen wird. Außerdem muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass es in Dschibuti wie in Somalia eine starke Verbindung zwischen Stammesdenken und dem Islam gibt.

Aktuelle Einflüsse

Will man die Entwicklung der Christenverfolgung in Dschibuti verstehen, muss man mehrere Einflüsse beachten: Dschibuti ist ein kleines und von Armut geprägtes, muslimisches Land, das an Eritrea, Äthiopien, Somalia und den Golf von Aden grenzt. Nahezu ein Stadtstaat, hat er nur wenig natürliche Rohstoffe, liegt jedoch geographisch sehr günstig an einer stark frequentierten, wichtigen Schifffahrtsroute. Die politische Führung spiegelt die Spannungen zwischen den beiden rivalisierenden Stämmen der Afar und Issa wider. Die beiden dominanten ethnischen Gruppen führten in den 1990er Jahren einen blutigen Bürgerkrieg, dessen Wunden bis heute nicht geheilt sind. Historisch betrachtet ist auf religiöser Ebene der Islam tief in der Gesellschaft des Landes verwurzelt. Aber auch das Christentum ist schon lange Zeit in Dschibuti präsent, zum Teil durch die Verbindung zu Äthiopien.

Auf gesellschaftlicher Ebene gibt es starke familiäre Bindungen zahlreicher dschibutischer Bürger nach Somalia, in den Jemen oder andere muslimische Länder, die eine tiefsitzende Abneigung gegenüber dem Westen und dem christlichen Glauben hegen. Dschibuti ist Mitglied der Arabischen Liga, ohne selbst arabisch zu sein. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1977 wird das Land von einem nicht-demokratischen, präsidialen Regime regiert, dem zurzeit Präsident Ismail Omer Guelleh vorsteht. Dieser löste 1997 seinen Onkel ab und ist damit der zweite Präsident seit 1977. Während des Arabischen Frühlings haben Präsident Guelleh und seine Partei „Volksversammlung für den Fortschritt“ mehrere Wellen von Straßenprotesten gewaltsam niedergeschlagen. Das Regime ist autokratisch. Es existiert keine Meinungs- und Pressefreiheit, alle Medien gehören der Regierung.

Obwohl fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung Christen sind, bekleiden sie keine öffentlichen Ämter. Ihre Möglichkeiten, sich am politischen Leben zu beteiligen, sind entweder stark limitiert oder nicht existent. Verfassungsrechtlich ist der Islam Staatsreligion.

Die Wirtschaft von Dschibuti ist anfällig, zum einen wegen des Mangels an Rohstoffen und zum anderen wegen der schwach entwickelten Industrie. So ist das Land auf internationale Unterstützung angewiesen. Diese kommt sowohl aus arabischen als auch aus westlichen Ländern. Dem Westen verdankt es die Unterstützung durch Mithilfe bei der Bekämpfung des islamischen Terrorismus, z.B. im Kampf gegen die Piraterie vor der Küste von Somalia und im Golf von Aden. Die internationale Unterstützung führt zwar nicht zu einem Gesinnungswandel in der negativen Haltung gegenüber Christen, bietet diesen aber einen gewissen Schutz vor unterdrückenden Maßnahmen des Regimes. Das Land ist strategisch sehr günstig am Golf von Aden gelegen, was jedoch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch von Terroristen genutzt wird.

Betroffene Kategorien von Christen

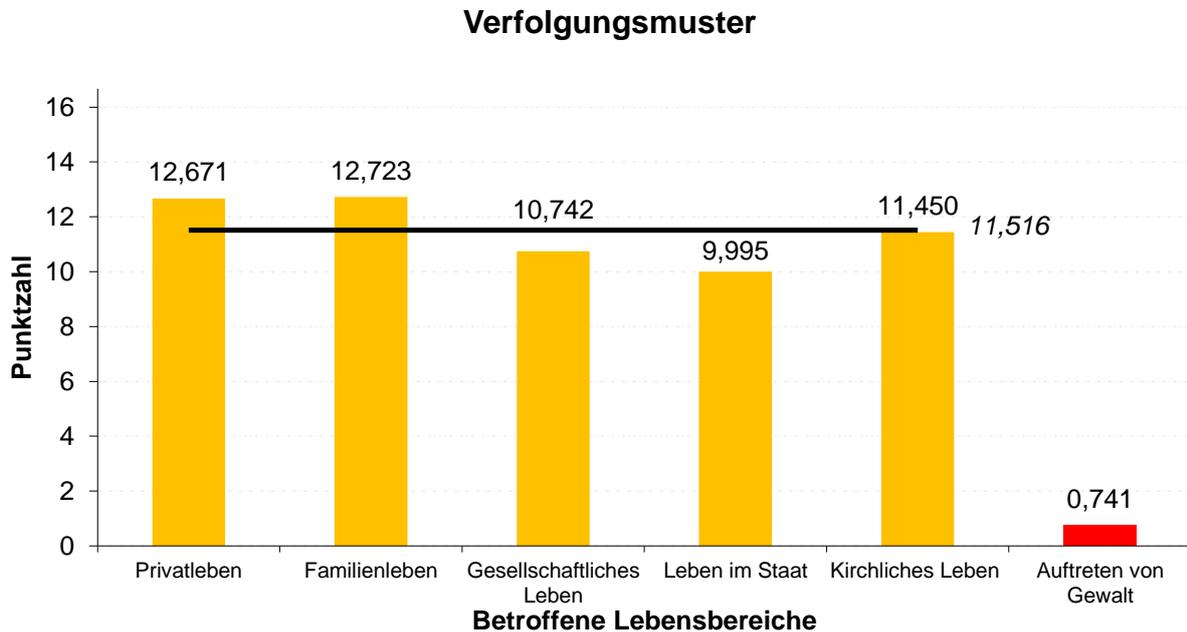
Es sind drei Kategorien von Christen im Dschibuti anzutreffen, die Verfolgung unterschiedlich stark erleben.

- **Ausländische Christen:** Die Toleranz für orthodoxe Christen äthiopischer Abstammung schwindet mit der Zunahme des extremistischen Islam. Französische und amerikanische Soldaten erleben nur geringe Einschränkungen.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Christen muslimischer Herkunft erfahren vonseiten ihrer Familien und der Gesellschaft enormen Druck. Druck kommt auch von dem erweiterten Familienkreis und von den geistlichen und lokalen Leitern. Viele Konvertiten müssen ihren Glauben im Verborgenen leben, weniger aufgrund staatlicher Repressalien, sondern wegen der Feindseligkeiten seitens der Familie und Kommune. Außerhalb der Städte ist dies, dem ländlichen Lebensstil entsprechend, stärker ausgeprägt.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen:** Diese Gemeinden, bestehend aus evangelikalen und Pfingstgemeinden, haben einen schweren Stand in Dschibuti. Da sie sehr evangelistisch aktiv sind, leiden sie unter starker Verfolgung.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Der Islamische Extremismus, der mit Exklusivem Stammesdenken vermischt ist, und Diktatorische Paranoia gehören zu den Triebkräften von Verfolgung in Dschibuti. Das durchschnittliche Ergebnis von 11,516 ist vergleichbar mit dem Druck auf Christen im Vorjahr (11,423). Dieser Druck wird in den ersten fünf Balken dargestellt. Der Wert für den Balken „Gewalt“ (0,926) ist deutlich niedriger bei 0,741 Punkten gegenüber dem Vorjahr (2,593). Dies deutet auf eine Stabilisierung oder Verringerung der Verfolgung hin. Allerdings zeigt eine weitere Analyse eine insgesamt verschlechterte Lage in den letzten zwei Jahren für die Christen in Dschibuti. Sichtbar wird dies durch den erhöhten Druck auf christliche Konvertiten aus einem muslimischen Hintergrund in deren „familiären und sozialen Lebensbereichen“. In den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ hat der Druck nachgelassen. Die Analyse des Fragebogens zeigt eine leichte Verlagerung vom Regime auf die Gesellschaft als Triebkraft der Verfolgung. Wie das

unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ am höchsten, gefolgt von „Kirchliches Leben“.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen muslimischer Herkunft erleben sehr starke Einschränkungen im Privatleben. Es ist für Christen in Dschibuti nicht selbstverständlich, sich zu versammeln, christliche Materialien zu besitzen oder ihre Ansichten und Meinungen zu äußern. Dies gilt insbesondere für Konvertiten aus dem Islam, die von Mitgliedern ihrer Familie, aus der Moschee oder von der Kommune überwacht werden.
- Familienleben:** Im familiären Leben erleiden Christen muslimischer Herkunft schwere Verfolgung. Zu ihrem eigenen Schutz müssen sie ihren Glauben vor ihrer Familie geheim halten. Der gemeinschaftsorientierte Lebensstil mit hoher sozialer Kontrolle macht dies jedoch sehr schwer. Ein Open Doors Feldforscher weist darauf hin, dass Christen sofort bei der Entdeckung ihres Christseins enteignet werden.
- Gesellschaftliches Leben:** Dschibuti ist von einem sehr gemeinschaftsorientierten Lebensstil bestimmt. Dieser beeinträchtigt stark das Leben der Christen, da sie eine Minderheit sind und meist ihren Glauben vor der Gesellschaft verheimlichen müssen. Sobald ihr Glaube bekannt wird, erleiden sie starke Verfolgung. Ihnen werden oft Gemeinschaftsressourcen verweigert, sie werden schikaniert und erleiden Diskriminierung bei der Arbeitssuche.
- Leben im Staat:** Die Verfassung legt den Islam als Staatsreligion fest. Der extremistische Islam ist wie nie zuvor Bestandteil der Gesellschaft. Christen werden als Bürger zweiter Klasse betrachtet. Einige Imame nutzen ihre Predigt am Freitag dazu, um Christen und den christlichen Glauben zu verhöhnen. Christen werden nicht von lokalen Behörden geschützt, wenn sie angegriffen werden.

- **Kirchliches Leben:** Alle Christen erleben in diesem Bereich Verfolgung. Einige Herausforderungen beinhalten den Kirchenbau, das Organisieren von Veranstaltungen, die Jugendarbeit und das bloße Nennen von Verfolgung. Ausländische Christen sowie Mitglieder historischer Kirchen erleben dies weniger stark, als Christen muslimischer Herkunft. Letztere können weder eine Gemeinde gründen noch ein Kirchengebäude bauen.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Gewalt gegenüber Christen muslimischer Herkunft und anderen Christen hat im Gegensatz zum letzten Jahr wesentlich abgenommen. Dennoch zeigen Berichte weiterhin, dass Christen muslimischer Herkunft vor großen Herausforderungen stehen. Ein Open Doors Feldforscher berichtet: „Vier Christen muslimischer Herkunft wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen, weil ihre Eltern sie nicht mehr unterstützen wollten.“ Der Feldforscher fügt hinzu: „Bevor sie aus ihren Häusern vertrieben wurden, erlitten zwei von ihnen starke emotionale Gewalt, um sie zum Widerruf ihres Glaubens an Christus zu zwingen.“

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Präsident Ismail Omer Guelleh und seine Regierung halten das Land immer noch fest im Griff. Aufgrund der wechselseitig nützlichen Unterstützung zwischen den westlichen Ländern (insbesondere Frankreich und den USA) einerseits und der Regierung von Dschibuti andererseits, hat letztere kein Interesse daran, Gewalt gegen Christen zu unterstützen. Eine positive Entwicklung in Bezug auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die eng mit Religionsfreiheit verknüpft ist, zu erwarten, wäre jedoch schlichtweg naiv. Das Chaos im Jemen kann in den kommenden Jahren auch zu einer Herausforderung für Dschibuti werden. Zivilisten, vor allem im Jemen beheimatete Flüchtlinge, könnten gezwungen werden, in größerer Zahl nach Dschibuti zu fliehen (einige sind bereits eingetroffen). Dies würde Dschihadisten einen Weg nach Dschibuti bahnen, um deren Netzwerk zu erweitern.

Die Zukunftsaussichten können in der momentanen Lage wie folgt zusammengefasst werden: Innerhalb der Gesellschaft Dschibutis wird die Feindseligkeit gegenüber dem christlichen Glauben und den Christen gleich bleiben. Die Christen in Dschibuti werden sich weiterhin unsicher fühlen, solange die Region vom extremistischen Islam bedroht wird. Die Gegenwart des amerikanischen und französischen Militärs im Land wird ferner für die Eingrenzung der Auswirkung von militanten islamischen Tendenzen sorgen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 29: Laos

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt Laos Platz 29 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2015, als Laos auf Rang 28 eingestuft wurde. Die Wertung des Landes hat sich trotz der leichten Zunahme von Gewalt nicht stark verändert und verteilt sich gleichmäßig auf alle Lebensbereiche, mit Ausnahme des Familienlebens.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Laos sind „Kommunistische Unterdrückung“ und in einem geringeren Ausmaß „Exklusives Stammesdenken“. „Religiös motivierter Nationalismus“ mischt sich mit „Kommunistischer Unterdrückung“.

- **Kommunistische Unterdrückung:** Laos ist eines der fünf verbleibenden marxistisch-leninistischen Ländern der Welt und steht folglich jedem als ausländisch oder gar westlich empfundenen Einfluss feindlich gegenüber. Um die Kontrolle zu behalten, setzt die kommunistische Partei die kleine christliche Minderheit im Land enorm unter Druck, da ein negatives Bild von Christen vorherrscht und sie als ausländische Agenten und demnach als Feinde betrachtet werden. Der christliche Glaube gilt als westliche Ideologie, die den Kommunismus in Frage stellt. Christen müssen extrem vorsichtig sein, wenn sie über ihren Glauben sprechen. Um Reaktionen der Behörden zu vermeiden, müssen sie sich innerhalb bestimmter Grenzen bewegen, die durch ungeschriebene Gesetze festgelegt sind. Die lokalen Behörden nutzen die in der Gesellschaft weit verbreitete Feindseligkeit gegenüber Christen aus, um Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.
- **Religiös motivierter Nationalismus:** Laos ist eines der fünf Länder, die dem Theravada Buddhismus (der ältesten buddhistischen Tradition) folgen; der buddhistische Glaube ist tief in Land und Leuten verankert. In der Gesellschaft herrscht die feste Überzeugung, dass Laos und der Buddhismus untrennbar miteinander verbunden sind und dass dem Buddhismus zu jeder Zeit die vorrangige Stellung im Land zusteht. Das Ziel lokaler buddhistischer Führer, ihr Land ‚rein‘ zu halten, und das Ziel der politischen Führung, die Zügel in der Hand zu halten, ergänzen sich hervorragend: Beide wollen die Gesellschaft kontrollieren und Abweichungen von der Norm vermeiden.
- **Exklusives Stammesdenken:** In weiten Teilen des Landes wird noch immer der Animismus und zunehmend auch der Buddhismus praktiziert. Dorfälteste und Familienangehörige schließen immer wieder die Christen aus der Gemeinschaft aus, weil sie befürchten, der fremde Glaube könne die Geister verärgern. Ein Zwischenfall vom Mai 2014 zeigt, wie ernst die ‚Geisterbeschwörung‘ genommen wird: Ein Christ wurde verhaftet und wegen unrechtmäßiger ‚Anwendung von Heilverfahren‘ verurteilt, nur weil er für eine ältere Frau in der Nachbarschaft gebetet hatte. Auch lokale Behörden

zwingen Christen gelegentlich, ihren Glauben aufzugeben und manchmal werden sie von Dorfältesten gerufen, um Christen zu verhaften.

Aktuelle Einflüsse

Die Laotische Revolutionäre Volkspartei hat Laos seit 1975 fest im Griff. Ihre exklusiven Netzwerke aus Familien oder Freunden von Parteimitgliedern setzen jeden Bürger, aber vor allem die Minderheiten, zusätzlich unter Druck. Im Land fehlt es an jeglicher Meinungsfreiheit, ganz zu schweigen von einer freien Presse, die Fälle von Korruption aufdecken könnte. Jede Organisation, besonders solche, die der staatlich verordneten Ideologie nicht bedingungslos folgen, werden als Gefahr für den Erhalt des Kommunismus angesehen. Im September 2014 wurden strenge Gesetze bezüglich der Gründung und Überwachung von Nichtregierungsorganisationen sowie der Nutzung sozialer Medien erlassen, die auch die Möglichkeiten der Regimekritik per Internet beschneiden. Diese Gesetze werden seitdem strikt umgesetzt.

Momentan sieht sich Laos Herausforderungen gegenüber, die in kommunistischen Ländern typisch zu sein scheinen. Regelmäßig dringen Berichte über Fälle schwerer Korruption an die Öffentlichkeit. Aufgrund der neuen Medien ist es für die politische Führung nicht leicht, dies und die Verbreitung der entsprechenden Reaktionen darauf zu unterbinden. Allerdings existiert auch keine Zivilgesellschaft, die dies deutlich kritisieren und so Einfluss nehmen könnte. Der bedeutendste Wortführer in Sachen Bürgerrechte verschwand vor mehr als zwei Jahren spurlos – eine deutliche Erinnerung an die bittere Realität, die jeden erwartet, der sich der Sache der kommunistischen Führung in den Weg stellt.

Betroffene Kategorien von Christen

In Laos leiden alle Kategorien von Christen unter Verfolgung:

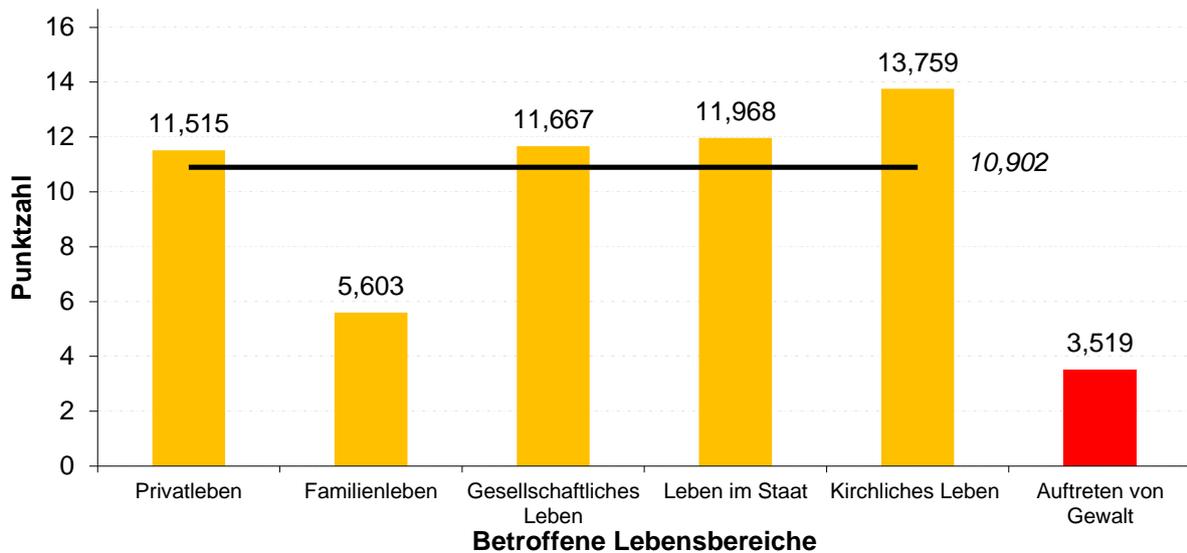
- **Arbeitsmigranten und ausländische Christen** leben hauptsächlich in Städten und müssen mit Einschränkungen und Überwachung rechnen.
- **Christen aus traditionellen Kirchen** wie der Katholische Kirche und der Lao Evangelical Church (LEC), sind zwar vom Staat anerkannt, aber sie werden unter Druck gesetzt und teilweise offen angefeindet.
- **Christen mit einem buddhistischen oder animistischen Hintergrund** werden von ihren Familien, Freunden, Nachbarn und vor allem von lokalen Behörden unter Druck gesetzt.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen** wie etwa Baptisten- oder Pfingstgemeinden erleben Feindseligkeiten und Widerstand, da sie unter dem Verdacht stehen, mit ausländischen Mächten verbündet zu sein.

Die generell feindliche Haltung gegenüber Christen hindert viele daran, ihren Glauben frei ausleben zu können. Die Lao Evangelical Church (LEC) erzielte im Jahr 2014 einen Durchbruch, als sie von der Regierung die Erlaubnis erhielt, ein zweitägiges evangelistisches Konzert zu veranstalten. Allerdings leiden LEC-Mitglieder in ländlichen Gebieten weiterhin unter dem strengen behördlichen Genehmigungsverfahren, das für jede Gemeindeveranstaltung vorgeschrieben ist.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Laos basiert auf der Summe der Wertungen für „Kommunistische Unterdrückung“ (vermischt mit „Religiös motiviertem Nationalismus“) und „Exklusives Stammesdenken“. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 10,902 Punkten und ist damit vergleichbar mit den Zahlen des letzten Jahres (11,109). Der Wert im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist von 2,037 (2015) auf 3,519 leicht angestiegen. Dies bedeutet, dass trotz der gewaltsamen Vorfälle der beständige Druck die vorherrschende Form der Verfolgung für Christen in Laos ist. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, ist die Verfolgung im Bereich „Kirchliches Leben“ am stärksten, dicht gefolgt von „Leben im Staat“, „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Der Druck auf Konvertiten ist vor allem in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ sehr hoch und wird von ihrem sozialen Umfeld ausgeübt. Insgesamt ist die Verfolgung der christlichen Minderheit in Laos ein Ergebnis der Vermischung von Kommunismus, animistischem Ahnenkult und Geisterbeschwörung sowie des wachsenden buddhistischen Einflusses im Land.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Konvertiten müssen immer besonders vorsichtig bei der Ausübung ihres Glaubens sein, vor allem wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. In entlegenen Gebieten haben Häuser oft nur einen Raum, so dass es sehr schwer ist einen Platz zu finden, an dem man ungestört und unbemerkt die Bibel lesen, beten oder singen kann. Manchmal rufen sogar Familienangehörige die Polizei, wenn ein Christ seinen Glauben ausübt. Ebenso hindert die Familie christliche Verwandte daran, andere Christen zu treffen oder das Haus zu verlassen. Bibeln und andere christliche Materialien müssen sorgfältig versteckt werden und können nur mit höchster Vorsicht gelesen werden. Alle Christen werden genauestens überwacht und manchmal werden auch staatliche anerkannte Kirchen dazu herangezogen, die Christen im Auge zu behalten.

- **Familienleben:** Die Wertung in diesem Bereich ist überraschend niedrig, was teilweise darauf zurückzuführen ist, dass die Regierung die Religionszugehörigkeit nicht in offiziellen Dokumenten vermerkt. Nichtsdestotrotz gab es aus zwei Provinzen Berichte von Familien, deren Familienbücher durch lokale Behörden beschlagnahmt wurden – offenbar als Strafe für deren Christsein. Diese Bücher werden für die Registrierung von Geburten, Eheschließungen und Todesfällen benötigt. Konvertiten wird manchmal mit Scheidung gedroht und sie verlieren ihre Erbrechte. Taufen müssen unter strengster Geheimhaltung stattfinden, in stark animistischen oder buddhistischen Dörfern werden Beerdigungen teilweise behindert. Kinder von Christen werden gezwungen, den buddhistischen Unterricht zu besuchen und werden oft durch schlechtere Noten diskriminiert.
- **Gesellschaftliches Leben:** Die Vorstellung, dass der christliche Glaube „Teil des Westens“ ist und Christen Verräter sind herrscht nicht nur in ländlichen Gebieten vor, sondern auch in Städten und ist sowohl bei jungen Gebildeten als auch bei der älteren Generation anzutreffen. Dieses Denken macht Christen zu Opfern von Schikane und Anschuldigungen, wenn sie nicht an buddhistischen oder animistischen Zeremonien der Dorfbewohner teilnehmen. In animistischen Dörfern werden Christen gezwungen, bei Ritualen wie Beerdigungen und Festlichkeiten anwesend zu sein, um die Geister nicht zu verärgern. Bei der Regierung angestellte Christen stehen unter dem Zwang, an buddhistischen Ritualen teilzunehmen. Die Regierung hat buddhistische Rituale als Teil der laotischen Kultur in öffentlichen Schulen als Teil des Unterrichts eingeführt. Ein Teil dieses „Kulturunterrichts“ findet in buddhistischen Tempeln statt. Außerdem gibt es Berichte von Christen, die ein Unternehmen gründen wollten, denen aber aufgrund ihres Glaubens die dafür vorgesehene staatliche Unterstützung verweigert wurde. Regelmäßig werden Christen von der Polizei und den Behörden verhört und zu ihren Gemeindeaktivitäten befragt.
- **Leben im Staat:** Artikel 9 der Verfassung von 2009 besagt, dass es die Pflicht des Staates ist, alle Religionen anzuerkennen und zu schützen. Gleichzeitig schreibt der Artikel aber den besonderen Status des Buddhismus und der Mönche fest. Artikel 43 besagt darüber hinaus, dass laotische Bürger das Recht und die Freiheit haben, einer Religion anzugehören auch nicht. Allerdings wurden die allgemeinen Bestimmungen zur Religionsausübung des Dekrets 92 seit dessen Verkündung im Jahr 2002 missbraucht, um die tatsächliche Ausübung der Religionsfreiheit zu erschweren. Dieses Dekret macht die Zustimmung der Regierung zur Voraussetzung jeglicher religiöser Aktivitäten; jede Aktivität ohne diese Zustimmung gilt als gesetzwidrig. Somit benötigt man für einen Religionswechsel, die Verbreitung des Evangeliums und die Durchführung von Gemeindeveranstaltungen eine Erlaubnis. Die Erfahrung von christlichen Leitern zeigt, dass diese selten erteilt wird. Der Druck und die Verbreitung christlichen Materials werden durch dieses Dekret ebenfalls eingeschränkt. Da Laos ein kommunistisches Land ist, wird jede Bewegung der Christen überwacht und verhindert, wenn die Regierung dies für nötig hält. Daher ist die Schulung von Christen eine besondere Herausforderung, da die Regierung jede Zusammenkunft und jede Form von Ausbildung kontrollieren will. Dies macht es auch für Außenstehende schwer, die winzige christliche Minderheit in Laos zu unterstützen, die dringend die Gemeinschaft mit anderen Christen braucht.

Besonders trifft dies auf Konvertiten zu. Bei Übergriffen auf Christen oder Kirchen kommen die Täter stets ungestraft davon. Christen erhalten keine gerechte Behandlung oder Urteile, weder von der Polizei noch von den Behörden oder vor Gericht. In den Medien wird der christliche Glaube weiterhin als Überbleibsel der Kolonialzeit dargestellt, das den Geistern ein Dorn im Auge ist.

- **Kirchliches Leben:** Der Druck im diesem Bereich ist extrem hoch. Nur einer begrenzten Zahl von anerkannten christlichen Gemeinden ist es erlaubt, Gottesdienste abzuhalten. Doch auch anerkannte Gemeinden, die zur Lao Evangelical Church gehören, erfahren in ländlichen Gebieten Widerstand, wenn der Dorfälteste keine christlichen Versammlungen genehmigt. Die drei offiziell anerkannten christlichen Denominationen in Laos sind die Katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten. Jede christliche Gemeinde, die einen legalen Status beantragen möchte, muss dies unter der Schirmherrschaft einer dieser drei Denominationen tun. Bei illegalen Versammlungen können Razzien durchgeführt und alles christliche Material beschlagnahmt werden. Während es in Laos erlaubt ist, religiöse Schriften zu drucken, muss dies vom Propaganda- und Kulturministerium beaufsichtigt und vom „Ständigen Ausschuss der Laotischen Front für den nationalen Aufbau“ genehmigt werden. Dies beinhaltet normalerweise einen umständlichen Prozess und führt oft dazu, dass keine Erlaubnis erteilt wird; damit wird der Druck von religiösen Schriften faktisch verhindert. Predigten werden überwacht und sind riskant, falls etwas Negatives über die Regierung gesagt oder soziale Missstände erwähnt werden. Bibeln und Unterrichtsmaterialien können praktisch weder veröffentlicht noch ins Land importiert werden. Ebenso fehlt es an Leitern und einer theologischen Ausbildung, da die meisten Christen in entlegenen Gegenden leben. Außerhalb der Lao Evangelical Church und der Katholischen Kirche ist kein biblischer Unterricht erlaubt. Seit der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1975 wurde keine Bibelschule genehmigt.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Gewalt gegen Christen nahm im Berichtszeitraum zu. Am 8. September 2015 wurde Pastor Singkeaw Wongkongpheng in der Provinz Luang Prabang erstochen und am 17. September desselben Jahres starb Herr Tiang Kwentianthong aus der Provinz Savannakhet im Gefängnis, weil sein Diabetes nicht behandelt wurde. Er befand sich seit Juni 2014 in Haft, weil er für eine kranke Frau gebetet hatte, die später verstarb. Von wenigstens einem weiteren Christen ist bekannt, dass er eine Haftstrafe verbüßt. Wie jedes Jahr wurden auch im aktuellen Berichtszeitraum Christen gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Laos wird im Jahr 2016 den Vorsitz der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) haben. Obwohl die regionale Kooperation des ASEAN in Stärke und Zusammenarbeit nicht mit anderen Regionen vergleichbar ist, lohnt es sich, diese Entwicklung zu beobachten. Laos steht traditionell in einem engen Verhältnis mit seinem großen Nachbarn Vietnam: nicht nur ideologisch, sondern auch geographisch, da Vietnam einen Zugang zum Meer hat. Wie im Länderprofil von Vietnam erwähnt, kühlt die Beziehung zwischen Vietnam und China merklich ab (aufgrund des Konflikts um das

Südchinesische Meer/Ostmeer). Laos hingegen wird mehr und mehr abhängig von China, da letzteres große Infrastrukturprojekte im Land finanziert und durchführt. Es bleibt abzuwarten, wie Laos diese unterschiedlichen Interessen ausbalanciert oder sich für eine Seite entscheidet. Auf jeden Fall wird das Land härter gegen jede wahrgenommene Opposition oder Abweichung von der Parteinorm vorgehen (wozu die Christen zählen), da es aufgrund des ASEAN-Vorsitzes stärker im Fokus internationaler Aufmerksamkeit stehen wird als bisher und folglich seinen internationalen Ruf pflegen möchte. Unter anderem aus diesem Grund ist es seit Jahren eine Herausforderung, unabhängige Informationen über Laos zu bekommen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 30: Malaysia

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt Malaysia Platz 30 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. 2015 belegte das Land mit 55 Punkten Rang 37. Die Erhöhung der Punktzahl ist auf den verstärkten Druck in allen Lebensbereichen zurückzuführen.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen in Malaysia ist „Islamischer Extremismus“ und weiter auch „Diktatorische Paranoia“ (vermischt mit Islamischem Extremismus).



- **Islamischer Extremismus:** Malaysia ist immer noch als das wahrscheinlich beste Vorbild für ein liberales und tolerantes islamisches Land bekannt. Dieser Ruf verblasst jedoch mehr und mehr und wurde auch im Berichtszeitraum stark beschädigt. Ein Beispiel hierfür ist der Versuch, das islamische Strafgesetz (hudud) im Bundesstaat Kelantan einzuführen. Die Einführung dieses Gesetzes erfordert Abänderungen am Bundesgesetz, weswegen die Zustimmung dazu noch aussteht, jedoch zeigt sich darin eine klare Entwicklung hin zum konservativen Islam. Die Oppositionsparteien spalteten sich im Juni 2015 wegen eines Streits über diese Angelegenheit. Auf lange Sicht könnten sich deshalb muslimische Parteien nun verbünden, die bisher gegeneinander standen, falls sie den Islam gefährdet sehen. Laut Verfassung ist die Scharia dem bürgerlichen Recht nicht gleichgestellt, aber die Realität ist eine andere. Dies spiegelt sich vor allem in Sorgerechtsfällen wider, bei denen das Gericht oft zu Gunsten der Mutter entscheidet. Häufig konvertieren Väter zum Islam, um vor Scharia-Gerichtshöfen das Sorgerecht zu beantragen, welches ihnen dann auch erteilt wird. Die Polizei bevorzugt, der Entscheidung des Scharia-Gerichts zu folgen, da dies für sie weniger Schwierigkeiten bedeutet. Somit stellt sich die Frage, wie es um die Rechtsstaatlichkeit in Malaysia bestellt ist. Eine weitere relativ unbekanntere Tatsache ist, dass in den meisten Bundestaaten von Malaysia islamische Umerziehungslager existieren. Hier können

Muslime, die sich der umma (oder lediglich ihrer Familie und Gemeinschaft) nicht unterordnen wollen, bis zu 3 Jahren in Isolationshaft gehalten werden. Dies kann Muslime betreffen, die in den Augen ihrer Familie zu viel trinken oder rauchen, aber auch diejenigen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Was in diesen Lagern geschieht, ist relativ unbekannt, doch lassen die wenigen Berichte vermuten, dass psychischer Missbrauch und bisweilen auch physische Gewalt an der Tagesordnung sind. Ein anderer Vorfall ereignete sich gleich zu Beginn des Berichtszeitraums, als der oberste Gerichtshof einer katholischen Zeitung verbot, das Wort „Allah“ für Gott zu benutzen. Am 8. Dezember 2014 gab die religiöse Obrigkeit des Bundesstaates Selangor 300 Bibeln wieder frei, die sie beschlagnahmt hatte, weil sie angeblich gegen das Gesetz verstießen (die Bahasa-Melayu-Bibeln verwenden das Wort „Allah“ für Gott). Jedoch war in alle Bibeln die Warnung gestempelt, dass sie „ausschließlich für den Gebrauch unter Nicht-Muslimen gedacht“ seien und „im Staat Selangor nicht veröffentlicht oder verwendet werden“ dürfen. Islamischer Extremismus und Konservatismus ist auf dem Vormarsch, was sich auch darin zeigt, dass mehr als 100 mutmaßliche Anhänger des „Islamischen Staates“ (IS) in Malaysia verhaftet wurden, während mehrere hundert weitere das Land schon verlassen haben, um im Irak und in Syrien zu kämpfen.

- **Diktatorische Paranoia:** Während Diktatorische Paranoia genau genommen nicht als Triebkraft der Christenverfolgung in Malaysia angesehen werden kann, ist eine Berücksichtigung dennoch notwendig, um die Situation des Landes zu verstehen. Seit der Unabhängigkeit des Landes 1957 ist die Regierungskoalition UMNO an der Macht. Sie besteht aus einer muslimischen Partei, einer kleineren chinesischen und einer indischen Partei, welche sich zusammen bislang keiner ernsthaften Opposition gegenübersehen. Die erdrutschartigen Wahlen 2008 und 2013 können also gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Zum ersten Mal trat eine ernstzunehmende Opposition auf und regiert nun sogar einige Bundesstaaten. Dies löste innerhalb der Regierung panische Reaktionen aus. Sie verstärkte ihre Politik der Bevorzugung gegenüber der malaiischen Bevölkerungsgruppe, anstatt einer Gleichstellungspolitik nachzugehen. Zur Paranoia trug auch bei, dass sich Premierminister Najib Razak von einem Korruptionsskandal zu erholen sucht, wie das Wall Street Journal 2015 berichtete. Laut diesem Bericht belegen Dokumente, dass 700 Mio. US-Dollar von einem Staatsfond auf das private Bankkonto des Premierministers überwiesen wurden. Vor diesem Hintergrund forderte Razak nur eine Woche später öffentlich dazu auf, den Koran zur Grundlage aller malaysischen Politik zu machen. Die UMNO instrumentalisiert zunehmend religiöse und ethnische Problemstellungen, um an der Macht zu bleiben – eine Strategie, die der Partei selbst schaden könnte. In jedem Fall ist die christliche Minderheit davon ernstlich betroffen.

Aktuelle Einflüsse

Beobachter stufen die malaysische Gesellschaft zunehmend als rassistisch ein, denn die ethnische Mehrheit der Malaien wird klar bevorzugt, während Chinesen und Inder sowie die Stämme der Ureinwohner im Osten Malaysias diskriminiert werden. Die ethnischen Minderheiten in Malaysia haben täglich mit Rassismus zu kämpfen. Im Oktober 2015 verlautbarte ein stellvertretender Minister öffentlich, dass er „einem Chinesen gerne einen Schlag versetzen würde“. Während dies in

einigen Ländern Grund genug wäre, ihn zu einem Rücktritt zu drängen, geschah in diesem Fall nichts. Die rassistische Politik und der Hass – besonders gegen die chinesische Minderheit – verstärkten sich so sehr, dass sogar der chinesische Botschafter in Malaysia damit an die Öffentlichkeit ging und vor Rassismus warnte.

Christen sind von diesen Spannungen in besonderer Weise betroffen, denn die meisten Christen gehören entweder den Stämmen der Ureinwohner, der chinesischen oder der indischen Bevölkerung an.

Betroffene Kategorien von Christen

In Malaysia gibt es drei Kategorien von Christen, die alle von Verfolgung betroffen sind:

- **Christen von historisch gewachsenen Kirchen:** dazu gehören Mitglieder der Römisch-Katholischen, Anglikanischen und Evangelisch-Lutherischen Kirche, welche weniger von Verfolgung betroffen sind als Mitglieder der protestantischen Freikirchen und die Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft, aber sie leiden auch unter Diskriminierung.
- **Christen muslimischer Herkunft:** sie leiden am stärksten unter Verfolgung
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen:** Evangelikale und Pfingstgemeinden

Für die Christen in Malaysia ist eine genauere Beschreibung als nur die Einordnung in die drei oben stehenden Kategorien erforderlich. Es ist hilfreich, Unterscheidungen anhand der geographischen Verteilung und der Herkunft vorzunehmen. Die Mehrheit der Christen stammt aus einem Bumiputra-Hintergrund. Die wörtliche Übersetzung dafür lautet „Söhne der Erde“, womit die Zugehörigkeit zum Land und zum Stamm der Ureinwohner gemeint ist. Aus Sicht der Regierung haben die Bumiputra einen Anspruch auf Fördermaßnahmen, die aber faktisch nur Nicht-Christen zugutekommen. Werden Bumiputra Christen, werden ihre Rechte schnell eingeschränkt. Die Christen, die keine Bumiputra sind, gehören hauptsächlich zur chinesischen oder indischen Minderheit. Sie sind in verschiedenen Denominationen zuhause und ihre Gemeinden variieren in Größenordnungen von Hausgemeinde bis „Megachurch“.

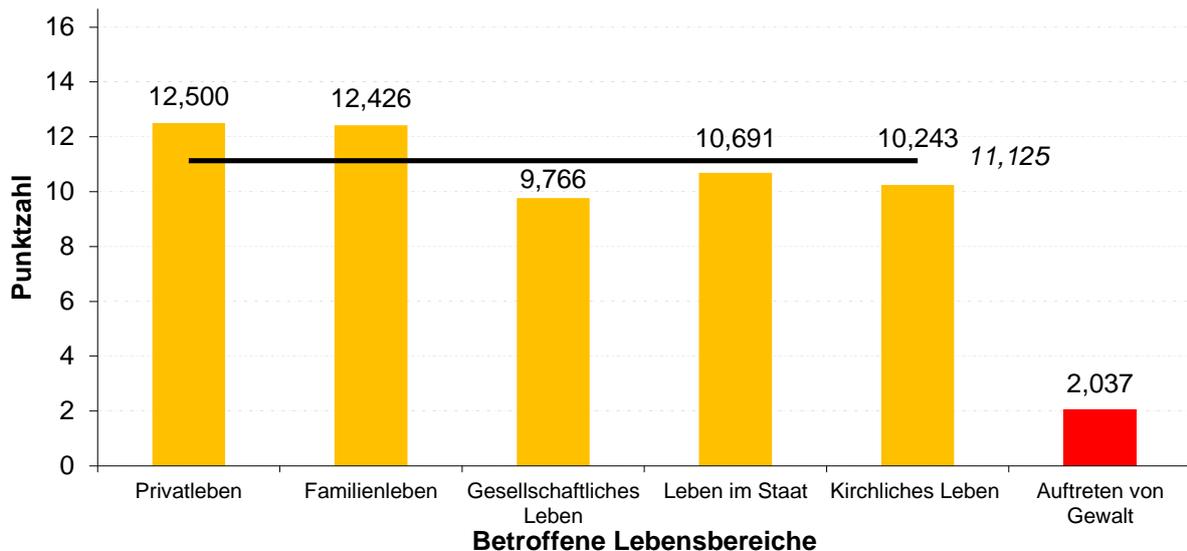
Auch die geografische Verteilung der Christen ist relevant. Die meisten Bumiputra leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak; in letzterem bilden die Christen eine relative Mehrheit. Diese Staaten befinden sich in Ostmalaysia, auf der Insel Borneo (welche mit Brunei und Indonesien geteilt wird). Die Situation wird dadurch verkompliziert, dass viele Bumiputra zu Bildungszwecken oder aus wirtschaftlichen Gründen in den Westen Malaysias umsiedeln. Die malaiischen Christen muslimischer Herkunft vervollständigen das Bild der Christenheit in Malaysia. Sie sind starker Verfolgung ausgesetzt, da sie nicht nur ihren früheren Glauben verlassen, sondern auch als Verräter ihres Volkes und ihrer ethnischen Identität angesehen werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Malaysia zeigt die Wertungen für Islamistischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (11,125), welche den Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen darstellen, ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (10,345). Die Wertung für die Kategorie Gewalt ist leicht gesunken – von 2,963 (WVI 2015) auf 2,037. Dies lässt darauf schließen, dass der fortwährende Druck

auf die Christen zwar weiter zunimmt, sich aber nicht in offener Gewalt ausdrückt. Wie das Diagramm unten zeigt, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ am stärksten, gefolgt von „Kirchlichem Leben“ und „Leben im Staat“. Vor allem auf Christen muslimischen Hintergrunds ist der Druck im Privat- und Familienleben sehr stark, der durch ihr soziales Umfeld und durch ihre Familie ausgeübt wird. Der Druck auf Christen in den verschiedenen Lebensbereichen wird durch die malaiisch-muslimische Vormachtstellung in Politik und Gesellschaft angefacht.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Laut Gesetz dürfen malaiische Muslime in allen Bundesstaaten außer in Sarawak den Islam nicht verlassen. Malaiischen Konvertiten ist es untersagt, an öffentlichen Kirchenveranstaltungen teilzunehmen. Wenn sie es trotzdem tun, riskieren sie, von den Behörden gefasst zu werden, und der jeweiligen Kirche drohen in diesem Fall ernsthafte Konsequenzen, weil sie Konvertiten aufgenommen hat. Aus diesem Grund treffen sich Christen muslimischer Herkunft in Privathäusern, um gemeinsam ihren Glauben zu leben, fernab von den wachsamen Augen der Regierung, der Gesellschaft und der registrierten Kirchen. Sie müssen sehr vorsichtig sein, wenn es um die Ausübung ihres Glaubens geht, besonders wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Literatur müssen gut versteckt werden und können nur mit äußerster Vorsicht gelesen werden, da konservative muslimische Familien dies nicht akzeptieren würden. Wird ihr neuer Glaube bekannt, werden sie genauestens überwacht, können unter Hausarrest gestellt werden und erleiden in manchen Fällen auch physischen oder psychischen Missbrauch.
- Familienleben:** Laut Gesetz werden Kinder, die einen muslimischen Elternteil haben, automatisch als Muslime registriert. Jeder Malaysier besitzt einen Identitätsausweis, auf dem auch die Religionszugehörigkeit von der Bundesverwaltung für Registrierung verzeichnet ist. Ist ein Bürger einmal als Muslim registriert, kann dies nicht mehr

geändert werden. Dieselbe Behörde ist auch für die Sterbeurkunden zuständig. Bevor eine Sterbeurkunde ausgestellt wird, prüft die Verwaltung, ob ein Glaubenswechsel stattgefunden hat; ist dies der Fall, informiert sie die islamische Religionsbehörde. Wurde die Beerdigung nicht nach muslimischer Tradition begangen, hat die Behörde das Recht, der nicht-muslimischen Familie den Leichnam wegzunehmen, damit die muslimischen Riten an der verstorbenen Person vollzogen werden können. Wenn Christen muslimischen Hintergrunds entdeckt werden, drohen ihnen die Scheidung und der Verlust des Erbrechts. Auch eine christliche Taufe, Hochzeit oder Beerdigung durchzuführen kann sehr schwer oder sogar unmöglich werden. Konvertiten können von ihren Familien isoliert, verstoßen oder in islamische Umerziehungslager gebracht werden. Einige arme Christen aus den Stämmen der Ureinwohner, vor allem in Sabah, wurden auf betrügerische Weise zu nominellen Muslimen gemacht. Sie unterzeichneten ein Dokument, das ihnen angeblich finanzielle Unterstützung von der Regierung versprach, in Wirklichkeit aber eine Erklärung war, zum Islam überzutreten. Nach der Unterschrift mussten sie den Beamten ihren Identitätsausweis übergeben. Als sie ihren Ausweis zurückerhielten, stellten sie fest, dass ihre Religionszugehörigkeit in Islam geändert wurde. Als die Christen versuchten, diese Änderung wieder rückgängig machen zu lassen, wurde ihnen von der Behörde für Registrierung gesagt, dass dies nur das Scharia-Gericht genehmigen könne, was faktisch unmöglich ist.

- **Gesellschaftliches Leben:** Die Überwachung und Kontrolle von Christen wird sowohl von den Staatsbehörden, von malaiisch-nationalistischen Gruppen (z.B. Perkasa, ISMA) als auch von lokalen muslimischen Gemeinschaften ausgeführt. Die Regierung verweigert Nicht-Muslimen Grundrechte wie Schulbildung nicht, jedoch müssen Christen viel größere Hürden als Muslime nehmen, um eine höhere Schulbildung erhalten zu können. Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien, Freunden und Nachbarn stark unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen. Christen werden auch im Berufsleben diskriminiert und können im Öffentlichen Dienst keine höheren Positionen einnehmen.
- **Leben im Staat:** Die Verfassung definiert ethnische Malaien als Muslime. Das ist auch der Grund, warum sie nicht die Religionsfreiheit haben, vom Islam zu anderen Religionen überzutreten. Gleichzeitig verbietet die Verfassung Anhängern anderer Religionen, ihre Religion unter malaiischen Muslimen zu verbreiten. Jedoch erlaubt sie Muslimen, im ganzen Land den Islam zu propagieren. Auf den Webseiten malaiisch-nationalistischer Gruppen und in den von der Regierung gesteuerten Medien werden Christen regelmäßig verleumdet, z. B. durch die Verbreitung des Gerüchts, Christen und Juden wollten Malaysia erobern, oder andere absurde Behauptungen. Die kürzlich verabschiedeten strengen Gesetze gegen Volksverhetzung wurden von internationalen Beobachtern stark verurteilt. Interessanterweise werden diejenigen, die Hass sowie rassistische und religiöse Gefühle gegen Christen schüren, dafür nie zur Rechenschaft gezogen. Auf der anderen Seite werden gegen diejenigen, die sich gegen die Regierung äußern, Anklagen erhoben. Die Bumiputra haben mit gezielten, aggressiven Versuchen, sie zum Islam zu bekehren, zu kämpfen. Besonders diejenigen, die in den Westen übersiedeln, sind davon betroffen, da sie in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage

entwurzelt und deshalb gefährdet sind. Auf lange Sicht könnte die christliche Bevölkerung deshalb schrumpfen, vor allem in Ostmalaysia.

- **Kirchliches Leben:** Die meisten nicht-traditionellen christlichen Gemeinden sind nicht als Kirche registriert, sondern arbeiten als Organisationen oder Begegnungsstätten, wofür sie Ladenräume oder Fabrikgelände erwerben. Während die meisten Kirchen überwacht werden, erleben sie bei ihren Treffen keine Einschränkungen. Der einzige Vorfall, der im Berichtszeitraum gemeldet wurde, ereignete sich am 19. April 2015. Dabei versammelten sich etwa 50 Demonstranten, die gegen eine Kirche in Taman Medan protestierten und die Pastorin dazu zwangen, das Kreuz von der Kirche zu entfernen. Ein Großteil der Gesellschaft bedauerte diesen Vorfall allerdings im Nachhinein. Christliche Schriften können nur mit Genehmigung der Regierung gedruckt werden. Gegen das in der Landessprache Bahasa Malaysia gedruckte Material wurden restriktive Maßnahmen durchgesetzt und der Gebrauch des Wortes „Allah“ für die Bezeichnung von Gott ist faktisch allen Christen untersagt.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung von Christen in Malaysia ist nicht besonders von Gewalt geprägt und zur Situation der Christen, die am meisten davon betroffen sind – das sind Christen muslimischer Herkunft – ist es schwierig, Daten und Fakten zu bekommen. Einige von ihnen wurden in Umerziehungslagern festgehalten und einige wurden sogar entführt und in Isolationshaft gehalten. Manchmal verlassen Christen auch ihren Heimatort und verstecken sich irgendwo im Land oder im Ausland, um der Verfolgung zu entfliehen.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Christen:

Die politische Entwicklung zeigt, dass die UMNO bei der Bevölkerung weiterhin an Einfluss verliert, während die Opposition an Boden gewinnt. Um ihren Einfluss zurückzugewinnen, wird die Regierung eventuell darauf zurückkommen, gegen die chinesische Bevölkerung zu hetzen (vor allem, weil ein bedeutender Teil von ihnen Christen und Mitglieder der Oppositionspartei sind) und ihr vorwerfen, eine Gefahr für den Islam und die malaiischen Rechte zu sein. Die Spaltung der Opposition über die Einführung der hudud, worauf bereits verwiesen wurde, stellt eine weitere politische Gefahr dar. Wenn sich die Situation in diese Richtung weiterentwickelt, könnte die machthabende UMNO als letzten Ausweg eventuell eine Koalition mit der konservativ-islamischen Partei PAS in Betracht ziehen, was für die Christen eine schlechte Nachricht wäre.

Je nachdem, wie sich die Situation des Korruptionsskandals entwickelt, laufen die ethnischen und religiösen Minderheiten Gefahr, zum Sündenbock gemacht zu werden. Premierminister Razak bleibt uneinsichtig, was kein gutes Zeichen ist. Er entließ den stellvertretenden Premierminister, weil dieser ihn in Frage stellte, setzte den Generalstaatsanwalt ab und übertrug zwei Leitern der MACC (Malaysian Anti-Corruption Commission) ein neues Aufgabengebiet, da sie wegen der Korruptionsbeschuldigung gegen ihn ermittelten. Weiterhin ernannte er den Innenminister zu seinem Stellvertreter – einen Mann, der dafür bekannt ist, Drohungen und Gewalt gegen seine Gegner einzusetzen. Die Tatsache, dass er den Verlauf des Prozesses nicht mehr kontrollieren kann, weil die internationalen Behörden aus der Schweiz nun diesen Fall untersuchen, wird die Situation

nur verschärfen. Die Lage in Malaysia wird unberechenbar und für die christliche Minderheit herausfordernd bleiben.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 31: Tadschikistan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt Tadschikistan Platz 31 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. 2015 belegte das Land mit 50 Punkten Rang 45. Die starke Zunahme der Punktzahl ist vor allem auf die politischen Veränderungen im Land seit März 2015 zurückzuführen, als sich die Regierung verstärkt in eine diktatorische Richtung zu entwickeln begann. Zuvor galt Tadschikistan als schwacher und korrupter Staat, doch nun wurde alle Opposition ausgelöscht (vor allem die „Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans“). Dies wirkte sich auch auf die Kirche aus.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Tadschikistan sind vor allem „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Ausmaß „Islamischer Extremismus“. Hierbei ist anzumerken, dass die Diktatorische Paranoia in Tadschikistan aus der kommunistischen Unterdrückung der Vergangenheit entstand, auch wenn die Ideologie des Kommunismus seit Jahren in Tadschikistan keine Rolle mehr spielt.

- **Diktatorische Paranoia:** Außerhalb der vom Staat genehmigten und beaufsichtigten Einrichtungen ist keine religiöse Aktivität erlaubt. Sowohl Protestanten als auch Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ abgestempelt, da sie Religion außerhalb der vom Staat vorgegebenen Strukturen ausüben. 2015 erhöhten die Behörden den Druck noch weiter. Es kommt sehr häufig vor, dass Mitglieder einer beliebigen protestantischen Kirche pauschal als Anhänger einer fremdartigen Sekte gelten, deren einziges Ziel es ist, die bestehende Regierungsform auszuspionieren und zu zerstören. Aus dieser Perspektive müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern bei Bedarf ausgerottet werden. Um die „Extremisten“ ausfindig zu machen, haben die Sicherheitskräfte begonnen, verstärkt Telefonleitungen zu überwachen. Davon sind auch die Christen und die Kirchen betroffen. Eine andere Maßnahme betrifft den Religionsunterricht, unabhängig davon, um welche Religion es geht.
- **Kommunistische Unterdrückung:** Sie ist das historische Fundament, auf dem das jetzige Regime basiert. Der Kommunismus hat zwar keine Bedeutung mehr für die ideologische Ausrichtung des Regimes, doch zahlreiche Kontrollsysteme und Mechanismen entstammen noch dem kommunistischen System.

- **Islamischer Extremismus:** Der Druck aus islamischen Kreisen richtet sich vor allem gegen Christen muslimischer Herkunft. Wenn Einheimische zum christlichen Glauben übertreten, sind sie starkem Druck bis hin zu physischer Gewalt von ihren Familien, Bekannten und der örtlichen Gemeinschaft ausgesetzt, die sie dazu zwingen wollen, wieder ihren alten Glauben anzunehmen. Einige Christen muslimischer Herkunft werden für lange Zeit eingesperrt und geschlagen. Örtliche Mullahs sprechen sich offen gegen die Christen aus, was zur Folge haben kann, dass diese aus der Gesellschaft verstoßen werden. Viele Christen muslimischer Herkunft halten deshalb ihren Glauben geheim.

Aktuelle Einflüsse

Tadschikistan ist das einzige zentralasiatische Land, dessen Landessprache persischen Ursprungs ist. Kulturell gesehen hat das Land größere Ähnlichkeit mit dem Iran und Afghanistan als andere zentralasiatische Länder. Tadschikistan ist eines der ärmsten Länder dieser Region. Es lebt sehr stark von den Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten aus dem Ausland. Man geht davon aus, dass bis zu zwanzig Prozent der Bevölkerung in Russland oder Kasachstan arbeiten. Dies hat sowohl positive als auch negative Folgen. Auf der einen Seite stellen die Überweisungen der Arbeitsmigranten sicher, dass etwa sechzig Prozent der Bevölkerung mit diesem Geld ihren Alltag bewältigen können. Auf der anderen Seite stehen jedoch die enormen sozialen Auswirkungen. Familien werden auseinandergerissen und viele Kinder wachsen ohne männliche Verwandte auf.

Tadschikistans Grenze zu Afghanistan ist 1.200 km lang. Dies hat mehrere Auswirkungen: a) es gibt einen ausgedehnten Drogenhandel von Afghanistan über Tadschikistan in den Westen; b) Tadschiken (die auch in Afghanistan leben) sind in islamistische Kämpfe verwickelt; c) was auf der anderen Seite der Grenze passiert, hat große Auswirkungen auf Tadschikistan. Da die westlichen Truppen Afghanistan zunehmend verlassen, suchte Tadschikistan Hilfe bei Russland. Dafür hat das Land Militärstützpunkte als Gegenleistung für Grenzkontrollen durch russische Soldaten angeboten.

Am 1. März 2015 fanden in Tadschikistan Parlamentswahlen statt. Bis zu diesem Zeitpunkt war Tadschikistan das einzige Land in der Region, welches eine anerkannte Oppositionspartei hatte – eine religiös fundierte: die „Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans“. Schon bald nach den Wahlen, welche von Präsident Emomali Rahmon gewonnen wurden, traten Veränderungen im Land ein. Innerhalb weniger Monate wurde die Oppositionspartei verboten. Ihre Vorsitzenden wurden inhaftiert; am 27. November 2015 wurde einer der Vorsitzenden, Hasan Rahimov, zu 9 Jahren Haft verurteilt. Weitere restriktive Maßnahmen folgten – einschließlich des Bereiches der Religion.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tadschikistan existieren alle vier Kategorien von Christen; sie sind in unterschiedlichem Ausmaß von Verfolgung betroffen.

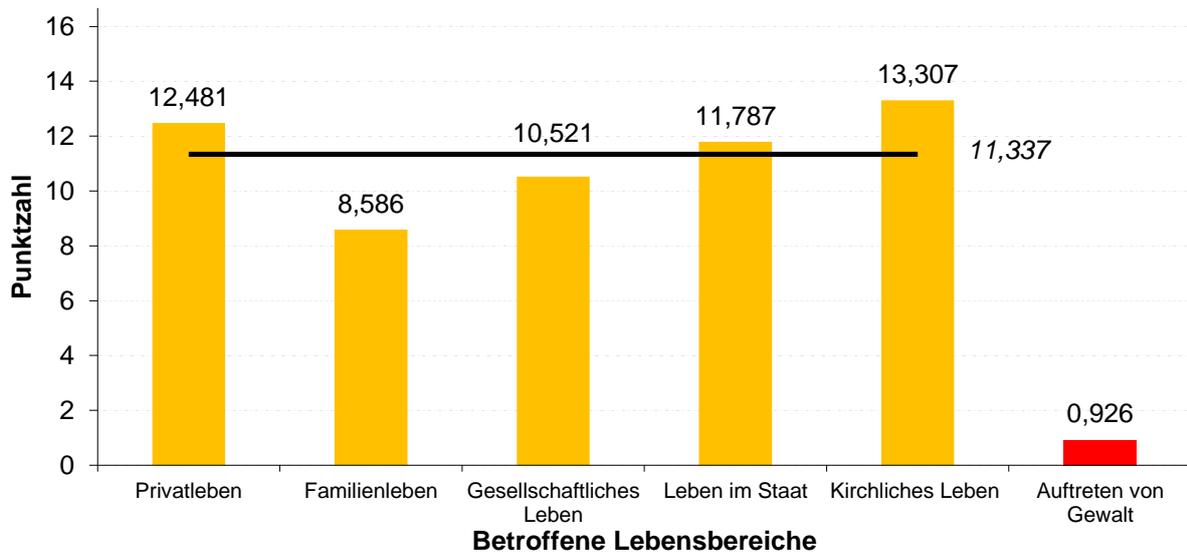
- **Ausländische Christen:** Da die meisten dieser Gruppen nach innen ausgerichtet ist und sie sich folglich kaum an evangelistischen Aktivitäten beteiligen, erleben sie vonseiten der Behörden fast keine Schwierigkeiten.

- **Mitglieder traditioneller Kirchen** (von denen die Russisch-Orthodoxen Kirche mit Abstand die größte ist): Sie verbreiten das Evangelium nicht unter Tadschiken, weshalb sie von der Regierung nicht als Gefahr betrachtet werden und in dieser Form weiter bestehen dürfen. Darüber hinaus hat die tadschikische Regierung kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie die Russisch-Orthodoxe Kirche angreift.
- **Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten)**: Christen muslimischer Herkunft bekommen die volle Wucht der Verfolgung in Tadschikistan zu spüren. Neben staatlichen Restriktionen stehen sie zusätzlich unter enormen Druck vonseiten der Familie, Freunden und der Gesellschaft. Dies ist sehr viel wirkungsvoller als staatliche Interventionen. Übertritte zum christlichen Glauben werden als Verrat am Volk, am Staat und an der Religion der Väter angesehen und gelten zudem als Schande für die Familie.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen** (z. B. Baptisten- oder Pfingstgemeinden u.a.): Wegen ihrer evangelistischen Tätigkeit sind sie die zweite verfolgte Hauptgruppe. Sie werden von der Regierung angegriffen, bedroht, verhaftet und mit Geldstrafen belegt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Tadschikistan basiert auf der Summe der Wertungen für Diktatorische Paranoia und Islamischen Extremismus und zeigt deren Auswirkungen auf die einzelnen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 11,337 Punkten und ist damit deutlich höher als im letzten Jahr (9,847). Die Punktzahl für Gewalt hat sich leicht erhöht (0,926) im Vergleich zum Vorjahr (0,741). Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Regime seine Kontrolle mehr und mehr verschärft. Die Verfolgung ist in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ am stärksten. Das ist typisch für eine Verfolgungssituation, bei der Diktatorische Paranoia die Haupttriebkraft ist. Der Islamische Extremismus wirkt sich am stärksten im privaten, familiären und gesellschaftlichen Bereich aus und führt zu massivem Druck durch das soziale Umfeld, während Diktatorische Paranoia – der Druck vonseiten des Regimes – vor allem das Privatleben, das Leben im Staat und das kirchliche Leben beeinflusst.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Offiziell werden Konversionen nicht behindert, doch der gesellschaftliche Druck auf Konvertiten kann sehr hoch sein. Eine Bestrafung für Konvertiten ist unausweichlich, besonders durch Familienmitglieder. Für Christen muslimischer Herkunft ist es äußerst riskant, Gottesdienste zu feiern. Selbst im privaten Bereich kann dies sehr ernste Konsequenzen haben. Sowohl in der Vergangenheit als auch im Berichtszeitraum gab es Berichte über Konvertiten, die von ihren Familien stark verfolgt wurden und unter anderem physische Gewalt erlitten, um sie zur Aufgabe ihres christlichen Glaubens zu bewegen. Der Besitz christlicher Literatur und das Tragen christlicher Symbole sind vor allem für Christen muslimischer Herkunft riskant, die diese Dinge aus Angst vor Strafmaßnahmen ihrer Familien üblicherweise verstecken. Doch auch andere Christen bringen sich dadurch in Gefahr, wenn sie keine staatliche Genehmigung haben: Der Besitz christlicher Literatur und das Zeigen christlicher Symbole könnte als Form der Evangelisation angesehen werden. Konvertiten müssen auch bei der Nutzung von christlichem Radio, Fernsehen oder Webseiten große Vorsicht walten lassen, um nicht von ihren Familien, ihren Freunden oder ihrem sozialen Umfeld entdeckt zu werden. Konvertiten, die mit Familienmitgliedern über ihren neuen Glauben sprechen, müssen befürchten dass dies als eine Frage von Schande und Ehre betrachtet wird und die Familie alles daran setzen wird (manchmal in Form von Hausarrest), den Konvertiten zum alten Glauben zurückzubringen. Ähnliche Gefahr droht allen Christen, die mit nicht-christlichen Gästen über ihren Glauben sprechen. Berichte weisen darauf hin, dass der Geheimdienst des Landes die Christen ständig überwacht. In Tadschikistan ist das Ausmaß der Überwachung von Religion enorm hoch, sowohl vonseiten der Regierung als auch durch das soziale Umfeld. Dies hat bei Christen ein hohes Maß an Angst ausgelöst, so dass viele auch zögern, Übergriffe zu melden.

- **Familienleben:** Manchmal verhindern muslimische Familien und Behörden Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen von Christen muslimischer Herkunft. Seit August 2011 ist jede religiöse Aktivität für Jugendliche unter 18 Jahren verboten. Christliche Jugendarbeit kann nur noch im Geheimen stattfinden. Kinder und Teenager dürfen nicht zur Sonntagsschule kommen oder am Religionsunterricht teilnehmen. Islamische Themen hingegen sind Teil des Lehrplans und alle Kinder sind verpflichtet, diesen Unterricht zu besuchen. Oft werden die Kinder von Christen in der Schule vor den anderen Kindern gedemütigt und verlästert. Ehepartner von Konvertiten werden durch Drohungen zur Trennung gezwungen und Christen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr ihre Erbrechte verlieren.
- **Gesellschaftliches Leben:** Christen muslimischer Herkunft werden von ihren Familien bedroht, nicht-registrierte Christen von staatlichen Vertretern. Männliche Konvertiten bekommen Probleme, wenn sie weiterhin die traditionelle Kleidung tragen, sich aber zum christlichen Glauben bekennen. Christen, die man mit evangelistischen Aktivitäten und Bekehrungen in Verbindung bringt, werden von der Gesellschaft überwacht. Auch für Christen muslimischer Herkunft werden Hochzeiten von den Eltern arrangiert und sie stehen unter Druck, an islamischen Zeremonien und Festen teilzunehmen. Christen, deren Glaube allgemein bekannt ist, dürfen keine Gemeinschaftseinrichtungen nutzen, an Foren oder Veranstaltungen teilnehmen und haben schlechtere Karriereaussichten. Vereinzelt bekommen Konvertiten und protestantische Christen auch Probleme, wenn sie ein Geschäft betreiben.
- **Leben im Staat:** Der Staat behauptet von sich selbst, ein säkularer Staat zu sein. Dennoch unterscheidet er zwischen traditionellen und nicht-traditionellen Religionen. Die Hanafiten (eine der vier Rechtsschulen des sunnitischen Islam) und orthodoxe Christen werden klar bevorzugt, wohingegen andere Richtungen diskriminiert werden. Die Verfassung schützt zwar die Religionsfreiheit, doch in Wirklichkeit schränkt die Regierung mit ihrer Politik die Religionsfreiheit ein. Einige lokale und regionale Führungskräfte schaffen bürokratische Barrieren, welche die Registrierung von Kirchen beeinträchtigen können. Es gibt keine Alternative zum obligatorischen Militärdienst – wer ihn verweigert, wird inhaftiert. Ein im Juli 2012 erlassenes Gesetz verbietet es tadschikischen Bürgern, ins Ausland zu gehen, um dort eine religiöse Ausbildung zu erhalten, selbst zu unterrichten oder Beziehungen zu ausländischen religiösen Organisationen aufzubauen. Allein der Russisch-Orthodoxen Kirche begegnet die tadschikische Regierung mit Respekt, alle anderen christlichen Kirchen werden diskriminiert. Protestantischen Christen werden Posten im öffentlichen Dienst verweigert, da sie als „ausländischer Einfluss“ angesehen werden, welcher die tadschikische Gesellschaft bedroht und dem man nicht trauen darf. Seit März 2015 wurden Restriktionsmaßnahmen gegen alle nichtstaatlichen Organisationen vorgenommen. Alle Tätigkeiten der Kirche in Bezug auf ihren Auftrag, einschließlich von Jugendarbeit und der Veröffentlichung christlicher Literatur, wurden eingeschränkt und von der Regierung zensiert. Regierungsangestellte und alle Mitglieder der Gesellschaft können Christen angreifen, ohne dafür strafrechtlich belangt zu werden. Christen werden vor Gericht ungleich behandelt.

- **Kirchliches Leben:** Versammlungen von Christen muslimischer Herkunft können von Familienmitgliedern, Freunden oder anderen Personen des gesellschaftlichen Umfelds gestört werden. Nichtregistrierte Treffen von Christen aus allen Kategorien sind grundsätzlich illegal. Die vorgeschriebene Registrierungsprozedur ist so kompliziert geworden, dass in den letzten 10 Jahren keine neuen Gemeinden mehr registriert worden sind. Alle religiösen Aktivitäten werden überwacht, und wenn nichtregistrierte Gruppen entdeckt werden, wird die Regierung sofort aktiv. Nur registrierte Gruppen dürfen eigene Gemeindehäuser bauen (andere müssen Räumlichkeiten anmieten), weswegen kaum neue Kirchengebäude entstehen. Von Zeit zu Zeit unterbricht die Polizei Gottesdienste und führt Razzien durch, vor allem bei nichtregistrierten Gruppen. Nur registrierte Gruppen können auf legalem Wege Veranstaltungen durchführen und um die Erlaubnis bitten, Aktionen außerhalb ihrer Räumlichkeiten organisieren zu dürfen – auch wenn dies fast nie genehmigt wird. Die Gesetze vom August 2011 verbieten jegliche Art von Jugendarbeit. Da ca. 50% aller Christen in Tadschikistan Jugendliche sind, hat dies weitreichende Konsequenzen. Der „Rat für religiöse Angelegenheiten“ muss alle Predigten sowie christliches Material genehmigen. Schulungen für religiöse Leiter können ebenfalls nur von registrierten Gruppen (von denen es nur sehr wenige gibt) durchgeführt werden. Die Medien in Tadschikistan werden vom Staat kontrolliert und sind somit für Christen unzugänglich. Ab und zu blockiert die Regierung YouTube und Facebook oder andere Internetseiten. Die Regierung erlaubt es Christen nicht, ihre eigenen Schulen, Organisationen oder Einrichtungen zu gründen noch gemeinnützige, humanitäre, medizinische Vereine oder Kulturverbände zu eröffnen. Als Teil der von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen gegen die radikale Ausübung von Religion ist jeglicher Kontakt zu religiösen Gruppen im Ausland verboten.
- **Auftreten von Gewalt:** Auf den ersten Blick scheint die Verfolgung in Tadschikistan nicht besonders gewalttätig zu sein, doch dies ist auf die geringe Größe der Kirche und die Angst der Christen zurückzuführen, Vorfälle zu melden. Folglich können wir nur die Spitze des Eisbergs erkennen; fest steht, dass die Zahl der Vorfälle viel höher ist. Im Berichtszeitraum wurden mindestens zwei Christen während eines Polizeiverhört körperlich angegriffen und mindestens ein Christ muslimischer Herkunft wurde von seiner Familie verletzt. Das Haus eines Christen wurde beschädigt, als die Polizei versuchte, im Juli 2015 dort einzudringen. Im Juli 2015 wurden zwei Zeugen Jehovas inhaftiert.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Christen:

Die Regierung übt starken Druck auf alle „von der Norm abweichenden“ Gruppen aus, Christen eingeschlossen. Indem die Regierung die bereits bestehenden Gesetze verschärft und diese strikt anwendet, übt sie zusätzlichen Druck auf die christliche Minderheit aus. Besonders das neue Jugendgesetz lässt Christen (und andere betroffene religiöse Minderheiten) in Unklarheit darüber, was erlaubt ist und was gegen das Gesetz verstößt. Das bedeutet, dass sich die Situation für Christen nicht verändern, sondern allenfalls in Zukunft sogar noch verschlimmern wird.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 32: Tunesien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 58 Punkten belegt Tunesien Platz 32 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um drei Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (55), als das Land Rang 36 einnahm. Der Anstieg der Punktzahl erklärt sich zum Teil durch eine geringfügige Zunahme gewalttätiger Übergriffe; hauptsächlich liegt er aber in dem erhöhten Druck auf Christen begründet. Obwohl die neue Verfassung einen wichtigen Schritt auf dem Weg hin zu mehr Stabilität in Tunesien darstellt, schützt sie den Islam auf Kosten anderer Religionen. Darüber hinaus wird die Gesellschaft Tunesiens konservativer, besonders in ländlichen Regionen, was eine größere Betonung eines praktisch gelebten Islam mit sich bringt.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Tunesien sind „Islamischer Extremismus“ und in geringerem Umfang „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- **Islamischer Extremismus:** Der Islamische Extremismus ist auf verschiedenen Ebenen präsent. Auf familiärer Ebene erfahren Konvertiten zum christlichen Glauben keinerlei Unterstützung für ihre Entscheidung. Es gibt Fälle, in denen Christen muslimischen Hintergrunds von ihrer eigenen Familie in ihren Häusern eingesperrt wurden. Auf der gesellschaftlichen Ebene verbreiten gewaltbereite Salafisten quer durch das Land Angst und Schrecken. Auf der politischen Ebene erlitten die islamistischen Parteien bei den letzten Parlamentswahlen zwar Verluste, dennoch bleiben sie ein wichtiger politischer Faktor.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Die Verbindungen zwischen einigen islamistischen Bewegungen und dem organisierten Verbrechen sollten nicht unterschätzt werden. Sie schüren eine große Unruhe in der tunesischen Gesellschaft und steigern die bereits große Angst unter den Christen. Hier sind weitere Recherchen im Jahr 2016 nötig.

Aktuelle Einflüsse

Es gab viele soziale Unruhen im Land, die maßgeblich zu den Demonstrationen führten, aus denen letztendlich die sogenannte Jasmin-Revolution hervorging – benannt nach der Nationalblume Tunesiens. Am 14. Januar 2011 flohen Präsident Zine El Abidine Ben Ali und sein Kreis von Vertrauten nach Saudi-Arabien. Nach einigen Tagen der Demonstrationen erkannte der Präsident, dass es unter

der Bevölkerung keine Unterstützung mehr für sein Regime gab. Das Regime fiel und eine Übergangsregierung wurde eingesetzt. Am 26. Januar 2014 wurde einer neuen Verfassung zugestimmt.

Im Dezember 2014 führte Tunesien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durch; dies markierte das Ende der Übergangsperiode. Die Präsidentschaftswahl ging in eine zweite Runde und in dieser Stichwahl wurde Beji Caid Essebsi zum Sieger erklärt. Essebsi ist ein erfahrener Politiker, der bereits als Minister und Sprecher des Parlaments unter Ben Alis Regime diente. Während einige warnten, dass Essebsis Sieg die Gefahr einer Rückkehr von Ben Alis autoritärem Regime berge, versucht Essebsi aus seiner Erfahrung Kapital zu schlagen und sich selbst als erfahrenen Technokraten darzustellen, der in der Lage sei, für Stabilität zu sorgen und einen dringenden wirtschaftlichen Wandel herbeizuführen.

Bei den Parlamentswahlen erzielte keine der Parteien eine Mehrheit. Essebsis gemäßigte und säkulare Partei „Nidaa Tunis“ gewann die meisten Sitze im Parlament. „Ennahda“, die „moderate“ islamische Partei, welche die Wahlen direkt nach der Revolution gewonnen und für eine Weile die Übergangsregierung angeführt hatte, gewann die zweitgrößte Anzahl an Sitzen. Anfangs versuchte der von Essebsi eingesetzte Premierminister, eine Mehrheitsregierung auf die Beine zu stellen, ging aber schließlich eine Koalitionsregierung mit Ennahda und weiteren, kleineren Parteien ein.

Betroffene Kategorien von Christen

Es gibt nur zwei Kategorien von Christen in Tunesien: ausländische Christen und Christen muslimischen Hintergrunds.

- **Ausländische Christen:** Gemeinschaften ausländischer Christen oder Migranten genießen eine gewisse Freiheit, aber öffentliches Evangelisieren wird nicht geduldet. Diese Christen erleben kaum Probleme, während nahezu alle einheimischen Christen mit Problemen zu kämpfen haben.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** Sie haben mit Druck aus verschiedenen Richtungen zu kämpfen. Sie sind eindeutig mehr Schwierigkeiten ausgesetzt als die wenigen internationalen Gemeinden im Land.

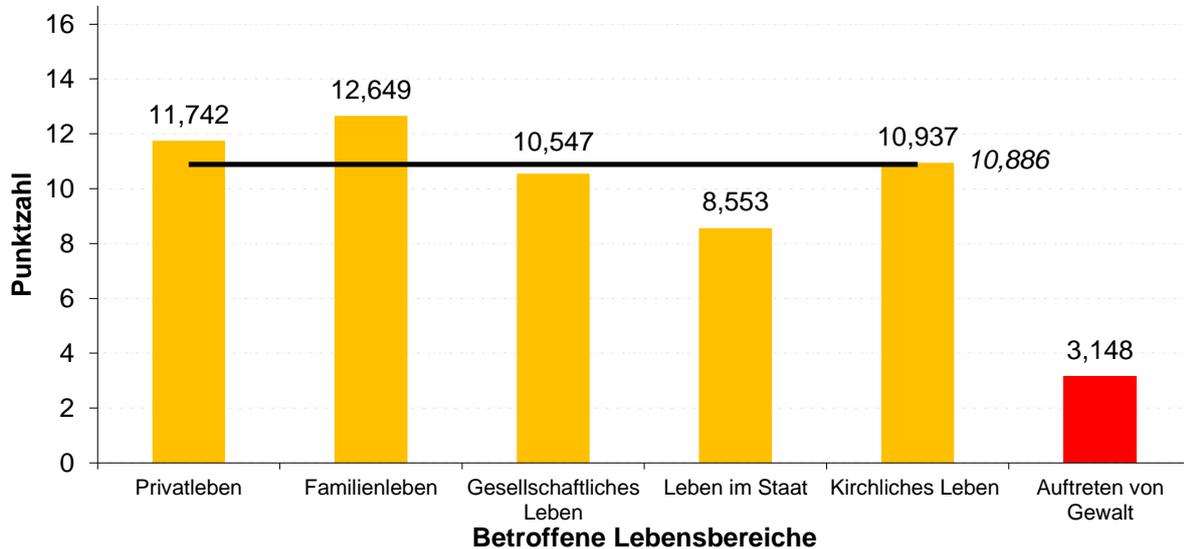
Christen (und andere) können mehr oder weniger frei Informationen über den christlichen Glauben suchen und erhalten, vor allem gilt dies für Online-Inhalte.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Tunesien zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus. Die durchschnittliche Punktzahl (10,886) für die ersten fünf Bereiche, die den Druck auf Christen zeigen, ist höher als im Jahr davor (10,458). Die Punktzahl für Gewalt hat sich nur leicht erhöht, sie stieg von 2,593 (WVI 2015) auf 3,148. Dies deutet darauf hin, dass sich der Druck auf Christen leicht erhöht hat, zum Teil bedingt durch die Zunahme physischer Gewalt, die auch zu mehr Angst geführt hat. Anschläge von Extremisten auf Touristen erhöhten die Angst der Christen im Land. Obwohl sie nicht gezielt gegen Christen vorgehen, hat die Präsenz von islamischen Extremisten eine nicht unerhebliche psychische Wirkung. Als Reaktion auf die Angriffe setzt die Polizei nun deutlich strenger gesetzliche Vorgaben durch. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist der

Druck auf Christen im Bereich „Familienleben“ am höchsten, gefolgt von „Privatleben“, „Kirchliches Leben“ und „Gesellschaftliches Leben“.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit der Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen stehen besonders dann unter Druck, wenn ihre Entscheidung für den christlichen Glauben im privaten Umfeld bekannt ist, obwohl es deutliche Unterschiede zwischen den ländlichen Regionen und der Hauptstadt Tunis gibt, wo die Situation vergleichsweise besser ist. Nahezu jeder Christ muslimischen Hintergrunds hat eine Geschichte von Widerständen, Ablehnung und/oder Verfolgung, bedingt durch die Entscheidung, den Glauben zu wechseln. Besonders für junge Christen muslimischen Hintergrunds ist es schwierig, offen die Bibel zu lesen und zu beten.
- Familienleben:** Für christliche Familien ist es schwierig, ihr Familienleben nach christlichen Werten zu leben, da Richter immer wieder willkürliche Interpretationen des islamischen Gesetzes vornehmen. Jeder Tunesier wird automatisch als Muslim registriert. Ausländer bekommen keine Schwierigkeiten, solange ihre Kinder die fremde Staatsangehörigkeit behalten. Christen muslimischen Hintergrunds müssen hinnehmen, dass sie als Muslim registriert werden. Das zu ändern ist unmöglich und der Versuch zieht schnell negative Konsequenzen nach sich.
- Gesellschaftliches Leben:** Christen muslimischen Hintergrunds werden von ihrer Familie und ihrem Umfeld bedroht, wenn ihre Entscheidung für den christlichen Glauben bekannt wird. Besonders in den ländlichen Gegenden fürchten junge Christinnen muslimischen Hintergrunds, zu einer Ehe mit einem Muslim gezwungen zu werden. Zudem sind Fälle bekannt, in denen Christen muslimischen Hintergrunds von der Universität ausgeschlossen wurden oder nicht zur Schule gehen konnten, weil sie aus ihrem Zuhause vertrieben wurden. Nicht selten wird Kunden geraten, nicht in christlichen Geschäften einzukaufen.

- **Leben im Staat:** Im Umgang mit Behörden werden Christen oft benachteiligt. Eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist für Christen meist extrem schwierig, wenn nicht unmöglich. Tunesische Kirchen können sich nicht registrieren lassen. Ausländische Kirchen sind die einzigen, die christliche Symbole zeigen dürfen.
- **Kirchliches Leben:** Obwohl die tunesische Verfassung derzeit Religionsfreiheit anerkennt und die Abkehr vom Islam nicht verboten ist, handeln Vertreter der Regierung oft gegenteilig. Der Import christlicher Bücher in arabischer Sprache wird von den Behörden behindert, einheimische Kirchen können sich nicht registrieren lassen – keine einzige Kirche wurde seit der Unabhängigkeit Tunesiens 1956 anerkannt. Dies steht im krassen Kontrast zum Gesetz, das Moscheen betrifft. Kirchen ist es erlaubt, frei zu arbeiten, doch sie erleben praktische Schwierigkeiten, besonders wenn es um ihre Grundstücke, das Einstellen von Personal und die Erlaubnis geht, christliches Material auf Arabisch zu veröffentlichen und zu verbreiten.
- **Auftreten von Gewalt:** Gewalttätige Übergriffe im Berichtszeitraum umfassen die Beschädigung einer Kirche, viele Fälle von Verletzungen von Christen muslimischen Hintergrunds sowie der Verwüstung ihrer Häuser und Geschäfte und einige Berichte von Entführungen. Bedingt durch die Vertraulichkeit dieser Informationen können keine Einzelheiten veröffentlicht werden.

Ausblick

- 1) Obwohl sich die politische Lage in Tunesien stabilisiert zu haben scheint, bedeutet das nicht, dass erwartet werden kann, dass der Druck auf Christen abnimmt. Tatsächlich bleiben Kultur und Gesellschaft in ihren Einstellungen christenfeindlich, besonders in den ländlichen Regionen, und dies wird durch politische Veränderungen nicht beeinflusst.
- 2) Tunesiens Verfassung mag wie ein positiver Schritt aussehen, aber die Formulierungen sind allgemein genug, um restriktive Auslegungen möglich zu machen. Alles hängt sehr stark von der neu gewählten Regierung ab. Die islamistische Ennahda hat die Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014 verloren, genießt aber immer noch viel Unterstützung, besonders in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus musste die siegreiche säkulare Partei eine Koalition mit der Ennahda eingehen, da sie nicht genug Sitze für eine Mehrheit gewinnen konnte. Zudem ist die säkulare Partei, die die Wahlen im Dezember 2014 gewann, gegenüber Christen nicht unbedingt aufgeschlossen.
- 3) Der „International Crisis Group“ (ICG) zufolge stand der „Islamische Staat“ (IS) hinter dem Angriff in Sousse vom 26. Juni 2015, bei dem 38 Touristen getötet wurden. ICG interpretiert diesen Anschlag vor dem Hintergrund von „Risiken, die durch die Vermischung von Kriminalität und dschihadistischen Gruppen entstehen, besonders im Umfeld von Städten und den Grenzgebieten, die vom Staat vernachlässigt werden“, und zeigt auch eine mangelnde Professionalität der tunesischen Sicherheitskräfte auf. Die Verbindungen zwischen islamistischen Bewegungen und der organisierten Kriminalität sollten nicht unterschätzt werden. Sie bedingen erhebliche Unruhe in der tunesischen

Gesellschaft, welche die bereits große Angst der Christen noch erhöht. Der Vorfall ist zudem ein klarer Hinweis auf die Existenz von bewaffneten Islamistengruppen, auf die umgehend reagiert werden muss.

- 4) Im Juli 2015 stimmte das tunesische Parlament mit überwältigender Mehrheit einem neuen Anti-Terror-Gesetz zu (BBC, 25. Juli 2015), das auch die Todesstrafe für Terroristen vorsieht. Menschenrechtsorganisationen sind besorgt, dass dieses Gesetz dazu benutzt werden könnte, die politische Opposition zum Schweigen zu bringen. Analysten wie Hayet Bin Said sind der Meinung, dass dem Extremismus eher durch eine Reform des Bildungssystems entgegengetreten werden sollte, wie er in einem Gatestone-Artikel vom 11. August betont. Es gibt kein Allheilmittel gegen Terrorismus, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass islamistische Gewalt ein wachsender Grund zur Sorge in Tunesien ist und dass extremistische Muslime deutlich sichtbar bleiben. Darüber hinaus ist es wichtig, daran zu erinnern, dass Tunesiens politische Entwicklungen, darunter auch die Situation der Minderheiten wie Christen, nicht so positiv sind, wie es die Medien allgemein darstellen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 33: China

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt China Platz 33 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2015, als China auf Rang 29 eingestuft wurde. Die Wertung bleibt größtenteils unverändert und zeigt sowohl den andauernden Druck gegenüber Christen der chinesischen Han-Mehrheit wie auch die schwierige Situation der Konvertiten muslimischer und tibetischer Herkunft. Auch wenn sie im Vergleich zu der gesamten chinesischen Kirche nur einen kleinen Anteil darstellen, bleibt das Maß der Verfolgung ihnen gegenüber sehr hoch. Das Niveau der Gewalt hat sich kaum verändert.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in China ist „Kommunistische Unterdrückung“, in geringerem Ausmaß treten auch „Islamischer Extremismus“ und „Religiös motivierter Nationalismus“ in Erscheinung.

- **Kommunistische Unterdrückung:** Um das Ziel der kommunistischen Partei, den Machterhalt durch nationale Einheit und die Minimierung ausländischer Einflüsse, zu erreichen, tun die Regierenden alles, was sie für nötig halten. Im Berichtszeitraum berief sich China zunehmend auf seine ideologischen Wurzeln: Einerseits wurde hierbei der

Konfuzianismus stark betont, andererseits wurde auch die kommunistische Ideologie immer wieder hervorgehoben und sogar betont, dass religiöser Glaube und Parteimitgliedschaft nicht vereinbar seien. Während dies an sich nichts Neues ist, gibt die wiederholte Betonung durch die Führung und die Parteiorgane wie der Zentralkommission zur Kontrolle der Disziplin zu denken. Von der allgemeinen Kampagne gegen sogenannte „böse Kulte“ waren auch Kirchen betroffen. Angesichts der Fülle an Veränderungen, die sich im Land vollziehen, versucht Chinas Führung, alles ruhig zu halten. Um die eigene Macht und die gesellschaftlichen Harmonie zu bewahren, kontrolliert sie alle Religionen, so auch die stark wachsende christliche Minderheit. Dies gilt vor allem für die unbeständigen Minderheitsregionen Tibet und das muslimische Xinjiang. Die Regierung hat die Kontrolle in diesen Gebieten verstärkt, was nicht nur ethnische Aufständische zu spüren bekommen, sondern auch einzelne Gruppen von Konvertiten zum christlichen Glauben. Während in den meisten Regionen Chinas christliche Aktivitäten eher beobachtet als kontrolliert wurden, waren einige nicht registrierte Hauskirchen von dem Programm zur Auslöschung sogenannter „böser Kulte“ betroffen, da manche dieser Kulte – verzerrte – christliche Wurzeln haben. In Bezug auf die meist von Han-Chinesen besuchten Kirchen sprechen Beobachter von drei Arten von Kirchen: den illegalen „schwarzen“ Kirchen (wie z.B. dem Vatikan gegenüber loyale Katholiken), welche vom Staat bekämpft werden, den staatlich anerkannten „roten“ Kirchen, die kontrolliert werden, und den „grauen“, die trotz fehlender Genehmigung toleriert werden und welcher die Mehrheit der Christen angehört.

- **Islamischer Extremismus:** Die Situation im von der muslimischen Minderheit der Uiguren geprägten Xinjiang im Nordwesten Chinas ist stark angespannt und verschlechtert sich stetig. Die Lage der wenigen Christen muslimischer Herkunft – höchstwahrscheinlich ein paar Tausend – ist komplizierter und wurde noch stärker eingeschränkt als zuvor. Sie sehen sich einem erhöhten Druck vonseiten der Regierung ausgesetzt, wie oben beschrieben. Hinzu kommt, dass sie mit Verfolgung durch die eigene Familie, Nachbarn und Freunde rechnen müssen. Jedes Abweichen von der islamischen Glaubensstradition wird als Schande und sogar Hochverrat angesehen. Auch wenn es schwierig ist, Berichte über die Situation von Christen muslimischer Herkunft zu bekommen, so weisen doch alle erhaltenen Informationen auf eine Verschlechterung hin und manchmal sogar auf Gewalt durch Familienangehörige.
- **Religiös motivierter Nationalismus:** Was über den Islamischen Extremismus zu sagen war, gilt auch für die noch kleinere Gruppe tibetischer Christen buddhistischer Herkunft in Westchina (Tibet). Druck und Gewalt nehmen zu und die Behörden tun alles in ihrer Macht Stehende, um die tibetischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterbinden. Auch tibetische Christen stehen starkem Widerstand von ihrer Familie, Freunden und der Gesellschaft gegenüber. In dieser Region einen „abweichenden Glauben“ zu haben, kann einen hohen Preis kosten, da sich ein Konvertit automatisch von der Gemeinschaft ausschließt.

Aktuelle Einflüsse

China bleibt eines der kompliziertesten Länder auf dem Weltverfolgungsindex, da es so facettenreich und vielfältig ist. Die Kampagne in der Provinz Zhejiang, in deren Verlauf viele Kreuze niedergedrückt und zerstört wurden, scheint zwar weitgehend beendet. Gemeindeversammlungen werden jedoch weiterhin gestört oder sogar aufgelöst, wenn die Behörden dies aufgrund der Präsenz von Ausländern, Medienvertretern oder „zu vielen versammelten Menschen“ für nötig halten, wie beispielsweise in der Provinz Guangdong. Um das Ziel der kommunistischen Partei, den Machterhalt durch nationale Einheit und die Limitierung ausländischer Einflüsse zu erreichen, wird weiterhin energisch eine Kampagne gegen Korruption geführt, was mittlerweile sogar Auswirkungen auf das Militär hat. Doch es gibt viele weitere Herausforderungen für die Führung des Landes: Eine ist die Verlangsamung der Wirtschaft; ein weiterer Punkt betrifft die Fähigkeit der Behörden, die allgemeine Sicherheit zu garantieren, was vor allem nach den Explosionen in Tianjin im August 2015 deutlich wurde. Die bisherigen Antworten der Regierung waren von Vorsicht geprägt. Die Lockerung der Ein-Kind-Politik ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits kann diese Maßnahme einige soziale Probleme einer alternden Bevölkerung lösen helfen, andererseits setzt sie notwendigerweise ein weiteres Wirtschaftswachstum voraus. Die Einschränkung der Berichterstattung nach den Explosionen in Tianjin im August 2015, welche auch eine Zensur der Sozialen Medien beinhaltet, wird immer schwieriger und löst keine Probleme. In dieser Fülle an Veränderungen versucht Chinas Führung alles ruhig zu halten. Um seine eigene Macht und die gesellschaftliche Harmonie zu sichern, kontrolliert das Regime alle Religionen, darunter auch die stark wachsende christliche Minderheit.

Die Frage des kirchlichen Wachstums ist ein heiß diskutiertes Thema. Während offizielle Zahlen eine eher geringe Anzahl von Christen nennen, gehen andere Schätzungen davon aus, dass die Zahl der Christen – einschließlich der registrierten Drei-Selbst-Bewegung, des protestantischen Hauskirkennetzwerks, der katholisch-patriotischen Vereinigung und der dem Vatikan verbundenen römisch-katholischen Kirche – die Anzahl der Anhänger der kommunistischen Partei zahlenmäßig übertrifft. Diese beläuft sich auf rund 88 Millionen. Andere Schätzungen der Anzahl von Christen liegen bei 130 Millionen. In dem Buch „A star in the East: the rise of Christianity in China“, veröffentlicht im Mai 2015, berechnet der Autor Rodney Stark, dass sich die Zahl der Christen in China im Jahr 2030 auf 295 Millionen belaufen würde, wenn sich das Wachstum der letzten Jahrzehnte von schätzungsweise 8 % pro Jahr unvermindert fortsetzen würde. Somit würde China zur weltweit größten christlichen Nation werden. Auch wenn man Zweifel an diesen Vermutungen und Kalkulationen haben mag, so zeigt doch die Diskussion an sich und die große Spanne der angenommenen Anzahl von Christen, dass China nicht leicht zu verstehen ist, und dass sich Verfolgung und ein starkes Wachstum der christlichen Gemeinde nicht ausschließen. Auch eine andere Tatsache verdeutlicht dies. Im September 2015 versammelten sich mehr als 900 Hauskirchenpastoren in Hongkong zu der Konferenz „Mission China 2030“ und verpflichteten sich, bis 2030 20.000 Missionare von China auszusenden. Dies unterstreicht die bereits im Bericht des Vorjahres gemachte Aussage: „Alles, was man über die Kirche Chinas hört, trifft wahrscheinlich zu.“ Es gibt Verfolgung, auch unter der Han-Mehrheit, aber es herrscht immer noch mehr Freiheit als vor 30 Jahren.

Betroffene Kategorien von Christen

In China gibt es alle Kategorien von Christen und sie alle erleben Verfolgung auf verschiedenen Ebenen:

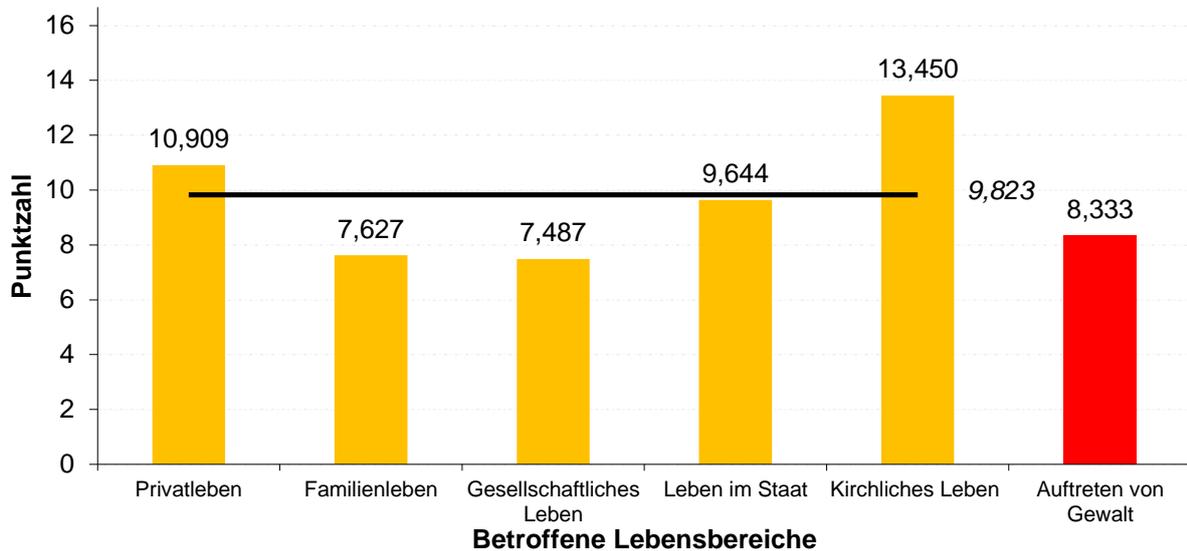
- **Ausländische Christen:** Sie werden im Wesentlichen überwacht und haben nur eingeschränkt Kontakt mit lokalen Kirchen.
- **Mitglieder traditioneller Kirchen oder von der Regierung kontrollierter Kirchen:** Diese Kategorie lenkt die Aufmerksamkeit auf eine Besonderheit der chinesischen Christenheit. Es gibt registrierte und von der Regierung anerkannte Kirchen – die protestantische Drei-Selbst-Bewegung und die Katholisch-Patriotische Vereinigung – und nicht registrierte, unabhängige Kirchen. Auf katholischer Seite sind dies die treuen Anhänger des Vatikans.
- **Christliche Konvertiten** (mit einem muslimischen oder auch einem buddhistischen, tibetanischen Hintergrund): Während Christen in China im Vergleich zu früher grundsätzlich mehr Freiheiten haben, gilt dies nicht für die kleinen Gemeinschaften christlicher Konvertiten. Da sie in den sehr unbeständigen Regionen ethnischer Minderheiten leben, die nach Unabhängigkeit streben, erleben Konvertiten Druck von zwei Seiten: einerseits vonseiten der Regierung, die jegliche Treffen oder Aktionen unterbinden, die sie für politisch oder gefährlich halten; andererseits vonseiten der Familie, Freunden und Nachbarn, welche die Konvertiten dazu zwingen wollen, zu dem „wahren Glauben“ zurückzukehren. Für die ethnischen Gruppen stellt dieser einen einenden Faktor dar, für den „Unterdrücker“ einen abgrenzenden.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen** (z.B. Baptisten- oder Pfingstgemeinden): Auf der protestantischen Seite sind hier die sogenannten Hauskirchen gemeint, auch wenn dieser Begriff missverständlich ist, da einige dieser Gemeinden mehrere tausend Mitglieder haben und sich in Geschäftsgebäuden und nicht im Geheimen treffen. Wie bereits im Bereich der Triebkräfte der Verfolgung erwähnt, ist das Hauptziel der Regierung, die Kontrolle über die Gesellschaft zu behalten. Dieses Ziel betrifft in unterschiedlichem Maß alle Christen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für China basiert auf der Summe der Wertungen für „Kommunistische Unterdrückung“, „Islamischen Extremismus“ und „Religiös motivierten Nationalismus“ und deren Einfluss auf alle Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 9,823 und ist vergleichbar mit dem vom Vorjahr (9,863). Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ liegt die Punktzahl mit 8,333 höher als im Vorjahr (7,222). Dies lässt vermuten, dass die Verfolgungssituation in China unbeständig ist. Die Kombination der verschiedenen Triebkräfte von Verfolgung ergibt ein interessantes Bild, wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht. Es ist das Ergebnis eines Zusammenspiels der beteiligten Triebkräfte, die sehr unterschiedlich in den einzelnen Lebensbereichen wie auch in einzelnen geographischen Gebieten Chinas zutage treten. So wirken sich Islamischer Extremismus und Religiös motivierter Nationalismus besonders auf die Bereiche „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus, was sich vor allem in der Verfolgung von Christen muslimischer oder tibetanischer Herkunft zeigt. Am stärksten ausgeprägt ist die Verfolgung jedoch im Bereich „Kirchliches Leben“, gefolgt von „Privatleben“ und „Leben im Staat“. Dies sind die Lebensbereiche, in denen Christen, die unter Kommunistischer Unterdrückung leiden, normalerweise die stärksten Probleme erleben. Der

Staat stellt viele Regeln auf, dämmt Abweichungen ein, unterbindet und kontrolliert Versammlungen. Im Bereich „Privatleben“ trägt die prekäre Situation der Konvertiten zu der relativ hohen Wertung bei, besonders dann, wenn sie die einzigen Christen in einer Familie oder Gemeinschaft sind.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Christen aus einem uigurischen (muslimischen) oder tibetischen Hintergrund müssen stets sehr vorsichtig sein in der Art und Weise ihrer Anbetung, besonders wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Literatur müssen sorgfältig versteckt und können nur mit erhöhter Vorsicht gelesen werden, da strenggläubige muslimische oder tibetisch-buddhistische Familien dies nicht akzeptieren werden. Sich mit anderen Christen zu treffen, stellt unter diesen Umständen eine besondere Herausforderung dar: Es ist einerseits für die Konvertiten selbst gefährlich, bringt aber gleichzeitig auch ganze christliche Versammlungen in Gefahr. Bekannte Konvertiten werden genauestens überwacht, bedroht und erleben in einigen Fällen auch physischen oder psychischen Missbrauch.
- Familienleben:** In Tibet und Xinjiang ist die Situation sehr angespannt und jeder Glaubenswechsel wird als Schande für die Familie und als Verrat an der Gesellschaft angesehen. Daher sind Konvertiten sehr darauf bedacht, ihren neu gewonnenen Glauben geheim zu halten. Wenn jemand als Christ entdeckt wird, drohen ihm die Scheidung und der Verlust von Erbrechten. Taufen, christliche Trauungen oder Beerdigungen zu organisieren erweist sich als äußerst schwierig. Kinder von Christen, nicht nur von Konvertiten, werden gezwungen, nicht-christliche Inhalte zu lernen. Konvertiten werden dazu von ihren Familien überredet, ihre Kinder traditionelle Werte und Religion zu lehren. Han-Christen in Tibet und Xinjiang erleben im Familienleben keine Verfolgung.

- **Gesellschaftliches Leben:** Konvertiten erleben Druck vonseiten ihrer Familie, ihrer Freunde und Nachbarn, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, und ihre Kinder werden in der Schule diskriminiert und stehen Vorurteilen von muslimischen oder tibetanischen Lehrern und Mitschülern gegenüber.
- **Leben im Staat:** China propagiert weiterhin die kommunistische und atheistische Ideologie, auch wenn letztere im Berichtszeitraum stark von der Betonung der konfuzianistischen Wurzeln des Landes beeinflusst war. Die Berichterstattung über Christen ist oftmals voreingenommen, wie sich beispielsweise zeigte, als weit über eintausend Kreuze in der Provinz Zhejiang niedergerissen wurden. Religiöse Symbole öffentlich zu zeigen war in den letzten Jahren in den meisten Regionen kein Problem. Aufgrund der Vorkommnisse in Zhejiang fragten sich Beobachter jedoch, ob die ganze Aktion vielleicht mit Rückendeckung aus Peking eingeleitet wurde, und wenn ja, aus welchen Gründen dies geschah und welche Konsequenzen dies haben könnte.
- **Kirchliches Leben:** Die Regierung ist daran interessiert, eine „harmonische Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten. In Bezug auf Religion bedeutet dies, Kirchen zu „verwalten“, ob sie nun registriert oder nicht registriert sind, ob sie „schwarz“, „rot“ oder „grau“ sind. Die nie veröffentlichten, doch nur allzu gut verstandenen Regeln, die jede christliche Kirche einhalten sollte, sind: 1. regelmäßige Berichte an die Behörden über jüngste Aktivitäten; 2. keine Mitwirkung oder Unterstützung durch ausländische Christen, auch nicht in Form von Geldmitteln; 3. keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten; 4. nur „reguläre“ christliche Aktivitäten während sensibler Phasen. Das Befolgen dieser Richtlinien könnte als eine Form der „formlosen Registrierung“ angesehen werden. Die Religionsbehörde (State Authority on Religious Affairs, SARA) ist für den allgemeinen Umgang mit Religionen zuständig und reagiert zuweilen sehr streng. Häufig jedoch hängt das Ausmaß der Reaktion sehr viel stärker von der jeweiligen örtlichen Behörde ab als von der Zentralverwaltung in Peking. Christen in China erleben heutzutage enorme Unterschiede in Bezug auf die Freiheiten, die sie haben. Obwohl es nicht stimmt, dass alle Christen in China Religionsfreiheit im Sinne des Wortes genießen, hat sich die allgemeine Situation für die meisten Christen gegenüber vorherigen Generationen verbessert. Insgesamt blieb das Maß der Verfolgung im aktuellen Berichtszeitraum allerdings nahezu unverändert. Die Kirchen werden überwacht, und auch wenn nur „öffentlich auffällige“ Kirchen geschlossen werden – die häufig als politisch aktiv wahrgenommen werden –, so schwebt doch ein Damoklesschwert über allen nicht-registrierten Kirchen Chinas. Wenn Peking es verlangt, werden die Behörden sie auffordern, sich unter dem Dach der Drei-Selbst-Bewegung registrieren zu lassen, entsprechend den oben genannten Richtlinien zu handeln, oder sie werden letztendlich geschlossen werden.
- **Auftreten von Gewalt:** Das Maß der Gewalt in China, wie im Verfolgungsdiagramm gezeigt, mag überraschen. Folgendes sollte hierbei jedoch bedacht werden: Auch wenn es regelmäßig Berichte von gewalttätigen Übergriffen im Berichtszeitraum gab, waren sie meist auf die südliche Provinz Zhejiang beschränkt, auch bekannt als das „Jerusalem Chinas“. Hier führten lokale Behörden weiter eine Kampagne gegen religiöse Gebäude, besonders Kirchen. Einige von ihnen wurden vollständig zerstört und circa 1.500 Kreuze

auf Kirchengebäuden oder Kirchengrundstücken zerstört. Im Zusammenhang damit wurden christliche Anwälte verhaftet und verurteilt.

Abseits dieses Brennpunkts sind Christen in China normalerweise nicht mit Gewalt aufgrund ihres Glaubens konfrontiert. Einige Christen sitzen immer noch lange Haftstrafen ab, einige wurden im Berichtszeitraum verurteilt, obwohl immer andere Gründe für eine Verurteilung angegeben wurden als ihre Religion. Allerdings passiert dies nicht sehr häufig. Behörden verhängen eher kurzfristige Haftstrafen, die Länge variiert zwischen einer Nacht bis zu 15 Tagen. Während Razzien werden hin und wieder Christen verletzt.

Christen muslimischer oder tibetischer Herkunft sind stärker Gewalt konfrontiert. Familie, Freunde und Nachbarn setzen sie nicht nur unter Druck, wieder zu ihrer ursprünglichen Religion zurückzukehren, sondern greifen dabei manchmal auch auf physische oder psychische Gewalt zurück. Das kann auch gewaltsame Entführungen beinhalten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Christen werden auch künftig mit genauer Überwachung rechnen müssen, besonders wenn das zahlenmäßige Wachstum der christlichen Gemeinschaft weiterhin anhält. Konvertiten mit tibetischem oder muslimischem Hintergrund werden mehr Verfolgung ausgesetzt sein, da die Maßnahmen in den instabilen Minderheitsregionen aufgrund der Bemühungen der Regierung zur Machterhaltung zunehmen werden, wie auch der Druck vonseiten der Familie, Freunden und Nachbarn. In dieser Fülle an Herausforderungen versucht Chinas Führung, alles ruhig zu halten. Um die eigene Macht und die gesellschaftlichen Harmonie zu bewahren, kontrolliert sie alle Religionen, so auch die stark wachsende christliche Minderheit. Die Frage für die Zukunft wird sein, ob die Regierungsbehörden anfangen werden, die Christen als eine positive Kraft für die Gesellschaft wahrzunehmen. In diesem Fall könnten die Christen zu Partnern darin werden, die Gesellschaft zu verbessern und weiterzuentwickeln, und Mitwirkende in dem Aufbau einer „harmonischen Gesellschaft“ werden. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die lokalen Gemeinden als ein Gewinn wahrgenommen und geschätzt oder als Bedrohung abgelehnt werden. Es ist immer noch möglich, dass sich um des Machterhalts willens der Zugriff auf Kirchen enger wird und Christen mehr Druck erfahren werden. Der Berichtszeitraum deutet eher auf Letzteres hin, lässt aber Raum für eine Entwicklung in beide Richtungen

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 34: Aserbaidschan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt Aserbaidschan Platz 34 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um 7 Punkte gegenüber dem Jahr 2015, als Aserbaidschan mit 50 Punkten auf Rang 46 lag. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf die enorme Kontrolle zurückzuführen, die das Regime auf das gesamte Land ausübt, einschließlich auf die Religion. Die Überwachung aller religiösen Aktivitäten ist immens. Die Christen sind voller Angst und wissen nicht, wem sie noch vertrauen können.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Aserbaidschan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße auch „Islamischer Extremismus“. Anzumerken ist hierbei, dass die Diktatorische Paranoia in Aserbaidschan ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit ist und daher aus der kommunistischen Unterdrückung entstand, auch wenn die Ideologie des Kommunismus seit vielen Jahren in Aserbaidschan als überwunden gilt.

- **Diktatorische Paranoia:** Neben den vom Staat geführten und staatlich kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Sowohl Mitglieder traditioneller protestantischer Kirchen wie auch Zeugen Jehovas werden häufig als „Extremisten“ gebrandmarkt, weil sie ihre Religion außerhalb staatlich legitimierter Strukturen ausüben. Der Druck vonseiten der Behörden wurde im Jahr 2015 stärker. Es ist üblich, Mitglieder protestantischer Kirchen als Anhänger fremder Sekten zu betrachten, die spionieren und das derzeitige politische System zerstören wollen. Daher müssen sie nicht nur kontrolliert, sondern – falls nötig – auch ausgelöscht werden. Sicherheitskräfte hören vermehrt Verdächtige ab, um „Extremisten“ zu entdecken. Dies beeinträchtigt auch die Christen und Kirchen. Ein anderes Ziel der Überwachung ist der Religionsunterricht, gegen den härter vorgegangen wird, gleichgültig, um welche Religion es sich handelt.
- **Kommunistische Unterdrückung:** Das historische Fundament, auf dem das derzeitige Regime aufbaut, ist der Kommunismus. Heute leistet er jedoch keinen ideologischen Beitrag mehr, die Positionen des Regimes zu stützen. Trotzdem sind immer noch viele Kontrollsysteme und -mechanismen des kommunistischen Systems vorhanden.
- **Islamischer Extremismus:** Druck auf Christen vonseiten islamischer Gruppen zielt vor allem auf Christen muslimischer Herkunft ab. Wenn sich Einheimische dem Christentum zuwenden, erfahren sie Druck und in manchen Fällen auch physische Gewalt von ihren Familien, Freunden und ihrem sozialen Umfeld. Damit sollen sie zur Reue und zur Rückkehr zu ihrem alten Glauben gezwungen werden. Einige Christen muslimischer

Herkunft werden über lange Zeit eingesperrt und auch geschlagen. Örtliche Mullahs predigen gegen sie, wodurch sich der Druck noch verstärkt. Christen mit muslimischem Hintergrund können schlussendlich auch aus ihrem sozialen Umfeld ausgeschlossen werden. Daher sind sie sehr bemüht, ihren Glauben geheim zu halten – und werden sogenannte „geheime Christen“.

Aktuelle Einflüsse

Aserbaidshans grenzt an Russland, Georgien, Armenien, die Türkei und den Iran. Offiziell ist das Land ein säkularer Staat. Die Bevölkerung ist überwiegend muslimisch. Unter den ehemaligen Sowjetrepubliken nimmt Aserbaidshans eine Sonderstellung ein, da hier hauptsächlich Schiiten leben (85 Prozent der Muslime Aserbaidshans) und nur eine kleine Minderheit von sunnitischen Muslimen. Die Regierung steht jeder Form von religiösem Fanatismus negativ gegenüber. Das trifft auch auf die Haltung gegenüber Christen zu. Ein fundamentalistischer Islam gilt für die Machthaber des Landes als destabilisierender Faktor.

Die Regierung von Aserbaidshans ist sehr darum bemüht, das Land sehr positiv zu präsentieren. Bei internationalen Treffen stellen Vertreter Aserbaidshans ihr Land als das „Land der Toleranz“ dar, was Propaganda ist. Kritische Organisationen versucht man dazu zu bewegen, ihre Berichte zu korrigieren. Ausländische Vertreter werden eingeladen, nach Aserbaidshans zu kommen, um sich selbst davon zu überzeugen, wie gut alles ist. Natürlich werden diese Gäste nur sorgfältig ausgewählte Aseri treffen, die ihnen bestätigen, dass alles gut ist und es keine Verfolgung gibt. Internationale Menschenrechts- und Presseorganisationen berichten allerdings auch weiterhin, dass gegen jede Form unabhängigen und kritischen Verhaltens in Aserbaidshans gnadenlos vorgegangen wird.

Das aserbaidshansische Regime geht bei der Verfolgung der christlichen Minderheit sehr klug vor. Open Doors liegen Berichte über Pastoren vor, die für etwa eine Woche inhaftiert wurden und dann wieder freikamen. Jeder geht dann davon aus, dass derjenige während seiner Gefangennahme ausgesagt hat und somit kann ihm keiner mehr vertrauen. Andere bekommen plötzlich ein großes Geschenk (z.B. ein Auto) – und dann denken die Leute in ihrem Umfeld natürlich, dass sie auf der Gehaltsliste der Regierung stehen. Die meisten Kirchen sind infiltriert und überall gibt es Spione. Daher wissen Christen nicht mehr, wem sie vertrauen können. Dies spiegelt sich auch in den Berichten über Verfolgung wider: niemand wagt, darüber zu berichten, aus Angst, gefangen genommen zu werden.

Schließlich gibt es noch die verpflichtenden Neu-Registrierungen: Alle sechs bis sieben Jahre müssen sich alle Kirchen erneut registrieren lassen. Man kann es wohl kaum als Zufall betrachten, dass jedes Mal weniger Kirchen eine erneute Registrierung erhalten. Im letzten Zyklus mussten sich alle Kirchen und religiösen Gruppen ihre Registrierung bis zum 1. Januar 2010 erneuern lassen, doch seitdem wurde keine neue Kirche mehr registriert.

Betroffene Kategorien von Christen

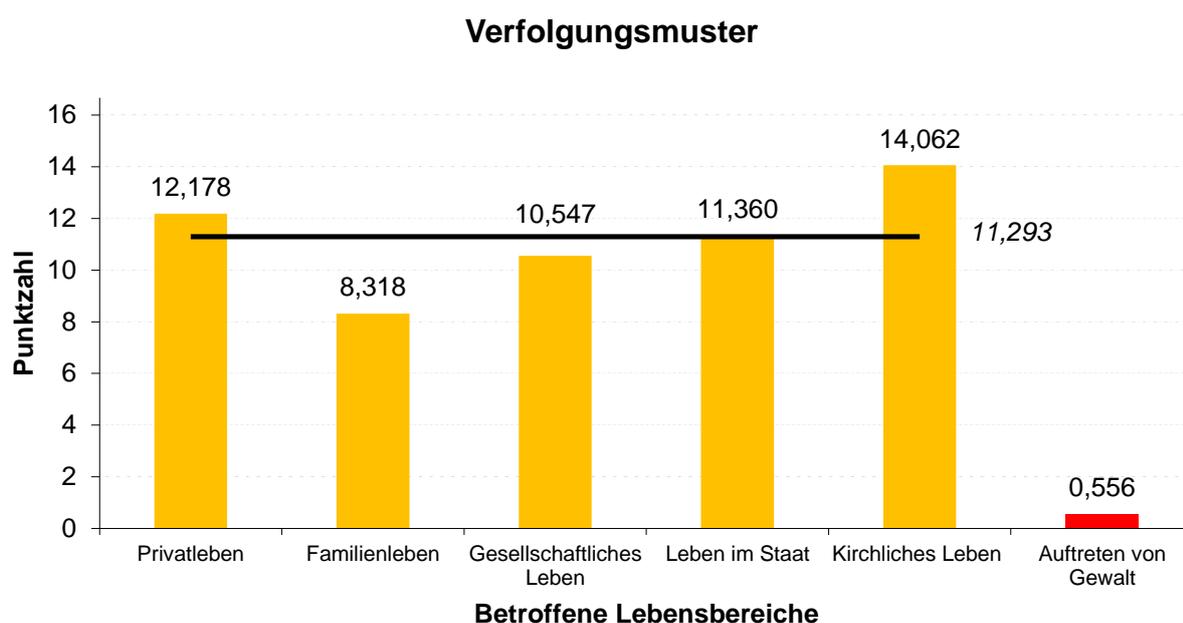
In Aserbaidshans gibt es alle Kategorien von Christen und alle erleben auf die eine oder andere Art Verfolgung:

- **Gemeinschaften von im Exil lebenden Christen oder christlichen Arbeitsmigranten:** Die meisten dieser Gruppen bleiben nur unter sich und sind kaum evangelistisch tätig.

- **Traditionelle Kirchen** (von denen die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) bei Weitem die größte ist) evangelisieren nicht unter den Aseri. Sie können ziemlich unbehelligt arbeiten, da das Regime in Aserbaidschan sie nicht als Gefahr betrachtet.
- **Christen muslimischer Herkunft** (Konvertiten) sind die am stärksten verfolgte Gruppe von Christen in Aserbaidschan. Neben einigen Beschränkungen vonseiten des Staates sind sie auch dem starken Druck der Familie, von Freunden und des sozialen Umfelds ausgesetzt. Wobei für sie letzterer der weitaus stärkere ist.
- **Protestantische Freikirchen**, zu denen Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden gehören, sind die zweite Gruppe, die verfolgt wird, da sie evangelisieren. Sie leiden unter vielen Razzien, Bedrohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen vonseiten der Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Aserbaidschan basiert auf der Summe der Wertungen für Diktatorische Paranoia und Islamischen Extremismus. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 11,293 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (9,769) beträchtlich zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ (0,556) ist der Wert gegenüber dem letzten Jahr (1,111) zurückgegangen. Daraus lässt sich ableiten, dass das Regime seine Kontrolle über die Gesellschaft weiter ausgebaut hat. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, herrscht der stärkste Druck auf Christen in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Dies ist charakteristisch für eine Situation, in der Diktatorische Paranoia die vorherrschende Triebkraft von Verfolgung darstellt. Der Islamische Extremismus wirkt sich hingegen besonders in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ aus und wird von dem sozialen Umfeld ausgeübt.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Bekehrungen zum christlichen Glauben erzeugen viel Gegenwind vonseiten der Familie, Freunden und dem privaten Umfeld. Christen muslimischer Herkunft müssen vorsichtig sein, wenn sie beten oder Gottesdienste durchführen wollen, da sie unter ständiger Beobachtung durch ihre Umgebung sind. Da der Staat mehr oder weniger verbietet, religiöses Material im Land zu benutzen, führt dessen Besitz – falls er entdeckt wird – zu Problemen. Es ist riskant für Christen mit muslimischem Hintergrund, sich als Christen zu erkennen zu geben, da dies unerwünschte Aufmerksamkeit vonseiten des Staates oder des sozialen Umfelds nach sich zieht. Alle Medien sind staatlich kontrolliert, einschließlich des Internetzugangs. Einige Seiten sind gesperrt, aber tatsächlich sind die einzige Gruppe, die mit dem Aufsuchen christlicher Seiten tatsächlich ein Risiko eingeht, Christen muslimischer Herkunft. Über den Glauben zu sprechen, ist ein Risikofaktor, wieder besonders für Konvertiten. Die Überwachung durch Geheimdienstagenten ist einer der Hauptgründe für diese Form der Verfolgung. Neben Christen mit muslimischem Hintergrund sind die meisten Protestanten ähnlichen Risiken ausgesetzt, da ihre Versammlungen gesetzlich nicht registriert sind und als illegal gelten.
- **Familienleben:** Taufen werden immer mit Evangelisation und Bekehrung in Verbindung gebracht. Darauf haben sowohl der Staat als auch das soziale Umfeld ein Hauptaugenmerk. Die Familien der Christen mit muslimischem Hintergrund bekommen häufig große Probleme, wenn sie ihre Verstorbenen beerdigen wollen, da die Kommunen dies verweigern können. Christliche Familien können keine Pflegekinder aufnehmen. In Aserbaidschan gibt es keinen Religionsunterricht. Die schulische Bildung ist rein säkular, allerdings müssen alle Schüler am staatlichen Islamunterricht teilnehmen, da er Teil des Lehrplans ist. Eltern können ihren Glauben nur zu Hause mit ihren Kindern teilen, aber dafür gibt es auf legalem Wege kein Material. Christliche Kinder erleben immer wieder Verleumdung durch ihr soziales Umfeld, und Muslime setzen alles daran, damit ihre Kinder nichts mit christlichen Kindern zu tun haben. Wenn bekannt wird, dass sich jemand zum christlichen Glauben bekehrt hat, kann die Familie die Christen unter Hausarrest stellen. Wenn sich jemand zum christlichen Glauben bekehrt hat, üben Familie, Freunde und das soziale Umfeld Druck auf den Ehemann/die Ehefrau aus, sich scheiden zu lassen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Bedrohungen durch Familie, Freunde und das soziale Umfeld (auch durch den Imam vor Ort) sind an der Tagesordnung und der Staat bedroht regelmäßig nicht-registrierte Gläubige. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihrem sozialen Umfeld genau beobachtet und oft gezwungen, an islamischen Zeremonien und Festen teilzunehmen. Der Druck, den das soziale Umfeld auf Konvertiten ausübt, damit sie ihrem neuen Glauben abschwören, ist meist enorm. Besonders in ländlichen Regionen werden verschiedene Taktiken angewandt: Schläge, Hausarrest, Heiratszwang und Ausschluss aus der Gemeinschaft. Kinder von Konvertiten haben auf örtlicher Ebene immer wieder Nachteile in ihrer Schullaufbahn. Immer wieder wird berichtet, dass Christen entlassen, diskriminiert oder gar nicht erst angestellt werden, wenn ihr Glaube bekannt ist. Protestantische Geschäftsleute werden

gravierend bei der Arbeit behindert. Diese Art der Verfolgung kommt sowohl durch die Regierung als auch durch das soziale Umfeld und schließt Aseri-Christen aus. Es gibt viele Belege, dass besonders Christen mit muslimischem Hintergrund enorme wirtschaftliche Konsequenzen ertragen müssen, als ein Teil der Verfolgungsstrategie gegen sie. Dazu kommt noch, dass protestantische Kirchen, die generell nicht registriert sind, keine Darlehen bekommen, keine Konten eröffnen können und auch keine Immobilien mieten können. Oft bekommen diese nicht-registrierten protestantischen Kirchen Geldstrafen auferlegt. Dies ist die am häufigsten von den Behörden angewandte Methode, um hart gegen diese Kirchen vorzugehen, noch vor gravierenderen Formen der Bestrafung (Razzien, Gefangennahmen, Schließung von Kirchen). Von Zeit zu Zeit werden Menschen zu Befragungen auf die Polizeistation gerufen. Gelegentlich wurden Christen muslimischer Herkunft auch aus ihrem sozialen Umfeld vertrieben, wenn sie ihrem neuen Glauben nicht abgeschworen – jedoch geschieht dies nur auf dem Land.

- **Leben im Staat:** Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit; jedoch gibt es andere Gesetze und Richtlinien, die in der Praxis die Religionsfreiheit einschränken, besonders für Mitglieder einiger religiöser Minderheiten. Aserbaidzhanische Menschenrechtsgruppen kritisieren schon lange die Regierung, da sie keine Alternative zum vorgeschriebenen Militärdienst anbietet für Menschen, die dies nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Auch wenn Christen generell ohne allzu große Hindernisse ins Ausland reisen können, werden Vertreter internationaler Konferenzen sehr sorgfältig ausgewählt – sie müssen das Land als das „Land der Toleranz“ präsentieren. Im Umgang mit den Behörden werden Christen nicht fair behandelt. Wenn bekannt wird, dass jemand Christ ist, wird er oder sie große Probleme haben, eine Arbeitsstelle zu finden, schon gar nicht bei der Regierung, genauso wenig bei der Armee. Der Druck auf Christen abseits der großen Städte ist noch höher. Ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern, ist für alle Christen gefährlich, da der christliche Glaube erstens mit dem Erzfeind Armenien in Verbindung gebracht wird und zweitens alles, was man für religiöses Predigen hält, sowohl von der Regierung als auch vom islamischen Umfeld allenfalls misstrauisch geduldet wird. In der Öffentlichkeit werden christliche Einstellungen sowohl seitens der Regierung als auch von der islamischen Gesellschaft für potentiell destabilisierend gehalten und gelten als Import aus dem Ausland. Behörden, die Christen verfolgen, tun dies mit Rückendeckung durch das Gesetz und interpretieren ihre Gesetzesauslegung generell so, wie sie es für angemessen halten. Die Behörden können stets davon ausgehen, dass ihr Handeln nicht strafrechtlich verfolgt wird. Da die aserbaidzhanische Justiz nicht unabhängig von der Regierung ist, bekommen Christen keine fairen Prozesse. Aserbaidzhan ist sehr um sein positives Image im Ausland bemüht; man arbeitet hart daran, vor der OSZE, der EU und anderen internationalen Organisationen gut dazustehen. Wenn ein negativer Bericht über ihr Land veröffentlicht wird, tut die Regierung alles, um dagegen vorzugehen. Sie erklärt, dass internationale Beobachtung möglich ist, und stellt doch zugleich sicher, dass vieles im Verborgenen bleibt.
- **Kirchliches Leben:** Nur registrierte Kirchen dürfen Versammlungen abhalten. Alle anderen Treffen sind illegal. Jedoch sollte man darauf hinweisen, dass auch die Gemeinden, die ihre Registrierung verloren haben, sich weiterhin versammeln,

allerdings unter dem ständigen Risiko, dass eine Razzia durchgeführt wird. Aserbaidschan hat eine einfache, aber hochwirksame Methode gefunden, Kirchen auszuschalten: Man ruft einfach eine neue Runde von obligatorischen Neu-Registrierungen aus. Immer weniger Kirchen sind dabei erfolgreich. Der Staat überwacht alle religiösen Aktivitäten und hat dabei besonders nicht-registrierte Gruppen im Visier. Für einen Neubau oder eine Renovierung sind besondere Anträge bei den Behörden nötig. In der Vergangenheit, während der Sowjetregierung, wurden zahlreiche Kirchen konfisziert, und beispielsweise die Baptisten in der Hauptstadt Baku versuchen immer noch, ihr altes Gebäude zurückzubekommen, was aber hartnäckig verweigert wird. Während es den meisten Kirchen möglich ist, sich innerhalb ihrer Gebäude zu versammeln, brauchen selbst registrierte Gruppen Genehmigungen, wenn sie Treffen außerhalb ihres Gebäudes organisieren wollen. Jugendarbeit ist sehr stark eingeschränkt und jegliches christliche Material muss durch das Komitee für Religionsangelegenheiten genehmigt werden. In der Praxis bedeutet dies, dass der Import, das Drucken und die Verteilung blockiert sind. Religiöses Material öffentlich zu verkaufen, ist nicht möglich. Wenn es bei einem Treffen von Christen eine Razzia gibt, wird christliches Material konfisziert. Es gibt keine Ausbildungsmöglichkeiten und selbst die ROK muss ihre Studenten ins Ausland schicken. Die Medien in Aserbaidschan sind staatlich kontrolliert und daher haben Christen keinen Zugang. Die einzige Ausnahme ist, dass die ROK Weihnachts- und Osteransprachen zeigen kann. Christen können in geringem Maß Sozialarbeit verrichten – z.B. in Gefängnissen (wo es normalerweise auch eine Kapelle gibt). Berichte haben gezeigt, dass Arbeiter aus dem Ausland keine Visa bekommen haben und dass die Einfuhr von religiöser Literatur strafrechtlich verfolgt wird. Auch dürfen Ausländer nicht in Aserbaidschan predigen. In der Vergangenheit hat man Arbeiter aus dem Ausland eindeutig eingeschränkt. Da der Staat der Hauptakteur der Verfolgung ist, haben die Christen Angst, sich dagegen auszusprechen – sie kennen die Konsequenzen.

- **Auftreten von Gewalt:** Oberflächlich betrachtet, scheint die Verfolgung in Aserbaidschan nicht sehr gewaltsam zu sein. Jedoch liegt dies daran, dass die Kirche nur klein ist und Christen Angst vor den Auswirkungen haben, wenn sie von allen Vorfällen berichten würden. Wir können nur die Spitze des Eisbergs sehen; sicherlich ist die wirkliche Zahl der Vorkommnisse viel höher. Unsere Kontaktpersonen berichteten, dass mindestens zehn Christen mit muslimischem Hintergrund von ihrer Verwandtschaft misshandelt wurden.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

Es ist zu erwarten, dass das derzeitige Regime seine Kontrolle über jeden einzelnen Bereich des Lebens in Aserbaidschan fortsetzen wird – und, falls möglich, diese sogar noch verstärkt. Die Regierung propagiert weiterhin überall Aserbaidschan als das „Land der Toleranz“ und behält all jene im Visier, die es wagen, dies in Frage zu stellen. Die Kirche Aserbaidschans muss mit der enorm strikten Überwachung und dem Druck zurechtkommen. Unter diesen Umständen ist es bemerkenswert, dass die Kirche bisher überlebt hat und sogar leicht gewachsen ist.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 35: Bangladesch

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt Bangladesch Platz 35 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im Jahr 2015 nahm Bangladesch mit 51 Punkten Rang 43 ein. Die Verschlechterung erklärt sich vor allem durch den Anstieg von Gewalt, aber auch durch einen erhöhten Verfolgungsdruck in allen Lebensbereichen. Im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen ist das Leben im Staat nicht so stark betroffen. Hier zeigt sich das säkulare Selbstverständnis des Staates.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Bangladesch ist „Islamischer Extremismus“; in geringerem Ausmaß spielt auch der „Religiös motivierte Nationalismus“ zusammen mit „Exklusivem Stammesdenken“ eine Rolle.

- **Islamischer Extremismus:** Bangladesch hat eine säkulare Regierung, die laut Verfassung Anhängern aller Religionen die Freiheit einräumt, ihren Glauben zu praktizieren. Blasphemie- oder Anti-Bekehrungsgesetze gibt es nicht, obwohl immer noch extremistische islamistische Gruppierungen fordern, die Scharia (Islamisches Recht) einzuführen. Andererseits ist in der Verfassung der Islam als Staatsreligion verankert und die Regierung beugt sich immer wieder dem Druck der Massen, obwohl sie den Islamischen Extremismus zusammen mit der Opposition mit allen Mitteln bekämpft. Zudem sind überall im Land, besonders in den ländlichen Gegenden, Fatwas (islamische Rechtsurteile) ausgesprochen worden. Einige der extremistischen islamistischen Gruppierungen (Islami Chhatra Shibir, Jamat e Islami, Hefazat e Islami, Horkat u Jihad) bedrängen die Regierung, die Scharia (Islamisches Recht) einzuführen, um sichtbar zu machen, dass das Land zum „Haus des Islam“ gehört. Diese extremistischen Gruppierungen sind weltweit gut vernetzt und haben besonders unter den Jugendlichen wachsenden Einfluss. Imame und lokal einflussreiche Muslime stehen an vorderster Front bei der Verfolgung von Christen, von der besonders Christen mit muslimischem Hintergrund betroffen sind. Verfolgung geschieht aber auch durch die Familie und Nachbarn.
- **Religiös motivierter Nationalismus:** Die Anzahl der Buddhisten in Bangladesch liegt geringfügig über der Zahl der Christen. Die meisten von ihnen sind Stammesangehörige und leben in den Bergregionen. Das Chakma-Volk ist das bekannteste unter diesen Stammesvölkern. In den letzten Jahren sind viele Angehörige der Chakma zum christlichen Glauben konvertiert. Das hat dazu geführt, dass sowohl Buddhisten als auch Stammesführer starken Druck auf diese Christen ausüben. Sie werden nicht nur von

Familien, Freunden oder der Gemeinschaft verfolgt, sondern auch von extremistischen buddhistischen Gruppierungen. Diese bestärken nicht nur Buddhisten, sondern auch andere einheimische Volksgruppen darin, dem christlichen Glauben zu widerstehen.

- **Exklusives Stammesdenken:** Da die Chakma, aber auch die Tripura und die Marma Volksstämme sind, vermischt sich bei ihnen Religiöser Nationalismus mit Exklusivem Stammesdenken. Dadurch geraten Christen mit Stammeshintergrund häufig unter Druck, den alten Traditionen und Werten der Gemeinschaft zu folgen, selbst wenn diese mit religiösen Aspekten behaftet sind.

Aktuelle Einflüsse

Bangladesch befindet sich seit Jahrzehnten in einem Machtkampf zwischen der regierenden Awami Liga und der oppositionellen Nationalen Partei von Bangladesch (BNP). Der Oberste Gerichtshof hat im August 2013 die Registrierung von Jamaat e Islami, einer der BNP nahestehenden Partei, als illegal erklärt. Daher ist die größte islamische Partei, welche die Scharia einführen möchte, nicht mehr im Parlament vertreten. Das bedeutet jedoch nicht, dass ihre Ideen und Vorstellungen keinen Einfluss mehr hätten. In der Realität könnte diese Situation sogar ihre Anstrengungen begünstigen, gegen religiöse Minderheiten wie die Christen vorzugehen, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Aufgrund dieser Entscheidung boykottierte die Opposition die Wahlen. An den lang andauernden Gewaltausbrüchen während und nach den Wahlen im Januar 2014 wird deutlich, dass die Gesellschaft tief gespalten ist und dass der Kampf gegen den Islamismus nicht allein mit harter Hand geführt werden kann.

Im Januar 2015 wurde die Vorsitzende der BNP für 17 Tage von der Regierung gehindert, ihr Büro zu verlassen; sie steht nun unter Anklage wegen Korruption. Diese politisch verfahrenere Situation hat Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, Medien und auch auf Menschenrechtsfragen. Da es in der Politik um persönliche Rivalitäten und letztlich sogar um Dynastien geht, können Kritik sowie als abweichende oder gefährlich angesehene Äußerungen zu Konsequenzen und paranoiden Reaktionen führen. Inmitten dieser unsicheren Situation fühlt sich die christliche Minderheit in die Enge getrieben, da sie auf keiner Seite steht. Christen sind sowohl von Entscheidungen betroffen, die durch die Regierung getroffen werden, als auch von Aktionen der islamischen Opposition. Dass aggressiver Islamismus vorhanden ist und von der Regierung nicht erfolgreich eingedämmt wird, wurde durch verschiedene Vorfälle im Berichtszeitraum deutlich. Vier säkulare Blogger, ein italienischer und ein japanischer Staatsangehöriger wurden getötet. Der italienische Staatsangehörige wurde sogar mitten im hochgesicherten Diplomatenviertel von Dhaka erschossen.

Betroffene Kategorien von Christen

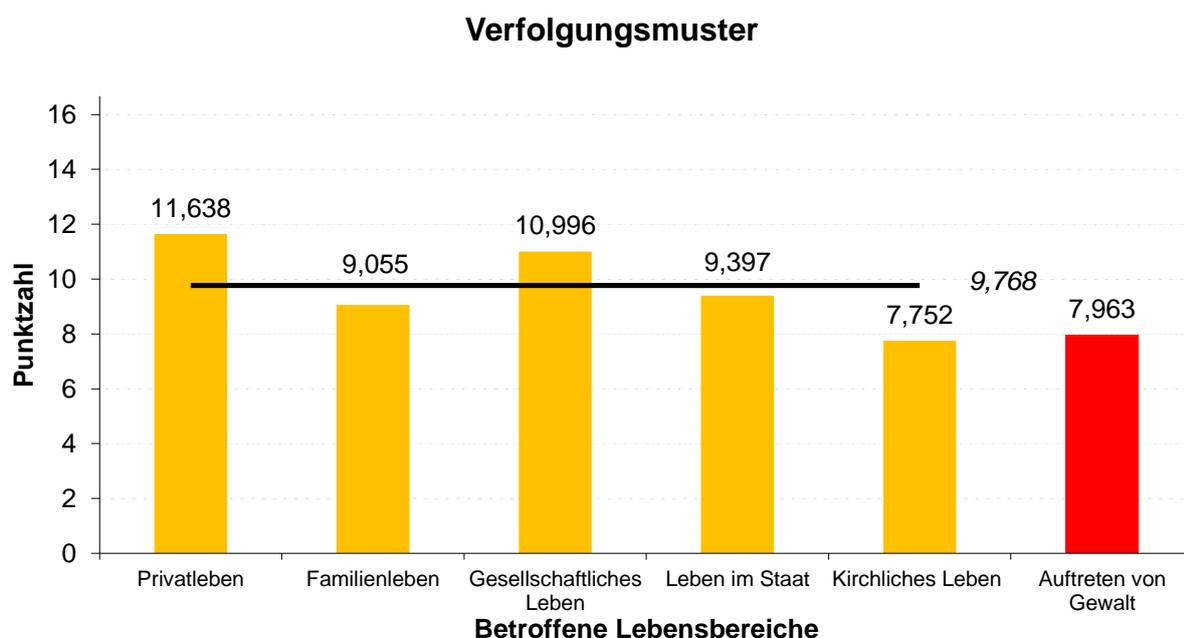
In Bangladesch sind drei Kategorien von Christen anzutreffen: Historisch gewachsene christliche Gemeinschaften wie die Katholische Kirche, Mitglieder von protestantischen Freikirchen, und Christen muslimischer oder buddhistischer Herkunft. Die Katholische Kirche erfährt zunehmend Feindseligkeiten und sogar gewalttätige Übergriffe, jedoch immer noch in geringerem Maße als die protestantischen Freikirchen und die ehemaligen Muslime oder ehemaligen Buddhisten.

Mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der christlichen Minderheit haben auch die Einschränkungen und Schwierigkeiten zugenommen. Verantwortlich hierfür ist allerdings weniger die Regierung, wie sich auch an der Ernennung einer Katholikin zur persönlichen Sekretärin des Präsidenten im Juli 2014

zeigt. Die Verfolgung kommt vielmehr von extremistisch islamistischen Gruppierungen sowie lokalen religiösen Leitern und Familien. Der zunehmend härter werdende Konkurrenzkampf zwischen den beiden großen politischen Parteien im Land spielt dabei eine erhebliche Rolle. Es muss damit gerechnet werden, dass die Regierung dem Druck islamischer Gruppierungen nachgibt, den diese auf die Massen ausüben. Die Opposition ist dafür bekannt, dass sie die Menschen auf die Straße bringt um zu protestieren und landesweit zu Streiks – den sogenannten „Hartals“ – aufzurufen. Extremistische islamistische Gruppierungen haben ebenfalls großes Potential, Jugendliche zu mobilisieren. Erschwerend kommt hinzu, dass gewaltbereite islamische Gruppen die Christen für die Gesetzgebung und die Handlungen der Regierung verantwortlich machen und deshalb ihre Aggressionen gegen sie richten. Das betrifft vor allem Konvertiten, da sie von der Hauptreligion abgewichen sind, aber auch alle anderen Gruppen von Christen leiden darunter.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Bangladesch basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus und Religiös motivierten Nationalismus (vermischt mit Exklusivem Stammesdenken). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 9,768 Punkten, eine deutlich Zunahme gegenüber dem letzten Jahr (8,748). Die Punktzahl für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist nur leicht angestiegen: 7,963 Punkte gegenüber 7,407 Punkte (WVI 2015). Dies legt nahe, dass die Verfolgung allmählich zunimmt. Wie das Verfolgungsmuster verdeutlicht, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ am stärksten. Das sind die Bereiche, in denen Konvertiten mit den meisten Problemen zu kämpfen haben, insbesondere wenn sie die einzigen Christen in einer Gemeinschaft sind. Alle Christen sind von Diskriminierung im Umgang mit Behörden sowie im Arbeitsumfeld und im „gesellschaftlichen Leben“ betroffen. Die Zahlen für die Bereiche „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ liegen unter dem Durchschnitt. Hier spiegelt sich der säkulare Ansatz der Regierung wider.



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Konvertiten müssen jederzeit genau abwägen, wie sie ihren Glauben ausleben, besonders wenn sie die einzigen Christen in der Familie sind. Sie müssen ihre Bibeln und andere christliche Materialien verstecken und können nur im Geheimen darin lesen, da strenggläubige muslimische oder buddhistische Familien dies nicht tolerieren. Unter solchen Umständen ist ein Treffen mit anderen Christen eine besondere Herausforderung, da es sowohl für sie selbst als auch für die christliche Gemeinschaft gefährlich werden kann, sollten sie entdeckt werden. Christen, bei denen man von ihrem Glaubenswechsel weiß, leben unter ständiger Beobachtung und können Hausarrest sowie körperlichen oder psychischen Missbrauch erleiden. Manchmal werden sogar auf Grundlage von „Fatwas“ verhängte Strafen gegen sie ausgesprochen.
- **Familienleben:** Sobald entdeckt wird, dass jemand zum christlichen Glauben konvertiert ist, drohen die Scheidung und der Verlust des Erbrechts. Eine Taufe, eine christliche Hochzeit oder Beerdigung zu organisieren, ist oft schwer bis unmöglich. Kinder von Christen werden in der Schule gezwungen, im Widerspruch zum christlichen Glauben stehende Inhalte zu lernen und werden von anderen Kindern verspottet. Konvertiten werden häufig von ihren Familien isoliert oder vollständig vertrieben.
- **Gesellschaftliches Leben:** Den Glauben zu wechseln, ist nicht gesetzlich verboten, aber Familienangehörige, Freunde und Nachbarn setzen Konvertiten unter starken Druck, ihrem christlichen Glauben wieder abzuschwören. Christen werden privat ebenso diskriminiert wie in ihrem Arbeitsumfeld. Es liegen Berichte von Christen vor, die aufgrund des Drucks der muslimischen Mehrheit oder durch organisierte Boykotte ihre Läden oder Unternehmen schließen mussten. Kinder von Konvertiten müssen sich mit Benachteiligungen und Vorurteilen vonseiten ihrer Lehrer und Mitschüler abfinden. Der Druck auf diese Christen, dem christlichen Glauben abzuschwören, kann unerträglich werden, so dass sie die Gemeinschaft, in der sie leben, verlassen müssen.
- **Leben im Staat:** Bangladesch hat eine säkulare Regierung. Dies spiegelt sich in der niedrigen Punktzahl in den Bereichen Leben im Staat und Kirchliches Leben wider. Es ist jedoch an der Tagesordnung, dass Christen besonders in ländlichen Gegenden üble Nachrede erleben oder im Umgang mit Behörden Diskriminierungen erfahren. Die Berichterstattung von Medien über Christen ist oftmals einseitig.
- **Kirchliches Leben:** Kirchen haben keine Probleme bei der Registrierung oder dem Erstellen oder Importieren von religiösem Material, doch können sie von extremistischen Gruppen angegriffen werden. Ein Beispiel ist die Schließung von Kirchen, die Verbindungen zu Projekten hatten, die von „Compassion International Bangladesh“ durchgeführt wurden. Diese Organisation hat mit verschiedenen lokalen kirchlichen Partnern landesweit mehr als 2000 Privatschulprojekte durchgeführt. Dieser öffentliche christliche Einfluss alarmierte viele muslimische Familien und führte dazu, dass Eltern, Bürger und lokale Moscheen sich bei der örtlichen Polizei darüber beschwerten, dass ihre Kinder evangelisiert würden. Als Folge davon mussten Mitte April 2015 landesweit mehrere Schulen und mit ihnen viele Kirchen schließen. Im November 2015 waren sie noch immer geschlossen.

- **Physische Gewalt:** In den vergangenen Jahren ist die Verfolgung in Bangladesch gewalttätiger geworden. Im Berichtszeitraum wurde eine Christin wegen ihres Glaubenswechsels getötet. Neun christliche Kirchen mussten schließen, eine weitere Kirche und eine Schule wurden zerstört. Am 5. Oktober 2015 wurde Pastor Luke Sarkar von drei Jugendlichen niedergestochen, die ihn zu Hause aufgesucht hatten und Interesse am christlichen Glauben vortäuschten. Ihm wurden Wunden am Hals zugefügt, aber er überlebte. Mindestens acht Konvertiten wurden festgenommen. Aufgrund von Drohungen mussten mehrere Christen sich versteckt halten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Trotz aller Bemühungen ist die Regierung bislang nicht in der Lage, extremistischen islamistischen Gruppen Einhalt zu gebieten. Dabei verliert sie nicht nur die Unterstützung einiger Bevölkerungsgruppen, sondern steht vor der zusätzlichen Herausforderung durch den Zustrom internationaler, extremistischer, islamistischer Gruppierungen und ihrer lokalen Ableger. Bereits im September 2014 verhaftete die Polizei zwei Rekruten für den Islamischen Staat (IS), die im Irak oder Syrien kämpfen wollten. Trotz aller Fakten leugnete die Regierung eine Beteiligung des IS an den Tötungen von Ausländern und beschuldigte die Opposition.

Die Politik im Lande bringt häufig den Einsatz gewaltsamer Mittel mit sich, und oft genug sind es unschuldige Anwesende, die darunter leiden müssen oder sogar getötet werden. Es ist besonders besorgniserregend, dass die Jugend- und Studentenorganisationen der Partei so gewaltbereit sind. Diese Situation hat nicht nur zur Folge, dass Bangladesch auf dem Weltverfolgungsindex vorrückt, sondern wird auch in Zukunft dazu führen, dass die christliche Minderheit unter konstantem Druck steht, da sie sowohl von Seiten extremistischer Muslime als auch der Regierung bedroht werden wird.

Auch dadurch, dass die Regierung ihre harte Politik gegen die Opposition weiter führt, wird sich die Situation für die Christen nicht verbessern. Einige Mitglieder islamischer Parteien sind zum Tode verurteilt worden, und die Urteile wurden vollstreckt. Extremistische Muslime werfen Christen vor, Verbündete der Regierung zu sein, da sie das säkulare System des Landes (und der Regierung) beibehalten wollen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 36: Tansania

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 57 Punkten belegt Tansania Platz 36 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um einen Punkt gegenüber dem Jahr 2015 (56), als Tansania Rang 33 einnahm. Die Verfolgung von Christen ist mehr oder weniger gleich geblieben.

Triebkräfte der Verfolgung

Derzeit ist die Triebkraft der Verfolgung von Christen in Tansania der „Islamische Extremismus“.



- **Islamischer Extremismus:** Die Vereinigte Republik Tansania hat zwei gegensätzliche demografische Realitäten. Die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Festland sind Christen, auf der Insel Sansibar sind die Bewohner mehrheitlich Muslime. In den letzten Jahren hat die Bedeutung des Islamischen Extremismus in Tansania zugenommen, ausgehend von Sansibar verbreitete er sich entlang der Küste des Festlandes. Die islamische Gruppierung „Uamsho“ (eine Suaheli-Abkürzung für die „Vereinigung für islamische Mobilisierung und Ausbreitung“ mit der Bedeutung „Islamische Erweckung und Revolution“) benutzt Sansibar als Ausgangspunkt, um ihre islamische Agenda in Tansania voranzutreiben. Uamsho und ähnliche Gruppen haben das Ziel, einen islamischen Staat zu schaffen, der sowohl Sansibar als auch einen bedeutenden Teil des tansanischen Festlandes entlang der Küste umfasst. Innerhalb dieses islamischen Staates wäre kein Platz für Christen oder Anhänger einer anderen Religion als dem Islam. Es scheint so, als ob die Idee eines islamischen Staates selbst auf dem Festland immer mehr an Popularität unter Muslimen gewinnt. Der Einfluss der Extremisten hat bewirkt, dass in den Entwurf der neuen Verfassung (die noch per Referendum bestätigt werden muss) der Vorschlag eingebracht wurde, die Einführung von Scharia-Gerichten im ganzen Land zu erlauben.

Aktuelle Einflüsse

Die Verfolgungssituation in Tansania hat verschiedene Facetten. Zunächst hat die Insel Sansibar eine weit zurückreichende Verbindung mit dem Islam und muslimischen Ländern, bis zur britischen Besetzung (1890-1963) wurde sie durch ein Sultanat regiert. Von 1961 bis 1987 war Tansania ein sozialistisches Land. Derzeit wird das Land von einem Regime regiert, das sowohl autoritäre wie demokratische Merkmale zeigt. Im Vergleich mit seinen Nachbarn wird Tansania als eines der demokratischsten Länder Ostafrikas bezeichnet und die Wahlen vom Oktober 2015 unterstrichen diese Einschätzung.

Die zweite wichtige Tatsache ist die instabile Lage der Region. Die militanten Gruppierungen Somalias und Kenias haben einen ernstzunehmenden Einfluss auf Tansania. So verhafteten zum Beispiel tansanische Sicherheitskräfte während einer Razzia in einer Moschee im April 2015 zehn vermutliche Mitglieder von Al Shabaab und stellten Material zum Bau von Bomben sicher. Anzumerken ist, dass

die Einwohner der Insel Sansibar mehrheitlich Muslime sind und viele in der Region denken, dass ihnen deshalb vorsätzlich und systematisch Möglichkeiten zu wirtschaftlichen Entwicklung durch Tansanias Zentralregierung vorenthalten werden. Um dieser vermeintlichen Ungerechtigkeit entgegenzutreten, befürworteten islamistische Gruppen, teilweise durch einige arabische Länder unterstützt, die Schaffung eines islamischen Staates. Dieser Staat würde die Insel Sansibar und einen Teil der Küstenregion des Festlandes umfassen, der als „Ten Mile Coastal Strip“ bekannt ist. Dieser reicht von Kipini/Witu in Kenia bis nach Sofala in Mosambik. In vergangener Zeit war dieser Küstenstreifen Teil des Sultanats, weshalb Extremisten ihn nun mit einer Erweiterung bis Mogadischu als zukünftiger Hauptstadt in dieser Form in ihren islamischen Staat mit einbinden wollen.

Drittens: Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung Tansanias Christen sind, scheint der Bevölkerungsanteil der Muslime zu wachsen und besonders junge Muslime scheinen sehr anfällig für eine extremistische Entwicklung zu sein. Die Aufnahme des Vorschlages zur Schaffung von Scharia-Gerichten in die Verfassung, die noch durch ein Referendum bestätigt werden muss, verschlimmert die Situation nur noch. Dadurch wurde die Nation bereits gespalten und der frühere Präsident, Jakaya Kikwete, warnte vor der Gefahr von religiösen Spannungen im Land.

Nicht zuletzt vermutet man in Tansania große Vorkommen von Gas, Öl, Kohle und andere Rohstoffen. Diese Rohstoffe ziehen Investoren aus dem Ausland an, die einen zusätzlichen Einfluss auf Tansania ausüben werden. Das Land hat bereits ein Joint Venture mit Algerien unterzeichnet. Zudem besteht die Gefahr, dass Konflikte um Rohstoffe unter dem Vorwand religiöser Spannungen geführt werden.

Betroffene Kategorien von Christen

In Tansania gibt es drei Kategorien von Christen. Im Berichtszeitraum waren alle drei von glaubensbedingtem Druck und/oder Gewalt betroffen.

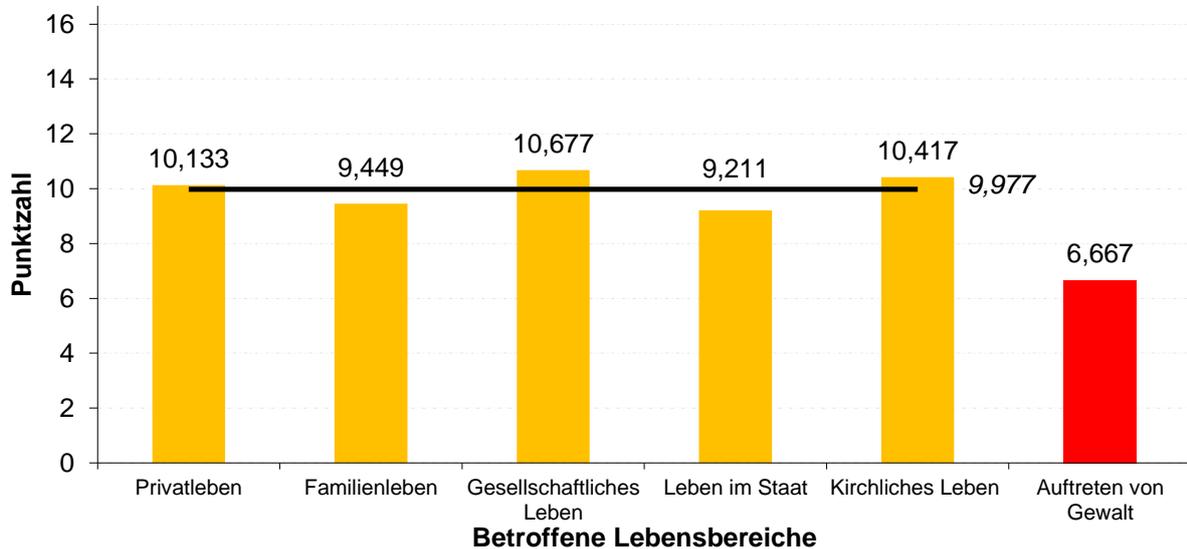
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Wie auch die anderen Christen erlebt diese Gruppe Druck durch extremistische Muslime.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** In mehrheitlich muslimischen Gegenden (wie auf Sansibar und in der Küstenregion) sind Christen muslimischen Hintergrunds sowohl von permanentem Druck in vielen Lebensbereichen als auch von Gewalt betroffen.
- **Christen aus protestantische Freikirchen** (wie Baptisten, Evangelikale und Angehörige von Pfingstgemeinden): Diese Gruppe sieht sich vielen Herausforderungen gegenüber, z. B. bei der Erlangung einer Registrierung zur Errichtung neuer Kirchen und bei der Beantragung von Genehmigungen für Versammlungen und Predigten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Tansania zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus. Die durchschnittliche Punktzahl der ersten fünf Blöcke, die den Druck auf Christen in verschiedenen Lebensbereichen darstellen, liegt bei 9,977 und ist vergleichbar mit dem Wert des letzten Jahres (10,101). Die Punktzahl für Gewalt ist höher: Sie stieg von 5,185 (WVI 2015) auf 6,667. Dies lässt eine stabile Verfolgungssituation vermuten, es besteht aber Potential für eine Verschlechterung. Das unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, dass alle Lebensbereiche von

Christen im letzten Jahr erheblich betroffen waren, wobei die Bereiche „Privatleben“, „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“ überdurchschnittliche Punktzahlen aufweisen.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Wie in den anderen Lebensbereichen geht der Druck auf Christen im Privatleben Hand in Hand mit dem Erstarken des extremistischen Islam auf Sansibar und in der Küstenregion Tansanias. Christen erlebten Einschränkungen, ihren Glauben auszuleben sowie christliche Literatur und eine Bibel zu besitzen.
- **Familienleben:** In diesem Bereich leiden besonders Christen muslimischen Hintergrunds. Ausschluss von Erbschaften, Behinderungen bei Taufen und der Zwang, den eigenen christlichen Glauben zu widerrufen, sind einige der Herausforderungen, denen Christen, besonders Konvertiten, gegenüber stehen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Die Punktzahl zeigt, dass dies der Lebensbereich ist, in dem Christen am stärksten leiden müssen. In mehrheitlich muslimischen Gegenden erleben Christen verschiedenste Einschränkungen in ihrem Umfeld. Unterstützer der Uamsho spielen eine maßgebliche Rolle in einer Gesellschaft, die dazu neigt, Christen auszugrenzen. Der berüchtigte Scheich Isaa Ponda hat in den letzten Jahren eifrig die Saat der Intoleranz und des Hasses gegenüber Christen ausgestreut und diese trägt nun Früchte. Christen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr und Wasserstellen zu verweigern, Christen zu zwingen, muslimisch reine Produkte herzustellen, und der Zwang für christliche Frauen, ihren Kopf zu bedecken, sind nur einige Problempunkte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind.
- **Leben im Staat:** Hier sind zwei Dinge wichtig: Erstens hat die Regierung keine messbaren Schritte unternommen, um die wachsende Stimmung gegen Christen im Land einzudämmen oder zu verhindern. Zweitens wurde in den Entwurf der neuen

Verfassung die Einrichtung von Scharia-Gerichten aufgenommen und Christen wurden buchstäblich von der Regierung eingeschüchtert, nichts dagegen zu sagen. Das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren (und noch weiterer) setzt die Christen im staatlichen Bereich unter Druck.

- **Kirchliches Leben:** Dieser Bereich ist nach dem gesellschaftlichen Leben am stärksten von Verfolgung betroffen, wie die hohe Punktzahl zeigt. Gemeinsam Gottesdienst zu feiern und dabei ein Kirchengebäude zu benutzen ist, besonders auf Sansibar, recht gefährlich geworden. Gezielte Belästigungen von Kindern und Familien christlicher Leiter, die Überwachung von Gemeindeleitern und Widerstände gegen die öffentliche Versammlung von Christen gehören zu den Herausforderungen, denen Christen in mehrheitlich muslimischen Gegenden gegenüber stehen.
- **Auftreten von Gewalt:** Es gab weiterhin Angriffe auf Christen, ihr Eigentum und Kirchen. Ermittlungen zu Übergriffen in der Vergangenheit haben keine Ergebnisse gebracht, sodass es scheint, dass die Ermittler entweder zu Komplizen wurden oder Inkompetenz vorliegt. Angriffe auf Kirchen (besonders auf Sansibar) sind die Regel geworden. Feldforscher von Open Doors sagen: „Insgesamt wurden 13 Kirchen – 10 in Bukoba, 1 in Kitondo und 2 in Kigoma – in Brand gesteckt. Vier von ihnen wurden vollständig zerstört, die anderen wurden zum Teil zerstört.“ Zudem sind Geschäfte und Firmen von Christen regelmäßig Ziel von Angriffen. Der Großteil dieser Angriffe wurde von Uamsho oder Unterstützern dieser Gruppierung organisiert. Im vergangenen Jahr betonte eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen, dass Uamsho sich nicht von anderen extremistischen Organisationen unterscheidet. In ihrem Appell an die Regierung, Uamsho zu verbieten, schrieben sie: „Hinsichtlich dessen, wofür sie einstehen, sind sie nicht anders als Al Shabaab, Boko Haram und Al Kaida.“

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Tansania ist seit 2013 auf dem Weltverfolgungsindex und es gibt keine Anzeichen, dass sich die Situation verbessert. Die Lehren über den christlichen Glauben in Moscheen und Koranschulen sind negativ gefärbt. Sie legen die Grundlage für eine nachhaltig negative Einstellung gegenüber Christen, die in den kommenden Jahren leicht dazu benutzt werden könnte, Menschen zu Gewaltakten gegen Christen anzustacheln. Die Unterstützer von Uamsho verbreiten weiterhin ihre extremistische Ideologie und fordern die Unabhängigkeit Sansibars. Zwar beinhaltet der Entwurf der neuen Verfassung nichts zum Thema der Unabhängigkeit, dafür aber die extremistische Idee, Scharia-Gerichte überall in Tansania einzuführen, nicht nur auf Sansibar. Die Gemeinden Tansanias haben dem Druck bisher standgehalten, indem sie jede weitere Provokation vermieden haben. Im Bereich der Politik ist der neue Präsident für seine positive Energie und seinen Willen gelobt worden, die Korruption zu bekämpfen und vermeintliche und tatsächliche Ungerechtigkeiten gegenüber jedweder Gruppe zu beenden. Das könnte sich aber in Zukunft auch ändern. Vom derzeitigen Standpunkt aus sind folgende Entwicklungen wahrscheinlich:

- 1) Die Verfolgung von Christen auf Sansibar und in der Küstenregion wird weitergehen.

- 2) Das kommende Referendum zur neuen Verfassung könnte einen Keil zwischen Christen und Muslime treiben, was massiven Druck auf Christen zur Folge haben würde.
- 3) Wenn der Verfassungsentwurf angenommen wird, würde sich der Einfluss der Muslime im Land verstärken.
- 4) Es besteht auch die Möglichkeit, dass es dem neuen Präsidenten gelingen wird, die Lage im Land zu stabilisieren.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 37: Algerien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten belegt Algerien Platz 37 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um einen Punkt gegenüber dem Jahr 2015 (55), führt jedoch nicht zu einem höheren Rang, da andere Länder einen stärkeren Anstieg zu verzeichnen hatten. Der Druck vonseiten der Regierung hat zwar etwas nachgelassen und die Situation der Christen sich somit leicht verbessert, doch durch den wachsenden Einfluss der islamistischen Fraktion auf lokale Machthaber und die nationale Regierung ist der bestehende Druck weiterhin hoch.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte der Verfolgung in Algerien sind „Islamischer Extremismus“ und in geringerem Ausmaß „Diktatorische Paranoia“ (vermischt mit Islamischem Extremismus) sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- **Islamischer Extremismus:** Die Regierung Algeriens verlässt sich immer mehr auf den Islam, während die Freiheiten der Christen gleichzeitig immer mehr eingeschränkt werden. Zunehmender Druck auf Regierung und Gesellschaft vonseiten islamistischer Bewegungen sowie der Druck von Familienmitgliedern auf Christen muslimischen Hintergrunds erklären die Position Algeriens auf dem Weltverfolgungsindex. Die negativen Entwicklungen überwiegen die wenigen positiven (wie die offizielle Anerkennung der Église Protestante d'Algérie nach 35-jährigen Bemühungen).
- Vom „Arabischen Frühling“ in anderen nordafrikanischen Ländern ermutigt, haben islamistische Gruppen ihren Druck auf eine Regierung, die bereits mit islamischen Parteien zusammenarbeitet, weiter verstärkt. Trotz dieses Umstands bleibt die „Islamische Heilsfront“ (FIS) weiterhin verboten. Islamisten treten allerdings zunehmend

in Erscheinung und beobachten die Aktivitäten der Christen sowie anderer nicht-muslimischer Minderheiten wie der kleinen Gemeinschaften der Juden und Bahai.

- **Diktatorische Paranoia:** Der autokratische Regierungsstil von Präsident Bouteflika, der auch Einschränkungen für Christen zur Folge hat, macht auch die Nennung dieser Triebkraft notwendig.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Militante islamistische Gruppierungen agieren besonders im Süden Algeriens und finanzieren sich durch Beteiligung am organisierten Verbrechen. Dies schürt bei den Christen viele Ängste. Zu diesem Bereich wird es 2016 weitere Untersuchungen geben.

Aktuelle Einflüsse

Algerien hatte früher ein säkulares, sozialistisches Regierungssystem. Im Zusammenhang mit dem wachsenden Einfluss des Islamismus in der Region wurde Algerien zunehmend zum Schauplatz vermehrter Übergriffe durch islamistische Bewegungen, insbesondere durch „Al Kaida im islamischen Maghreb“ (AQIM). Der Fall von Libyens Machthaber Gaddafi stärkte islamistische Gruppierungen, denn so kamen viele Waffen und erfahrene Kämpfer zu den algerischen Milizen, von denen sich die meisten ohne Vorbehalte zum „Islamischen Staat“ (IS) bekennen. Die algerische Regierung wird von Al Kaida bedrängt, die Umsetzung islamischer Gesetze voranzutreiben; das ist sehr nachteilig für die kleine christliche Minderheit im Land.

Große Proteste gegen das autoritäre Regime führten 2011 zur Aufhebung des 19 Jahre währenden Ausnahmezustandes. Die algerischen Behörden hatten ihn in den 1990er-Jahren mit dem Ziel verhängt, den beiderseits höchst gewalttätig geführten Kampf gegen islamistische Rebellen erfolgreich zu beenden. Die Proteste gegen das Regime, bei denen fünf Menschen getötet und über 800 verletzt worden waren, wurden infolge massiven Drucks durch die Polizei nach nur wenigen Monaten beendet. Anders als in Nachbarländern führten sie jedoch zu keinem Regimewechsel. Die Militärregierung unter Präsident Abdelaziz Bouteflika besteht nahezu unverändert weiter. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes stellte für die Regierung keine Bedrohung dar, war jedoch als Symbol deshalb bedeutsam, weil der Machthaber damit seinen guten Willen zeigte.

Aus diesem Grund hatte die Welle der Revolutionen, die über Afrika und den Nahen Osten hinweg gerollt war – bekannt als der „Arabische Frühling“ –, auf Algerien keinen nennenswerten Einfluss. 2014 wurde der schwerkranke Abdelaziz Bouteflika mit der für seine Verhältnisse schlechten Quote von 81 % für eine vierte Amtszeit wiedergewählt, in einem Land, dem gerechte und freie Wahlen unbekannt sind. Das Magazin „World Politics Review“ warnte am 17. Februar 2015, dass Bouteflika aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands seine vierte Amtszeit vielleicht nicht zu Ende bringen könnte. Danach wäre eine Krise um die Amtsnachfolge zu erwarten, die durchaus zu einem Bürgerkrieg führen könnte, wenn man sich die politischen und sozio-ökonomischen Probleme des Landes vor Augen führt.

Betroffene Kategorien von Christen

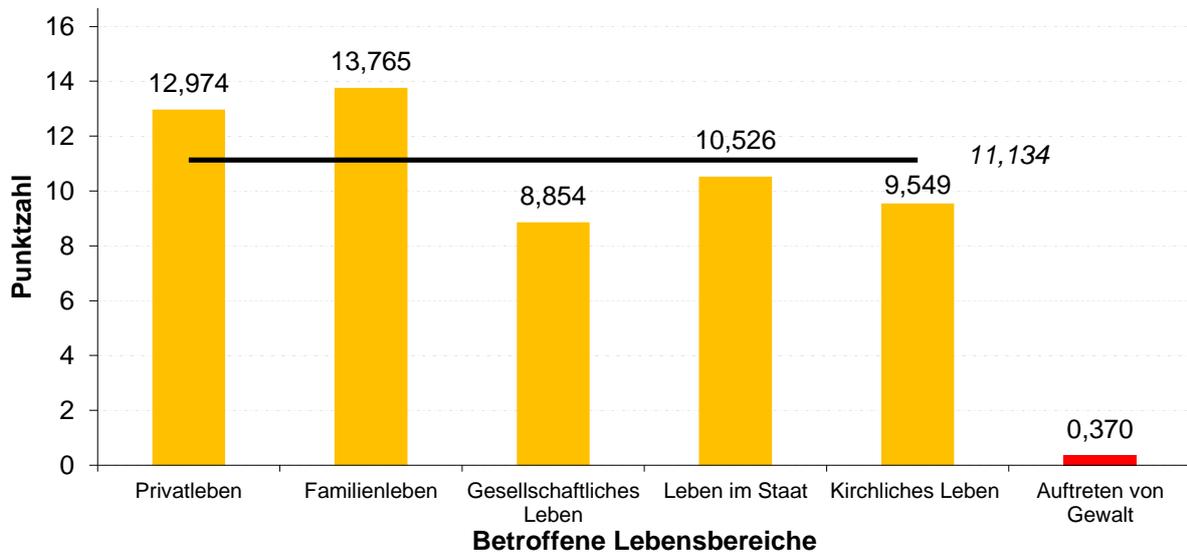
In Algerien gibt es zwei Gruppen von Christen:

- **Christen historisch gewachsener Kirchen** (z. B. Katholische und Evangelische Kirche): Diese Gemeinschaften dürfen zwar bestehen, außerhalb ihrer Versammlungsstätten werden ihnen jedoch Beschränkungen auferlegt. In katholischen Kirchen, z. B. in einer Kathedrale in Algier (dem Sitz des Erzbischofs), werden Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durchgeführt; ebenso auch in einer protestantischen Kirche.
- **Christen muslimischer Herkunft:** Fast alle Christen Algeriens sind muslimischer Herkunft; sie sind der Verfolgung am stärksten ausgesetzt. Das Gesetz verbietet alle öffentlichen Versammlungen, die dazu dienen, einen anderen Glauben als den Islam zu praktizieren. In der Berber-Region gibt es eine große Anzahl an Treffen inoffizieller Gruppen; Christen muslimischer Herkunft versammeln sich zum Gottesdienst meist in Privathäusern. Gemeindeleiter geben an, dass Christen konstant unter Druck gesetzt werden. Unabhängigen christlichen Gemeinden wird eine Registrierung häufig verwehrt. Die sehr junge algerische Kirche (sie besteht zumeist aus Christen der ersten Generation) ist in vielfältiger Form Diskriminierungen durch den Staat und Familienmitglieder ausgesetzt.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Algerien zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Die durchschnittliche Punktzahl der ersten fünf Blöcke, die den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen darstellen, liegt bei 11,134 Punkten. Dieser Wert ist leicht höher als im letzten Jahr (10,801 Punkte). Die Gewaltrate hat sich im Vergleich zum letzten Jahr (1,482 Punkte) auf 0,370 Punkte verringert. Insgesamt hat sich der Druck im Vergleich zum Vorjahr erhöht, es gab jedoch seltener gewalttätige Übergriffe. Dies deutet darauf hin, dass sich die Verfolgungssituation auf einer leicht höheren Stufe als der vom letzten Jahr zu stabilisieren scheint. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, ist der Druck auf Christen in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ am höchsten; gefolgt von „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“. Es ist zum Teil auf die besonders prekäre Situation von Christen muslimischen Hintergrunds, wenn ihr neuer Glaube bekannt wird, zurückzuführen, dass die Wertungen im Privat- und Familienleben am höchsten sind.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Es ist nicht verboten, zu einem anderen Glauben zu konvertieren, doch es ist nicht erlaubt, einen Muslim zu einem anderen Glauben zu bekehren. Das Hauptproblem bei einer Hinwendung zum christlichen Glauben ist die Verfolgung innerhalb der Familie, die gefährliche Ausmaße annehmen kann. Berichte von Kirchenleitern belegen, dass Christen muslimischer Herkunft (besonders Frauen) manchmal von ihren muslimischen Familien zu Hause eingesperrt werden. Sie dürfen keinerlei Kontakt zu anderen Christen haben, geschweige denn sich mit ihnen treffen. Ihnen werden Fernsehen und Radio verboten, da es christliche Sender gibt, die nach Algerien ausstrahlen. Im arabischen Teil des Landes ist die Verfolgung noch bedrohlicher und Christen muslimischen Hintergrunds laufen Gefahr, getötet zu werden. Vielen Gläubigen ist es nicht möglich, anderen Familienmitgliedern oder Gästen von ihrem Glauben zu berichten, oft sind sie häuslicher Gewalt schutzlos ausgesetzt.
- Familienleben:** Für die algerische Regierung ist jeder Bürger ein Muslim. Einige christliche Eltern haben jedoch berichtet, dass sich die Lage in der Kabylei-Region bessert. Dort besteht die Möglichkeit, neugeborene Kinder mit einem christlichen Namen registrieren zu lassen, wenn die Eltern ihre Taufurkunde vorweisen können. Es gibt Fälle, in denen die muslimischen Dorfbewohner den Christen verwehrt haben, ihre verstorbenen Angehörigen zu beerdigen. Christliche Eheschließungen sind nur innerhalb der Kirche gültig, die Behörden registrieren diese Ehen als muslimisch.
- Gesellschaftliches Leben:** Algerische Christen reden meist von „Dorfbewohnern, die nicht mit uns sprechen“, wohingegen christliche Menschenrechtsorganisationen von regelmäßigen verbalen und körperlichen Angriffen berichten. Innerhalb des Berichtszeitraums wurden jedoch keine Drohungen gemeldet. Laut dem „Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit“ aus dem Jahr 2012 werden „Ausländer und Bürger, die eine andere Religion als den Islam praktizieren, im Allgemeinen

toleriert. Einige Christen muslimischer Herkunft haben aus Sorge über ihre persönliche Sicherheit ihren Glauben jedoch verschwiegen.“ Die algerische Regierung ist besonders besorgt angesichts von Berichten über Proselytismus, vor allem in Gebieten mit mehr konservativen muslimischen Gemeinschaften, die als soziale Basis für extremistische islamische Gruppen dienen, die bereits einen Bürgerkrieg gegen die Regierung geführt haben. Christen, die dort leben, müssen ihren Glauben verbergen, weil sie sonst keinen Zutritt zur Universität erhalten und von Lehrern diskriminiert werden.

- **Leben im Staat:** Die fortlaufende Umsetzung der strengen Verordnung 06-03 schränkt die Freiheit von Christen besonders ein. Das Gesetz, das den Gottesdienst nicht-muslimischer Religionen einschränkt, wurde im März 2006 verabschiedet und trat im darauffolgenden September in Kraft. Die Einführung dieses Anti-Konversions-Gesetzes im Jahr 2006 war für die christliche Kirche Algeriens ein Wendepunkt und markierte einen Rückschritt in der Religionsfreiheit. Die Verordnung 06-03 verbietet jede Handlung, welche „einen Muslim zum Übertritt zu einer anderen Religion auffordert, nötigt oder entsprechende Verführungsmethoden einsetzt oder hierfür Unterrichts-, Bildungs-, Gesundheits- oder Einrichtungen gesellschaftlicher oder kultureller Natur oder Schulungsinstitutionen oder irgendeine andere Einrichtung oder finanzielle Mittel nutzt.“ Die Zuwiderhandlung wird mit zwei bis fünf Jahren Gefängnis bestraft, sowie einer Geldstrafe. Das Gesetz verbietet auch alle christlichen Veranstaltungen außerhalb eines staatlich anerkannten Kirchengebäudes. Seit November 2007 haben sich Maßnahmen gegen Kirchengemeinden und der Druck auf Christen beachtlich gesteigert. Zwischen November 2007 und Mai 2008 hat die Regierung 26 Kirchengemeinden geschlossen. 16 gehörten zur EPA (Protestantische Kirche von Algerien), 10 waren unabhängige Gemeinden. Sie sind bis heute geschlossen. Seit Januar 2008 wurden etwas fünfzehn Christen verhaftet und angeklagt. Manche wurden zu Gefängnisstrafen und hohen Geldstrafen verurteilt. Ein besonders beunruhigender Aspekt der Verordnung 06-03 ist ihre vage Formulierung, die eine sehr willkürliche Auslegung und Anwendung ermöglicht.
- **Kirchliches Leben:** Im kirchlichen Bereich ist die Freude über die Registrierung der EPA (Protestantische Kirche Algeriens) im Jahr 2011 nach vielen Jahren vergeblichen Wartens mittlerweile in Enttäuschung umgeschlagen. Die Entscheidung hat nicht zu der erhofften größeren Freiheit für die örtlichen Gemeinden geführt; jede muss sich weiterhin einzeln registrieren lassen. Keine der zur EPA gehörenden Ortsgemeinden wurden bislang registriert, auf lokaler Ebene hat sich die Unterdrückung sogar noch verstärkt. Seit Inkrafttreten der Verordnung 06-03 im September 2006 wurde in Algerien keine neue Gemeinde registriert. Die Christen treffen sich daher weiterhin in inoffiziellen „Hauskirchen“, bei denen es sich meist um Privatwohnungen, manchmal auch um Büroräume von Gemeindegliedern handelt. Rechtlich gesehen legt die Verordnung 06-03 fest, wie ein Kirchengebäude auszusehen hat, deshalb ist die Versammlung in einem privaten Haus verboten. Bestraft werden kann ein Zuwiderhandeln mit bis zu drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 300.000 DA (entspricht 3.000 Euro). Momentan ist allerdings kein Christ aus diesem Grund im Gefängnis und die Christen treffen sich nach wie vor in ihren Häusern. Doch dieses Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über den Christen.

- **Auftreten von Gewalt:** Trotz mancher positiver Entwicklungen sind die allgemeinen Trends hinsichtlich der Religionsfreiheit negativ. Zwar wurden im Berichtszeitraum keine Christen getötet oder inhaftiert, doch vereinzelt wurden christliche Gemeinden und Medien bedroht; Zeitungen berichteten negativ über Christen. Die gemeldeten gewaltsamen Übergriffe haben im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen. Neben zahlreichen Vorfällen von körperlicher und psychischer Gewalt in Familien wurden zwei Christen im Frühjahr 2015 im arabischen Teil des Landes verhaftet und auf der örtlichen Polizeiwache verhört. Polizeibeamte in Zivil wohnen den Gottesdiensten bei und wenn dort Gäste aus dem Ausland angetroffen werden, werden die Pastoren dazu befragt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

- 1) Die hohe Anzahl der Menschen, die 2014 die Präsidentschaftswahlen boykottiert haben, ist ein stummer Ausdruck der Unzufriedenheit in der Bevölkerung angesichts der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und dem politischen Stillstand. Sollte Präsident Bouteflika im Amt sterben, ist es sehr wahrscheinlich, dass unter dem Druck einer jüngeren Generation (70% der Bevölkerung sind jünger als 30), die sich nach Veränderungen sehnt, soziale Unruhen ausbrechen werden. Die Frage bleibt, ob die Situation der Christen unter den Nachfolgern des Regimes Bouteflika wirklich besser sein wird. In der gegenwärtigen Situation stehen die Christen zwar unter Druck, doch haben sie Wege gefunden, zu überleben und sogar zu wachsen. Sollte es den Islamisten gelingen, ähnlich wie in Tunesien und Ägypten aus der gesellschaftlichen Unzufriedenheit Vorteil zu schlagen, könnte es der christlichen Kirche weitaus schlechter gehen.
- 2) Die Zukunft des Landes wird auch von Entwicklungen der Nachbarländer abhängen. Der Islamismus wird mit Sicherheit an Einfluss in Nordafrika zulegen, was große Herausforderungen und Sorgen mit sich bringen wird. Dazu zählen die unaufhörlichen Anläufe der extremistischen Muslime, den Mord an Sicherheitskräften, Zivilisten und Christen mit ihrer Auslegung des Islam zu rechtfertigen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 38: Bhutan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten belegt Bhutan Platz 38 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2015, als Bhutan auf Rang 31 eingestuft wurde. Die Einstufung des Landes blieb relativ stabil, was auch in allen



Lebensbereichen und dem Auftreten von Gewalt sichtbar wird.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Christenverfolgung in Bhutan ist „Religiös motivierter Nationalismus“, hinzu kommt in geringerem Maße „Exklusives Stammesdenken“ (vermischt mit Religiös motiviertem Nationalismus).

- **Religiös motivierter Nationalismus:** Die zunehmend strikte Betonung des Buddhismus als geistliches Erbe des Landes macht es der christlichen Minderheit schwer, ihren Platz zu behaupten. Bhutan ist seit Jahrhunderten ein buddhistisches Königreich. Selbst nach der Bildung einer konstitutionellen Monarchie im Jahr 2001 und der Einführung demokratischer Wahlen im Zuge der neuen Verfassung im Jahr 2008 wird dem Buddhismus weiterhin eine dominierende Rolle im Land eingeräumt. Gemäß Artikel 3(1) der Verfassung ist der Buddhismus „das geistliche Erbe Bhutans“, der unter anderem „die Grundsätze und Werte des Friedens, der Gewaltlosigkeit, des Mitgefühls und der Toleranz“ fördert. Dementsprechend gilt der Buddhismus offiziell nicht ausdrücklich als Staatsreligion. Stattdessen definiert die Verfassung Bhutan als säkularen Staat und bejaht religiöse Toleranz. Obwohl dies mehr ist als ein bloßes Lippenbekenntnis, sieht die Realität oft anders aus. Besonders in entlegenen, ländlichen Gebieten betrachten buddhistische Mönche Christen mit Argwohn und bereiten ihnen große Schwierigkeiten, während die Behörden nichts unternehmen. Ganz im Gegenteil, sie schlagen sich eher auf die Seite der Mönche.
- **Exklusives Stammesdenken:** Auch Schamanen des traditionellen animistischen Bön-Glaubens üben Druck auf die Christen aus. Obwohl die meisten Bürger nicht ausschließlich diesem Glauben anhängen, beachten sie besonders in ländlichen Gebieten seine Riten und Traditionen. Christliche Konvertiten, die sich an deren Teilnahme weigern, werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt.

Aktuelle Einflüsse

Bhutan ist eingezwängt zwischen den zwei großen Nachbarn Indien (im Süden) und China (im Norden). Das Land taucht nicht sehr oft in den internationalen Schlagzeilen auf, ist jedoch berühmt wegen der Einführung des Bruttonationalglücks (BNG), das den Glücksgrad aller Staatsbürger misst. Eine der wenigen Schlagzeilen aus Bhutan, die auch durch die internationale Presse ging, war, dass der neue BNG-Index eine Zunahme vermeldete, da Bhutaner heute mehr Schlaf bekommen als noch vor fünf Jahren. Mit anderen Worten, es geschieht nicht viel in Bhutan, es scheint, dass die Demokratie langsam festen Boden unter den Füßen bekommt, wenn dies auch in einem Umfeld geschieht, in dem alle Parteien darin übereinstimmen, dass der Buddhismus die Gesellschaft bestimmt und der König verehrt wird. Nach den Wahlen 2013 hat die Opposition reibungslos die Macht übernommen und versucht sich in der Bewältigung der normalen sozialen und ökonomischen Aufgaben einer Regierung. Die Situation der Christen, die unter den Bhutanern eine kleine Minderheit darstellen, ist relativ unverändert geblieben, was weiterhin bedeutet, dass sie immer noch keinen formalen Status und Anerkennung haben.

Betroffene Kategorien von Christen

In Bhutan gibt es drei Kategorien von Christen:

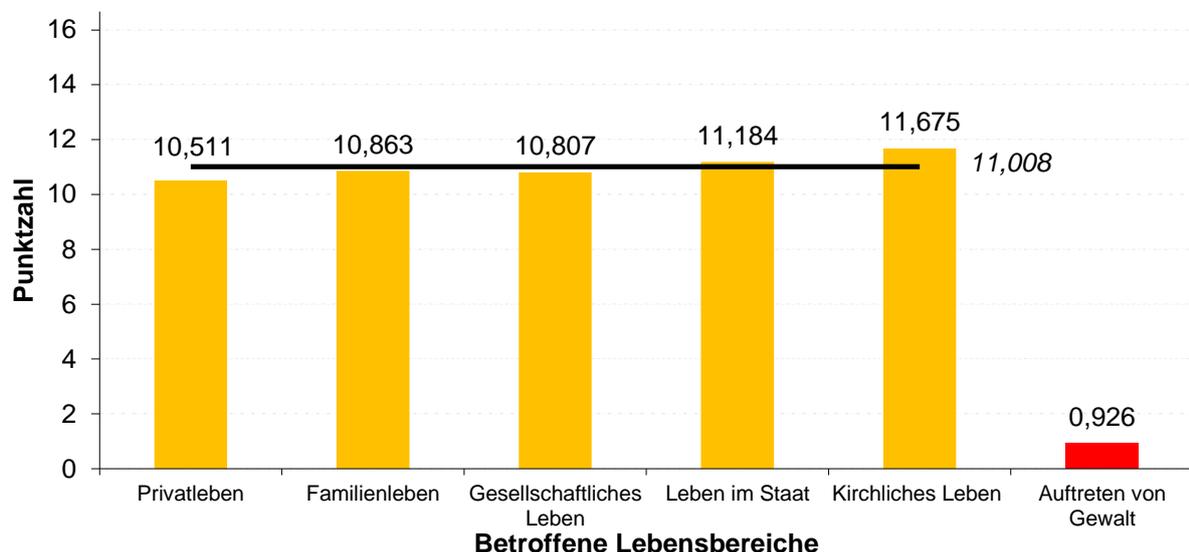
- **Ausländische Christen** und Gastarbeiter erfahren Einschränkungen, sind aber weniger betroffen als die beiden anderen Kategorien.
- **Christen mit buddhistischem oder Stammes-Hintergrund** erleben Verfolgung vonseiten ihrer Familie, Freunde und der Nachbarschaft.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen** wie Evangelikale und Pfingstler sind nicht anerkannt und sind daher anfällig für Übergriffe und Druck.

Da die christliche Minderheit immer weiter wächst, wird nun auch die Regierung immer aufmerksamer. Bis jetzt scheint sich die Regierung jedoch noch nicht entschieden zu haben, wie sie mit ihnen umgehen will, wenn auch die Verhaftung und Verurteilung zweier Pastoren im März 2014 aufgrund des „Abhaltens eines religiösen Treffens ohne Erlaubnis“ einen verschärften Umgang vermuten lässt. Ihre überraschende Freilassung im September 2014 und Januar 2015 deuteten dagegen auf ein milderes Vorgehen, ungeachtet dessen, dass beide deftige Bußgelder zahlen mussten.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung des Verfolgungsmusters: Das Verfolgungsmuster für Bhutan basiert auf der Summe der Wertungen für Religiös motivierten Nationalismus und Exklusives Stammesdenken. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 11.008 Punkten und ist vergleichbar mit dem Vorjahreswert (11.050). Die Wertung im Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist mit derzeit 0.926 rückläufig (2015: 1.111). Der hohe Druck auf Christen äußert sich nicht in offener Gewalt. Dies legt nahe, dass sich die Verfolgungssituation stabilisiert hat. Wie das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt, ist Verfolgung in allen Lebensbereichen ungefähr gleich präsent. Dieser Druck wird vor allem dadurch erzeugt, dass Bhutan versucht, den Buddhismus als nationales Erbe zu bewahren.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Konvertiten müssen sehr bedacht sein, wie sie ihren Glauben ausleben, vor allem, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bereits das Tragen christlicher Symbole kann besonders in der Familie sehr gefährlich sein. Da die Treffen der Christen meistens in Mietshäusern stattfinden, kann es zu Problemen kommen, wenn der Hausbesitzer Buddhist ist. In ländlichen Gebieten werden bekannte Konvertiten oft genauestens beobachtet.
- **Familienleben:** Besonders Christen mit Stammes-Hintergrund drohen im Falle der Entdeckung ihres neuen Glaubens die Scheidung und der Verlust von Erbschaftsrechten. Eine Taufe oder christliche Beerdigung zu organisieren, ist oftmals sehr schwierig oder gar unmöglich. Christliche Kinder müssen in der Schule den Buddhismus lernen und praktizieren und erleben Druck vonseiten der Lehrer und Mitschüler. Konvertiten können von ihren Familien isoliert und daran gehindert werden, andere Gläubige zu treffen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Konvertiten erfahren starken Druck seitens ihrer Familie, Freunde und Nachbarn, ihren Glauben aufzugeben. Es gab beispielsweise einen Fall, dass einer Christin wegen ihres Glaubens an Jesus Christus das Wasser abgedreht wurde. Dorfbewohner machen den Christen das Leben oftmals sehr schwer. Wenn Christen religiöse Feste nicht besuchen, löst dies zusätzliche Drangsalierung durch die Dorfgemeinde aus. Kinder benötigen ein Empfehlungsschreiben des Dorfvorsitzenden oder der Behörden, um zur Schule zugelassen zu werden; christliche Kinder haben es besonders schwer, solche Schreiben zu bekommen. Und wenn es ihnen gelingt, erfahren sie Diskriminierung in der Schule, bis dahin, dass sie schlichtweg schlechte Noten bekommen, mit denen ihnen der Zugang zu höherer, beispielsweise universitärer Bildung verwehrt bleibt. Christen, die ein Geschäft eröffnen wollen, sind oft von staatlichen Subventionen ausgeschlossen.
- **Leben im Staat:** Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als nationales geistliches Erbe, was ihn faktisch zur Staatsreligion macht. Dies wird in der folgenden Vorschrift deutlich: „Jede religiöse Institution hat die gesetzmäßige Pflicht, das geistliche Erbe Bhutans zu fördern.“ Am 24. Mai 2011 verordnete die Regierung einen Zusatz zu diesem Gesetz, der eine Anti-Konversions-Klausel beinhaltet. Dies wurde ebenfalls ins Strafgesetzbuch mit aufgenommen, um Artikel 7(4) der Konstitution des Königreichs Bhutan zu erfüllen, der besagt, dass „ein bhutanischer Staatsbürger das Recht auf Freiheit der Gedanken, des Gewissens und der Religion“ haben soll. „Keine Person soll durch Nötigung oder Beeinflussung dazu gezwungen sein, einem anderen Glauben anzugehören.“ Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches (Zusatz) von Bhutan 2011 sagt aus: „Ein Angeklagter ist schuldig der Anklage, andere zu einem anderen Glauben bewegt zu haben, wenn er sich dabei der Nötigung oder einer Art der Beeinflussung bedient hat, um die Bekehrung zu einem anderen Glauben zu erreichen.“ Abschnitt 463 (B) fügt hinzu: „Die Straftat, andere zu einem anderen Glauben genötigt zu haben, ist eine Ordnungswidrigkeit“, was in Bhutan mit ein bis drei Jahren Gefängnis bestraft

werden kann. Aufgrund dieses Gesetzes wurden zwei Pastoren 2014 verurteilt. Christen ist es nicht erlaubt, öffentlich Zeichen ihres Glaubens zu tragen und es existieren keine christlichen Zivilgesellschaftsorganisationen in Bhutan.

- **Kirchliches Leben:** Das Thema Registrierung bleibt für die Christen in Bhutan das größte Problem. Da christliche Gemeinden nicht registriert sind, sind sie faktisch illegal. Die Regierung beschränkt die Treffen weiterhin auf Privathaushalte, um das Wachstum des christlichen Glaubens zu limitieren. Manchen Christen ist es gelungen, einen größeren Versammlungsort zu erwerben, aber alle laufen Gefahr, entdeckt zu werden. Es gab Vorfälle, bei denen Christen mit ernsthaften Konsequenzen gedroht wurde, wenn sie sich weiterhin trafen. Dementsprechend treffen sich viele Christen entweder sehr früh am Morgen oder sehr spät abends und lassen dabei die Lichter im Haus aus, um nicht den Verdacht der Behörden auf sich zu lenken. In Bhutan können keine Bibeln oder anderes christliches Material produziert werden, und auch dessen Import ist nicht erlaubt, wenn auch immer wieder Material in kleinen Mengen einzig für den privaten Gebrauch ins Land gebracht wird.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung in Bhutan ist eigentlich nicht sehr gewaltbehaftet. Wie schon erwähnt, wurde Pastor Tandin Wangyal beispielsweise im April 2014 inhaftiert und im Januar 2015 freigelassen, nachdem er ein hohes Bußgeld gezahlt hatte.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Bhutan liegt nicht nur zwischen zwei Giganten, es hat außerdem mit ökonomischen Herausforderungen zu kämpfen und der Frage, wie man der jungen Generation eine Perspektive bieten kann. Im Berichtszeitraum kamen vor allem zwei Fragen auf. Da das Land stark vom Tourismus und der Erwirtschaftung ausländischer Devisen abhängig ist, war die Nachricht im September 2015, dass der Tourismus um circa 15 Prozent zurückgegangen ist, ein deutliches Warnsignal. Nun wird die Hoffnung auf die zweite Einkommensquelle Bhutans gesetzt, das enorme Potenzial für Wasserkraft. Der Nachteil hiervon ist jedoch, dass hier teure Investitionen nötig sind, die zudem die Natur beschädigen könnten. Da manche Beobachter das Potenzial Bhutans auf diesem Gebiet ähnlich wie das von Norwegen einstufen, sahen die ersten ambitionierten Pläne bis 2020 vor, eine Kapazität von 10.000 Megawatt aufzubauen. Der zeitliche Rahmen kann jedoch aufgrund der hohen Investitionskosten nicht eingehalten werden. Je nachdem wie erfolgreich diese wirtschaftlichen Entwicklungen sein werden, wird dies ebenfalls Auswirkungen auf die christliche Minderheit haben. Wenn das Land in ernsthafte ökonomische Schwierigkeiten kommt, wird die Regierung das buddhistische kulturelle Erbe weit mehr betonen und die Anerkennung der wachsenden christlichen Minderheit in weite Ferne rücken. Wenn sich die ökonomische Situation des Landes positiv entwickelt, könnte dies die Betonung des buddhistischen Erbes Bhutans sehr entspannen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 39: Komoren

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten belegen die Komoren Platz 39 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2015, als der Archipel – zu dem die Inseln Grande Comore, Anjouan und Mohéli gehören – auf Rang 32 eingestuft wurde. Trotz eines gewissen Fortschritts im Demokratisierungsprozess zeigt der diesjährige Bericht, dass sich die Situation der Christen im Land nicht verbessert. Zu erinnern ist daran, dass die Komoren in den 90er-Jahren bis 1998 auf einem der ersten zehn Plätze des WVI standen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen auf den Komoren ist „Islamischer Extremismus“. „Diktatorische Paranoia“ zeigt sich im Land ebenfalls, allerdings vermischt mit Islamischem Extremismus.

- **Islamischer Extremismus:** Das Erstarren des Islamischen Extremismus begann mit der Einführung eines Rechtssystems, das Religionsbelange staatlich regelte. 2009 wurde ein Referendum abgehalten, welches die Regierung der Komoren im Rahmen einer Verfassungsänderung dazu ermächtigte, den Islam als Staatsreligion einzuführen. Dieser Schritt hat die Ausübung anderer Religionen stark eingeschränkt. Zeitgleich mit der Verfassungsänderung hat in der Bevölkerung die Unterstützung für extremistische islamische Positionen zugenommen, besonders auf den Inseln Anjouan und Mohéli. Die wachsende Sympathie für den extremistischen Islam in der breiten Bevölkerung, bei Regierungsbeamten, religiösen Führern und besonders unter muslimischen Jugendlichen löst Besorgnis bei der christlichen Minderheit aus.
- **Diktatorische Paranoia:** Seit der Unabhängigkeit hat es auf den Komoren mindestens zwanzig Putsche und Putschversuche gegeben. Der Inselstaat ist eines der Länder, in dem eine gewaltbeladene Geschichte zu verbreiteter Armut geführt und das Land zuweilen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat. Diese Vergangenheit hat in den Köpfen vieler Regierungsbeamter tiefe Spuren der Paranoia hinterlassen. Sie tolerieren keine abweichenden Meinungen oder Interessensverbände irgendeiner Art. Auch wenn es seit Mitte der 2000er Jahre nachweislich Verbesserungen gegeben hat und „Freedom House“ das Land als „teilweise frei“ einstuft, sind die Machthaber des Landes immer noch dafür bekannt, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Dies gilt gerade auch für die Freiheiten der Christen.

Aktuelle Einflüsse

Die Komoren waren in den letzten 22 Jahren ununterbrochen auf dem Weltverfolgungsindex vertreten und früher sogar unter den Ländern mit den höchsten Wertungen. Mehrere Faktoren sind wichtig, um die Hintergründe der Verfolgung auf den Komoren zu verstehen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen: Die Verfassung von 2009 erklärt den sunnitischen Islam zur Staatsreligion der Komoren. Allerdings hat jeder Bürger das Recht, seiner eigenen Religion anzugehören und diese auch öffentlich zu praktizieren. Nicht-Muslime dürfen aber nicht missionieren und Ausländer, die gegen dieses Verbot verstoßen, werden des Landes verwiesen. In der Vergangenheit litt die Inselgruppe unter politischer Instabilität, was sich unter anderem in einer negativen Menschenrechtsbilanz und mehreren Staatsstreichen niederschlug. Doch seit dem Jahr 2006 befinden sich die Komoren in einem Demokratisierungsprozess, der in wachsendem Maß im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist. Dadurch hat auch die Fähigkeit zugenommen, sich konstruktiv mit sozialen Konflikten auseinanderzusetzen. Ein Bericht der Organisation „Freedom House“ aus dem Jahre 2013 lobt diese Entwicklung, indem sie das Land offiziell als „auf Wahlen beruhende Demokratie“ anerkennt. Der Bericht stuft das Land als „teilweise frei“ ein. Aber es ist noch ein langer Weg zur institutionalisierten Demokratie und regelmäßigen Wahlen. So hat Präsident Ikililou Dhoinine schon im September 2014 die Parlamentswahlen von November 2014 auf Januar 2015 verschoben, mit der Begründung, die Regierung sei nicht vorbereitet.

Gesellschaftliche Faktoren: Trotz eindeutig positiver Entwicklungen hin zu mehr Demokratie nehmen auch islamistische Tendenzen auf den Inseln zu. Der Vormarsch des Islamischen Extremismus ist mit der Situation in den benachbarten ostafrikanischen Ländern vergleichbar. Die Verfassung verstärkt dies mit der Vorgabe, dass alle politischen Entscheidungen auf der Basis des islamischen Glaubens getroffen werden müssen. Es existieren zwar einige gesetzliche Bestimmungen zur Religionsfreiheit, aber diese zielen mehr auf Ausländer als auf einheimische Christen. Die Verbreitung einer anderen Religion als des Islam ist rechtswidrig, Konvertiten können angeklagt werden, und Christen muslimischen Hintergrunds sind heftiger Diskriminierung vonseiten der muslimischen Mehrheit ausgesetzt. Jegliche Missionierung, außer für den Islam, ist untersagt. Christen muslimischer Herkunft können strafrechtlich verfolgt werden und erleiden schwerwiegende Benachteiligungen vonseiten der muslimischen Mehrheit. Sie werden so unter Druck gesetzt, dass sie ihren Glauben nur heimlich praktizieren können. Die Komoren haben enge Verbindungen zu anderen islamischen Regierungen im Mittleren Osten und der Golfregion geknüpft. Als Gegenleistung haben viele Golfstaaten versprochen, die Entwicklung des Landes zu unterstützen. Beispielsweise wurde den Komoren 40 Millionen Dollar aus dem „Saudischen Fonds für Entwicklungshilfe“ zur Verbesserung von Infrastruktur und Gesundheitswesen zugesagt. Diese Faktoren machen die Radikalisierung und eine mögliche Bewegung hin zum militanten Islam nicht nur wahrscheinlich, sondern lassen sie real werden.

Hinzu kommt, dass der liberale und säkulare Lebensstil auf dem nahegelegenen Archipel Mayotte von konservativen Muslimen genutzt werden könnte, um eine strengere Durchsetzung des Islam zu rechtfertigen. Extremistische Gelehrte, die vor Ort „Djaulas“ genannt werden und von denen viele aus Pakistan kommen, machen sich für eine strengere Umsetzung der Scharia im Land stark und sprechen sich damit ganz klar gegen Christen aus.

Betroffene Kategorien von Christen

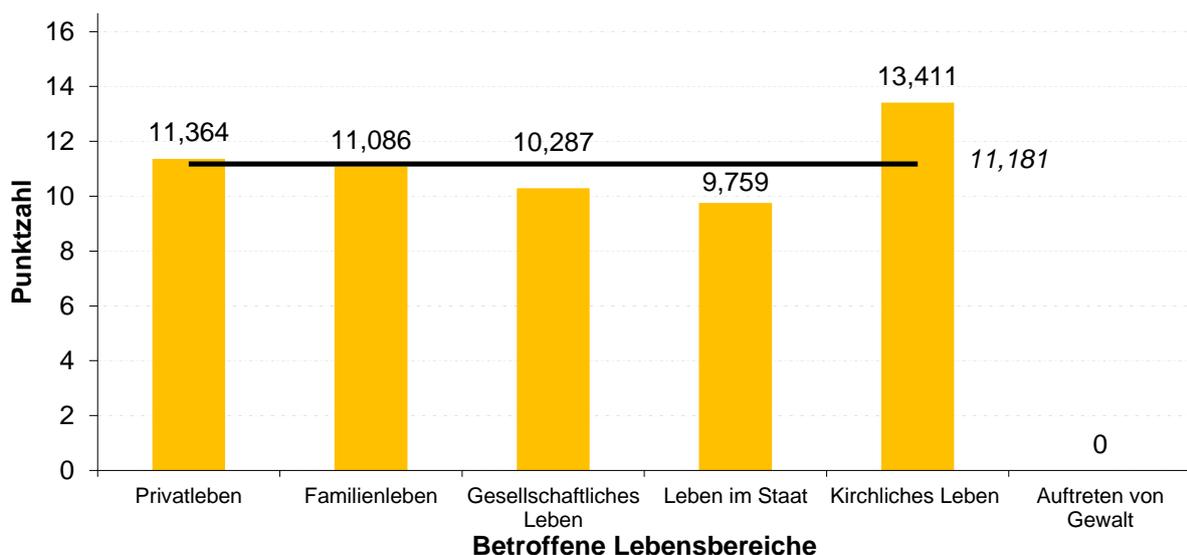
Auf den Komoren gibt es drei Kategorien von Christen: Mitglieder ausländischer Gemeinden, Christen aus protestantischen Freikirchen und Christen muslimischen Hintergrunds.

- **Ausländische Christen:** Die ausländischen Gemeinden werden hauptsächlich von extremistischen Muslimen und nicht-christlichen Leitern bedrängt und in geringerem Ausmaß auch von Leitern politischer Parteien und deren Anhängern.
- **Christen aus protestantischen Freikirchen:** Auch diese Christen (z. B. Baptisten oder Pfingstler) werden von der Regierung und von extremistischen Muslimen unter Druck gesetzt.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** Christen muslimischen Hintergrunds erleben ständige Verfolgung durch Regierungsbeamte, nicht-christliche Anführer, Leiter von politischen Parteien und deren Anhänger, aber auch durch Mitglieder der eigenen Familie und islamistische Gruppierungen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für die Komoren zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Der Durchschnittswert der ersten fünf Blöcke (11,181), der den Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen zeigt, ist vergleichbar mit dem des letzten Jahres (11,148). Der Wert für Gewalt ist von 0,556 auf null gesunken. Dies legt den Schluss nahe, dass sich die Verfolgung im Moment stabilisiert hat. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, erleben die Christen auf den Komoren Verfolgung in allen Lebensbereichen, vor allem aber im „Kirchlichen Leben“.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Komorische Christen, vor allem Christen muslimischen Hintergrunds, stehen in ihrem Privatleben unter enormem Druck. Der Religionswechsel ist nicht erlaubt. Die Regierung hat den Islam zur Staatsreligion erklärt und die Gesellschaft verstößt diejenigen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Darüber hinaus ist es sehr riskant, seine Religion in der Öffentlichkeit auszuüben.
- **Familienleben:** In diesem Bereich sehen sich die Christen bedeutenden Herausforderungen gegenüber. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Für Christen muslimischen Hintergrunds ist es schwer, ihre Kinder nach christlichen Werten und Prinzipien zu erziehen, da Kinder zwischen drei und sechs Jahren zur Koranschule müssen; außerdem wird ein Christ muslimischer Herkunft, der im Land stirbt, als Muslim beerdigt.
- **Gesellschaftliches Leben:** In diesem Bereich erleben alle Kategorien von Christen Verfolgung, wobei Christen muslimischen Hintergrunds verstärkt betroffen sind. Zusätzlich zum Druck im Bereich des Familienlebens werden sie auch im gesellschaftlichen Leben benachteiligt. Zum Beispiel haben sie nur einen begrenzten Zugang zu medizinischer Versorgung. Christen muslimischen Hintergrunds werden mit Unterstützung der Regierung stark unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben öffentlich zu widerrufen.
- **Leben im Staat:** Zusätzlich zu allen anderen Problemen der Christen im Land erklärt die Verfassung den Islam zur Staatsreligion und andere Gesetze, die auf dieser Festlegung basieren, legen den Fokus auf die Durchsetzung der Scharia.
- **Kirchliches Leben:** Es ist kein Zufall, dass dieser Bereich die höchste Wertung erreicht. Für Christen auf den Komoren ist es schwer, Versammlungsorte zu schaffen und sie können keine Bibeln und andere christliche Materialien verteilen. Hausgemeinden werden konstant von lokalen Gruppen beobachtet. Für ausländische Gemeinden ist es sehr gefährlich, einheimische Christen an den Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Wird dies entdeckt, droht den ausländischen Christen die Ausweisung.
- **Auftreten von Gewalt:** Feldforscher und externe Experten berichten, dass es keine religiös motivierte Gewalt während des Berichtszeitraums gab.

Ausblick

Erkennbare Tendenzen und ihre Bedeutung für die Kirche:

Es ist wahrscheinlich, dass sich der extremistische Islam weiter im Land ausbreiten wird, was bedeutet, dass der Druck auf Christen bestehen bleiben wird. Trotz der relativen Stabilität und dem offensichtlichen Fortschritt der Demokratisierung wird das Leben für die Christen im Land nicht besser. In den letzten zwanzig Jahren wurde der Raum für Christen geringer, da Extremisten denken, dass auf den Komoren ausschließlich Platz für sunnitische Muslime ist. In der Verfassung von 2009 wurde der Islam zur Staatsreligion erklärt, bestätigt von einem Referendum. Diese Tatsache wird durch die offensichtliche Radikalisierung der komorischen Bevölkerung im Allgemeinen und der muslimischen Jugend im Besonderen noch verschlimmert. Das Erstarken des extremistischen

sunnitischen Islam hat auch zu einer Verfolgung von schiitischen Muslimen geführt. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der Ausbreitung des extremistischen Islam in Ostafrika und anderen Teilen der Welt. Die engen Bande zwischen den Komoren und etlichen Staaten des Mittleren Ostens und der Golfregion beschleunigen den Radikalisierungsprozess auf dem Archipel. Im Mai 2014 führten die Komoren und Kuwait Verhandlungen darüber, wie man den sogenannten „bedoons“, staatenlosen Einwohnern Kuwaits, die Staatsbürgerschaft der Komoren geben könnte. Im Gegenzug erklärte sich die kuwaitische Regierung dazu bereit, den Komoren wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Eine vergleichbare Einigung wurde im Jahr 2011 zwischen den Komoren und den Vereinigten Arabischen Emiraten erzielt. 2014 wurden den Komoren 40 Millionen Dollar aus dem „Saudischen Fonds für Entwicklungshilfe“ zum Ausbau der Infrastruktur und des Gesundheitswesens zugesagt. Dies zeigt, dass die Regierung der Komoren extremistisch islamischen Staaten in der Golfregion und im Nahen Osten stark zugeneigt ist.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 40: Mexiko

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten belegt Mexiko Platz 40 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg von einem Punkt gegenüber dem Jahr 2015 (55), als das Land Rang 38 einnahm. Der leichte Punktanstieg lässt sich durch die Ausweitung des organisierten Verbrechens und eine Zunahme gewalttätiger Vorfälle gegenüber Christen im Land erklären. Die Triebkräfte von Verfolgung – „Organisiertes Verbrechen und Korruption“, „Exklusives Stammesdenken“, „Konfessioneller Protektionismus“ und „Säkulare Intoleranz“ – bestehen nebeneinander in verschiedenen Regionen des Landes. Die Überlappung der unterschiedlichen Triebkräfte treibt die Punktwertung in die Höhe.



Triebkräfte der Verfolgung

Es gibt vier Triebkräfte der Verfolgung in Mexiko: „Organisiertes Verbrechen und Korruption“ (Haupttriebkraft), „Exklusives Stammesdenken“, „Konfessionellen Protektionismus“ und „Säkulare Intoleranz“.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** In vielen Staaten Mexikos ist die Gewalt allgegenwärtig und betrifft Christen, die ihren Glauben aktiv praktizieren, besonders stark. Kirchen und andere christliche Institutionen werden von Drogenkartellen oftmals als Einnahmequelle betrachtet. Erpressungen von Priestern, Pastoren und christlichen Unternehmern sind an der Tagesordnung. Der Besuch von Gottesdiensten vergrößert das Risiko einer Entführung. Jugendliche stehen besonders in der Gefahr, von kriminellen Banden rekrutiert zu werden. Auch soziale Institutionen werden mitunter massiv bedroht, besonders solche Initiativen, die mit ihrer Arbeit in den Einflussbereich

krimineller Organisationen vordringen. Programme zur Wiedereingliederung von Drogenabhängigen und Arbeit unter Jugendlichen werden als direkte Bedrohung des Drogenhandels und der Drogenkartelle angesehen. Aus diesem Grund sind Christen, die sich in solchen Programmen engagieren, besonders gefährdet. Kirchliche Aktivitäten werden von den Mitgliedern der Drogenkartelle umfassend überwacht.

- **Exklusives Stammesdenken:** Lokale Gemeinschaften in den südlichen Staaten Mexikos werden in Übereinstimmung mit den traditionellen Stammesgesetzen und -gebräuchen regiert und legen damit allen Mitgliedern der Gemeinschaft einen einheitlichen Lebensstil auf. Sobald ein Mitglied der Gemeinschaft eine andere Religion annimmt, legen sich die Stammesregeln als Schlinge um den Hals dieser Person. In jüngerer Vergangenheit hat sich in indigenen Gebieten der Druck auf Christen verstärkt; betroffen sind vorwiegend Evangelikale und Pfingstler, in geringerem Maße auch Presbyterianer. In den Bundesstaaten Hidalgo, Chiapas, Guerrero und Oaxaca richten sich örtliche Beamte (kommunale und staatliche) mehr nach den indigenen Gesetzen als nach der Verfassung des Landes. Besonders in kleinen, ländlichen Ortschaften in den südlichen Staaten des Landes gibt es eine starke Vermischung von Katholizismus und den traditionellen Überzeugungen der Indios. Katholiken lehnen andere Formen des christlichen Glaubens ab und verleumden diese bei den Einwohnern als Initiativen, die das Ziel hätten, ihre traditionelle Kultur zu untergraben. Christen wurden deshalb mit Bußgeldern belegt, inhaftiert, geschlagen oder ermordet.
- **Säkulare Intoleranz:** Multilaterale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sind bestrebt, alle christlichen Werte aus dem Bereich der Öffentlichkeit und speziell aus dem staatlichen Bildungssystem zu entfernen. Die „liberale“ Gesetzgebung schränkt die Freiheit von Christen, ihren Glauben im öffentlichen Leben frei zu zeigen, wirkungsvoll ein. Der christliche Lebensstil wird mehr und mehr ins Lächerliche gezogen. Zwölf Homosexuellen-Verbände erstatteten Strafanzeige gegen Kardinal Juan Sandoval Iniguez, den pensionierten Erzbischof von Guadalajara. Dieser hatte in seiner wöchentlichen Videoansprache verurteilt, dass der oberste Gerichtshof von Mexiko entschieden hatte, dass das Ehe-Verbot für Schwule und Lesben gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz in der mexikanischen Verfassung verstoße. Kardinal Iniguez führte an, dass die Definition des Gerichts von Ehe „abweichend“ und eine „Verdrehung“ des wahren Wesens der Ehe sei. Homosexuellen-Verbände behaupten, die Äußerungen des Kardinals seien diskriminierend und stifteten zu Gewalt gegen Homosexuelle an.
- **Konfessioneller Protektionismus:** Katholiken stellen sich energisch neuen religiösen Bewegungen wie der Pfingstkirche oder der katholischen Erneuerungsbewegung entgegen.

Aktuelle Einflüsse

Inwieweit Mexiko als Staat noch demokratisch genannt werden darf, wird schon lange hinterfragt, vor allem wegen der langen Regierungszeit der PRI (Partido Revolucionario Institucional), die seit 1929 bis 2000 und seit 2006 an der Macht ist. Viele Analysten betrachteten die

Präsidentenwahlen im Jahr 2000 als entscheidenden Wendepunkt in der politischen Geschichte des Landes und sahen darin einen wichtigen Schritt im Demokratisierungsprozess Mexikos. Neben dem hohen Ausmaß der Korruption haben viele Menschenrechtsorganisationen Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtsbilanz des Landes im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Drogenbekämpfung. Obwohl die Drogenkartelle und andere kriminelle Organisationen für die Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen (Morde, Entführungen, Folterungen, Vergewaltigungen) verantwortlich sind, können auch die Sicherheitskräfte des Landes von diesen Vorwürfen nicht ausgenommen werden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein Bericht, der im Februar 2014 von Human Rights Watch herausgegeben wurde, vermeldete, dass von 249 Fällen verschwundener Personen 149 Fälle entweder der Polizei oder dem Militär zugeschrieben werden konnten.

Mit mehr als 128,6 Millionen Einwohnern (Zahlen der UN für 2016) weist Mexiko die größte Bevölkerungszahl im spanischsprachigen Raum auf. Nach Brasilien hat Mexiko mit einem Bruttoinlandsprodukt, das in den Top 15 der Welt (1,3 Billionen US-Dollar in 2014) angesiedelt ist, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas; hier lebt auch einer der reichsten Männer der Welt. Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 2009 hat die Wirtschaft des Landes stark getroffen, aber im Jahr 2011 betrug die Wachstumsrate bereits wieder 3,9%. Positive makro-ökonomische Indikatoren verbergen allerdings die gewaltigen Einkommensunterschiede. Nach Angaben der OECD aus dem Jahr 2013 liegt Mexiko an zweiter Stelle der Länder mit den größten Einkommensunterschieden weltweit. Obwohl der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung (Menschen, die von einem Einkommen von weniger als 2 Dollar pro Tag leben) in den vergangenen Jahrzehnten erheblich abgenommen hat (von ca. 20% im Jahr 1990 auf ca. 5% 2010) und sich auch die allgemeine Ungleichheit leicht verringert hat (Mexiko hatte 2002 einen Gini-Koeffizienten von 51,4 und 2010 von 48,1), wird Mexiko immer noch als „ausgesprochen ungleiche Gesellschaft“ angesehen.

Mexiko ist eines der gewaltintensivsten Länder der Welt. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Kriminalität (UNODC) erfasste in Mexiko über 26.000 Tötungsdelikte im Jahr 2012, damit liegt das Land an vierter Stelle auf der Weltrangliste (zwischen dem kriegsgebeutelten Nigeria und der Demokratischen Republik Kongo auf der Weltrangliste aus dem Jahr 2013).

Auch auf weitere Indikatoren gestützt befindet sich Mexiko konstant unter den Ländern mit der höchsten Gewalttätigkeit der Welt. Seit über einem Jahrzehnt ist Mexiko auf Platz 1 der Weltrangliste (in absoluten Zahlen) bei Entführungen mit Lösegelderpressung (Control Risk 2015). Des Weiteren kommt es sehr häufig vor, dass Menschen durch verbrecherische Einwirkung verschwinden: Die mexikanische Regierung gab an, dass während der Präsidentschaft Calderóns (2006 bis 2012) 26.121 Fälle verschwundener Menschen gemeldet wurden. Die Nationale Menschenrechtskommission meldete während des gleichen Zeitraums 16.076 verschwundene Menschen und 6.109 aufgefundene, nicht identifizierte Leichen (ICG 2013). In Lateinamerika steht Mexiko nach Kolumbien und El Salvador auf Rang 3 hinsichtlich der Anzahl Binnenvertriebener. In sechs Jahren hat sich in Mexiko die Anzahl der Binnenflüchtlinge von „lediglich“ 8.000 Menschen im Jahr 2009 auf 281.418 im Jahr 2014 erhöht, das ist eine Erhöhung um den Faktor 35. Der steile Anstieg der Zahl der Binnenflüchtlinge ist alarmierend. Gründe dafür sind vorrangig eine Kombination krimineller, politischer und geschlechtsspezifischer Gewalt, erzwungene Rekrutierungen in Drogenkartelle und religiöse Intoleranz (IDMC 2015).

Betroffene Kategorien von Christen

In Mexiko gibt es drei Kategorien von Christen:

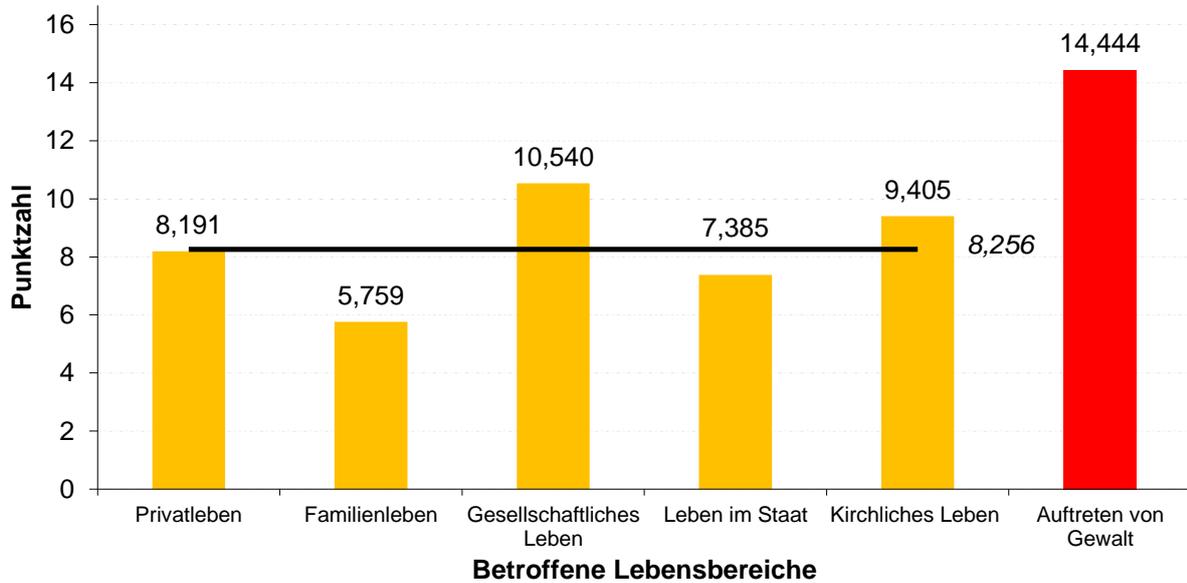
- **Christen aus traditionellen Kirchen** wie der römisch-katholischen Kirche (nach wie vor die Mehrheitsreligion) sowie Mainstream-Protestanten (Presbyterianer und andere)
- **Christliche Konvertiten** aus indigenen Familien oder mit Mafia-Hintergrund
- **Christen aus protestantischen Freikirchen** wie der Pfingstbewegung und der katholischen Erneuerungsbewegung

Christen aller Kategorien sind von Verfolgung betroffen, wenngleich es Unterschiede bei den Triebkräften von Verfolgung gibt. Unter Organisiertem Verbrechen und Korruption leiden alle christlichen Gruppen, besonders aber jene Christen, die sich aktiv für gesellschaftliche Veränderungen engagieren und deshalb eine Bedrohung der Vorherrschaft derer darstellen, die zur Verfolgung antreiben. Christen, die kriminelle Organisationen verlassen, erleben große Verfolgung. Exklusives Stammesdenken stellt überwiegend für Konvertiten aus traditionellen Glaubensrichtungen der Indios hin zu nicht-traditionellen, protestantischen Denominationen eine Gefahr dar; aber auch Angehörige der katholischen Erneuerungsbewegung sind hierdurch zur Zielscheibe geworden. Konfessioneller Protektionismus behindert, wie bereits erwähnt, alle nicht-traditionellen Formen des christlichen Glaubens. Die Säkulare Intoleranz betrifft alle christlichen Denominationen.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Mexiko zeigt die Wertungen für vier Triebkräfte von Verfolgung: Organisiertes Verbrechen und Korruption, Exklusives Stammesdenken, Konfessionellen Protektionismus und Säkulare Intoleranz. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche, die den Verfolgungsdruck auf die Christen zeigt, liegt bei 8,256 Punkten und ist vergleichbar mit dem Wert von 2015 (8,228). Die Punktzahl im Bereich Gewalt ist sogar noch höher als im vergangenen Jahr, die Punkteanzahl ist von 13,519 (WVI 2015) auf 14,444 Punkte angestiegen. Das Verfolgungsmuster verdeutlicht, dass die Verfolgungssituation eher von anhaltender Gewalt („smash“) geprägt ist als durch ständig steigenden Verfolgungsdruck („squeeze“) auf Christen. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist der Druck in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“ am stärksten, dazu kommt eine sehr hohe Gewaltrate. Das ist typisch für eine Situation, in der kriminelle Gruppen die Gesellschaft auf lokaler Ebene terrorisieren.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben und Familienleben:** Als Folge des Konfessionellen Protektionismus werden Ausdrucksformen des christlichen Glaubens wie Hochzeiten, Taufen oder Bestattungen, die nicht den traditionellen katholischen Riten entsprechen, manchmal von Familienmitgliedern behindert. Kindererziehung gemäß bestimmter christlicher Überzeugungen kann ebenfalls zum Widerstand von Familienmitgliedern führen.
- Gesellschaftliches Leben:** Exklusives Stammesdenken zeigt sich vorwiegend in indigenen Gebieten und landwirtschaftlichen Kollektiven („ejidos“) in den südlichen Staaten des Landes. Grundsätzlich richtet sich diese Triebkraft von Verfolgung sowohl gegen katholische Traditionalisten als auch gegen diejenigen, die zu neuen religiösen Bewegungen (Pfingstbewegung, katholische Erneuerungsbewegung) übergetreten sind. Das zeigt sich besonders stark im kommunalen Bereich, z. B. dadurch, dass man Christen von grundlegenden sozialen Versorgungsdiensten ausschließt.
- Leben im Staat:** Im staatlichen Bereich betrifft Säkulare Intoleranz größtenteils die unterschiedlichen Ausdrucksweisen von Intoleranz gegenüber christliche Überzeugungen und den christlichen Lebensstil. Als Folge von Konfessionellem Protektionismus erleben Christen, die protestantischen Freikirchen angehören, gelegentlich Hindernisse, wenn sie es mit der Regierung zu tun haben.
- Kirchliches Leben:** Organisiertes Verbrechen und Korruption beeinträchtigen Christen im Bereich des kirchlichen Lebens. Durch die intensive Gewalt und die wiederholt vorkommende Erpressung christlicher Leiter haben Christen bisweilen Angst, sich zu Gottesdiensten usw. zu versammeln. Extreme Gewalt, Morde, Erpressungen und Entführungen versetzen die Christen in Furcht, so dass sie und damit auch die

Gemeinden es oft vorziehen, nicht öffentlich aufzutreten. Ein normales Gemeindeleben ist in manchen Gegenden fast nicht möglich. Christen, welche die von kriminellen Organisationen geforderten Schutzgeldzahlungen verweigern, müssen ihre Kirche oder Unternehmen schließen oder mit gewalttätigen Vergeltungsaktionen rechnen. Oft werden ihre Häuser angegriffen und einige Christen wurden sogar getötet.

- **Auftreten von Gewalt:** Seit über einem Jahrzehnt liegt Mexiko in absoluten Zahlen auf Platz 1 der Weltrangliste bei Entführungen mit Lösegelderpressung. Wie es aussieht, wird sich die Situation auch nicht so schnell ändern. Die mexikanische Nichtregierungsorganisation „Seguridad, Justicia y Paz“ („Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden“) veröffentlichte am 26. März 2015 einen Bericht über den steilen Anstieg der Entführungen in Mexiko während der ersten zwei Jahre seit Amtsantritt des Präsidenten Peña Nieto. Die gesamte mexikanische Bevölkerung leidet stark unter organisiertem Verbrechen, dies schließt Christen mit ein. Entführung mit Lösegelderpressung ist vor allem für Drogenkartelle eine Einkommensquelle. Familienmitglieder christlicher Leiter sind besonders stark von Entführungen bedroht, da sie von den Drogenkartellen durch das Einsammeln von Spendengeldern als wohlhabend angesehen werden. Entführungen werden auch als strategisches Mittel genutzt, um Menschen einzuschüchtern, die sich weigern, mit ihnen zusammenzuarbeiten, oder ihren Einfluss gefährden. Christen, die sich sozial engagieren, sind aus diesem Grund ebenfalls häufig Zielscheibe von Entführungen.

In indigenen Gemeinschaften erleiden Konvertiten oft Gewalt, werden vertrieben oder müssen die Zerstörung ihrer Häuser hinnehmen. Im Berichtszeitraum wurden aus den südlichen Staaten Mexikos rund 80 Fälle von Misshandlungen notiert. Darüber hinaus wurden hunderte Fälle von Zwangsvertreibung gemeldet. Am 10. Mai 2015 wurde im Dorf Santa Fe de la Laguna die für Gottesdienste der Kirche „*Iglesia Apostólica en la Fe en Cristo Jesús*“ genutzte Hütte von feindseligen Dorfbewohnern in Brand gesetzt. Mit Traktor und Vorschlaghämmern wurden das Fundament und die Wände des im Bau befindlichen Kirchengebäudes zerstört.

Ausblick

- 1) Nationale Sicherheitskräfte haben sich bislang als unfähig erwiesen, der Gewalt Herr zu werden, was zum Teil auf die Infiltrierung der Institutionen für Sicherheit und Justiz zurückzuführen ist. Der „Kampf gegen das Verbrechen“ ist noch lange nicht gewonnen, trotz der verzweifelten Bemühungen seitens der Sicherheitskräfte. In einigen Teilen des Landes gibt es zwar positive Entwicklungen, im Großen und Ganzen gelingt es dem Staat Mexiko allerdings zu wenig, Drogenkartelle und das organisierte Verbrechen einzudämmen. Mexiko wurde schon als „Narko-Demokratie“ bezeichnet – vielleicht zu Recht –, da die Aufrechterhaltung der Rechtstaatlichkeit nicht gegeben ist. Auf dem Papier hat Mexiko adäquate Gesetze und politische Einrichtungen, in der Praxis jedoch sind Straflosigkeit und Korruption weit verbreitet. Die Sicherheitslage im Land wird wohl auch in Zukunft schwierig bleiben und ist so auch weiterhin eine große Herausforderung für die Kirche.

- 2) Die Gewaltkultur betrifft den Alltag aller Mexikaner und spiegelt die Unfähigkeit der mexikanischen Regierung wider, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten; dies gilt insbesondere für die am stärksten benachteiligten Gruppen, einschließlich Christen, die Minderheitengruppen angehören.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 41: Kuwait

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 56 Punkten belegt Kuwait Platz 41 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um 7 Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (49), als Kuwait Rang 50 einnahm. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Situation in Kuwait vor allem aus zwei Gründen verschlechtert:

- 1) **Regionale Entwicklung:** Der „Islamische Staat“ (IS) hat einen sehr starken Einfluss auf die Gesellschaft, was diese immer konservativer werden lässt. Diese Entwicklung erzeugt Angst unter den Christen. Sie fürchten Verschleppungen und ähnliche Taten, die mittlerweile zum Markenzeichen des IS geworden sind. Dieser hat es geschafft, ein Netzwerk in Kuwait aufzubauen. Im Juli 2015 teilte der Innenminister der Öffentlichkeit mit, dass die Sicherheitskräfte der Regierung ein IS-Netzwerk entdeckt hätten.
- 2) **Regierung:** Um die Bevölkerung zu kontrollieren, die einer sehr extremen islamischen Ideologie ausgesetzt ist, hat die Regierung von Kuwait entschieden, noch autoritärer aufzutreten. Dies brachte auch für Christen strenge Einschränkungen in den Bereichen Vereinigungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit mit sich.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Kuwait sind „Islamischer Extremismus“ und in geringerem Maße „Diktatorische Paranoia“ (vermischt mit Islamischem Extremismus).

- **Islamischer Extremismus:** Islamischer Extremismus ist die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen. Er hat sowohl auf der nationalen wie auch auf der kommunalen Ebene massive Auswirkungen. Wichtig ist auch, den Islamischen Extremismus innerhalb Kuwaits im Zusammenhang mit der Situation in der gesamten Region zu betrachten. Diese befindet sich im Chaos und die Gesellschaft ist deutlich konservativer geworden. Sowohl die Gesetze als auch die Verfassung Kuwaits bekräftigen die konservative Grundeinstellung der Gesellschaft. Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und das islamische Gesetz (Scharia) eine wichtige Grundlage der Gesetzgebung. Die Regierung hat die Teilnahme am Islamunterricht für alle Schüler zur Pflicht gemacht. Das gilt sowohl an öffentlichen wie auch an privaten Schulen. Den

christlichen Glauben zu lehren ist verboten; das gilt auch für offiziell anerkannte christliche Gruppen. In der Vergangenheit waren viele Kuwaitis gegenüber nicht-muslimischen Einwohnern tolerant eingestellt. Seit eine Gruppe extremistischer Muslime an Einfluss gewonnen hat, hat sich die Haltung geändert. Die Gruppe hat es sich zum Ziel gesetzt, alle Christen aus dem Land zu vertreiben. Weiter erschwert wird die Lage durch das Erstarren des IS in Syrien und im Irak. Die vom IS propagierte Auslegung des Islam hat unter bedeutenden sunnitischen Extremisten Anklang gefunden. In den Reihen des IS kämpfen auch kuwaitische Bürger.

- **Diktatorische Paranoia:** Obwohl die kuwaitische Regierung ihren Bürgern vergleichsweise große Freiheiten gewährt, existieren zahlreiche Einschränkungen. Das Land wird von einer königlichen Familie regiert, die bereits häufig den Willen des Parlaments übergangen hat. Ein wesentlicher Zug Diktatorischer Paranoia sind von den Machthabern festgelegte Bestimmungen, die alle organisierten Gruppierungen daran hindern sollen, ihnen ihre Vormachtstellung streitig zu machen. In Kuwait gibt es offiziell keine politischen Parteien mehr. Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind ebenso eingeschränkt.

Aktuelle Einflüsse

Kuwait ist ein winziger Staat, dessen starke Wirtschaft auf Öl gegründet ist. Es ist eines der reichsten Länder der arabischen Welt. Mehr als die Hälfte seiner 4.007.000 Einwohner sind ausländischer Herkunft. Es hat eine vergleichsweise offene Wirtschaft und verfügt über mehr als sechs Prozent der weltweiten Rohölreserven. Bisher konnte sich die Regierung sehr erfolgreich der traditionell konservativen Stammesgesellschaft des Landes bedienen, um liberale und linksgerichtete Gruppen auszuschalten. Davon waren auch andere religiöse Minderheiten gravierend betroffen. Kuwait ist im Jahr 1996 einigen maßgeblichen Menschenrechtskonventionen der UN beigetreten: dem „Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ und dem „Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“. Allerdings werfen Kritiker der Regierung vor, dass die darin festgeschriebenen Menschenrechte in Kuwait faktisch nicht gewährt werden, darunter das Recht auf Religionsfreiheit. „Freedom House“ stuft das Land in seinem Bericht vom Jahr 2015 als „teilweise frei“ ein.

Die kuwaitische Gesellschaft ist konservativ. Der Islam gibt ein breites Spektrum an Regeln für das persönliche, familiäre und gesellschaftliche Leben vor. Es ist für Kuwaitis unvorstellbar, die Religion vom sozialen und politischen Leben zu lösen. Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der Religionsfreiheit sind voller Widersprüche. Einerseits gibt es das Recht auf Religionsfreiheit, andererseits wird dies stark eingeschränkt durch die Erklärung, dass die Ausübung der Religionsfreiheit nicht die überkommenen Bräuche, die Politik oder die öffentliche Moral verletzen darf.

Betroffene Kategorien von Christen

In Kuwait gibt es folgende Kategorien von Christen:

- **Ausländische Christen:** Es gibt 350.000 Christen in Kuwait, die meisten von ihnen sind Arbeitsmigranten. Ausländische Christen haben eine relativ große Freiheit, informelle Gottesdienste zu feiern. Allerdings sind die verfügbaren Gottesdiensträume für die Anzahl der Besucher zu klein, sodass kuwaitische Nachbarn sich durch den Lärm und den

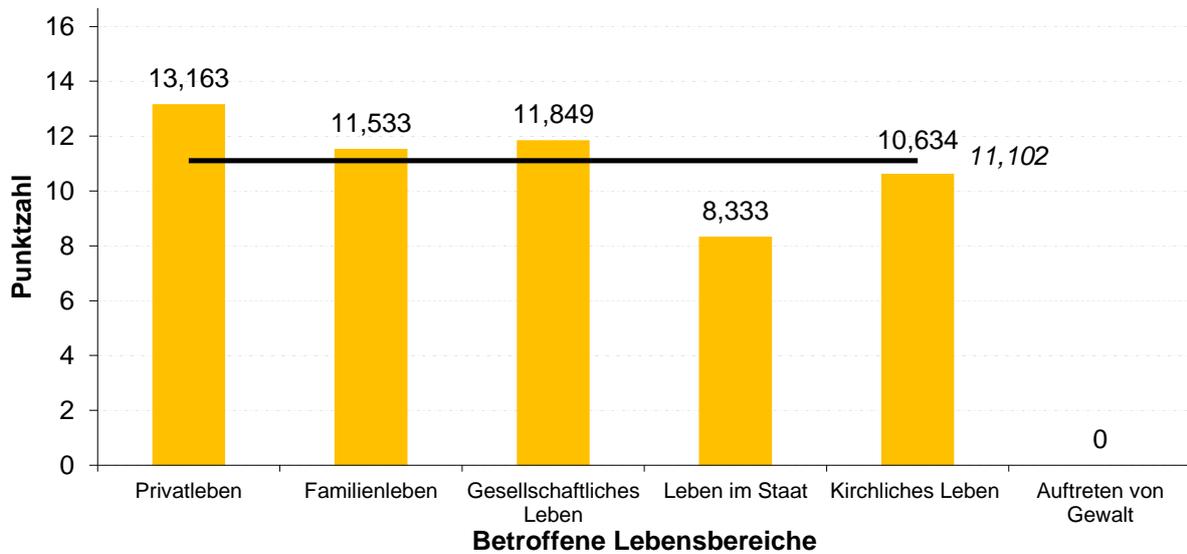
Trubel dieser überfüllten Versammlungsorte belästigt fühlen. Ein Gebäude für Gottesdienste zu erwerben ist extrem schwierig, was die Situation zusätzlich erschwert. Auf der anderen Seite hat diese Situation die verschiedenen Gemeinden dazu gezwungen, die verfügbaren Versammlungsorte gemeinsam zu nutzen. Eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit ist die Folge. Die momentane Lage in der Region ist geprägt von den Aktivitäten des IS und erzeugt unter den ausländischen Christen sehr viel Angst.

- **Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten):** In Kuwait erleiden Christen muslimischer Herkunft die intensivste Verfolgung. Sie riskieren Diskriminierung, Schikanen, polizeiliche Überwachung ihrer Aktivitäten und alle möglichen Formen der Bedrohung durch Bürgerwehren. Darüber hinaus wird ein Religionswechsel (weg vom Islam) nicht anerkannt und führt meistens zu rechtlichen Problemen hinsichtlich des Familienstandes und der Besitzverhältnisse. Christen muslimischer Herkunft werden hauptsächlich von der eigenen Familie und extremistischen Muslimen verfolgt, in geringerem Maß auch von den Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Kuwait basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 11,102 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (9,707) beträchtlich zugenommen hat. Im Bereich „Auftreten von Gewalt“ wurden keine Vorkommnisse registriert (wie auch schon im letzten Jahr). Die Zunahme des Verfolgungsdrucks wirkt sich vor allem im Bereich „Gesellschaftliches Leben“ aus, gefolgt vom Bereich „Leben im Staat“. Die ermittelten Daten weisen darauf hin, dass gesellschaftliche Akteure ebenso für den Anstieg des Verfolgungsdrucks verantwortlich sind wie die Regierung, welche versucht, diese Akteure und die Gesellschaft insgesamt weitgehend zu kontrollieren. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, erleben Christen in Kuwait Verfolgung in allen Lebensbereichen, aber in verschiedenem Ausmaß. Der Druck ist am intensivsten im Bereich „Privatleben“, besonders für Christen muslimischer Herkunft, gefolgt von den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Familienleben“ und „Kirchliches Leben“.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Auch wenn das Gesetz einen Religionswechsel nicht offiziell verbietet, stellt die Regierung doch Hürden für Menschen auf, die den Islam verlassen wollen. Sie bekommen etwa kein offizielles Dokument, auf dem ihr neuer Glaube eingetragen ist. Missionieren ist gesetzlich verboten, was die Regierung auch überwacht. Hinzu kommt, dass der Druck vonseiten der Familie und der Gesellschaft es für Christen extrem gefährlich macht, öffentlich über ihren Glauben zu sprechen.
- Familienleben:** Christen, vor allem solche muslimischer Herkunft, stehen in Kuwait vor gravierenden familiären Herausforderungen. Sie werden ungeachtet ihres neuen Glaubens oft nach islamischem Ritus auf muslimischen Friedhöfen beerdigt, und es gibt nur sehr wenige Grabstätten für ausländische Christen. Taufen müssen sehr diskret durchgeführt werden, da öffentliche Taufen schwere Misshandlungen und Bedrohungen vonseiten der Familie genauso wie vonseiten der gesamten Gesellschaft nach sich ziehen können. Ein Beobachter berichtet: „In Kuwait ist die Religion des Ehemannes entscheidend für die Frage, ob das islamische Recht auf die Familienmitglieder anzuwenden ist. Ein nicht-muslimischer Mann darf keine muslimische Frau heiraten, es sei denn, er konvertiert zum Islam. Diese Gesetze haben weitreichende Folgen für das Sorgerecht und das Erbrecht.“
- Gesellschaftliches Leben:** Die Gesellschaft betrachtet Christen als Menschen zweiter Klasse, als Fremde und als Ungläubige. So ist es nicht erstaunlich, dass Christen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verwehrt wird. Während des Fastenmonats Ramadan haben die Christen mit der faktisch von Regierung und Gesellschaft aufgestellten Forderung zu kämpfen, dass tagsüber nicht gegessen und getrunken werden darf. Christen muslimischer Herkunft stehen immer unter dem Druck, ihren christlichen Glauben wieder aufzugeben. Schulische Erziehung ist ein weiterer Bereich,

in dem Christen vor Herausforderungen stehen. Ein Beobachter stellte fest: „Die Regierung fordert für alle Schüler an öffentlichen Schulen islamischen Religionsunterricht. Auch an Privatschulen, in denen ein oder mehrere muslimische Schüler sind, muss es islamischen Religionsunterricht geben. Dabei verbietet das Gesetz organisierten Religionsunterricht – außer für die islamische Religion.“

- **Leben im Staat:** Die Regierung von Kuwait hat den Islam zur Staatsreligion erklärt. Die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit in Kuwait entspricht nicht dem internationalen Verständnis. Laut Gesetz müssen der Führer des Landes (der Emir) und seine Eltern Muslime sein. Die Regierung schreibt Islamunterricht an allen öffentlichen und privaten Schulen vor. Sie finanziert und unterstützt sunnitische Muslime in ihrem Bestreben, Ausländer zu missionieren.
- **Kirchliches Leben:** Kirchliches Leben ist in Kuwait nur eingeschränkt möglich. Gemäß staatlicher Anordnung müssen sich Kirchen denselben hohen Anforderungen stellen wie gemeinnützige Organisationen: Sie müssen sich registrieren lassen und eine Lizenz beantragen. Der Käufer eines Grundstücks für den Bau einer Kirche muss ein kuwaitischer Staatsbürger sein. Für einen Christen muslimischer Herkunft wäre es sehr gefährlich, einfach ein Stück Land für den Bau einer Kirche zu kaufen. Ein Feldmitarbeiter erklärt: „Kirchen, die eine Lizenz für den Bau eines neuen Gottesdienstgebäudes beantragten, mussten Jahre auf eine Genehmigung warten. Anträge wurden abgelehnt oder Genehmigungen aus technischen Gründen verweigert. Die meisten der anerkannten christlichen Kirchen empfanden ihre bestehenden Gebäude als unpassend für die Bedürfnisse ihrer Gemeinde und hatten große Schwierigkeiten, die nötigen behördlichen Genehmigungen für den Bau neuer Gebäude zu bekommen. Lokale Behörden behinderten religiöse Versammlungen in Privatgebäuden und übten Druck auf Vermieter aus, die Gebäude an nicht-lizenzierte Kirchen vermieteten.“
- **Auftreten von Gewalt:** Es liegen keine Meldungen über Gewaltanwendungen gegenüber Christen vor.

Ausblick

Die Zukunft Kuwaits hängt, wie auch die anderer Länder der Region, wesentlich von der allgemeinen Politik der Region ab. Die Situation im Mittleren Osten und der Golfregion ist schwerer vorhersehbar denn je. Das Wachstum des sunnitischen Extremismus, besonders in Form des IS, ist zur Schlüsselfrage nicht nur für die Christen in der Region, sondern auch für die einzelnen Staatsoberhäupter und die internationale Gemeinschaft geworden. Länder mit einer sunnitischen Mehrheit, einschließlich Kuwait, sind in Alarmbereitschaft. Die massiven Aktivitäten des IS in Syrien und dem Irak werden bedeutenden Einfluss haben. Auch in Kuwait hat der IS bereits ein eigenes Netzwerk aufgebaut. Solange sich das Land offen an der Weltwirtschaft beteiligt, werden trotz des allgegenwärtigen Drucks auch künftig Christen ins Land kommen. Dies könnte langfristig dazu beitragen, dass die kuwaitische Gesellschaft lernt, Vielfalt zu akzeptieren und ein besseres Verständnis füreinander zu entwickeln. Das Land nimmt die Bedrohung durch den IS ernst, besonders

nachdem sich am 26. Juni 2015 ein Selbstmordattentäter in die Luft sprengte und mehr als 25 Schiiten tötete und weitere 225 verletzte.

Basierend auf vergangenen Erfahrungen und in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen könnte die künftige Situation der Christen in Kuwait so aussehen: Die Christen werden weiterhin in Angst leben, weil die Gesellschaft für sie gefährlicher wird. Diese wird sich immer weiter in eine konservative Richtung bewegen. Kirchen werden auch künftig große Probleme haben, sich registrieren zu lassen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 42: Kasachstan

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt Kasachstan Platz 42 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. 2015 nahm das Land mit 51 Punkten ebenfalls Rang 42 ein. Der Punktanstieg lässt sich vor allem durch die wachsende Kontrolle erklären, die das Regime über das gesamte Land ausübt.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkräfte der Christenverfolgung in Kasachstan sind „Diktatorische Paranoia“ und in geringerem Maße „Islamischer Extremismus“. Anzumerken ist hierbei, dass die Diktatorische Paranoia in Kasachstan ein Produkt der kommunistischen Vergangenheit ist und daher aus der kommunistischen Unterdrückung entstand, auch wenn die Ideologie des Kommunismus seit Jahren in Kasachstan keine Rolle mehr spielt.



- **Diktatorische Paranoia:** Außerhalb der staatlich geleiteten und vom Regime kontrollierten Institutionen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Sowohl Protestanten als auch Zeugen Jehovas werden aufgrund ihrer Religionsausübung außerhalb staatlich geduldeter Strukturen oft als „Extremisten“ gebrandmarkt. Im Jahr 2015 hat sich der Druck der Behörden verstärkt. Es ist üblich, Mitglieder protestantischer Kirchen als Angehörige einer fremdartigen Sekte zu betrachten, deren einzige Ziele das Ausspionieren und die Zerstörung des aktuellen politischen Systems sind. Diese Sichtweise erklärt, warum sie nicht nur unter Kontrolle gehalten werden, sondern bei Bedarf sogar ausgemerzt werden müssen. Die Sicherheitsdienste haben ihre Abhörbemühungen verstärkt, um „Extremisten“ aufzuspüren. Davon sind auch Christen und Kirchen betroffen. Ein weiterer Bereich, in dem hart durchgegriffen wird, ist die religiöse Erziehung – hiervon sind alle Religionen betroffen.
- **Kommunistische Unterdrückung:** Kommunistische Unterdrückung ist das historische Fundament, auf dem das gegenwärtige Regime errichtet wurde. Der Kommunismus hat zwar keine Bedeutung mehr für die ideologische Ausrichtung des Regimes, doch

zahlreiche Kontrollsysteme und Mechanismen entstammen noch dem kommunistischen System.

- **Islamischer Extremismus:** Islamische Kreise üben besonders starken Druck auf christliche Konvertiten mit einem muslimischen Hintergrund aus. Wenn Kasachen sich dem Glauben an Jesus Christus zuwenden, erfahren sie vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft starken Druck bis hin zu physischer Gewalt. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Christen werden für längere Zeit eingesperrt und geschlagen. Lokale Mullahs wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und üben so zusätzlichen Druck auf sie aus. Es kommt auch vor, dass Konvertiten aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Dies alles führt dazu, dass Christen muslimischer Herkunft ihren Glauben möglichst geheim halten.

Aktuelle Einflüsse

Präsident Nasarbajew altert zusehends (er wurde am 6. Juli 1940 geboren) und ist Berichten zufolge gesundheitlich angeschlagen. Regelmäßig kursieren über ihn Gerüchte von Herzproblemen, manchmal sogar von Herzinfarkten oder kleineren Schlaganfällen. Diese Gerüchte führen zu der immer noch unbeantworteten Frage, wer ihm nachfolgen wird. Da die herrschende Elite und etliche Familien viel zu verlieren haben, ist kurzfristig keine große Veränderung zu erwarten. Wie ein Kontakt dazu sagte: „Ein fragwürdiger Führer wird einen anderen ablösen.“ Doch die Unsicherheit wächst und verstärkt die herrschende Paranoia.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die große russische Minderheit im Norden des Landes. Offiziellen Informationen zufolge sind 23,3 Prozent der Gesamtbevölkerung Kasachstans russischer Herkunft. Diese Tatsache bereitet dem Regime ebenfalls einige Kopfschmerzen, angesichts der machtbewussten Politik der russischen Regierung unter Präsident Putin. Die Geschehnisse auf der Krim und in der Ostukraine zeigen, dass die Sorgen Kasachstans nicht unbegründet sind.

Eine wachsende Gruppe islamischer Extremisten, die im Oktober 2011 kleinere Bombenanschläge verübt hat, verstärkt die Sorgen des Landes zusätzlich. Behördenangaben zufolge kämpfen bereits 300 kasachische Dschihadisten an der Seite des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien und dem Irak. Inoffizielle Quellen sprechen von deutlich höheren Zahlen. Das Regime nutzt diese Informationen und übertreibt die Gefahren, um die Knebelung der Gesellschaft und weitere Einschränkungen von Freiheiten rechtfertigen zu können.

Betroffene Kategorien von Christen

In Kasachstan leben Christen aller Kategorien, die alle in unterschiedlichem Ausmaß Verfolgung erleben.

- **Ausländische Christen:** Sie konzentrieren sich eher auf gemeindeinterne als auf evangelistische Aktivitäten.
- **Christen aus traditionellen Kirchen:** Diese Gruppen, von denen die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) mit Abstand die größte darstellt, sind unter Kasachen nicht evangelistisch tätig. Da das kasachische Regime sie nicht als Gefahr einstuft, können sie weitgehend

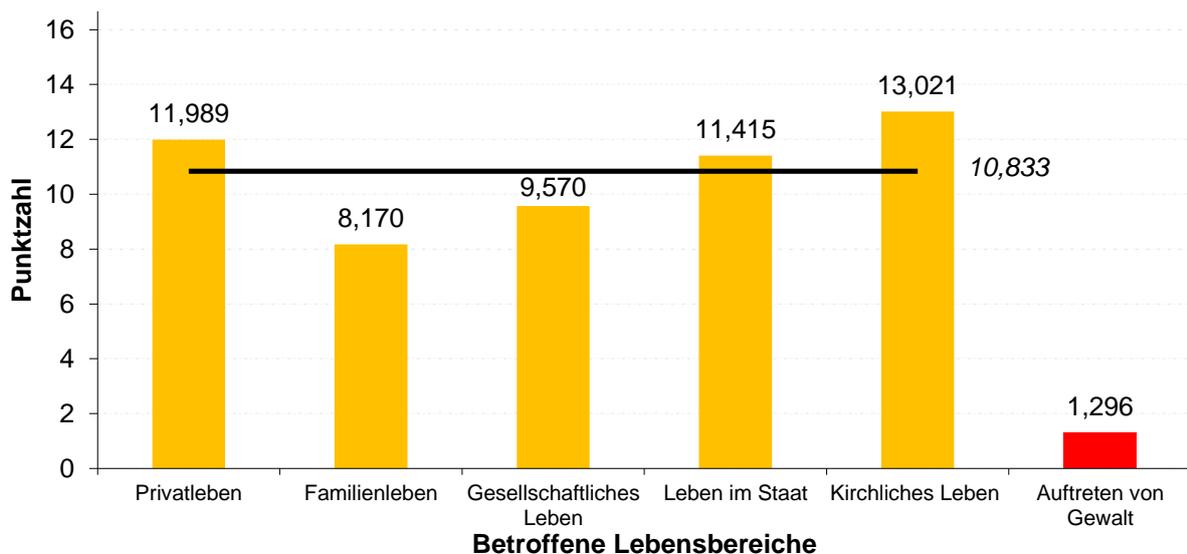
normal funktionieren. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland zu provozieren, indem sie gegen die Russisch-Orthodoxe Kirche vorgeht. Die Vorkommnisse im Osten der Ukraine dienen als warnendes Beispiel.

- **Christen muslimischer Herkunft:** Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund bekommen die ganze Wucht der Verfolgung in Kasachstan zu spüren. Abgesehen vom Staat werden sie auch von Familie, Freunden und Gesellschaft unter Druck gesetzt.
- **Mitglieder von protestantischen Freikirchen:** Mitglieder dieser Kirchen (z.B. Baptisten, Evangelikale, Pfingstler) sind die zweite Gruppe, die besonders verfolgt wird. Unter ihnen sind es vor allem die nicht registrierten Gruppen. Sie leiden unter vielen Angriffen, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen durch die Behörden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Kasachstan basiert auf der Summe der Wertungen für Diktatorische Paranoia und Islamischen Extremismus. Die durchschnittliche Wertung der ersten fünf Säulen liegt bei 10,833 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem letzten Jahr (10,041) zugenommen hat. Auch im Bereich „Physische Gewalt“ (1,296 Punkte) ist ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr (1,111 Punkte) zu verzeichnen. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster veranschaulicht, ist die Verfolgung in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ am intensivsten. Der Druck durch Islamischen Extremismus ist am stärksten in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“, wohingegen die herrschende Diktatorische Paranoia sich am deutlichsten auf die Bereiche „Privatleben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ auswirkt.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Die Hinwendung von Menschen zum christlichen Glauben löst oft heftige Reaktionen aus. Christen muslimischer Herkunft und Mitglieder protestantischer Kirchen werden ständig angegriffen. Sie vermeiden es, öffentlich christliche Rituale zu praktizieren oder christlicher Symbole zu zeigen, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der Staat ist außerordentlich empfindlich, was die Ausbreitung „nicht-traditioneller“ Religionen ohne staatliche Anerkennung angeht. Protestantische Christen sind das Hauptziel der staatlichen Überwachung und Überprüfung. Da sie offiziell nicht anerkannt sind, haben Protestanten kein Recht auf freie Meinungsäußerung und Religionsausübung, wie es anderen Christen, z.B. Orthodoxen oder Katholiken, zuerkannt wird. Es gab viele Berichte von Razzien gegen Organisationen und Personen aus dem protestantischen Bereich, bei denen die Behörden christliche Materialien und Bücher beschlagnahmten und den Eigentümern Geldstrafen auferlegten. Für Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten) und solche, die aktiv das Evangelium weitergeben, stellt die Nutzung christlicher Medien ein hohes Risiko dar. Sobald Christen, egal ob russischer oder kasachischer Nationalität, in ihrem Umfeld Glaubensthemen ansprechen, entstehen unmittelbar dadurch Konflikte. Das gleiche gilt für Christen mit muslimischem Hintergrund. Auch in Fällen, in denen protestantische Christen nicht das Evangelium verkünden, sondern nur Gewissensfragen ansprechen, kann es passieren, dass Auseinandersetzungen entstehen. Immer wieder erfahren Christen Ablehnung, Beleidigungen und Vorwürfe der „Sektiererei“ vonseiten ihrer Freunde, Verwandten und Bekannten. Da sie von der Gemeinschaft genau beobachtet werden, ist es schwierig für konvertierte Christen, sich mit anderen Christen zu treffen. Der kasachische Geheimdienst (KNB) überwacht alle Christen, die nicht dem orthodoxen Glauben angehören.
- **Familienleben:** Ein äußerst wichtiger Schritt für konvertierte Kasachen ist die Taufe, die sehr häufig zu Konflikten mit muslimischen Verwandten führt. Manche Kasachen wollen deshalb ihre Taufe nicht öffentlich vollziehen, so dass es immer wieder Taufen im Verborgenen gibt. In Kasachstan existiert eine Trennung zwischen „europäischen“ und islamischen Friedhöfen. Das führt bei Christen muslimischer Herkunft oftmals zu Sorgen darüber, wie und wo sie beerdigt werden. Die islamischen Friedhöfe erlauben zwar eine Beerdigung von Christen, allerdings nur unter der Bedingung, dass die Bestattung nach islamischen Riten abgehalten wird. In den vergangenen Jahren hat die Überwachung durch Sicherheitskräfte immer mehr zugenommen, so dass die Religionsfreiheit im Land mittlerweile ernsthaft gefährdet ist. Für protestantische Christen wurde die Situation besonders durch ein Gesetz aus dem Jahr 2011 erschwert, das Aktivitäten von staatlich nicht anerkannten religiösen Gruppen einschränkt. Das Gesetz erlaubt zwar Eltern, ihre Kinder nach den eigenen religiösen Überzeugungen zu erziehen, solange Gesundheit oder Rechte der Kinder nicht beeinträchtigt werden. Allerdings gilt dies nur für religiöse Überzeugungen und Gruppierungen, die vom Staat offiziell anerkannt wurden. Kinder protestantischer Christen werden aufgrund des christlichen Glaubens der Eltern oftmals belästigt oder diskriminiert. Schulen und Institutionen verwenden staatliche Gelder für die Organisation von Propagandaveranstaltungen zur Bekämpfung von „Sekten“, was evangelikale Gemeinden einschließt. Angeblich ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings wird jeder Bürger nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert. Christen muslimischer Herkunft werden häufig von ihren Familien unter

Hausarrest gestellt und so unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Wenn sie dies verweigern, kann es passieren, dass die Familien versuchen, eine Scheidung zu erzwingen oder das Sorgerecht für die Kinder zu entziehen. Es gab Gerichtsverfahren, bei denen Konvertiten ihr Erbrecht entzogen wurde.

- **Gesellschaftliches Leben:** Durch die Einführung neuer Gesetze in den vergangenen Jahren haben protestantische Christen als staatlich nicht anerkannte religiöse Gruppe zunehmenden Druck erfahren. Ein im Jahr 2011 verabschiedetes Gesetz schränkt die Glaubens- und Religionsfreiheit stark ein. Darüber hinaus wurden im Januar 2015 Änderungen des Strafgesetzbuches wirksam. In ländlichen Gegenden überwacht die örtliche Gemeinschaft bekannte Christen muslimischer Herkunft; in lokalen Institutionen werden nur Muslime akzeptiert. Damit sie zum „Glauben ihrer Väter“ zurückkehren, wird zeitweise immenser Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt. Es kommt vor, dass christliche Kinder und Jugendliche in der Schule Beleidigungen und Propaganda ausgesetzt sind; bislang wurde jedoch niemand nur aufgrund seines christlichen Glaubens von einer Schule verwiesen. Während es bei einfachen Schulabschlüssen im Allgemeinen keine Probleme gibt, kann es für aktive Christen schwierig sein, Zugang zu Handelsschulen oder höheren Bildungswegen zu erlangen. Auch unter staatlichen Angestellten werden Christen verstärkt diskriminiert, was vor allem einheimische Kasachen betrifft. In Almaty versuchten die Behörden, einer Lehrerin zu kündigen, da sie eine protestantische Kirche besuchte. Solche Vorfälle sind bei Exekutivorganen an der Tagesordnung. Aus Gründen, die mit ihrem Glauben im Zusammenhang stehen, werden protestantische Christen oftmals mit Geldstrafen belegt. Da der Staat sie nicht offiziell als religiöse Gruppe anerkennt, wird glaubensmotiviertes Engagement oft als „rechtswidrige Missionstätigkeit“, als Handlung, die anderen schaden könnte oder gar als Terrorgefahr für den Staat interpretiert. Durch die Änderungen im Strafgesetzbuch wurden neue Bußgelder und Strafen eingeführt, die unter anderem Strafen bis zu sechs Jahren Gefängnis vorsehen; außerdem drohen Strafen für Gruppen, welche nicht-satzungsgemäße Aktivitäten durchführen.
- **Leben im Staat:** Das Religionsgesetz besagt offiziell, dass den sogenannten traditionellen Religionen (christlich-orthodoxer Glaube und Islam) Priorität eingeräumt wird. Die Regierung macht durch ihre Praxis deutlich, dass sie den Islam für die kasachische Bevölkerung und den orthodoxen Glauben für die Slawen als angemessen betrachtet und alles andere für überflüssig hält. Obwohl die Religionsfreiheit durch die Verfassung geschützt ist, wird dieser Schutz faktisch nur den Religionen bzw. Gruppen gewährt, die durch das Gesetz von 2011 als „traditionell“ anerkannt werden. Zu diesen Gruppen gehören Sunniten der hanafitischen Schule, die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Römisch-Katholische Kirche, Lutheraner und Juden. Protestantische Freikirchen gehören nicht dazu und laufen Gefahr verfolgt zu werden, wenn sie öffentliche Aktivitäten im Zusammenhang mit ihrem Glauben durchführen. Durch das Gesetz von 2011 ist es kleineren religiösen Gruppen deutlich erschwert worden, sich registrieren zu lassen. Für junge Männer gilt die Wehrpflicht. Christen, die aus religiösen Gründen nicht zur Waffe greifen wollen, werden deshalb gezwungen, der Armee beizutreten. Die kasachischen Medien sind Christen gegenüber generell negativ eingestellt. Es gab einige

Veröffentlichungen, die speziell gegen protestantische Freikirchen und Christen muslimischer Herkunft gerichtet waren. Darin wurde protestantischen Christen vorgeworfen, sie seien keine Kasachen und ihr Glaube sei sowohl anti-islamisch als auch anti-christlich. In den Beiträgen kamen Vertreter der religiösen und ethnischen Gemeinschaften zu Wort, denen die christlichen Konvertiten früher angehört hatten, und beschuldigten ihre ehemaligen Weggefährten der Blasphemie.

- **Kirchliches Leben:** Die einzigen christlichen Gruppen, die vom Staat offiziell anerkannt werden, sind die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Römisch-Katholische Kirche und die Lutherische Kirche. Zur Registrierung einer religiösen Vereinigung benötigt man fünfzig Staatsbürger; aber mit der Registrierung geht ein de facto Verbot jeglicher Missionstätigkeiten einher. Zusätzlich gibt es nun auch spezielle Anforderungen für kirchliche Gebäude und das Grundstück, auf dem sie gebaut werden. Nicht registrierte Kirchen sind streng verboten. Häufig wurden in der Vergangenheit Gottesdienste oder Versammlungen protestantischer Christen gestört und sie mussten Bußgelder zahlen, da ihre Gotteshäuser nicht offiziell vom Staat anerkannt sind. In der Praxis interpretieren Gerichte alle Arten von religiösen Tätigkeiten als illegale Missionstätigkeiten, sobald sie außerhalb eines registrierten kirchlichen Gebäudes stattfinden – dazu gehören z. B. auch Einladungen zu Diskussionen über religiöse Themen. Das Gesetz verlangt von registrierte Kirchen, das Einverständnis beider Elternteile von Kindern unter 18 Jahren vorzulegen, damit diese an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen dürfen. Werden Kinder ohne eine solche Erlaubnis bei Veranstaltungen entdeckt, müssen der zuständige Pastor und seine Gemeinde hohe Geldstrafen zahlen. Allerdings gilt dieses Gesetz nicht für die Orthodoxe Kirche oder für Moscheen. Das Drucken, Importieren, Verteilen und Verkaufen aller religiösen Materialien bedarf einer Erlaubnis des Staatlichen Religionsausschusses. Nur registrierte Kirchen können eine solche Erlaubnis beantragen. Wenn die Polizei während einer Razzia bei Treffen nicht registrierter Gruppen religiöses Material findet, konfisziert sie dies, um es später zu zerstören. Der Zugang zu staatlichen Medien ist für Christen praktisch nicht möglich; eine Reihe von Internetseiten ist blockiert. Registrierte Gruppen sind von diesen Beschränkungen allerdings teilweise ausgenommen. Nach dem Gesetz dürfen Organisationen, Einrichtungen oder Schulen nicht auf religiöser Grundlage agieren. Religiösen Gruppen ist generell untersagt, gemeinnützige, humanitäre, medizinische, soziale oder kulturelle Einrichtungen bzw. Vereine zu gründen. Kirchliche Mitarbeiter aus dem Ausland erhalten nur unter der Voraussetzung ein Visum, dass eine registrierte Kirche oder Organisation für sie ein Religions- oder Missionarsvisum beantragt. Diese Visa gelten für maximal sechs Monate und können danach verlängert werden. Allerdings sind protestantisch-freikirchliche Christen hiervon ausgeschlossen. Ausländische Leiter, die auf lokaler oder internationaler Ebene die aktuelle Verfolgung thematisieren, müssen mit Einschüchterungsversuchen, Provokationen und Durchsuchungen beim Überqueren der Grenze rechnen.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung in Kasachstan scheint nicht sehr gewalttätig zu sein, allerdings wird nicht über alle Vorfälle berichtet, so dass man von einer höheren Gewalt rate als der hier ersichtlichen ausgehen kann. Am 4. August 2015 berichtete die „Almaty News Information Agency“ über die Festnahme von acht Mitgliedern einer

Baptistengemeinde durch kasachische Sicherheitskräfte in der Stadt Kapshagai. Am Abend des 14. August 2015 wurde Yklas Kabduakasov, Mitglied der Siebenten-Tags-Adventisten, verhaftet, nachdem der kasachische Geheimdienst KNB seine Wohnung in der Hauptstadt Astana durchsucht hatte. Pastor Bakhytzhan Kashkumbayev und seine Frau Alfia stehen derzeit unter vierjährigem Hausarrest mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren. Vasilij Kliver, Mitglied des baptistischen Kirchenrats in der Region Aktobe, wurde zu einer fünf-tägigen Gefängnisstrafe verurteilt. Er trat die Strafe am 5. Februar 2015 an und kam am 10. Februar 2015 wieder frei. Von Protestanten geführte Rehabilitationszentren für Alkohol- und Drogenabhängige waren immer wieder Zielscheibe behördlicher Schikanen. Im Februar 2015 fand im südlichen Kasachstan in einer staatlich registrierten protestantischen Kirche während eines Gottesdienstes eine Razzia statt. Die anwesenden Christen wurden gezwungen, schriftlich Stellung zu nehmen, warum sie an diesem Treffen teilgenommen hatten.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Das Regime in Kasachstan arbeitet beständig daran, mehr Kontrolle über die Gesellschaft zu erlangen. Die Regierung nutzt die Bedrohung durch den extremistischen Islam, um immer weitere Freiheiten einzuschränken. Die Religionsfreiheit wird durch neue Gesetze beschnitten. Es deutet also alles darauf hin, dass sich die Situation der christlichen Minderheit in Kasachstan zunehmend verschlechtert; ihre Zukunft sieht besorgniserregend aus.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 43: Indonesien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt Indonesien Platz 43 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um fünf Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (50) als Indonesien Platz 47 einnahm. Der Anstieg ist auf vermehrte Gewalt, aber auch einen Anstieg des Drucks im Privat-, Gemeinde- und Familienleben zurückzuführen.

Triebkräfte der Verfolgung

Haupttriebkraft der Verfolgung in Indonesien ist „Islamischer Extremismus“ und in etwas geringerem Ausmaß „Religiöser Nationalismus“ sowie „Organisiertes Verbrechen und Korruption“.

- **Islamischer Extremismus:** Indonesien ist ein Land, das durch seine Vielfalt sowohl gesegnet als auch herausgefordert ist. Als weltgrößtes muslimisches Land ist der vorherrschende Zweig des Islam (Nusantara Islam) relativ tolerant und gewährt den



Minderheiten etwas Raum. („Nusantara Islam“, übersetzt „Islam der Inseln“ – ein Bezug zur der einzigartigen Topographie des Landes mit mehr als 17.000 Inseln). Die Verfassung benennt keine Staatsreligion, bis Mai 2015 wurden aber nur sechs Religionen anerkannt (darunter der Katholizismus und der Protestantismus). Dieses Gesetz wurde im Berichtszeitraum abgeschafft, offiziell können die Menschen nun frei entscheiden, zu welcher Religion sie sich zählen möchten. Andererseits ist Indonesien eines der dezentralsten Länder der Welt und das nicht nur geographisch, sondern auch im Bereich der Religion. In manchen Regionen und Gebieten gilt eine Vielzahl islamischer Zusatz-Gesetze und in der Provinz Aceh wurde sogar die Scharia eingeführt, obwohl die Provinz weiterhin unter der Verfassung Indonesiens steht, welche Religionsfreiheit garantiert. Beispiele für extremistische Gruppen sind die Hizb-ut Tahrir Indonesia, die Islamische Verteidigungsfront (FPI) und die Islamische Front (FUI). Diese Organisationen haben aufgrund ihrer strikten und exklusiven Auslegung des Islam die Anwendung der Scharia und Rechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten gerechtfertigt. Angeblich kommen einige dieser Gruppen in den Genuss stillschweigender Unterstützung von Politikern und Parteien in Jakarta, eine Praxis, die wohl bestehen wird. Universitäten sind als Brutstätte islamischer Radikalisierung bekannt. Nicht nur Christen, sondern auch islamische Minderheiten wie die Ahmadis haben unter islamisch-extremistischen Gruppen zu leiden.

- **Religiös motivierter Nationalismus:** Indonesien ist zwar das weltgrößte islamische Land, aber es beherbergt eine Vielzahl verschiedener Religionen. So ist Bali vor allem hinduistisch geprägt. Wenn ein Hindu zum christlichen Glauben wechselt, wird er von Freunden, Nachbarn und Familie unter Druck gesetzt, wieder zum Glauben der Vorväter zurückzukehren.
- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** Indonesien gilt als eines der korruptesten Länder der Welt, obwohl es auf dem Korruptionsindex von Transparency International in den letzten Jahren einige Plätze gutmachen konnte. Der neue Präsident setzte ein vielversprechendes Zeichen, als er alle Kandidaten für sein Kabinett vor ihrer Ernennung durch ein unabhängiges „Komitee zur Ausmerzung von Korruption“ prüfen ließ. Sein Ansehen nahm jedoch Schaden, als er den Vorsitzenden des Komitees seines Amtes entthob und gegen einen Mann zweifelhafter Reputation austauschte. Angeblich sind einige Polizeiangehörige und sogar einige Mitglieder islamisch-extremistischer Gruppen in das organisierte Verbrechen verwickelt. Selbst wenn dies nur Gerüchte wären, in jedem Fall werden die Minderheiten in Mitleidenschaft gezogen: Ohne den Schutz der mächtigen Netzwerke sind sie leichte Opfer. Dies trifft auch auf die christliche Minderheit zu, besonders dann, wenn sie diese Zustände anprangert.

Aktuelle Einflüsse

2014 waren die Erwartungen an Präsident Joko Widodo extrem hoch, und das, obwohl er seine Regierungszeit mit einer großen Herausforderung begann: Im Parlament verfügte die Opposition über eine Zweidrittel-Mehrheit, so dass Widodo viele politische Probleme hatte und Enttäuschungen unausweichlich waren. Eine der größten Herausforderungen war und ist die kränkelnde Wirtschaft, die dringend einen Aufschwung braucht. Die Bevölkerung fürchtet, dass es dadurch erneut zu

Rassenunruhen kommen könnte, wie schon Ende der 1990er Jahre. Aus diesem Grund ist Widodo gezwungen, nach Allianzen zu suchen, auch mit gemäßigten islamischen Parteien. Diese Konstellation ist in der indonesischen Politik nicht neu, könnte aber unter seinen Anhängern zu Unmut führen. Neben diesem politisch steinigen Weg muss er auch damit rechnen, dass sich islamische Gruppen nicht erfreut zeigen werden, die von ihm angekündigten Gesetze zur Inklusion von Minderheiten einzuführen. Nur wenige Bürger sind an Themen wie Menschenrechten und Schutz von Minderheiten interessiert; sie wollen schnelle wirtschaftliche Verbesserungen – eine nicht minder große Herausforderung.

Ein weiteres Problem, das von islamisch-extremistischen Gruppen ausgeht, ist die Tatsache, dass viele Extremisten (einige mitsamt der ganzen Familie) nach Syrien und in den Irak gereist sind und sich den Dschihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) angeschlossen haben. Die meisten Indonesier fragen sich, was wohl geschehen wird, wenn sie aus den Kriegsgebieten zurückkehren werden. Eine ähnliche Situation in den 1990er Jahren, als ehemalige Kämpfer aus Afghanistan zurückkehrten, führte u.a. zu den Bombenanschlägen auf Bali, bei denen im Jahr 2002 über 200 Touristen getötet wurden. Es wird sich zeigen, ob islamisch-extremistische Gruppen durch diesen Rückfluss erstarken werden.

Betroffene Kategorien von Christen

In Indonesien sind vier Kategorien von Christen vertreten:

- **Gemeinschaften von ausländischen Arbeitsmigranten** oder zugewanderten Christen erleiden keine Verfolgung.
- **Traditionelle Kirchen** wie die Katholische Kirche erleben Anfeindungen und manchmal auch gewalttätige Übergriffe. Sie sind jedoch weniger stark betroffen als protestantische Kirchen und christliche Gemeinschaften von Konvertiten.
- **Christen muslimischer und hinduistischer Herkunft** (letztere jedoch in weit geringerem Ausmaß) werden am stärksten verfolgt.
- **Protestantische Freikirchen** wie Baptisten- oder Pfingstgemeinden sind sehr stark von Verfolgung betroffen, besonders in Brennpunkten.

Die Statistiken liefern zwar keine Hinweise auf eine wachsende Anzahl von Christen, aber viele lassen ihren neu gewonnenen Glauben an Jesus Christus und somit ihre Zugehörigkeit zum Christentum nicht amtlich registrieren. Schätzungen verschiedener Missionsorganisationen gehen von einer steigenden Tendenz aus. Die christliche Minderheit wächst also langsam und muss sich immer mehr Einschränkungen und Herausforderungen stellen, was u.a. damit zusammenhängt, dass die Zahl von Christen muslimischer Herkunft wächst. Christen sind überall im Land vertreten und in manchen Provinzen, wie in Papua oder Teilen von Sulawesi, machen sie sogar die Mehrheit aus. In anderen Gebieten müssen sie unter Zusatz-Gesetzen der Scharia leben oder die Scharia kommt sogar vollständig zur Anwendung, wie z.B. in Aceh. Die ständige Zuwanderung von Arbeitern – hauptsächlich javanische Muslime – vor allem in östliche Provinzen stellt alle Kategorien von Christen vor Herausforderungen. Die Christenverfolgung konzentriert sich auf Provinzen in Sumatra und Java, geht aber darüber hinaus. In diesen Gebieten leben gut 75 Prozent der indonesischen Bevölkerung.

Aceh ist ein weiterer Brennpunkt, in dem es seit kurzem zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen kommt.

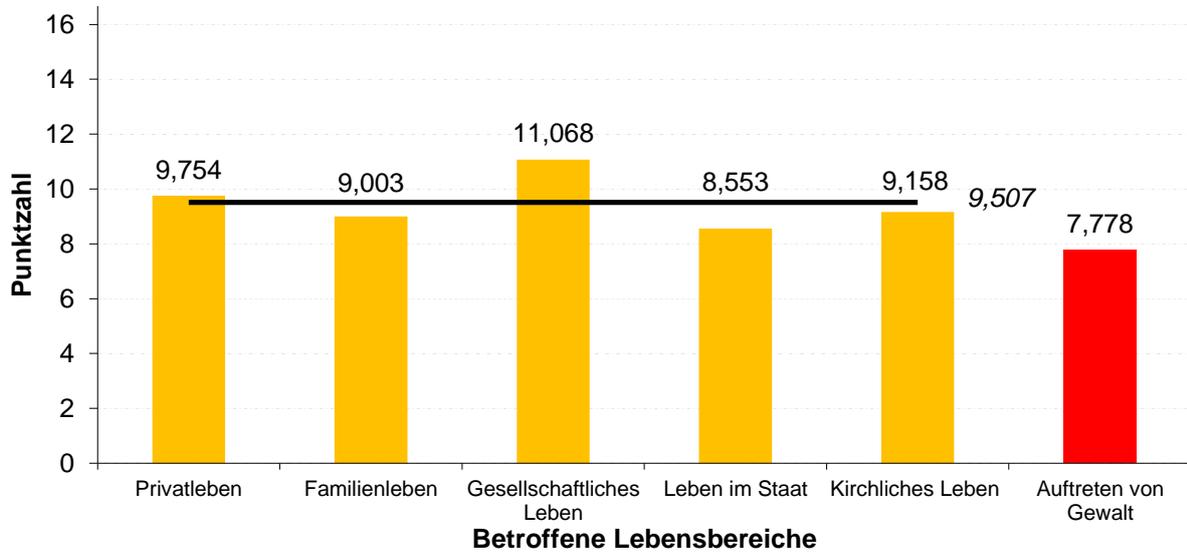
Generell werden Christen, insbesondere Konvertiten aus dem Islam, hauptsächlich von Anhängern islamisch-extremistischer Organisationen verfolgt. Doch in Regionen mit starkem islamischen Einfluss und einer mehr oder weniger ausgeprägten Anwendung der Scharia nehmen örtliche Behörden eine immer aktivere Rolle ein, wenn es um Druck auf Minderheiten wie z.B. die Christen geht. So sind in den meisten Fällen von Kirchenschließungen die Regierungsvertreter (Bürgermeister oder Dorfvorsteher) die treibende Kraft der Verfolgung. Nach Angaben einheimischer Beobachter werden die Bemühungen zur Islamisierung Papuas weiterhin wesentlich von der Regierung gesteuert, wenn auch in geringerem Ausmaß als früher. „Papua ist die einzige Region im Land, in der muslimische Prediger vom Staat bezahlt werden“, so ein Experte. Das zugrundeliegende Motiv ist politischer Natur: Es soll sichergestellt werden, dass Papua ein integraler Bestandteil des Landes bleibt. Die Provinz hat eine andere ethnische und kulturelle Identität als der westliche und mittlere Teil Indonesiens, und so ist Religion das einzige Mittel der Regierung, eine gemeinsame Identität aufzubauen. (Die sehr rohstoffreiche Region kennt viele Separatistenbewegungen.) Das führt zu unterschiedlichen Ansichten über die Zukunft Papuas: Manche streben ein freies, christliches Papua an, andere befürworten ein integriertes, muslimisches Papua.

Auch andere Minderheiten werden immer wieder zum Ziel gewalttätiger Übergriffe von islamisch-extremistischen Gruppierungen und werden von der Regierung im Stich gelassen, so etwa die Ahmadis oder die Schiiten. Die Ahmadis sind sogar die am stärksten verfolgte Gruppe Indonesiens. Positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass der Innenminister im Mai 2015 die Aufhebung eines Gesetzes verkündete, welches jeden indonesischen Bürger dazu verpflichtete, einer der sechs offiziell anerkannten Religionen anzugehören. Die Bürger können sich jetzt frei entscheiden, welcher Glaubensrichtung sie angehören möchten. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Ende der Probleme für ehemalige Muslime.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Indonesien zeigt den Einfluss des Islamischen Extremismus auf die verschiedenen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 9,507 und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr (8,656) beträchtlich zugenommen hat. Auch im Bereich „Gewalt“ ist mit 7,778 Punkten ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr (6,482) zu beobachten. Daraus ist zu entnehmen, dass das allgemeine Ausmaß der Verfolgung wächst. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster veranschaulicht, ist die Verfolgung am intensivsten in den Bereichen „Privatleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. In diesen beiden Bereichen sind zum christlichen Glauben konvertierte Menschen besonders stark betroffen, vor allem dann, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie oder in ihrem sozialen Umfeld sind. Christen aller Kategorien erleiden Diskriminierung durch Behörden, im Beruf und in ihrem Lebensumfeld. Die relativ hohe Wertung im Bereich „Kirchliches Leben“ bezieht sich auf die diskriminierende Bürokratie, die unter dem Titel „Kirchliches Leben“ noch näher erläutert wird.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Während Christen ihren Glauben im Allgemeinen ungehindert ausleben können, erleben Konvertiten aus dem Islam oder dem Hinduismus eine andere Realität. Sie müssen stets größte Vorsicht walten lassen, wenn sie ihren Glauben praktizieren, vor allem, wenn sie die einzigen Christen in ihrer Familie sind. Bibeln und andere christliche Schriften müssen gut versteckt werden und können nur unter äußerster Vorsicht gelesen werden. Eine Entdeckung kann sogar gewalttätige Reaktionen auslösen. Gemeinschaft mit anderen Christen kann problematisch werden, da es nicht nur für die Konvertiten selbst gefährlich werden kann, sondern das ganze christliche Treffen kann enttarnt und gefährdet werden. Das gilt auch für Christen aller Kategorien, die in Brennpunkten leben. Dort werden Christen und bekannte Konvertiten ohnehin streng überwacht; viele stehen dort unter Hausarrest und in einigen Fällen kam es zu körperlichem oder seelischem Missbrauch.
- Familienleben:** Sobald ein Konvertit mit muslimischen oder hinduistischen Wurzeln entdeckt wird, sind das Risiko einer Scheidung und der Verlust aller Erbansprüche groß. In Brennpunktgebieten des Landes sind christliche Zeremonien wie Hochzeiten, Taufen oder Begräbnisse schwer durchführbar, wenn nicht sogar unmöglich. Kinder von Christen müssen am Islamunterricht teilnehmen und werden darin auch geprüft, was manchmal auf den Mangel christlicher Lehrer zurückzuführen ist. Christliche Schüler und Studenten werden regelmäßig diskriminiert. Konvertiten können von ihren Familien isoliert oder sogar vertrieben werden.
- Gesellschaftliches Leben:** Christliche Konvertiten werden von Nachbarn, Freunden und Familie stark unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben, obwohl der Übertritt zu einem anderen Glauben gesetzlich nicht verboten ist. Besonders in Brennpunktgebieten wie Aceh erleben Christen sowohl im Privat- als auch im Berufsleben Diskriminierung.

Kinder aus christlichen Familien berichten von Diskriminierungen und abfälliger Behandlung durch Lehrer und Mitschüler. Es gibt Berichte von Kindern aus armen christlichen Familien, die in entlegenen Gebieten leben, denen man für ihre Kinder den kostenlosen Besuch von islamischen Internaten angeboten hat. In muslimisch dominierten Gegenden bekommen christliche Schüler in den religiösen Fächern schlechte Noten, ungeachtet ihrer tatsächlichen Leistungen. Auf diese Weise ist es ihnen unmöglich, die Mindestanforderungen für Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst zu erreichen.

- **Kirchliches Leben:** Nach wie vor haben die Kirchen massive Probleme, Gemeinden registrieren zu lassen und neue Kirchenräumlichkeiten zu bauen. Ein Regierungsdekret aus dem Jahr 2006 legt folgende Auflagen für den Betrieb einer Kirche fest: Sie muss a) mindestens 90 Mitglieder haben, b) die Zustimmung von mindestens 60 andersgläubigen Anwohnern vorweisen und c) die Genehmigung von dem Bezirksvorsteher und dem Forum für interreligiöse Einheit erhalten. Selbst wenn sie alle Bedingungen erfüllen konnten, bleibt es für Kirchengemeinden sehr schwer, die Genehmigung zu erhalten. Doch auch mit einer Genehmigung haben die Kirchen nur sehr wenig Schutz, für den eigentlich die Regierung und die örtliche Polizei zuständig sind. Ein Beispiel: Im Dezember 2014 demonstrierten etwa fünftausend Menschen der muslimischen Bekasi-Gesellschaft (Masyarakat Muslim Bekasi) vor dem Amt für religiöse Angelegenheiten des Bekasi-Distrikts. Sie protestierten gegen die Baugenehmigung für eine katholische Kirche in Lippo, Cikarang, die sie für nicht rechtmäßig hielten. Laut einer Erhebung der „Nationalen Kommission für Menschenrechte“ (Komnas HAM) haben 85 Prozent aller religiösen Anbetungsstätten in Indonesien besonders in ländlichen Gebieten keine ausreichende Genehmigung. Dazu zählen Moscheen, Kultstätten anderer Religionen, aber auch christliche Kirchen. Im Allgemeinen ist der Druck und Vertrieb von religiösen Schriften und Bibeln kein Problem, aber in Brennpunktgebieten gibt es Ausnahmen.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung ist in Indonesien nicht sonderlich gewalttätig. Dennoch kommt es gelegentlich zu Gewaltausbrüchen gegen Christen. Die Ermordung von Christen ist zwar eine Ausnahme, aber es kommt regelmäßig zu Schließungen und/oder Zerstörungen von Kirchengebäuden. Innerhalb des Berichtszeitraums kam es in den unterschiedlichsten Gebieten zu Angriffen und Schließungen oder Zerstörungen von über 20 Kirchengemeinden. Mitte Oktober 2015 wurden die Ereignisse von Aceh weltweit bekannt, als mindestens neun Kirchengemeinden gewaltsam geschlossen und abgerissen und zwei andere Kirchen niedergebrannt wurden. Während der daraus resultierenden Unruhen mussten über 8.000 Christen aus ihren Häusern fliehen. Weiteren dreizehn Kirchen, die sich auf einer behördlichen Beobachtungsliste befinden, wurde eine Frist von sechs Monaten gesetzt, um eine Baugenehmigung oder Registrierung zu beantragen. Ein weiteres beachtenswertes und trauriges Jubiläum war der einhundertste Gottesdienst, der im September 2015 vor dem Präsidentenpalast abgehalten wurde. Der Antrag auf Registrierung der GKI Yasmin Kirche in Bogor, 60 km vor Jakarta, wurde von den Behörden abgelehnt. Schließlich urteilte das indonesische höchste Gericht, dass die Kirche alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt habe und ihnen deshalb auch die Erlaubnis erteilt werden müsse, den Gottesdienstbetrieb in ihrem

zwischenzeitlich durch die Behörden versiegelten Gebäude wieder aufzunehmen. Dennoch verweigern der Bürgermeister von Bogor und sein Nachfolger weiterhin bis zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Profils die Umsetzung des Gerichtsurteils.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Nach wie vor sind Christen gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt, zeitweise kommt es in Brennpunktgebieten zu Tötlichkeiten gegen Christen. Die bestehenden Gesetze werden auch künftig nur lückenhaft angewendet werden und es ist bislang völlig unklar, wie die Regierung mit der wachsenden Stärke islamisch-extremistischer Gruppen zurechtkommen wird, ganz zu schweigen von der Rückkehr erfahrener Kämpfer aus syrischen und irakischen Kriegsgebieten. Noch ist nicht sicher, ob die größten muslimischen Organisationen des Landes – Nadhlatul Ulama (NU) und Muhammadiyah – einem liberalen Ansatz folgen werden oder nicht. Die NU selbst äußerte sich besorgt über den steten Einfluss von salafistischen und extremistischen Gruppen. In ihren Reihen gibt es beständige Anstrengungen, den Pluralismus zu fördern. Die wachsende Enttäuschung über die Regierung Joko Widodos (viele Erwartungen haben sich als unrealistisch herausgestellt), und die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden die brisante Situation noch verstärken und immer wieder zu Gewaltausbrüchen führen. Es ist zu befürchten, dass dabei religiöse Minderheiten wie die Christen schnell als Sündenböcke werden herhalten müssen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 44: Mali

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Dieses Jahr belegt Mali mit 55 Punkten Platz 44 des Weltverfolgungsindex (WVI). Diese Wertung bedeutet einen Anstieg gegenüber dem WVI 2015 (52 Punkte; Rang 40), liegt aber unter der des Jahres 2013, als Mali von der Invasion islamischer Gruppen betroffen war. Der anhaltende Druck auf die Christen erklärt die jetzige, immer noch relativ hohe Wertung. Nach dem französischen Militäreinsatz im Januar 2013 ist die Gefahr durch islamische Extremisten noch nicht gebannt; im Norden ist weiterhin kein normales Kirchenleben möglich. Die Existenz der Christen und die Infrastruktur sind weitestgehend zerstört und viele geflohene Christen fürchten sich, zurückzukehren.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft in Mali ist „Islamischer Extremismus.“

- **Islamischer Extremismus:** Mali galt lange Zeit als typisch westafrikanisches Land mit einem zumeist gemäßigten Islam und einer Verfassung, die politisch-religiöse Parteien

verbot, obwohl ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung Muslime sind. Religion galt als Privatsache und wurde nicht mit Politik vermischt, so dass jeder seinen Glauben frei wählen konnte. Die Gesellschaft Malis ließ den Christen immer Raum zur Entfaltung, auch hinsichtlich der Arbeit ausländischer christlicher Missionare. Im Norden war die Situation zwar schwieriger, doch selbst dort konnten Missionare bis zur Machtergreifung durch Islamisten 2012 arbeiten. Christen mit muslimischem Hintergrund waren allerdings von jeher größeren Herausforderungen ausgesetzt als andere Christen; sowohl der allgemeine Druck als auch die Gewalt gegen sie haben in den vergangenen Jahren zugenommen.

- Die Situation änderte sich, als im April 2012 im Norden von Mali der unabhängige Staat „Azawad“ ausgerufen wurde. Die islamischen Extremisten, ihrer Prägung nach zumeist Wahhabiten, errichteten dort einen islamischen ‚Staat‘ unter der Führung eines strengen Scharia-Regimes. Noch bevor die Islamisten die Macht völlig übernommen hatten, flohen die meisten Christen. Kirchen und andere Gebäude der Christen wurden zerstört. Seit Beginn der Kämpfe im März 2012 sind Zehn-, wenn nicht Hunderttausende Malier aus dem Norden in den Süden oder in benachbarte Länder geflohen, einschließlich einer kleinen Gruppe von Christen. Es wird lange dauern, bis christliche Gemeinschaften im Norden Malis wieder werden Fuß fassen können. Gleichzeitig ist die Kirche im Süden Malis ebenfalls negativ von der wachsenden öffentlichen Präsenz wahhabitischer Gruppen betroffen. Obwohl die Besetzung des Nordens weitgehend beendet wurde, könnten sich die Tendenzen hin zu einem extremistischen Islam in der malischen Gesellschaft weiter verbreiten, was stärkeren Druck oder gewaltsame Übergriffe gegen Christen und ihre Kirchen zur Folge haben würde.

Aktuelle Einflüsse

Seit der Machtübernahme durch die Islamisten im nördlichen Mali Mitte 2012 und der anschließenden, von Frankreich geführten Intervention Anfang 2013, um die malische Autorität wiederherzustellen, konnte das Land seine bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte weder im Norden noch im Süden des Landes vollständig wiedererlangen.

Die Behörden Malis unterzeichneten am 18. Juni 2013 einen Vertrag mit den Tuareg-Rebellen, die nördlich gelegene Stadt Kidal wieder der malischen Verwaltung und Armee zu unterstellen; sie war bis dahin von aufständischen Freiheitskämpfern der „Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad“ (MNLA) kontrolliert worden. Allerdings war dies kein umfassender Friedensvertrag zur Beendigung der Rebellion. Seit Mai 2013 sind die Regionen im Norden wieder unter Kontrolle der Regierung, ausgenommen die Gegend nordöstlich von Kidal.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den militanten Oppositionskräften ist nicht neu. Dabei stellt die MNLA seit je her die größte Bedrohung für Malis Regierung dar. Sie repräsentiert die seit 2011 für Unabhängigkeit kämpfenden Milizen der Tuareg, deren Kampf bereits 1916 begann. Seit damals gab es mindestens fünf Aufstände der Tuareg im Norden Malis, sowohl unter französischer Herrschaft als auch nach der Unabhängigkeit Malis 1960. Ziel der Rebellionen war immer ein von der Regierung in der Hauptstadt Bamako unabhängiger Staat namens „Azawad“.

Laut einem BBC-Bericht vom 20. Juni 2015 haben die zur Azawad-Bewegung gehörenden Tuareg-Rebellen mittlerweile einem Friedensvertrag zugestimmt. Zuvor war die Regierung auf ihre

Forderungen eingegangen, die sowohl größere politischen Kompetenzen als auch regionale Sicherheitsbehörden und eine Aufstockung der Investitionen in die Entwicklung der Region beinhalten. Angesichts der in der Vergangenheit fehlgeschlagenen Versuche bleibt die Frage, ob diese Friedensregelung funktionieren wird. Das Friedensabkommen an sich schafft keine Gerechtigkeit für Opfer von Gewalt und deren Familien. Wie der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge berichtete, leben immer noch rund 140.000 malische Flüchtlinge im Ausland, von denen ein kleiner Anteil Christen sind. Zudem bleibt weiterhin das Risiko bestehen, dass sich extremistische Tuareg den mit Al Kaida in Verbindung stehenden Gruppen anschließen. Im August 2015 belagerten bewaffnete Islamisten ein Hotel in der zentralmalischen Stadt Sevare und töteten 13 Menschen. Die Belagerung endete mit der Erstürmung des Gebäudes durch Regierungstruppen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Mali leben Christen der folgenden Kategorien:

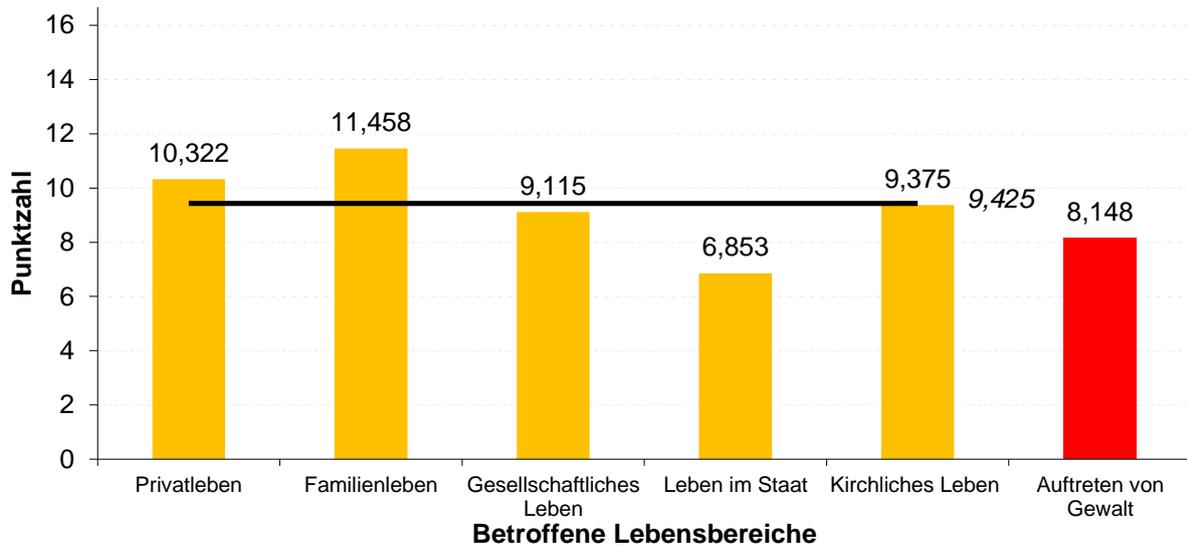
- **Mitglieder traditioneller Kirchen** wie z.B. der Römisch-Katholischen Kirche und einer bedeutenden Zahl verschiedener protestantischer Denominationen. Von den weniger als fünf Prozent Christen unter der einheimischen Bevölkerung gehören die meisten traditionellen christlichen Kirchen an.
- **Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten):** Die kleinen Gemeinschaften von Christen muslimischer Herkunft sind meistens unter den Stämmen der Bozo und der Dogon anzutreffen, es gibt sie aber auch in anderen Landesteilen.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen** (wie z.B. Baptisten oder Pfingstler)

Auch wenn die Mehrheit der Christen im Süden lebt, empfinden sie die islamischen Extremisten im Norden als Bedrohung. Allerdings hat die französische Intervention die Bedrohung durch militante Islamisten eingeschränkt, indem sie einen Teil von ihnen aus den nördlichen Städten und aus dem gesamten Land vertreiben konnte.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Mali illustriert den Einfluss des Islamischen Extremismus auf das Leben der Christen. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche (9,425) ist niedriger als im letzten Jahr (9,981). Der Wert für den Bereich „Gewalt“ hingegen ist von 2,593 (WVI 2015) auf jetzt 8,148 gestiegen. Der Druck hat sich vor allem in den Bereichen „Privatleben“ und „Leben im Staat“ verringert, jedoch ist das Ausmaß von Gewalt aufgrund der Terroranschläge während des Berichtszeitraums erheblich gestiegen. Die Situation für Christen ist deswegen sehr unbeständig. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“ und „Familienleben“ am höchsten und am geringsten im Bereich „Leben im Staat“. Der relativ hohe Wert für Gewalt zeigt, dass extremistische Kräfte die Situation der Christen und die der übrigen Gesellschaft erheblich beeinflussen. Dies ist typisch für eine Verfolgungssituation, die noch nicht von der extremsten Ausprägung des Islam bestimmt wird, sondern durch eine etwas gemäßigttere Form; auch diese lässt kaum Freiraum für Christen.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben und Familienleben:** Für Christen muslimischer Herkunft ist es besonders schwer, ihren Glauben im Privat- und Familienleben zu leben, weil Familienkreise gewöhnlich sehr ablehnend auf einen solchen Glaubenswechsel reagieren. Ein gewisser Druck lag schon immer auf den Christen im Süden, besonders aber auf denen mit muslimischem Hintergrund.
- Gesellschaftliches Leben:** Aufgrund des Einflusses islamistischer Gruppen haben sich Christen aus Sorge um ihre Sicherheit deutlich weniger am öffentlichen Leben beteiligt als in der Vergangenheit. Obwohl die Islamisten vertrieben wurden, sind sie doch nicht vollständig besiegt, die Angst vor einem neuen Aufstand bleibt. Auch viele Muslime vor Ort sehen es nicht gerne, wenn Christen zurückkehren, da deren Häuser und Grundstücke zwischenzeitlich häufig von anderen besetzt wurden.
- Leben im Staat:** Der Druck in diesem Bereich lag im vergangenen Jahr unter dem der beiden Jahre zuvor. Trotzdem fühlen sich Christen im Norden durch den anhaltenden Einfluss der islamistischen Gruppen bedroht und fürchten sich etwa, christliche Symbole öffentlich zu zeigen.
- Kirchliches Leben:** Im Süden akzeptiert die Gesellschaft christliche Versammlungen, jedoch fühlen sich einige Christen durch die weiter bestehenden islamistischen Bewegungen bedroht. Ein normales Kirchenleben ist im Norden noch nicht möglich.
- Auftreten von Gewalt:** Die meisten Morde gehen von extremistischen Islamisten aus. Unter den Opfern befinden sich Angehörige von Friedenstruppen, Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie Zivilisten. Ein Beispiel: Im September 2015 wurden drei NGO-Mitarbeiter im Dorf Ouro Aly Tem, in der Mopti-Region im Norden Malis, umgebracht. Dr. Mohamed Ibrahim Yattra, Präsident der Baptistengemeinde in

Mali, bestätigte, dass mehr als 15 Gemeinden in ländlichen Gebieten zerstört wurden. Einige dieser Gemeinden befinden sich in Orten wie Ouonkoro in der Mopti-Region, Toulé in der Ségou-Region, Gouma-Rharous in der Timbuktu-Region und Sevare. Eine Kirche wurde angegriffen, weil extremistische Islamisten den Pastor entführen wollten. Es ist gut möglich, dass nicht alle Vorfälle gemeldet wurden. Viele Christen, die vor den islamistischen Angriffen in 2012/2013 geflohen sind, sind in ihre Häuser und Kirchen (von denen viele während ihrer Abwesenheit zerstört wurden) im Norden Malis zurückgekehrt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Christen starker Verfolgung ausgesetzt sind (einschließlich Angriffen auf ihre Versammlungsräume), da die Lage im Norden durch diverse islamistische Splittergruppen instabil bleibt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

- 1) Mali hat hauptsächlich mit dem wachsenden Einfluss des militanten Islam und des Wahhabismus zu kämpfen. Diese Entwicklung ist im Norden weiter verbreitet als im Süden. Doch sogar dort hatten sich während des Bürgerkriegs 2012 Mitglieder südlicher Stämme den Islamisten angeschlossen. Besonders zu nennen ist hier die Bewegung für Einheit und den Dschihad in Westafrika (MUJWA), die von Al Kaida im Maghreb (AQIM) gegründet worden war, gerade um Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara einzubinden. Die Propaganda von MUJWA zielt stark auf die Verehrung „schwarzer“, westafrikanischer Dschihad-Führer des 19. Jahrhunderts wie Usman dan Fodio ab, im Gegensatz zu arabischen oder nordafrikanischen Leitern, von denen sich die Mitglieder von AQIM angesprochen fühlen. Die Christen haben unter diesem Konflikt stark gelitten.
- 2) Extremistische Islamisten sind immer noch aktiv in Mali, ungeachtet des unterzeichneten Friedensabkommens und werden auch künftig eine Bedrohung darstellen. Eine neue Entwicklung ist, dass extremistische Islamisten, die vorher nur im Norden aktiv waren, nun auch im Süden und in zentral gelegenen Gebieten Anschläge verüben. Kirchliche Aktivitäten standen in der Vergangenheit vor allem im Norden unter Bedrohung, doch nun weitet sich diese Situation auch auf andere Landesteile aus.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 45: Türkei

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt die Türkei Platz 45 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Im Jahr 2015 nahm die Türkei mit 52 Punkten Rang 41 ein. Dieser Anstieg liegt teilweise in der Zunahme gewalttätiger Übergriffe begründet und betrifft alle Lebensbereiche gleichermaßen.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkraft der Verfolgung von Christen in der Türkei ist „Islamischer Extremismus“.

- **Islamischer Extremismus:** Der islamische Extremismus hat Auswirkungen auf alle Christen in der Türkei. Er wird zusätzlich durch ein hohes Maß an Nationalismus verstärkt. Den größten Druck erfahren Christen muslimischer Herkunft (Konvertiten). Familie, Freunde und Gesellschaft versuchen mit aller Macht, sie zum Islam zurückzubringen, dem Glauben ihrer Vorfahren. Tritt jemand gegen den Willen der Familie zum christlichen Glauben über, so gilt es als Frage der Familienehre, dies vor Verwandten, Nachbarn und Bekannten zu verheimlichen. Das hohe Maß an Nationalismus verstärkt den Druck auf Konvertiten zusätzlich. Nach allgemeiner Überzeugung kommt ein „echter“ Türke als Muslim zur Welt; jedes Ausweisdokument enthält die Religionszugehörigkeit. Deshalb ist eine Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur eine Verletzung der Familienehre, sondern wird ebenfalls als Beleidigung der türkischen Identität verstanden. Dies kann zu Gerichtsverhandlungen und Inhaftierungen führen. Diese Mischung aus Islam und Nationalismus hat auch Auswirkungen auf andere Christen aus ethnischen Minderheiten. Sie werden kaum als vollwertige Mitglieder der türkischen Gesellschaft angesehen und erfahren alle Arten rechtlicher und bürokratischer Behinderungen. Im August 2015 haben 15 türkische protestantische Pastoren Todesdrohungen des Islamischen Staates (IS) erhalten; im Folgemonat wurden einige in einem IS-Video angegriffen. Die Hauptaussage des Videos war: „Konvertiere oder stirb!“

Aktuelle Einflüsse

Im Moment gibt es in der Türkei drei starke Trends: Die zunehmende Anwesenheit des extremistischen Islam, der ethnische Konflikt mit der kurdischen Minderheit und die grundlegende Veränderung der politischen Landschaft. All diese Trends hängen zusammen und haben Auswirkungen auf die Christen in der Türkei.

- **Die zunehmende Anwesenheit des extremistischen Islam:** Der Aufstieg des IS im benachbarten Syrien und dem Irak hatte auch Auswirkungen auf die Türkei. Obwohl die Regierung von Präsident Erdogan sich nie öffentlich auf die Seite des IS gestellt hat, waren viele stillschweigende Entwicklungen zu beobachten, die die Aufrichtigkeit der Regierung in Frage stellen. Es gab Berichte in den türkischen Medien über Schiffsladungen mit Waffen für den IS, die vom türkischen Geheimdienst (MIT) durchgeführt wurden. Kürzlich hat der Leiter des MIT, der auch sehr eng mit dem Präsidenten verbunden ist, öffentlich die russischen Attacken auf „aufrichtige Muslime“ verurteilt und den IS „eine Realität“ und „ein gut organisiertes und beliebtes Unternehmen“ genannt. Zudem gab es in den Medien Berichte über IS-Zellen, die in der gesamten Türkei operieren, IS-Rekrutierungsstellen auf türkischem Gebiet, sowie die Behandlung verwundeter IS-Kämpfer in türkischen Krankenhäusern.

Im Zeitraum von Juli bis Oktober 2015 kam es zu einer Reihe größerer Bombenanschläge, denen Dutzende Menschen zum Opfer fielen. Ermittlungen lassen

vermuten, dass der IS hinter diesen Anschlägen steckt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen hat die Türkei darauf nicht mit Angriffen gegen den IS reagiert. Stattdessen hat sie weiterhin Standorte der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Irak und in der Türkei bombardiert. Hier zeigt sich eine Verbindung zu dem ethnischen Konflikt.

Die Tatsache, dass der IS in der Türkei aktiv ist, erhielt im August 2015 eine weitere Bestätigung: Gegen 15 türkisch-protestantische Gemeinden und ihre Leiter ergingen scharfe Todesdrohungen via Facebook, E-Mail, Webseiten und Handy. Dies berichtete der Informationsdienst World Watch Monitor.

- **Der ethnische Konflikt mit der kurdischen Minderheit:** Im Juli 2015 wurden bei einem Bombenanschlag in Suruç an der türkisch-syrischen Grenze viele Menschen getötet, mehrheitlich Kurden. Die Reaktion der Kurden in der Türkei und darüber hinaus lieferte der Türkei einen willkommenen Vorwand, den Friedensprozess mit den Kurden zu beenden, der seit den 1990er Jahren lief. Alle Bemühungen wurden mit einem Schlag beendet, als die türkische Polizei, Armee und Luftwaffe angingen, kurdische Standorte in der Türkei, aber auch dem Irak, anzugreifen und zu bombardieren.

Damit begann ein regelrechter Schlagabtausch zwischen den Kurden und der Türkei. Dadurch fiel das Land in einen Bürgerkriegszustand zurück, während die Zahl der Todesopfer beständig steigt. Besonders im Süd-Osten der Türkei, wo einst die syrisch-orthodoxen Christen lebten, ist Reisen äußerst unsicher geworden.

Parallel zu dieser Entwicklung breitete sich eine teilweise paranoide Form von Nationalismus, der schon immer ein wichtiger Faktor in der Türkei gewesen ist, schlagartig aus. Das hat Auswirkungen auf alle Minderheiten, sowohl ethnische als auch religiöse. Griechische, armenische und syrische Christen wurden bedroht. Ethnische Türken, die vom Islam zum Christentum übergetreten waren, erhielten sogar Morddrohungen. Dahinter steckten nicht nur IS-Anhänger, sondern auch „moderate“ Muslime – ein weiteres Indiz für den wachsenden Einfluss des extremistischen Islam.

- **Grundlegende Veränderungen in der politischen Landschaft:** Im Juni 2015 erlebte Präsident Erdogan bei den parlamentarischen Wahlen seine erste Niederlage, als es seiner Partei „AKP“ nicht gelang, die absolute Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Der Grund dafür lag darin, dass viele kurdische Wähler die AKP nicht wählten und stattdessen für die kurdische Partei „HDP“ stimmten (hier zeigt sich wieder die Verbindung zum ethnischen Konflikt). Die AKP erklärte bereits während des Wahlkampfes ihre Absicht, im Fall einer entsprechenden Mehrheit die türkische Verfassung zu reformieren. Ziel dieser Reformpläne war die Etablierung einer präsidentialen Demokratie – ein Staat, in dem nicht das Parlament, sondern der Präsident alle finalen Entscheidungen trifft.
- Der Wahlausgang war für Präsident Erdogan eine bittere Enttäuschung, und er tat alles in seiner Macht stehende, um die Bildung einer großen Koalition zu verhindern. Die türkische Verfassung erlaubt dem Präsidenten Neuwahlen einzuberufen, wenn es nach

einer Wahl nicht rechtzeitig gelingt, eine Regierungskoalition zu bilden. Die Frist verstrich und Erdogan kündigte neue parlamentarische Wahlen für den 1. November an.

Zum Zeitpunkt der Wahlen am 1. November war die Atmosphäre angespannt und polarisiert. Letzten Endes gewann die AKP wieder die Mehrheit im Parlament, sodass eine Koalition nicht länger nötig war. Unmittelbar nach dem Wahlsieg verkündeten Erdogan und die AKP, dass die neue Verfassung ihre höchste Priorität sei, um die präsidentiale Herrschaft zu etablieren. Die Wahlen brachten auch bei den anderen Trends keine nennenswerten Veränderungen. Der Konflikt mit den Kurden besteht weiterhin, wie auch die Zurückhaltung der Türken, gegen den IS vorzugehen.

Die AKP ist verantwortlich für den allmählichen Abbau des türkischen Säkularismus, der 1923 von Kemal Atatürk eingeführt wurde. Stattdessen verfolgt die AKP nun eine Agenda der Islamisierung des Landes. Dies gefällt einem Großteil der konservativen Wähler, besonders in den ländlichen Gebieten. Hier wird auch die Verbindung zum religiösen Konflikt deutlich. Kaum jemand zweifelt daran, dass Präsident Erdogan seine Agenda der Islamisierung nach dem Sieg der AKP weiter fortsetzen wird. Die Türkei wird sich vermutlich mittelfristig in eine de facto Diktatur verwandeln, da nach der Verfassungsreform alle Macht beim Präsidenten liegen wird. Auch die Zensur der Medien ist in der Türkei bereits sehr ausgeprägt. Es gibt keine Pressefreiheit.

Auch auf internationaler Ebene hat die türkische Regierung in den letzten Jahrzehnten eine starke Wende vollzogen. Mittlerweile unterstützt sie islamische Regime wie die Muslimbruderschaft in Ägypten und die Hamas/PLO in Israel/Palästina. Israel und dem syrischen Präsidenten Assad hingegen steht die türkische Regierung sehr feindlich gegenüber. Präsident Erdogan macht kein Geheimnis daraus, dass er die Türkei als eines der führenden Länder der Region sieht, was in den Ländern des arabischen Nahen Ostens sehr verhalten aufgenommen wird. Dort dominieren im Blick auf die (von Erdogan bewunderte) osmanische Vergangenheit stark negative Gefühle.

Betroffene Kategorien von Christen

In der Türkei existieren alle vier Kategorien von Christen. Alle sind von Verfolgung betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maß.

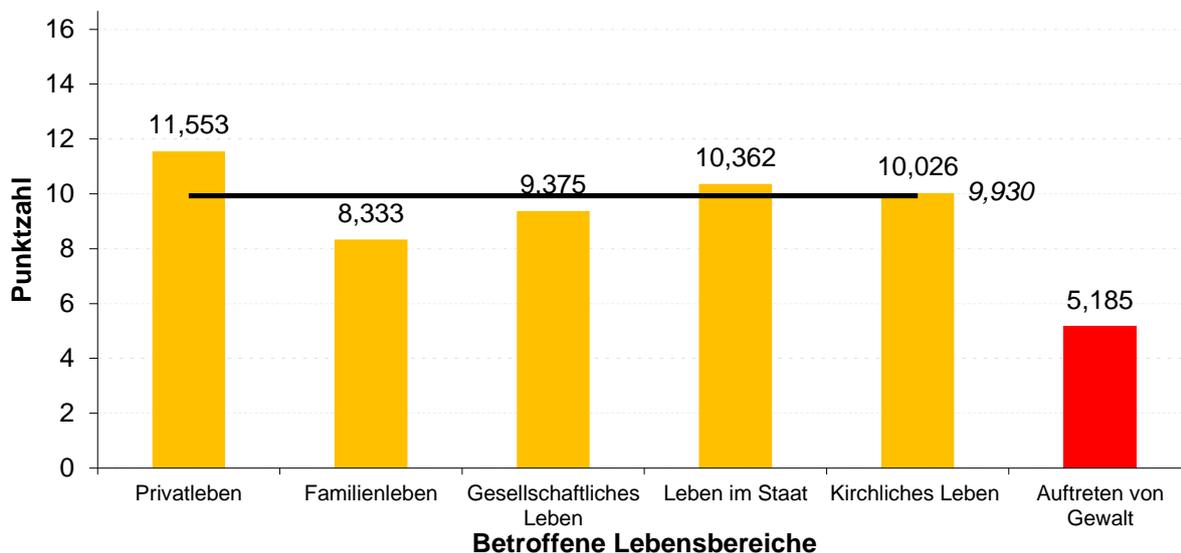
- **Ausländische Christen:** Diese Gruppe lebt überwiegend in den Großstädten: Ostafrikaner (Eritreer und Äthiopier), Iraker, Iraner, Ägypter, Afghanen, Nordafrikaner; viele von ihnen können ohne ein Visum in die Türkei einreisen. Da sie nicht registriert sind, können sie ihren Glauben unbemerkt leben. Das ändert sich allerdings, sobald türkische Bürger zu den Treffen hinzustoßen.
- **Mitglieder traditioneller Kirchen:** Historische armenische, griechische, syrische und katholische Kirchen werden überwacht und gelegentlichen Kontrollen und Einschränkungen durch die Regierung unterzogen. Ihre Mitglieder werden sowohl in behördlichen Angelegenheiten als auch in der öffentlichen Wahrnehmung wie Ausländer behandelt.

- **Christen mit muslimischem Hintergrund (Konvertiten):** Sie müssen die Hauptlast der Verfolgung in der Türkei tragen. Druck kommt von der Familie, Freunden, der Nachbarschaft und sogar lokalen Behörden. Sie werden als Verräter der türkischen Identität und damit des Islam betrachtet.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen: (z.B. Baptisten, Evangelikale oder Pfingstler):** Sie haben größte Probleme, ihren Glauben auszuleben. Finanziell sind sie kaum dazu in der Lage, eigene Räumlichkeiten für den Gottesdienst zu mieten. Viele von ihnen treffen sich deshalb weiterhin in ihren Privatwohnungen, wogegen jedoch Nachbarn protestieren können.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für die Türkei illustriert die Auswirkung des Islamischen Extremismus auf die verschiedenen Lebensbereiche. Die durchschnittliche Wertung der fünf Bereiche liegt bei 9,930 Punkten und damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (9,829). Der Punktzahl für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist deutlich angestiegen: von 2,407 (WVI 2015) auf 5,185. Dies lässt vermuten, dass der stets präsente Druck auf Christen immer mehr in offene Gewalt umschlägt. Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, ist der Verfolgungsdruck in den Bereichen „Privatleben“, „Leben im Staat“ sowie „Kirchliches Leben“ am stärksten ausgeprägt. Der Druck auf Christen muslimischer Herkunft ist besonders im Privatleben sehr hoch und wird zumeist durch das direkte private Umfeld ausgeübt. Der allgemeine Druck wird durch den türkischen Nationalismus und ein Regime angeheizt, das es sich zum Ziel gesetzt hat, das Land zu islamisieren.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Das türkische Gesetz verbietet Glaubenswechsel nicht, dennoch hat es soziale und familiäre Auswirkungen, wenn man vom Islam zum Christentum oder von einer christlichen Denomination zu einer anderen konvertiert. Dies zwingt Christen

manchmal dazu, ein Doppelleben zu führen und ihre Konversion zu verbergen. Christen, die ihre Identität vor ihrer Familie verheimlichen, müssen auch ihre Gebete, Bibeln, christliche Literatur, christliches Fernsehen und Webseiten verstecken. Die dadurch oftmals praktizierte Selbstzensur hält sie auch davon ab, sich mit anderen Christen zu treffen. Christliche Symbole wie beispielsweise das Kreuz zu zeigen, würde bedeuten, dass andere dies bemerken und besonders Konvertiten in Gefahr bringen. Selbst Christen, die offen mit ihrem Glauben umgehen, halten sich mit dem Tragen solcher Symbole an der Arbeitsstelle oder in der Schule zurück, da sie negative Reaktionen fürchten. Die Hinwendung zum christlichen Glauben gilt weithin als inakzeptabel. Gerade in konservativen Familien haben es die Konvertiten sehr schwer, offen ihren Glauben zu leben – besonders Frauen. Mitglieder des türkischen Geheimdienstes MIT sind dafür bekannt, dass sie heimlich türkische Gottesdienste besuchen, um die Besucher zu beobachten und die Gottesdienste inhaltlich zu überwachen. In den größtenteils christlichen Dörfern im Südosten des Landes geschieht dies nicht. Christen muslimischer Herkunft werden streng von ihrer Familie und Nachbarschaft überwacht und manchmal sogar von ihren Familien unter Hausarrest gestellt, um sie zum Widerrufen ihres neuen Glaubens zu zwingen.

- **Familienleben:** Für Konvertiten ist es sehr kompliziert, ihre neue Religionszugehörigkeit auf ihrem Ausweisdokument eintragen zu lassen. Wenn auf dem Ausweis noch „Muslim“ steht, werden die Kinder dieser Christen gezwungen, in den Schulen Islamkurse zu besuchen. Sofern die Eltern ihre Religionszugehörigkeit nicht offiziell ändern lassen, wird bei Kindern automatisch die sunnitische Zugehörigkeit eingetragen. Wenn Konvertiten entdeckt werden, droht ihnen Scheidung und Enterbung. Eine Taufe, christliche Trauung oder Beerdigung zu organisieren kann sehr schwierig oder gar unmöglich sein. Konvertiten können außerdem von ihren Familien isoliert oder sogar gezwungen werden, das Familienheim zu verlassen.
- **Gesellschaftliches Leben:** Der Wunsch der Regierung, die Türkei in eine konservative und islamische Gesellschaft zu verwandeln, erschwert den christlichen Minderheiten das Leben enorm. Diskriminierung und Hassreden basierend auf Ethnizität und Religion wurden in den letzten Jahren immer gängiger. Der Druck des IS wurde im Juli 2015 sichtbar, als 15 protestantische Pastoren bedroht wurden, obwohl die Zahl gewalttätiger Anschläge noch relativ niedrig bleibt. Immer wieder schickt der türkische Geheimdienst MIT seine Spione in Gemeinden und überwacht Predigten in Gottesdiensten. Dies geschieht nicht in mehrheitlich christlichen Dörfern. Die türkische Gesellschaft wird immer konservativer und der Islam tritt immer dominanter auf. Christen werden mitunter gezwungen, an gesellschaftlichen Veranstaltungen mit religiösem Inhalt teilzunehmen, wie dem islamischen Fastenbrechen. Christen muslimischer Herkunft werden vonseiten ihrer Familie, Freunde und Nachbarschaft stark unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Ein weiterer Bereich, in dem christliche Minderheiten Einschränkungen erleben, ist das Recht auf Bildung. Der schulische Lehrplan enthält Islamkurse für alle Schüler, auch wenn es nicht-muslimischen offen steht, sich davon befreien zu lassen. Berichten zufolge werden jedoch immer wieder Schüler, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, durch Lehrer diskriminiert. Außerdem gibt es Beschwerden über die abfällige Darstellung von Minderheiten in Lehrbüchern. Christen,

die an türkischen Universitäten studieren, erhalten keinen Zugang zu höheren Positionen oder gar einer Professur. Diskriminierung fängt jedoch schon sehr viel früher an. Muslimische Schüler können die Punkte, die sie in den Islamkursen erwerben, im Bewerbungsprozess an Universitäten nutzen. Vor allem in den ländlichen Gebieten werden christliche Schüler vonseiten der Schüler und Lehrer diskriminiert. Außerdem sind Christen an ihren Arbeitsplätzen regelmäßig Diskriminierung ausgesetzt, vor allem, wenn ihre Arbeitgeber Beziehungen zur Regierung haben. Sie haben keinen Zugang zu staatlichen Anstellungen. Da die Religionszugehörigkeit auf jedem Ausweis festgehalten wird, ist es sehr leicht, christliche Antragssteller zu identifizieren. Im Berichtszeitraum gab es Vorfälle, bei denen Mitglieder von christlichen Kirchen und Gemeinden von der Polizei zum Verhör einbestellt wurden, auch wenn dies nicht systematisch geschah. Es ist festzuhalten, dass Vorurteile gegen Christen und nicht-muslimische Minderheiten im vergangenen Jahr stark zugenommen haben. Regierungsvertreter und Entscheidungsträger haben in dieser Zeit ihre polarisierende und feindselige Rhetorik gegenüber Minderheiten deutlich verstärkt, und dadurch die Diskriminierung aufgrund von Religion, Ethnie oder sexueller Präferenz angeheizt. Christen sind in der Türkei eine Randgruppe – eine Quelle ging sogar soweit zu sagen, dass sie faktisch „Dhimmi“-Status haben (Dhimmis = „Schutzbefohlene“ des Islam mit eingeschränkten Rechten).

- **Leben im Staat:** Türkischer Nationalismus und – seitdem die AKP an der Macht ist – auch Islamischer Extremismus nehmen starken Einfluss auf die (christlichen) Minderheiten. Die Türkei hat weder die universelle Menschenrechtserklärung noch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vollständig implementiert. Die türkische Verfassung steht den Rechten religiöser Minderheiten sehr restriktiv gegenüber. Die Europäische Union hat die Mängel des Schutzes der Religionsfreiheit immer wieder kritisiert und Ankara dazu aufgerufen, das Recht auf verschiedene Lebensstile zu respektieren, sowohl einen säkularen als auch glaubensbasierten, und die Rechte der religiösen Minderheiten des Landes zu schützen. Die eigene Religionszugehörigkeit auf seinem Ausweis ändern zu lassen, ist ein schwieriger Prozess, bei dem die Antragssteller häufig diskriminiert werden. In der Türkei gibt es eine allgemeine Wehrpflicht, die alle männlichen, türkischen Staatsangehörigen ungeachtet ihrer Rasse oder Religion einschließt. Kriegsdienstverweigerer werden rechtlich belangt und können sogar ins Gefängnis kommen. Der Wehrdienst ist naturgemäß sehr nationalistisch geprägt, und so gab es in der Vergangenheit immer wieder Berichte von Diskriminierung religiöser Minderheiten. Das seit 2012 zunehmend autoritäre Auftreten der regierenden AKP hat die Situation der religiösen Minderheiten weiter verschlimmert. Christen muslimischer Herkunft, vor im Südosten des Landes als Gemeindeleiter tätige, werden aufgrund ihrer offenen christlichen Identität von der Polizei und Sicherheitskräften respektlos behandelt. Die Schwierigkeiten, Baugenehmigungen für Kirchen oder den eine Lizenz für das Abhalten religiöser Zusammenkünfte zu bekommen, machen deutlich, dass die Diskriminierung von Christen durch Behörden und im öffentlichen Dienst alltäglich ist. In den ländlichen Gebieten kommt es immer wieder vor, dass Regierungsstellen Land von syrisch-orthodoxen Christen konfiszieren. Es gibt im Parlament lediglich vier Christen, allerdings keinen einzigen Christen im öffentlichen Dienst, in der Justiz oder im Militär. Der Anstieg des Nationalismus hat in der Vergangenheit auch Schwierigkeiten für nicht-muslimische

Geschäftsbesitzer verursacht. In den staatlich kontrollierten Medien treten Christen nicht in Erscheinung. Lokale Medien und vor allem Kolumnisten waren sehr hegen gegenüber Christen starke Vorurteile. Es gab mehrere Berichte von Intoleranz und durch religiösen Hass motivierten Verbrechen gegen türkisch-protestantische Gemeinden, wie zum Beispiel versuchte Brandstiftung und Drohungen. Konvertiten erleben zudem immer wieder Demütigungen und Bedrohungen. Christliche Symbole zu tragen, ist in den größeren Städten weniger ein Problem, im Osten des Landes wird der Druck allerdings immer stärker. Diyarbakir und Gegenden weiter östlich der Stadt werden verstärkt islamisiert, was zu immer größerem Druck gegenüber Gemeinden und ihren Mitgliedern führt, keine religiösen Symbole mehr zu zeigen. Die Regierung und die Gerichtsbarkeit scheinen Mörder und Mitverschwörer zu schützen, wie an stark in der Öffentlichkeit stehenden Fällen der ermordeten Christen von Malatya deutlich wird, die seit Jahren verhandelt werden. Die öffentlichen Medien tendieren dazu, die ermordeten Christen für schuldig zu halten, weil sie sich angeblich falsch verhalten hätten. Es gibt Grund zum Zweifel an der Objektivität der Justiz bei Fällen, die christliche Minderheiten betreffen. Vor allem die kleine protestantische Gemeinschaft erfährt signifikantes Misstrauen von Seiten der Justiz. Das Vertrauen der Nicht-Muslime in die Gerichtsbarkeit ist stark dadurch belastet, dass Hassredner nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

- **Kirchliches Leben:** Es ist nahezu unmöglich, eine neue Kirche zu registrieren, auch wenn sich kleinere Gemeinden als Verein registrieren können. Der türkische Geheimdienst MIT beobachtet diese christlichen Gruppen und ihre Aktivitäten sehr genau. Es ist unmöglich, Kirchengebäude zu reparieren oder zu renovieren. Kirchengebäude, Bibelschulen oder Schulen, die in der Vergangenheit konfisziert wurden, werden nicht wieder zurückgegeben. Aktivitäten außerhalb der Kirche zu organisieren, gilt als evangelistische Tätigkeit und wird daher verhindert. Konvertiten können kaum offen in Gemeinden integriert werden. Griechisch-orthodoxe und armenisch-apostolische Leiter werden nur mit staatlicher Erlaubnis anerkannt, besonders wenn diese Leiter von religiösen Gemeinschaften sind, die laut Gesetz nicht existieren und deren persönliche Position gesetzlich nicht anerkannt wird. Die Ausbildung christlicher Leiter ist unmöglich. 15 protestantische Leiter haben vom IS Todesdrohungen erhalten. Es gibt christliche Materialien in türkischer Sprache, aber ihre Verteilung ist äußerst risikoreich. Der Aufbau von Stiftungen, die neue religiöse Gemeinden unterstützen wollen, ist gemäß Artikel 101 des türkischen Bürgerlichen Gesetzbuchs verboten. Manchmal wird ausländischen christlichen Arbeitern die Erneuerung ihres Visums oder ihrer Aufenthaltserlaubnis ohne Begründung untersagt.
- **Auftreten von Gewalt:** Die Verfolgung ist in der Türkei momentan nicht sehr gewaltsam, auch wenn das Maß der Gewalt seit dem letzten WWI zugenommen hat. Im Berichtszeitraum wurden acht Gemeinden attackiert und mehrere Christen wurden verletzt. Am 28. Mai 2015 wurde berichtet, dass Jugendliche christliche Helfer in einem jesidischen Flüchtlingscamp in Şirnak mit Steinen bewarfen. Am 26. Mai erlitt ein weiblicher Flüchtling eine Fehlgeburt, weil sie von drei Jugendlichen außerhalb des Camps mit Steinen beworfen worden war.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Der amtierende Präsident Erdogan wird für absehbare Zukunft die Führung der türkischen Regierung innehaben. Deshalb ist zu erwarten, dass die Türkei den Weg der Ausweitung islamischer Einflüsse weitergehen und dem starken Mann und Herrscher folgen wird. Eine Konsequenz davon wird die anhaltende Diskriminierung von Christen und anderen religiösen Minderheiten sein. Der erneute Kampf gegen die kurdische Bevölkerung wird den türkischen Nationalismus in neue Höhen führen, was Auswirkungen auf alle Christen in der Türkei haben wird, vor allem aber auf Konvertiten. Die Anwesenheit islamischer Fundamentalisten in der Türkei hat sich bereits als starke Bedrohung für protestantische Pastoren erwiesen; Christen muslimischer Herkunft haben eine ähnliche Behandlung zu erwarten.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 46: Kolumbien

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegt Kolumbien Platz 46 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Damit entspricht die Punktzahl der des Jahres 2015, als Kolumbien auf Rang 35 eingestuft wurde. Die weiterhin hohe Punktzahl lässt sich hauptsächlich durch das Zusammenwirken von vier Triebkräften der Verfolgung erklären und durch die Tatsache, dass Gewalt gegen Religion im Allgemeinen zugenommen hat.

Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkräfte von Verfolgung sind „Organisiertes Verbrechen und Korruption“, „Exklusives Stammesdenken“ und in einem geringeren Ausmaß auch „Säkulare Intoleranz“ und „Konfessioneller Protektionismus“.

- **Organisiertes Verbrechen und Korruption:** In bestimmten Gebieten agieren revolutionäre und konterrevolutionäre paramilitärische Gruppierungen. Sie sind eng verwoben mit dem organisierten Verbrechen. In diesem Umfeld sind Christen eine gefährdete Gruppe, da allein ihre Anwesenheit eine Bedrohung für die Vormachtstellung krimineller Organisationen darstellt. Dadurch steht die Kirche in direkter Konkurrenz zu kriminellen Organisationen. Fast die Hälfte der kolumbianischen Landfläche ist unter der Kontrolle von Guerillas und paramilitärischen Gruppen. Dieser Teil des Landes hat aber auch die geringste Bevölkerungsdichte.



- **Exklusives Stammesdenken:** In Kolumbien treten immer wieder Spannungen in indigenen Gemeinschaften aufgrund der Hinwendung Einzelner zum christlichen Glauben auf.
- **Säkulare Intoleranz:** Dieser Faktor gewinnt in Kolumbien mehr und mehr an Bedeutung als Triebkraft der Verfolgung. Anzeichen dafür sind wiederholtes Auftreten von Intoleranz gegenüber der Teilnahme von Christen am öffentlichen Leben, im Besonderen an staatlichen Universitäten.
- **Konfessioneller Protektionismus:** Es besteht weiterhin eine Haltung der Ablehnung zwischen einzelnen christlichen Denominationen, im Besonderen zwischen den traditionell-katholischen Kirchengemeinden und den jüngeren protestantischen Freikirchen, wie etwa Baptisten- oder Pfingstgemeinden. Diese Triebkraft der Verfolgung tritt vor allem in ländlichen Gemeinden auf, in denen evangelikale Christen bedrängt werden, wenn sie nicht an den traditionellen religiösen Veranstaltungen teilnehmen. Aber auch auf nationaler Ebene sind solche Beobachtungen zu machen, da die Gesetzgebung teilweise weiterhin den Katholizismus gegenüber anderen Glaubensrichtungen begünstigt. Allerdings verliert diese Triebkraft der Verfolgung an Einfluss, denn seit 1991 sind durch die Verfassung die meisten rechtlichen Hindernisse für die nicht-traditionellen Formen des christlichen Glaubens abgeschafft worden.

Aktuelle Einflüsse

In Kolumbien herrschen viele Realitäten gleichzeitig. Formal gesehen ist es ein modernes, demokratisches Land, in welchem Rechtsstaatlichkeit existiert und Religionsfreiheit garantiert wird. Allerdings stehen große Teile des Landes unter der Kontrolle krimineller Organisationen, von Drogenkartellen und paramilitärischen Gruppen.

In einem Umfeld von oftmals sehr lückenhafter Strafverfolgung leiden alle Einwohner Kolumbiens unter den daraus resultierenden, jahrzehntelangen Konflikten. Christen stehen jedoch in einem besonderen Maß in der Gefahr, Anfeindungen zu erleben. Entgegen den Behauptungen von Präsident Santos, der im Jahr 2014 wiedergewählt wurde, wird die Lage im Land nicht sicherer. Ungeachtet des aktuell geführten Dialogs zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC sind viele Christen weiterhin aufgrund ihrer Aktivitäten als einflussreiche Pastoren und wichtige Stimme in der öffentlichen Meinung, als Politiker, Journalisten, Rechtsanwälte, Menschenrechtsaktivisten, Befürworter der Rechte indigener Völker und Umweltschützer das Ziel von Verfolgung, weil sie als Bedrohung für die Interessen der kriminellen Netzwerke angesehen werden.

In einigen Landesteilen agieren revolutionäre und konterrevolutionäre paramilitärische Gruppen – eng mit dem organisierten Verbrechen verbunden – in einem Umfeld von fehlender Strafverfolgung, Korruption, Anarchie, Drogenkriegen und struktureller Gewalt. In solchen Situationen stellen Christen schon durch ihre bloße Anwesenheit eine Bedrohung für die Hegemonie der kriminellen Organisationen dar und sind deshalb eine gefährdete Gruppe. Denn besonders junge Menschen erkennen im christlichen Glauben eine alternative Möglichkeit, sich in der Gesellschaft zu verhalten. Das macht Gemeinden zu direkten Konkurrenten von kriminellen Organisationen.

Wenn sich Mitglieder indigener Gemeinschaften zum christlichen Glauben hinwenden, sind sie in besonderem Maß der Verfolgung durch ihr unmittelbares soziales Umfeld ausgesetzt. Open Doors liegen Berichte von Christen aus der Cauca-Region vor, denen regelmäßig der Zugang zur sozialen Grundversorgung verwehrt wird und die in Entscheidungsprozessen übergangen werden. Außerdem laufen sie Gefahr, gefoltert oder vertrieben zu werden.

Indigene Territorien sind in Kolumbien durch ein Bundesgesetz geschützt, das ihnen auch Autonomie garantiert. Aufgrund dieser Autonomie ist es den Sicherheitskräften der Regierung (Polizei und Militär) gesetzlich verboten, diese Gebiete zu betreten. Die Gebiete werden von indigenen Organisationen verwaltet, die aber mancherorts so schwach sind, dass sie von den Guerillas infiltriert werden. Da es dort praktisch keine staatlichen Gesetzeshüter gibt und demnach auch keinen Gesetzesvollzug, haben sich diese Gebiete zu einem sicheren Hafen für den groß angelegten Drogenhandel der Guerillas entwickelt. Einige dieser Aktivitäten sind auf Bündnisse von Teilen der indigenen Bevölkerung und der Guerillas zurückzuführen. Quellen von Open Doors weisen darauf hin, dass die indigene Bevölkerung gezielt materielle Unterstützung vonseiten der Guerillas erhält, um Christen indigener Herkunft zu verfolgen.

Zudem berichten Feldforscher von Open Doors von mehr als 150 Kirchenschließungen seit 2011. In mehr als 200 registrierten Fällen wurden Christen in den Regionen Cauca, Huila und Córdoba gewaltsam vertrieben und hunderte mit Vertreibung bedroht. Zahlreiche Häuser und Geschäfte von Christen wurden beschädigt.

Betroffene Kategorien von Christen

In Kolumbien lassen sich drei Kategorien von Christen unterscheiden. Dabei sind Christen aller Kategorien potentielle Opfer des organisierten Verbrechens und korrupter Machenschaften. Besonders sind allerdings diejenigen betroffen, die klar zu ihrem Glauben stehen und im gesellschaftlichen oder öffentlichen Leben Verantwortung übernehmen oder eine Führungsposition auf kommunaler oder nationaler Ebene innehaben. Von Säkularer Intoleranz sind alle Kategorien von Christen betroffen, die in größeren, von der Regierung kontrollierten Städten leben. Konfessioneller Protektionismus stellt hingegen hauptsächlich die protestantischen Freikirchen vor Herausforderungen.

- **Mitglieder traditioneller Kirchen:** Es existiert eine große traditionell-christliche Gemeinschaft, die größtenteils aus Katholiken besteht. Diese Gruppe ist vor allem anfällig für Verfolgung durch Organisiertes Verbrechen und Korruption und Säkulare Intoleranz.
- **Christen aus traditionell-indigenen Religionen (Konvertiten):** Christen, die aus den indigenen Religionsgemeinschaften zum Glauben an Jesus Christus konvertiert sind, werden als Bedrohung für die Macht der lokalen Führer und für die althergebrachten indigenen Traditionen angesehen. Hier kommt Exklusives Stammesdenken als Triebkraft der Verfolgung zum Tragen. Open Doors geht davon aus, dass rund 30 Prozent der gesamten indigenen Bevölkerung (400.000 Personen) Christen sind, ob katholisch oder evangelisch, und dass circa 40 Prozent von ihnen in irgendeiner Weise Verfolgung erleben (165.000 Personen). Da man durch sie den Fortbestand der indigenen Kultur und Traditionen gefährdet sieht, werden die Christen unter der ländlichen Bevölkerung

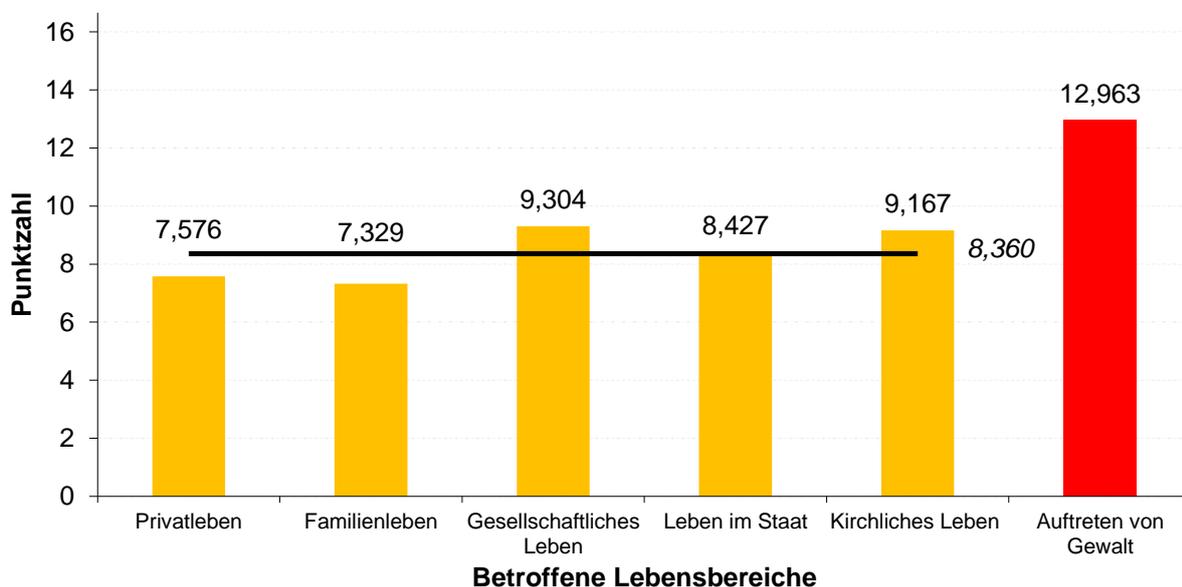
in einigen autonomen Gebieten Kolumbiens (z.B. Gebiete in Cauca, Córdoba und den Putumayo-Gebieten) immer wieder Opfer von Anfeindungen.

- **Angehörige protestantischer Freikirchen:** Kolumbien verzeichnet eine wachsende Anzahl von protestantischen Freikirchen (wie Baptisten- und Pfingstgemeinden). Diese Gruppe erleidet Verfolgung aufgrund von Organisiertem Verbrechen und Korruption und Säkularer Intoleranz; in ländlichen Gebieten auch durch Konfessionellen Protektionismus.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Kolumbien basiert auf der Summe der Wertungen für Organisiertes Verbrechen und Korruption, Exklusives Stammesdenken und Säkulare Intoleranz. Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 8,360 Punkten im Vergleich zu 8,797 Punkten im Vorjahr, was einen leichten Rückgang des Drucks auf Christen bedeutet. Der Wert für das „Auftreten von Gewalt“ liegt bei 12,963 Punkten und damit leicht über dem des letzten Jahres (11,111). Der durchschnittliche Verfolgungsdruck auf Christen ist leicht rückläufig, während das Maß der Gewalt zugenommen hat. Der Gesamteffekt ist neutral. Dennoch wird daran die Brisanz der Situation deutlich. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster veranschaulicht, ist der Verfolgungsdruck in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“ am höchsten. Das Gewaltniveau in Kolumbien ist weiterhin hoch.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

Organisiertes Verbrechen und Korruption beeinflussen alle Lebensbereiche und führen zu einer Kultur der Angst, die besonders in den Bereichen „Gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ zu spüren ist. Exklusives Stammesdenken ist auf indigene Gemeinschaften beschränkt. Diese Triebkraft von Verfolgung drückt sich vor allem in den Bereichen „Familienleben“,

„Gesellschaftliches Leben“ und „Kirchliches Leben“ aus. Manchmal überschneidet sie sich mit Organisiertem Verbrechen und Korruption, besonders dann, wenn sich Guerillas mit indigenen Stammesführern gegen Christen verbünden. Säkulare Intoleranz kommt vor allem in den Bereichen „Leben im Staat“ und „Kirchliches Leben“ zum Tragen.

- **Privatleben:** Im privaten Bereich ist der Druck auf Christen vor allem durch Exklusives Stammesdenken ein Problem, da eine Abkehr vom traditionell-indigenen Glauben nicht toleriert wird und als eine Bedrohung für den Erhalt regionaler Gesetze und althergebrachter indigener Traditionen angesehen wird.
- **Familienleben:** In Stammesgebieten müssen Taufen und andere symbolische Handlungen des christlichen Glaubens, die die Familie betreffen, im Geheimen durchgeführt werden. Auf der kommunalen Ebene erleben Christen vielfältige Formen von Schikane und Diskriminierung, einschließlich des Ausschlusses von grundlegenden Sozialleistungen. Christliche Schulen werden selten toleriert. Auch das kirchliche Leben entbehrt viele Freiheiten, da jegliche christliche Aktivität als Bedrohung der politischen Macht der indigenen Führer angesehen wird.
- **Gesellschaftliches Leben:** Kriminelle Organisationen und Guerillas bereiten Christen in ihrem Alltagsleben Schwierigkeiten, weil all ihre Aktivitäten beobachtet und jene verhindert werden, die den Interessen dieser Gruppierungen widersprechen. Christen erfahren Behinderungen, wenn es um den Zugang zu Bildung, Gesundheit und anderen sozialen Dienste geht. Im Bereich der Gemeinschaften sehen sich Christen allen Formen der Belästigung und Diskriminierung ausgesetzt, einschließlich des Ausschlusses von der sozialen Grundversorgung. Christliche Schulen werden so gut wie nicht toleriert.
- **Leben im Staat:** Auf staatlicher Ebene werden einige öffentliche Ausdrucksformen des christlichen Glaubens verhindert oder ins Lächerliche gezogen. Anti-Diskriminierungsgesetze schränken in manchen Fällen Christen ein, frei ihre Meinung zu Ehe und Familie zu äußern. Oft nehmen auf staatlicher Ebene kriminelle Gruppierungen traditionelle Rollen des Staates ein, so dass keine Rechtsstaatlichkeit mehr gegeben ist und Benachteiligungen von Christen ungestraft bleiben.
- **Kirchliches Leben:** Organisiertes Verbrechen und Korruption schränken die Versammlungsfreiheit der Christen ein. Gottesdienste werden ständig überwacht und Predigtinhalte zensiert, wenn die Vertreter der entsprechenden Gruppierungen darin eine Bedrohung ihrer Interessen wahrnehmen. In indigenen Gemeinschaften ist die Freiheit der Christen ebenfalls sehr eingeschränkt, da jegliche christliche Aktivität als Bedrohung der politischen Macht der indigenen Führer angesehen wird. Es kommt vor, dass Gottesdienste oder christliche Open-Air-Veranstaltungen von andersdenkenden Gruppierungen auf Basis säkularer Intoleranz gestört werden. Außerdem werden christliche Standpunkte im öffentlichen Bildungssystem kaum toleriert.
- **Auftreten von Gewalt:** Organisiertes Verbrechen und Korruption sowie Exklusives Stammesdenken bewirken ein hohes Maß an Gewalt gegen Christen. Als Folge davon wurden im Berichtszeitraum mindestens sechs Christen aufgrund ihres Glaubens durch

Guerillas, paramilitärische und andere kriminelle Organisationen getötet. Letztere haben ebenfalls die Schließung von ca. 20 Kirchen veranlasst, da diese teilweise die kriminellen Aktivitäten kritisierten oder als Komplizen der Regierung oder anderer gegnerischer Gruppen angesehen wurden. Zahlreiche Christen wurden außerdem von ihrem Land vertrieben. Auch sexuelle Gewalt gegen christliche Frauen gab es im aktuellen Berichtszeitraum wieder. Bedingt durch Exklusives Stammesdenken wurden mindestens drei Kirchen angegriffen und geschlossen. Während des Berichtszeitraumes wurden zahlreiche Fälle in den Regionen Cauca, Huila und Córdoba dokumentiert, in denen Christen mit Gewalt vertrieben wurden. Hunderte von Christen wurde die Vertreibung angedroht. Häuser und Geschäfte von Christen wurden beschädigt.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

- 1) Die Autonomie der indigenen Territorien, die diese zu einem Staat im Staat macht, wird wahrscheinlich fortbestehen – so sieht es die Verfassung vor. Was auf dem Papier äußerst positiv klingt – das Recht auf Selbstverwaltung der indigenen Gebiete – ist in Wahrheit äußerst undemokratisch, da es vereinzelt, traditionell-indigenen Herrschern uneingeschränkte Macht in diesen Gebieten verleiht. Deshalb wird die Situation für indigene Christen sehr schwierig bleiben, da in diesen Territorien keine Menschenrechtsstandards durchgesetzt werden können.
- 2) Trotz der Friedensgespräche wird die Gewalt in Kolumbien bis auf weiteres ein strukturelles Phänomen bleiben. In Gebieten, in denen die Regierung ihre Kontrolle über die öffentliche Sicherheit verloren hat, können Drogenkartelle und illegale bewaffnete Gruppen ungestraft agieren. Das bedeutet, dass Christen weiterhin zum Ziel krimineller Banden werden.
- 3) Kolumbien hat anscheinend seine Position als der weltweit wichtigste Produzent von Kokain zurückgewonnen. Schätzungen aus dem Weißen Haus gehen allein für das Jahr 2014 von einer Zunahme des Koka-Anbaus in Kolumbien um 39 Prozent auf 112.000 Hektar aus, was einer Drogenproduktion von 245 Tonnen entspricht. „InSight Crime“ geht davon aus, dass diese bereits sehr hohen Schätzungen immer noch zu gering angesichts der wahren Menge an Kokain sind, die pro Jahr in Kolumbien produziert wird. Der Hauptgrund für den gesteigerten Anbau der Koka-Pflanze liegt nach Ansicht dieser Organisation in der zunehmenden Kontrolle der FARC über die Koka-Produktion (70%) und ihrer Überzeugungskraft, einheimische Bauern für den Anbau des Kokastrauches zu gewinnen, anstatt sich an den Programmen zur Ausmerzung der Pflanze zu beteiligen. Die wachsende Kontrolle der Koka-Produktion durch die FARC nährt vielerlei Befürchtungen. Dies wird zu noch höherem Druck auf die Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung und den Guerillas führen, für die der Drogenhandel ein wichtiges Element ist. Sollte tatsächlich ein Friedensabkommen erzielt werden, würden die Bauern Entschädigungen für ihre Gewinnauffälle aus dem Koka-Anbau erwarten. Es besteht auch das Risiko, dass FARC-Kommandeure der mittleren Führungsebene sich danach ganz dem Drogenhandel widmen. Falls die Friedensgespräche scheitern, werden die beträchtlichen Gewinne aus dem Drogenhandel es der FARC ermöglichen, ihre Organisation zu stärken und den Guerillakrieg weiter fortzuführen. In beiden Szenarien ist der Frieden sehr weit entfernt. Für Christen sind

dies sehr schlechte Nachrichten, denn es bedeutet, dass Organisiertes Verbrechen und Korruption höchstwahrscheinlich auch in der Zukunft eine starke Triebkraft der Verfolgung bleiben wird.

- 4) Am 24. September 2015 berichtete die BBC von einem wichtigen Durchbruch bei den Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC, Kolumbiens größter Guerilla-Gruppe. Die Vereinbarung beinhaltet die Schaffung von Sondergerichten, um Verbrechen, die während des Konflikts begangen wurden, zu bestrafen. Außerdem soll eine Wahrheitskommission eingerichtet und ein Amnestiegesetz beschlossen werden, welches innerhalb von sechs Monaten wirksam sein soll. Unbestreitbar stellt diese Vereinbarung einen wichtigen Schritt nach vorne dar, doch man darf nicht vergessen, dass Kolumbien sich über Jahrzehnte hinweg im Krieg mit sich selbst befunden hat. Es wird nicht einfach sein, einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Außerdem gibt der Rahmen dieses Abkommens Anlass zur Sorge, denn das Abkommen bindet nur die FARC an den Friedensprozess. Andere Guerillas, aufständische Gruppen und in Kolumbien agierende kriminellen Banden werden auch weiterhin aktiv sein. Darüber hinaus gibt es Bedenken, dass FARC-Mitglieder der unteren Führungsschichten sich nicht an das Friedensabkommen gebunden fühlen könnten, welches ihre Führer ausgehandelt haben; in diesem Fall würden sie ihre sehr lukrativen Drogengeschäfte vermutlich fortsetzen. Für die Christen sind echte Veränderungen durch das Abkommen deshalb kaum zu erwarten.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 47: Vereinigte Arabische Emirate

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 55 Punkten belegen die Vereinigten Arabischen Emirate Platz 47 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um 6 Punkte gegenüber dem Jahr 2015, als die Vereinigten Arabischen Emirate Rang 49 einnahmen. Der Punktanstieg ist hauptsächlich auf zunehmende Feindseligkeit gegenüber Christen zurückzuführen. Extremistische Sunniten bedrohen christliche Gemeinschaften im Land. Wie bereits in den letzten Jahren sehen sich Christen in den verschiedenen Lebensbereichen Verfolgung gegenüber.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft der Verfolgung in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist „Islamischer Extremismus“. „Diktatorische Paranoia“ spielt ebenfalls eine Rolle (vermischt mit Islamischem Extremismus).

- **Islamischer Extremismus:** Der Islam beherrscht das private und das öffentliche Leben und den politischen Diskurs des Königreiches. Folglich werden alle Staatsbürger als Muslime definiert. Das Gesetz verweigert den Muslimen unter Androhung der Todesstrafe die Freiheit, ihren Glauben zu wechseln. Um Tod, gesellschaftliche Stigmatisierung und andere Strafen zu vermeiden, stehen Christen muslimischer Herkunft, deren Glaubenswechsel bekannt geworden ist, unter dem starken Druck, zum Islam zurückzukehren oder in andere Länder auszureisen, in denen sie als Christen leben dürfen. Hinzu kommt, dass die Regierung keine andere offizielle oder inoffizielle religiöse Ausbildung als Islamunterricht erlaubt. Evangelisation ist verboten, aber nicht-muslimische Gruppen können in bestimmten Gebäuden oder privaten Häusern Gottesdienste feiern. Dies wird jedoch durch die Zunahme des extremistischen sunnitischen Islam, besonders durch den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien und dem Irak, erschwert.
- **Diktatorische Paranoia:** Eine weitere Triebkraft für die Verfolgung der Christen im Land ist Diktatorische Paranoia, da die dynastischen Herrscher ihr Land ohne die Anerkennung zahlreicher Grundrechte regieren. Die Herrscher üben so starken Druck auf die Gesellschaft aus, dass es kaum Widerspruch gibt. Es besteht eine Überschneidung der beiden Triebkräfte Islamischer Extremismus und Diktatorische Paranoia. Die Regierung zeigt Anzeichen des Islamischen Extremismus, indem sie die Rechte der Christen im Vergleich zu denen anderer Bürger beschneidet.

Aktuelle Einflüsse

Mit einer Bevölkerung von weniger als zehn Millionen (wovon Ausländer rund 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen) sind die Vereinigten Arabischen Emirate eine der freien, stabilen und dadurch strategisch wichtigen Wirtschaftsmächte in dieser sonst instabilen Region. Das Land ist ein Zentrum für internationale Finanz- und Baufirmen. Mit dem benachbarten Golf von Oman, dem Persischen Golf, Oman und Saudi-Arabien sind sie ein Machtzentrum, wenn es um Attraktivität für ausländische Akteure geht. Das Jahreseinkommen pro Kopf ist vergleichbar mit dem in den führenden westeuropäischen Ländern. Das hohe Ölvorkommen und die moderate Außenpolitik haben dazu geführt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate eine wesentliche Rolle in den Angelegenheiten der Region spielen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich aus den Unruhen des Arabischen Frühlings, die überall im Nahen Osten auftraten, im Wesentlichen herausgehalten, obwohl im März 2011 politische Aktivisten und Intellektuelle eine Petition unterzeichneten, die eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit an der Staatsführung forderte und die im Internet stark verbreitet wurde. Um potentielle Unruhen zu vermeiden, verabschiedete die Regierung einen mehrjährigen, 1,6 Milliarden US-Dollar umfassenden Investitionsplan, um die Infrastruktur in den nördlichen, ärmeren Emiraten zu stärken, und versprach politische Reformen.

In Politik und Verwaltung werden alle Entscheidungen zur politischen Herrschaft von den dynastischen Herrschern der sieben Emirate getroffen und es gibt keine Möglichkeit für das Volk, die Politik mitzubestimmen. Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Redefreiheit und freie Meinungsäußerung sind in dem Königreich stark eingeschränkt. Laut „Freedom House“ sind politische Parteien nicht anerkannt oder zugelassen. Im weltweiten Index der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ werden die Vereinigten Arabischen Emirate mit einer hohen Einschränkung

der Pressefreiheit eingeordnet. Die Verfassungsbestimmungen zur Religionsfreiheit unterliegen starken Einschränkungen („clawback-clauses“). Die Verfassung sieht Religionsfreiheit unter der Bedingung vor, dass weder geltende Sitten noch die öffentliche Moral und Ordnung verletzt werden. Blasphemie ist verboten. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich dem Bündnis angeschlossen, das den IS bekämpft. Evangelisation ist verboten und kann mit der Todesstrafe geahndet werden.

Betroffene Kategorien von Christen

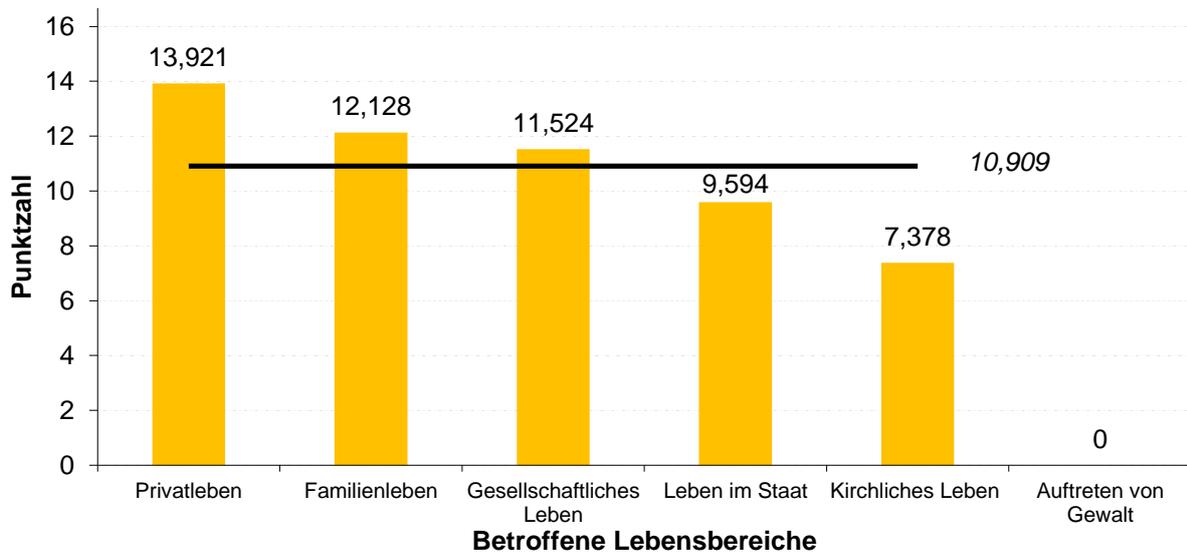
Von der Verfolgung sind zwei Kategorien von Christen betroffen: Ausländische Christen und Christen muslimischen Hintergrunds.

- **Ausländische Christen:** Ausländische Christen genießen einige Freiheiten, werden jedoch ebenfalls mit Einschränkungen konfrontiert. Afrikanische und asiatische Ausländer genießen mehr Freiheiten als Konvertiten, aber nicht in demselben Maße wie westliche Ausländer; dies ist allerdings nur solange der Fall, wie sie Muslime nicht evangelisieren.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** Der Druck auf Christen muslimischen Hintergrunds ist im ganzen Land sehr hoch. Die rechtlichen Rahmenbedingungen schützen sie nicht vor Verfolgung. Christen muslimischer Herkunft leben unter großem Druck vonseiten der Familie, der Verwandtschaft und der muslimischen Gesellschaft, alles in allem aber bedingt durch die islamische Regierung, das Gesetz und die Kultur.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für die Vereinigten Arabischen Emirate zeigt die Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 10,909 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zugenommen hat (9,815). Gewaltsame Vorfälle wurden nicht berichtet (2015: 0,185). Alle außer einem der betroffenen Lebensbereiche zeigen einen Anstieg der Punktzahl. Die höchste Steigerung in der Wertung weisen „Gesellschaftliches Leben“ und „Familienleben“ auf. Dies deutet darauf hin, dass der Anstieg der Verfolgung auf gesellschaftliche Akteure zurückzuführen ist. Wie das Verfolgungsmuster zeigt, ist der Verfolgungsdruck im Bereich „Privatleben“ am stärksten ausgeprägt, gefolgt von den Lebensbereichen „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Während die Situation für die Christen im Königreich im Allgemeinen negativ ist, ist der Unterschied zwischen der religiösen Freiheit von Ausländern und jener der wenigen Christen muslimischer Herkunft in den meisten Lebensbereichen sichtbar. Christen muslimischen Hintergrunds werden systematisch unter Druck gesetzt. Mehr als das Regime scheinen die gesellschaftlichen Akteure für den Verfolgungsdruck in den Vereinigten Arabischen Emiraten verantwortlich zu sein.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- Privatleben:** Das Privatleben der Christen wird durch viele Faktoren verkompliziert. Dies wird durch die hohe Punktzahl in dem Bereich deutlich. Die Hinwendung zu jeder anderen Religion als dem Islam ist verboten. Christen werden von der Gesellschaft diskriminiert und stigmatisiert. Gerade für Christen muslimischer Herkunft, die aus Sicherheitsgründen nur verdeckt ihren christlichen Glauben leben, ist es gefährlich, christliche Materialien zu besitzen.
- Familienleben:** Das christliche Familienleben ist der am zweitstärksten unterdrückte Lebensbereich im Königreich. Die Verfolgung betrifft besonders die Themen Hochzeit, Kindererziehung, Erbschaft und Sorgerecht. Eine religiös gemischte Ehe ist nur zwischen einem muslimischen Mann und einer nicht-muslimischen Frau zulässig. Im Fall einer Scheidung überträgt der Staat das Sorgerecht für alle Kinder der nicht-muslimischen Frau an den muslimischen Vater, wenn sie nicht zum Islam konvertiert. Es ist gesetzlich festgelegt, dass eine nicht-muslimische Frau, die sich nicht zum Islam bekehrt, der Staatsbürgerschaft unwürdig ist. Des Weiteren kann sie auch den Besitz des Mannes nicht erben, es sei denn, sie wird im Testament explizit als Begünstigte aufgeführt.
- Gesellschaftliches Leben:** Die Gesellschaft der Vereinigten Arabischen Emirate ist sehr konservativ. Jeder Konvertit und jeder, der auch nur verdächtigt wird, zu einem anderen Glauben übergetreten zu sein, wird von der Gesellschaft geächtet. Ein Forscher sagte dazu: „Es existieren keine Gesetze oder Regelungen, die es Christen verbieten, sich in gesellschaftlichen oder ähnlichen Einrichtungen einzusetzen. Jedoch halten sich Christen regelmäßig aus Sicherheitsgründen zurück. Die bereits bestehende gesellschaftliche Benachteiligung und Diskriminierung der Christen und anderer Nicht-Muslime führen im Ergebnis dazu, dass sie sich nicht sicher fühlen und sich daher nicht in gesellschaftlichen Einrichtungen und Foren engagieren.“

- **Leben im Staat:** Die Einstellung gegenüber Christen ist durchgehend negativ, von der nationalen bis hin zur regionalen Ebene. Dies wird dadurch unterstrichen, dass der Islam Staatsreligion ist und die Scharia als Grundlage der Gesetzgebung und der Rechtsprechung dient. Das bedeutet, dass Christen ihren eigenen Glauben an Jesus Christus nicht leben können, sondern so leben müssen, wie es ihnen von anderen vorgegeben wird.
- **Kirchliches Leben:** Es gibt mehr als 35 Kirchen im Land (Hauskirchen nicht eingerechnet). Im Dezember 2014 wurde eine armenische Kirche gebaut. Dennoch begegnen Christen ernsthafte Probleme in diesem Lebensbereich. Sie erleben beispielsweise Einschränkungen beim Import christlicher Materialien. Ein Feldforscher erklärt: „Der Zoll überprüft routinemäßig den Inhalt christlicher Materialien, die in das Land importiert werden.“ Weiterhin „ist der Import, der Besitz sowie das Verteilen von religiöser Literatur, Kleidung und Symbolen durch das Gesetz eingeschränkt. Zusätzlich ist es aufgrund gesellschaftlicher Vorurteile, Diskriminierung und Benachteiligungen von Christen sehr gefährlich, öffentlich Bibeln und anderes christliches Material zu verteilen. Dies gilt besonders, wenn Material an Christen muslimischer Herkunft verteilt wird.“
- **Auftreten von Gewalt:** Es liegen keine Berichte über Gewalt gegen Christen im Berichtszeitraum vor.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Der aufstrebende sunnitische IS in der Region bereitet fast allen Ländern im Mittleren Osten und in der Golfregion Sorgen. Es gibt Berichte, nach denen sich Bürger der Vereinigten Arabischen Emirate dem IS angeschlossen hätten. Andererseits hat sich das Land der Koalition gegen den IS angeschlossen. Diese Länder haben (neue) Programme und Regelungen eingeführt, um sich des Problems des extremistischen Islam in der eigenen Gesellschaft anzunehmen. Am 25. Juli 2015 verabschiedeten die Vereinigten Arabischen Emirate ein Gesetz gegen Intoleranz. Die Regierung erklärt, dieses Gesetz strebe an, Diskriminierung wegen „Religion, Kaste, Überzeugungen, Lehrmeinungen, Rasse, Hautfarbe und ethnischer Herkunft“ zu verbieten. Das Gesetz kriminalisiert jede Handlung, die religiösen Hass schürt oder eine Religion beleidigt und fordert Strafen für all jene, die andere religiöse Gruppen als Ungläubige bezeichnen.

Generell ist dies eine gute Nachricht für die Christen im Land, da sie hauptsächlich Opfer des religiösen Extremismus sind. Es ist jedoch sehr wichtig, die Absicht der Regierung nicht mit der Umsetzung des Gesetzes zu verwechseln. Diese Länder erlassen solche Gesetze nicht, um Minderheiten zu schützen, sondern vor allem, um Macht und Interessen der Regierung zu verteidigen. Dies zeigt sich auch daran, dass der IS eine Bedrohung für die bestehenden Grenzen zwischen den Staaten der Region und die darin herrschenden Familien ist. Trotzdem ist der Erlass des Gesetzes lobenswert. Hierdurch wird gegen Intoleranz in Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten vorgegangen, in denen viele ausländische Christen leben. Mit Blick auf die Vergangenheit und die aktuelle Situation kann gesagt werden, dass die Zukunft für Christen im Land voraussichtlich weiterhin instabil und schwierig bleiben wird.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 48: Bahrain

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 54 Punkten belegt Bahrain Platz 48 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2016. Das entspricht einem Anstieg um fünf Punkte gegenüber der Wertung des Jahres 2015 (48), mit der das Land nicht auf dem WVI gelistet war. Der Grund dafür, warum es sich in diesem Jahr wieder unter den 50 Ländern mit der weltweit stärksten Christenverfolgung befindet, ist, dass sich durch den Einfluss des „Islamischen Staates“ (IS) in der Region der extremistische Islam auch in Bahrain verbreitet.

Weiterhin ist es offensichtlich, dass die Regierung versucht, die durch die Unruhen in der Region erschütterte Bevölkerung durch einen zunehmend autoritären Regierungsstil unter Kontrolle zu halten.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Haupttriebkraft von Verfolgung in Bahrain ist „Islamischer Extremismus“. „Diktatorische Paranoia“ ist ebenfalls stark präsent (vermischt mit Islamischem Extremismus).

- **Islamischer Extremismus:** Der Islamische Extremismus muss im Licht der Geschehnisse in der gesamten Region gesehen werden. Es herrscht Chaos und die Bevölkerung ist sehr konservativ geworden. Der Rechtsrahmen des Landes ist ebenfalls ein Ausdruck der extremistischen Sichtweise. Die bahrainische Verfassung enthält Elemente, die sich offensichtlich widersprechen. Sie erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia (das islamische Gesetz) zur Grundlage der Gesetzgebung. Gleichzeitig steht in der Verfassung, dass „der Staat die Unantastbarkeit von Gottesdiensten und die Freiheit, religiöse Riten durchzuführen und religiöse Paraden und Versammlungen in Übereinstimmung mit den landesüblichen Sitten abzuhalten, garantiert.“
- **Diktatorische Paranoia:** Das Staatsoberhaupt ist bemüht, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Die sunnitische Königsfamilie regiert das Land, in welchem Sunniten eine Minderheit darstellen, mithilfe der Unterstützung Saudi-Arabiens und anderer Länder mit sunnitischer Mehrheit in der Region. Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und andere grundlegende Rechte werden von der Regierung oft verletzt.

Aktuelle Einflüsse

Bahrain, ein Land, in dem Saudi-Arabien und der Iran ihre politische Macht zeigen, wird von einem autoritären Regime beherrscht. Während der Demonstrationen der schiitischen Mehrheit gegen die

sunnitische Regierung wurde das Land zum Schauplatz der Machtkonkurrenz zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Saudi-Arabien sandte Truppen, um die Regierung Bahrains zu unterstützen und den Keim der Revolution des Arabischen Frühlings von 2011 zu ersticken, während sich der Iran lediglich auf verbale Drohungen beschränkte.

Das hauptsächlich schiitisch-islamische Land ist aufgrund seiner internationalen Position im Bankwesen und im Handel allgemein relativ tolerant. Eine große Anzahl von christlichen Gastarbeitern (hauptsächlich aus Südasien) arbeitet und lebt in Bahrain und ist relativ frei darin, ihren Glauben in privaten Gemeinderäumen zu leben; Muslimen vom christlichen Glauben zu erzählen ist jedoch verboten. Da die Zahl der Gemeinderäume begrenzt ist, müssen Dutzende von Gemeinden dasselbe Gebäude nutzen. Es ist ihnen nicht erlaubt, für ihre Angebote in arabischer Sprache zu werben, auf Englisch ist dies jedoch möglich.

Die Verfassungsbestimmungen hinsichtlich Religionsfreiheit sind sehr widersprüchlich. Des Weiteren werden im Land die Auswirkungen der Ideologie des IS sichtbar. Einige von Saudi-Arabien unterstützte sunnitische Wahhabiten sympathisieren offen mit der Idee eines Kalifats. Diese Einstellung wird außerdem durch die empfindliche Beziehung zwischen Sunniten und Schiiten im Land genährt.

Die Königsfamilie in Bahrain beherrscht das Land mit einer vollständig autoritären Haltung. *Freedom House* stuft das Land in seinem Bericht als „nicht frei“ ein. Auf der Rangliste für Pressefreiheit ist Bahrain auf Rang 163 von 180 Ländern eingestuft. Laut einem Bericht von *Amnesty International* „unterdrückt und bestraft das Land weiterhin abweichende Meinungen und schränkt die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ein.“ Das Leben der Christen muss im Licht dieser Umstände betrachtet werden.

Betroffene Kategorien von Christen

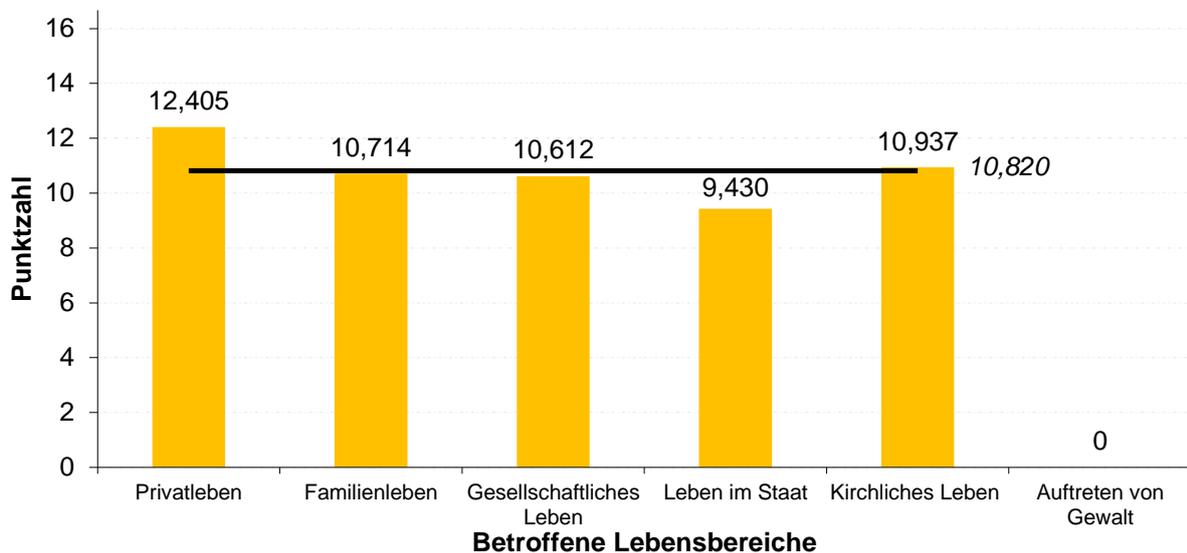
Es gibt zwei Kategorien von Christen in Bahrain:

- **Ausländische Christen:** Der Großteil dieser Christen sind Gastarbeiter. Sie sind entweder Hilfsarbeiter aus Südostasien (z. B. von den Philippinen) oder Fachkräfte aus westlichen Ländern, die im Finanzbereich oder in anderen Hightech-Unternehmen tätig sind. Ausländische Christen können relativ frei Gottesdienste feiern; jedoch bleibt ihnen oft verwehrt, zusätzlich staatlich anerkannte Einrichtungen zu haben. Die drei Haupt-Denominationen dieser Kategorie sind die Römisch-Katholische Kirche, Protestanten und die Syrisch-Orthodoxe Kirche.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** In Bahrain stehen Christen muslimischen Hintergrunds unter erheblich stärkerem Druck als ausländische Christen. Die Gesellschaft ist schon von jeher nicht tolerant gegenüber Konvertiten, die vom Islam zu einer anderen Religion übertreten. Sie werden oft von der Familie und dem sozialen Umfeld verstoßen. Christen muslimischen Hintergrunds wagen es meist nicht, über ihre Bekehrung zu sprechen. Der Druck kommt hauptsächlich von Familie und Gesellschaft und in geringerem Ausmaß auch vom Staat.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Bahrain basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus (in Verbindung mit Diktatorischer Paranoia). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche, die den Druck auf Christen zeigt, ist hoch (10,820). Der Wert für den Bereich „Gewalt“ dagegen liegt bei null. Dies lässt vermuten, dass sich die Verfolgung schrittweise durch steigenden Druck aufbaut, ohne sich in offener Gewalt niederzuschlagen. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, manifestiert sich der vor allem durch Angst verursachte Druck auf Christen in den verschiedenen Lebensbereichen. Der Druck ist im Bereich „Privatleben“ am höchsten, besonders für Christen muslimischen Hintergrunds. Darauf folgen „Kirchliches Leben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Es ist nicht nur das Regime, sondern es sind auch gesellschaftliche Akteure, die den Verfolgungsdruck in Bahrain ausüben.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Christen, vor allem muslimischen Hintergrunds, sind in ihrem Privatleben starker Verfolgung ausgesetzt. Konversionen werden von der Gesellschaft nicht akzeptiert. Wer des Glaubenswechsels verdächtigt wird, erlebt Diskriminierung. Diejenigen, die mit ihren Familien oder Eltern zusammenleben und christliches Material besitzen, Jesus anbeten und christliche Symbole wie Kreuze zeigen, können schwere Verfolgung erleben.
- **Familienleben:** Christen sehen sich zum Beispiel in Fragen des Familienstandes Schwierigkeiten gegenüber. Eine religiös gemischte Ehe ist nur muslimischen Männern erlaubt. Muslimische Frauen dürfen keine nicht-muslimischen Männer heiraten; eine solche Ehe wird nicht anerkannt. Das gleiche gilt für Christen muslimischen Hintergrunds. Folglich werden solche Angelegenheiten, die das Sorgerecht für Kinder

oder das Erbrecht betreffen, nicht einmal angehört; mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Betroffenen, vor allem für Frauen.

- **Gesellschaftliches Leben:** Christen, vor allem Christen muslimischen Hintergrunds, sind von Beginn an vor viele Herausforderungen gestellt: von Spielplätzen in der Nachbarschaft bis zu den örtlichen Schulen. Ein Länderexperte erklärt: „Die Lehrpläne der öffentlichen Schulen beinhalten Islamunterricht. Muslimische Schüler müssen daran teilnehmen. Christen oder andere Nicht-Muslime sind nicht dazu verpflichtet; wer jedoch als Konvertit seinen neuen christlichen Glauben aus Sicherheitsgründen geheim halten will, sollte trotzdem teilnehmen. Hinzu kommt, dass für christliche Schüler kein adäquater christlicher Unterricht vorgesehen ist.“
- **Leben im Staat:** Über 70 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Der Islam ist die Staatsreligion, die Scharia bildet dabei die Grundlage der Gesetzgebung. Christen stellen etwa neun Prozent der Bevölkerung. Diskriminierung aufgrund des Glaubens vonseiten der Familie und der Gesellschaft ist weit verbreitet. Demnach ist es beispielsweise sehr riskant, seinen christlichen Glauben in schriftlicher Form zu bekennen. Folglich ist das Leben eines Christen im staatlichen Bereich äußerst eingeschränkt.
- **Kirchliches Leben:** Das kirchliche Leben in Bahrain ist nicht frei von Verfolgung. Auch wenn die Regierung manchmal Land für den Bau von Kirchen vergibt, ist es in den meisten Fällen sehr schwer für Gemeinden, eigene Räumlichkeiten für Gottesdienste zu bekommen. Die bereits bestehenden Räumlichkeiten reichen für die große Anzahl der ausländischen Bevölkerung nicht aus. Ein Beobachter erklärt: „Ein religiöses Treffen mit fünf oder mehr Leuten abzuhalten, ist ohne Genehmigung verboten. Die Errichtung einer Anbetungsstätte erfordert Genehmigungen einer ganzen Reihe von nationalen und kommunalen Instanzen. Außerdem ist das Genehmigungsverfahren sehr umständlich.“
- **Auftreten von Gewalt:** Im Berichtszeitraum wurden keine gewalttätigen Vorfälle gemeldet.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche:

Die Zukunft der Christen im Land wird voraussichtlich von zwei Faktoren beeinflusst werden: Von der neu aufkommenden, anti-christlichen Ausrichtung auf das Kalifat und von der aktuellen Situation im Allgemeinen. Um mit dem neuen gesellschaftlichen Trend zu beginnen: Das erneute Interesse an der Errichtung eines Kalifats hat in der Region generell zu Unruhen geführt. Dies stellt für die Sicherheit der Christen im Land eine Bedrohung dar. Das bereits bestehende System ist Christen ebenfalls nicht wohl gesinnt. Da die Verfassung den Islam zur Staatsreligion erklärt und das islamische Gesetz eine wichtige Grundlage der Gesetzgebung darstellt, werden Muslime bevorzugt und andere Glaubensrichtungen nicht angemessen geschützt oder auch nur anerkannt. Das bedeutet auch, dass es Muslimen verboten ist, ihren Glauben zu ändern. Christen muslimischen Hintergrunds werden vom Staat weiter als Muslime angesehen, eine Klage hiergegen ist nicht möglich, was starke Auswirkungen auf das Familienrecht hat. Allerdings bleibt Bahrain – bezogen auf die Religionsfreiheit

von ausländischen Christen – relativ tolerant. Positiv zu bewerten ist, dass es einigen Christen trotz mancher Einschränkungen dennoch gelungen ist, einige sehr wichtige Stellungen im Land zu halten. Seit der Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie im Jahr 2002 sind Christen im Parlament vertreten. Alice Samaan, die derzeitige bahrainische Botschafterin in Großbritannien, war 2005 die erste Christin, die bei einer Parlamentssitzung in Bahrain den Vorsitz führte. 2014 vergab der König Land an die Katholische Kirche, um in Bahrain die erste katholische Kathedrale zu errichten. Nach aktueller Lage wird die Situation der Christen im Land im besten Falle gleich bleiben, angesichts des wachsenden Einflusses des IS in der Region kann sie sich jedoch auch verschlechtern.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 49: Niger

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 53 Punkten belegt Niger Platz 49 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Anstieg um 7 Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (46), als Niger nicht auf dem Weltverfolgungsindex vertreten war. Der Anstieg der Punktzahl erklärt sich hauptsächlich durch den wachsenden Einfluss des extremistischen Islam im Land. Die Haupttriebkraft der Verfolgung von Christen ist der „Islamische Extremismus“. In den letzten Jahren hat das Land Stück für Stück die Charakteristika eines typischen westafrikanischen Staates mit einem (zumeist) moderaten Islam und einem verfassungsmäßig säkularen Staat abgestreift. Jetzt mehren sich die Anzeichen, dass die Regierung dieses säkularen Staates nicht genug Abstand zu islamischen Leitern hält. Seit 1991 entstanden Dutzende von islamischen Organisationen, so auch wahhabitische Gruppierungen. Diese Organisationen beschäftigen sich überwiegend mit einer von ihnen wahrgenommenen Aufweichung der religiösen Identität Nigers durch den demokratisch-säkularen Staat.



Triebkräfte der Verfolgung

Die Triebkraft der Verfolgung von Christen in Niger ist „Islamischer Extremismus“.

- **Islamischer Extremismus:** In Niger besteht die Bevölkerung zu einem großen Teil aus Muslimen (mehr als 98 Prozent). Die christliche Bevölkerung wird auf 66.600 Christen geschätzt. Obwohl ein Großteil der Bevölkerung Muslime sind, wird Religion als Sache des privaten Bekenntnisses betrachtet, aus dem sich die Politik heraushält.
- Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass diese Trennung von Religion und Staat unter Druck gerät. Extremistisch-islamistische Gelehrte der Gruppierung „Izala“ sind im Land, obwohl jene als eine extremistische Gruppe aus Nigeria bekannt ist. Andere islamistische Interessengruppen wie „Tariqa“ (Arabisch: „der Weg“ – die Art der Sufis, Allah zu begegnen) sind in einigen Regionen des Landes aktiv (z.B. Maradi, Niamey).

Izala und Tariqa bauen Druck auf religiöse Minderheiten sowie Muslime auf, denen sie vorwerfen, vom Islam abzuweichen.

Aktuelle Einflüsse

Die religiöse Situation Nigers ist eingebettet in einen weiteren Kontext des Islam in Westafrika. Ein externer Analyst betont, dass der vorherrschende Teil des Islam, der sich in Westafrika ausgebreitet hat, größtenteils ein moderater und toleranter, vom Sufismus inspirierter, offener Islam sei. Diese afrikanisierte Form des Islam basiert stark auf lokalen Traditionen und Aberglauben. Er wurde maßgeblich durch zwei religiöse Bruderschaften in ganz Westafrika verbreitet: Den „Qadiriyya“ und den „Tijaniyya“.

Bis 1990 hielten Nigers zahlreiche Militärregime jede reale und vermutete Quelle von Widerstand und Bedrohung nieder. In diesem Sinne wurden auch religiöse Leiter immer im Auge behalten. Vor dem Jahr 1990 war die „Islamic Association of Niger“ (IAN) die einzige legale Vertretung der muslimischen Gemeinschaft und diente als Verbündete des Militärs. Nach der Liberalisierung der Gesetzgebung zu Organisationen jedoch entstanden Dutzende von islamischen Organisationen, unter ihnen auch wahhabitische Gruppen. Diese Verbindungen befürchten zumeist eine angebliche Aufweichung der religiösen Identität Nigers durch den säkularen, demokratischen Staat. Eine weitere wichtige Entwicklung ist, dass die nigerianische, extremistisch-islamistische Gruppierung „Boko Haram“ mehr und mehr außerhalb von Nigerias Grenzen aktiv wird. So verhinderte sie zum Beispiel erfolgreich Pläne zur Einführung eines neuen Familiengesetzes, das Frauen mehr Rechte geben sollte. Diese Gruppierungen kritisieren zudem die in ihren Augen heidnischen Praktiken der (Sufi-)Bruderschaften.

In Niger gehören Anhänger des Wahhabismus größtenteils zur Izala-Bewegung. Wie die Izalas in Nigeria und Benin lehnen die Izalas in Niger den Islam der Sufis sowie andere „un-islamische Praktiken“ ab. Den Izalas führen außerordentlich effektive Missionierungskampagnen auf der Graswurzelebene durch. Die Schaffung des National Islamic Council (NIC) im Jahre 2003 wurde von vielen Sufi-Leitern begrüßt, die dieses Gremium als Mittel zur Kontrolle der Izalas sahen, die über die Jahre in zahlreiche gewalttätige Vorkommnisse involviert waren. Die hauptsächliche Gefahr, die von Bewegungen wie Izala ausgeht, sind ihre Versuche, das Leben von „abweichlerischen Muslimen“ massiv unter Druck zu setzen, was Anhänger von Minderheitsreligionen wie die Christen gleich miteinschließt. Wie die neuere Geschichte gezeigt hat, gehören dazu auch gewalttätige Aktionen.

Eine andere bemerkenswerte Entwicklung in Niger ist die Tatsache, dass die islamistische Boko Haram zunehmend außerhalb der Grenzen Nigerias aktiv wird. „Mission News Network“ berichtete am 4. November 2015, dass Boko Haram weiterhin die nigerianischen Grenzen überschreitet und Chaos in Kamerun, Tschad und Niger verbreitet mit dem Ziel, die Einführung des islamischen Gesetzes, der Scharia, zu erzwingen.

Betroffene Kategorien von Christen

Im Land gibt es drei betroffene Kategorien von Christen:

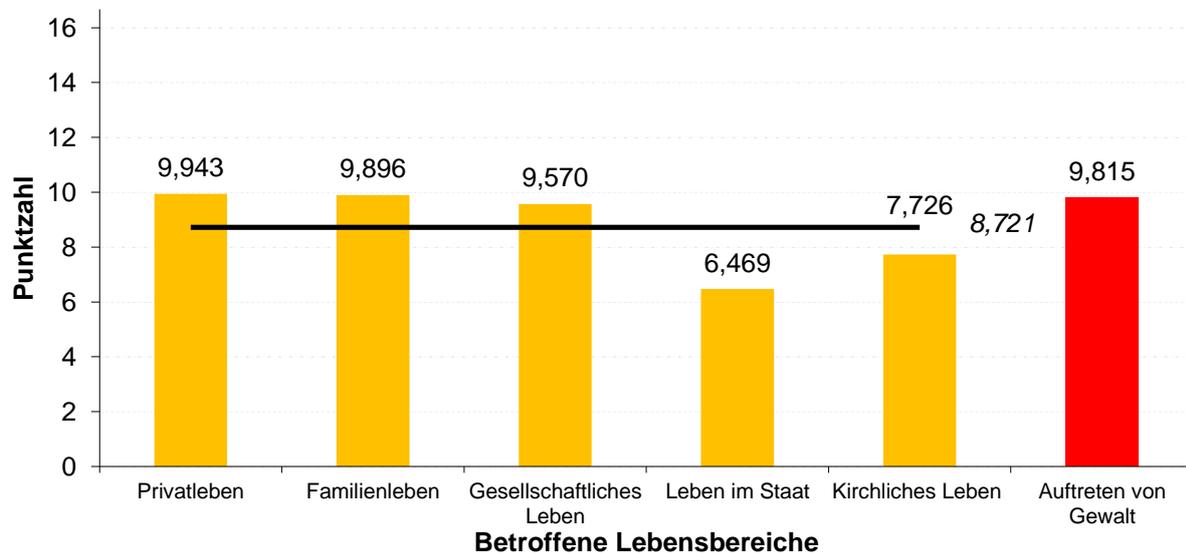
- **Mitglieder traditioneller Kirchen** (wie der römisch-katholische Kirche): Alle Kategorien von Christen in Niger erleben Druck in den verschiedenen Lebensbereichen, so auch die traditionellen Christen.

- **Christliche muslimischen Hintergrunds:** In einigen Fällen ist der Druck auf Christen muslimischen Hintergrunds besonders ausgeprägt, besonders in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Während die Regierung dem Wechsel zum christlichen Glauben nicht entgegensteht, tun dies Eltern und Verwandte durchaus.
- **Mitglieder protestantischer Freikirchen** (wie Baptisten, Evangelikale und Anhänger charismatischer Gruppen): Auch diese Christen sehen sich Druck gegenüber. Bemerkenswert ist, dass Christen muslimischen Hintergrunds oft Teil einer bestehenden Gemeinde werden.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster Nigers wird durch den Islamischen Extremismus bestimmt. Die durchschnittliche Wertung der ersten fünf Blöcke, die den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen darstellen, liegt bei 8,721. Die Punktzahl für den Bereich „Auftreten von Gewalt“ ist hoch: 9,815. Niger war im Weltverfolgungsindex 2015 nicht vertreten. Obwohl der Druck auf Christen steigt, ist er noch relativ moderat. Allerdings können kleine Vorfälle massive Gewalt mit sich bringen. Wie das untenstehende Verfolgungsmuster zeigt, ist der Druck in den Bereichen „Privatleben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“ am höchsten. Dies ist typisch für eine Situation, in der sich der Islam überwiegend moderat und nicht extremistisch äußert, aber die hohe Punktzahl für das „Auftreten von Gewalt“ zeigt die wachsende Bedrohung durch einen extremistischen Islam, der sich gegen Christen und die Gesellschaft im Allgemeinen richtet.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Gottesdienste zu feiern, ist für Christen muslimischen Hintergrunds riskant. Familienangehörige und das soziale Umfeld verfolgen Konvertiten, da der Wechsel zu einem anderen Glauben im Land verteufelt wird. Andere Christen sehen sich mit dieser

Art von Verfolgung nicht konfrontiert und haben meist die Freiheit, in ihrem Umfeld ihren Glauben frei auszuleben.

- **Familienleben:** In einer islamischen Gesellschaft wird davon ausgegangen, dass das Kind muslimischer Eltern Muslim ist. Daher wird die Familie von Konvertiten die Kinder dieser Christen als Muslime ansehen und im Falle einer Scheidung oder eines Todesfalles diese Kinder zu Muslimen erklären.
- **Gesellschaftliches Leben:** Christen werden im gesellschaftlichen Leben auf vielerlei Weise diskriminiert. Anfeindungen gegen Christen kommen mehr von der Gesellschaft – z. B. der (Groß-)Familie und dem lokalen Umfeld – als von der Regierung. Zudem werden alle Christen in Niger von Einzelpersonen und fanatischen Gruppen überwacht, die mit arabischen Organisationen zusammenarbeiten, welche wiederum eindeutig das Ziel haben, einen islamischen Staat in Niger zu errichten.
- **Leben im Staat:** Nigers Verfassung und Gesetze respektieren Religionsfreiheit in der Theorie, aber in der Praxis ist der Wechsel des Glaubens eingeschränkt und gefährlich. Echter Pluralismus und eine Zivilgesellschaft sind in Niger erst ganz am Anfang, so sehr, dass es keine christlichen Zivilrechtsorganisationen gibt.
- **Kirchliches Leben:** Christen wurden eindeutig im Berichtszeitraum daran gehindert, sich zu versammeln, wie sich nach den Angriffen auf die Zentrale des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 zeigte. Obwohl dies offenbar ein einmaliges Vorkommnis war, bedingt durch den Ärger über die Karikaturen, zeigt der Vorfall doch, wie hoch das Potential für die Verfolgung von Christen wirklich ist, auch wenn es nur durch eine kleine Provokation ausgelöst wurde.
- **Auftreten von Gewalt:** Niger hat Dutzende von terroristischen Angriffen innerhalb des Berichtszeitraums erlebt; es ist allerdings unklar, wie viele Christen bei diesen Gewalttaten getötet wurden. Laut lokalen Kontakten von Open Doors sind mindestens zwei Christen im Januar 2015 während der sogenannten „Charlie-Hebdo“-Angriffen getötet worden. Während der Übergriffe in diesem Zusammenhang wurden mindestens 70 Kirchen (sowie zugehörige Gebäude) in Zinder und Niamey zerstört. Insgesamt wurden 82 Kirchen, christliche Schulen und Häuser sowie Waisenhäuser im Berichtszeitraum zerstört. Mindestens 2.000 Christen wurden bedroht und gezwungen, ihre Häuser während der Unruhen im Januar 2015 zu verlassen. Diese Angriffe sind bedeutsam. Nie zuvor wurden Christen in Niger in diesem Umfang attackiert.

Ausblick

Erkennbare Trends und ihre Bedeutung für die Kirche

- 1) Die Zukunft der Kirche in Niger gibt zur Besorgnis Anlass. Die Entwicklungen deuten auf einen möglichen Anstieg des Drucks und der Gewalt hin. Ein beachtlicher Teil des südlichen Drittels des Landes ist immer wieder Schauplatz von islamistischen Übergriffen. Die räumliche Nähe zu extremistisch-islamistischen Gruppierungen im Norden Nigerias und Nord-Mali (Azawad) sorgt nicht gerade für Beruhigung. Von den Kirchen wird berichtet, dass sie schwach sind –

sie befinden sich zumeist in der Hauptstadt Niamey. Es bestehen Rivalitäten zwischen den verschiedenen Kirchen, es gibt Schwächen, den christlichen Auftrag zu erfüllen. Die Kirchen scheinen nicht auf einen erhöhten Druck durch einen extremistischen Islam vorbereitet zu sein.

- 2) Seitdem Muhammadu Buhari im Mai 2015 als nigerianischer Präsident im Amt ist, hat sich die Gewalt durch Boko Haram nicht nur intensiviert, sondern ist mehr und mehr auch zu einem regionalen Phänomen geworden, das Niger mit einschließt. Während die vereinigten Streitkräfte von Nigeria, Tschad, Kamerun und Niger Boko Haram aus Nigeria herausdrängen, wird deutlich, dass die Gruppe sich nun darauf konzentriert, seine militärischen Operationen auf verschiedene Teile der Region auszuweiten. In einer Gegend, die bereits Gräueltaten wie die im Norden und der Mitte Nigerias gesehen hat, ist die Tatsache, dieselbe brutale Gruppierung in Niger zu haben, eine große Herausforderung für die Christen des Landes. Christen in Niger sind eine Minderheit und können leicht erkannt und angegriffen werden. Daher ist davon auszugehen, dass weitere terroristische Anschläge in Niger passieren werden, das bisher ungesehener religiöser Gewalt ausgesetzt ist – in einem Maß, mit dem die Sicherheitskräfte des Landes überfordert sind. Die Hauptziele von Boko Haram waren schon immer Christen und Muslime, die sie als zu moderat ansehen.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

Platz 50: Oman

Position auf dem Weltverfolgungsindex

Mit einer Wertung von 53 Punkten belegt Oman Platz 50 auf dem Weltverfolgungsindex 2016. Das entspricht einem Rückgang um zwei Punkte gegenüber dem Jahr 2015 (55), als Oman Rang 39 einnahm. Der leichte Rückgang in der Wertung ist hauptsächlich auf die Versuche der omanischen Regierung zurückzuführen, der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, dass sie sich im Gegensatz zu anderen Ländern der Region für die Akzeptanz anderer Religionen im Land einsetzt. Der Großteil der Omaner folgt dem Ibadi-Islam, welcher anderen gegenüber tolerant ist.



Triebkräfte der Verfolgung

„Islamischer Extremismus“ und in geringerem Ausmaß „Diktatorische Paranoia“ sind die zwei Triebkräfte der Verfolgung von Christen in Oman. Die Diktatorische Paranoia ist mit Islamischem Extremismus vermischt.

- **Islamischer Extremismus:** Der Islam ist Staatsreligion und die Gesetzgebung basiert hauptsächlich auf islamischem Recht. Islamunterricht steht auf den Lehrplänen aller staatlichen Schulen. Der Abfall vom Islam ist zwar keine strafbare Handlung, wird aber

auch nicht vom Rechtssystem anerkannt, welches davon ausgeht, dass alle Staatsbürger Muslime sind. Ein Christ muslimischer Herkunft ist mit Problemen hinsichtlich seines Familienstandes und des Familienrechts konfrontiert, welches einem Vater das Sorgerecht für seine Kinder abspricht, wenn er den Islam verlässt. Den Glauben zu wechseln kommt für einen omanischen Staatsbürger einem gesellschaftlichen Bann gleich.

- **Diktatorische Paranoia:** Oman wird von einer Herrscherfamilie regiert, die den Willen des Volkes nicht respektiert. Daher besteht Unmut in der Bevölkerung. Sie glaubt, dass die Regierung autoritär handelt, wobei sie die wirtschaftlichen Reformen als gewinnbringend anerkennt. Nach einem Bericht der Bertelsmann-Stiftung von 2014 herrscht politische Stagnation: „Seit Beginn des neuen Jahrtausends fanden in Oman einige wirtschaftliche, aber so gut wie keine politischen Reformen statt.“ Anstatt ihre Zusage bei den öffentlichen Protesten des Jahres 2011 zu erfüllen, hat sich das Regime dazu entschlossen, seine eigene Machtposition zu stabilisieren und zu festigen. So wurden Anwälte, Studentenführer und Menschenrechtsaktivisten verhaftet und schikaniert. In diesem Zusammenhang schränkten die Machthaber auch die Religions- und die Meinungsfreiheit ein.

Aktuelle Einflüsse

- **Geschichte:** Am Zusammenfluss von Persischem Golf und Arabischem Meer gelegen war Oman im Mittelalter eines der einflussreichsten Sultanate. Arabisch ist die offizielle Landessprache und mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist arabisch. Staatsreligion ist der Islam. Die Portugiesen kontrollierten das Land 140 Jahre lang (1508 bis 1648). Oman war dann eine Provinz des Osmanischen Reiches. Das Land konnte seine Unabhängigkeit behaupten, obwohl es seit 1798 Freundschafts- und Kooperationsverträge mit Großbritannien unterhielt. Im 18. Jahrhundert war das Sultanat so mächtig geworden, dass es die Küsten des heutigen Iran und Pakistan kontrollierte, Sansibar und Seehäfen in Kenia besiedelte, Afrikaner aus der Sklaverei zurückholte und Handelsschiffe bis zur malaiischen Halbinsel entsandte. Das Land wurde schließlich von britischen Truppen erobert. Eine große Anzahl ethnischer Belutschen, die in den vergangenen Jahrhunderten aus dem Iran und Pakistan eingewandert sind, leben ebenfalls in Oman. Das Land wird von einer Monarchie mit zwei Beratungsgremien (dem Staatsrat und dem Nationalen Konsultativrat) regiert.
- **Politik und Gesetz:** Der regierende Sultan kam im Jahr 1970 an die Macht, nachdem er seinen eigenen Vater abgesetzt hatte. Der Sultan schaffte die Sklaverei in Oman ab und führte das Land in einen wirtschaftlichen Aufschwung. Ihm ist es auch zu verdanken, dass dieses in der Vergangenheit von so vielen Kriegen und Konflikten geprägte Land mehr Sicherheit und Stabilität genießt. Während viele andere arabische Staaten sektiererische Gewalt und politische Tumulte erlebten, kann das Sultanat Oman als ein Hort der Ruhe und der Toleranz bezeichnet werden. Der Sultan führte einige demokratische Reformen ein. So gab er beispielsweise im Jahre 1997 Frauen das Recht, in den Nationalen Konsultativrat (Majlis Oman) gewählt werden zu können. Im Jahr 2003 führte der Sultan das Wahlrecht für alle Bürger über 21 Jahren ein. Vor dieser

Reform wurden Wähler von der Führungselite bestimmt und nur ein Viertel der Bevölkerung durfte überhaupt wählen. Die Bestimmungen in der Verfassung, welche die Religionsfreiheit betreffen, sind voller Widersprüche. Es wird zwar einerseits Religionsfreiheit gewährt, doch gilt andererseits die Bedingung, dass dadurch weder geltende Sitten noch die öffentliche Moral und Ordnung verletzt werden dürfen.

- **Gesellschaft und Ibadi-Islam:** Oman war eines der Länder, in welchem der Islam noch zu Lebzeiten des Propheten Mohammed Fuß fasste. Die Ibaditen praktizieren eine Strömung des Islam, die es nur in Oman gibt. Sie ist eine Mischung aus Strenge und Toleranz und kann als „gemäßigter Konservatismus“ bezeichnet werden. Laut Experten des Ibadi-Islam sind die Anhänger im Vergleich zu Sunniten und Schiiten nicht gewaltbereit. Auch gegen jene, die sich vom Islam abkehren oder keine Muslime sind, verüben sie keine Gewalttaten. „Sie konzentrieren sich auf ‚Trennung‘. Dies äußert sich gewöhnlich durch das Verweigern der traditionellen ‚Freundschaft‘ (‚wilaya‘).“ Obwohl der Islam das Leben der Omaner dominiert, gibt es in Oman im Gegensatz zu einigen angrenzenden Ländern die Tendenz, Christen zu tolerieren. Diese Toleranz wird gestärkt durch den Sultan, welcher das Land als Symbol der Toleranz und Diplomatie darzustellen versucht. Konsequenter tritt der Oman auch in internationalen Gesprächen mit militanten Gruppen in der Region als Mediator auf.
- **Menschenhandel und Jemen-Effekt:** Obwohl Oman seit den 1970er-Jahren einen Wandel erlebt hat, wird das Land beschuldigt, nicht ausreichend gegen Menschenhandel vorzugehen. Gemäß des Berichts des US-Außenministeriums über den Menschenhandel 2014 ist Oman „ein Ziel- und Transitland für Männer und Frauen, vor allem aus Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka, den Philippinen, Äthiopien, Nepal, Kenia und Indonesien. Sie müssen Zwangsarbeit leisten und sind in geringerem Ausmaß auch Opfer des Sexhandels.“ Das Land kämpft außerdem mit Herausforderungen, die durch die Konfliktparteien im Jemen verursacht werden. In Jemen bekämpfen sich die Huthi-Rebellen, „Al-Kaida der Arabischen Halbinsel“ (AQAP) und die Regierung Jemens. Iran und Saudi-Arabien führen zum wiederholten Male einen Stellvertreterkrieg im Jemen. Als Nachbarland zu Jemen spürt auch Oman die vorherrschenden Spannungen.

Betroffene Kategorien von Christen

In Oman gibt es folgende Kategorien von Christen:

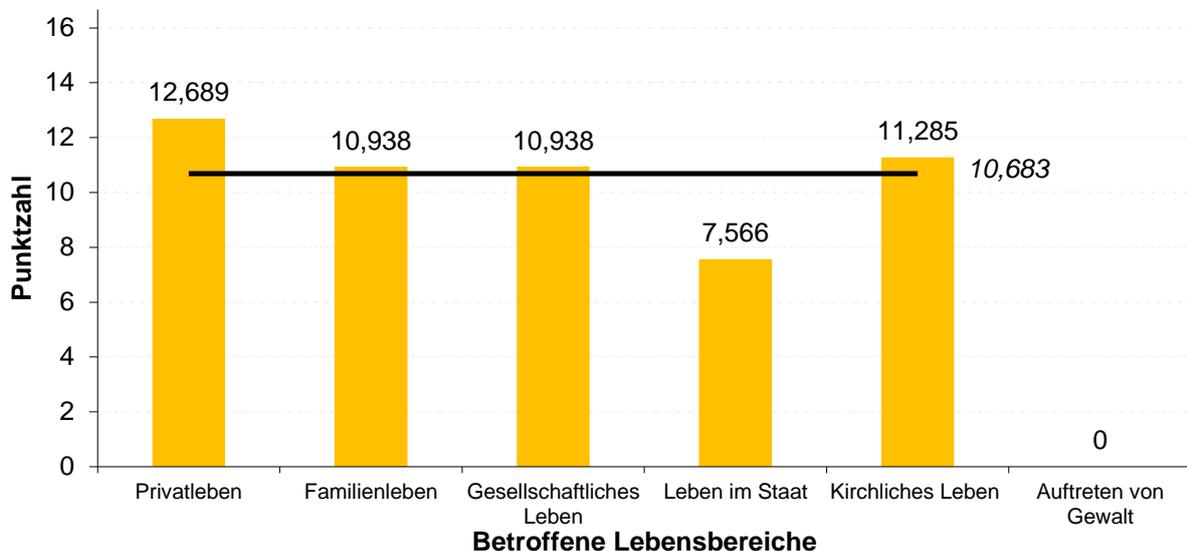
- **Ausländische Christen:** Es gibt eine Reihe ausländischer Christen in Oman. Sie leben vor allem in den großen städtischen Gebieten von Maskat, Suhar und Salala. Es handelt sich dabei um römisch-katholische, orthodoxe und protestantische Gemeinden. Mehr als sechzig verschiedene christliche Gruppierungen und Gemeinden sind in der Hauptstadt Maskat aktiv. Alle religiösen Organisationen müssen sich behördlich registrieren lassen, christliche Versammlungen werden auf politische Botschaften und Teilnahme durch omanische Staatsbürger hin überprüft. Es wird offiziell geduldet, dass ausländische Christen ihren Glauben im Privaten ausüben.
- **Christen muslimischen Hintergrunds:** Es gibt in Oman nur wenige Christen muslimischen Hintergrunds. Sie riskieren Verfolgung durch ihre Familie und die

Gesellschaft und können ihre Familie, ihr Haus, ihre Arbeit und sogar ihr Leben verlieren. Allerdings wurden im Berichtszeitraum keine gewaltsamen Vorfälle dokumentiert.

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Erläuterung zum Verfolgungsmuster: Das Verfolgungsmuster für Oman basiert auf der Summe der Wertungen für Islamischen Extremismus (vermischt mit Diktatorischer Paranoia). Die durchschnittliche Wertung der fünf Lebensbereiche liegt bei 10,683 Punkten und verdeutlicht, dass der Druck auf Christen gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen hat (10,919). Wie im vergangenen Jahr gab es keine Berichte über Gewalt gegen Christen. Der größte Rückgang der Punktzahl war im Bereich „Leben im Staat“ zu verzeichnen, während sich die Wertung für den Bereich „Gesellschaftliches Leben“ erhöht hat. Dies deutet darauf hin, dass der Druck durch das Regime ein wenig nachlässt, doch dass diese Entwicklung zum Teil durch gesellschaftliche Akteure wieder kompensiert wird. Wie das unten stehende Verfolgungsmuster zeigt, ist der Verfolgungsdruck im „Privatleben“ am stärksten, gefolgt von den Lebensbereichen „Kirchliches Leben“, „Familienleben“ und „Gesellschaftliches Leben“. Im Gegensatz zu vielen anderen benachbarten Ländern ist Oman ein eher tolerantes Land in Hinblick auf andere Religionen und deren Möglichkeiten, ihren Glauben auszudrücken. Dennoch erleiden Christen in dem Sultanat Verfolgung in unterschiedlichen Lebensbereichen.

Verfolgungsmuster



(Hinweis: Die obigen Zahlen sind nicht als Tausender-Einheiten zu lesen, sondern als Zahlen mit drei Nachkommastellen.)

- **Privatleben:** Oman gehört zu den wenigen Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist, aber der Wechsel zu einem anderen Glauben nicht als Verbrechen gilt. Dennoch hat dieser Schritt Konsequenzen, vor allem im familiären Bereich. Ein Beobachter sagt: „Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia ist die Grundlage der Gesetzgebung. Menschen werden aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit, ihres Glaubens und der Ausübung ihres Glaubens diskriminiert und misshandelt. Fast 70 Prozent der

Bürger sind Muslime. Ihren christlichen Glauben offen zu zeigen, ist besonders deshalb für Christen muslimischen Hintergrunds gefährlich, da sie sich dadurch der Gefahr von Diskriminierung und Rechtsfolgen in Sorgerechtsfällen aussetzen. Daher ist es riskant für Christen, ihren Glauben an Jesus Christus in geschriebener Form zu bekennen.“

- **Familienleben:** Auch in diesem Bereich sind Christen Verfolgung ausgesetzt. Christen muslimischen Hintergrunds müssen nach islamischem Ritus heiraten. Ein Feldforscher sagt dazu: „Ein konvertierter Ehemann verliert mit der Scheidung sein Sorgerecht. Das ist durch den Familienstand und den Familienkodex klar festgelegt.“
- **Gesellschaftliches Leben:** Im gesellschaftlichen Leben müssen Christen alle möglichen Vorkehrungen treffen, um Diskriminierung, Belästigungen und Schikanen zu vermeiden. Besonders der schulische Lehrplan ist für Christen muslimischen Hintergrunds eine große Herausforderung. Ein Beobachter bemerkt dazu: „Die Lehrpläne der öffentlichen Schulen beinhalten Islamunterricht. Muslimische Schüler müssen daran teilnehmen. Christen oder andere Nicht-Muslime sind nicht dazu verpflichtet; wer jedoch als Konvertit seinen neuen christlichen Glauben aus Sicherheitsgründen geheim halten will, sollte trotzdem teilnehmen. Hinzu kommt, dass für christliche Schüler kein adäquater christlicher Unterricht vorgesehen ist.“
- **Leben im Staat:** Die Verfassung verbietet die Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit. Mit dem Islam als Staatsreligion und der Scharia als Grundlage der Gesetzgebung und der Rechtsprechung ist es jedoch eine große Herausforderung, eine gleiche Behandlung von Christen in Gerichten zu erreichen. Im Allgemeinen ist es für Christen sehr schwer, ihren Glauben an Jesus Christus offen zu leben, was für Länder, in denen eine Kombination von Islamischem Extremismus und der Diktatorischer Paranoia herrscht, normal ist.
- **Kirchliches Leben:** Es ist nicht einfach für Christen, sich zu Gottesdiensten zu versammeln, selbst in Privathäusern ist es problematisch. Eine Kirche zu bauen, ist ebenfalls schwierig. Auch wenn es nicht unmöglich ist, eine Registrierung zu erlangen, so ist es doch kompliziert. Ein Feldforscher fügt hinzu: „Die Regierung erlaubt keine religiösen Versammlungen in Privathäusern oder an irgendeinem anderen Ort, den sie nicht als Anbetungshaus genehmigt hat. Die Regierung muss auch dem Bau und dem Mieten von Gebäuden durch religiöse Gruppen zustimmen.“
- **Auftreten von Gewalt:** Es gab keine Vorfälle von gewaltsamer Verfolgung in Oman.

Ausblick

Die Zukunft der Christen in Oman wird durch soziale, politische und regionale Faktoren beeinflusst. Betrachtet man die Situation in vielen Ländern des Mittleren Ostens und der Golfregion, kann man beobachten, dass soziale Unruhen tickende Zeitbomben sind. Oman ist dabei keine Ausnahme. Wenn soziale Unruhen auftreten, kann dies zu einer Schwächung des Regimes führen, wodurch es zu weiterer Islamisierung der politischen Institutionen des Landes und einer strikteren Anwendung der Scharia-Gesetzgebung kommen könnte. Es gibt Berichte, dass sich der Gesundheitszustand von

Sultan Qabus ibn Said verschlechtert haben soll. Der Sultan wird als Garant für Sicherheit und Stabilität im Land angesehen. Sollte er nicht mehr regieren, könnte das Land in die Hände von Extremisten fallen. Darüber hinaus könnte die Lage im Jemen auch Einfluss auf Oman haben.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine positive Entwicklung im Land. Die Regierung ist bemüht, eine Atmosphäre der religiösen Harmonie aufzubauen. Das Al-Amana-Zentrum engagiert sich für mehr Dialog und Verständnis zwischen Muslimen und Christen. Sein Motto lautet: „Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen. Und kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen.“

Für die Zukunft sind die beiden folgenden Szenarien möglich: Verschlechtert sich der Gesundheitszustand des Sultans weiter und stirbt er, so könnte das Land unter extremistischen Einfluss geraten, was zu Problemen für die dort lebenden Christen führen dürfte. Die zweite Möglichkeit: Der Sultan regiert weiter; Toleranz und Dialog in der Gesellschaft bleiben zumindest im jetzigen Maße bestehen, so dass Christen ihre Religion wenigstens innerhalb der momentanen Grenzen und in relativer Sicherheit und Freiheit ausüben können.

[Zurück zur Länderübersicht](#)

6 Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Weit mehr als 100 Millionen Christen werden weltweit aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Open Doors steht als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit über 60 Jahren in rund 60 Ländern verfolgten Christen zur Seite. „Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt“, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl. Weltweit bekannt wurde er als „Bruder Andrew“ und auch als „Der Schmuggler Gottes“ nach seiner gleichnamigen Bestseller-Biographie.

Jährlich veröffentlicht das Hilfswerk den **Open Doors Weltverfolgungsindex**, die Rangliste der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Damit dokumentiert und analysiert Open Doors die Situation der Christen hinsichtlich Religionsfreiheit. Zudem unterstützt das Hilfswerk in Zusammenarbeit mit Kirchen und Partnern vor Ort verfolgte Christen durch Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekte, Nothilfe, Schulungen, Eintreten für Gefangene, die Bereitstellung christlicher Literatur sowie Hilfe für Familien ermordeter Christen. In der „freien Welt“ informiert Open Doors mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit über die Bedrängnis der verfolgten Christen und ruft zu Gebet und Hilfe auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Professionalisierte Hilfe in rund 60 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der „Kirche im Untergrund“ kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt.

So werden jährlich etwa 325.000 Christen vor Ort geschult – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. In Nothilfeprojekten, wie derzeit im Irak und in Syrien, finden parallel Schulungen zur Koordination von Hilfsgüterverteilungen statt. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma-Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 2,3 Millionen Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 257.000 Personen erhielten Hilfe durch mehr als 1.000 Kommune-Entwicklungsprojekte. Gegenwärtig leistet Open Doors beispielsweise Nothilfe für mehr als 100.000 christliche Flüchtlinge in Syrien und dem Irak. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken.

„Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen“, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Kontakt

Open Doors Deutschland e.V. Telefon +49 (0) 6195-6767-0
Postfach 1142 E-Mail info@opendoors.de
65761 Kelkheim www.opendoors.de

Pressebüro - für Interviewanfragen und Bilder, Grafik Weltkarte
Telefon +49 (0) 6195-6767-180 www.weltverfolgungsindex.de
E-Mail pressebuero@opendoors.de

[Zurück zu Inhalt](#)